

Familientrennungen im national- sozialistischen Krieg

Erfahrungen und Praktiken in
Deutschland und im besetzten Europa
1939–1945



Wallstein

Familientrennungen im nationalsozialistischen Krieg

Das Private im Nationalsozialismus

Herausgegeben von Johannes Hürter und Andreas Wirsching,
im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin

Band 5

Leibniz Institute
for Contemporary History

 **Institut für
Zeitgeschichte**
München–Berlin

Familientrennungen im nationalsozialistischen Krieg

Erfahrungen und Praktiken in Deutschland
und im besetzten Europa 1939–1945

Herausgegeben von
Wiebke Lisner, Johannes Hürter,
Cornelia Rauh und Lu Seegers

WALLSTEIN VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2022
www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond und der Frutiger

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf; Foto: Ignaz Böckenhoff, Raesfeld in den 1920er bis 1970er Jahren, »Gruß an den Vater an der Front«, Raesfeld, Kreis Borken, ca. 1941. LWL-Medienzentrum für Westfalen, Signatur: 06_1396.

ISBN (Print) 978-3-8353-5202-5

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4876-9

INHALT

Editorial 7

WIEBKE LISNER, JOHANNES HÜRTER, CORNELIA RAUH
UND LU SEEGER

Familientrennungen 1939–1945.
Krieg und Besetzung in neuer Perspektive II

1. Die Familie im nationalsozialistischen Krieg – übergreifende Aspekte und Konzepte

TATJANA TÖNSMEYER

Kriegstrennungen und Familienzerrörungen.
Von abwesenden Männern, weiblichen Haushaltsvorständen,
verlassenen Kindern und dem außeralltäglichen Alltag europäischer
Besatzungsgesellschaften, 1939–1945 35

ISABEL HEINEMANN

Fundament der Volksgemeinschaft?
Familientrennungen und -gründungen in der nationalsozialistischen
In- und Exklusionspolitik 57

2. Familien der deutschen Kriegsgesellschaft

CHRISTIAN PACKHEISER

Der funktionale Wert stabiler Beziehungen.
NS-Inszenierungen von Trennung und Wiedersehen im Krieg 83

KATERINA PIRO

Projekt »Monika«.
Kriegstrennung und Familienplanung – das Beispiel eines deutschen
Ehepaares 1939–1941 119

ANNEMONE CHRISTIANS

Familien vor Gericht.
Zur nationalsozialistischen Scheidungspraxis im Krieg 147

LU SEEGERs

- »Trennung – die Brücke zwischen Liebenden«?
Walther von Hollander als Ratgeber für Ehe und Familie
im und nach dem Zweiten Weltkrieg 174

KATHRIN KIEFER UND MARKUS RAASCH

- Familienleben im Zweiten Weltkrieg.
Sozialstrukturelle Betrachtungen zu kindlichen Perspektiven 199

WIEBKKE LISNER

- Schwangerschaft und Geburt während der »Umsiedlungsaktionen«.
Familientrennungen zum Schutz von Mutter und Kind? 227

3. Familien der Besatzungsgesellschaften

MARCEL BRÜNTRUP

- Osteuropäische Zwangsarbeiterinnen und ihre Kinder
zwischen Zwangstrennung und Familienzusammenführung, 1940–1945 257

OLGA RADCHENKO

- Getrennte jüdische Familien diesseits und jenseits
der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie 1939–1941 280

CARLOS ALBERTO HAAS

- Vergangenheit erinnern, Zukunft erhoffen.
Zeitbezug und Trennungserfahrungen jüdischer Familien
in Krieg und Ghetto 308

YULIYA VON SAAL

- Familiäre Gemeinschaften.
Kriegsbedingte Familientrennungen
und Neukonfigurationen in der UdSSR 335

- Abkürzungen 367

- Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes 371

- Personenregister 375

- Ortsregister 377

EDITORIAL

»Nein, in Deutschland gibt es keine Privatsache mehr!« Diese Formulierung von Robert Ley, dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront, spiegelt den unbegrenzten Machtanspruch der nationalsozialistischen Diktatur wider. Doch entsprach sie der sozialen Realität zwischen 1933 und 1945? Inwieweit wurden die Grenzen des Privaten tatsächlich eingerissen? Das NS-Regime ging mit den tradierten, im Kern bürgerlich-liberalen Vorstellungen von Privatheit erstaunlich flexibel um. Je nach ideologischer Kategorisierung und politischem Kalkül wurden private Bereiche in Frage gestellt, eingeschränkt und zerstört, aber durchaus auch gewährt, begünstigt und propagiert. Die privaten Wünsche und Sehnsüchte der Deutschen konnten mit der nationalsozialistischen Herrschaft in Konflikt geraten, sich mit ihr arrangieren oder sogar zu gegenseitigem Vorteil sich eng mit ihr verbinden. Privatheit verschwand nicht, musste jedoch den Bedingungen der Diktatur angepasst werden.

Die soziale Praxis des Aufeinandertreffens von »privat« und »öffentlich« war für die Geschichte des Nationalsozialismus von fundamentaler Bedeutung, blieb aber bisher weitgehend unerforscht. Hier setzt das von uns geleitete Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin an, das der Frage nachgeht, wie sich das Verhältnis zwischen privaten Lebensentwürfen und öffentlichen Gewaltansprüchen gestaltete. Das Projekt wurde von Juli 2013 bis Juni 2017 von der Leibniz-Gemeinschaft gefördert und stand in enger Kooperation mit der University of Nottingham (Prof. Dr. Elizabeth Harvey) und dem Deutschen Historischen Institut in Warschau. Es zielt darauf, mit dem Privaten ein zentrales Thema der nationalsozialistischen Gesellschaftsgeschichte konzeptionell und analytisch neu zu erschließen. Das Projekt dient darüber hinaus der Internationalisierung der NS-Forschung, indem es deutsche, angelsächsische und polnische Zeithistoriker/innen in der Diskussion eines innovativen Forschungsvorhabens zusammenführt.

Unser Projekt, dessen wichtigste Erträge in der vorliegenden Reihe publiziert werden, kommt im Wesentlichen zu drei Ergebnissen. Erstens bestätigt sich, dass Privatheit im »Dritten Reich« immer prekär war, etwas, das stets angefochten werden konnte und immer wieder neu ausgehandelt werden musste. Das galt besonders für politisch oder rassistisch Verfolgte und für die Bevölkerung der besetzten Gebiete; das galt aber auch für die »arische« Mehrheitsgesellschaft. Niemand konnte sich sicher sein, ob, wann und inwieweit etwa die Reaktion auf nonkonformes Verhalten, eine rassenideologisch geprägte Gerichtsverhand-

lung oder eine Denunziation das zunichtemachten, was zuvor als Privatheit zugestanden worden war.

Zweitens wird ein »normales privates Leben« als ein Versprechen identifiziert, mit dem das Regime seine Herrschaft legitimieren, Massenanhang gewinnen und sich von den wirtschaftlichen Krisen, politischen Konflikten und als negativ empfundenen sozio-kulturellen Liberalisierungen der Weimarer Republik abheben wollte. Die Gewährung »privaten Glücks« wurde als Ressource zur Stärkung der »Volksgemeinschaft« eingesetzt. Die Verheißung und Förderung von privaten Interessen, Familienleben und Konsum bildeten keinen Gegensatz, sondern einen komplementären Ausgleich zur nationalsozialistischen Politik des »Gemeinnutzes« und der Massenmobilisierung.

Drittens fügten viele »Volksgenossen« von sich aus ihre eigenen privaten Entwürfe, Wünsche und Lebensweisen in das politische System des Nationalsozialismus ein und stützten es dadurch. Vor die Entscheidung gestellt, sich zum Nationalsozialismus zu verhalten und auch ihr privates Selbst »für oder gegen« zu positionieren, nutzten sie, ob aus Überzeugung oder aus Opportunismus, aktiv die Möglichkeiten, ihre persönlichen Interessen innerhalb des von den Machthabern gesetzten Rahmens zu verfolgen – häufig zulasten der Opfer des NS-Regimes. Auch hier zeigte sich die Politisierung des Privaten.

In unserem Projekt entsteht ein breites Panorama, was Privatheit in der NS-Diktatur bedeutete. Ob den »Volksgenossen« vor Gericht oder den Wehrmachtssoldaten und ihren Angehörigen im Heimaturlaub eine Privatsphäre zugestanden wurde oder nicht, ob ein regimekonformes Ehepaar sein Familienleben und die Erziehung der Kinder den nationalsozialistischen Vorstellungen anpasste, ob jüdische Ghettobewohner in Polen sich mit bestimmten Praktiken einen Rest an Privatheit bewahrten: Das Private im Nationalsozialismus erwies sich durchgehend als vielschichtiger Erfahrungs- und Handlungsraum, in dem Privatheit sowohl eine systemstabilisierende Ressource als auch eine individuelle Strategie war. In diesem Raum vermengten sich die Interessen von Regime und Individuen viel häufiger und ließen sich viel besser vereinbaren, als das die Forschung zuvor angenommen hatte.

Die Ausgangshypothese des Projekts war, dass Privatheit im NS-Staat keineswegs nur dichotomisch vom Gegensatz einer privaten Sphäre, die verteidigt werden musste, und einer öffentlichen Ordnung, die das Private kontrollieren und gewaltsam verändern wollte, geprägt worden sei. Vielmehr wurden eine Verflüssigung der Grenzen sowie ein unterschiedlich ausdifferenziertes Wechselspiel staatlicher Konzessionen und Repressionen mit persönlichen Anpassungen und Aneignungen vermutet. Diese Vorannahme wird durch die Projektergebnisse bestätigt. Das dadurch geschaffene neue Verständnis für die Komplexität des Privaten in der NS-Diktatur belegt seine hohe Relevanz für die

Geschichte des Nationalsozialismus und den heuristischen Wert des Privatheitbegriffs als Analysekategorie. Hieran werden, so hoffen wir, künftige Forschungen mit Erkenntnisgewinn anknüpfen können.

*Johannes Hürter
Andreas Wirsching*

Wiebke Lisner, Johannes Hürter, Cornelia Rauh
und Lu Seegers

FAMILIENTRENNUNGEN 1939–1945

Krieg und Besatzung in neuer Perspektive

»Gruß an den Vater an der Front« lautet der vom Fotografen Ignaz Böckenhoff gewählte Titel des Umschlagbildes. Über vier Jahrzehnte dokumentierte Böckenhoff das Alltagsleben der Menschen im münsterländischen Dorf Raesfeld. Das Umschlagbild stammt aus dieser Sammlung.¹ Es zeigt eine Mutter mit zwei Kindern im Sonntagsstaat, in der Hand das Foto des Vaters in Wehrmachtsuniform.² Gardinen, Fensterbank und Schrank im Hintergrund lassen die Wohnstube erahnen. Die beiden Kinder blicken staunend und neugierig, aber auch ein wenig ängstlich direkt in die Kamera. Auf Höhe der Kinder kniet die Mutter, nach unten schauend, ihrem jüngsten Kind zugewandt, das Foto des Vaters zwischen die Kinder haltend. Vaterportrait und Kinder bilden eine Linie, Mutter und Fotografie des Vaters und Ehemannes eine Einheit. Das Arrangement vermittelt familiäres Zusammensein in Abwesenheit. Das Bild des Vaters als »Platzhalter« symbolisiert seine Zugehörigkeit, seine zentrale Position in der Mitte der Familie. Der Fotogruß schlägt eine emotionale Brücke von Mutter und Kindern in der Heimat über die Trennung hinweg zum Vater an der Front, vermittelt Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung. Das Foto visualisiert in dieser Inszenierung die kriegsbedingte Abwesenheit des Vaters und damit eine Erfahrung, die Millionen Familien während des Zweiten Weltkriegs teilten.

- 1 Ignaz Böckenhoff, Raesfeld in den 1920er bis 1970er Jahren, »Gruß an den Vater an der Front«, Raesfeld, Kreis Borken (Rheinprovinz, heute Nordrhein-Westfalen), ca. 1941, in: LWL-Medienzentrum für Westfalen, Signatur: o6_1396. Zu Böckenhoff und seiner Sammlung vgl. Ignaz Böckenhoff, Eine Zeit die war. Photographien aus dem Dorf Raesfeld 1928-1963, hrsg. v. Holger Wellmann u. Werner Hessing, Heidelberg 1989.
- 2 Bei der Kleidung fällt auf, dass die Mutter im kurzärmligen Kleid abgebildet ist, während das ältere Kind Handschuhe, einen Mantel und einen an eine Matrosenmütze erinnernden Hut, das jüngere Kind eine Wollmütze, Jacke und Lätzchen trägt. Die Kleidung der Mutter legt wärmere Temperaturen als die der Kinder nahe. Die Gründe für diese Diskrepanz in der Kleidungswahl sind unbekannt.

Die Familie als »Mikroeinheit der Gesellschaft nach dem Individuum«³ war und ist der Ort intimer und privater Beziehungen, zugleich jedoch auch politischer und kollektiver Ansprüche.⁴ In der neueren Forschung wird die Bedeutung von Familie als »Ordnungskategorie des Sozialen« hervorgehoben.⁵ Sie »verklammert« das Individuum mit sozialen Strukturen, wie der Soziologe William J. Goode schreibt.⁶ Familie, vielfach vorgestellt als »Keimzelle des Staates«, verweist dabei auf ein komplexes, wechselseitiges Verhältnis zwischen Familie, Staat und Gesellschaft.⁷ Durch Familienpolitik – auch im Sinne von Biopolitik – griff der Staat seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend steuernd in Familien ein und sicherte seine Interessen.⁸ Zugleich erfüllte Familie mit der Herausbildung der Zivilgesellschaft eine wichtige Funktion als, wenn auch durchlässiger, Schutzraum vor staatlichen Einmischungen sowie als Ort privater Fürsorge.⁹ Das im 19. Jahrhundert entworfene Ideal der bürgerlichen Familie, der »Kernfamilie«, bestehend aus Mutter, Vater und Kindern, als eine intime, emotional begründete Gemeinschaft, setzte sich schließlich im 20. Jahrhundert in weiten Teilen vor allem West- und Mitteleuropas als normatives Familienkonzept durch.¹⁰

Das Zusammenleben der Kernfamilie wurde im Zweiten Weltkrieg jedoch zur Ausnahme.¹¹ Dies traf Familien aller sozialen Schichten und galt sowohl für die auf dem Umschlag abgebildete »deutsche« Familie als Teil der »Volksgemeinschaft« als auch für Familien, die als »erbbiologisch«, »rassisch« oder

3 Isabel Heinemann, Wert der Familie. Ehescheidung, Frauenarbeit und Reproduktion in den USA des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston 2018, S. 8.

4 Vgl. Gunilla Budde, Das Öffentliche des Privaten. Die Familie als zivilgesellschaftliche Kerninstitution, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 57-76.

5 Vgl. Heinemann, Wert der Familie (Anm. 3), S. 1-10.

6 William J. Goode, Soziologie der Familie, München 1976, S. 13. Makroperspektivisch gilt die Familie als eine soziale Institution, die bestimmte Leistungen für die Gesamtgesellschaft erbringt, mikroperspektivisch als ein gesellschaftliches Teilsystem mit festgelegter Rollenstruktur und spezifischen Interaktionsbeziehungen. Vgl. Rosemarie Nave-Herz, Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, Weinheim/München 2013, S. 34.

7 Vgl. Budde, Das Öffentliche des Privaten (Anm. 4).

8 Vgl. Barbara Rendtorff, Geschlechteraspekte im Kontext von Familie, in: Jutta Ecarius (Hrsg.), Handbuch Familie, Wiesbaden 2007, S. 94-111.

9 Vgl. Budde, Das Öffentliche des Privaten (Anm. 4).

10 Vgl. Nave-Herz, Ehe- und Familiensoziologie (Anm. 6), S. 54.

11 Als Kernfamilie gelten Familien mit Generationsdifferenzierung zwischen Eltern und Kindern. Demgegenüber grenzt Nave-Herz »Haushaltsfamilien« der vorindustriellen Zeit ab, in denen mehrere Generationen in einem gemeinsamen Haushalt lebten und der »Haushalt« im Mittelpunkt stand. Vgl. ebd., S. 34-37, 43.

»sozial« »minderwertig« aus der »Volksgemeinschaft« ausgeschlossen waren. Der Kriegseinsatz der Männer, Gewalt, Flucht, Deportation und Vertreibung zerrütteten und zerstörten Familien. Millionen Menschen wurden im Krieg über lange Zeiträume hinweg getrennt, teilweise über das Kriegsende hinaus und oft für immer. Nach dem Zweiten Weltkrieg soll es in Europa mindestens 13 Millionen Halb- und Vollwaisen gegeben haben.¹² Familientrennungen und der Verlust von Angehörigen wurden zu einer kollektiven und ubiquitären Kriegserfahrung.¹³

Umso erstaunlicher ist es, dass Familientrennungen sowie die damit verbundenen Erfahrungen und Auswirkungen bisher kaum Gegenstand der historischen Forschung zum Zweiten Weltkrieg sind.¹⁴ Hier setzt unser Sammelband an und stellt das Phänomen der Familientrennung in den Mittelpunkt. Kriegsbedingte Trennungen bis hin zur Zerstörung von Familien waren – so die Grundannahme – kalkulierte Folgen von Krieg und völkischen »Flurbereinigungen«, wie die deutschen Täter ihre rassistische Gewaltpolitik zynisch nannten. Im Kontext der nationalsozialistischen Inklusions- und Exklusionspolitik waren Familien jedoch keineswegs nur Objekte. Vielmehr gilt es auszuloten, inwiefern sie in der Extremerfahrung der Kriegstrennung auf Zugriffe und Steuerungsversuche des NS-Regimes reagierten, diese verhandelten, unterstützten oder unterliefen.

Der Sammelband knüpft an Forschungen zum »Privaten im Nationalsozialismus« am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ) an¹⁵ und

12 Schätzung von Tara Zahra, *The Lost Children. Reconstructing Europe's Families after World War II*, Cambridge, MA, 2011, S. 6.

13 Vgl. Lu Seegers, »Vati blieb im Krieg«. Vaterlosigkeit als generationelle Erfahrung im 20. Jahrhundert – Deutschland und Polen, Göttingen 2013.

14 Mehrere Studien thematisieren die Bedeutung der Familientrennung, etwa Hester Vaizey, die die Auswirkungen der Trennungen auf Familien im Krieg und vor allem auf die deutsche Nachkriegsgesellschaft untersucht, allerdings lediglich Familien der deutschen Kriegsgesellschaft im »Altreich« berücksichtigt. Vgl. Hester Vaizey, *Surviving Hitler's War. Family Life in Germany, 1939–45*, Basingstoke 2010. Arbeiten hingegen, die sich dem Alltag unter Besatzung in Europa widmen, benennen zwar Familien als zentral für die Erfahrungswelt und Organisation von Alltag und konstatieren die Zumutungen, die Trennungen von Familien mit sich brachten, analysieren jedoch nicht, was dies im Einzelnen für Familien und Individuen bedeutete. Vgl. z. B. Robert Gildea/Olivier Wieviorka/Anette Warring (Hrsg.), *Surviving Hitler and Mussolini. Daily Life in Occupied Europe*, Oxford/New York 2006; Tatjana Tönsmeier/Peter Haslinger/Agnes Laba (Hrsg.), *Coping with Hunger and Shortage under German Occupation in World War II*, Cham (Schweiz) 2018.

15 Vgl. das Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin »Das Private im Nationalsozialismus«, in Kooperation mit dem Deutschen Historischen Institut Warschau und Elizabeth Harvey, University of Nottingham, <https://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/das-private-im-nationalsozialismus> [5.1.2022].

soll aus alltags- und geschlechtergeschichtlicher Perspektive zu einem besseren Verständnis der Erfahrungen, Deutungen und Auswirkungen von Krieg, Gewalt und Besatzung beitragen. Die hier vorgestellten Aufsätze basieren auf dem im Juli 2019 in Hannover veranstalteten Workshop »Kriegstrennungen im Zweiten Weltkrieg – Familienzerstörung zwischen ›Kollateralschaden‹ und Biopolitik«. Die Veranstaltung wurde finanziert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Kontext des DFG-Projekts »Hebammen im ›biopolitischen Laborraum‹ des ›Reichsgaus Wartheland‹ – Geburtshilfe zwischen Privatheit und staatlichem Zugriff«. Veranstalter waren die Arbeitsgemeinschaft »Medical Citizenship«, die am Institut für Ethik, Geschichte und Philosophie der Medizinischen Hochschule Hannover und am Historischen Seminar der Leibniz Universität Hannover angesiedelt ist, sowie das Historische Seminar der Universität Hamburg.¹⁶

So alltäglich im Zweiten Weltkrieg die Erfahrung von Trennung und Verlust war und gewissermaßen zu einer »Normalität« wurde, so fundamental unterschiedlich erwiesen sich, je nach nationaler Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Funktion und Aufenthaltsort, die damit verbundenen Bedingungen, Erfahrungen und Handlungsoptionen.¹⁷ Je häufiger der Krieg innerhalb der Mehrheitsgesellschaft im Reichsgebiet zu Trennungen führte, desto stärker versuchte das NS-Regime, den Zusammenhalt der rassistisch privilegierten Familien zu fördern und Zerrüttungen zu vermeiden.¹⁸ Demgegenüber zielte das NS-Regime bei Familien, die als »rassistisch minderwertig«, »asozial« oder »erbkrank« galten, darauf ab, sie auszugrenzen und letztlich zu zerstören. Das Familienleben zahlloser Menschen wurde militärischen oder kriegswirtschaftlichen Erwägungen untergeordnet oder den kriminellen Logiken der NS-Rassen- und Besatzungspolitik geopfert.¹⁹ Im Folgenden werden diese unterschiedlichen Formen kriegsbedingter Trennung untersucht. Gegenstand der einzelnen Studien sind dabei sowohl Familien der deutschen Kriegsgesellschaft, vornehmlich

16 Vgl. Jonathan Voges, Tagungsbericht: Kriegstrennungen im Zweiten Weltkrieg – Familienzerstörung zwischen »Kollateralschaden« und Biopolitik, Hannover, 10.7.2019–11.7.2019, in: H-Soz-Kult, 20.9.2019, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8454> [5.1.2022].

17 Vgl. Gildea/Wieviorka/Warring (Hrsg.), *Surviving Hitler and Mussolini* (Anm. 14), S. 206–216.

18 Vgl. Christian Packheiser, *Personal Relationships between Harmony and Alienation. Aspects of Home Leave during the Second World War*, in: Elizabeth Harvey/Johannes Hürter/Maiken Umbach/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Private Life and Privacy in Nazi Germany*, Cambridge 2019, S. 233–255; Christian Packheiser, *Heimatururlaub. Soldaten zwischen Front, Familie und NS-Regime*, Göttingen 2020.

19 Vgl. z. B. Vaizey, *Surviving Hitler's War* (Anm. 14).

im »Altreich« (Deutschland in den Grenzen von 1937), als auch Familien in europäischen Ländern unter deutscher Besatzung.

Besatzungsgesellschaften entstanden durch Fremdherrschaft und die Anwesenheit der Besatzer, verbunden mit einer Entmündigung der unter Besatzung Lebenden.²⁰ Einen Schwerpunkt legt der Sammelband auf Osteuropa. Insbesondere im besetzten Polen verfolgten die deutschen Besatzer eine radikale Rassen- und »Germanisierungspolitik«, die aus Vertreibung und Umsiedlung, Repression und Mord bestand. Hier errichteten sie die ersten Juden-Ghettos und Vernichtungslager. Während zunächst der sowjetisch besetzte Osten Polens Ziel vieler – vor allem jüdischer – Flüchtlinge wurde, siedelte das NS-Regime im westlichen Teil »Volksdeutsche« aus Südost- und Osteuropa an. Polnische und jüdische Familien wurden vertrieben oder zwangsdeportiert. Familientrennungen und Familienzerstörungen waren die Konsequenz dieser Besatzungs- und »Germanisierungspolitik«.²¹ Mit der Besetzung der westlichen Teile der Sowjetunion ab Juni 1941 radikalisierte sich die NS-Gewalt bis hin zur systematischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas.

Geschlechtsspezifische Dimensionen von Besatzung und »Alltag« im deutsch besetzten Europa sind in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus der Forschung gerückt.²² Familien in Besatzungsgesellschaften wurden jedoch bisher kaum untersucht, eine Sozialgeschichte der besetzten Gesellschaften steht noch aus.²³ In der Holocaustforschung hingegen war »Familie« bereits seit Mitte der 1970er Jahre ein wichtiges Untersuchungsfeld, das von der Sozial-, Frauen- und Geschlechtergeschichte bearbeitet wird.²⁴ Der vorliegende Sammelband bringt die Forschungsfelder zu nichtjüdischen Familien in Besatzungsgesellschaften

20 Vgl. den Beitrag von Tatjana Tönsmeier in diesem Band.

21 Vgl. z. B. Isabel Heinemann, »Rasse, Siedlung, deutsches Blut«. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003; Gerhard Wolf, Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen, Hamburg 2012; Alexa Stiller, Germanisierung und Gewalt. Nationalsozialistische Volkstumspolitik in den polnischen, französischen und slowenischen Annexionsgebieten, 1939-1945, Diss. Bern 2015.

22 Vgl. z. B. Elizabeth Harvey, »Der Osten braucht Dich!« Frauen und nationalsozialistische Germanisierungspolitik, Hamburg 2009; Maren Röger, Kriegsbeziehungen. Intimität, Gewalt und Prostitution im besetzten Polen 1939 bis 1945, Frankfurt a. M. 2015; Katherine Jolluck, Life and Fate. Race, Nationality, Class and Gender in Wartime Poland, in: Catherine Baker (Hrsg.), Gender in Twentieth-Century Eastern Europe and the USSR, London 2017, S. 96-112; Jochen Böhrer/Stephan Lehnstaedt (Hrsg.), Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939-1945, Osnabrück 2012.

23 Vgl. den Beitrag von Tatjana Tönsmeier in diesem Band.

24 Vgl. Judith Baumel, Gender and Family Studies of the Holocaust, in: Women. A Cultural Review 7 (1996), 2, S. 114-124. Vgl. auch Dalia Ofer/Leonore J. Weitzman (Hrsg.), Women in the Holocaust, New Haven, CT/London 1998.

und zu jüdischen Familien im Holocaust²⁵ sowie außerdem zu nichtverfolgten deutschen Familien im Zweiten Weltkrieg zusammen,²⁶ immer unter der erkenntnisleitenden Frage nach den Erfahrungen und Deutungen von Familientrennungen. Praktiken von Inklusion und Exklusion sowie Prozesse der Konstruktion von »(Volks-)Gemeinschaft« über die Grenzen des »Altreichs« hinaus werden dadurch ebenso beleuchtet wie Fragen nach »Alltag« unter Besatzung und im Holocaust sowie nach jüdischer Identität.²⁷ Der Blick auf ganz unterschiedliche Gruppen der Kriegs- und Besatzungsgesellschaften soll dabei nicht (vermeintliche) Ähnlichkeiten der Erfahrungen betonen,²⁸ sondern durch den extremen Kontrast Lebenssituationen und soziale Ordnungen, etwa die Geschlechter- und Generationenverhältnisse innerhalb dieser Gesellschaften, genauer verstehen helfen.²⁹

Die NS-Rassenpolitik trennte und zerstörte jüdische Familien von Beginn an. Dies verstärkte sich im Zweiten Weltkrieg durch Deportation, Ghettoisierung und durch die Inhaftierung und Ermordung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern.³⁰ Zugleich aber hatte die Familie eine bedeutende Funktion als Ressource und Netzwerk sowie als Resilienz- und Überlebensfaktor unter den Bedingungen von Verfolgung und Völkermord.³¹ Waren es doch vor allem Familien und familiäre Netzwerke, die einzelnen Mitgliedern die Kraft, den Willen und die Möglichkeit gaben, zumindest zeitweise zu überleben.³²

25 Vgl. Tatjana Tönsmeier, Besatzung als europäische Erfahrungs- und Gesellschaftsgeschichte. Der Holocaust im Kontext des Zweiten Weltkrieges, in: Frank Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.), *Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung*, Bonn 2015, S. 281-298.

26 Lisa Pine verfolgt einen ähnlichen Ansatz, indem sie den Einfluss der NS-Ideologie und der NS-Familienpolitik auf deutsche nichtverfolgte und verfolgte Familien im »Altreich« untersucht. Vgl. Lisa Pine, *Nazi Family Policy, 1933-1945*, Oxford/New York 1997.

27 Die Notwendigkeit, nach der »Volksgemeinschaft« außerhalb des »Altreichs« zu fragen, betont auch Elizabeth Harvey, Eine Utopie mit tödlichen Ausschlussklauseln, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ)* 62 (2014), 3, S. 445-453, hier S. 450.

28 Kritisch zu einem solchen Ansatz etwa Joanna Beata Michlic, *Jewish Families in Europe, 1939-Present. History, Representation, and Memory. An Introduction*, in: dies. (Hrsg.), *Jewish Families in Europe, 1939-Present. History, Representation, and Memory*, Waltham, MA, 2017, S. XV-XXXIV.

29 Vgl. Nicholas Stargardt, »Maikäfer flieg!« Hitlers Krieg und die Kinder, München 2006, S. 31.

30 Vgl. z. B. Irith Dublon-Knebel, *Holocaust Parenthood. Transformation of Child-Parent Relationships as Perceived by the Survivors*, in: José Brunner (Hrsg.), *Mütterliche Macht und väterliche Autorität. Elternbilder im deutschen Diskurs*, Göttingen 2008, S. 93-107.

31 Vgl. Michlic, *Jewish Families in Europe* (Anm. 28); Carlos Alberto Haas, *Das Private im Ghetto. Jüdisches Leben im deutsch besetzten Polen 1939 bis 1944*, Göttingen 2020.

32 Vgl. z. B. Dalia Ofer, *Parenthood in the Shadow of the Holocaust*, in: Michlic (Hrsg.), *Jewish Families in Europe* (Anm. 28), S. 3-25; Lenore J. Weitzman, *Resistance in Eve-*

Dabei übernahmen Frauen und Kinder vielfach männlich konnotierte Aufgaben. Tradierte geschlechts- und generationsgebundene Rollen änderten sich zumindest vorübergehend. In der Forschung wird insbesondere die emotionale Stärke der Mütter betont, die für ihr eigenes Leben und das ihrer Kinder kämpften.³³ Die Arbeiten zu Familien im Holocaust verweisen darüber hinaus aber auch auf die Ambivalenz von Familie, auf ihre Zerrüttung und Zerstörung, weil selbst die grundlegendsten Funktionen wie Wohnung, Nahrung, Fürsorge und Schutz der Kinder nicht gewährleistet werden konnten.³⁴ Diese destruktive Seite äußerte sich auch im Zwang, unerträgliche Entscheidungen treffen zu müssen, wie etwa das Leben eines Familienmitglieds für das eines anderen zu opfern oder zu riskieren.³⁵ Deportationen, Gewalt, Tod durch Krankheiten und Hunger waren ständige, kaum zu kontrollierende Bedrohungen, die Familien jederzeit auseinanderreißen und vernichten konnten.

Für deutsche Familien konstatierte die emigrierte Schriftstellerin und Journalistin Erika Mann 1938, das NS-Regime versuche, die Familie als eine tradierte Einrichtung der menschlichen Gemeinschaft zu zerstören.³⁶ Sie verwies auf den Anspruch der nationalsozialistischen Diktatur, durch die Einbindung der Familienmitglieder in Parteiorganisationen in die Privatsphäre der Familie einzugreifen und diese aufzubrechen. Neuere Forschungen betonen demgegenüber – trotz aller Zugriffe von Staat und Partei sowie trotz der begrenzten Zeit, die Familienmitglieder noch gemeinsam verbringen konnten – das Festhalten

ryday Life. Family Strategies, Role Reversals, and Role Sharing in the Holocaust, ebd., S. 46–66; Esther Hertzog, Introduction. Studying the Holocaust as a Feminist, in: dies. (Hrsg.), *Life, Death and Sacrifice. Women and Family in the Holocaust*, Jerusalem/New York 2008, S. 1–17; Lenore J. Weitzman/Dalia Ofer, *The Sequential Development of Jewish Women's Coping Strategies (in the Ghettos) during the Holocaust. A New Theoretical Framework*, in: Andrea Pető/Louise Hecht/Karolina Krasuska (Hrsg.), *Women and the Holocaust. New Perspectives and Challenges*, Warschau 2015, S. 27–63; Dublon-Knebel, *Holocaust Parenthood* (Anm. 30).

33 Vgl. etwa Dalia Ofer, *Motherhood under Siege*, in: Hertzog (Hrsg.), *Life, Death and Sacrifice* (Anm. 32), S. 41–68.

34 Vgl. z. B. Andrea Löw, *Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten*, Göttingen 2010; Haas, *Das Private im Ghetto* (Anm. 31).

35 Vgl. Ofer, *Parenthood in the Shadow of the Holocaust* (Anm. 32).

36 Erika Mann, *School for Barbarians. Education under the Nazis*, New York 1938, S. 27 f. Michael H. Kater bezeichnet Erika Manns Darstellung als »falsch«. Vgl. ders., *Die deutsche Elternschaft im nationalsozialistischen Erziehungssystem*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 67 (1980), 4, S. 484–512, hier S. 485. Paul Ginsborg formuliert es etwas schwächer und kommt zu dem Schluss, das NS-Regime habe »Privatheit, Vertrautheit und gemeinsame Zeit von Eltern und Kindern – alles also, was Familienleben ausmacht – [...] gefährdet«. Paul Ginsborg, *Die geführte Familie. Das Private in Revolution und Diktatur 1900–1950*, Hamburg 2014, S. 501 f.

des NS-Regimes an der Institution Familie.³⁷ In jedem Fall änderte sich aber im Nationalsozialismus das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Familie. Familien galten nicht mehr als »Keimzelle des Staates«, sondern vielmehr als »Keimzelle der Volksgemeinschaft«.³⁸ Familie wurde, wie Isabel Heinemann betont, zu einer Schaltstelle von Inklusion und Exklusion.³⁹ Das Individuum wurde als Mitglied der Familie »rassisch« und »erbgeneigt« bewertet. Die Zugehörigkeit zur Familie definierte Möglichkeiten innerhalb der Mehrheitsgesellschaft, konnte jedoch ebenso zum Ausschluss führen, mit allen schrecklichen Konsequenzen. Das nationalsozialistische Konzept von »Volksgemeinschaft« entwarf die soziale Utopie einer »rassereinen«, »erbgeneigten« Gemeinschaft, enthielt aber auch konkrete Anleitungen zu deren Umsetzung.⁴⁰ Ohne jemals gesellschaftliche Wirklichkeit zu werden, blieb die »Volksgemeinschaft« ein wirkmächtiges Propagandaversprechen.⁴¹ Die jüngere Forschung zur NS-Gesellschaftsgeschichte hat mit dem analytischen Begriff »Volksgemeinschaft« eine neue Perspektive auf gesellschaftliche Entwicklungen, politisch-ideologische Steuerung und soziale Praxis geöffnet.⁴² Hier knüpft der vorliegende Sammel-

- 37 Vgl. etwa Vaizey, *Surviving Hitler's War* (Anm. 14), S. 23-27. Zu Ideologie und sozialer Praxis von »Familie« in der NS-»Volksgemeinschaft« vgl. jetzt auch Packheiser, *Heimurlaub* (Anm. 18), und am Beispiel eines NS-affinen Ehepaares und dessen Kindern: Johannes Hürter/Thomas Raithel/Reiner Oelwein (Hrsg.), »Im Übrigen hat die Vorsehung das letzte Wort...«. *Tagebücher und Briefe von Marta und Egon Oelwein 1938-1945*, Göttingen 2021 (mit ebd., S. 17-81: Johannes Hürter/Thomas Raithel, *Einblicke in eine nationalsozialistische Familie*).
- 38 Michael Wildt, »Volksgemeinschaft«, in: *Informationen zur Politischen Bildung*, Nr. 314 (2012), <https://www.bpb.de/izpb/137211/volksgemeinschaft?p=all> [5.1.2022]. Vgl. auch Ginsborg, *Die geführte Familie* (Anm. 36), S. 538 f. Vgl. zum Verhältnis von Staat und bürgerlicher Familie: Budde, *Das Öffentliche des Privaten* (Anm. 4).
- 39 Isabel Heinemann, »Keimzelle des Rassenstaates«. Die Familie als Relais der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik in Osteuropa, in: Klaus Latzel/Franka Maubach/Elissa Mailänder (Hrsg.), *Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«*, Göttingen 2018, S. 133-154.
- 40 Vgl. etwa Annemone Christians, »Erbgesund und rasserein« – Die NS-Sterilisationsgesetzgebung als erste Phase legitimierter Radikalexklusion, in: Magnus Brechtken/Hans-Christian Jasch/Christoph Kreuztmüller/Niels Weise (Hrsg.), *Die Nürnberger Gesetze – 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung, Auswirkungen*, Göttingen 2017, S. 53-70.
- 41 Vgl. Martina Steber/Bernhard Gotto, *Volksgemeinschaft. Writing the Social History of the Nazi Regime*, in: dies. (Hrsg.), *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives*, Oxford 2014, S. 1-28.
- 42 Vgl. z. B. Detlef Schmiechen-Ackermann, »Volksgemeinschaft«. Mythos der NS-Propaganda, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im »Dritten Reich«? – Einführung, in: ders. (Hrsg.), »Volksgemeinschaft«. Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im »Dritten Reich«? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012, S. 13-54; Martina Steber/Bernhard Gotto, *Volksgemeinschaft im NS-Regime. Wandlungen, Wirkungen und Aneignungen eines Zukunftver-*

band an und fokussiert auf das Verhältnis von Familie und »Volksgemeinschaft« unter der Belastung von Familientrennungen im Krieg.

Deutsche, als »wertvoll« erachtete Familien und ihr Privatleben bildeten für das NS-Regime im Krieg eine Art Kraftreserve zur Mobilisierung der »Volksgemeinschaft«. Indem sich der NS-Staat den Zugriff auf »das Private« sicherte, griff er auch in die Familie ein. Wie Johannes Hürter, Andreas Wirsching, Elizabeth Harvey sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFZ-Forschungsprojekts »Das Private im Nationalsozialismus« gezeigt haben, wurde Privatheit allerdings in der Regel nicht gänzlich beseitigt. Vielmehr gewährte das NS-Regime Privatheit als Privileg und nutzte das Private als Ressource der Integration und des Machterhalts.⁴³ Nicht-verfolgte Familien behielten in gewissen Grenzen Möglichkeiten des Rückzugs in eine private Sphäre. Das Regime förderte das Familienleben und die Privatinteressen der »Volksgenossen«, um die Stabilität des Systems zu wahren und sich des »Mitmachens« oder zumindest »Hinnnehmens« der Menschen zu versichern. Viele Familien zeigten sich ihrerseits geschickt darin, Zugriffe und Zumutungen des NS-Regimes abzuwehren.⁴⁴ Sie konnten einen Schutzraum bieten, beispielsweise wenn Mütter für ihre Kinder Entschuldigungen für die Teilnahme an HJ- oder BDM-Treffen schrieben.⁴⁵

Unter den Bedingungen des Krieges verschoben sich allerdings unweigerlich die Grenzen zwischen »privat« und »öffentlich« noch einmal grundlegend und wurden neu ausgehandelt.⁴⁶ Kriegsbedingte Trennungen – Kriegsdienst der Männer, Mobilisierung der Frauen und »Landverschickung« der Kinder – hatten Folgen für die Familienstrukturen.⁴⁷ Dies verlangte von den einzelnen Familienmitgliedern Anpassungen an die neuen Bedingungen und führte zu einer Transformation oder »zeitweisen Deformation« traditioneller Geschlechterrol-

sprechens, in: VfZ 62 (2014), 3, S. 433-445; Klaus Latzel/Franka Maubach/Elissa Mailänder, Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«. Zur Einführung, in: dies. (Hrsg.), Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft« (Anm. 39), S. 9-26.

43 Vgl. Anm. 15 und Andreas Wirsching, Privatheit, in: Winfried Nerdinger (Hrsg.), München und der Nationalsozialismus. Katalog des NS-Dokumentationszentrums München, München 2015, S. 443-449; Elizabeth Harvey/Johannes Hürter/Maikin Umbach/Andreas Wirsching, Introduction: Reconsidering Private Life under the Nazi Dictatorship, in: dies. (Hrsg.), Private Life and Privacy in Nazi Germany (Anm. 18), S. 3-29. Vgl. außerdem das Editorial von Johannes Hürter und Andreas Wirsching im vorliegenden Band.

44 Vgl. Michelle Mouton, From Nurturing the Nation to Purifying the Volk. Weimar and Nazi Family Policy, 1918-1945, New York 2007; Vaizey, Surviving Hitler's War (Anm. 14); Pine, Nazi Family Policy (Anm. 26).

45 Vgl. Vaizey, Surviving Hitler's War (Anm. 14), S. 27; außerdem den Beitrag von Kathrin Kiefer und Markus Raasch in diesem Band.

46 Vgl. Wirsching, Privatheit (Anm. 43); Harvey/Hürter/Umbach/Wirsching, Introduction (Anm. 43).

47 Vgl. dazu etwa Vaizey, Surviving Hitler's War (Anm. 14).

len.⁴⁸ Solche Veränderungen und die damit verbundenen Erfahrungen rückten in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus der Forschung.⁴⁹ »Sexualität« ebenso wie »Generation« wurden zu wichtigen Analysekatoren,⁵⁰ und Kindheiten im Zweiten Weltkrieg entwickelten sich zu einem eigenen Forschungsfeld.⁵¹ Die sozial- und kulturhistorische Weltkriegsforschung legte den Fokus zuletzt vermehrt darauf, spezifische geschlechts- und generationsgebundene Erfahrungen in Beziehungskonstellationen von Familie, vor allem von Partnerschaften, zu untersuchen. Der vorliegende Sammelband thematisiert daran anknüpfend die innerfamiliären Beziehungen von Frauen, Männern, Müttern, Vätern und Kindern unter den Bedingungen von Kriegstrennungen.⁵²

Familie strukturiert sich in Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern, aber auch in wechselseitigen Interaktionen mit Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen.⁵³ Vor allem zwei Beziehungsachsen sind in der Kernfamilie prägend: die Beziehung einerseits zwischen Vater und Mutter als Paar, anderer-

48 Vgl. Maren Röger/Ruth Leiserowitz, Introduction: Gender and World War II in Central and Eastern Europe, in: dies. (Hrsg.), *Women and Men at War. A Gender Perspective on World War II and its Aftermath in Central and Eastern Europe*, Osnabrück 2012, S. 9-34.

49 Vgl. z. B. Harvey, »Der Osten braucht Dich!« (Anm. 22); Sybille Steinbacher, *Differenz der Geschlechter? Chancen und Schranken für die »Volksgenossinnen«*, in: Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 2009, S. 94-104; Nicole Kramer, *Volksgenossinnen an der Heimatfront. Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung*, Göttingen 2011; Karen Hagemann/Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), *Heimat-Front. Militär und Geschlechterverhältnisse im Zeitalter der Weltkriege*, Frankfurt a. M./New York 2002.

50 Vgl. z. B. Dagmar Herzog, *Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2005; Röger, *Kriegsbeziehungen* (Anm. 22); Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2003.

51 Vgl. z. B. Seegers, »Vati blieb im Krieg« (Anm. 13); Stargardt, »Maikäfer flieg!« (Anm. 29); Johannes-Dieter Steinert, *Deportation und Zwangsarbeit. Polnische und sowjetische Kinder im nationalsozialistischen Deutschland und im besetzten Osteuropa 1939-1945*, Essen 2013; ders., *Holocaust und Zwangsarbeit. Erinnerungen jüdischer Kinder 1938-1945*, Essen 2018.

52 Zur fundamentalen Bedeutung dieser Beziehungen, insbesondere auch zwischen den Geschlechtern in Partnerschaften, für das Verhalten der Bevölkerung sowie für die Konstitution von »Volksgemeinschaft« vgl. Latzel/Maubach/Mailänder (Hrsg.), *Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«* (Anm. 42). Vgl. jetzt auch die Edition der exemplarischen Dokumente eines »ganz normalen« NS-affinen Ehepaars: Hürter/Raithel/Oelwein (Hrsg.), »Im Übrigen hat die Vorsehung das letzte Wort...« (Anm. 37).

53 Vgl. Budde, *Das Öffentliche des Privaten* (Anm. 4). Innerfamiliäre Rollen spiegeln sich oft auch in der Kleidung oder in der Aufteilung des Wohnraums, z. B. mit differenzierten Zimmern für Eltern, Kinder und das familiäre Zusammensein. Vgl. Nave-Herz, *Ehe- und Familiensoziologie* (Anm. 6), S. 54 f.

seits zwischen Eltern und Kindern als Form intergenerationeller Fürsorge.⁵⁴ Elternschaft ist dabei auch als ein kulturelles Konzept zu verstehen, verbunden mit geschlechtsspezifischen Normen und Verhaltenserwartungen an Mutter und Vater im Umgang mit den Kindern sowie im Hinblick auf ihre Rollen als Mann, Frau und Paar.⁵⁵ Diese Rollenbilder definieren Verantwortlichkeiten von Mutter und Vater für die Organisation der Familie und die Fürsorge für die einzelnen Mitglieder. Gerahmt wird dies von milieu-, schicht- und geschlechterspezifisch variierenden Konventionen.⁵⁶ Normen und Verhaltenserwartungen richten sich nicht zuletzt an Kinder: Zwischen Eltern und Kindern werden gesellschaftliche Rollen eingeübt, intergenerationelle Beziehungen präformiert und generationelle Kontinuitäten hergestellt.⁵⁷ Familien repräsentieren damit bestimmte Zeitbezüge von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.⁵⁸

Im Zweiten Weltkrieg waren die männlichen »Familienoberhäupter« häufig zum Wehrdienst oder zum Arbeitseinsatz verpflichtet und deshalb von ihren Familien getrennt. Dies brachte für die Frauen der deutschen Kriegsgesellschaft zwar Zumutungen mit sich, eröffnete ihnen aber zugleich neue Handlungsspielräume.⁵⁹ Inwiefern führten die kriegsbedingten Trennungen auf diese Weise zu Transformationen familiärer Beziehungsstrukturen, zwischen Mann und Frau, zwischen Mutter und Vater, zwischen Eltern und Kindern? Und wie wirkten sich Familientrennungen auf der anderen Seite bei jenen Menschen aus, die durch Verfolgung und Gewalt auseinandergerissen wurden? Die Holocaustforschung der letzten Jahre betont die Transformation innerfamiliärer Beziehungen zwischen den Geschlechtern und Generationen im Rahmen der nationalsozialistischen Gewaltpolitik, ebenso die jeweils spezifischen Verfolgungsbedingungen von Frauen und Männern.⁶⁰ Sexualisierte Gewalt, aber auch Konflikte, eigene, religiöse und gesellschaftliche Erwartungen nicht erfül-

54 Vgl. Ofer, *Parenthood in the Shadow of the Holocaust* (Anm. 32), in Anlehnung an William Goode.

55 Vgl. Goode, *Soziologie der Familie* (Anm. 6), S. 132–136. Vgl. auch Budde, *Das Öffentliche des Privaten* (Anm. 4).

56 Vgl. Ofer, *Parenthood in the Shadow of the Holocaust* (Anm. 32).

57 Vgl. Budde, *Das Öffentliche des Privaten* (Anm. 4); Goode, *Soziologie der Familie* (Anm. 6), S. 16–20.

58 Vgl. den Beitrag von Carlos Alberto Haas in diesem Band.

59 Vgl. z. B. Röger/Leiserowitz, *Introduction* (Anm. 48); Kramer, *Volksgenosinnen an der Heimatfront* (Anm. 49).

60 Vgl. z. B. Myrna Goldenberg, *Sex-Based Violence and the Politics and Ethics of Survival*, in: Myrna Goldenberg/Amy H. Shapiro (Hrsg.) *Different Horrors – Same Hell. Gender and the Holocaust*, Seattle, WA/London 2013, S. 99–127.

len zu können, erlebten Frauen und Männer, Mütter und Väter unterschiedlich.⁶¹

Die Beiträge des Sammelbands nehmen normative Familienkonzepte und tradierte Familienfunktionen in den Blick, die sich unter den Herausforderungen und Zumutungen von Krieg und Besatzung als fluide, flexibel und historisch wandelbar erwiesen. Ebenso fokussieren die Aufsätze auf Praktiken und Handlungsoptionen sowohl von rassisch privilegierten als auch von ausgegrenzten und verfolgten Familien, die kriegsbedingt getrennt leben mussten oder von Trennung bedroht waren. Der Sammelband ist in drei Abschnitte gegliedert, die im Folgenden vorgestellt werden.

1. Familie im nationalsozialistischen Krieg – übergreifende Aspekte und Konzepte

Normative Familienkonzepte und gelebte Familienformen waren bereits vor dem Krieg abhängig von sozialen Milieus sowie kulturellen, religiösen, wirtschaftlichen und politischen Prägungen und Bedingungen. »Familienideal« und »Familienwirklichkeit« standen dabei vielfach in einem Spannungsverhältnis zueinander.⁶² Wie aber wirkten sich kriegsbedingte Trennungen auf sie aus? Tatjana Tönsmeier und Isabel Heinemann behandeln in allgemeiner Perspektive (getrennte) Familien im Krieg und unter Besatzung.

Tatjana Tönsmeier untersucht in ihrem Beitrag kriegsbedingte Transformationsprozesse von Familien in Besatzungsgesellschaften. Familientrennungen bezeichnet sie als »zentrales Charakteristikum« dieser Gesellschaften, obgleich auch in der deutschen Kriegsgesellschaft Trennungen von Familien immer mehr zur Normalität wurden. Unter Besatzung prägten diese Trennungen, so Tönsmeyers These, den »außeralltäglichen Alltag« und damit die Erfahrungswelt der Menschen besonders stark. Nicht nur die Kampfhandlungen, sondern ebenso die nationalsozialistische Besatzungs-, Rassen- und Biopolitik führten zu Familientrennungen. Die Aussicht auf eine baldige Wiedervereinigung war oft ungewiss und die Trennung von Gefühlen wie Angst, Trauer, Verlust, Verlassenheit und Wut begleitet. Für die Organisation des Besatzungsalltags von Familien, für Bewältigungs- und Überlebensstrategien hatten Trennungen gravierende Folgen und erforderten Neuausrichtungen.

61 Vgl. Dalia Ofer/Leonore J. Weitzman, Introduction. The Role of Gender in the Holocaust, in: Ofer/Weitzman (Hrsg.), *Women in the Holocaust* (Anm. 24), S. 1-18; Weitzman/Ofer, *The Sequential Development of Jewish Women's Coping Strategies* (Anm. 32).

62 Vgl. Nave-Herz, *Ehe- und Familiensoziologie* (Anm. 6), S. 43.

Wie Tönsmeier argumentiert, gehörte die jüdische Bevölkerung bis zu ihrer Deportation zu den jeweiligen Besatzungsgesellschaften. Allerdings waren Jüdinnen und Juden in doppelter Weise Entrechtung und Verfolgung ausgesetzt: als Angehörige einer besetzten Gesellschaft und als »rassisch« Verfolgte. Als Familie zu überleben, wurde mit zunehmender Radikalisierung der NS-Verfolgungspolitik fast unmöglich, die Trennung von der Familie somit häufig zu einer Überlebensstrategie. Das Zusammenleben jüdischer Familien stellte eine so seltene Ausnahme dar, dass »eine Familie haben« im besetzten Polen gar zu einem Merkmal avancierte, *nicht* jüdisch zu sein.

Traditionelle Konzepte und Funktionen von Familie wurden, wie der Beitrag von Tönsmeier zeigt, gerade in Gesellschaften unter Besatzung durch kriegsbedingte Trennungen herausgefordert und in Frage gestellt. Dies betraf aber weniger normative Konzepte und »Familienideale« als vielmehr Familienwirklichkeiten. So führten Familientrennungen vielfach zur Herausbildung neuer familialer Gemeinschaften, die überlebenswichtige Funktionen von Fürsorge, Versorgung und Organisation des »außeralltäglichen Alltags« übernahmen; vor allem waren dies »Rumpf- oder Haushaltsfamilien« aus Frauen, Kindern, Jugendlichen und alten Menschen. Tönsmeier betont, dass Studien zu sozialen Praktiken dieser Gemeinschaften und zu »Coping-Strategien«, beispielsweise Not- und Solidargemeinschaften von Frauen, weiterhin Forschungsdesiderate seien.

Isabel Heinemann beschäftigt sich demgegenüber mit Familie in ihrer Bedeutung für die NS-»Volksgemeinschaft« und sieht sie als ein Instrument der Inklusions- und Exklusionspolitik. Menschen im besetzten Polen wurden familienweise in der »Deutschen Volksliste« erfasst und über die Verleihung des privilegierten Status als Deutsche in die »erweiterte Volksgemeinschaft« inkludiert oder als »fremdvölkisch« ausgeschlossen. Komplette Familien wurden zum zentralen Objekt der Umsiedlungspolitik, genauer gesagt des Massentransfers »Volksdeutscher« aus Südost- und Osteuropa in die dem Deutschen Reich eingegliederten westpolnischen Gebiete. Kategorien von »Tauglichkeit« und »Wertigkeit« bezogen sich auf ganze Familieneinheiten. Diese ermöglichten einen leichteren Zugriff auf die Menschen. Während SS und Besatzungsbehörden bei »Wiedereindeutschungsfähigen« um den Erhalt der Familieneinheit bemüht waren, zeigten sie eine hohe Bereitschaft, andere Familien aus rassenpolitischen Überlegungen heraus zu trennen und zu zerstören. Als »gutrassig« klassifizierte polnische Kinder wurden ihren Eltern weggenommen, aus ihrem sozialen Umfeld gerissen, über den Lebensborn e. V. »eingedeutscht« und als Adoptivkinder in deutsche Familien vermittelt. Wie der Beitrag von Heinemann zeigt, schufen die Verantwortlichen auf diese Weise in den besetzten Gesellschaften neue, von den Besatzern als »rassisch wertvoll« betrachtete Familien und forcierten ein

radikalisiertes, am Ideal einer rassistisch-biologistischen »Volksgemeinschaft« ausgerichtetes Familienkonzept.

Isabel Heinemann verweist außerdem auf die Wirkung der Trennungserfahrungen innerhalb der deutschen Nachkriegsbevölkerung, die sie als »Ausgangspunkt für eine Idealisierung der patriarchalen Kernfamilie« wie auch für eine »Rückbesinnung auf traditionelle Rollenbilder« in den 1950er Jahren ausmacht.⁶³ Allerdings blieb infolge des Krieges und seiner Verheerungen die Kernfamilie als Familienideal mit Mutter, Vater, Kind in der Nachkriegszeit für einen erheblichen Teil der Bevölkerung unerreichbar.

2. Familien der deutschen Kriegsgesellschaft

Familien als »Mikroeinheiten« trugen und tragen auf spezifische Weise zum Bestand von Gesellschaften bzw. Gemeinschaften bei. Umgekehrt setzen staatliche und gesellschaftliche Akteure bestimmte Erwartungen in ihre Funktionalität für die Gesamtgesellschaft. Die Familiensoziologie benennt als wichtige Funktionen von Familie die biologische Reproduktion, die Sozialisation der Kinder sowie die soziale »Platzierung« der Familie und ihrer einzelnen Mitglieder.⁶⁴ Als Wirtschafts-, Rechts- und Emotionsgemeinschaft erfüllen Familien außerdem die Funktion intergenerationeller Fürsorge.⁶⁵ Im Zweiten Weltkrieg schrieb die NS-Propaganda Familien der deutschen Kriegsgesellschaft darüber hinaus die Funktion einer »Kampfgemeinschaft« zu.⁶⁶ Wie aber konnten Familien die von ihnen erwarteten Aufgaben unter den Bedingungen kriegsbedingter Trennung wahrnehmen?

Der Beitrag von Christian Packheiser zeigt, welch hohen Stellenwert das Regime intakten und stabilen Familienverhältnissen innerhalb der »Volksgemeinschaft« beimaß. Sie galten den Machthabern und ihrer Propaganda als Voraussetzung für die Durchhaltebereitschaft der deutschen Kriegsgesellschaft. Fronturlaube als temporäre Wiedervereinigungen sollten präventiv gegen Entfremdungen von Mann und Frau, von Vätern und Kindern wirken und eine Illusion familiärer Einheit aufrechterhalten. Zugleich vermittelten die Urlaube

63 Hierauf weist auch Hester Vaizey hin, die zu dem Schluss kommt, der Krieg habe den Familienzusammenhang gestärkt, insbesondere dann, als viele öffentliche Institutionen nicht mehr funktionierten. Dies habe in Westdeutschland zu einem Rückzug auf die Familie geführt. Vgl. Vaizey, *Surviving Hitler's War* (Anm. 14), S. 150-155.

64 Vgl. Nave-Herz, *Ehe- und Familiensoziologie* (Anm. 6), S. 77-95.

65 Vgl. Budde, *Das Öffentliche des Privaten* (Anm. 4).

66 Vgl. Latzel/Maubach/Mailänder (Hrsg.), *Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«* (Anm. 42).

bei der Familie, wie Packheiser herausarbeitet, Hoffnung auf ein dauerhaftes Zusammensein nach dem siegreichen Krieg, suggerierten wenigstens für einige Tage eine zivile Normalität und symbolisierten den Zusammenhalt der Nation an der Front und in der Heimat. Aufgrund der hohen symbolischen Aufladung des Fronturlaubs überrascht es nicht, dass das Regime die Beziehungspflege im Urlaub nicht dem Zufall überließ, sondern versuchte, durch Propaganda und mediale Vermittlung steuernd in Urlaubs- und Beziehungsgestaltung einzugreifen und die Kommunikation der Familienmitglieder untereinander zu instruieren, um die innerfamiliären Bindungen zu fördern.

Ein wichtiges bevölkerungspolitisches Ziel der NS-Führung war es, die Geburtenrate auch im Krieg stabil zu halten. Die Zeugung von Kindern und damit die Erfüllung der Funktion von Familie als Reproduktionsgemeinschaft wurde als eine Erwartung mit dem Fronturlaub verknüpft. Wie Soldaten und ihre Frauen damit umgingen, solche Erwartungen von außen trotz der kriegsbedingten Trennung zu erfüllen, zeigt die biografische Fallstudie von Katerina Piro. Anhand der Feldpostkorrespondenz des Ehepaars Guicking untersucht sie exemplarisch, wie junge, durch den Krieg vorübergehend getrennte Paare Familienplanung vorantrieben und verhandelten. Die Guickings waren dabei mit der Herausforderung konfrontiert, ihre Familienplanung zwischen individuellen Wünschen und Hoffnungen, gesellschaftlichen Wert- und Normvorstellungen, Einmischungen durch ihr soziales Umfeld sowie NS-Bevölkerungspolitik und Kriegserfordernissen auszutarieren.

Familienplanung war auch insofern von zentraler Bedeutung, als Unfruchtbarkeit oder anderweitig verursachte Kinderlosigkeit unter den Bedingungen der NS-Bevölkerungspolitik die biologistisch interpretierte »Leistungsfähigkeit« als Frau oder als Mann und mitunter die Ehe in Frage stellen konnten. Das bereits 1938 geänderte Scheidungsrecht ermöglichte, wie Annemone Christians darlegt, die Scheidung nach dem »Zerrüttungsprinzip«. Ehen konnten geschieden werden, wenn sie wegen Kinderlosigkeit, aus rassenhygienischen Gründen oder aufgrund von »Entfremdung« und »Zerrüttung« nicht mehr im »volksgemeinschaftlichen Interesse« waren. Das Scheidungsrecht orientierte sich an den rassenideologischen Prämissen des NS-Staates. Es ging – insbesondere während des Krieges – um die Funktion der Ehe als Reproduktions- und Regenerationsgemeinschaft, um den Erhalt der (männlichen) Leistungs- und Kampfkraft, vielfach zulasten der Ehefrau. Der Wert der Ehe orientierte sich entsprechend, so Christians, am Bedürfnis der »kämpfenden Volksgemeinschaft«. Der Beitrag beleuchtet damit das komplexe Verhältnis von Ehe und Familie zu NS-Staat und »Volksgemeinschaft«.

Kriegsbedingte Trennungen stellten Ehepaare vor vielfältige Belastungen. In den meisten Fällen führten diese nicht zu Scheidungsprozessen, doch for-

derten sie die Paare emotional. Lebensberatung in Zeitschriften und Ratgeberliteratur versprach hier Orientierung und Hilfe. Lu Seegers nimmt in ihrem Beitrag über den Lebensberater und Schriftsteller Walther von Hollander die Beratungskommunikation an der Schnittstelle von privater Sphäre und Kriegsgesellschaft in den Blick. Erstaunlich ist, dass die Ratsuchenden, auch wenn sie zwangsweise in Trennung lebten, ebenso wie Walther von Hollander dies und die sich daraus ergebenden Konsequenzen kaum benannten. Vielmehr wurden Themen wie Entfremdung und Untreue, aber auch Zugewinn von Autonomie in einem bürgerlich »zeitlosen« Rahmen kommuniziert. Seegers identifiziert diese Form der Kommunikation sowohl als persönlich entlastende als auch System stabilisierende Strategie, um mit den Zumutungen des Krieges umzugehen. Die Entkoppelung von Eheproblemen und Krieg wie auch Positionierungen zugunsten einer »vorsichtigen Liberalisierung« der Geschlechterordnung ermöglichten es Hollander zugleich, über 1945 hinaus als zunehmend gefragter Lebensberater in einer sich demokratisierenden Medienlandschaft zu publizieren.

Kathrin Kiefer und Markus Raasch untersuchen, mit welchen Strategien Familien versuchten, die Beziehungen über kriegsbedingte Trennungen hinweg aufrechtzuerhalten. Sie fokussieren auf die Interaktionen vor allem zwischen Vätern und Kindern sowie von Geschwistern untereinander. Dabei rückt die innerfamiliäre Kommunikation und damit die Funktion der Familie als Emotions-, Fürsorge- und Versorgungsgemeinschaft aus Perspektive von Kindern in den Mittelpunkt der Betrachtung. Eine besondere Bedeutung kam unter den Bedingungen der langen Abwesenheit der Väter im Krieg den Beziehungen zwischen den Geschwistern zu, die sich durch die Trennungserfahrungen wandelten und vielfach intensivierten. Wurden die Verhältnisse zwischen Mutter und Vater sowie zwischen Eltern und Kindern bereits als zentrale Beziehungsachsen innerhalb einer Familie definiert,⁶⁷ so können mit den Ergebnissen des Beitrags von Kiefer und Raasch Geschwisterbeziehungen als eine weitere Achse bezeichnet werden. Bei Abwesenheit eines Elternteils oder beider Eltern konnten Geschwister als Gemeinschaften ähnlicher Erfahrung und Prägung von ihren Eltern bestimmte fürsorgende und emotionale Funktionen übernehmen, aber auch eigene Interaktionsformen mit stabilisierender und schützender Funktion herausbilden.⁶⁸

67 Vgl. Anm. 54.

68 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Yuliya von Saal in diesem Band, außerdem Seegers, »Vati blieb im Krieg« (Anm. 13).

Auf Trennungserfahrungen von Mutter und Kind als kleinste Familieneinheit im Kontext der Umsiedlungen »Volksdeutscher« fokussiert der Beitrag von Wiebke Lisner. Während eine zeitweilige Trennung von den Vätern während des Umsiedlungs- und Ansiedlungsprozesses für viele Umsiedler, ebenso wie für NS-Stellen, akzeptabel war, ja Umsiedler diese teilweise selbst vorantrieben, um im Ansiedlungsprozess als Familie bessere Chancen zu erhalten, galten Mutter und Kind als unauflösliche Einheit. Dennoch ordneten NS-Umsiedlungsstellen den Zusammenhalt von Mutter und Kind immer wieder dem Ziel eines »geordneten« Ablaufs der Umsiedlung oder dem Schutz der Gesundheit unter. Deutschbalten, die oftmals einen bildungsbürgerlichen oder adligen Hintergrund hatten, konnten jedoch soziale und Familien-Netzwerke nutzen, ebenso wie soziales und kulturelles Kapital, um ihre Interessen durchzusetzen. Diese Möglichkeiten hatten Wolhyniendeutsche, die vielfach Angehörige einer bäuerlichen Unterschicht waren, meist nicht. Sie besaßen nur geringe Spielräume einer selbstbestimmten Gestaltung der Umsiedlung und konnten Trennungen kaum durch Protest, aber doch durchaus mit Praktiken der Verweigerung verhindern. So dramatisch Trennungen von Mutter und Kind individuell auch wahrgenommen wurden: Eine dauerhafte Trennung »volksdeutscher« Familien lag nicht in der Intention des NS-Regimes. Vielmehr waren sie als neue Siedler in den eingegliederten westpolnischen Gebieten willkommen und wurden gebraucht. Als Teil der Besatzungsgesellschaft sollten auch sie an der Umsetzung der Utopie einer »erweiterten Volksgemeinschaft« partizipieren.

Die Beiträge arbeiten unterschiedliche Möglichkeiten heraus, auf Eingriffe des NS-Regimes und auf erzwungene Trennungen zu reagieren. Selbst wenn Familien Trennungen als »normale« Begleiterscheinung und Konsequenz des Krieges hinnahmen oder in Erwartung eines Sieges sogar unterstützten, waren sie bestrebt, die Situation nach eigenen Vorstellungen und Sinnstiftungen zu formen und eigenen Handlungslogiken zu unterwerfen. Handlungsspielräume und Erfolgsaussichten waren hierbei stark abhängig von »volkstumpolitischer«, medizinischer und sozialer Kategorisierung sowie von kulturellem und sozialem Kapital.

3. Familien der Besatzungsgesellschaften

Familien in Besatzungsgesellschaften, vor allem aber jüdische Familien, die in der rassistischen Hierarchie der Nationalsozialisten ganz unten standen, verfügten über allenfalls begrenzte Handlungsoptionen, Trennungen zu verhindern oder daraus entstehende Konfliktlagen nach ihren Vorstellungen zu beeinflussen. Einige Trennungen jedoch, wie beispielsweise als Konsequenz von Fluch-

ten, bedurften bewusster Entscheidungen und des Abwägens von Optionen.⁶⁹ Wie gestalteten sich diese Entscheidungsprozesse, und wie deuteten Familien der Besatzungsgesellschaften, insbesondere jüdische Familien und zur Zwangsarbeit ins »Altreich« Deportierte und ihre Angehörigen, Trennungen von Familienangehörigen?

Nicht nur Eheschließungen und Familiengründungen, Schwangerschaft und Geburt, sondern auch das Zusammenleben von Mutter und Kind unterlagen generell dem biopolitischen Steuerungsanspruch des NS-Regimes. So bedeutete für Zwangsarbeiterinnen im Deutschen Reich, wie Marcel Brüntrup zeigt, die Geburt eines Kindes häufig zugleich die Trennung von ihm. Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte im Deutschen Reich war auf Seiten des Regimes verbunden mit der Angst vor einer »rassischen Unterwanderung« des deutschen »Volkes«. Insbesondere »fremdvölkische« Familien und schwangere Frauen galten als »Gefährdung« für die »Volksgemeinschaft«. Familiengründungen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern im Reichsgebiet sollten verhindert werden. Mit zunehmender Kriegsdauer wurde es jedoch notwendig, Kompromisse zwischen rassenpolitischen Zielen und kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu finden. Ab Dezember 1942 wurden daher schwangere Zwangsarbeiterinnen nicht mehr in ihre Heimat zurückgeschickt. Selbst wenn es nicht immer zu Zwangsabtreibungen kam, war ein Zusammenleben von Mutter und Kind aber weiterhin nicht vorgesehen. Die Mütter mussten ihre Kinder in Heime geben, wo diese häufig nur geringe Überlebenschancen hatten.

In gewissem Widerspruch dazu stand, dass die Arbeitsämter seit 1941 häufiger ganze Familien zum Arbeitseinsatz ins »Altreich« deportierten oder dort, insbesondere in der Kriegsendphase, ausländische Familien zusammenführten, um die Leistungsbereitschaft der Menschen im Arbeitseinsatz zu erhöhen. Die Erfordernisse der Kriegswirtschaft, so Brüntrup, markierten immer deutlicher die Grenzen bevölkerungspolitischer Maßnahmen. Bestehende Ehen und Familien von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern wurden teilweise akzeptiert und konnten die Überlebenschancen verbessern sowie einen gewissen Schutz vor Repressionen des NS-Regimes bei Schwangerschaft, Krankheit oder »Arbeitsunfähigkeit« bedeuten.

In Polen löste, wie Olga Radchenko zeigt, der deutsche Angriff eine Fluchtbewegung vor allem jüdischer Männer aus, die sie in das zunächst unbesetzte und seit dem 17. September 1939 sowjetisch besetzte Ostpolen führte. Ihre Familien blieben vielfach in der Hoffnung zurück, in Kürze folgen zu können. Radchenko untersucht die Kommunikation der durch Flucht und Deportation getrennten jüdischen Familien über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie

69 Vgl. den Beitrag von Carlos Alberto Haas in diesem Band.

hinweg. Im besetzten Ostpolen, die Gebiete gehören heute zur Ukraine und zu Weißrussland, lebten die Flüchtlinge vielfach in Armut und waren Repressionen des sowjetischen Regimes ausgesetzt. Um ihr Überleben zu sichern, bildeten sie solidarische Gruppen, unterstützten und informierten sich gegenseitig und sogar ihre Familienangehörigen in Westpolen sowie in Österreich. Briefe stellten oft die einzige Möglichkeit dar, mit Familienangehörigen in Kontakt zu bleiben und über alle räumliche Distanz Emotionalität und damit eine gewisse Stabilität zu vermitteln. Der Postverkehr hatte außerdem eine wichtige funktionale und wirtschaftliche Bedeutung. Lebensmittelpakete von Verwandten sicherten vielfach das (temporäre) Überleben von zurückgelassenen Familienmitgliedern im deutsch besetzten Teil Polens. Allerdings wurde die Kommunikation über Briefe und Pakete durch die deutschen und sowjetischen Besatzer sowie generell durch Krieg und Deportationen immer mehr behindert. Umso häufiger riskierten Kuriere, die die neu gezogene Grenze »illegal« überquerten, für die Übermittlung von Nachrichten ihr Leben. Dadurch ermöglichten sie es getrennten Familien, zumindest eine Zeitlang untereinander in Kontakt zu bleiben und die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung zu bewahren.

Carlos Alberto Haas greift in seinem Beitrag über jüdische Ghettos im deutsch besetzten Polen das Motiv der Hoffnung auf Wiedervereinigung auf und untersucht Wahrnehmungen, Deutungen und Folgen von Familientrennungen. »Hoffnung« war dabei zeitlich auf eine »bessere Zukunft« bezogen. Dieser Zeitbezug, zu dem gleichwohl die Erinnerung an eine »bessere Vergangenheit« gehörte, ermöglichte es den Ghettobewohnern oftmals – so die These von Haas –, die grausame Gegenwart besser bewältigen und mit Hilfe religiöser Deutungen einordnen zu können. Familie war Element einer im Ghetto oftmals idealisierten Vergangenheit. Haas setzt Familie – auch im Sinne von Herkunft – in einen engen Bezug zu jüdischer Identität. Bereits vor 1939 hatten sich Vorstellungen von Familie und innerfamiliären Beziehungen mit der jeweiligen sozioökonomischen Situation sowie mit politischen und religiösen Überzeugungen verknüpft und mit Fragen jüdischer Identität(en) verbunden. Solche Familien- und Identitätskonzepte wurden durch die nationalsozialistische Rassen- und Vernichtungspolitik und durch Familientrennungen stark herausgefordert. So waren Aufgabe bzw. Verleugnen der jüdischen Identität oft die Voraussetzung für das Überleben von Kindern im Versteck. Nach dem Ende des Krieges wurde der Neugründung von Familien, beispielsweise in DP-Camps, eine neue identitätsstiftende Bedeutung zugeschrieben. Sie galt als Sicherung des Überlebens und der Zukunft des jüdischen Volkes.

Der Beitrag Yuliya von Saals lenkt den Blick auf die Trennungen und das Überleben jüdischer und nichtjüdischer Familien in der Sowjetunion nach dem deutschen Überfall im Juni 1941, der die sowjetische Führung und Gesellschaft

unvorbereitet traf. Im Chaos der ersten Kriegsphase rissen Kampfhandlungen, Flucht und Evakuierungen zahllose Familien in der westlichen Sowjetunion auseinander. Waren Familien zuvor dem Primat des sozialistischen Kollektivs untergeordnet, erlebten sie jetzt eine langanhaltende Deformation und schließlich »Refiguration«. Von Saal zeigt, dass kriegsbedingte Trennungen die Konzepte, Funktionen und Praktiken von Familien bis weit über das Kriegsende hinaus beeinflussten. Bereits während des Krieges gingen viele Menschen, die ihre Angehörigen verloren hatten, neue Beziehungen ein. Es bildeten sich »mutterzentrierte Familienhaushalte«, verwaiste Kinder fanden Aufnahme bei Pflegefamilien, Frauen mit Kindern schlossen sich zu Gemeinschaften zusammen, zurückkehrende Soldaten zogen zu allein wohnenden Frauen. Auch wenn es sich häufig um Zweckgemeinschaften handelte, führten diese Neugründungen und Erweiterungen von »Familie« in der UdSSR zu einer »Refiguration von familienähnlichen Gemeinschaften«, die teilweise 1944 durch ein neues Familiengesetz legitimiert wurden.

Die meisten jüdischen Überlebenden konnten ohnehin nicht auf eine Wiedervereinigung mit ihren Familien hoffen. Ihre Angehörigen waren dem Holocaust zum Opfer gefallen. Doch gerade Familientrennungen hatten in manchen Fällen das Überleben ermöglicht. Yuliya von Saal beschreibt – ähnlich wie Tatjana Tönsmeier und Carlos Alberto Haas – Trennungen innerhalb jüdischer Familien als bewusst eingesetzte Strategie, um insbesondere das Leben von Kindern zu retten. Die Trennung vollzogen dabei nicht immer allein die Eltern; gerade ältere Kinder verließen ihre Familien im Ghetto auch eigenständig, um der Gewalt zu entkommen. Kinderheime konnten, so von Saal, in diesem Zusammenhang durchaus zu »Überlebensräumen« werden, die trotz oft katastrophaler Bedingungen einen gewissen Schutz vor Verfolgung boten.

Trennungen jüdischer und nichtjüdischer Familien in Osteuropa, so zeigen die Aufsätze, erfolgten als Reaktion auf Krieg, Besatzung und Rassenpolitik. Entscheidungen verengten sich auf die Wahl zwischen Ungewissheiten wie »bleiben oder fliehen«. Die Trennung von Familienangehörigen wurde dabei vielfach als so einschneidend und existentiell erlebt, dass die davon betroffenen Menschen ihre Wahrnehmung von Zeit in ein »Vorher« und »Nachher« einteilten.

Die Beiträge des Sammelbands belegen, wie erkenntnisfördernd es ist, sich wissenschaftlich mit kriegsbedingten Familientrennungen als individuelle wie kollektive Erfahrung und Praxis zu beschäftigen. Ihre Untersuchung kann erheblich zur Erforschung von sozialen Ordnungen und Beziehungen und deren Varianz im nationalsozialistisch beherrschten Europa während des Zweiten Weltkriegs beitragen. Trennungen von Familienmitgliedern mochten durch das

NS-Regime, durch Krieg und Gewalt erzwungen oder als Überlebensstrategie selbst herbeigeführt worden sein: Familientrennungen – die vielfach von den Betroffenen als temporär imaginiert wurden – prägten in jedem Fall die Erfahrungswelten und den »außeralltäglichen Alltag« im Krieg. So sehr sich Familientrennungen auch unterschieden, je nachdem ob die betroffenen Familien zur NS-»Volksgemeinschaft« gezählt oder ausgegrenzt und verfolgt wurden, so sehr beeinflussten sie Entscheidungen und Handeln oft bis weit in die Nachkriegszeit. Der Sammelband regt an, Familientrennungen als eine zentrale Kriegserfahrung wissenschaftlich ernst zu nehmen und als Faktor der Bewältigung des Alltags im Krieg sowie als Handlungsmotiv stärker als bisher in die historische Forschung einzubeziehen.

* * *

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren für die sehr gute Zusammenarbeit und insbesondere dafür, dass sie sich geduldig und konstruktiv auf die redaktionelle Bearbeitung durch gleich vier Herausgeber/innen eingelassen haben. Valentin Fackler unterstützte uns tatkräftig und akribisch bei der formalen Einrichtung des Manuskripts. Die Publikation wurde am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin von Günther Opitz und im Wallstein Verlag von Ursula Kömen betreut. Ihnen allen danken wir, ebenso Nadja Nitsche für das Korrektorat.

Ziel unseres Sammelbands war es, »aus alltags- und geschlechtergeschichtlicher Perspektive zu einem besseren Verständnis der Erfahrungen, Deutungen und Auswirkungen von Krieg, Gewalt und Besatzung« beizutragen (vgl. S. 14). Während die Fahnen dieses Bandes redigiert wurden, hat am 24. Februar 2022 der vom russischen Präsidenten befohlene bewaffnete Überfall seines Landes auf die Ukraine historischen Erfahrungen eine schreckliche, unerwartete Aktualität verschafft. Alle an unserem Buch Beteiligten sind über diese Wendung zutiefst betroffen. Die Beiträge dieses Bandes führen das existentielle Leid vor Augen, das Krieg und Gewalt für die betroffene Bevölkerung bedeuten. Unser Mitgefühl gilt den Familien auf allen Seiten, die Putins Krieg auseinandergerissen hat oder noch auseinanderreißen wird, sei es nur vorübergehend oder auf Dauer.

1. DIE FAMILIE IM NATIONALSOZIALISTISCHEN KRIEG – ÜBERGREIFENDE ASPEKTE UND KONZEPTE

Tatjana Tönsmeier

KRIEGSTRENNUNGEN UND FAMILIENZERSTÖRUNGEN

Von abwesenden Männern, weiblichen Haushaltsvorständen,
verlassenen Kindern und dem außeralltäglichen Alltag
europäischer Besatzungsgesellschaften, 1939–1945

Esther Dzik-Sénot siedelte 1928 als Kleinkind zusammen mit ihren Eltern und fünf Geschwistern aus Polen nach Paris über – um dem Antisemitismus zu entgehen. In Paris, im Viertel Belleville, einer Nachbarschaft, in der viele jüdische Familien lebten, wurde Esthers jüngster Bruder geboren. Den Kontakt zu ihrem ältesten Bruder, Israël, verlor Esther schon früh. Er kämpfte 1936 auf Seiten der Republik im Spanischen Bürgerkrieg, gelangte als Verwundeter später in die Sowjetunion, wurde nach Birobidschan geschickt und ließ sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ukraine nieder. Ein anderer Bruder, Maurice, wurde 1940 im südfranzösischen Pau demobilisiert und schloss sich 1942 in Nordafrika den *Forces françaises libres*, den Truppen de Gaulles, an. Zwei weitere Brüder wurden 1941 verhaftet, dem einen, Samuel, gelang die Flucht in den Süden des Landes, wo er sich später dem Widerstand anschloss, der andere, Marcel, kam in Auschwitz um. Gänzlich auseinandergerissen wurde Esthers Familie Mitte Juli 1942 bei der berüchtigten *Vel' d'Hiv-Razzia*. Obwohl es zunächst so aussah, als könnten der Familie weitere Trennungen erspart bleiben – die französische Polizei holte die Nachbarn aus ihren Wohnungen, nicht jedoch die Familie Dzik –, währte die Hoffnung darauf nicht lange. Nachdem die Polizei abgezogen war, schickte Esthers Mutter sie und ihre Schwester Fanny aus, um in Erfahrung zu bringen, was sich in der Nachbarschaft zugetragen hatte. Dafür trennten sich die beiden Mädchen. Es sollte eine Trennung für immer sein, auch von der Familie. Denn während Esther noch unterwegs war, hatte die Polizei bemerkt, dass sie die Dzik »vergessen« hatte und verhaftete alle, derer sie habhaft werden konnte: Die Eltern, Nachim und Gela, die Schwester Fanny und den Bruder Achille. Sie alle wurden in Auschwitz-Birkenau ermordet. Esther fand Hilfe und konnte sich bis 1943 verstecken, bis auch sie verhaftet und nach Auschwitz deportiert wurde. Aus »ihrem« Transport überlebten neben ihr nur drei weitere Frauen.¹

1 Esther Dzik-Sénot, *Témoignage*, in: *Cercle d'étude de la Déportation et de la Shoah* (Hrsg.), *Polices et gendarmerie françaises, polices et armée allemandes, en France occu-*

Anders als dieses Beispiel mit dem Blick auf Einzelschicksale es nahelegt, ist die Geschichte zentraler NS-Verbrechenskontexte lange als Historiographie der »großen Zahlen« geschrieben worden: Allein in Europa wurden nach Ende des Kriegs etwa 36 Millionen Tote gezählt. Mehr als die Hälfte – etwa 18 Millionen – waren Zivilpersonen. In diese Gruppe gehören auch die sechs Millionen Opfer der Shoah. Doch auch 1,8 Millionen Rotarmistinnen und Rotarmisten starben allein im Winter 1941/42 in deutscher Gefangenschaft. Weitere Verfolgungskontexte wie Umsiedlungen, Deportationen, Verschleppungen zur Zwangsarbeit, »Evakuierungen«, die Einrichtung sog. »toter Zonen«, von »Kahlfraß-« und »Bandenkampfgebieten« gingen mit enormen Opferzahlen einher.² Wer überlebte, war oft von dem Erлитenen tief geprägt. Fraglos waren die höchsten Opferzahlen dieser Verbrechen im Osten Europas zu verzeichnen, wo das NS-Regime einen erbarmungslosen Vernichtungskrieg auch gegen die Zivilbevölkerung führte. Gleichwohl blieben West- und Nordeuropa nicht verschont, wie nicht nur das Eingangsbeispiel, sondern auch ein kurzer Blick nach Nordnorwegen zeigt. So war Kirkenes über Jahre hinweg eine der am schwersten bombardierten Städte im Zweiten Weltkrieg überhaupt. Von den »Evakuierungen«, die im Rahmen der ARLZ-Maßnahmen – das Kürzel steht für Auflockerung, Räumung, Lähmung und Zerstörung, die damit verbundenen Maßnahmen kamen einer Politik der verbrannten Erde gleich – durchgeführt wurden, war ganz Nordnorwegen betroffen. Niemand konnte bleiben, etwa 40.000 Menschen aus dieser sehr dünn besiedelten Region mussten ihr Zuhause verlassen.³ So notwendig das Schreiben einer Geschichte der großen Zahlen ist, um die Dimensionen der NS-Verbrechen zu verdeutlichen, so gilt doch zugleich auch, dass dadurch die sozialen Bezüge, die zwischen den Einzelpersonen bestanden, verdeckt und der Blick auf sehr basale Zugehörigkeiten verstellt wird: Menschen waren von all diesen Verfolgungsmaßnahmen und Eingriffen in ihre Alltage als Männer, Frauen und Kinder unterschiedlichen Alters, und damit als Mütter und Väter, Töchter und Söhne, Geschwister und Großeltern, Nachbarinnen und Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen sowie in einer Vielzahl anderer Sozialbeziehungen betroffen.

pée, 1940-1944. Dans les politiques de répression, de fusillades et de déportations des Juifs, Tsiganes, Résistants ..., Paris 2018, S. 50-54.

- 2 Gesamtzahlen bei Tony Judt, *Postwar. A History of Europe Since 1945*, New York 2005, S. 17f. Zahlen zu weiteren Verbrechenskontexten bei Dieter Pohl, *Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1939-1945*, Darmstadt 2003.
- 3 Bjørn Hafsten/Bjørn Olsen/Ulf Larstuvold/Sten Stenersen (Hrsg.), *Flyalarm. Luftkrigen over Norge 1939-1945*, Oslo 2005, S. 39. Zu Bombardierungen durch alliierte Kräfte ebd., S. 284.

Festzuhalten ist zudem auch, dass es sich hierbei um ein europäisches Phänomen handelte. Auf dem Höhepunkt der deutschen Machtentfaltung lebten zwischen Nordnorwegen und den griechischen Mittelmeerinseln sowie zwischen der französischen Atlantikküste und Gebieten tief im Inneren der Sowjetunion etwa 235 Millionen Menschen. Als besetzte Gesellschaften unterschieden sie sich insofern mehrheitlich von den Vorkriegsgesellschaften, als sie in ihrer Geschlechter- und Generationenzusammensetzung von diesen abwichen: Männer, vor allem die der wehrfähigen Jahrgänge, waren häufig aus kriegsbezogenen Gründen abwesend. Besatzungsgesellschaften bestanden daher vielerorts zu einem höheren Prozentsatz als friedensmäßig verfasste Gesellschaften aus Frauen, Kindern, Jugendlichen und alten Menschen.⁴ In anderen Worten: Sie bestanden vielfach aus sogenannten Rumpf- oder Haushaltsfamilien.

Noch gibt es keine breit angelegte europäische Sozialgeschichte der besetzten Gesellschaften zwischen 1939 und 1945. Dieser Beitrag wird argumentieren, dass dem Phänomen der Kriegstrennungen und Familienzerstörungen in dieser noch zu schreibenden Geschichte ein zentraler Platz zukommt, weil Erfahrungswelten in den Jahren des Zweiten Weltkriegs wesentlich dadurch geprägt wurden und weil Rumpffamilien vielfach konstitutiver Bestandteil des außeralltäglichen Alltags von Besatzungsgesellschaften waren. In Abgrenzung zum Begriff der Kriegsgesellschaft,⁵ der vor allem für Deutschland und Großbritannien, aber auch für die nichtbesetzte Sowjetunion Verwendung findet, entstehen besetzte Gesellschaften infolge einer kriegsinduzierten Fremdherrschaft. Diese geht angesichts der physischen und/oder regulativen Präsenz der Besatzer in der besetzten Gesellschaft mit einer Entmündigung von Staatlichkeit auf Seiten der Besetzten einher. In deren Folge bildet sich ein relationales, somit nicht statisches, asymmetrisches Verhältnis zwischen Besatzern und den Angehörigen besetzter Gesellschaften aus. Dieses wiederum hatte Auswirkungen auf Redeweisen, Verhaltensformen, Handlungsoptionen, selbst auf die emotionalen Regime von Menschen, die unter Besatzung lebten. Besatzung prägte damit Alltagsroutinen ebenso wie Sozialbeziehungen und familiäre Näheverhältnisse. Dies gilt grundsätzlich sowohl für jüdische wie nichtjüdische

4 Tatjana Tönsmeier, Besatzungsgesellschaften. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Erfahrungsgeschichte des Alltags unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 18.12.2015, <https://docupedia.de/zg/Besatzungsgesellschaften> [14.12.2021].

5 Siehe besonders Dietmar Süß, Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England, München 2011, sowie Jörg Echternkamp, Im Kampf an der inneren und äußeren Front. Grundzüge der deutschen Gesellschaft im Zweiten Weltkrieg, in: ders. (Hrsg.), Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, Bd. 1: Politisierung, Vernichtung, Überleben, München 2004, S. 1-93 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1).

Angehörige von Besatzungsgesellschaften. Doch zugleich muss festgehalten werden, dass jüdische Menschen in doppelter Weise von Verfolgung betroffen waren – als Angehörige einer besetzten Gesellschaft und als Verfolgte einer rassistischen Mordpolitik der Besatzer.⁶

1. »Die Männer sind fort«

Familientrennungen begannen bereits vor Kriegsausbruch mit den Einberufungen der Männer und zum Teil auch mit den Evakuierungen der Grenzgebiete, wie in Frankreich. So hielt Simone de Beauvoir in ihrem Tagebuch schon Ende September 1939 fest, auf den Straßen sehe sie »nur Frauen, Kinder, Krüppel – die Männer sind fort«.⁷ Mit den Kampfhandlungen und vor allem den bis 1941 schnellen deutschen Vormärschen waren Sorgen um die eingezogenen Männer überall in Europa an der Tagesordnung. Charles Rist, ein wohlhabender französischer Bankier, der mit einem Teil seiner Familie in Südfrankreich Zuflucht gesucht hatte, notierte am 14. Juni 1940 in seinem Tagebuch:

»Heute Abend haben wir von der Besetzung von Paris durch die Deutschen erfahren. Wir wissen nichts von Léonard, bestimmt abgeschnitten von allen. Nichts von Noël, Claude und Mario. Wir nehmen an, dass die ersten beiden evakuiert wurden, und der dritte sich auf dem Rückzug südlich von Paris befindet.«⁸

Zwölf Tage später sah die Lage nicht besser aus; nun hielt Charles Rist fest:

»Wann werden wir Neuigkeiten über unsere Söhne erhalten? Wenigstens wissen, wo sie sind? [...] Und wo ist Eva, vermutlich eingesperrt in der besetzten Zone? Wie soll sie Neuigkeiten von Léonard erhalten? Wo mag er nur sein? In Gefangenschaft? Oder verwundet? Wo ist Mario, von dem Lolli denkt, er habe sich in die Bretagne zurückziehen müssen? Ist er geschlagen? Gefangen genommen? Das Rote Kreuz in Genf hat uns geschrieben, dass die Namen unserer Söhne sich nicht in den Listen befinden, die sie aus Berlin erhalten haben.«⁹

Solche Stimmen sind in Briefen und Tagebüchern überall in Europa festgehalten worden. Wenn sie aus der Sowjetunion stammten, zeigten viele von ihnen

6 Tönsmeyer, Besatzungsgesellschaften (Anm. 4).

7 Simone de Beauvoir, In den besten Jahren, Berlin (Ost) 1977, S. 466.

8 Charles Rist, Une saison gâtée, in: Jean-Noël Jeanneney (Hrsg.), Journal de la guerre et de l'Occupation, 1939-1945, Paris 1983, S. 72 (14.6.1940).

9 Ebd., S. 76 (26.6.1940).

zudem auch, dass die Angehörigen um die häufig katastrophale Ausstattung der eingezogenen Rotarmisten wussten sowie darum, wie gering ihre Überlebenschancen waren.¹⁰

Kriegstrennungen begannen überall in Europa mit den Einberufungen. Diejenigen, die zurückblieben – die Haushaltsfamilien – machten sich um die Einberufenen Sorgen und oft, wenn die Männer in den Kämpfen fielen oder als Rotarmisten in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, waren die Trennungen endgültig. Während in der Sowjetunion das Kämpfen weiterging, bedeutete im Norden und Westen Europas sein Ende nicht, dass die Sorgen damit gebannt gewesen wären. Noch einmal Simone de Beauvoir, Anfang Juli 1940: »Überall die gleiche Leier – die Frauen in der Metro, die Frauen auf den Türschwellen: ›Haben Sie Nachrichten?‹ – ›Nein, er ist bestimmt in Gefangenschaft.‹ – ›Wann werden die Listen herauskommen?‹ etc.« Sie selbst war wegen Sartre in großer Unruhe und notierte:

»Ich glaubte, eine solche Ungewissheit könne kein Mensch ertragen; aber sogar in diesem Fall lernt man Geduld. In acht Tagen wird man vielleicht Nachricht haben, es wird Listen geben, Briefe. Man wird also acht Tage warten, Zeit ist billig zu haben.«¹¹

Weiterer Auslöser für Familientrennungen waren die Fluchtbewegungen, mit denen Zivilpersonen überall in Europa auf das Vorrücken der deutschen Truppen reagierten. Diese Fluchtbewegungen sind allerdings im europäischen Vergleich historiographisch unterschiedlich intensiv aufgearbeitet.¹² Studien zu Frankreich heben das Verlorengehen von Kindern hervor – etwa, wenn Mütter in höchster Sorge ihre Kinder abrückenden Soldaten mitgaben, in der Hoffnung, dass diese sie an einen sicheren Ort bringen könnten, oder wenn deutsche Flugzeuge Flüchtlingsstrecks bombardierten, so dass in dem heillosen Durcheinander Kinder und Eltern, zumeist Mütter, getrennt wurden.¹³

Doch es gilt in diesem Zusammenhang nicht nur auf Rumpffamilien zu schauen, sondern den Blick auch auf die ältere Generation zu lenken. Gerade alte Menschen machten sich oft große Sorgen, dass sie zurückgelassen würden, weil sie den Strapazen der Flucht nicht gewachsen sein könnten.¹⁴ Ähnliches gilt

10 Catherine Merridale, *Ivan's War. Life and Death in the Red Army*, New York 2006.

11 De Beauvoir, *In den besten Jahren* (Anm. 7), S. 529.

12 Für Polen befindet sich die Forschung noch eher in den Anfängen. Für die Sowjetunion liegt der Schwerpunkt eher bei der Evakuierung, siehe dazu Rebecca Manley, *To the Tashkent Station. Evacuation and Survival in the Soviet Union at War*, Ithaca, NY/London 2009. Dicht erforscht ist dagegen der sog. Exodus in Frankreich.

13 Eric Alary/Bénédicte Vergez-Chaignon/Gilles Gauvin, *Les Français au quotidien. 1939-1949*, Paris 2007, S. 6, 86, 89.

14 Hanna Diamond, *Fleeing Hitler. France 1940*, Oxford 2007, S. 6.

auch für die Hungerkrisen: So konnte für Griechenland gezeigt werden, dass es durchaus Tendenzen gab, Kinder auf Kosten von Alten zu versorgen.¹⁵ Für den Kontext der Fluchtbewegungen fehlen aber noch weitergehende Untersuchungen. Ohnehin sind die Lebenssituationen von Alten insgesamt wenig erforscht und wären doch auch mit Blick auf die Auflösung von Familienzusammenhängen, die mehr als zwei Generationen übergreifen, von großer Bedeutung.

Festhalten lässt sich, dass Familientrennungen nicht ausschließlich ein privates Phänomen waren. So herrschte in Frankreich angesichts von tausenden auf der Flucht verloren gegangenen Kindern oft ohnmächtige Wut darüber, dass staatliche Strukturen zusammenbrachen, weil auch Amtsträger vor den anrückenden deutschen Truppen flohen und verzweifelte Eltern bei der Suche vielfach auf sich selbst gestellt blieben. Die Gesamtzahl der verloren gegangenen Kinder in Frankreich konnte nie exakt ermittelt werden, doch führte das Rote Kreuz bis 1942 90.000 von ihnen wieder mit ihren Eltern zusammen. Zugleich kam es jedoch durchaus vor, dass Familien länger getrennt blieben, etwa weil im Süden des Landes untergebrachte Kinder keine Erlaubnis zum Übertritt in die »Besetzte Zone« erhielten, um zu ihren Eltern im Norden zu gelangen.¹⁶ Eine Geschichte der Familientrennungen hat somit eine starke emotionale Dimension, und zu den emotionalen Gestimmtheiten gehörten Anspannung, Angst, Trauer, Verlusterfahrungen, Verlassenheitsgefühle, aber oft auch eine enorme Wut auf den eigenen Staat, der nicht in der Lage war, Hilfe zu organisieren.

Kriegsbedingte Einberufungen und Fluchtbewegungen waren nicht die einzigen Zusammenhänge, die zu Familientrennungen führten. Schon im Zuge der frühen Kampfhandlungen wurden Menschen überall in Europa Zeugen, wie ihre Nächsten dabei umkamen. So erlebte Petja Konjaev als damals 13-jähriger die Bombardierung seiner belarussischen Heimatstadt Mogilev. Während er selbst Schutz suchte, sah er seine Mutter auf der anderen Straßenseite:

15 Violetta Hionidou, »Choosing« between Children and the Elderly in the Greek Famine (1941-1944), in: Tatjana Tönsmeier/Peter Haslinger/Agnes Laba (Hrsg.), *Coping with Hunger and Shortage under German Occupation in World War II*, London 2018, S. 203-222.

16 Diamond, *Fleeing* (Anm. 14), S. 5 f., 70-72, 140-142; Alary/Vergez-Chaignon/Gauvin, *Les Français* (Anm. 13), S. 90-94; Richard Vinen, *The Unfree French. Life under the Occupation*, London 2006, S. 37 (alle zu Frankreich); Jean-Michel Veranneman de Wattervliet, *Belgium in the Second World War*, Barnsley 2014, S. 28 (zu Belgien); Jochen Böhler, *Der Überfall. Deutschlands Krieg gegen Polen*, Frankfurt a.M. 2009, S. 94; Alexandra Garbarini, *Jewish Responses to Persecution*, Bd. 2: 1938-1940, Lanham, MD, 2011, S. 123-125 (zu Polen). Insgesamt waren in Frankreich im Mai/Juni 1940 bis zu acht Millionen Menschen auf der Flucht, darunter auch 1,5 Millionen Menschen aus Belgien sowie weitere Zehntausende aus den Niederlanden und Luxemburg. Allein auf Frankreich bezogen bedeutet dies, dass etwa sechs Millionen Menschen, also ein Sechstel der Bevölkerung, ihr Zuhause verlassen hatten, darunter 20 bis 30 Prozent Kinder.

»Und plötzlich explodiert eine Bombe zwischen uns. Meine Mutter fiel hin, aber sie stand wieder auf und rannte wieder los. Neben ihr explodierten noch zwei Bomben. Mutter fiel wieder hin und da sehe ich, diesmal ist sie verwundet worden – das Blut fließt ihr übers Gesicht und an der Seite herunter. Sie stand aber auf und rannte wieder. Ich war schon in ihrer Nähe, sie schrie zu mir. Und dann wieder eine dritte Explosion. Ich fiel hin und die Mutter auch. Dann ging ich zu ihr und sah – sie liegt [...] tot da.«¹⁷

Unter Besatzung hatten Familientrennungen vielfach ihren Hintergrund in der nationalsozialistischen Rassen-, Volkstums- und Biopolitik. Während von den Auswirkungen auf jüdische Familien weiter unter noch gesondert die Rede sein wird, ist hier festzuhalten, dass von diesen Maßnahmen auch Nichtjuden betroffen waren. Im Protektorat etwa legten die Behörden nichtjüdischen Personen, die in einer sogenannten Mischehe mit einem als jüdisch geltenden Ehegatten bzw. einer Ehegattin lebten, die Scheidung nahe. Gerade Eltern wurden dadurch oft in massive Konflikte gestürzt: Nach einer Scheidung waren ihre Kinder vor Verfolgung und Deportation geschützt – auf Kosten des geschiedenen Elternteils, das seinen Schutzstatus »in Mischehe lebend« verlor.¹⁸ In den eingegliederten polnischen Westgebieten wurden minderheitendeutsche Frauen aufgefordert, sich von ihren polnischen Ehemännern scheiden zu lassen. Seinen Hintergrund hatte diese Praxis darin, dass die Prüfer des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS Personen, denen sie keine eindeutige deutsche Abstammung attestierten, etwa, weil sie in sog. deutsch-polnischen »Mischehen« lebten, in die Gruppen 3 und 4 der »Deutschen Volksliste« klassifizierten. Mit dieser Einstufung drohte den Betroffenen nicht nur der Verlust des Besitzes, sondern auch die Vertreibung ins Generalgouvernement bzw. die Verschleppung zur Zwangsarbeit ins Reich.¹⁹

Familientrennungen waren später zudem auch Folge der deutschen Ausbeutungspolitik. Millionen von Menschen, nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche, wurden zum Arbeitseinsatz ins Deutsche Reich oder auch innerhalb der besetzten Gebiete verschleppt. Viele Menschen, die dies

17 Zit. nach Ramona Saavedra Santis, Die Lautsphäre des Zweiten Weltkriegs in den Erinnerungsbüchern russischer Zeitzeugen, in: Robert Maier (Hrsg.), Akustisches Gedächtnis und II. Weltkrieg, Göttingen 2011, S. 43–52, hier S. 47.

18 Tatjana Lichtenstein, »It's not my fault that you are Jewish«. Jews, Czechs, and the Memory of the Holocaust in Film, 1949–2009, in: Dapim: Studies on the Holocaust 30 (2016), S. 117–141.

19 Isabel Heinemann, »Rasse, Siedlung, deutsches Blut«. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 260 f.; Maximilian Becker, Mitstreiter im Volkstumskampf. Deutsche Justiz in den eingegliederten Ostgebieten 1939–1945, München 2014, S. 128.

betraff, waren noch sehr jung, doch oft genug, gerade auf dem Gebiet der Sowjetunion, waren von diesen Maßnahmen Familien betroffen: Die Väter waren als Soldaten einberufen, die Mütter wurden verschleppt, Kinder oder Jugendliche blieben bei den Großeltern, die sich häufig nur mehr schlecht als recht kümmern konnten. Władysława Kowalska aus dem annektierten polnischen Łódź versuchte zum Beispiel, ihre Enkelin bei Verwandten unterzubringen, da sie selbst die Pflege nicht übernehmen konnte, die Mutter aber zur Arbeit ins Reich deportiert worden war. Um dies zu organisieren, hatte Frau Kowalska jedoch ihren Wohnort verlassen, war dabei in eine Polizeistreife geraten und anschließend wegen Reisens ohne Genehmigung zu vier Monaten Straflager verurteilt worden.²⁰ Ihre Enkelin, wie so viele andere Kinder auch, galt fortan als »Waise«, auch wenn zumindest die Mutter lebte.

Damit nicht genug: Familienzerstörungen in Form von Repressionen gegen die Familien von vermeintlichen oder tatsächlichen Widerstandsangehörigen – als Familienhaftung in vielen Teilen Polens zum Prinzip erhoben – gehörten ebenso zum Repertoire deutscher Besatzungspolitik wie die Verschleppung von Frauen, die in deutschen Diensten standen, zum Ende des Krieges. Sowjetische Partisanen berichteten über den deutschen Abzug aus dem russischen Pskov:

»Alle russischen Frauen, die für diese [Wehrmachts-]Einheiten und Institutionen arbeiteten, wurden mit ins Hinterland verschleppt, ohne Rücksicht auf ihren Familienstand. Viele Kinder wurden ihrem Schicksal überlassen und blieben ohne Aufsicht, da es ihnen nicht gestattet war, ihre Mütter zu begleiten.«²¹

Die Kinder blieben nicht nur ohne Aufsicht: Sie blieben zumeist auch ohne jemanden, der sich um sie kümmerte, der sie versorgte, der ihnen Zuflucht und Geborgenheit bot. Familientrennungen hatten somit immer auch eine emotionale Dimension. Zu Angst, Anspannung, Trauer, Verlassenheitsgefühlen

20 Czesław Łuczak, *Położenie ludności polskiej w tzw. Kraju Warty w okresie hitlerowskiej okupacji*, Poznań 1990, Dok. I-42, 23.6.1942; siehe auch Becker, *Mitstreiter* (Anm. 19), S. 134.

21 Zur sog. Sippenhaft als Maßnahme gegen die Familien von tatsächlichen oder vermeintlichen Angehörigen des Widerstandes siehe für Polen: Czesław Madajczyk, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945*, Berlin (Ost) 1987, S. 301; außerdem z. B. Alexander V. Prusin, *Serbia under the Swastika. A World War II Occupation*, Urbana, IL, 2017, S. 153; Gregor Joseph Kranjc, *To Walk with the Devil. Slovene Collaboration and Axis Occupation, 1941-1945*, Toronto u. a. 2013, S. 75. Bei Prusin auch zu Familientrennungen im Zuge des innerjugoslawischen Bürgerkriegs. Der Partisanenbericht findet sich in: Tatjana Tönsmeier/Peter Haslinger, *Fighting Hunger, Dealing with Shortage. Everyday Life under Occupation in World War II Europe. A Source Edition*, Leiden 2021, Dok. 470.

und Wut traten Hilflosigkeit und Verzweiflung darüber, schier unhandhabbaren Bedingungen ausgesetzt zu sein. Außerdem waren Familientrennungen als Folge von Kriegshandlungen und Besatzungsverbrechen nicht nur ein weitverbreitetes Phänomen, sie hatten auch gravierende Konsequenzen für die Bewältigungs- und Überlebensstrategien von Besetzten. Die Not- und Solidargemeinschaften vor allem von Frauen überall in den besetzten Gebieten gehören noch zu den Desideraten der Forschung.

2. Weibliche Haushaltsvorstände und ihre Herausforderungen durch den außeralltäglichen Besatzungsalltag

Familientrennungen waren in Folge von Kriegshandlungen und Besatzungsverbrechen ein weitverbreitetes Phänomen. Für die Bewältigungs- und Überlebensstrategien von Besetzten hatten sie gravierende Konsequenzen. Ein Beispiel dafür sind Fragen der Versorgung: Die damit verbundenen Aufgaben waren vor allem von Frauen zu schultern. Dies war in gewisser Weise nichts Neues, gehörte die Nahrungsmittelbeschaffung und Zubereitung von Mahlzeiten doch überall zur Domäne der »Hausfrauen«. Allerdings führten die deutsche Besatzung und Ausbeutungspolitik fast überall in Europa schnell zu Mangel. In den Städten der besetzten Sowjetunion spitzte sich dieser schon im Spätsommer 1941 zu und nahm bald Ausmaße einer Hungerkrise an. Dies galt auch für Griechenland, wo ebenfalls die Versorgung sehr rasch zusammenbrach und die Bedrohung durch den Mangel existentiell wurde.²²

22 Siehe in Auswahl zur Sowjetunion: Karel Berkhoff, *Harvest of Despair. Life and Death in Ukraine under Nazi Rule*, Cambridge, MA/London 2004, S. 164-168; Norbert Kunz, *Das Beispiel Charkow. Eine Stadtbevölkerung als Opfer der deutschen Hungerstrategie 1941/1942*, in: Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hrsg.), *Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte*, München 2005, S. 136-144; Karel Berkhoff, »Wir sollen verhungern, damit Platz für die Deutschen geschaffen wird.« Hungersnöte in den ukrainischen Städten im Zweiten Weltkrieg, in: Babette Quinkert/Jörg Morré (Hrsg.), *Vernichtungskrieg, Reaktionen, Erinnerung. Die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941-1944*, Paderborn 2014, S. 54-75; Christoph Dieckmann/Babette Quinkert (Hrsg.), *Kriegsführung und Hunger 1939-1945. Zum Verhältnis von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen*, Göttingen 2015; Johannes Due Enstad, *Soviet Russians under Nazi Occupation. Fragile Loyalties in World War II*, Cambridge 2018, S. 88-112. Zu Griechenland: Violetta Hionidou, *Famine and Death in Occupied Greece, 1941-1944*, Cambridge 2006, und Mark Mazower, *Inside Hitler's Greece. The Experience of Occupation, 1941-1944*, New Haven, CT/London 1995, S. 23-52. In europäischer Perspektive: Tatjana Tönsmeier, *Hungerökonomien. Vom Umgang mit der Mangelversorgung im besetzten Europa des Zweiten Weltkrieges*, in: *Historische Zeitschrift* 301 (2015), 3, S. 662-704.

Auch da, wo der Mangel keine existentiellen Dimensionen annahm, zeigte er sich in der Verknappung von Gütern des alltäglichen Bedarfs. Vor den Geschäften bildeten sich lange Schlangen, in denen vor allem Frauen oft stundenlang anstanden. Eine Pariserin notierte im Oktober 1942 in ihr Tagebuch:

»7.30 Uhr: Zum Bäcker, etwas Brot gekauft. Um 11 Uhr soll es Zwieback geben. 9.00: Heute ist der Wochentag, an dem man Fleisch kaufen kann. Der Metzger sagt uns aber, dass er nicht vor Samstag beliefert werde. 9.30 Uhr: Beim Käsehändler. Käse wird nicht vor fünf Uhr geliefert. 10.00 Uhr: In einem Geschäft für Innereien: Ich habe Nummer 32. Vor vier Uhr werde ich nicht bedient werden. 10.30 Uhr: Beim Gemüsehändler – Gemüse soll es um fünf Uhr geben. 11 Uhr: Zurück zum Bäcker. Der Zwieback ist ausverkauft.«²³

Zusammengenommen hatte diese Frau dreieinhalb Stunden vor sechs Geschäften angestanden und außer etwas Brot nichts kaufen können. Dies war kein Einzelfall und wiederholte sich überall im besetzten Europa tagtäglich. Zugleich wirft die Episode ein Schlaglicht darauf, wie sich Alltag unter Besatzung veränderte. Der Alltag gilt gemeinhin als Sphäre des Wiederkehrenden, damit des Vorhersehbaren und der Routinen.²⁴ Jener unter Besatzung hatte mit seinem Pendant in Friedenszeiten gemeinsam, dass er nach wie vor durch bestimmte basale Verrichtungen und Handlungen charakterisiert war, etwa jenen der Besorgung von Gütern des täglichen Bedarfs und der Zubereitung von Speisen. Allerdings hatten sich die Rahmenbedingungen durch die Besatzung wesentlich verändert, sei es durch den ausbeutungsinduzierten Mangel, sei es – besonders im östlichen Europa – zusätzlich durch die deutsche Gewaltherrschaft. Dadurch wurde der Alltag unter Besatzung für Millionen von Menschen zu einem außeralltäglichen Alltag.

Die Abweichungen von dem, was vor der Besatzungszeit als »normal« galt, lassen sich oft an vermeintlichen Nebensächlichkeiten erkennen. So notierte Jacques Biélinky im September 1940 über die Schlangen in Paris: »Endlose Schlangen vor den Kartoffelständen. Um zweieinhalb Kilo zu bekommen, muss man über drei Stunden anstehen. Völlig ermattete Frauen setzen sich auf die

23 Zit. nach David Drake, *Paris at War, 1939-1944*, Cambridge, MA/London 2015, S. 291.

24 Michel de Certeau, *Practices of Everyday Life*, Minneapolis, MN, 1998 (mehrere Bd.); Paweł Rodak, *The Unusual Everyday under the Occupation*, in: Anna Wolff-Powęska/Piotr Forecki (Hrsg.), *World War II and Two Occupations. Dilemmas of Polish Memory*, Frankfurt a. M. u. a. 2016, S. 81-94.

Randsteine.«²⁵ Ganz Ähnliches hielt Elise Jensen in Kopenhagen Anfang Juni 1943 in ihrem Tagebuch fest: »Verzweifelte Frauen setzten sich nach stundenlangem erfolglosem Anstehen auf die Bordsteinkante und waren vor Erschöpfung den Tränen nahe.«²⁶

Schlängestehen gehörte sehr schnell zu den täglich neu zu leistenden Aufgaben, die den Besatzungsalltag kennzeichneten. In den Tagebucheinträgen zeigten sich Frauen (und Männer) nicht nur als Chronistinnen und Chronisten dieses Alltags, sondern indem sie Episoden wie die von den völlig erschöpften Frauen festhielten, wird deutlich, wie sich soziale Regeln veränderten (selbst in Dänemark, wo die Versorgung im Vergleich zum übrigen besetzten Europa relativ gut war): Sich auf den Bordstein zu setzen, also quasi in den Dreck bzw. in die Gosse, war sozial ein bis dahin über gesellschaftliche Schichten und Milieugrenzen hinweg inakzeptables und geradezu unvorstellbares Verhalten. Dass Frauen es dennoch taten, zeigt, in welchem hohem Maße die so alltägliche Aufgabe des Einkaufens als Belastung empfunden wurde. Viele Menschen, die unter Besatzung leben mussten, hatten den Eindruck, dass etwas in ihrem Leben »ins Rutschen« geriet. Familientrennungen wirkten hier nicht selten verstärkend und trugen zu einer Atmosphäre der moralischen Panik bei (hervorgerufen auch durch die sexuellen Beziehungen, die einheimische Frauen mit deutschen, später auch mit alliierten Soldaten eingingen). Im Zuge der Befreiung brachen sich dann Emotionen Bahn und ließen allenthalben Rufe nach moralischer Erneuerung und dem Wiederaufbau der Gesellschaft auf traditioneller sittlicher Grundlage laut werden.²⁷

Angesichts der Tatsache, dass längst nicht jedes Anstehen auch zum Kauf führte, weil Geschäfte oft nicht in ausreichender Menge beliefert wurden, wurden in den Besatzungsjahren in den Schlängen oft erbitterte Auseinandersetzungen um die vorderen Plätze geführt. Schlängen bildeten daher nicht nur den Mangel in aller Öffentlichkeit ab, sondern auch die neue soziale Ordnung, die sich unter Besatzung etablierte. Diese unterschied sich nicht völlig von jener der Vorkriegszeit. Oft blieb es etwa üblich, dass Schwangere zuerst bedient wurden, worin traditionelle Werte und Höflichkeitsvorstellungen zum Ausdruck kamen. Zugleich aber nahmen deutsche Soldaten oft mit größter

25 Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945 (VEJ), Bd. 5: West- und Nordeuropa, 1940-Juni 1942, bearb. von Michael Mayer, Katja Happe, Maja Peers, München 2011, S. 614, Dok. 243 (22.9.1940).

26 Tagebucheintrag von Elise Jensen vom 6.6.1943, Reichsarchiv Kopenhagen, Rigsdokaten Journalsager 1939-1951, RIAD 5681/43.

27 Siehe zum Beispiel Ian Buruma, '45. Die Welt am Wendepunkt, München 2014, S. 65 ff.

Selbstverständlichkeit für sich in Anspruch, an die Spitzen der Warteschlangen treten zu können, um bevorzugt bedient zu werden.²⁸ Geradezu absurd mochte es anmuten, wenn mancherorts zufällig anwesende deutsche Soldaten aufgefordert wurden, die Auseinandersetzungen unter einheimischen Anstehenden zu schlichten und für »Ordnung« zu sorgen,²⁹ weil damit die Verursacher des Mangels zur Regulierung von Konflikten angerufen wurden, die sie selbst in die besetzte Gesellschaft hineintrugen.

Zugleich manifestierte sich deutsche »Ordnungsmächtigkeit« sogar dort, wo physisch kein Soldat anwesend war, nahmen doch zum Beispiel in Frankreich Frauen, bei denen deutsche Soldaten einquartiert waren und die diese auch zu versorgen hatten, vordere Plätze für sich ebenso in Anspruch, wie Italienerinnen dies zum Beispiel in Marseille als Angehörige der »Siegernation« für sich einforderten. Da Einquartierungen relativ gesehen seltener im (wohlhabenden) Bürgertum stattfanden und daher andere Milieus stärker betrafen, waren es in Frankreich nicht selten Frauen aus dem Bürgertum, die nun die vorderen Plätze in der Schlange, die sie für ihr soziales Vorrecht hielten, an Frauen abgeben mussten, die sie nicht selten als wenig »respektabel« verurteilten und ihnen »horizontale Kollaboration« vorwarfen.³⁰

Wie Mangelversorgung, Sorge um das Wohl von Kindern und soziale Auseinandersetzungen ineinandergriffen, beleuchtet literarisch verdichtet und gleichwohl an der Realität orientiert Irène Nemirowsky. Sie schildert, dass Mütter 1941 in Lyon für ihre Kinder »Krähenbouillon« kochten und kommentiert als aufmerksame Beobachterin spitz, dass auch das Bürgertum Rabe aß: »Der Gedanke hatte etwas Groteskes, Schimpfliches (während man, wenn es sich um Arbeiter gehandelt hätte, im Grund nur ›die armen Leute‹ hätte zu sagen brauchen, um dann von etwas anderem zu reden).«³¹ All dies macht deutlich, dass Besatzungsgesellschaften als Gesellschaften verstanden werden müssen, die unter enormen Anspannungen standen, die Menschen als massiven Stress erlebten³² – und dies desto heftiger, je stärker die deutsche Herrschaft gewaltgeprägt war.

Diesen Anspannungen ausgesetzt waren vor allem Frauen und Kinder sowie alte Menschen, also Personenkreise, die ohnehin oft nur über eine schwache *agency*, verstanden im weiteren Sinne als Möglichkeit, Entscheidungen durch

28 Vinen, *Unfree French* (Anm. 16), S. 218.

29 Léon Werth, 33 Tage. Ein Bericht, Frankfurt a. M. 2016, S. 147.

30 Vinen, *Unfree French* (Anm. 16), S. 217 f. Mit Blick auf die Prostitutionsvorwürfe siehe auch Fabrice Virgili, *Shorn Women. Gender and Punishment in Liberation France*, Oxford 2002.

31 Irène Nemirowsky, *Suite française*, München 2005, S. 350 f.

32 Siehe Tönsmeyer, *Besatzungsgesellschaften* (Anm. 4).

eigenes Handeln realisieren zu können, verfügten. Entsprechend wirkte sich dies auf ihre Überlebensstrategien aus. Rumpffamilien in Besatzungsgesellschaften, und nicht zuletzt Frauen als Haushaltsvorstände dieser Rumpf- bzw. Haushaltsfamilien, mussten vielfach eine immer gefährlichere Lebensmittelbeschaffung durch Schwarzmarkteinkäufe und deren Kriminalisierung durch einheimische und deutsche Sicherheitskräfte riskieren.³³ Hinzu kam, dass die Frauen als Haushaltsvorstände vielfach darauf angewiesen waren, den Lebensunterhalt zu verdienen, weil sie das Einkommen der abwesenden Männer ersetzen mussten. Zwar hatten Frauen in vielen Ländern und Bereichen auch vor der Besetzung schon zum Einkommen der Familie beigetragen, gerade in der Landwirtschaft oder in Handwerkerfamilien. Neu war jedoch, wie viele Frauen nun Arbeitskraft und Einkommen der Männer ersetzen mussten. Von den zwei Millionen französischen Kriegsgefangenen, die 1940 nach Deutschland verbracht worden waren, hatten zum Beispiel zuvor allein 450.000 in der Landwirtschaft gearbeitet.³⁴

Wo die Männer fehlten, blieb vielen Frauen, zumal Witwen oder Müttern kleiner Kinder, kaum etwas anders übrig, als Hilfe zu suchen. Im ländlichen Griechenland wandten sie sich, wenn Unterstützung nicht im Rahmen des eigenen Familienverbandes möglich war, an die Oberhäupter anderer Großfamilien: »Mein Sohn ist in der Armee. Ich habe nur Töchter. Wenn Du mir bei der Männerarbeit hilfst, wird Dir meine Tochter helfen.« Sie wurden dadurch zu *kollegoi*.³⁵ In Estland griffen diese Frauen vielfach auf sowjetische Kriegsgefangene zurück, was ihnen nach dem Krieg den Vorwurf einbrachte, »Kulakinnen« und damit »Klassenfeindinnen« zu sein, mit allen fatalen Konsequenzen, die dieses Verdikt in der Sowjetunion hatte.³⁶

Über die Situation im Handwerk unter Besatzung gibt es kaum Studien, doch wir wissen, dass in vielen Ländern Frauenbeschäftigung in der Industrie, etwa der Textilindustrie, in der Zwischenkriegszeit durchaus verbreitet war. Allerdings waren bei Kriegsausbruch längst nicht in allen Ländern die Folgen der Weltwirtschaftskrise überwunden, so dass die Arbeitslosigkeit in den Niederlanden, Belgien, Norwegen und Dänemark, aber auch in der Tschechoslowakei, Lettland oder Polen hoch war. Einberufungen, Zerstörungen in Folge von Kampfhandlungen – allein in Belgien waren 3.000 Industrieanlagen

33 Tönsmeier, Hungerökonomien (Anm. 22), S. 671; Tönsmeier/Haslinger, Fighting Hunger (Anm. 21), Dok. 237, 239, 597 und 603.

34 Vinen, Unfree French (Anm. 16), S. 220.

35 Das Zitat zu Griechenland findet sich bei Irwin T. Sanders, *Rainbow in the Rock. The People of Rural Greece*, Cambridge, MA, 1962, S. 196.

36 Anu Mai Köll, *The Village and the Class War. Anti-Kulak Campaign in Estonia*, Budapest/New York 2013, S. 154.

betroffen – und die militärische Niederlage selbst brachten zudem häufig Produktionsunterbrechungen mit sich, was die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfte. Besonders deutlich lässt sich dies am französischen oder griechischen Beispiel ablesen: In Frankreich gab es im Oktober 1940 etwa eine Million Arbeitslose. Wie enorm diese Zahl war, zeigt sich – bei aller Schwierigkeit der genauen Bestimmung dieser Zahlen – daran, dass selbst auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise wenige Jahre zuvor »nur« 480.000 Personen Unterstützung wegen Arbeitslosigkeit bezogen hatten.³⁷ In Griechenland verloren mit dem Beginn der Okkupation zehntausende ihre Arbeitsplätze in der Industrie, wo es wegen der Beschlagnehmung von Rohstoffen und dem Mangel an Treibstoff zu Produktionseinbrüchen, u. a. in der Textilbranche, kam. Zwar fehlen offizielle Zahlen, doch laufen Schätzungen des Roten Kreuzes darauf hinaus, dass etwa die Hälfte der Arbeiter ohne Beschäftigung war und nur mehr schlecht als recht, oft als Gelegenheitsarbeiter, über die Runden kam.³⁸

Auch wenn generalisierende Aussagen schwierig sind, weil nicht alle Gruppen von Beschäftigten gleichermaßen betroffen waren, kann man doch festhalten, dass Frauen oft die Leidtragenden waren. In Frankreich drängte nicht erst das Vichy-Regime sie an den heimischen Herd. Viele hatten schon in den 1930er Jahren, als die Industrieproduktion einbrach, erlebt, dass sie ihre Arbeitsplätze zugunsten von Männern verloren. Diese Entwicklung setzte sich seit der Besetzung fort. Ausgenommen von Entlassungen sollten lediglich Soldatenwitwen sein – wenn sie das einzige Einkommen in der Familie nach Hause brachten. Das Ergebnis war insgesamt eine scharfe Konkurrenz zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt, die selbst für »traditionell weib-

37 Hein A. M. Klemann, Die niederländische Wirtschaft von 1938 bis 1948 im Griff von Krieg und Besetzung, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2001/1, S. 53-76, hier S. 56; Mathias Georg Haupt, Der »Arbeitseinsatz« der belgischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges, Diss. Bonn 1970, S. 51 f., 55; Robert Bohn, Reichskommissariat Norwegen. »Nationalsozialistische Neuordnung« und Kriegswirtschaft, München 2000, S. 226; Esben Kjeldboek, Von der Haupt- zur »Kleinstadt«. Kopenhagen 1940-1945, in: Marlene P. Hiller (Hrsg.), *Städte im 2. Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich*, Essen 1991, S. 214-224, hier S. 219; Detlef Brandes, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat*, Bd. 1: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939-1942), München 1969, S. 154; Andrej Angrick/Peter Klein, *Die »Endlösung« in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941-1944*, Darmstadt 2006, S. 276; Robert Seidel, *Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939-1945*, Paderborn 2006, S. 100; Alary/Vergez-Chaignon/Gauvin, *Les Français (Anm. 13)*, S. 182; Matthias Waechter, *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, München 2019, S. 191 f.

38 Mazower, *Inside Hitler's Greece (Anm. 22)*, S. 35 f.

liche« Industrien wie die Textilbranche galt, auch wenn sie hier weniger markant ausgeprägt war.³⁹

Beschäftigungsoptionen gab es daher zu Beginn der Besetzung häufig vor allem in deutschen Diensten. Dies galt nicht nur für Handwerker, Busfahrer und Chauffeure. Auch Frauen wurden für den Kasernenbetrieb als Putzkräfte, Wäscherinnen, Köchinnen oder Servierkräfte gebraucht. Viele der Tätigkeiten waren schwer und unangenehm. Anna Krasavina aus Novgorod fand in der Nähe der Front Arbeit in Feldküchen, wo sie Kartoffeln schälen musste und dafür Suppe für sich und ihre Kinder erhielt; außerdem wusch sie Unterwäsche für die Soldaten. Auch Anna Nosova aus dem russischen Smolensk erinnerte sich noch 2001: »Ich wusch für ihre Truppen, ihre Soldaten. Die Kleidung kam von der Front, voll von Blut, Läusen, allem. Wir wuschen für hunderte von Soldaten, und schauen Sie sich meine Hände an.«⁴⁰ Besser dürften, entsprechende Vorkenntnisse vorausgesetzt, Anstellungen als Schreibkräfte, Übersetzerinnen und Dolmetscherinnen gewesen sein.⁴¹

Frauen, die für die Deutschen arbeiteten – egal in welchem der besetzten Gebiete –, standen allerdings schnell in dem Ruf, es mit der Moral nicht genau zu nehmen. Viele von ihnen sahen sich dem Vorwurf der Prostitution ausgesetzt.⁴² Je schlechter jedoch die Lebensbedingungen vor Ort waren, desto größere Bedeutung kam jedem Arbeitsplatz zu, auch einem in deutschen Diensten. Wie fließend die Übergänge sein konnten, beschreibt die Zeitzeugin Nadja aus dem russischen Smolensk. Auf die Interviewfrage, welche Möglichkeiten des Geldverdienens es jenseits von Putzen und Waschen gegeben habe, antwortet sie: »There were ›working women‹. What did they do? Beautiful, made-up. They lived perfectly well. Some lived on our street; two were even in our build-

39 Waechter, *Geschichte* (Anm. 37), S. 196; John F. Sweets, *Choices in Vichy France. The French under Nazi Occupation*, Oxford 1986, S. 43.

40 Zur Arbeit für die deutschen Truppen siehe z. B. Jan Brokken, *Die Vergeltung. Rhooon 1944. Ein Dorf unter deutscher Besatzung*, Köln 2015, S. 84f. (Niederlande); Ljubinka Škodrić, *Intimate Relations between Women and the German Occupiers in Serbia 1941-1944*, in: *Cahiers balkaniques* 43 (2015), S. 1-16, hier S. 4 (Serbien); Maren Röger, *Kriegsbeziehungen. Intimität, Gewalt und Prostitution im besetzten Polen 1939 bis 1945*, Frankfurt a. M. 2015, S. 85 ff. (Polen); Vinen, *Unfree French* (Anm. 16), S. 163 (Frankreich); Enstad, *Soviet Russians* (Anm. 22), S. 100f. (Russland). Zitat Nosova bei Laurie R. Cohen, *Smolensk under the Nazis. Everyday Life in Occupied Russia*, Rochester, NY, 2013, S. 73.

41 Byron Schirbock, *Translating Occupation. Interpreters and German Authorities in Occupied France, 1940-1944*, in: *Francia. Forschungen zur Westeuropäischen Geschichte* 44 (2017), S. 383-392.

42 Zum Kontext der Prostitutionsvorwürfe siehe für Frankreich z. B. Cyril Olivier, *Le vice ou la vertu. Vichy et les politiques de la sexualité*, Toulouse 2005; Miranda Pollard, *Reign of Virtue. Mobilizing Gender in Vichy France*, Chicago, IL, 1998.

ding. We knew perfectly well the kind of work they did.« Doch sie betont auch, »generally, you worked where ever you could« und berichtet, dass vor allem Frauen solches Verhalten milder beurteilten, wenn die Betroffenen Kinder zu versorgen hatten.⁴³

Zudem boten Beschäftigungsverhältnisse bei deutschen Stellen neben der Bezahlung häufig die Chance, etwas einstecken zu können, was sich auf dem Schwarzmarkt eintauschen ließ, oder aus der Küche Reste für hungrige Angehörige mitzunehmen. Auch gingen Frauen Verhältnisse mit deutschen Männern ein, die sie vom Arbeitsplatz her kannten. Das changierte nicht selten zwischen Armutsprostitution und Liebesbeziehung.⁴⁴ Doch die Stigmatisierungen blieben und hatten für die Frauen enorme Konsequenzen: In Frankreich etwa liefen diejenigen, denen ein entsprechender Ruf anhaftete, in höherem Maße als ihre »respektablen« Geschlechtsgenossinnen Gefahr, zur Zwangsarbeit ins Reich verschickt zu werden. Auch vermeintlich »freiwillige« Meldungen zum Arbeitseinsatz im Reich, Schätzungen sprechen dabei immerhin von etwa 80.000 Frauen, gingen oft darauf zurück, dass die Betroffenen für deutsche Stellen gearbeitet hatten und dadurch oder durch andere Kontakte zu Deutschen für ihr familiäres und soziales Umfeld als nicht mehr tragbar galten.⁴⁵

43 Zit. nach Cohen, Smolensk (Anm. 40), S. 224. Zur Duldung von Armutsprostitution, vor allem wenn die Frauen Kinder, zumal kranke Kinder, zu versorgen hatten, siehe mit Blick auf die Niederlande und Frankreich auch Brokken, Vergeltung (Anm. 40), S. 81-83, 105 f.; Robert Gildea, Marianne in Chains. In Search of the German Occupation of France, Basingstoke/London 2002, S. 74 f.

44 Siehe dazu z. B. zu Frankreich: Philippe Burrin, La France à l'heure allemande 1940-1944, Paris 1995, S. 211; Alary/Vergez-Chaignon/Gauvin, Les Français (Anm. 13), S. 328-330. Zu Polen: Stephan Lehnstaedt, Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939-1944, München 2010, S. 241, und v. a. Maren Röger, »In the Hope of a Piece of Sausage or a Mug of Beer«. Writing a History of Survival Sex in Occupied Europe, in: Tönsmeier/Haslinger/Laba (Hrsg.), Coping with Hunger (Anm. 15), S. 183-199; Röger, Kriegsbeziehungen (Anm. 40), S. 46-50, 65-69. Zur Ukraine: Berkhoff, Harvest (Anm. 22), S. 183. Zu den Kanalinseln: John Nettles, Jewels & Jackboots. Hitler's British Channel Islands, Jersey 2015, S. 71. Zu Griechenland: Škodrić, Intimate Relations (Anm. 40), S. 1 f. Zu Belgien: Aurore François, »Une Véritable Frénésie de Jouissance«. Prostitution Juvénile et Armées d'Occupation en Belgique (1940-1945), in: Le Temps de l'Histoire. Revue d'histoire de l'enfance »irrégulière« 10 (2008), S. 17-34.

45 Vinen, Unfree French (Anm. 16), S. 164, 173; Karen H. Adler, Reading National Identity. Gender and »Prostitution« during the Occupation, in: Modern & Contemporary France 7 (1999), S. 47-57; Katherine R. Jolluck, The Nation's Pain and Women's Shame. Polish Women and Wartime Violence, in: Nancy M. Wingfield/Maria Bucur (Hrsg.), Gender and War in Twentieth-Century Eastern Europe, Bloomington, IN, 2006, S. 193-219. Siehe auch Virgili, Shorn Women (Anm. 30); Luc Capdevila, Identités masculines et féminines pendant et après la guerre, in: Évelyne Orin-Rotureau (Hrsg.), Les Françaises au cœur de la guerre 1939-1945, Paris 2014, S. 165-173.

Frauen hatten also unter Besetzung vielfältige Aufgaben zu meistern. Die besonderen Be- und vielfach sicher auch Überlastungen ergaben sich nicht zuletzt daraus, dass sie als Haushaltsvorstände sowohl die klassisch »weiblichen« (Versorgung, Care-Tätigkeiten) wie auch traditionell »männliche« (Familienunterhalt) Rollen zu übernehmen hatten. Diese Herausforderungen nahmen noch weiter zu, als die Besatzer überall im besetzten Europa sukzessive die Arbeitspflicht einführten, der auch Frauen unterlagen, und in wachsenden Zahlen Menschen zum Arbeitseinsatz nach Deutschland verschleppt wurden. In West- und Nordeuropa bemühten sich einheimische Stellen darum, dass Frauen möglichst von diesen Maßnahmen ausgenommen wurden, während im besetzten Osteuropa vielfach regelrechte Menschenjagden stattfanden. Manche der verschleppten Frauen hatten bereits Kinder, wie wir an dem oben geschilderten Beispiel aus dem annektierten polnischen Łódź gesehen haben, andere waren noch kinderlos. Doch während die Forschung bisher ihr Augenmerk vor allem auf die Arbeits- und Lebenssituationen im Reich gelegt hat, wissen wir sehr viel weniger darüber, was dies für die besetzten Gesellschaften bedeutete. Es darf aber als plausibel angenommen werden, dass gerade diese Personengruppe in verwandtschaftlichen und nachbarschaftlichen Solidarstrukturen fehlte, über die wir insgesamt noch sehr wenig wissen.⁴⁶ Haushaltsfamilien verloren dadurch Mitglieder, die sich um Kinder oder Alte kümmerten, sich in die langen Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften einreihen und zum Familienunterhalt beitrugen. Wie dramatisch sich fehlende Kinderbetreuung auswirken konnte, verdeutlicht ein Beispiel aus der besetzten Sowjetunion: Nahe der ukrainischen Stadt Rava-Ruska mussten, wie Überlebende berichten, jüdische Frauen im Sommer 1942 auf deutschen Befehl hin die Ernte einbringen. Als sie morgens dazu antraten, brachten sie ihre Kinder mit. Der deutsche Wachmann konnte jedoch das Weinen der Kleinen nicht ertragen und brachte eines nach dem anderen um.⁴⁷

3. Die Zerstörung jüdischer Familien

In besonderer Weise von Familienzerstörungen betroffen waren jüdische Menschen. Sie gehörten bis zu ihrer Deportation in geschlossene Lager und Ghettos bzw. bis zu ihrer Ermordung auf den sogenannten *killing fields* zu den jeweiligen

46 Zur Stabilisierung von Verwandtensolidarität durch das Teilen von Lebensmitteln in Mangelgesellschaften siehe jedoch Tönsmeyer, Hungerökonomien (Anm. 22), S. 679 f. Mit Beispielen zu Solidaritätsmustern siehe auch Vinen, Unfree French (Anm. 16), S. 147-152.

47 Patrick Desbois, *The Holocaust by Bullets*, New York 2008, S. 30.

Besatzungsgesellschaften.⁴⁸ Als solche unterlagen sie zum einen den Beschwerden, die alle Angehörigen von besetzten Gesellschaften erlebten, zum anderen aber waren sie in besonderer Weise Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt. Gerade bei der Betrachtung von Verfolgungssituationen ist der Verweis auf die erschwerenden Alltagsbedingungen durch Besatzung deswegen sehr wichtig, weil diese gravierende Konsequenzen für die Erfolgsaussichten von Überlebensstrategien hatten, wie sich etwa am Beispiel der Versorgung ablesen lässt: Das Verstecken von ganzen Familien war gerade in Mangelgebieten wesentlich schwieriger zu bewerkstelligen als das von Einzelpersonen, weil es nicht selten auch für die Helferinnen und Helfer bedeutete, die eigene Versorgung einzuschränken, da für die Versteckten keine Rationen zur Verfügung standen. Die zusätzlichen Einkäufe mussten somit auf dem Schwarzmarkt getätigt werden. Auch konnte das Herbeischaffen von Lebensmitteln, etwa für in Bunkern versteckte Juden, Aufmerksamkeit auf sich ziehen und bot so Anlass für Denunziationen.⁴⁹ Es fügt sich in diesen Zusammenhang, dass in den osteuropäischen Besatzungsgebieten Denunzianten oft mit Lebensmitteln entlohnt wurden. So erinnert sich der Überlebende Wiktor Beresin, geb. 1930 in der Ukraine, dass er zunächst im Hause seiner (als ukrainisch bezeichneten) Großmutter Unterschlupf fand, wo auch ein Onkel und dessen Frau lebten:

»Eines Tages im Herbst, als die Deutschen Kiev bereits besetzt hatten, kam Lida [die Tante, T. T.] nach Hause und erklärte, sie sei der Organisation der Volksdeutschen beigetreten (Lida war Wolgadeutsche). Dann zeigte sie mit dem Finger auf mich und sagte: »Wenn der kleine Jude da nicht bald verschwindet, werde ich ihn den Deutschen ausliefern und bekomme dafür ein Lebensmittelpaket.«⁵⁰

48 Siehe zu den Unterscheidungen zwischen Besatzungs- und Lagergesellschaften Tönsmeyer, *Besatzungsgesellschaften* (Anm. 4).

49 Grundsätzlich zu dem Bestreben, Familien durch gemeinsame Aufnahme in einen Bunker zusammen am Leben zu erhalten, Natalia Aleksiu, *Gender and the Daily Lives of Jews in Hiding in Eastern Galicia*, in: *Nashim. A Journal of Jewish Women's Studies and Gender Issues* 27 (2014), S. 38-61, hier S. 44f. Zu den Schwierigkeiten der Versorgung im Bunker und der daraus resultierenden Abhängigkeit von Helferinnen und Helfern ebd., S. 46. Zu den Zahlungen, die Versteckte häufig für die Versorgung leisten mussten, siehe Barbara Engelking, *Such a Beautiful Day. Jews Seeking Refuge in the Polish Countryside*, Jerusalem 2016, S. 114ff.

50 Schilderung Wiktor Beresin, geb. 1930, in: Boris Zabarko (Hrsg.), »Nur wir haben überlebt«. *Holocaust in der Ukraine. Zeugnisse und Dokumente*, Wittenberg 2004, S. 59. Auch Spector verweist darauf, dass in Wolhynien das Ausliefern von versteckten Juden mit Zucker, Salz oder Tabak belohnt wurde, siehe Shmuel Spector, *The Holocaust of Volhynian Jews 1941-1944*, Jerusalem 1990, S. 196. Zur Denunziation von Juden gegen Lebensmittel siehe auch Tanja Pentecost, *Die lokale Gesellschaft im Donbass unter deutscher Okkupation 1941-1943*, in: Christoph Dieckmann/Babette Quinkert/Tat-

Zu Beginn des Krieges waren diese Entwicklungen jedoch noch nicht absehbar und gerade für polnische Juden wäre eine Flucht in die Sowjetunion noch möglich gewesen. Chaim Ajzen, der 1939 in Hrubieszów, nahe der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie lebte, erinnert sich, dass sich viele Familien der abziehenden Roten Armee anschlossen, als diese Gebiete den Deutschen zugeschlagen wurden. Auch in seiner Familie wurde darüber diskutiert, doch letztlich entschied sich der Vater dagegen. Später schlug ihm ein Freund die gemeinsame Flucht vor. Chaim Ajzen berichtet: »Ich wusste, dass das eine vernünftige Lösung für mich war, und ich wusste, dass ich nicht gehen würde. Ich liebte meine Familie zu sehr und war ihr zu eng verbunden, als dass ich sie hätte hierlassen und weggehen können.«⁵¹ Viele blieben auch deshalb, weil nicht abzusehen war, dass die Verfolgung, die sie erlebten, der Beginn eines Genozids war und nicht ein zwar blutiges und brutales, aber vorübergehendes Pogrom. Heute wissen wir, dass diejenigen, die in die Sowjetunion flohen und dort den Krieg überdauerten, die größte Gruppe der Überlebenden ausmachten. Kamen sie nach 1945 zurück, wurden sie oft regelrecht bestaunt, weil jüdische Familien mit Eltern und zumindest einem Kind zur absoluten Ausnahme geworden waren.⁵²

Diejenigen, die nicht flohen, sahen sich jedoch bald schon mit der Tatsache konfrontiert, dass als Familie zu überleben schier unmöglich wurde. So avancierte »eine Familie zu haben« geradezu zu einem Zeichen für »Nicht-Jüdisch-Sein«. Für Awigdor Kochaw, der die Besatzung im heutigen Ostpolen mit falschen Papieren überlebte, wurde das Vorgeben einer eigenen Familie gar Teil seiner Überlebensstrategie. So erinnert er sich, dass er einen Bauern, der ihm Arbeit (gegen Lebensmittel) gab, gefragt habe: »Vielleicht kannst Du mir von Zeit zu Zeit noch etwas geben, das [sic!] ich meiner Mutter bringen kann?« »Ich redete immer über meine Mutter, meinen Großvater, meine Brüder, weil es das war, was Polen von Juden unterschied, sie hatten Familie.« Tatsächlich

jana Tönsmeier (Hrsg.), Kooperation und Verbrechen. Formen der »Kollaboration« im östlichen Europa 1939-1945, Göttingen 2005, S. 183-223, hier S. 195. Penter verweist hier auch darauf, dass solche Fälle nicht selten waren.

51 Zit. nach Eliyana R. Adler, Hrubieszów at the Crossroads. Polish Jews Navigate the German and Soviet Occupations, in: Holocaust and Genocide Studies 28 (2014), S. 1-30, hier S. 10 f.

52 Ben-Cion Pinchuk, Jewish Refugees in Soviet Poland 1939-1941, in: Michael R. Marrus (Hrsg.), The Nazi Holocaust, Part 8: Bystanders to the Holocaust, Bd. 3, Westport/London 1989, S. 1034-1051; Mordechai Altshuler, Escape and Evacuation of Soviet Jews at the Time of the Nazi Invasion. Politics and Realities, in: Lucjan Dobroszycki (Hrsg.), The Holocaust in the Soviet Union. Studies and Sources on the Destruction of the Jews in Nazi-Occupied Territories of the USSR, 1941-1945, New York/London 1993, S. 77-104.

verbesserte die Strategie sogar seine Versorgung, denn der Bauer versprach ihm Mehl und Schinken einmal im Monat. Später marschierte Awigdor Koachawgar zehn Tage durch winterliche Kälte, weil er vorgab, seiner entfernt lebenden Mutter von einer neuen Arbeit berichten zu wollen, damit diese sich nicht Sorge: »Ich kam durchgefroren und hungrig zurück, aber definitiv polnisch.«⁵³

Je länger jedoch die deutsche Verfolgung andauerte, desto schwieriger wurde es, in den Phasen des systematischen Massenmordes mit falscher Identität als Familie zu überleben. Dies war nur möglich, wenn es gelang, auf »arischer« Seite unterzutauchen oder ein Versteck zu finden. Beide Optionen waren für Familien, zumal mit kleinen Kindern, extrem schwer zu realisieren und trugen so zur Krise der jüdischen Familie bei. Gerade jüdische Männer erlebten die Tatsache, dass sie ihrer traditionellen Beschützerrolle nicht gerecht werden konnten, häufig als Ohnmacht und Versagen.⁵⁴ Das Tagebuch von Aryeh Klonicki, der mit Frau und drei Monate altem Baby aus Buczacz in Ostgalizien (in der heutigen Ukraine) floh und auf ein Versteck auf dem Land hoffte, gibt dem in bewegender Weise Ausdruck. Er schrieb es nur vierzehn Tage lang und hielt den Kampf um das Überleben seiner kleinen Familie in der Zeit der systematischen Judenjagden im Sommer 1943 fest.⁵⁵ Er schildert u. a., dass Juden auf der Flucht vor den Häschern zunehmend verzweifelt Unterschlupf suchten, zum Beispiel in Kellern und in der Kanalisation, dass allerdings Frauen mit kleinen Kindern der Zugang oft verwehrt wurde. Über ein Kellerversteck schreibt Aryeh Klonicki:

»I had some heated encounters with fellow Jews who were hiding. They demanded that I allow the strangling of my child. Among them were mothers whose children had already met this fate. Of course, I replied to them that as long as I was alive such a thing would not come to pass.«⁵⁶

Schließlich schien es Aryeh und Malwina Klonicki, dass sie ihren Sohn gerettet hätten:

53 Zit. nach Anna Bikont, *The Crime and the Silence. A Quest for the Truth of a Wartime Massacre*, London 2016, S. 300f., 305.

54 Grundsätzlich zur männlichen Rolle, etwa bei der Anlage von Verstecken, Aleksiu, *Gender* (Anm. 49), S. 41 ff.

55 Zu den sog. Judenjagden siehe Barbara Engelking, *Jest taki piękny słoneczny dzień. Losy Żydów szukających ratunku na wsi polskiej 1942-1945*, Warschau 2011; Jan Grabowski, *Hunt for the Jews. Betrayal and Murder in German-Occupied Poland*, Bloomington, IN, 2013; Barbara Engelking/Jan Grabowski (Hrsg.), *Dalej jest noc. Losy Żydów w wybranych powiatach okupowanej Polski*, Warschau 2018.

56 Zit. nach: Zoe Waxmann, *Women in the Holocaust. A Feminist History*, Oxford 2017, S. 66.

»On a dark night as the rain was coming down in torrents my wife and I took our boy with a sack full of belongings. [...] We left him together with the sack in the corridor of the convent and hurriedly ran off. The nuns had advised us to keep the whole thing secret. We are overjoyed at having succeeded in arranging for our child's keep under such favourable conditions. I was not bothered by the fact that they would baptize the child.«⁵⁷

Auch wenn der Sohn überlebt haben sollte, was unbekannt ist – Bemühungen von Angehörigen aus den USA und Israel, die nach dem Ende des Krieges nach ihm suchten, blieben erfolglos –, seine Eltern überlebten die Shoah nicht. Ihre genauen Sterbedaten sind nicht bekannt.⁵⁸

4. Fazit

Familientrennungen gehörten zum Zweiten Weltkrieg – ob in Kriegs- oder in Besatzungsgesellschaften. Unter Besatzung waren sie nicht nur wegen der großen Zahl der einberufenen Männer, sondern auch aufgrund von Zwangsmigrationen aller Art so häufig, dass von ihnen als einem zentralen Charakteristikum besetzter Gesellschaften gesprochen werden muss. Dies gilt in besonderer Weise für jüdische Familien. Zudem waren viele Fälle von Familientrennungen endgültig, die Familien wurden zerstört. Überlebende blieben oft traumatisiert und gaben ihre Leidenserfahrungen an nachfolgende Generationen weiter. Zudem hatten auch temporäre Trennungen gravierende Konsequenzen für die entstehenden Rumpffamilien und ihre weiblichen Haushaltsvorstände. Der allseits vorherrschende Mangel zwang sie, die Versorgung ihrer Angehörigen unter wesentlich erschwerten Bedingungen sicherzustellen. Zudem mussten sie die traditionell männliche Rolle des Familienernährers übernehmen.

Doch obwohl es sich bei den Familientrennungen und -zerstörungen um ein europaweites Phänomen handelte, das neben der »Kernfamilie« aus Eltern und Kindern auch die Großelterngeneration in vielfältiger Weise betraf, lässt sich für die Forschung zu den Kriegs- und Besatzungsjahren festhalten, dass sie vielfach als Geschichte der »großen Zahlen« geschrieben worden ist, was den Blick auf die Sozialbeziehungen zwischen den Betroffenen bisher eher verstellt hat. So ist historiographisch nicht nur eine Wirtschaftsgeschichte des Mangels gefragt, sondern in Anbetracht der Schwierigkeiten, Anspannungen und Ängste, die dürftige Familieneinkommen, schlechte Versorgung und ggf. Stigmatisierungen als Prostituierte auslösten, auch eine Emotionsgeschichte

⁵⁷ Zit. nach ebd.

⁵⁸ Ebd.

der Besatzung. Auf einer praxeologischen Ebene gehört auch die Frage nach Coping-Strategien, besonders der Blick auf weiblich dominierte Not- und Solidargemeinschaften hinzu, deren Erforschung noch kaum über erste Anfänge hinausgekommen ist. Anschlussfähig wären solche Arbeiten auch an die Erforschung der sozialen Ordnung besetzter Gesellschaften, ließ doch das Brüchigwerden etablierter gesellschaftlicher Normen bei vielen Menschen den Eindruck entstehen, dass etwas »ins Rutschen« geriet.

Isabel Heinemann

FUNDAMENT DER VOLKSGEMEINSCHAFT?

Familientrennungen und -gründungen in der nationalsozialistischen In- und Exklusionspolitik

Ein schöner Sommertag im Jahr 1938. Im blauen Himmel weht eine Hakenkreuzflagge, als die Großfamilie aus Dreishöh nahe Glücksburg in Schleswig-Holstein zum Fahnenappell Aufstellung nimmt. Im Sonntagsstaat richtet man sich aus, sechs Erwachsene und ebenso viele Kinder, aufgestellt nach Alter und Größe. Lächelnd zeigt man gemeinsam den Hitlergruß vor laufender Kamera, 12 gereckte Hände, auch die Kleinsten machen mit – ein privater Familienfilm, in dem die Familie bewusst und ohne äußeren Zwang ihre Loyalität mit dem NS-Staat zum Ausdruck bringt. Es ist die Selbstinszenierung einer deutschen Großfamilie, arisch und erbgesund – denn die Szene wird (obgleich Farbfilme damals sehr teuer waren) zweimal gedreht: zunächst mit einem jungen Mann, dessen Erscheinungsbild sichtlich nicht den NS-Vorgaben von »Erbgesundheit« zu entsprechen scheint, danach ein weiteres Mal ohne ihn. Die Familie reinigt sich also bildlich gleich selbst, indem sie einen Menschen aus der kollektiven Selbstinszenierung ausschließt.¹

Diese Episode verdeutlicht anschaulich die Ausgangsüberlegung meines Beitrags: Im Nationalsozialismus diente die Kategorie Familie als höchst effektives Instrument der In- und Exklusion in die rassistisch definierte »Volksgemeinschaft«. Familien wurden getrennt (ob symbolisch, wie im eingangs zitierten Beispiel, oder ganz real, durch die Zwangsmaßnahmen der nationalsozialistischen Rassenpolitik) und neu geschaffen, z. B. durch den sogenannten Heiratsbefehl oder auch die Adoption zwangsgermanisierter Kinder durch deutsche Paare.² Familie wirkte dabei als »Relais«, als zentrale Ordnungskategorie

1 Ich danke Jörg Müllner, der mir diesen Film zugänglich gemacht hat. Vgl. hierzu seine Dokumentation »Wir im Krieg. Privatfilme aus der NS-Zeit«, Erstausstrahlung im ZDF am 6.8.2019, <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzeit/zdfzeit-wir-im-krieg--privatfilme-aus-der-ns-zeit-100.html> [14.12.2021].

2 Erstmals ausformuliert habe ich diesen Gedanken in Isabel Heinemann, »Keimzelle des Rassenstaates«. Die Familie als Relais der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik in Osteuropa, in: Klaus Latzel/Elissa Mailänder/Franka Maubach (Hrsg.), Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«, Göttingen 2018, S. 133-153. Der vorliegende Beitrag stellt eine Weiterentwicklung und Ausformulierung dieses Konzepts auf deutlich erweiterter Quellenbasis dar.

des Sozialen, über welche reguliert wurde, wer auf welche Weise an der Gesellschaft partizipieren durfte.³ Im Idealfall griffen die Familien die politisch gewollten Ordnungsmuster gleich von sich aus auf und schrieben sich so aktiv in die »Volksgemeinschaft« ein, indem sie beispielsweise ein Familienmitglied bildlich aus ihrer Gemeinschaft ausschlossen, wie der Familienfilm aus Dreisöh zeigt. Diese Integration in den NS-Staat über die Familie ist jedoch noch wenig erforscht, einzig das Selbstverständnis der SS-Familie bzw. »SS-Sippengemeinschaft« war in den letzten Jahren Thema ausgiebiger Untersuchungen.⁴

Dass die Familie im Nationalsozialismus⁵ weitere Beachtung verdient – als Ordnungskategorie, als Wert, als Praxis – und insbesondere die Frage nach dem Privaten im NS-Staat geeignet ist, unser Verständnis vom Charakter der Diktatur und den Anpassungsstrategien ihrer Bürger neu zu fokussieren, haben neuere Forschungen eindrücklich gezeigt.⁶ So konstatiert das am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ) durchgeführte Projekt »Das Private im Nationalsozialismus«, dass Privatheit immer prekär blieb, zugleich aber das Versprechen privaten Glücks als Ressource diente, um die »Volksgemeinschaft« zu stärken. Vor allem aber schrieben sich die »Volksgenossen« über ihre privaten Interessen in das politische Regime ein und eigneten es sich an – zumeist zulasten der NS-Opfer und der im NS-Staat Ausgegrenzten.⁷ Familie kann, so möchte ich hier argumentieren, folglich als Schlüssel zum Verständnis des Kon-

- 3 Ich beziehe mich hierzu auf Bruno Latour und auf Jürgen Martschukat, der den Begriff des »Relais« nach Latour für die Historiographie fruchtbar gemacht hat. Jürgen Martschukat, *Die Ordnung des Sozialen. Väter und Familien in der amerikanischen Geschichte seit 1770*, Frankfurt a. M. 2013, S. 10; Bruno Latour, *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie*, Frankfurt a. M. 2007, S. 9-38.
- 4 Amy Carney, *Marriage and Fatherhood in the Nazi SS*, Toronto u. a. 2018; Bastian Hein, *Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925-1945*, München 2012; Gudrun Schwarz, *Die Frau an seiner Seite. Ehefrauen in der »SS-Sippengemeinschaft«*, Hamburg 1997.
- 5 Mit klassischem Fokus auf die staatliche Familienpolitik: Lisa Pine, *Nazi Family Policy, 1933-1945*, Oxford/New York 1997; Michelle Mouton, *From Nurturing the Nation to Purifying the Volk. Weimar and Nazi Family Policy, 1918-1945*, New York 2007; Paul Ginsborg, *Family Politics. Domestic Life, Devastation and Survival 1900 to 1950*, New Haven, CT, 2014; Lisa Pine (Hrsg.), *The Family in Modern Germany*, London u. a. 2020.
- 6 Vgl. die Ergebnisse des Forschungsprojekts »Das Private im Nationalsozialismus« am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin: Elizabeth Harvey/Johannes Hürter/Maikin Umbach/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Private Life and Privacy in Nazi Germany*, Cambridge 2019, und v. a. die Reihe »Das Private im Nationalsozialismus«, hrsg. v. Johannes Hürter und Andreas Wirsching. Vgl. auch Elizabeth Harvey, *Housework, Domestic Privacy and the »German Home«. Paradoxes of Private Life during the Second World War*, in: Rüdinger Hachtmann/Sven Reichardt (Hrsg.), *Detlev Peukert und die NS-Forschung. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus*, Göttingen 2015, S. 115-131.
- 7 Vgl. das Editorial von Johannes Hürter und Andreas Wirsching im vorliegenden Band.

zeptes von »Volksgemeinschaft« dienen und insbesondere deren rassenpolitische Konturierung freilegen. Der Blick auf die Institution der Familie ermöglicht, die Verschränkung der Diskriminierungskategorien Rasse und Geschlecht im Nationalsozialismus neu zu fassen.⁸ Gleichzeitig erweist sich Familie auch als Rückzugsraum und Ort von Eigensinn; dies zeigt die Analyse von privaten Korrespondenzen, Tagebüchern und der Praxis des Fronturlaubs eindrücklich.⁹ Die rechtliche Regulierung des Privaten hingegen, so hat Annemone Christians herausgearbeitet, drang einerseits in die Sphäre des Privaten und der Familie ein und ordnete diese der »Volksgemeinschaft« unter, andererseits eröffnete sie individuelle Spielräume, beispielsweise durch die Einführung des Zerrüttungsprinzips im Scheidungsrecht, das vor allem scheidungswillige Ehemänner für sich nutzen konnten.¹⁰ Nach 1945 wurde die Erfahrung von Gewalt, (Mit-)Täterschaft und williger Integration in die »Volksgemeinschaft« nicht nur in privaten Familiennarrativen entlastend umgedeutet, wie sozialpsychologische Studien gezeigt haben, sondern von einem relevanten Teil der Deutschen in individuellen Entnazifizierungsnarrativen rationalisiert und plausibilisiert.¹¹

Anknüpfend an diese neueren Untersuchungen, die sich wesentlich um das Verhältnis von Individuum und NS-Staat, Privatheit und Öffentlichkeit drehen, möchte ich das umkämpfte Konzept von Familie im Nationalsozialismus dazu nutzen, die nationalsozialistische Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg, ihre biopolitische Dimension und ihre Folgen neu zu vermessen und hieraus

- 8 Zur »Volksgemeinschaft« als »Geschlechtergemeinschaft« vgl. Kirsten Heinsöhn, *Volks-gemeinschaft und Geschlecht. Zwei Perspektiven auf die Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus*, in: Detlef Schmiechen-Ackermann/Marlies Buchholz/Bianca Roitsch/ Christiane Schröder (Hrsg.), *Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte*, Paderborn 2018, S. 245-258. Zur Verschränkung von »Rasse« und »Geschlecht« vgl. die Forschungen von Gisela Bock, *Zwangsterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Geschlechterpolitik*, Neuaufgabe, Münster 2010 (zuerst 1986).
- 9 Hester Vaizey, *Surviving Hitler's War. Family Life in Germany, 1939-48*, Basingstoke 2010; Janosch Steuer, »Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse.« *Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933-1939*, Göttingen 2017; Sven Keller (Hrsg.), *Kriegstagebuch einer jungen Nationalsozialistin. Die Aufzeichnungen Wolfhilde von Königs 1939-1946*, Berlin 2015; Elissa Mailänder, *Masters of Sex? Nazism, Bigamy, and a University Professor's Fight with Society and the State, 1930-1970*, in: *Journal of the History of Ideas* 82 (2021), 1, S. 109-131; Christian Packheiser, *Heimaturlaub. Soldaten zwischen Front, Familie und NS-Regime*, Göttingen 2020.
- 10 Annemone Christians, *Das Private vor Gericht. Verhandlungen des Eigenen in der nationalsozialistischen Rechtspraxis*, Göttingen 2020, S. 176f., 289-292.
- 11 Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall, *Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*, Frankfurt a. M. 2002; Hanne Leßau, *Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit*, Göttingen 2020, S. 482 f.

eine neue Perspektive auf die »Volksgemeinschaft« im Zweiten Weltkrieg zu entwickeln. Hierzu eignet sich die Diskussion um Gründung, Erhaltung und Trennung der Familie ganz hervorragend. Gerade in der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik in den eroberten Gebieten Polens wirkte Familie als Klammer zwischen Weltanschauung und Politik, als Mittel der In- und Exklusion und als zentrale Ordnungskategorie. Im Rahmen der geplanten »Germanisierung« Europas, die 1939 im eroberten Polen begann, wurden Menschen, die in den besetzten Gebieten lebten und sich als »Volksdeutsche« verstanden, in der »Deutschen Volksliste« (DVL) erfasst und in Zweifelsfällen rassenbiologischen Überprüfungen unterzogen – möglichst familienweise.¹² In Anwendung der hypertrophen Umsiedlungsplanungen aus der Planungsabteilung des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) wurden Reichsdeutsche und »volksdeutsche« Familien für den Einsatz als »Ostsiedler« ausgewählt, nichtdeutsche Familien dagegen vertrieb die SS in Kooperation mit Organen der Zivilverwaltung als »rassenpolitisch unerwünscht« und identifizierte eine kleine Minderheit als »wiedereindeutschungsfähig«.¹³ Dabei stand, so zeigen die Quellen, der Erhalt der Familieneinheit wenn irgend möglich im Vordergrund: Menschen wurden familienweise vertrieben und deportiert, aber auch neu angesiedelt. Erst die Familieneinheit ermöglichte den umfassenden Zugriff auf die Menschen – in positiver wie negativer Hinsicht. Zugleich symbolisierte die Familie als »Blutsgemeinschaft« die Verkörperung des biologischen Ordnungsdenkens.

Auch in der Legitimation des Krieges und der NS-Eroberungspolitik spielte der Verweis auf »Familie« die entscheidende Rolle. So wurde die »deutsche Familie« als diejenige Instanz entworfen, für die es sich Krieg zu führen lohne

12 Zur »Deutschen Volksliste« vgl. Isabel Heinemann, »Rasse, Siedlung, deutsches Blut«. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 260-282; Gerhard Wolf, Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen, Hamburg 2012, S. 376-465.

13 Zur Geschichte der Umsiedlungsplanungen und ihrer Umsetzung vgl. Czesław Madajczyk (Hrsg.), Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan. Dokumente, Berlin 1994; Isabel Heinemann/Patrick Wagner (Hrsg.), Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006; Heinemann, Rasse (Anm. 12); Wolf, Ideologie (Anm. 12); demnächst Alexa Stiller, Völkische Politik. Praktiken der Exklusion und Inklusion in polnischen, französischen und slowenischen Annexionsgebieten 1939-1945, Göttingen 2022. Zur Geschichte der »Volksdeutschen« im Zweiten Weltkrieg vgl. Jerzy Kochanowski (Hrsg.), Die »Volksdeutschen« in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität, Osnabrück 2006; Andreas Strippel, NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD 1939-1945, Paderborn 2011; Maria Fiebrandt, Auslese für die Siedlergesellschaft. Die Einbeziehung Volksdeutscher in die NS-Erbgesundheitspolitik im Kontext der Umsiedlungen 1939-1945, Göttingen 2014.

und die allein den Krieg letztlich gewinnen könne. Als sich die Kriegsniederlage längst abzeichnete, feierte die Zeitschrift »SS-Leithefte« im August 1944 die deutsche Familie als Inkarnation der »Volksgemeinschaft« – dem Staat und dem Einzelnen übergeordnet als Basis des deutschen Volkes. Damit verwies das Blatt zum einen auf konservative Vorstellungen des 19. Jahrhunderts von der Familie als Kern des Staates und baute zugleich bereits eine Brücke in die Nachkriegszeit:

»In diesem Kampf, der gegen das Deutsche schlechthin geht, ist der deutschen Familie die entscheidendste Rolle zugewiesen. Sie ist mehr als der Staat auf der einen, der einzelne auf der anderen Seite, welche die ungeheuerlichen Stöße gegen das Herz unseres Volkes aufzufangen hat. [...] Freilich müssen der Staat wie der Einzelne der Familie helfen, und sie tun es auch in einer tausendfältigen Verflechtung. Aber die Familie ist jenes kleinste Ganze, das sich selbst hilft; ohne sie ist der Begriff der Volksgemeinschaft undenkbar.«¹⁴

Angesichts der in dieser und in vielen anderen Quellen postulierten zentralen Bedeutung der Familie für die Schaffung und Aufrechterhaltung der »Volksgemeinschaft« und mit Blick auf die einerseits hohe praktische und ideologische Bedeutung von Familieneinheit und Familienbanden in der NS-Umsiedlungspolitik sowie der andererseits hohen Bereitschaft, genau diese aus rassenpolitischen Gründen zu zerstören, stellen sich neue Fragen, die für diesen Beitrag leitend sind: Wie prägte der grenzenlose Zugriff auf die Familie im Rahmen der nationalsozialistischen Exklusionspolitik das Konzept von Familie in der »Volksgemeinschaft«? Wie verhielten sich rassenpolitisch motivierte Familientrennungen innerhalb der NS-Umsiedlungspolitik zu Versuchen, neue Familien zu schaffen, indem man kinderlosen Paaren die Adoption »wiedereindeutschungsfähiger« Pflegekinder ermöglichte, deren Familien zuvor gezielt zerstört worden waren? Welche Weichenstellungen ergaben sich für die unmittelbare Nachkriegszeit?

Hierzu gehe ich in drei Untersuchungsschritten vor, die sich jeweils auf unterschiedliche Quellenbestände beziehen. Der erste Teil des Beitrags untersucht Familien, die als »unerwünschter Bevölkerungszuwachs« galten, im Zugriff der nationalsozialistischen Zwangsumsiedlungspolitik. Quellen sind hier die Berichte und Korrespondenzen der NS-Umsiedlungsinstanzen, dazu Einzelfallakten über die Vertreibung nichtdeutscher Familien. In einem zweiten Schritt frage ich nach Familieneinheit und Familienzerstörung im »Wiedereindeutschungsverfahren«, also im Umgang mit Menschen, die aus rassenpolitischer

14 Das Rettende wächst mit der Gefahr, in: SS-Leitheft, Bd. 10, Nr. 8 (1944), S. 33 f., hier S. 33.

Sicht als »erwünschter Bevölkerungszuwachs« betrachtet wurden. Hierzu analysiere ich die Briefe polnischer »Wiedereindeutschungsfähiger« an die Außenstelle des Rasse- und Siedlungshauptamts in Litzmannstadt (Łódź). Drittens untersuche ich die Praxis der Zwangsgermanisierung nichtdeutscher Kinder als Extremfall der Zerstörung und Neugründung von Familien im Dienst der nationalsozialistischen Rassenpolitik und frage nach Systematiken sowie Folgen für die Betroffenen. Als Quellen dienen mir die Kindersuchkartei und die Fallakten des Child Search Branch des International Tracing Service (ITS) aus den Arolsen Archives, welche nach 1945 »unbegleitete Kinder« in den westlichen Besatzungszonen erfassten, sowie autobiographische Aufzeichnungen und Biografien.

1. »(Un)erwünschter Bevölkerungszuwachs«: Familien im Zugriff der nationalsozialistischen Zwangsumsiedlungspolitik¹⁵

Im Rahmen der angestrebten ethnischen Neuordnung des besetzten Europas im Zweiten Weltkrieg galt den nationalsozialistischen Umsiedlungsplanern und -praktikern aus den Reihen der SS die Familie als Erfassungskriterium, aber auch als Projektionsfläche für ihr Ziel einer umfassenden »Germanisierung« des eroberten Raumes, wie es im »Generalplan Ost« und in weiteren Umvolkungsplänen ausformuliert war.¹⁶ »Gutrassige« Siedlerfamilien sollten den Osten bevölkern, unterstützt von Teilen der lokalen Bevölkerung, die zu Sklavenarbeiten herangezogen wurden. Nur wenige vermeintlich »rassisch hochwertige« Bewohner der eroberten Gebiete erhielten das fragwürdige Privileg der »Wiederein-

15 Die folgende Passage stellt eine Kurzfassung meines in Heinemann, »Keimzelle des Rassenstaates« (Anm. 2), S. 142-149 ausformulierten Arguments dar.

16 Zur von Hitler in seiner Reichstagsrede am 6.10.1939 genannten »völkischen Flurbereinigung« vgl. Michael Wildt, »Eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse«. Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 3 (2006), 1, <https://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Wildt-1-2006> [14.12.2021]. Zum Generalplan Ost: Konrad Meyer, Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues, Juni 1942, Original in: Bundesarchiv (BArch), R 49/157a, https://www.100dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0138_gpo&object=facsimile&st=&l=de [14.12.2021]; Madajczyk, Generalplan Ost (Anm. 13); Heinemann, Rasse (Anm. 12), S. 359-376; dies., Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa. Konrad Meyer, der »Generalplan Ost« und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: Heinemann/Wagner, Wissenschaft (Anm. 13), S. 45-72; Ariane Leendertz, Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert, Göttingen 2008, S. 143-185.

deutschung« – möglichst familienweise.¹⁷ In der Umsetzung der großrahmigen Umsiedlungspläne gingen Vertreibung und Neuansiedlung Hand in Hand – keinesfalls konfliktfrei, sondern mit erheblichen Reibungsverlusten und einer ständigen Steigerung der Gewalt. Zur Sicherstellung der »rassischen Qualität« der Neusiedler wie »Wiedereindeutschungsfähigen« implementierte die SS im Laufe des Jahres 1940 ein formales Überprüfungs- und Selektionsprozedere, das gleichermaßen auf die »Volksdeutschen«¹⁸ und die vertriebenen Polen angewendet wurde.¹⁹ Dabei folgte die »Rassenauslese« nicht nur der »Volksdeutschen«, sondern auch der »Evakuierten« dem Prinzip der Familieneinheit. Die Planer verknüpften die rassenpolitische Zielsetzung einer möglichst umfassenden Abschiebung der »unerwünschten Bevölkerung« mit dem Prinzip arbeitsorganisatorischer Effizienz, da man sich von »Landarbeiterfamilien« eine bessere Arbeitsleistung versprach. Dies verdeutlicht ein Bericht aus dem Warthegau von

- 17 Vermerk der Abteilung III »Volkstum« im RSHA, vom 16.2.1940, in: BArch, R 75/3, Bl. 1 f.
- 18 Zum Prozedere der Volksdeutschen-Musterung vgl. den Bericht der Volksdeutschen Bronia Alix Elsas, Bei einer fliegenden Kommission, undatiert (1940), in: Archiwum Państwowe w Łodzi (APŁ), L-3588. Auch die nachträglichen Rassemusterungen der bereits in den annektierten Regionen Polens lebenden Volksdeutschen und ihre Eintragung in die sogenannte »Deutsche Volksliste« (DVL) liefen nach gleichem Muster ab. Allerdings wurden nach einigen Differenzen zwischen Himmler und den Gauleitern nur die Angehörigen der Gruppen III und IV der DVL – die Mehrheit – einer rassischen Überprüfung unterzogen. Zur Überprüfung der Volksdeutschen in der DVL vgl. die Arbeitsanweisung »Überprüfung zur Deutschen Volksliste durch das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS«, Außenstelle Litzmannstadt, 11.12.1941, in: APŁ, L-3588, Bl. 13; RuSHA Außenstelle Litzmannstadt, 29.5.1942, Bericht über die Eignungsuntersuchungen in der Deutschen Volksliste im Reichsgau Wartheland, in: Archiwum Państwowe w Poznaniu (APP), 299/1131; Der Chef des Rassenamtes im RuSHA, Klinger, an das Reichsministerium des Inneren, 15.6.1944, Behandlung der deutsch-polnischen Mischehen im Volkslistenverfahren, in: BArch, NS 2/159. Vgl. Heinemann, Rasse (Anm. 12), S. 260-282. Eine divergierende Einschätzung zur Bedeutung der »rassischen Musterungen« bei Wolf, Ideologie (Anm. 12), S. 266-342.
- 19 Ein erster Entwurf zur Organisation der Rückführung der Deutschen aus dem Ausland hatte schon am 10.10.1939 die Beteiligung der verschiedenen Dienststellen Sicherheitsdienst (SD), Rasse- und Siedlungshauptamt der SS (RuSHA), Reichsgesundheitsführer, Deutsches Rotes Kreuz (DRK) und Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) bei der »Auslese« und Ansiedlung der Volksdeutschen vorgeschlagen, in: BArch, NS 2/88, Bl. 93-99. Für eine erste Regelung der Rassenuntersuchung vgl. Der Chef des RuSHA, gez. SS-Gruf. Pancke, an den Reichsführer-SS, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, vom 20.12.1939, Entwurf einer Verordnung über das Niederlassungsrecht und Entwurf einer Ausleseordnung für die Besiedlung der neuen Reichsgaue, in: BArch, NS 2/60, Bl. 3-6; Der Chef des Sippenamtes im RuSHA, gez. SS-Oberf. Otto Hofmann, vom 14.10.1939, Anleitung zur Eignungsprüfung der Rückwanderer, Vertraulich!, in: BArch, NS 2/88, Bl. 89-91. Hierzu vgl. im Detail Heinemann, Rasse (Anm. 12), S. 232-250.

Februar 1940, verfasst von der zuständigen Umwandererzentralstelle der Sicherheitspolizei:

»Im Sammellager des Gaus werden die auszusiedelnden Familien einer eingehenden politischen, rassischen, gesundheitlichen und arbeitseinsatzmäßigen Überprüfung unterzogen. Die für tauglich zum Einsatz ins Altreich befundenen Familien werden auf freiwilliger Basis vom Arbeitsamt zum Einsatz als Landarbeiterfamilien im Altreich [gemeldet]. Die von der Umwandererzentralstelle für nicht zum Einsatz im Altreich tauglich befundenen und diejenigen, die nicht auf freiwilliger Basis ins Altreich gehen wollen, werden durch die Staatspolizei in das Generalgouvernement abgeschoben.«²⁰

Hier diente der Erhalt der Familieneinheit also nicht der Inklusion in die zu schaffende »Volksgemeinschaft« oder der Begründung von Loyalitäten, sondern, ganz im Gegenteil, der Ausschließung der kompletten Familie aus rassischen Gründen. »Rassisch unerwünschte Polen« (und Ukrainer, Tschechen, Slowenen, die ihre Häuser für »volksdeutsche Siedler« hatten räumen müssen) waren im Familienverband leichter zu kontrollieren, als Arbeitskräfte auszubeuten und vor allem, in der Logik der NS-Rassenideologen, von einer »Vermischung« mit der »deutschen Blutsgemeinschaft« abzuhalten. Familie wirkte hier also als effektives Erfassungs- und Ausschließungsinstrument.

Wenn hingegen bei den so Untersuchten ein »rassischer Wert« festgestellt wurde, konnten die gesamten Familien zur »Wiedereindeutschung« ausgewählt werden – was bedeutete, dass sie von weiteren Zwangsmaßnahmen verschont blieben, wobei auch wieder auf die Familieneinheit geachtet wurde: So ordnete der Oberpräsident für die Region Oberschlesien hinsichtlich der »Eindeutschung von Polen« Folgendes an: »Bis zu ihrer Überführung sind gegen die Familien, die für eine Eindeutschung vorgeschlagen sind, Zwangsmaßnahmen (d. h. Um- und Ansiedlung, Wohnungszwangstausch, Entziehung des Arbeitsplatzes) untersagt.«²¹

Für diejenigen polnischen Familien, die nicht als »wiedereindeutschungsfähig« eingestuft worden waren, konnten hingegen die vorübergehende Entsendung der kompletten Familie zum Arbeitseinsatz ins »Altreich« oder auch der Arbeitseinsatz vor Ort zumindest einen befristeten Aufschub der ansonsten

20 Vermerk SS-Stubaf. Dr. Menz über das Verfahren bei der Auswahl der zum Einsatz der Wolhyniendeutschen zur Aussiedlung kommenden Polen, 16.2.1940, in: BArch, R 75/3; Dienstanweisung für die SS-Führer im Rasse- und Siedlungswesen, 20.1.1941, in: BArch, NS 2/62, Bl. 31-39.

21 So die Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien über die »Eindeutschung von Polen«, 9.6.1942, in: Staatsarchiv Nürnberg, NO 3076. Es ließen sich zahlreiche vergleichbare Dokumente anführen.

drohenden Deportation ins Generalgouvernement bedeuten. Letzteres stellte für die Betroffenen zumeist die »schlechteste Option« dar, denn dort erwarteten sie neben dem Verlust von Heimat und Besitz auch noch erheblich schlechtere Lebensbedingungen sowie Repression und Gewalt, ohne dass Strukturen für die Aufnahme der zahlreichen Vertriebenen geschaffen worden wären. Angesichts des Arbeitskräftemangels der deutschen Kriegswirtschaft hatten die deutschen Behörden an der Ausbeutung der Vertriebenen als Arbeitskräfte indes großes Interesse. Wichtig war den Experten jedoch, dass die kompletten Familien nach beendetem Einsatz nicht etwa im »Altreich« oder in den eingegliederten Gebieten verblieben, sondern ins Generalgouvernement deportiert würden. Sie unterlagen also weiterhin dem Zugriff der Umsiedlungsbehörden, wie der Chef der Umwandererzentralstelle der Sicherheitspolizei und des SD (UWZ) bei der Übersendung von 4.000 »evakuierten polnischen Familien« aus dem Warthegau ins »Altreich« im März 1941 festhielt:

»Die Familien erhalten in ihren Papieren, soweit sie evakuiert worden sind, den Stempel »evakuiert«. Es muss Sorge getragen werden, dass sie nach Beendigung des Arbeitseinsatzes nicht zurück in die eingegliederten Ostgebiete, sondern in das Generalgouvernement kommen.«²²

Diese doppelbödige Behandlung der vertriebenen polnischen Familien durch ihre Ausbeutung als Arbeitskräfte bei Aufrechterhaltung des Ziels der Abschiebung aus dem Reich zeigt, wie in der NS-Umsiedlungspolitik der Grundsatz der Familieneinheit mit den Erfordernissen des Kriegs-Arbeitseinsatzes flexibel kombiniert werden konnte, im Sinne einer möglichst effektiven Ausschließungspolitik.

Ähnlich flexibel fiel auch der Umgang mit erkrankten Mitgliedern zwangsumgesiedelter Familien aus. Die Einheit der Familien »evakuierter« Polen aus den eingegliederten Gebieten wurde ab Sommer 1940 dann nicht mehr aufrechterhalten, wenn einzelne Familienangehörige erkrankten. Der Leiter der UWZ in Posen, Rolf-Heinz Höppner, wandte sich im August 1940 an seinen Vorgesetzten Adolf Eichmann vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA), dem als Chef der Abteilung IV B 4 die Deportation der Juden und der unerwünschten Polen unterstand.²³ Höppner schlug vor, »die Familien trotz Erkrankung

22 Der Chef der UWZ Posen, SS-HStuf. Höppner, an das RSHA III B, 15.3.1941, über die Bereitstellung von Arbeitskräften aus den eingegliederten Ostgebieten zur Deckung des Kräftebedarfs der Kriegswirtschaft, in: BArch, R 75/20.

23 Die UWZ-Filialen in den besetzten Gebieten unterstanden direkt Eichmann als Leiter der Abteilung IV B 4 und Hans Ehlich als Leiter der Abteilung III B im RSHA. Vgl. Aktenvermerk des SS-Stubaf. Rolf-Heinz Höppner, vom 2.9.1941, über die Organisation der UWZ, abgedruckt bei Madajczyk, Generalplan Ost (Anm. 13), S. 392-398.

eines Mitgliedes in das Generalgouvernement abzuschieben und das erkrankte Mitglied nach der Genesung nachzuschicken.«²⁴ Das Risiko, dass sich weitere Familienmitglieder im Lager ansteckten und somit den Transport der gesamten Familie auf unbestimmte Zeit verzögerten, sei ansonsten zu hoch. Eichmann war einverstanden, nur bei Kindern unter 14 Jahren war »eine weitere zur Familie gehörende Person, die das 18. Lebensjahr überschritten haben muss, im Lager zurückzuhalten, um das Kind nach seiner Genesung zu den übrigen evakuierten Familienmitgliedern zu bringen.«²⁵

Hier standen nicht etwa »humanitäre Motive«, wie die Versorgung des Kindes durch eine/n nahe/n Angehörige/n oder der Schutz der gesamten Familie vor Krankheit im Vordergrund, sondern vielmehr das Interesse an einer zügigen »Evakuierung« möglichst vieler Familienangehöriger. So hatte die erwachsene Person sicherzustellen, dass das erkrankte Kind nach seiner Genesung ebenfalls abgeschoben wurde. Die Bewahrung der Familieneinheit blieb also eine wichtige Voraussetzung für eine möglichst umfassende und vollständige Vertreibung, Abschiebung und Deportation der Menschen: Lediglich im Ausnahmefall wie der Erkrankung einzelner Familienmitglieder wurde davon abgewichen, um den Ablauf der Deportationen nicht zu gefährden und zugleich die Ausbreitung von Infektionskrankheiten einzudämmen.

2. Familieneinheit und Familienzerstörung bei »Wiedereindeutschungsfähigen«

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Bewahrung der Familieneinheit derjenigen Menschen, welche aus Sicht der nationalsozialistischen Umsiedlungsinstanzen als »erwünschter Bevölkerungszuwachs« galten. Unter welchen Bedingungen wurde hier vom Prinzip der Familieneinheit abgewichen, obgleich man die Menschen ja dem »Deutschtum« zurückgewinnen wollte? Wie verhielten sich weltanschauliche (v. a. rassenpolitische) Motivationslagen zu realpolitischen, insbesondere ökonomischen Faktoren? Dies möchte ich am Beispiel der sogenannten »Wiedereindeutschungsfähigen« untersuchen.²⁶

24 Der Leiter der UWZ Posen, SS-HStuf. Höppner, an RSHA IV D 4, z.Hd. SS-HStuf. Eichmann, 12.8.1940, in: BAArch, R 75/20.

25 Fernschreiben Gestapo, 13441, 30.8.1940, gez. Eichmann, an Chef der UWZ Posen Höppner und Litzmannstadt Krumey, in: BAArch, R 75/20.

26 Zum sogenannten Wiedereindeutschungsverfahren vgl. Heinemann, Rasse (Anm. 12), S. 282-301; Bradley Jared Nichols, *The Hunt for Lost Blood. Nazi Germanization Policy in Occupied Europe*, PhD diss., University of Tennessee 2016, https://trace.tennessee.edu/utk_graddiss/3660 [14.12.2021]; ders., *The Re-Germanization Procedure*.

Anders als bei den zwangsvertriebenen »Fremdvölkischen« ging es den Umsiedlungsbehörden bei den zur »Wiedereindeutschung« ausgewählten Familien prinzipiell um den Erhalt der Familieneinheit – in der Theorie. In der Praxis, das zeigen rund 1.000 Briefe solcher »wiedereindeutschungsfähiger« Polinnen und Polen an die Außenstelle des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS (RuSHA) in Litzmannstadt, nahmen es insbesondere die Arbeitsämter im »Altreich« und die deutschen Arbeitgeber – zumeist Landwirte – damit nicht allzu genau:²⁷ So berichteten die Geschwister Cecylia, Monika und Stefan D., die im Südschwarzwald auf unterschiedliche Höfe verteilt worden waren:

»Alle Familien, die mit uns kamen, sind nicht getrennt, alle haben es sehr gut, nur wir haben es unglücklich angetroffen.« Sie schlossen: »Wir bitten höflich den Herrn Major, uns zu helfen, damit wir wieder zusammenkommen.«²⁸

Auch der Landwirt Jan Z., der in Polen seinen Betrieb zurücklassen musste und nun mit Frau und Tochter auf einem Hof in Baden als Landarbeiter lebte, beklagte, dass sein Sohn Stanislaus zu einem anderen Bauern 22 Kilometer entfernt versetzt wurde: »Wir bitten alle, dass die ganze Familie zusammenbleibt. Wir bitten, uns eine solche Arbeit zuzuweisen, dass uns nicht immer Unrecht geschieht.«²⁹

Die häufigste Klage der zusammen »angesetzten« Familien hingegen umfasste gravierende Mängel der Unterbringung und oft auch bittere Not. Statt einer Wohnung erhielten Familien häufig nur einen einzigen Raum für bis zu fünf Personen, es fehlte an Hausrat und Möbeln, ebenso an Arbeits- und Winterkleidung sowie an Schuhen. Viele Familien konnten keine Lebensmittel kaufen, da sie zwar Lebensmittelmarken bekamen, ihre Arbeitgeber ihnen aber den zugesagten Lohn vorenthielten. Die Menschen bekamen keine Pässe oder wurden aufgrund ihrer »Fremdenpässe« für Polen gehalten und klagten über eine eklatante Ungleichbehandlung. So schrieb Stanisław S. nach Litzmannstadt:

A Domestic Model for Nazi Empire-Building, in: Bulletin of the German Historical Institute (GHI) 62 (Spring 2018), S. 69-91.

27 Beim Abtransport von Litzmannstadt aus ins »Altreich« gaben die Umsiedlungsexperten der Außenstelle Litzmannstadt des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, die diese Umsiedlung der »Wiedereindeutschungsfähigen« abwickelten, den Menschen Briefbögen mit und baten sie um Bericht nach Litzmannstadt. Aktenbestand 167/20, 20a, 32, 35 des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN – Instytut Pamięci Narodowej) in Warschau.

28 Stefan D., 21.11.1940, in: IPN, 167/20, Bl. 2.

29 Jan Z., 15.9.1940, in: IPN, 167/20, Bl. 158.

»Sie haben uns gesagt, dass wir die gleichen Rechte hätten, wie die deutschen Arbeiter. Aber hier ist es nicht so. Wir werden wie die polnischen Arbeiter behandelt im Essen sowohl als auch in der Arbeit.«³⁰

Der Familienvater Władysław P. aus dem Kreis Lask im Warthegau, nun eingesetzt bei einem Bauern in Wiembeck, Lippe, beklagte »im Lager wurde uns gesagt, dass wir wie Deutsche behandelt werden, und dass wir das ›P‹ nicht tragen brauchen« – genau letzteres werde jedoch verlangt. Der lokale Polizist habe seinem jüngeren Sohn das Fahrrad abgenommen, ihn geschlagen und gesagt, »dass wir das ›P‹ tragen müssen und es sei uns nicht erlaubt, irgendwohin zu gehen oder fahren.« Zudem sei der ältere Sohn aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung arbeitsunfähig. Trotz dieser misslichen Umstände bat der Vater »die Behörde«, also die Außenstelle des RuSHA in Litzmannstadt, doch auch die Tochter aus dem Kreis Lask zu ihnen nachschicken zu wollen.³¹

Besonders schwer wog die Situation im »Altreich« für Jugendliche, die von ihrer Familie getrennt zur »Wiedereindeutschung« ausgewählt worden waren, während ihre Eltern in Polen verblieben. So schrieb die junge Władysława R., mit ihren Geschwistern eingesetzt auf einem Hof in Durbach bei Offenburg:

»Es tut mir leid, dass wir von unseren Eltern getrennt sind, denn es geht uns so ziemlich gut, aber die Eltern benötigen ein Stückchen Brot. [...] Wir könnten die Eltern erhalten, wenn wir zusammen wären. Wir werden ihnen die letzten Groschen schicken, um ihnen zu helfen. Heute sind wir nun getrennt und auf der Gotteswelt zerstreut. Wann werden wir uns wieder sehen?«³²

Die erst 14-jährige Irina K., die getrennt von ihren in Polen verbliebenen Eltern in Kassel als Haushaltshilfe eingesetzt war, bekannte: »Ich bin noch zu jung, daß ich so verlassen leben soll, und ich junges Mädchen brauch noch einen Schutz.« Sie flehte die Umsiedlungsexperten an:

»Erbarmt Euch über einem Kind, das in die Welt geworfen und von den Leuten herumgestossen wird. Bitte mich zu meinem Onkel oder meiner Tante [die ebenfalls umgesiedelt worden waren, I. H.] zu schicken.«³³

Hier wiederum zeigte die Praxis, dass die Familieneinheit da aufgebrochen wurde, wo es den Volkstumsexperten rassenpolitisch opportun schien oder eine Familientrennung größeren Profit beim Arbeitseinsatz versprach. So galten

30 Stanisław S., 7.8.1940, in: IPN, 167/20, Bl. 136.

31 Władysław P., 15.5.1941, in: IPN, 167/20a I.

32 Władysława R., 16.9.1940, in: IPN, 167 20a I, Bl. 42.

33 Irina K., 17.9.1941, in: IPN, 167/20a II.

Władysława R. und ihre Geschwister sowie Irina K. nach Musterung durch die Rasseexperten der SS als »rassisch hochwertig« und kamen nach Deutschland, ihre Eltern hingegen nicht. Bei Jan Z. und Stanisław S. erfolgte eine Trennung der Familien im Arbeitseinsatz, um die einzelnen Familienmitglieder optimal als Arbeitskräfte ausbeuten zu können. Die Quellen berichten aber auch von den Anstrengungen, welche die Menschen unternahmen, um ihre Familien wieder zusammenzuführen. Sie schrieben Eingaben, benannten Gründe, baten um Unterstützung, drohten aber auch unverhohlen damit, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Irina K. kündigte an, wenn man sie nicht zu Onkel oder Tante im Reich schicken würde, »so werde ich müssen flüchten, oder auf eine andere Art mich retten«.³⁴ Der junge Tischler Josef S., eingesetzt als landwirtschaftlicher Arbeiter bei Rottweil, kündigte ebenfalls an, »allein die Stelle zu ändern«, da er dringend mehr verdienen müsse, um seine Eltern und Geschwister im Protektorat zu unterstützen, und ihm der Bauer nur die Hälfte des vereinbarten Lohnes ausbezahle.³⁵ Hier war es Sorge um sich selbst oder die im Herkunftsland verbliebene Familie, welche die »Wiedereindeutschungsfähigen« dazu brachte, ihre bescheidenen Handlungsoptionen abzuwägen.

3. Zerstörte Familien, neue Familien? Zwangsgermanisierte Kinder als Opfer der NS-Umsiedlungspolitik

Besonders Kinder litten unter der gezielten Zerstörung von »fremdvölkischen« Familien im Zuge der NS-Zwangsgermanisierungs- und Umsiedlungspolitik. In den letzten Jahren sind zahlreiche Studien zu Kindern im Nationalsozialismus erschienen,³⁶ allerdings nur wenige zur Frage der zwangsgermanisierten

34 Ebd.

35 Josef S., 12.1.1941, in: IPN, 167/20a I, Bl. 24.

36 Das Schicksal von Kindern im Zweiten Weltkrieg hat in den letzten Jahren viel Aufmerksamkeit erfahren. Noch immer grundlegend ist Nicholas Stargardt, *Witnesses of War. Children's Lives under the Nazis*, New York 2005. Vgl. aber auch Kjersti Ericsson/Eva Simonsen (Hrsg.), *Children of World War II. The Hidden Enemy Legacy*, Oxford 2005; Lu Seegers/Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Die »Generation der Kriegskinder«*. Historische Hintergründe und Deutungen, Gießen 2009; Tara Zahra, *The Lost Children. Reconstructing European Families after World War II*, Cambridge, MA, 2011; Lisa A. Kirschenbaum, *The Meaning of Resilience. Soviet Children in World War II*, in: *Journal of Interdisciplinary History* 47 (2017), 4, S. 521-535; Francesca Weil/André Postert/Alfons Kenkmann (Hrsg.), *Kindheiten im Zweiten Weltkrieg*, Halle 2018; Misha Honeck/James Marten (Hrsg.), *War and Childhood in the Era of the Two World Wars*, Cambridge 2019. Zu »Besatzungskindern« Regina Mühlhäuser, *Eroberungen. Sexuelle Gewalttaten und intime Beziehungen deutscher Soldaten in der Sowjetunion 1941-1945*, Hamburg 2010, S. 309-365. Zu Vaterlosigkeit: Lu Seegers, »Vati blieb im

Kinder.³⁷ Hier gibt ein Aktenbestand des Kindersuchdienstes des ITS in Bad Arolsen, inzwischen Arolsen Archives, Auskunft. In der Kindersuchdienstkartei wurden »unbegleitete Kinder«, deren Staatsangehörigkeit »ungeklärt« war und die sich in den drei Westzonen befanden, erfasst.³⁸ Der ITS ging aus dem Child Tracing Bureau der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA, 1945-1947) hervor und unterstand dann der International Refugee Organization (IRO, 1947-1951). Die Aktenüberlieferung und die Karteien sind heute in den Arolsen Archives zugänglich und erschlossen.³⁹ Der Bestand enthält mehr als 55.000 Akten über insgesamt rund 61.000 unbegleitete nicht-deutsche Kinder, die nach 1945 in den westlichen Besatzungszonen aufgefunden wurden. Schaut man zunächst auf die Geburtsorte der Kinder, so ergibt sich bereits ein aufschlussreiches Bild: Gut 10.000 Kinder wurden in Polen geboren, fast 2.000 stammten aus der Tschechoslowakei, dagegen nur wenige hundert aus der ehemaligen Sowjetunion. Unter diesen Kindern befanden sich

Krieg«. Vaterlosigkeit als generationelle Erfahrung im 20. Jahrhundert – Deutschland und Polen, Göttingen 2013. Dagegen ist die Geschichte von Kindern als Opfer der NS-Germanisierungspolitik bislang nur in Einzelaspekten oder für einzelne Herkunftsländer erforscht. Vgl. Gisela Schwarze, Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997; Johannes-Diether Steinert, Deportation und Zwangsarbeit. Polnische und sowjetische Kinder im nationalsozialistischen Deutschland und im besetzten Osteuropa, Essen 2013; Verena Buser, »Mass Detective Operation« im befreiten Deutschland. UNRRA und die Suche nach den eingedeutschten Kindern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften* 8/9 (2015), S. 347-360.

37 Heinemann, Rasse (Anm. 12), S. 508-530; Isabel Heinemann, »Bis zum letzten Tropfen guten Blutes«. The Kidnaping of »Racially Valuable« Children as Another Aspect of Nazi Racial Policy in the Occupied East, in: Dirk Moses (Hrsg.), *Genocide and Settler Society. Frontier Violence and Stolen Indigenous Children in Australian History*, Oxford/New York 2004, S. 244-266; Ines Hopfer, *Geraubte Identität. Die gewaltsame »Eindeutschung« von polnischen Kindern in der NS-Zeit*, Wien 2010; Steinert, *Deportation und Zwangsarbeit* (Anm. 36); Verena Buser, »Mass Detective Operation« im befreiten Deutschland. Die Entwicklung neuartiger Instrumente zur Kindersuche und -fürsorge nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 12 (2016), S. 1059-1076; dies., *Child Survivors and Displaced Children in the Aftermath Studies*, in: Henning Borggräfe/Akim Jah/Nina Ritz/Steffen Jost (Hrsg.), *Rebuilding Lives. Child Survivors and DP Children in the Aftermath of the Holocaust and Forced Labor*, Göttingen 2017, S. 27-40. Auf einen Einzelfall (Klaus B.) konzentriert sich Dorothee Schmitz-Köster, *Raubkind. Von der SS nach Deutschland verschleppt*, Freiburg i. Br. 2018.

38 Franziska Thole, »(Wieder)Eindeutschungsfähige« polnische Kinder aus Łódź. Die Suche nach den vermissten Kindern und die Kindersuchdienstkartei des Arolsen Archivs, Master of Arts, Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Wintersemester 2019/20.

39 Vgl. die Bestandsbeschreibung des Kindersuchdienstbestandes: <https://digitalcollections.its-arolsen.org/060102> [14.12.2021].

zahlreiche Opfer von Zwangsgermanisierung und Verschleppung, wie erste Studien aus meiner Arbeitsgruppe gezeigt haben.⁴⁰ Verlässliche Zahlen wird allerdings erst die umfassende Auswertung der Akten erbringen. Fast 11.000 Kinder wurden im Deutschen Reich geboren, allerdings waren deren Nationalitäten überwiegend polnisch, ukrainisch, russisch, was auf Kinder von Zwangsarbeiterinnen schließen lässt. Schaut man dagegen auf die Nationalitäten der Gesamtheit der Kinder (und nicht auf deren Geburtsorte), so sind fast 17.500 Kinder polnischer Nationalität, je knapp 2.500 deutscher und tschechischer Nationalitäten. Der sehr hohe Anteil an Kindern »unbekannter Nationalität« verweist überdies auf die Bedeutung des Zwangsgermanisierungsprogramms, welches auf der gezielten Verschleierung der Identitäten der Kinder basierte. Knapp 16.000 Akten enthalten genügend detaillierte Informationen für eine weitere Auswertung, an der wir in Münster in Zusammenarbeit mit dem Institut für Informatik gerade arbeiten.⁴¹ Unser Ziel ist eine Analyse, Visualisierung und statistische Auswertung der Fallgeschichten nach Nationalitäten und Herkunftsregionen, Umständen der Verschleppung (Zwangsarbeiterinnen-Kinder, »germanisierte Kinder«), Reisewegen, Nachkriegsgeschichten (Repatriierung, Verbleib in Deutschland). Von diesen knapp 16.000 Kindern, zu denen es vollständigere Informationen gibt, wurden gut 4.000 in Polen geboren und später nach Deutschland verbracht. Hierunter befanden sich viele Opfer der Zwangsgermanisierungspolitik. Annähernd 6.000 Kinder des Samples wurden in Deutschland geboren, dies wiederum waren oftmals Kinder von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern – also Kinder, die in Deutschland doppelt unerwünscht waren und eigentlich gar nicht hätten geboren werden sollen.⁴²

Die Zwangsgermanisierung »guttrassiger Kinder« aus dem besetzten Polen, der Ukraine und Weißrussland indes war ein zentrales Element der Umsiedlungspolitik der SS: Diese Politik begann 1940 im besetzten Polen und wurde

40 Thole, »(Wieder)Eindeutschungsfähige« (Anm. 38); Lasse Meyer, *Vergessene NS-Opfer. Kinderraub in Poznań, Polen*, Bachelorarbeit, Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Wintersemester 2020/21.

41 Kartei des Child Tracing Service, Arolsen Archives, DE International Tracing Service (ITS) 6.3.2.1. Vgl. auch den Versuch der Erfassung der Zwangsadoptionen im sogenannten »Limited Registration Plan« von 1948 bis 1951, DE ITS 3.3.1. Zu den Aktivitäten des Kindersuchdienstes beim Auffinden zwangsverschleppter Kinder auch DE ITS 6.1.2 6a, 6, 13.

42 Hierzu vgl. den Beitrag von Marcel Brüntrup in diesem Band sowie das von mir geleitete DFG-Projekt »Zwischen Arbeitseinsatz und Rassenpolitik. Die Kinder osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen und die Praxis der Zwangsabtreibungen im Nationalsozialismus«, bearbeitet von Marcel Brüntrup, <https://www.uni-muenster.de/Geschichte/histsem/NwG-ZG/Mitarbeiter/mbruentrup/Forschungsprojekte.html> [14.12.2021]. Marcel Brüntrup, *Verbrechen und Erinnerung. Das »Ausländerkinderpflegeheim« des Volkswagenwerks, Göttingen 2019.*

ab 1941 in den besetzten Gebieten der Sowjetunion fortgesetzt. Ausgangspunkt war Himmlers Vorstellung von der »Jagd auf gutes Blut«, also der Idee, den Gegnern, wo immer möglich, »rassisch wertvolle« Kinder und Jugendliche zu entziehen, um keine »Führerschicht« heranwachsen zu lassen.⁴³ Besonders plastisch formulierte Himmler dieses Programm im September 1942 vor den deutschen Polizeichefs in der Ukraine aus:

»Unsere Aufgabe ist das, was gutrassig ist, herauszuholen. [...] Diese Kinder wären für das russische Volk, das heute einen großen Blutsverlust hat, mengenmäßig und vor allem rassisch-qualitativ ein unerhörter Zuwachs. [...] Die rassisch wertvollen Kinder werden den Müttern weggenommen und nach Deutschland gebracht, oder, wenn die Mütter rassisch gut und in Ordnung sind, nehmen wir sie mit herüber. Die schlechtrassigen Kinder lassen wir zurück.«⁴⁴

Bereits im Mai 1940 hatte Himmler in seiner berüchtigten, von Hitler ausdrücklich gebilligten »Denkschrift über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten« angeregt, dass polnische Kinder im Generalgouvernement zwangsweise rassisch überprüft und die »blutlich Wertvollen« auf deutsche Schulen ins Reich gebracht werden sollten.⁴⁵ Pläne zur Zwangseindeutschung von polnischen Kindern aus den annektierten Gebieten Westpolens, allen voran im neuen »Reichsgau Wartheland«, folgten wenig später. So erklärte Heinrich Himmler im Juni 1941 dem Reichsstatthalter im Warthegau, Arthur Greiser, es gelte »besonders gutrassige kleine Kinder polnischer Familien« zu erfassen und in »besonderen, nicht zu großen Kinderhorten und Kinderheimen« zu erziehen. »Nach insgesamt einem Jahr ist daran zu denken, solche Kinder als Erziehungskinder in kinderlose gutrassige Familien zu geben.«⁴⁶ Diese Pläne wurden alsbald offizielle Politik. Mit seiner berüchtigten Anordnung 67/I regelte der RKF im Februar 1942 die »Eindeutschung von Kindern aus polnischen Familien und

43 Erstmals ausgeführt hatte der Reichsführer-SS (RFSS) diesen Gedanken in seiner berüchtigten Denkschrift vom Mai 1940: Denkschrift des RFSS. Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten vom 28.5.1940, gedruckt z. B. in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 5 (1957), 2, S. 194-198.

44 Heinrich Himmler über »gutrassige« Kinder aus der Sowjetunion, Rede Himmlers vom 16.9.1942 vor den SS- und Polizeiführern (SSPF) in Rußland-Süd, in: BArch, NS 19/4009, Bl. 178.

45 Denkschrift des RFSS. Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten vom 28.5.1940, in: VfZ 5 (1957), 2, S. 194-198, hier S. 197f.

46 Eine entsprechende Anweisung Himmlers an Gauleiter Greiser findet sich bereits am 18.6.1941, in: BArch, NS 19/2621; BArch, NS 2/57. Vgl. auch Peter Witte/Michael Wildt/Martina Voigt/Dieter Pohl/Peter Klein/Christian Gerlach/Christoph Dieckmann/Andrej Angrick (Hrsg.), Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, Hamburg 1999, S. 166.

polnischen Waisenhäusern« und erklärte lapidar: »Die als wertvolle Blutsträger für das Deutschtum erkannten Kinder sollen eingedeutscht werden.«⁴⁷ Die Erfassung begann im Warthegau: Die SS unterstellte, die Polen hätten Waisenkinder, deren Eltern »Volksdeutsche« gewesen waren, systematisch polonisiert. Diese Kinder sollten nun identifiziert und als deutsche Kinder auf SS-Heimschulen oder in deutsche Pflegefamilien gegeben werden:

»Die auf Grund des rassischen und psychologischen Ausleseverfahrens als eindeutschungsfähig bezeichneten Kinder werden deshalb im Alter von 6 bis 12 Jahren in Heimschulen und im Alter von 2 bis 6 Jahren in vom Lebensborn e. V. nachzuweisenden Familien untergebracht.«⁴⁸

Die Praxis sah folgendermaßen aus: Die Jugendämter meldeten die Kinder, der Reichsstatthalter im Warthegau, Arthur Greiser, beauftragte die Außenstelle des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS in Litzmannstadt mit der rassischen Überprüfung. Die Rasseexperten der SS filterten die als »rassisch hochwertig« klassifizierten Kinder, eine kleine Minderheit, heraus. Vertreter des Gesundheitsamtes untersuchten die Kinder anschließend medizinisch, diese kamen dann in ein zentrales Gaukinderheim in Bruczków (Bruckau), Kreis Gostingen, im Warthegau. Nach einer Übergangsphase, die dazu diente, die Kinder zu beobachten, ihnen zwangsweise Deutsch beizubringen und ihre Namen einzu-deutschen, übernahm der SS-Verein »Lebensborn« die Sorge für die Kinder.⁴⁹ Die Jüngeren wurden regimetreuen, deutschen Familien zur Adoption oder Pflege angeboten, die Älteren sollten in »deutschen Heimschulen« erzogen werden. Das gleiche Verfahren wurde wenig später auch im Gau Danzig-Westpreußen und der Region Ostoberschlesien angewandt.⁵⁰

Im Warthegau existierten neben dem Heim in Bruczków (Bruckau) Kinderheime in Puszczyków (Puschkau) im Kreis Posen und das bedeutendste Heim in Kalisz (Kalisch). Ein weiteres existierte in Pogrzebień (Pogrzebin) in Oberschlesien.⁵¹ Viele in Polen geborene zwangseingedeutschte Kinder durchliefen

47 Anordnung Nr. 67/I des RKF, gez. SS-Gruf. Greifelt, über die Eindeutschung von Kindern aus polnischen Familien und aus ehemals polnischen Waisenhäusern, vom 19.2.1942, in: BAArch, NS 2/58, Bl. 102-106.

48 Ebd.

49 Schreiben des Rassenamtschefs, gez. i. V. SS-Ostuf. Harders, an die RuS-Führer [SS-Führer im Rasse- und Siedlungswesen] und Außenstellen über die Eindeutschung elterntloser fremdvölkischer Kinder, Verdeutschung der Namen, vom 17.9.1942, in: BAArch, NS 2/152, Bl. 93.

50 Übersicht über das Arbeitsgebiet der Abteilung C 2 (Wiedereindeutschung) des RuSHA-Rassenamtes, gez. SS-Ostuf. Harders, vom 25.9.1942, in: BAArch, NS 2/89, Bl. 25-36.

51 Nach Angaben des Leiters der Abteilung III in der Gauselbstverwaltung in Posen bestanden im Warthegau insgesamt über 20 solcher Kinderheime für deutsche und »deutsch-

zumindes eines dieser Heime, die meisten sogar mehrere. Die Heime verfügten in der Regel über eine eigene polizeiliche Meldestelle, so dass die Namen der Kinder geändert werden und ihre Personenstandsunterlagen gefälscht werden konnten, was es den Verwandten der Kinder unmöglich machen sollte, deren Aufenthaltsort festzustellen. Zugleich diente diese Produktion neuer Identitäten dazu, die potenziellen Pflege- oder Adoptiveltern über die Herkunft des Kindes zu täuschen.⁵² Aus der Obhut des SS-Vereins »Lebensborn e. V.« kamen viele der Kinder in deutsche Pflege- und Adoptivfamilien. Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen lassen erkennen, dass dies zumeist sehr willkürlich verlief: Deutsche Paare kamen in eines der Heime und suchten sich ein Kind aus oder sie konnten die Zuweisung eines Kindes beantragen.⁵³ Die Motivation konnte Kinderlosigkeit sein, aber auch der Verlust eines eigenen Kindes durch Krankheit, Unfall oder sogar Kriegstod.

Eine systematische Analyse der Schicksale zwangsgermanisierter Kinder und auch der Motivation deutscher Pflegeeltern ist mangels Quellen und aufgrund der gezielten Verschleierung der Identitäten der Kinder, die zumeist auch sehr jung waren und oft nur über fragmentarische Erinnerungen an ihre Herkunft verfügten, schwierig. Bislang geben vor allem Erinnerungen und Einzelstudien erste Einblicke. Hier ist die akribische Recherche der Geschichte von Klaus B. durch Dorothee Schmitz-Köster zu nennen. Klaus B. wuchs als Kind einer Familie überzeugter Nationalsozialisten in Danzig, in Westpreußen und nach 1945 in Niedersachsen auf. Sein Pflegevater Johannes Schäfer war als SS-Brigadeführer Polizeichef in Litzmannstadt und hatte das dortige Ghetto einrichten

stämmige« Kinder: Vernehmung des Zeugen Dr. Bartels in Nürnberg am 20.1.1948, in: *Trials of War Criminals (TWC) Before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10*, Nürnberg, Oktober 1946-April 1949, Xeroographed Edition, Bd. 4/2, München 1979, S. 1047. Vgl. auch Georg Lilienthal, *Der »Lebensborn e. V.«. Ein Instrument nationalsozialistischer Rassenpolitik*, Frankfurt a. M. 2003 (zuerst 1985), S. 221. Für Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen über die verschiedenen Heime vgl. Ewelina Karpińska-Morek/Agnieszka Waś-Turecka/Monika Sieradzka/Artur Wróblewski/Tomasz Majta/Michał Drzonek, *Als wäre ich allein auf der Welt. Der nationalsozialistische Kinderraub im Polen, Freiburg i. Br. 2020* (poln. Originalausgabe: *Terasz jesteście Niemcami*, Warschau 2018).

52 Vgl. den Brief des Reichsministers des Inneren, gez. i. A. Bader, an den Reichsstatthalter in Posen, vom 10.12.1942, in: *International Military Tribunal (IMT), Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14.11.1945-1.10.1946*, 42 Bde., Nürnberg 1947-1949, Dok. Nr. NO-2793.

53 Hierzu vgl. die Lebensgeschichte von Hermann Lüdeking, der als Roman Rozatowski in Łódź geboren wurde und von seiner späteren Pflegemutter im Lebensborn-Heim »Sonnenwiese« ausgewählt wurde. Sie selbst war Leiterin des BDM Ostwestfalen-Lippe, ihr Ehemann SS-Mitglied und ihr leiblicher Sohn mit 21 Jahren als Soldat gefallen. Karpińska-Morek/Waś-Turecka/Sieradzka/Wróblewski/Majta Drzonek, *Als wäre ich allein auf der Welt* (Anm. 51), S. 216-223.

lassen. Erst im Alter von über 70 Jahren erfuhr Klaus B. von seiner polnischen Herkunft.⁵⁴ Ähnlich gelagert ist die Lebensgeschichte von Allodia Witaszek/Alice Wittke aus Posen, die Rainer Engelmann nachgezeichnet, dabei jedoch auf jede Einbettung in den Forschungsstand verzichtet hat.⁵⁵ Einen wichtigen Schritt der Thematisierung solcher Kinderschicksale leisteten darüber hinaus die Berichte von insgesamt 14 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die 2018 von polnischen Journalistinnen und Journalisten im Rahmen einer TV-Dokumentation des Senders Interia/Deutsche Welle zusammengetragen und auch als Buch publiziert wurden.⁵⁶ Übereinstimmend zeigen sie, wie sehr die Lebenswege der zwangsgermanisierten Kinder von der Erfahrung des Verlusts ihrer Ursprungsfamilie, der traumatisierenden Lagererfahrung, dem Heimischwerden in oftmals sogar freundlichen und liebevollen deutschen (Pflege-)Familien und dem Rücktransport in ein ihnen zumeist fremdes Polen geprägt wurden. Viele erlitten gleich einen doppelten Identitätsverlust, der immer auch den Verlust ihrer Familie bedeutete: Zunächst wurde den Kindern ihre polnische Identität und ihre Herkunftsfamilie genommen, dann nach 1945 erneut die deutsche Identität, in der sich viele bereits eingerichtet hatten, und ihre deutsche Pflegefamilie. Oft stellte sich das Gefühl ein, nirgendwo hinzugehören – nicht nach Polen, wo ihre Angehörigen und Bezugspersonen als Resultat der NS-Besatzungs- und Vernichtungspolitik oft nicht mehr am Leben waren, aber auch nicht nach Deutschland, wohin sie unter Zwang gebracht worden waren und von wo man sie nach 1945 repatriert hatte. Heinrich/Henryk Kowalczyk aus Kielce, der als Kind polnischer Zwangsarbeiter 1940 in Dachau geboren wurde und dort bei einer deutschen Familie als »deutsches Kind« aufwuchs, bis er 1946 nach Polen repatriert wurde, formulierte es so: Er fühle sich zeitlebens, »als wäre ich allein auf der Welt«.⁵⁷ Da seine Eltern tot waren und weitere Angehörige nicht gefunden wurden, lebte er nach seiner Repatriierung im Kinderheim.

Systematisch untersuchte kürzlich Franziska Thole in ihrer Masterarbeit eine kleine Gruppe von insgesamt 20 in Litzmannstadt geborenen Kindern. Die Wahl von Litzmannstadt im Warthegau reflektiert die Tatsache, dass der Warthegau bei der angestrebten »Germanisierung« der annektierten polnischen Regionen eine Schlüsselrolle spielte. Litzmannstadt galt zudem als »bevöl-

54 Schmitz-Köster, Raubkind (Anm. 37). Vgl. die autobiographische Familienerzählung von Ilse, Klaus' älterer Pflegeschwester: Ilse Schäfer, Mutter mochte Himmler nie. Die Geschichte einer SS-Familie, Hamburg 1998.

55 Reiner Engelmann, »Allodia, du bist jetzt Alice!«. Kinderraub und Zwangsadoption im Nationalsozialismus, München 2019 (ebenfalls auf einen Einzelfall, das Schicksal von Allodia Witaszek aus Posen, konzentriert).

56 Karpińska-Morek/Waś-Turecka/Sieradzka/Wróblewski/Majta/Drzonek, Als wäre ich allein auf der Welt (Anm. 51).

57 Ebd., S. 297.

kerungspolitische Drehscheibe« der NS-Umsiedlungspolitik, alle beteiligten Umsiedlungsorganisationen und -lager befanden sich vor Ort. In ihrer Studie erbrachte Franziska Thole erstmals den systematischen, über Einzelfallstudien hinausgehenden Beweis, dass sich in der Kartei des Child Tracing Service tatsächlich in großer Zahl zwangseingedeutschte Kinder befanden. Zudem gelang ihr anhand der Akten eine genaue Beschreibung, wie die Zwangseindeutschung von Kindern aus dem Warthegau funktionierte.

Diese erfolgte in folgenden Schritten: In Anwendung der Anordnung 67/1 des RKF erfassten SS und Besatzungsbehörden »Waisenkinder und Pflegekinder«, dann überprüften die Rasseexperten des Rasse- und Siedlungshauptamtes die Kinder auf ihre »rassische Tauglichkeit« und Ärzte des Gesundheitsamtes untersuchten sie medizinisch. Wer als »geeignet« galt, kam in ein Übergangshaus in Litzmannstadt, von dort gingen Transporte in eines der Gaukinderheime im Warthegau. In den Heimen erfolgte die Eindeutschung der Namen der Kinder, diese mussten Deutsch lernen und wurden psychologisch überprüft. Die Heimleitung meldete alles an den Beauftragten des RKF im Warthegau. Dieser wiederum entschied, welche der älteren Kinder in eine »Heimschule« (i. d. R. die »Deutsche Heimschule für Volksdeutsche« in Achern) gebracht und welche der Jüngeren an den »Lebensborn e. V.« abgegeben werden sollten. Aus dem »Lebensborn e. V.« wurden viele Kinder in Pflegefamilien vermittelt. Franziska Thole kann zudem zeigen, dass alle von ihr untersuchten Kinder zwischen zwei und zwölf Jahren alt waren, also genau in die für die »Wiedereindeutschung« erwünschte Altersgruppe fielen. Die Kinder erlebten eine doppelte Namensänderung: Während die SS ihnen deutsche Namen gab, um ihre polnische Identität zu verschleiern, gaben die Pflege- oder Adoptivfamilien ihnen den eigenen Familiennamen. Ein weiterer wichtiger Befund ist, dass fast alle Kinder, auch noch gegen Ende des Krieges, in einer Familie platziert wurden. Dies zeigt, wie ernst es der SS und den verantwortlichen Behörden mit der »Eindeutschung« war.

Nach 1945 wollte ein bedeutender Teil der Kinder des Samples bei ihren Pflegefamilien in Deutschland bleiben, da sie mittlerweile Deutsch sprachen und sich bei ihren Pflegeeltern wohlfühlten. Die Zwangsgermanisierung zeigte also »Erfolg«, beziehungsweise einige Kinder hatten tatsächlich ein fürsorgliches Zuhause gefunden. Nur vier Kinder (20% des Samples) wurden repatriiert, obgleich polnische Angehörige nach immerhin acht der Kinder suchen ließen. Auch diese Zahl wirft ein Schlaglicht auf die hochproblematische Verhandlung von höchst unterschiedlichen Interessen, die sich aus den Zwangstrennungen und Neugründungen von Familien im Rahmen der NS-Germanisierungspolitik ergaben. So standen sich die Repatriierungsinteressen des polnischen Staates, die Aufgabe des ITS zur Schicksalsklärung von Kriegsvermissten und NS-

Opfern, die Pläne der internationalen Staatengemeinschaft zur Rückführung zwangsumgesiedelter Menschen, das Kindeswohl und schließlich die Interessen von betroffenen Kindern, leiblichen Eltern und Angehörigen und Pflegeeltern oftmals diametral gegenüber.⁵⁸ Die regionalen Child Welfare Officers des Kindersuchdienstes agierten hier als Vermittler unterschiedlicher Interessen in einem komplexen Geflecht von Kriegsfolgenbewältigung, Menschenrechtsschutz und ökonomischen Zwängen. Jede Rücksendungs-Entscheidung erfolgte erst nach wiederholten Besuchen der Rückzuführenden durch die Child Welfare Officers über einen längeren Zeitraum und stellte letztlich eine Einzelfallentscheidung dar.⁵⁹

Mit Blick auf die Ausgangsfrage des Bandes nach den Auswirkungen von Kriegstrennungen auf Familien und Individuen lässt sich bezüglich der zwangsgermanisierten Kinder zunächst wenig überraschend feststellen, dass Familie und familiäre Geborgenheit für die Betroffenen eine hohe Bedeutung hatten, auch und gerade unter den widrigen Bedingungen von Zwangstrennung, Heimaufenthalt und Identitätsverlust. Wir sehen darüber hinaus, dass Kinder im Einzelfall solche Geborgenheit und Fürsorge auch in deutschen Pflegefamilien finden konnten, wobei diese nach der Repatriierung in polnischen Kinderheimen bisweilen fehlte. Dass Familie und ihre Schutzfunktion ein entscheidendes Kriterium für den Erfolg eines Lebensweges über die Brüche von Vertreibung und Neuanfang hinweg darstellen konnten, verdeutlichen die Lebenswege von Kinder-Zwangsarbeitern. Diese haben wir anhand der Arolsener IRO Care and Maintenance (Fürsorge) Akten erst in Ansätzen erforscht, daher ist es für belastbare Aussagen noch zu früh.⁶⁰ Zwei Beispiele von Jugendlichen,

58 Zur Problematik der Repatriierung ukrainischer Kinder zwischen Kindeswohl, Wohlfahrt und staatlichen Interessen vgl. Olga Gnydiuk, »The Advantages of Repatriation Do Not Offset the Trauma of a Removal«. IRO Welfare Workers and the Problem of Ukrainian Unaccompanied Children in German Foster Families, in: Henning Borggräfe/Akim Jah/Nina Ritz/Steffen Jost (Hrsg.), Freilegungen. Rebuilding Lives. Child Survivors and DP Children in the Aftermath of the Holocaust and Forced Labor, Göttingen 2017, S. 160-178.

59 Eine Untersuchung von Handlungsmöglichkeiten, Verantwortlichkeit und Entscheidungswegen der Welfare Officers des ITS Child Search Branch wäre ein Desiderat der Forschung. Rolle und Wirken einzelner regionaler Child Welfare Officers lässt sich nur auf der Basis von Einzelfallakten nachvollziehen. Ich habe mir dies für die Region Münster, wo 1946 die Amerikanerin Conny Baartman diese Funktion wahrnahm, angeschaut: ITS Digital Archive, Bad Arolsen, 6.3.2.1: Child Tracing Service/Kindersuchdienst, Nr. 9859, 15179, 21131, 21132, 25561, 29409, 34025, 40018.

60 Zu den Migrationswegen von insgesamt 20 Displaced-Persons-Familien – d. h. Familien ehemaliger Zwangsarbeiter, Kriegsgefangener und Konzentrationslagerhäftlinge aus unterschiedlichen Ländern Europas –, die von der IRO betreut wurden, vgl. die Pionierstudie von Dominik Bart, Die Hoffnung auf einen Neuanfang. Die Rekonstruktion von Migrationswegen ehemaliger Displaced Persons aus Deutschland nach dem Zweiten

die beide im Alter von 15 Jahren aus ihren Familien gerissen und als Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich verschleppt wurden, geben indes einen ersten Einblick in die Bedeutung von Familienstrukturen – beziehungsweise von deren Zerstörung – für die Entwicklung junger Menschen. Jerzy B. aus Warschau, geboren 1929, wurde im August 1944 im Zuge der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes von seiner Familie getrennt und ins Reich verschleppt. Ab November 1944 musste er in einer Textilfabrik in Pirna bei Dresden Zwangsarbeit leisten. Bei Kriegsende durchlief er zunächst verschiedene DP-Camps. Er tauchte unter, heiratete und wanderte mit Ehefrau und Tochter nach New South Wales in Australien aus. Dort fanden ihn seine Angehörigen, die in Polen überlebt hatten, mit Hilfe des polnischen Roten Kreuzes im Jahr 1973.⁶¹ Dieser Fall ist insofern besonders, als es Jerzy aus eigener Kraft gelang, sich eine neue Existenz aufzubauen. Weitaus häufiger waren Fälle wie der von Petras M., der, ebenfalls 1929 geboren, 1944 mit anderen Jugendlichen auf offener Straße in Subačius, Litauen, eingefangen und so von seinen Eltern und drei Geschwistern getrennt wurde. Er kam nach Deutschland, wurde bei der Luftabwehr eingesetzt, hatte aber nach 1945 große Schwierigkeiten, sein Leben zu gestalten. Er emigrierte 1947 nach Großbritannien, verstieß dort mehrfach gegen Arbeits- und Meldevorschriften, kam ins Gefängnis und sollte 1949 zwangsabgeschoben werden. Bevor es jedoch dazu kam, tauchte er in Großbritannien unter.⁶²

4. Fazit

Die hier vorgestellten Beispiele zeigen aus verschiedenen Perspektiven – der Organe der NS-Umsiedlungspolitik, der vertriebenen und zur »Wiedereindeutschung« ausgewählten Personen, der zwangseingedeutschten Kinder –, dass Familie als Relais der nationalsozialistischen In- und Exklusionspolitik insgesamt, aber insbesondere auch im Zweiten Weltkrieg funktionierte. Die Einheit

Weltkrieg anhand von IRO »Care and Maintenance« Akten der Arolsen Archives, Master of Education, Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität, Wintersemester 2019/20.

- 61 Fallakte Jerzy B., in: ITS Digital Archive, Bad Arolsen, 6.3.2.1: Child Search Branch, Nr. 15179; Inquiry Form 15.8.1973, in: ITS Digital Archive, Bad Arolsen, 6.3.3.2, Bl. 90836317; Schreiben des Australischen Roten Kreuzes an das ITS, 19.9.1943, in: ITS Digital Archive, Bad Arolsen, 6.3.3.2: TD Fallablage.
- 62 Fallakte Petras M., in: ITS Digital Archive, Bad Arolsen, 6.3.2.1: Child Search Branch, Nr. 34025; Vertraulicher Bericht über Petras M., Undersecretary of State, Aliens Department, an Mrs. Latham, IRO, 13.10.1949, in: ITS Digital Archive, Bad Arolsen, 3.2.1.6: IRO Care and Maintenance Program, Akten aus England, Bl. 81338338 f.

von Familien wurde dabei gezielt erhalten oder auch bewusst zerstört – je nach den Erfordernissen der nationalsozialistischen Rassen- und Umsiedlungspolitik und des Arbeitskräfteinsatzes –, mit teilweise dramatischen Folgen für die Betroffenen.

Dies bedingt, so meine ich, die Notwendigkeit eines Perspektivwechsels für die Forschung, der zu einer Erweiterung unseres Verständnisses von der NS-Besatzungs- und Umsiedlungspolitik im besetzten Europa und ihren Folgen weit über das Jahr 1945 hinaus beitragen kann. Nicht nur gigantomane Umsiedlungspläne wie der »Generalplan Ost« und seine Folgekonzepte sowie die dafür geleistete wissenschaftliche Grundlagenforschung oder auch Instrumente wie die »Deutsche Volksliste«, auf die sich die Forschung in den letzten Jahrzehnten konzentriert hat, sind wichtig, sondern eben auch die Menschen, die Opfer von Enteignung, Vertreibung, Zwangsumsiedlung, Ausbeutung durch Zwangsarbeit und schließlich Mord wurden. Die Verhandlung ihrer Lebenschancen, deren Zuweisung und Entzug nach rassenpolitischen und ökonomischen Kriterien müssen stärker ins Blickfeld rücken, aber auch ihre Agency (Handlungsmacht), die viele unter widrigsten Bedingungen zumindest in Ansätzen behaupten konnten. Und hier ermöglicht die Kategorie Familie, welche die Nationalsozialisten zur Grundlage des Aufbaus ihrer »Volksgemeinschaft« machten, einen guten Zugang.

Der unbedingten Förderung der deutschen und »rassenpolitisch wertvollen« Familie als Teil der nationalsozialistischen Inklusionspolitik stand ein sehr viel flexiblerer Umgang mit »fremdvölkischen« Familien gegenüber. Menschen, die »rassenpolitisch« nicht als Teil der deutschen »Volksgemeinschaft« gelten sollten, wurden familienweise ausgesiedelt oder auch mit ihren Familien zur Zwangsarbeit deportiert. Die Wahrung der Familieneinheit diente als Instrument, um entweder eine möglichst umfassende »ethnische Säuberung« der besetzten Gebiete oder auch eine effektive Ausbeutung der Menschen zu gewährleisten. Doch sobald die Familieneinheit diesen beiden Interessen zuwiderlief oder sich mit rassenpolitischen Zielsetzungen überschchnitt – im Falle von Erwachsenen, die als »wiedereindeutschungsfähig« eingestuft wurden, von unverheirateten Zwangsarbeiterinnen aus Osteuropa, von zwangsgermanisierten Kindern – wurde die Zerstörung von Familien in Kauf genommen oder sogar planmäßig herbeigeführt.

Während die eingangs vorgestellte deutsche Großfamilie aus Dreishöh sich performativ in die »Volksgemeinschaft« einschrieb und ein im Sinne der Rassenpolitik weniger vorzeigbares Mitglied bildlich ausschloss, versuchten deutsche Paare oder Familien, die ein zwangseingedeutschtes Kind aufnahmen, eine Familie im Sinne des Regimes zu gründen oder zu vergrößern. Die Herkunft des Kindes und seine erfundene Identität wurden dabei in der Regel nicht aktiv

hinterfragt. Unter den von Vertreibung und Verschleppung zur Zwangsarbeit betroffenen Polinnen und Polen konnten zumindest die als »wiedereindeutschungsfähig« ausgewählten Familien und Individuen unter Verweis auf ihre Familienbindungen versuchen, eine Besserung ihrer individuellen Situation zu erreichen oder ihre Familien wieder zusammenzuführen.

Nach 1945 waren die Opfer der NS-Rassenpolitik in mehrfacher Hinsicht mit zerstörten Familienbeziehungen konfrontiert. Ein besonders vielschichtiger Fall sind hier die zwangsgermanisierten Kinder, denen die NS-Umsiedlungsfunktionäre nicht nur ihre Herkunftsfamilien genommen hatten, sondern die vielfach nach 1945 auch ihre deutschen Pflegefamilien verloren und ein Leben lang um ihre Identität ringen mussten. Dagegen konnten sich viele Deutsche mit ihren Familien in einer Leidens- und Opfergemeinschaft einrichten. Die unmittelbare Nachkriegszeit in den Besatzungszonen und später den beiden deutschen Staaten stand ganz im Zeichen der Rückbesinnung auf Familie als Stabilitätsanker in der Umbruchgesellschaft. Gerade die vielfachen Erfahrungen von Familientrennung durch Kinderlandverschickung, Bombenkrieg, Flucht, Kriegstod und Gefangenschaft vieler Männer und Väter dienten als Ausgangspunkt für die Idealisierung der patriarchalen Kernfamilie – die es so vielfach gar nicht mehr gab. Auch sollte die forcierte Familienrhetorik und Politik der Regierungen Adenauer den Frauen wieder ihren traditionellen Platz als Mütter und Hausfrauen zuweisen – im geschützten Raum der Nachkriegsfamilie.⁶³ Die überlebenden NS-Opfer hingegen litten langfristig unter den Folgen der Exklusion, Verfolgung und Zerstörung ihrer Familien. Auch die ehemals deutsch besetzten Staaten, vor allem Polen, das mit rund sechs Millionen Toten die relativ höchsten Verluste unter der Zivilbevölkerung zu beklagen hatte, versuchten mit einer gezielten Familienpolitik und -rhetorik den Kriegsverlusten gegenzusteuern.⁶⁴ Daher ermöglicht der Blick auf die Familie und ihre Trennung als Relais bevölkerungspolitischer Maßnahmen im Nationalsozialismus schließlich, auch die langfristigen Auswirkungen der nationalsozialistischen In- und Exklusionspolitik neu in den Blick zu nehmen. Doch hier steht die Forschung erst am Anfang.

63 Hierzu im Detail Isabel Heinemann, Die patriarchale Familie als »Keimzelle« der Demokratie – oder deren größte Bedrohung? Konflikte um den Wert der Familie in der Bundesrepublik, in: Diskussion: Geschlecht und Demokratie, VfZ 69 (2021), 4, S. 701–711.

64 Für Polen vgl. Barbara Klich-Kluczevska, Making Up for the Losses of the War. Reproduction Politics in Post-War Poland, in: Maren Röger/Ruth Leiserowitz (Hrsg.), Women and Men at War. A Gender Perspective on World War II and its Aftermath in Central and Eastern Europe, Osnabrück 2012, S. 307–328. Zu Frankreich Sarah Fishman, From Vichy to the Sexual Revolution. Gender and Family Life in Postwar France, New York 2017, v. a. S. 1–28.

2. FAMILIEN DER DEUTSCHEN KRIEGSGESELLSCHAFT

Christian Packheiser

DER FUNKTIONALE WERT STABILER BEZIEHUNGEN

NS-Inszenierungen von Trennung und Wiedersehen im Krieg

Ende Januar 1945, wenige Monate vor der deutschen Kapitulation, lancierte das nationalsozialistische Regime einen Artikel mit dem Titel »Liebe im Kriegssturm«. Er warnte vor den Gefahren ehelicher Entfremdung, vor Problemen des Wiedersehens nach langer Trennung, aber auch vor der Überbewertung möglicher Rollenverschiebungen im familiären Gefüge. Folgerichtig forderte er die Partner dazu auf, dem Auseinanderleben beiderseits aktiv entgegenzuwirken. Unter anderem war darin zu lesen:

»Es ist schwer, im Krieg eine Ehe zu führen. Es gehört mehr zum Charakter, mehr Liebe, mehr Glauben und mehr Pflege dazu als in normalen Zeiten. Gemeinsamkeit trotz Trennung ist nicht so leicht zu erringen oder zu erhalten. Und Trennung durch den Krieg und im Krieg ist doppelt hart. Die Sehnsucht wird heftiger durch die Sorge, das Entbehren wird deutlicher durch gesteigerte Versuchungen, das Alleinfertigwerden ist mühsamer, da das ganze Leben mühsamer wird. Selbst das Sicherheitsventil der Fragebriefe ist oft unnutzbar. Die Antwort dauert so lange, und es wäre jämmerlich, die Alltagssorgen denen da draußen auch noch aufzubürden. Ist Lebensgemeinschaft unter solchen Bedingungen überhaupt aufrechtzuerhalten? [...] Dennoch birgt auch Urlaub manche Krisenmöglichkeit. [...] Manchem Mann, der gewohnt war, zu bestimmen und zu beschützen, mag die Selbstverständlichkeit und Sicherheit unheimlich sein, mit der die Frau ihm gegenübertritt [...]. Jeder muss dem großen Glück kleine Opfer an Selbstbeherrschung, Rücksicht und Nachsicht bringen. Jeder muss immer wieder neu um den anderen werben und für den anderen da sein mit allem, was er hat und ist.«¹

Auf den ersten Blick wirkt der Text anachronistisch. Während die Gegner die Reichsgrenzen überschritten, Jugendliche und Großväter zum Volkssturm eingezogen wurden und ein sturer Durchhalteappell den anderen jagte, setzten sich Hitlers Agitatoren mit familiären Problemen auseinander. Der tiefere Sinn

1 Vgl. Staats- und Stadtbibliothek Augsburg (SuStB), Gs 2958-97/101, »Front und Heimat. Soldatenzeitung des Gau Schwaben«, Artikel »Liebe im Kriegssturm. Probleme der Kriegsehe und ihre Meisterung«, 21.1.1945.

dahinter offenbart sich nur im Kontext einer massiven Medienstrategie, mit der die NS-Propagandisten seit Herbst 1939 die deutschen Soldaten und ihre Angehörigen überzogen; eine Strategie, die intime Beziehungen mit Volksgemeinschaftsrhetorik verband, indem sie familiäre Stabilität zur Quintessenz der Durchhaltebereitschaft der gesamten Kriegsgesellschaft erhob. Doch konnte die NS-Führung, allen voran Chefpropagandist Joseph Goebbels, nicht leugnen, dass immer längere Trennungszeiten von Angehörigen eben jene gewünschten privaten Bastionen in zunehmendem Maße bedrohten. Zu Appellen, die den Stellenwert von Häuslichkeit und Privatheit als individuelle Rückzugsorte insbesondere zu Kriegszeiten betonten, gesellten sich in den Medien immer häufiger Berichte, die real existierende Konfliktlagen anerkannten und Anleitungen für den Umgang miteinander nach langer Trennung bereitstellten. Hierin wird offenbar, wie sehr die deutsche Staatsführung, aber auch das Militär, im familiären Wiedersehen einen neuralgischen Punkt für die Stimmung in der Gesellschaft erblickte. Antizipierte wie reale Gefahren speisten sich aus der Annahme, Erfahrungen und Sinngebungsmuster zwischen Front und Heimat würden sich während der immer längeren Trennungen derart stark auseinanderentwickeln, dass Familienmitgliedern und Partnern während der kurzen Phasen des Aufeinandertreffens keine Möglichkeit bliebe, diese wieder einander anzunähern; zwischenmenschliche Entfremdung und eheliche Zerrüttung wären die Folge. Je häufiger entsprechende Verwerfungen auftraten, umso stärker schien in der Logik des NS-Regimes die Kampfmentalität aller gefährdet. Umso mehr versuchten die Machthaber auf sämtlichen Ebenen, den Zusammenhalt innerhalb der privilegierten »arischen« Familien zu fördern. Ihr Ziel war es, die divergierenden Wahrnehmungswelten der Angehörigen anzunähern oder zumindest Verständnis für die inzwischen gefühlte »Andersartigkeit« des Partners hervorzurufen. Daraus geht hervor, dass Trennung und Wiedersehen im Krieg nicht unverbunden nebeneinanderstanden, sondern in ihrer reziproken Abhängigkeit als analytisches Begriffspaar stets zusammen gedacht werden müssen: Erst im Wiedersehen offenbarten sich negative Folgen der langen Trennungen vollständig.²

Der eingangs zitierte Artikel war also keineswegs aus der Zeit gefallen. Interessant ist er auch deshalb, weil die schwäbische Gauzeitung »Front und Heimat« regelmäßig sowohl die Soldaten als auch ihre Familien adressierte und dabei beide Seiten gleichermaßen zu wechselseitiger Empathie im Rahmen der

2 Vgl. Lucien Febvre, Sensibilität und Geschichte. Zugänge zum Gefühlsleben früherer Epochen, in: Claudia Honegger/Marc Bloch/Ferdinand Braudel/Lucien Febvre (Hrsg.), Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zur systematischen Aneignung historischer Prozesse, Frankfurt a.M. 1977, S. 313-334, hier S. 317f.; demnach stellt der emotionale Gleichklang innerhalb häuslicher Gemeinschaften die Voraussetzung für die Stabilität des Kollektivs dar.

nur allzu kurzen Wiedersehen aufrief. Schon im August 1943 hatte sich auch die Soldatenzeitung »Mitteilungen für die Truppe« in ganz ähnlicher Manier exemplarisch mit dem Qualitätsverlust von Heimataufenthalten auseinandergesetzt, den sowohl Soldaten als auch ihre Frauen inzwischen beklagten. Im Artikel »Auf Urlaub an der Wende vom vierten zum fünften Kriegsjahr« argumentierte der Autor, Deutschland leide an »charakterlicher Blutarmut«, da in vielen Familien die Väter oder die Söhne fehlten. Aus diesem Grund müssten ab jetzt die Soldaten den Angehörigen Mut schenken, so wie diese den Fronturlaubern »Kraft und Zuversicht« in der ersten Kriegszeit gespendet hätten.³ In der Regel flankierten Merkblätter und Verhaltensrichtlinien für vorübergehend heimkehrende Soldaten derartige Appelle. Unter anderem sollten sie sich zuhause dezidiert militärisch benehmen, keine »Räuberpistolen« erzählen, sondern lieber »von Draußen schweigen«, aber dennoch jeglichen Zweifeln am Endsieg entschlossen entgegenzutreten.⁴

Die Beispiele verweisen einerseits auf den hohen funktionalen Wert, den das NS-Regime dem Privaten im Krieg zuschrieb; andererseits verdeutlichen sie, dass Steuerungsabsichten häufig mit Konzessionen verbunden waren. Die wohl wichtigste war der Fronturlaub (»Heimaturlaub«).⁵ Getrennten Paaren, Familien und Individuen suggerierte er anhaltende »zivile« Normalität. Die Machthaber nutzten ihn neben bevölkerungspolitischen Absichten dazu, die Moral zu stärken, indem sich die Front von der ungebrochenen Treue der Heimat und vice versa überzeugte. Je schlechter sich die militärische Lage allerdings gestaltete und je stärker Luftangriffe das Leben der Angehörigen in der Heimat bedrohten, je seltener und problematischer das Wiedersehen wurde, desto stärker rückten Familie und Partnerschaft als kleinste soziale Einheit in den Fokus staatlicher Ansprüche. Aus Sicht des Regimes wurde jedes Wiedersehen nach längerer Trennung zum kritischen Testfall, nicht nur für Ehepartner, Eltern und Kinder, sondern für den Zusammenhalt und das Schicksal der Nation. Schließlich bündelten sich im Fronturlaub die Sehnsüchte von rund 18 Millionen Soldaten und ihren Angehörigen. Indem individuelle Enttäuschungen die kollektive Einsatzbereitschaft bedrohten, wurde häusliche Harmonie zur Staatsräson und das Private politisch. Die Familie wurde im Krieg endgültig

3 Vgl. Bundesarchiv (BArch), RW 4/v-357, Soldatenzeitung »Mitteilungen für die Truppe«, Artikel »Auf Urlaub an der Wende vom vierten zum fünften Kriegsjahr«, August 1943.

4 BArch, RHD 69/23, Soldatenzeitung »Der Urlaubsschein, Unterhaltungsblatt für Westurlauber«, Artikel »Als Urlauber musst du wissen ...«, o. D.

5 Der vorliegende Beitrag basiert auf meiner Dissertation: Christian Packheiser, Heimaturlaub. Soldaten zwischen Front, Familie und NS-Regime, Göttingen 2020.

zum Ort öffentlicher und politischer Begehrlichkeiten.⁶ Analytisch stellt der Fronturlaub das komplementäre Gegenstück zur Kriegstrennung und gewissermaßen den roten Faden des vorliegenden Beitrages dar: Das Wiedersehen von Familien und Paaren stand nicht nur im Fokus persönlicher Erwartungen, sondern wurde auch von Seiten des NS-Regimes symbolisch aufgeladen und instrumentell eingesetzt, um die Folgen der millionenfachen Kriegstrennungen für die Gesellschaft und die Kriegführung zu beherrschen. Neben dem Heimaturlaub als strukturierendem Element sind diese staatlichen Verhaltenserwartungen der Hauptgegenstand des vorliegenden Beitrags.

Das Regime modifizierte regelmäßig seine Ansprüche an die Soldaten und ihre Angehörigen. Daraus resultiert die zentrale Frage, inwieweit der NS-Staat die Kontrolle über unerwünschte Folgen von Kriegstrennungen verlor und wie er darauf reagierte. Mit welchen konkreten Maßnahmen versuchte er, die Soldaten und ihre Familien vor, während und gegebenenfalls nach Heimataufenthalt zu manipulieren und zu instrumentalisieren? Inwieweit spiegelt die mediale Strategie reale Probleme der Betroffenen wider, die mit zusehends divergierenden Alltagserfahrungen kämpften? Lässt sie Rückschlüsse zu, wie stark familiäre Zugeständnisse im Krieg zur Stabilisierung der Diktatur beitrugen?

Der Aufsatz gliedert sich in drei Teile. Zunächst wird die quantitative Bedeutung des Fronturlaubs verdeutlicht. Der zweite Abschnitt handelt davon, wie das Regime das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Heimat und Front durch die Inszenierung von Kriegsheimkehrern und ihren Familien stärkte. Die Konzentration im dritten Kapitel auf staatliche Interventionen, Angebote und Appelle im familiären Nahbereich offenbart dann, welcher Stellenwert häuslicher Harmonie als Kraftquell des Durchhaltewillens und als Voraussetzung familiärer Reproduktion zugeschrieben wurde.

Die Entscheidung, Kriegstrennungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft in diesem Beitrag primär anhand von NS-Presseartikeln, somit aus der Perspektive des NS-Staates – und nicht, wie sonst üblich, vorwiegend mit Ego-dokumenten – zu beleuchten, resultiert aus zentralen Erkenntnissen meiner Dissertation über den Heimaturlaub. Darin wurden über 6.000 Feldpostbriefe und Tagebucheinträge nach Erfahrungen von Entfremdung und Zerrüttung während des Wiedersehens ausgewertet. Die zunächst vielleicht überraschende Feststellung: Konkrete Aussagen hierzu sind in diesen Dokumenten kaum vor-

6 Vgl. Erika Fischer-Lichte, *Ästhetik des Performativen*, Frankfurt a.M. 2014, S. 31-41; dies., *Performativität. Eine Einführung*, Bielefeld 2012, S. 37-52; Inge Marszolek/Adelheid von Saldern, *Mediale Durchdringung des deutschen Alltags. Radio in drei politischen Systemen (1930er bis 1960er Jahre)*, in: Ute Daniel/Axel Schildt (Hrsg.), *Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts*, Köln 2010, S. 84-120, hier S. 97, 101 f.

handen, und entsprechende Andeutungen sind meist Stimmungsschwankungen und äußeren Einflüssen geschuldet.

Die NS-Presse bietet einen breiten Zugang zum Thema Kriegstrennungen. Im Kontext staatlich intendierter Bewältigungsmaßnahmen spiegeln sich kollektive Erfahrungen Millionen betroffener Familien wider. Unter anderem durch Feldpostprüfstellen, Blockwarte, Fürsorgerinnen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und den SS-Sicherheitsdienst (SD) besaß das Regime ein relativ klares Bild, welche Sorgen und Nöte aus der anhaltenden Zerrissenheit von Familien resultierten.⁷ Die politische Führung konnte private Probleme, die durch die kriegsbedingte Trennungssituation verursacht wurden, kaum mit Repression beantworten. Daher zeugen staatliche Appelle von erodierenden Beziehungsstrukturen im Krieg.⁸ Quellenkritisch anzumerken ist allerdings, dass nur Konfliktfelder tangiert wurden, die das Regime interessierten, wobei nicht »die Führung« in der Presse zu Wort kam, sondern Journalisten, deren Einstellungen zum Regime keineswegs immer einheitlich waren.⁹ Zudem bestand eine Diskrepanz zwischen Darstellung und Rezeption sowie zwischen Intention und Wirkung der vermittelten Inhalte. Gerade in der offiziellen Themenwahl spiegeln sich jedoch Trennungsproblematiken wider, die von hoher gesellschaftlicher Relevanz waren, weil sie Stabilität und Kohärenz der gesamten Kriegsgemeinschaft gefährdeten. Damit sind zugleich jene Bereiche identifiziert, in denen staatliche Zugriffsversuche, Aushandlungskonflikte und Neujustierungen von Privatheit im Krieg kulminierten. Zu fragen ist, ob das Re-

7 Vgl. u. a. Birthe Kundrus, *Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2005, S. 369-374; Manfred Wirll, *Die Öffentliche Meinung unter dem NS-Regime. Eine Untersuchung zum sozialpsychologischen Konzept öffentlicher Meinung auf der Grundlage der geheimen Lageberichte des SD über die Stimmung und Haltung der Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg*, Mainz 1990, S. 1-24; Katrin A. Kilian, *Kriegsstimmungen. Emotionen einfacher Soldaten in Feldpostbriefen*, in: Jörg Echternkamp (Hrsg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (DRZW)*, Bd. 9/2: *Die Deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung*, München 2005, S. 251-288.

8 Vgl. Packheiser, *Heimurlaub (Anm. 5)*, Kap. II,3 und Kap. III,3.

9 Eine völlig reglementierte Presse war seitens des Regimes auch nicht gewünscht, weil der Schein individueller »Glaubwürdigkeit« von Journalisten die Propaganda deutlich effektiver machte als zentrale Lenkung allein. Dass Goebbels' Formel, die Presse solle »monoform im Willen und polyform in der Ausgestaltung des Willens sein«, eine gewisse Wirkung zeitigte, wurde von der Forschung mehrfach betont: Vgl. Norbert Frei/Johannes Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, München 1989, S. 9-38, 121-135; Bernd Sösemann, *Journalismus im Griff der Diktatur. Die »Frankfurter Zeitung« in der nationalsozialistischen Pressepolitik*, in: Christoph Studt (Hrsg.), »Diener des Staates« oder »Widerstand zwischen den Zeilen«? *Die Rolle der Presse im Dritten Reich*, Berlin 2007, S. 11-38, hier v. a. S. 34f.

gime im Rahmen seiner Verhaltenserwartungen an durch den Krieg getrennte Familien einen einheitlichen Willen artikulieren und durchsetzen konnte.

1. Der Fronturlaub als Ermöglichungsraum von »Kriegsbeziehungen«

Die Soldatenzeitung »Wacht im Südosten« betonte im November 1941, das Thema Urlaub spiele in längeren Kriegen auch für die Führung eine große Rolle.¹⁰ Tatsächlich waren die Verordnungen zahlreich, und bereits daran lässt sich die Tendenz ablesen, mittels Zugeständnissen im privaten Bereich negativen Folgen von Kriegstrennungen entgegenzuwirken. Am 15. September 1939, zwei Wochen nach dem Überfall auf Polen, setzte das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) die »Bestimmungen für die Erhaltung des Heeres im Kriegszustand« in Kraft.¹¹ Jeder Soldat des Ersatz- wie des Feldheeres sollte mindestens einmal im Jahr für 14 Tage beurlaubt werden. Verheiratete hatten unbedingt Vorrang, gefolgt von Soldaten, die zur Regelung wichtiger Familienverhältnisse freigestellt wurden. Ein halbes Jahr später, am 20. März 1940, erschien die »Urlaubsregelung während des Krieges«.¹² Jeder Soldat hatte theoretisch die Möglichkeit, zwei- bis dreimal im Jahr nach Hause zu fahren. Hinweise auf »Dienstverhältnisse« wie »Kampf- und Transportlage« ließen den Urlaub gleichwohl nicht als Selbstverständlichkeit, sondern als Entgegenkommen erscheinen. Die Führung ging von höherer Akzeptanz unter den Kameraden aus, wurden Familienväter und ausgezeichnete Soldaten bevorzugt.¹³ Als der Luftkrieg das Reichsgebiet erfasste, spiegelte der gesetzliche Rahmen zusehends die zumeist prekäre Häuslichkeit wider. Unter anderem mit Sonderurlaub bei Bombenschaden trug die Verordnung vom 25. Oktober 1942 der neuen Realität Rechnung. Um Wehrmachtsangehörigen, »die durch Bombenangriffe besonders betroffen [waren,] die Möglichkeit einer längeren Beurlaubung in schweren Fällen zu geben«, verfügte das OKW, dass Soldaten, »deren Familien bzw. Wohnungen durch feindliche Fliegerwirkung Schaden genommen haben,

10 Vgl. BArch, RHD 69/82, »Wacht im Südosten«, 1941/42, Ausgabe 641, Artikel »Urlaub im Krieg«, 27.11.1941.

11 Vgl. BArch, RHD 4/324; Rudolf Absolon, Die Wehrmacht im Dritten Reich, Bd. 5: 1. September 1939 bis 18. Dezember 1941, Boppard am Rhein 1988, S. 303 f.

12 Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ-Archiv), Da 034.02, Heeresverordnungsblatt 1940, Teil C (374), S. 133 f.

13 Vgl. BArch, RH 85/25, Schreiben des Grenzwachregiments 122 an das Armeeoberkommando 16 vom 27.4.1940 zur Vermeidung von Härten bei Familienvätern im Rahmen der Urlaubserteilung.

[...] sofort [...] ein ausgiebiger Heimaturlaub zu erteilen« sei.¹⁴ Eine neue Regelung vom November 1943 bevorzugte außerdem Soldaten, deren letzte Beurlaubung aus »nicht in ihrer Person liegenden Gründen am längsten zurücklag«, sowie Männer mit besonders schwierigen häuslichen Verhältnissen und Väter kinderreicher Familien.¹⁵

Die Kenntnis des formalen Regelwerks erlaubt indes nur indirekte Schlussfolgerungen, wie die Einheiten Urlaub in der Praxis handhabten. Wie häufig kehrten die Soldaten tatsächlich heim? Für die Untersuchung der Folgen von Familientrennungen im Krieg ist dies entscheidend, da Regelmäßigkeit die Qualität des Wiedersehens bestimmte.¹⁶ Wilhelm Keitel, Chef des OKW, berichtete im September 1942:

»Es sind an der Ostfront ständig 270- bis 280.000 in Urlaub. Sie haben 20 Tage. Es fahren täglich 14 bis 15 Züge, jeder 750 bis 800 Mann. Es kommen noch die Reisetage dazu. Ab November werden es 465.000 Mann sein. Die Rechnung ergibt, daß wir bei der Gesamtstärke der Wehrmacht im Osten zur Zeit 7 1/2 bis 8 % der Einheiten in Urlaub haben, ab November 9 %. Damit können in einem Jahr sämtliche Ostkämpfer je 3 Wochen, auf 22 Tage ohne Reisetage, nach Hause beurlaubt werden.«¹⁷

Im Frühjahr 1944 erfasste das OKW die Urlauber erneut; täglich überschritten ca. 22.100 Wehrmatsangehörige die Reichsgrenze. Von 360.000 Soldaten, die vom »Ostheer« beurlaubt waren, befanden sich – die Reisenden ausgenommen – rund 300.000 ständig in der Heimat.¹⁸

Aussagen darüber, wie häufig Soldaten einen Urlaub bewilligt bekamen, sind aufgrund lückenhafter Überlieferungen unterhalb der obersten Kommandoebene schwer zu treffen. Allerdings bestätigen Erhebungen von Wartezeiten auf Fronturlaube mit Soldbüchern die anhaltende Bedeutung, die das Regime der Eindämmung negativer Folgen langer Kriegstrennungen beimaß.¹⁹ Demnach

14 IfZ-Archiv, Da 034.01, Allgemeine Heeresmitteilungen 1942, 771, 28.8.1942, S. 408 (Einzelverordnung »Urlaub für Bombengeschädigte«).

15 IfZ-Archiv, Da 034.01, Allgemeine Heeresmitteilungen 1943, 867, S. 515 f.

16 Vgl. Robert Aubrey Hinde, *Relationships. A Dialectical Perspective*, London 1997, S. 7-36.

17 Zit. nach Johannes Hürter/Matthias Uhl, Hitler in Vinnica. Ein neues Dokument zur Krise im September 1942, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 63 (2015), 4, S. 581-640, hier S. 637; die Besprechung fand am 18.9.1942 im Führerhauptquartier im ukrainischen Vinnica statt.

18 Vgl. BArch, RH 2/487a, Berichte der Heeresabteilung T1 Operationsabteilung des Generalstabs an das Reichskriegsministerium, Lageberichte und Meldungen Gesamtkriegsschauplatz und besetzte Gebiete an das Oberkommando des Heeres 1944.

19 Vgl. Packheiser, Heimaturlaub (Anm. 5), S. 72-95.

konnten die Soldaten ihre Angehörigen im Schnitt alle sieben Monate besuchen, wobei Ledige in der Regel länger warteten als Verheiratete. Gewiss handelt es sich um eine Durchschnittsangabe, unabhängig von Einsatzort, militärischer Lage oder Zeitpunkt. Doch auch bei differenzierter Betrachtung mussten die Soldaten des Feldheeres, selbst an der Ostfront, wo die Einsatzzeiten länger waren, im Mittel nicht mehr als zwölf Monate auf einen Heimaturlaub warten.²⁰ Dieser Befund verweist einerseits auf die logistischen Anstrengungen des Regimes, regelmäßige Familienbegegnungen den gesamten Krieg über zu ermöglichen. Andererseits zeugt er von steigenden Verwundetenzahlen und längeren Genesungsphasen. Der Blick auf Wehrmatsangehörige, die im Feld unversehrt blieben, zeigt im Gegenzug, dass ab der zweiten Jahreshälfte 1941 Einsatzzeiten von mehr als 18 oder 24 Monaten nicht selten waren.²¹ Zweierlei lässt sich festhalten: Einerseits wurden unerwünschte Folgen familiärer Trennungen bei der Vergabe von Fronturlaub immer stärker berücksichtigt. Andererseits konnte aufgrund der Kriegslage und sinkender Transportkapazitäten aber immer seltener Heimaturlaub erteilt werden.

2. Soldaten als Bindeglied zwischen Familie, Heimat und Front

Die offizielle Darstellung von Urlaub im Krieg und der damit verbundenen persönlichen Begegnungen zielte im Kern stets darauf, unverbrüchliche Treue zwischen Heimat und Front zu demonstrieren. Insgesamt folgte die mediale Inszenierung zwei Hauptlinien, die sich gegenseitig ergänzten: In erster Instanz bildete die Unterbrechung familiärer Trennung zwar den zentralen Bezugspunkt, doch der eigentliche Adressat war die »Volksgemeinschaft«. Während die Erzählungen darin gipfelten, dass die Soldaten ihre Türschwellen überschritten oder Angehörigen in die Arme fielen, blieben persönliche Dynamiken schemenhaft. Familiäre Harmonie wurde hier (noch) als gegebene Tatsache inszeniert. Zwar wurden kognitive Dissonanzen thematisiert. Auslöser waren aber nicht private Friktionen, sondern die anonyme Gesellschaft, die es angeblich an Einfühlungsvermögen mangeln ließ. Erst als zwischenmenschliche Probleme infolge langer Trennungszeiten unübersehbar wurden, erfolgten Ratschläge, Appelle und Vorschriften und zielten zunehmend auf den familiären Bereich. Doch blieb bei beiden Strategien der Fixpunkt stets die Stabilität der Kampf-gemeinschaft.

²⁰ Ebd., S. 88f.

²¹ Ebd., S. 91.

Beste Voraussetzungen, die Fronturlauber in Szene zu setzen, boten sich dem Regime, wenn die Soldaten von der militärischen in die zivile Sphäre wechselten. Eine Gelegenheit war die Heimkehr geschlossener Verbände. Diese Variante der Berichterstattung arrangierte die Rückkehr als heroisches Großereignis. Naturgemäß überwog sie in der ersten Hälfte des Krieges. Eine Artikelserie über die »Narvik-Urlauber«, die ab Juli 1940 über das Reich rollte, verdeutlicht die Intentionen des Regimes. Parallel dazu erließ das OKW Anordnungen über den »Empfang von Feldtruppenteilen, die jetzt oder später in die Heimat zurückkehren«. ²² Demnach war den Heimkehrern überall ein würdiger Empfang zu bereiten. Höherrangige Parteivertreter exponierten sich als die fürsorgenden Verantwortlichen. Die »Münchener Neuesten Nachrichten« und der »Wilhelmshavener Kurier« berichteten wortgleich über die angeblichen Eindrücke und Empfindungen sowohl der heimkehrenden Urlauber als auch ihrer Angehörigen und der Bevölkerung, die sie erwarteten:

»Was hier von den Tausenden uns entgegenflutet, ist so gewaltig, daß es uns fast den Atem raubt. Kaskaden von Blumen ergießen sich über uns, Tausende von Händen drücken die Unseren, und wie ein Orkan brausen die Heilrufe über die unüberschaubare Menge über uns hinweg. Schritt für Schritt nur können wir uns den Weg durch die Menschenmauer bahnen. Ein jeder will uns etwas zu liebe tun. Und keiner schämt sich der Tränen, die ihm das übervolle Herz ins Auge zwingt. [...] In den Gesichtern der Männer [sind] noch die Spuren der Entbehrungen dieser harten Wochen zu lesen. [...] Viele von ihnen tragen das Eiserne Kreuz, eine große Zahl das Verwundetenazeichen. [...] auf ihren Lippen aber ist [...] der Wunsch ihres Herzens: In Urlaub gehen und dann auf einem neuen Kommando zur neuen Fahrt gegen Engeland!«²³

Das Regime appellierte in Erinnerung an den Ersten Weltkrieg und unter Bemühung der »Dolchstoßlegende« – wonach die Heimat dem unbesiegteten Heer angeblich in den Rücken gefallen sei – an die Bevölkerung, die Leistung der Männer angemessen zu würdigen. Die Berichterstattung betonte: Die Heimat würde diesmal unbedingt zur Front stehen. Zugleich zeigt sich die Instrumen-

22 Vgl. BAArch, RHD 53-7/218b, Schreiben des Chefs des Generalstabes an das Stellvertretende Generalkommando VII Armeekorps (Wehrkreiskommando VII, München) vom 15.7.1940; vgl. auch Hellmuth Unger, *Die Männer von Narvik*. Ein Buch der Kameradschaft, Berlin 1941, S. 160-163.

23 BAArch, RH 53-18/186, »Münchener Neueste Nachrichten«, Artikel »Auf Urlaub von Narvik nach Klagenfurt«, 2.8.1940; BAArch, RH 53-18/186, »Wilhelmshavener Kurier«, Artikel »Zerstörer-Fahrer aus Narvik in der Heimat« und »Admiral Densch bei den Narvik-Kämpfern«, 9.7.1940. Die Textzeilen spielen zugleich auf das Matrosenlied »Gegen Engeland« aus dem Ersten Weltkrieg an.

talisierung der Urlauber: Die Männer überzeugten sich von der Loyalität der »Heimatfront«, während ihre Präsenz die Angehörigen zur Pflichterfüllung ermahnte. Die Nationalsozialisten gingen noch weiter und dehnten den Appell durch die Erinnerung an die Opfer des vergangenen Krieges zum Postulat der »Generationenschuld« aus.²⁴

Den Höhepunkt der Inszenierung kollektiver Kriegsheimkehr stellte dennoch nicht die Empfangszeremonie dar, sondern der Moment kurz danach, wenn sich die Szenerie auflöckerte und die Soldaten ihre Angehörigen wiedersahen. Erst aus der familiären Bestätigung der Ehrerbietung und Dankbarkeit für den Kriegseinsatz bezog das überpersönliche Treuebekenntnis seine Wirkung. Das Regime erzielte durchaus Erfolge, indem es soldatische Sinngebungsmuster bediente. Ein Gefreiter in US-amerikanischer Gefangenschaft bemerkte etwa: »In Friedenszeiten Soldat zu sein ist schlimm, weil man keine Vorteile hat gegenüber den Zivilisten, während im Krieg ist der Soldat ein grosser Mann.«²⁵

Als nach dem Angriff auf die Sowjetunion die Möglichkeiten schwanden, siegreich heimkehrende Truppen zur Schau zu stellen, ersetzten kleinere, meist ausgewählte Gruppen von Urlaubern die großen Zeremonien. Auch hier idealisierte die Propaganda den Einsatz der Soldaten und nahm ihre Angehörigen in die Pflicht, allerdings stärker anhand individueller Kriegsleistungen. So lud etwa Reichsminister Goebbels im Juni 1942 die Kampfgruppe des Oberstleutnants und Ritterkreuzträgers Alfred Haase für mehrere Tage nach Berlin ein, nachdem sie als Besatzung eines Stützpunktes im Osten »monatelang überlegene feindliche Angriffe abgewehrt hat[te]«. Die Reportage betonte explizit, die Urlauber verdankten den »erste[n] schönsten Eindruck in der Reichshauptstadt« nach Monaten harter Kämpfe und dem »Dreck des Sumpfgeländes« im »Sowjetparadies« der Partei. Bewusst rückte Goebbels nicht die zeremonielle Würdigung ins Zentrum, sondern den zwanglosen Besuch der Soldatenstadt Potsdam im Anschluss.²⁶ Die Absicht lag auf der Hand: Als Multiplikatoren sollten die Männer ihren Familien und Kameraden von der Fürsorge der Partei künden. Für den Propagandaeffekt war ausschlaggebend, dass die Soldaten diese »Auszeichnung« erhielten, bevor sie ihre Familien trafen. Denn laut offizieller Deutung erwuchs aus diesem Erleben der »unerschütterliche Wille zum Durchhalten und der Gedanke an eine Kameradschaft« – mit »Kameradschaft«

24 Vgl. Nicholas Stargardt, *Der Deutsche Krieg 1939-1945*, Frankfurt a. M. 2015, S. 386, 395 f.

25 National Archives and Records Administration Washington D.C. (NARA), RG 165, Entry P 179 (B), Box 509 (16), Room Conversation 15.6.1944.

26 Vgl. Bayerische Staatsbibliothek München (BSB), 44,1/6, »Berliner Morgenpost«, Artikel »Frontkämpfer erleben Potsdam. Die Männer der Kampfgruppe Haase besichtigen die Soldatenstadt«, 30.6.1942.

war in diesem Fall sowohl die symbolische zwischen Front und Heimat als auch jene zwischen Frau und Mann gemeint – »aus der ein jeder tagaus tagein immer wieder neue Kraft schöpft.«²⁷ Die Inszenierung entfaltete ihre volle Wirkung somit erst im Wechselspiel mit den anschließenden Erfahrungen zuhause.

Anhand bekannter wie unbekannter Einzelpersonen inszenierte das Regime Narrative des Wiedersehens nach langen Phasen kriegsbedingter Trennung, um so die Identifikation zu erhöhen. Die Erzählungen sind interessant, weil sie nicht an der schützenden Schwelle der eigenen vier Wände Halt machten: Geradezu unbekümmert verwischten die Darstellungen militärische und zivile Sinngebungsmuster, etwa wenn es sich um Berichte über Kriegshelden wie Jagdgeschwader-Kommodore Werner Mölders handelte. Im Rahmen einer Reportage-Serie zum Jahreswechsel 1940/41 inszenierte die »Berliner Illustrierte Zeitung« die Urlaubsaktivitäten des frisch gebackenen Ritterkreuzträgers zusammen mit seinen Staffelfkameraden vor malerischer Bergkulisse. Insbesondere die Fotos wirkten gleichermaßen privat wie heroisch: Umringt von einer Entourage junger Damen blickten Mölders und seine Männer im Halbprofil siegesgewiss in die Ferne, oder sie eskortierten ihre Begleiterinnen beim Skiausflug galant durch den Schlepplift, um sich ihnen anschließend in einer »lustigen Schlacht« in 1.700 Metern Höhe, bei der diesmal allerdings nur »Schneebälle flogen«, geschlagen zu geben.²⁸

Doch nicht nur bekannte Persönlichkeiten, auch die unbekannteren »Frontochsen«²⁹ rückten in das Raster der Propagandakompanien (PK). Sie tauchten regelmäßig in den Wochenschauen auf, wenngleich als stumme Zeugen. In einem besonders plakativen Fall begleitete eine PK einen Soldaten von seinem Frontabschnitt in Karelien bis ins heimische Schlafzimmer. Dort legte ihm seine Frau den neugeborenen Sohn in die Arme. Der Oberjäger hatte dazu ein besonderes Urlaubsgeschenk den weiten Weg transportiert: eine Holzwiege für den Spross, die Soldaten seiner Einheit geschnitzt hatten und die ihm vom

27 Vgl. BSB, 44,7/12, »Berliner Morgenpost«, Artikel »Havelfahrt der Krimkämpfer. Begeisterung über den Besuch in Berlin«, 18.8.1942; zur Kameradschaft zwischen Mann und Frau sowie zur Kameradschaft als einer religiös aufgeladenen Staatstugend, in der die gesamte »Volksgemeinschaft« dem Modell einer militärischen Kampfeinheit nachgebildet ist, worin sich letztlich die Kluft zwischen Front und Heimat auflöst, vgl. Thomas Kühne, Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 91-113, v. a. S. 98 f.

28 Vgl. IfZ-Archiv, Z 1001, »Berliner Illustrierte Zeitung«, 3.10.1940 und 23.1.1941.

29 Vgl. Bernhard R. Kroener, »Frontochsen« und »Etappenbullen«. Zur Ideologisierung militärischer Organisationsstrukturen im Zweiten Weltkrieg, in: Rolf Dieter Müller/Hans Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 371-384.

General in einer theatralischen Zeremonie übergeben worden war.³⁰ Ganz offensichtlich zielte die Propaganda auf die Inszenierung der vorübergehenden Aufhebung räumlicher Trennung zwischen Mann und Frau, wobei sie potentielle Probleme ausblendete und suggerierte, Familiengründungen seien auch im Krieg selbstverständlich. Besonders interessant ist die symbolische Harmonisierung komplementär gelagerter Deutungsrahmen im Krieg, wie etwa von Front und Heimat oder Kollektiv und Individuum. Normalerweise wirken diese Faktoren eher trennend und schienen geeignet, die Sinngebungsmuster von Familienmitgliedern, die lange in andersgearteten Extremsituationen und Sozialisationsräumen lebten, auseinanderzuführen. Hier jedoch nahm die gesamte Division, einschließlich ihrer hohen Offiziere, scheinbar Anteil am Schicksal jeder Einzelfamilie ihrer Soldaten. Und trotz aller realen Unterschiede in Rang, Waffengattung und Einsatzort war auch die Botschaft eindeutig: Nur die weitere Bereitschaft des Soldaten zum Durchhalten an der Front, sprich die Inkaufnahme erneuter Trennung, würde seiner Frau und dem Nachwuchs die Zukunft sichern. Persönliche und häusliche Werte tauchten so immer häufiger im Rahmen kollektiver Durchhalteappelle auf.³¹

Neben ereignisorientierten Berichtsformen beeinflusste das Regime die Realitätsdeutung mit konstruierten Heimkehrerlebnissen. Zwar differenzierte es zwischen soldatischem und zivilem Einsatz, achtete jedoch darauf, die Kriegseistung der Heimat gegenüber dem Fronteinsatz nicht herabzuwürdigen. Folglich erhob die Propaganda Pflichterfüllung an dem Ort, an den die »Vorsehung« jeden Einzelnen geführt habe, zum Ideal.³² Ebenfalls hütete sie sich davor, Privates und Soldatisches als unvereinbare Gegenwelten darzustellen. Der »Wunsch« nach »Verteidigung« des »Vaterlandes« durfte nicht in Widerspruch zur Sehnsucht nach den Angehörigen gebracht werden. Im Gegenteil: Der Sieg bedingte die Rückkehr ins Zivilleben. Die Medien betonten, die Heimat sei vielen Soldaten »so viel heiliger geworden in der langen Zeit der Trennung«, habe gegenüber dem Militärischen an Wert gewonnen.³³ Folge-

30 Vgl. BArch, B 128474/1-1, Wochenschau 664/23/1943 (01:03:10 ff.); BArch, B 131939/1-1, Wochenschau 711/18/1944 (01:05:20:07 bis 01:06:51:00); BArch, Dokumentarfilm »Dorfheimat« 1941, Titelnummer: 573728 (36 mm Kopie; K 25283; VHS K 267818).

31 Vgl. Michael Burleigh, *Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung*, Frankfurt a. M. 2000, S. 269-272; Elisabeth Angermair/Ulrike Harendel, *Inszenierter Alltag. »Volksgemeinschaft« im Nationalsozialistischen München 1933-1945*, München 1993, S. 85-103; Erich Kasberger, *Heldinnen waren wir keine. Alltag in der NS-Zeit*, Hamburg 1995, S. 92 f.

32 Vgl. SuStB, Gs 2958-21/41, »Front und Heimat«, Artikel »Urlaub – nach vorne«, 30.12.1941.

33 Vgl. SuStB, Gs 2958-21/41, »Front und Heimat«, Artikel »Fronturlaub«, 6.11.1941.

richtig legte diese argumentative Strategie Heimweh nicht als Schwäche aus, sondern deutete sie als Motivation zum Durchhalten. Besonders eindringlich zeigt diese Passage, wie die Propaganda Trennungen positiv umdeutete: Es wurde suggeriert, nur wenn die Männer gegenwärtig an der Front ihre Pflicht erfüllten, damit Trennung bereitwillig in Kauf nahmen, bestand die Chance auf ein dauerhaftes Wiedersehen in der Zukunft. Gleichzeitig konnten die Propagandisten diesen Verheißungsaspekt immer schwieriger steuern, zumal er aus Sicht der Betroffenen an Kontur verlor, je stärker sich mit den steigenden Verlustzahlen die Gefahr erhöhte, dass jede Kriegstrennung endgültig wurde. Aller propagandistischen Beteuerungen zum Trotz waren die Prioritäten auf der Metaebene klar: Die Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft hatten ihr Familienleben militärischen und kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten unterzuordnen und funktional an den Erfordernissen der daraus resultierenden Trennung auszurichten. Das punktuelle Zugeständnis ziviler Rückzugsräume gerade unter drastischen Kriegsbedingungen war folglich kein Anachronismus, sondern blieb, obgleich immer seltener Fronturlaube gewährt wurden, ein umso wichtigeres strategisches Kalkül.³⁴

Eine weitere Kategorie von Artikeln thematisierte die Auseinanderentwicklung von Sinngebungsmustern zwischen Front und Heimat. Kognitive Dissonanzen und Entfremdungserfahrungen von Soldaten standen im Mittelpunkt. Zunächst überrascht die Intensität, mit der sich das Regime des Problems annahm. Bei näherem Hinsehen offenbart sich allerdings die pragmatische Absicht. Unter dem Titel »Um die Heimkehrer« warnte die SS-Zeitung »Das Schwarze Korps« Ende Februar 1942 ungewohnt offen vor Enttäuschungen, die in der Heimat lauerten.³⁵ Das Blatt führte sie einerseits auf den Erfahrungskontrast der Soldaten zurück. Er bestand, so der Artikel, aus militärischem Kampfleben und zu hoch gesteckten Erwartungen, des »sich Überfreuens« auf die Heimat, was zwangsläufig zu Enttäuschungen im Familienleben führte. Andererseits gerieten die Belastungen und Sorgen der Heimat ins Blickfeld, derentwegen sich die Angehörigen, die »Volksgenossen« nicht in die Fronturlauber hineinversetzen und das nötige Verständnis vermissen ließen. Die Freude der Heimkehrer war demnach nicht mehr »rein«. Die Menschen zuhause erkannten sie an der Aura, die vor allem jene, die »von ganz Vorn, von der Ostfront« als die »wahren Fronturlauber« kamen, umgab: »und sie sind ernst, wie nur die Augen von Männern sein können, die so viel Erleben hinter sich haben«. Zunächst bewegten sich die Heimkehrer wie im Traum. Im »Groß-

34 Vgl. SuStB, Gs 2958-42/60, »Front und Heimat«, Artikel »Urlaub wie er sein soll«, 19.10.1942.

35 Vgl., auch für Folgende, BArch, NS 18/465, »Das Schwarze Korps«, Artikel »Um die Heimkehrer«, 26.2.1942.

stadtgewühl« angekommen, stünden sie »zuweilen wie mit einem Brett vor den Kopf geschlagen hilflos dazwischen« und grübelten verwundert: über die seltsam anmutende friedliche Atmosphäre, die sauberen ordentlichen Häuser, das Fehlen von Schlamm, Eis und Artilleriefuehrer. Besonders aber beunruhigte sie die sorglose Geschäftigkeit all der vielen Menschen, die von den lächerlichsten Dingen »plauderten und schwatzten«. Offenbar wussten jene nicht, was »draußen gespielt« wurde. Das Auseinanderdriften der Wahrnehmungswelten während der langen Trennungszeiten abzufedern, war demgegenüber Gebot der Stunde. Unmissverständlich warnte der Artikel vor den Folgen, gelinge es den Menschen zuhause nicht, sich in »das Los der Millionen dort draußen«, in ihre »Art zu leben«, hineinzudenken und sich vorzustellen, »was sein würde, wenn die dort draußen nicht so lebten und kämpften.«³⁶

Der Artikel in »Das Schwarze Korps« ließ keinen Zweifel daran, dass nicht mehr dieselben Urlauber wie einst aus Narvik oder Paris in die deutschen Städte einzogen. Die Heimkehr selbst hatte sich verändert. Es gab keine Jubelrufe mehr, stattdessen nüchterne Abfertigung an Bahnhofssperren vor der Weiterfahrt in überfüllten Straßenbahnen. Als größte Herausforderung identifizierte der Autor den »gewaltigen Gegensatz der großen Verwandlung«. Damit sprach er offen die wachsende Kluft zwischen der Erfahrungswelt von Militärs und ihren Angehörigen an. Er griff auf das Motiv des Urlaubers als Wanderer zwischen zwei Welten zurück: »[...] aus Schnee und Eis, aus Kampf und Gefahr in wenigen Tagen fast übergangslos hineinversetzt zu werden in den Trubel der Städte, in den Alltag friedlichen Bürgerlebens?« Konflikte und Dissonanzen resultierten ausgerechnet aus der Fähigkeit des Soldaten, die räumliche Trennung von Heimat und Familie, die für ihn in zeitlicher Hinsicht den Hauptteil und damit den Normalfall seines Kriegseinsatzes darstellte, innerhalb weniger Tage zu überwinden. Ein Rezept, wie die Männer so abrupt an ihr früheres Leben anknüpfen sollten, hatte auch der Verfasser dieses Artikels nicht. Es blieb einmal mehr beim zynischen Appell an das Verständnis der Familienangehörigen: Die Rückkehr aus dem Krieg sollten sie sich wie das Ende einer packenden Opern- oder Theateraufführung vorstellen. Auch hier sei es schwer, sofort in die Realität zurückzufinden. Mit dieser Imaginationstechnik falle es aber leichter, die Gemütslage der Fronturlauber zu verstehen, wenn sie ihre freilich noch viel furchtbarere und gewaltigere Bühne verlassen hatten, um zuhause weiterhin nächtelang das Rasseln der Panzer zu hören.³⁷

36 Zu kommunikativer Offenheit als Voraussetzung emotionaler Nähe vgl. Niklas Luhmann, *Liebe – Eine Übung*, hrsg. von André Kieserling, Frankfurt a. M. 2014, S. 15.

37 Vgl. BArch, NS 18/465, »Das Schwarze Korps«, Artikel »Um die Heimkehrer«, 26.2.1942.

Suggestive Artikel wie diese lancierte das NS-Regime in Serie, wobei Inhalt und Technik leicht variierten. Insgesamt bemühten sich die Darstellungen darum, schwierige Themen allgemeinverständlich und systemkonform aufzubereiten, wenn sie schon nicht ausgespart werden konnten. Das kam erstens dem Wunsch der Bevölkerung nach leichter Unterhaltung und zeitweiliger Flucht aus dem Alltag entgegen.³⁸ Zweitens folgte dies einer grundlegenden Anpassung der Propagandarichtlinien. Weil aufgrund der inzwischen eingetretenen Kriegslage der »Unterschied in der Mentalität« zwischen den Soldaten und ihren Angehörigen »nun immer stärker zum Ausdruck kommt«, könnten diese »betreuungsmaßig« auch nicht mehr gleich behandelt werden: »Frontgeschehen für die Heimat, Heimatgeschehen für die Front« lautete folglich die gemeinsame Parole von Ministerium und OKW, die nachgeordneten Instanzen der Propaganda und Truppenbetreuung im Jahr 1942 auferlegt wurde.³⁹

Dessen ungeachtet bemühten die NS-Agitatoren zugleich immer stärker abstrakte Argumentationsmuster und Fiktionen, je weniger Siegesmeldungen sie verzeichneten.⁴⁰ Eindringlich vermittelt diese Trendwende die humoristische intendierte Erzählung »Urlaub auf Probe« beziehungsweise »Der Probeurlaub« vom Februar 1942. Sie bezog sich ebenfalls auf Probleme der Brutalisierung und Entfremdung, die zu diesem Zeitpunkt zunahmen.⁴¹ Die Geschichte des erfundenen Oberschützen Alois Hinterhuber, der von seinem Armeeoberkommando (AOK) auf Probeurlaub geschickt worden war, erschien in einer ganzen Reihe von Soldatenzeitungen. Zahlreiche Leserbriefe führten laut offizieller Stellungnahme zum Wiederabdruck im Jahr 1944 in weiteren Medien.⁴² Die Schilderung war in Form eines Polizeiberichts gekleidet:

»Am Morgen des 9. Dezember trat aus dem hiesigen Bahnhof der hier wohnhafte Alois Hinterhuber behufs Urlaub. Derselbe war mit einem dichten

38 Vgl. Birthe Kundrus, *Totale Unterhaltung? Die kulturelle Kriegführung 1939 bis 1945 in Film, Rundfunk und Theater*, in: Echtenkamp (Hrsg.), *DRZW*, Bd. 9/2 (Anm. 7), S. 93-158, hier v. a. S. 148 f.

39 Vgl. Stadtarchiv München (StdAM), Kulturamt 871, Gemeinsamer Vorschlag von Propagandaministerium und OKW zur Truppenbetreuung vom 24.11.1942; diese Episode belegt einmal mehr das koordinierte Zusammenspiel zwischen Propagandaministerium, Militärführung und nachgeordneten Einrichtungen.

40 Vgl. Jay W. Baird, *The Mythical World of Nazi War Propaganda 1939-1945*, Minneapolis, MN, 1975, S. 10-12.

41 Vgl. dazu etwa Stephen G. Fritz, *Ostkrieg. Hitler's War of Extermination in the East*, Lexington, KY, 2011.

42 Vgl. BArch, RHD 69/14, »Das Neueste. Front-Nachrichtenblatt einer Panzer-Armee«, Artikel »Der Probeurlaub«, 15.2.1942; SuStB, Gs 2958-42/60, »Front und Heimat«, Artikel »Urlaub auf Probe«, 5.2.1942; SuStB, Gs 2958-80/96, Neuauflage des Artikels »Urlaub auf Probe« in der Neujahrsausgabe 1944.

Bart behaftet. Nach Aussagen des vereidigten Polizeihilfswachtmeisters Obacht näherte sich der mit dem üblichen Urlaubergepäck versehene Hinterhuber dem Kutscher Dünnbier [...], der mit seiner Pferdedroschke wartend vor dem Bahnhof stand und stieß ihn mit den Worten ›endlich ein Panjewagen‹ vom Bock, setzte sich auf denselben und fuhr solchermaßen zu seiner Wohnung. Unterwegs eignete [er] sich widerrechtlich folgende Gegenstände an: 1. Zwei Petroleumlampen von einem Baugerüst, 2. 2,37 Meter eines eisernen Gartenzaunes, 3. 2 Kehrreichteimer. Auf den in der Bahnhofstrasse parkenden Wagen des Stadtrates [...] schrieb Hinterhuber mit Kreide: ›Nicht ausschachten, wird abgeholt.‹ [...] Hinterhuber begrüßte seine rechtlich ihm angetraute Ehefrau mit den Worten: ›Sdrasditsche Maruschka, jetzt werden wir erst mal ordentlich Quartier machen‹, und gab ihr einen derben, aber wohl gemeinten Schlag auf die Verlängerung des Rückens. [...] Hierauf vernagelte er die Fenster [...].⁴³

Der Test, ob »der im Osten aller guten Manieren entwöhnte Soldat auch urlaubsfähig sei«, endete für Hinterhuber negativ: Vor Gewährung von Heimaturlaub hatte der »Oberschütze« »Sittenkurse« zu absolvieren. Der derbe Humor wirkte, indem er Soldatenhandeln – mehr oder weniger überzeichnet – vom östlichen Kriegsschauplatz auf die Heimat übertrug und auf diese Weise verdeutlichte, wie alltäglich rechtliche und moralische Entgrenzung für die Soldaten geworden war.

Als Folge davon weiteten die Propagandisten ihre Berichterstattung abermals aus und schenkten der Reise als schrittweiser Heimkehr größeres Augenmerk. Je weiter sich die Urlauber von der Kampfzone entfernten, umso ungestörter konnten und sollten sie ihre Gedanken auf die Ankunft in der Heimat richten. Die NS-Presse begleitete die Soldaten mittels Frontzeitungen auf diesem Weg und steuerte so ihre Realitätsdeutung. Die Berichte spiegeln wider, dass viele Autoren durchaus eine Vorstellung von den inneren Spannungen besaßen, die viele Soldaten nach so langer Trennung von der Familie und vor dem unmittelbar bevorstehenden Wiedersehen umtrieben. Beispielsweise betonte die Propaganda immer häufiger, der Kameradenkreis stelle für viele inzwischen eine »Frontheimat« dar, die bei Urlauben mit gemischten Gefühlen verlassen werde.⁴⁴ Damit sprach sie ein heikles Phänomen an, dessen weite Verbreitung sich auch in Tagebüchern und der Memoirenliteratur nachweisen lässt. So trübten etwa bei Sanitätsoffizier Wilhelm Mauss die Gedanken an seine Kameraden das Wiedersehen mit der Familie im Mai 1942. Wiederholt betonte er, wie seine

43 BArch, RHD 69/14, »Das Neueste. Front-Nachrichtenblatt einer Panzer-Armee«, Artikel »Der Probeurlaub«, 15.2.1942.

44 Vgl. SuStB, Gs 2958-42/60, »Front und Heimat«, 15.10.1944.

Gedanken mit geradezu empathischer Anteilnahme immer wieder zu seinen Schicksalsgenossen an der Front schweiften: »Kaum fassbar ist immer noch das Glück, das schöne Pfingstfest zu Hause in Deutschland [...]. Und doch – plötzlich stehen sie wieder klar vor Augen, kommt der Gedanke: Was mögen jetzt die Kameraden dort oben im Tschudowschlauch machen? Wie mag es ihnen gehen? [...] sind neue Kämpfe im Gang [...]?«⁴⁵ Wilhelm Eichner, einen anderen Soldaten, rissen die Gedanken an die Kameraden nach seiner Rückkehr aus dem Kaukasus nachts gar regelmäßig aus dem Schlaf, da ihn Sorgen um ihr Schicksal quälten.⁴⁶

Parallel zum Wiedersehen mit der Familie durchlebten viele Soldaten somit eine spezifisch andere Kriegstrennung: Monatelang waren sie in der Extremsituation des Krieges aufeinander angewiesen und hatten ihr Leben in die Hände des anderen gelegt, wodurch der Sozialisationsraum Kameradenkreis für viele tatsächlich zu einer Art Ersatzfamilie geworden war. Die ständige innere Zerrissenheit zwischen »Heimweh und Frontsog«, die daraus resultierte, barg erhebliche kognitive Dissonanzen und Entfremdungspotentiale zwischen Familienangehörigen im Fronturlaub.⁴⁷ Nicht wenige Frauen hatten das Gefühl, ihre Männer blieben dem Frontgeschehen verhaftet und seien nicht wirklich zuhause, was sie oftmals als Gleichgültigkeit wahrnahmen. Umso wichtiger wurde es für die Propaganda, dies regelmäßig zu thematisieren und etwaige Probleme zu kanalisieren. Als eine Folge davon galt beispielsweise die Heimreise nicht einfach nur als Fahrt. Sie war Symbol und Gelegenheit eines seelischen Wandlungsprozesses, den die Presse förderte und den viele Soldaten äußerst zwiespältig durchlebten. Ideale militärischer Männlichkeit, die gerade an der Ostfront »Härte«, »Kälte« und »Mitleidslosigkeit« forderten, sollten nun abgemildert werden, damit die Urlauber zuhause »funktionierten«.⁴⁸

45 Hans-Jörg Mauss/Roger de Rijke (Hrsg.), Als Sanitätsoffizier im Zweiten Weltkrieg. Das Kriegstagebuch des Dr. Wilhelm Mauss, 1. September 1939 – 25. Februar 1947, Berlin 2008, S. 434.

46 Vgl. Wilhelm Eichner, Jenseits der Steppe. Tagebuch aus dem Rußlandfeldzug 1942-1944, München 1997, S. 356-361.

47 Vgl. Kühne, Kameradschaft (Anm. 27), S. 178-193.

48 Vgl. Frank Werner, »Noch härter, noch kälter, noch mitleidloser«. Soldatische Männlichkeit im deutschen Vernichtungskrieg 1941-1944, in: Anette Dietrich/Ljiljana Heise (Hrsg.), Männlichkeitskonstruktionen im Nationalsozialismus. Formen, Funktionen und Wirkungsmacht von Geschlechterkonstruktionen im Nationalsozialismus und ihre Reflexion in der pädagogischen Praxis, Frankfurt a. M. 2013, S. 45-64; Thomas Kühne, »... aus diesem Krieg werden nicht nur harte Männer heimkehren«. Kriegskameradschaft und Männlichkeit im 20. Jahrhundert, in: ders. (Hrsg.), Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne, Frankfurt a. M. 1996, S. 174-192.

Die Zeitungen folgten oft einem Muster: Nach dem »schweren Abschied« von den Kameraden drehten sich alle Gedanken und Gespräche zunächst um den »alten Wirkungskreis«. Nur allmählich lösten sich die Spannungen, »als ob eine gütige Hand mit unsichtbarer Schere einen Schnitt zu dem, was hinter einem liegt, getan hätte«. Allmählich erwachten die Herzen der Soldaten und empfingen die Liebe, die ihnen aus der Heimat entgegenströmte.⁴⁹ Der Stil, mit dem das Regime den Adressaten seine Verhaltenserwartungen vor Augen führte, bewegte sich meist im Bereich von Gleichnissen. Die Grabenzeitung »Die Front« schrieb über das »Tor« der Soldaten zur Heimat:

»Rechtschaffen – wo lag draussen die Grenze zwischen Recht und Unrecht – zwischen Grausamkeit und Milde? Ein jeder hatte seine Pflicht getan! Und nun möge sich das Tor öffnen vor denen, die in ungezählt harten Stunden die ferne Heimat mehr geliebt hatten als das eigene Leben. [...] Niemand darf wohl diese Erinnerung mit durch das goldene Tor nehmen, und die daheim sollten auch nie danach fragen.«⁵⁰

Damit wurden nicht nur die gewissermaßen passiven, zu ertragenden Kriegserfahrungen des Soldaten angesprochen, die traumatisierten, die nicht vergessen werden konnten, die ihn seinen Angehörigen entfremdeten und Sprachbarrieren während des Urlaubs erzeugten. Jeder Soldat, der den östlichen Kriegsschauplatz mit eigenen Augen gesehen hatte, konnte vermutlich die Anspielung auf das aktive verbrecherische Handeln der Wehrmacht erkennen: Hier war eben nicht zwingend ritterlicher Kampf gemeint, sondern unausgesprochen auch, dass inzwischen Misshandlungen, ja Ermordungen Wehrloser zum Alltag der Truppe gehörten, ebenso dass die Soldaten Familien der Gegner rücksichtslos trennten oder gar auslöschten.⁵¹ Dass diese Erfahrungen während des kurzen Wiedersehens kaum ausgeblendet werden konnten, war Verfassern und Adressaten der Pressepropaganda im Grunde klar.

49 Vgl. BArch, RHD 69/44, Soldatenzeitung »Wacht am Kanal«, Artikel »Sehnsucht nach Urlaub«, 2.3.1942.

50 BArch, RHD 53-54/2, Grabenzeitung »Die Front«, Artikel »Das Tor zur Heimat«, 4.4.1943.

51 Zur verbrecherischen Kriegführung der Wehrmacht und den Folgen für die Familien der Gegner siehe auch die Beiträge in diesem Band, u. a. von Carlos Alberto Haas und Marcel Brüntrup; zur nationalsozialistischen Propagandataktik, die Bevölkerung durch die gezielte Preisgabe von Kenntnissen über Verbrechen zu Mitwissern zu machen, vgl. Peter Longerich, »Davon haben wir nichts gewusst!« Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945, Berlin 2006.

3. Familiäre Harmonie als Vorbedingung für Regeneration und Reproduktion

Die Gefahren um sich greifender Entfremdung und Brutalisierung sowie die Tatsache, dass sich immer mehr Soldaten emotional von der Heimat entfernen, führten dazu, dass sich die Maßnahmen des Regimes im Kontext von Kriegstrennungen und Heimaturlaub im Kern auf den familiären Nahbereich konzentrierten. Hierin lag das Herzstück der medialen Inszenierung, die eine stabile Kriegsgesellschaft aus der Summe harmonischer Paarbeziehungen zeichnete. Staatliche Verhaltensansprüche und Appelle wurden auf drei Ebenen deutlich: erstens, indem das Wiedersehen nach langer Trennung als Regenerationsraum der Einsatzbereitschaft inszeniert wurde, zunächst primär für die heimkehrenden Männer, dann zusehends auch für ihre Frauen; zweitens anhand der Intensität, mit der die Propaganda der realen wie vermeintlichen Erosion privater Strukturen entgegentrat; drittens anhand der Bedeutung familiärer Reproduktion im Rahmen der NS-Bevölkerungspolitik, wofür die beiden vorgenannten Punkte gewissermaßen die Voraussetzungen darstellten.

3.1 Wiedersehen im Krieg als Grundlage kollektiver Einsatzbereitschaft

Gewiss sollten Frauen wie Männer gleichermaßen Mut aus dem Fronturlaub schöpfen. Dennoch orientierten sich die Erwartungen innerhalb nationalsozialistischer Blätter insbesondere in der ersten Kriegshälfte, trotz aller realen sozialen Veränderungen, noch eher an althergebrachten ehelichen Rollenmustern.⁵² Die ungleiche Verteilung der Aufgabenlast folgte zunächst der klassischen Unterstellung einer männlich-öffentlichen und einer weiblich-häuslichen Sphäre.⁵³ Die Wiederherstellung der soldatischen Kampfkraft hatte

52 Wie groß demgegenüber die tatsächlichen Emanzipationsangebote und Erfahrungsräume für (junge) Frauen im Nationalsozialismus waren, zeigt etwa Elizabeth Harvey, »Der Osten braucht Dich!«. Frauen und nationalsozialistische Germanisierungspolitik, Hamburg 2010.

53 Vgl. Norberto Bobbio, *Democracy and Dictatorship. The Nature and Limits of State Power*, Minneapolis, MN, 1989, S. 1-27; Uta Meier-Gräwe, *Familie, Ökonomie und Gesellschaft. Über die Wirkungsmächtigkeit des vermeintlich Privaten*, in: Karin Jurczyk/Mechtild Oechsle (Hrsg.), *Das Private neu denken. Erosionen, Ambivalenzen, Leistungen*, Münster 2008, S. 113-132, hier S. 127-130; Ute Frevert, *Die Zukunft der Geschlechterordnung. Diagnosen und Erwartungen an der Jahrhundertwende*, in: dies. (Hrsg.), *Das Neue Jahrhundert. Europäische Zeitdiagnosen und Zukunftsentwürfe um 1900*, Göttingen 2000, S. 146-184, hier S. 147 f.; Christiane Streubel, *Deutsche Frauen, Deutsche Treue. Entwürfe konservativer Frauen im Ersten Weltkrieg*, in: Nikolaus Buschmann/Karl Borromäus Murr (Hrsg.), *Treue. Politische Loyalität und militärische Gefolgschaft in der Moderne*, Göttingen 2008, S. 190-213, hier S. 190 f.

insbesondere in der ersten Hälfte des Krieges Vorrang. Von den Frauen verlangten die Verfasser von Propagandatekten in dieser Phase, ganz gleich ob in Front- oder Heimatzeitungen, die männliche Pflicht zur Erholung nach besten Kräften zu unterstützen. Mitunter bedeutete die vorübergehende Aufhebung der Trennung somit – ähnlich wie für die Soldaten – die Rückkehr in mittlerweile ungewohnte Lebensumstände, beispielsweise von der Fabrikarbeit zurück in die Position der umsorgenden Hausfrau. Auch im Haushalt konnte die Anwesenheit des Mannes als Störung inzwischen erreichter Autonomie empfunden werden. Je mehr sich der Fronturlaub jedoch vom überwiegend physischen und materiellen Kompensations- und Erholungsraum zum Ort der seelischen und emotionalen Erneuerung wandelte, desto stärker wurde dieses althergebrachte Schema durchbrochen.⁵⁴ In zunehmendem Maße wiesen Propagandaartikel die Heimkehrer an, ebenso Verständnis für die Härten und die Psyche ihrer Angehörigen zu zeigen. Auch in dieser Hinsicht vermittelt der Blick sowohl auf Dienstanweisungen von Staat und Partei als auch auf Zeitungsartikel einen Eindruck davon, wie sich die geschlechtsspezifischen Erwartungen zwischen der ersten und zweiten Hälfte des Krieges beiderseits veränderten.

Bereits im Dezember 1940 ermöglichte Reichsarbeitsminister Franz Seldte, dass sich werktätige Ehefrauen bei Fronturlaub des Mannes bis zu 18 Tage von der Arbeit freistellen lassen konnten.⁵⁵ Die Gauobmänner der Deutschen Arbeitsfront (DAF) führten aus: »Es wird Aufgabe der einzelnen Fachgruppenwalterin sein, bei den Hausfrauen das Verständnis dafür zu wecken, daß dieser Urlaub in erster Linie als Anerkennung und Dank der Heimat für den heimkommenden Soldaten zu betrachten ist.«⁵⁶ Anweisungen von Hauptpersonalamt und Hauptschulungsamt der NSDAP verraten die dahinterstehenden Absichten: Der Urlauber habe ein Anrecht darauf, das kurze Wiedersehen »so beglückend wie möglich« zu erleben. Schließlich hatten die Soldaten in den vielen einsamen Stunden an und hinter der Front ihre »Hoffnungen und Wünsche um diese wenigen Tage kreisen« lassen und alles in sie hineingelegt, was sie an »persönlichem Glück für die große Sache« entbehrten. Es sei nur recht und billig, dass jeder Soldat aus dem Urlaub »Kraft« mitnahm, um weiterhin »für diese geliebte Heimat und seine Angehörigen Schweres zu ertragen und vielleicht [sein] Leben hinzugeben.«⁵⁷ Dies führte zu folgender Feststellung: »Der Urlaub

54 Vgl. Packheiser, Heimatururlaub (Anm. 5), S. 196-205.

55 Vgl. SuStb, 4 A 64-7, »Der politische Soldat«, Verordnungsblatt der NSDAP, Gau Schwaben, 10, S. 29, Mitteilung des Gauobmanns der DAF vom 15.5.1941.

56 Ebd.

57 Vgl. IfZ-Archiv, Db 008.001, »Der Hoheitsträger«, Verkündungsblatt für das Hauptstabsamt, das Hauptpersonalamt und das Hauptschulungsamt der NSDAP, Ausgabe 6/1942, Artikel »Die Betreuung des Urlaubers«.

dient dem privaten Glück der Soldaten. Damit ist schon gesagt, daß alle Hilfeleistung der Organisationen nur dazu sein kann, ihm und seinen Angehörigen möglichst viel Zeit für sein [!] Privatleben zu verschaffen.«⁵⁸

Welches Verhalten die NS-Führung in den ersten Kriegsjahren insbesondere von den Frauen während der kurzen Zeitspanne des Urlaubs erwartete, kommt an der beabsichtigten »[h]altungsmäßige[n] Ausrichtung der Urlauberfrauen« zum Ausdruck, die in den Aufgabenbereich der NS-Frauenschaft fiel. Sie sollte »alle Frauen zu einer richtigen Einstellung und Haltung dem Urlauber gegenüber führen«. Dazu zählte, den Soldaten nicht mit belanglosen Alltagsorgen zu überfallen, ihm »nicht das Herz mit Klagen schwer« zu machen, sondern mit frohem Mut aufzutreten. Selbstverständlich sollte Raum sein, »ernste, entscheidende Fragen« zu besprechen, jedoch war eine »Belästigung mit dem Kleinkram des Alltags« unbedingt zu vermeiden. Über die Ausgestaltung der gemeinsamen Zeit bestimmten die Soldaten im Wesentlichen allein: »Der Urlauber soll die freien Tage ganz so verbringen, wie er es sich selbst wünscht: Kein allzu ausgefülltes Programm mit vielen Verwandtenbesuchen, Ruhe, wenn sie nötig ist, aber auch keine Eifersucht der Frau, wenn der Mann einmal zu seinen Arbeitskameraden, an den Stammtisch usw. gehen will.«⁵⁹ Und weil der letzte Eindruck der entscheidende war, durfte die Frau beim Abschied auch nicht »haltlos in ihrem Schmerz« sein. Vielmehr musste sie dem Mann zeigen, dass er sich nicht zu sorgen brauche. Dieses letzte Beispiel zeigt außerdem, dass nicht nur das Wiedersehen im Fokus der Propagandisten stand, sondern dass der Abschied als Übergang zu erneuter Trennung gestaltet und inszeniert wurde.

Ganz im Sinne solcher Anweisungen adressierten Heimatzeitungen insbesondere in den ersten Kriegsjahren überwiegend Frauen und ermahnten sie, sich richtig zu verhalten und Rücksicht zu nehmen. Die Soldaten sollten hingegen – eher passiv – Kraft und Zuversicht durch die emotionale Arbeit ihrer Partnerinnen empfangen.⁶⁰ Für die Gau- und Soldatenzeitung »Front und Heimat« schrieb die Autorin Ursula von Kardorff im Juni 1942 »Über den Umgang mit Urlaubern«:

»Natürlich, wie immer im Leben kann [...] die Wirklichkeit Enttäuschungen bringen [...]. Es wäre [...] oberflächlich zu denken, dass dieser Soldat [...] sich schnell wieder zurückverwandelte in den, der er einmal gewesen ist [...]. Zu den Sorgen hier hat er kein rechtes Verhältnis mehr [...]. Ein neuer Mensch tritt uns da entgegen, den man wieder neu kennenlernen muss. Ein Mensch, der sich fremd vorkommt, der eine unermessliche Kluft [...] über-

58 Ebd.

59 Ebd.

60 Vgl. Streubel, Deutsche Frauen, Deutsche Treue (Anm. 53), S. 203-210.

winden muss. Niemand kann ihm dabei so gut helfen wie die Frau [...], die Mutter, die Schwester, das befreundete Mädchen. [...] Die liebende Frau muss [...] wissen, dass jeder Soldat [...] nur mit der einen Hälfte seines Ichs vorhanden ist, die andere bleibt draußen bei seinen Männern [...]. Sie muss ihr eigenes Selbst [...] zurückstellen, denn schließlich ist der Urlaub ein Born, aus dem gerade die psychischen Reserven neu aufgefüllt werden sollen.«⁶¹

Die Autorin erkannte an, dass sich ein wichtiger Teil der verbliebenen privaten Sehnsüchte auf das kurze Wiedersehen konzentrierte. Erwiesen sich diese Erwartungen als zu hoch gesteckt, verband das NS-Regime damit eine Bedrohung. Große Kraft kostete den Soldaten auch hier die Überwindung der »unermesslichen Kluft, die zwischen seinem Front- und Heimatdasein« lag. Es war Aufgabe der Frau, bei dieser anhaltenden Transformation zu helfen, weil das »weibliche Wesen zum entgegengesetzten Pol« der männlichen »Kriegsexistenz« erklärt wurde. Der Artikel dachte den Frauen zu, in die »zartesten, seelischen Bezirke« ihrer Männer vorzudringen. Sie sollten »erfreuen, anregen und ausgleichen«, zugleich »mit Fingerspitzengefühl erspüren«, wann der Soldat »allein gelassen sein will und wann er ihre Nähe braucht.« Ebenso durften sie ihn nicht drängen, vom Krieg zu erzählen. Es galt, seine »harmonische Schweisamkeit« zu würdigen: »Dies nun wieder ist die ganz besondere Domäne der Frauen, die mit behutsamem Takt, mit menschlicher Wärme herausfühlen können, was man mit solch einem Menschen, der doch der Mittelpunkt sein sollte [...] reden kann.« Wollte er das nicht, waren »Klugheit, Wärme, Verständnis und Güte« gefragt. Der Artikel ist nicht nur aufgrund seines Inhalts, sondern auch wegen seiner Verfasserin, Ursula von Kardorff, interessant. Die Autorin bemühte sich nicht allein aus einer weiblichen Perspektive heraus um Verständnis für die männliche Sichtweise. Vielmehr übernahm Kardorff bereitwillig klischeehafte Deutungsmuster der Propagandamaschinerie, wie etwa das der kriegserprobten Kameradschaft zwischen Mann und Frau oder vom Krieg als »Erlebnis«, das auf positive Weise die Männergeneration formt. Mit derlei Bildern stärkte die Autorin, die später zur »Inneren Emigration« gerechnet wurde, den Durchhaltewillen der deutschen Bevölkerung.⁶²

Doch nicht nur gegenüber den Frauen, auch gegenüber den Soldaten weiteten die Propagandisten des NS-Regimes ihre Verhaltensanforderungen im Kontext von Trennung und Wiedersehen aus und modifizierten diese im Laufe

61 SuStB, Gs 2958-42/60, »Front und Heimat«, Artikel »Über den Umgang mit Urlaubern«, 29.6.1942.

62 Kritisch zu Ursula von Kardorff als Repräsentantin der »Inneren Emigration« vgl. Axel Schildt, *Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik*, Göttingen 2020, S. 82 f.

des Krieges. Einen Ansatzpunkt stellten etwa die antizipierten Erwartungen der Männer an ihre vorübergehende Heimkehr dar.⁶³ Die Gefahr ambivalenten Familienerlebens im Urlaub fand mitunter im Vergleich mit einem »Spähtrupp« Ausdruck. Am Ende stand der Rapport: Alles bemaß sich daran, ob »schöne, glückliche, unbeschwerte Tage in der Heimat« dazu beitrugen, dass der »Urlauber, wenn er von fernem »Spähtrupp in die Heimat« zurückkehrt an die Front, das Beste mitbringt, was er vom Urlaub mitbringen kann: Vertrauen und Liebe.«⁶⁴ Deutlicher war der funktionale Wert häuslicher Harmonie für die Kampfmoral kaum auszudrücken. Ebenso warnte die Propaganda vor »verklärte[n]« Erwartungen, da der Urlauber sich die Rückkehr naturgemäß unter denselben Umständen wie bei seiner Abreise vorstelle. Auch hier sahen die Verfasser die Lösung in der Rücksichtnahme der Angehörigen: »Man kann nur überall [...] dafür sorgen, daß der Urlauber von draußen besser verstanden wird. Nicht er muß sich nach der Heimat richten, sondern die Heimat nach ihm [...].«⁶⁵ In diesem Fall waren die Adressaten die Hoheitsträger und örtlichen Honoratioren der Partei, die als Multiplikatoren diese Haltung verbreiten sollten, etwa wenn sie Fronturlauber zuhause bei ihren Familien aufsuchten. Doch auch die Medien, die sowohl für Fronturlauber als auch für deren Familien bestimmt waren, zeichneten ein Bild der Heimat als Ort der physischen und psychischen Rehabilitation. Dahinter verbarg sich zugleich eine Mahnung. Die »Berliner Morgenpost« etwa kontrastierte den gesteigerten Stellenwert des Privaten bewusst mit den individuellen Erlebnissen während der Trennung. Die Zeitung schürte persönliche Verlustängste im Falle einer Niederlage und meinte, so offenbar die Kampfmoral zu stärken. Demnach machte Kriegsberichter Dr. K. Lenk einen »munteren Eindruck« auf alle Umstehenden, als es im Februar 1942 für ihn zurück in die »Schneewüsten des Ostens« ging. Schließlich hatte ihm und seinen Kameraden die Zeit »des Zusammenseins Kraftquellen« erschlossen. Aus dem »Vertrauen«, der Tapferkeit der Frauen und aus dem »Anteil des Herzens« der Heimat an ihrem Schicksal bezogen sie neuen Mut: »Ihre Haltung und ihr Glaube sind es, die uns Ansporn und Verpflichtung für schwere Tage sein werden.«⁶⁶

Die Entwicklungen an der »Heimatfront« zwangen die Propagandisten allerdings dazu, die bisherige Strategie immer häufiger zu durchbrechen. Schon

63 Zur Konvergenz von Fremd- und Eigenerwartung sowie zur Interaktionssteuerung wechselseitigen Erwartens vgl. Luhmann, *Liebe* (Anm. 36), S. 21-23.

64 Vgl. IfZ-Archiv, Db 008.001, »Der Hoheitsträger«, Ausgabe 6/42, Artikel »Spähtrupp in die Heimat. Welche Aufgaben stellt uns der Fronturlauber?«

65 Ebd.

66 Vgl. BSB, 4 Z 42.27-1941/42, »Berliner Morgenpost«, Artikel »Abschied von der Heimat. Bilder und Gedanken bei der Ausreise zur Front«, 14.2.1942.

seit Mitte 1941 und noch stärker seit der Jahreswende 1941/42 rückten die bis dahin dominierenden, harmonisch überzeichneten Darstellungen familiären Wiedersehens in den Hintergrund. Parallel dazu beanspruchte die Mobilisierung persönlicher Kraftreserven, nun auch der Heimatangehörigen, nach und nach mehr Raum. Ebenso häuften sich Belehrungen über häusliche Probleme und geschlechtsspezifische Erwartungen, die immer öfter an die Männer appellierten: Sie forderten die Fronturlauber auf, Rücksicht auf die seelische Anspanntheit ihrer Verwandten zu nehmen, deren Erholungsbedürfnis zu unterstützen, nach besten Kräften bei allen Aufgaben des Alltags zu helfen und ihnen vor allem emotional beizustehen. Es fand eine Annäherung familiärer bzw. geschlechtsspezifischer Zuschreibungen statt. Der Urlaub erschien nicht mehr ausschließlich als männlicher Regenerationsraum. Von der kurzen Zeitspanne, in der die Kriegstrennungen vorübergehend aufgehoben waren, durften nun auch die Angehörigen Entlastung erwarten. Die soldatische Pflicht zur Erholung, um »frisch und gesund« zur Truppe zurückzukehren,⁶⁷ geriet in wachsenden Widerstreit zur Aufforderung, gegenüber den Angehörigen »Tatkraft« zu zeigen und »zuzupacken und mitzuhelfen«. Die Propaganda hatte allerdings keine Lösung parat, wenn die Adressaten diese Fähigkeit zu gegenseitiger Anteilnahme während des Wiedersehens nicht aufbringen konnten. Dann blieb in der Regel nur der fatalistische Verweis, es gebe »kein Zurück«, man müsse sich durchbeißen oder werde eben »liquidiert«.⁶⁸ Allein die Wortwahl verrät, mit welcher Vehemenz die Schreiber persönliches und nationales Schicksal gleichsetzten und mit dem Kriegsausgang verbanden. Die Propaganda versuchte nun immer stärker, der kriegsbedingten Trennung einen höheren Sinn zu verleihen, indem sie ihren Wert als »Dienst an der Nation« betonte.

Vor allem der Luftkrieg blieb in diesem Zusammenhang ein virulentes Thema: Dabei versuchten die Agitatoren selbst Verzweiflung angesichts größter persönlicher Schicksalsschläge nach außen abzulenken. Generell sollten die Männer bei Schwierigkeiten »Stimmungsarbeit« leisten. Spätestens wenn ein Soldat über die »Schwelle« seiner Wohnung trat, mussten »alles Zagen und bange Sorgen verschwinden«. Genau wie im Krieg durfte er auch im Privaten keinesfalls seine »ritterliche Haltung« ablegen. Im Gegenteil: Das Wiedersehen galt als »Mission«, die Herzen seiner Angehörigen zu stärken.⁶⁹ Die Erwartungen an Männer und Frauen, wie sie gegen Trennungsfolgen angehen sollten,

67 Vgl. BArch, RW 4/v-357, »Mitteilungen für die Truppe«, Artikel »11 Gebote für Fronturlauber«, März 1944.

68 Vgl. BArch, RHD 69/23, »Der Urlaubsschein«, Artikel »Was erwartet dich daheim ...?«, o. D.

69 Vgl. IfZ-Archiv, Da 033.015, »Soldatenblätter für Feier und Freizeit« 4 (1943), 6, Artikel »Rückstrahlende Kräfte der Front«, S. 278 f.

glichen sich bis zum Ende des Krieges weiter an, wobei die Appelle immer genereller, teils auch irrationaler und diffuser wurden. Darin zeigt sich der Widerspruch, die Durchhaltebereitschaft einerseits durch den Rekurs auf Privatheit zu fördern, andererseits aber angesichts steigender Einsatzzeiten immer seltener die Kriegstrennungen zu durchbrechen. Dies veranschaulicht ein Artikel in den »Soldatenblättern für Feier und Freizeit«. Demnach stellte es mittlerweile eine »hohe Lebenskunst« dar, die »wenigen Urlaubstage so zu gestalten, daß sie ein wirklicher Quell für die Zeit der folgenden langen Trennung sind.«⁷⁰ In der Gefahr dieses Scheiterns wurde weniger ein persönliches als ein »nationales Unglück« gesehen: »Denn der Zusammenhalt unserer Nation ist auch auf die Festigkeit und Unzerreißbarkeit familiärer Zusammengehörigkeit gegründet.«⁷¹

Hierin zeigt sich abermals, in welchem Ausmaß die Familie im Krieg zur zentralen Ressource für die Mobilisierung der »Volksgemeinschaft« wurde, aber auch, dass negative Folgen anhaltender Familientrennungen, wie Zerrüttung und Entfremdung, immer stärker um sich griffen. Nicht zufällig richteten sich eben jene Appelle der Propaganda, die Trennungen als kriegsbedingte Notwendigkeit zum nationalen Wert stilisierten und einforderten, zugleich gegen soziale Praktiken, die der Führung zumindest bedenklich erscheinen mussten. Individuelle Strategien von Soldaten und Angehörigen zielten darauf, durch sogenannte Erschleichung oder Übertretung von Fronturlaub die Kriegstrennung auf eigene Faust gänzlich zu unterlaufen oder wenigstens unerwünschte Folgen abzumildern. Gemäß einer Erhebung des Oberkommandos des Heeres (OKH) vom April 1943 meldeten sich zu diesem Zeitpunkt bei einzelnen Einheiten rund 40 Prozent aller Urlauber zum Ende ihres Heimatbesuches krank.⁷² Dass oftmals familiäre Probleme infolge der langen Trennungen erst der Auslöser für solch deviantes Handeln waren, verraten etwa Gerichtsakten. In seiner Vernehmung gab der Gefreite Gottlieb O. an:

»Ich muss bemerken, daß meine Frau dauernd hinter mir her war wegen Urlaubs. Wenn ich, wie oben beschrieben, meine Frau aufgefordert hatte, ein Telegramm mit falschen Angaben zu schicken, so ist auch das auf Betreiben meiner Frau geschehen. Meine Frau hat schon einmal [...] ein Verhältnis hinter meinem Rücken mit einem Oberfeldwebel der Flieger angefangen, als ich längere Zeit nicht in Urlaub war.«⁷³

70 IfZ-Archiv, Da 033.015, »Soldatenblätter für Feier und Freizeit« 5 (1944), 11/12, Artikel »Der Feldpostbrief«, S. 531 f.

71 Ebd.

72 Vgl. BArch, RH 15/283, Abschrift des Oberkommandos des Heeres, Geheime Kommandosache bzgl. der »Krankmeldung von Urlaubern« vom 14.4.1943.

73 BArch, RH 26/526 G 2411, Feldurteil des Gerichts der Division 526, Zweigstelle Düren, 2.9.1944.

Die Ehefrau ergänzte, sie habe während des Urlaubs mit ihrem Mann über all diese Dinge sprechen wollen und gehofft, dadurch eine Besserung ihrer Verbindung zu erreichen.⁷⁴ Das Paar stellte die Lösung persönlicher trennungsbedingter Probleme über die Konformitätsansprüche des Regimes und erzwang das Wiedersehen für eine Aussprache. Sanktionen nahmen sie bewusst in Kauf. Allerdings liegt es im Dunkeln, in wie vielen Fällen im Laufe des Krieges Urlaub erfolgreich »erschlichen« wurde. Das Ausmaß verdeckter Handlungsspielräume kann in diesem Kontext nur erahnt werden.

Demgegenüber zeigen affirmative Floskeln vieler Paare in Feldpostbriefen, dass sie die funktionale Botschaft verinnerlicht hatten, mit der die Propaganda negativen Auswüchsen von Kriegstrennungen entgegensteuerte. So schrieb etwa Centa B. im Dezember 1943 ihrem Mann kurz nach dessen Fronturlaub: »Wie warst Du doch in Füßen so überaus guter Laune, wie ein übermütiger Junge, hätte dich immerzu umarmen können [...]. An diesen Tagen müssen wir nun wieder zehren, lange, lange Zeit.«⁷⁵ Oder Herrmann G. schrieb an seine Frau Lore: »Nun bin ich also wieder an der Front gelandet. [...] So und nun, meine liebe Lore, möchte ich Dir noch danken für die wunderschönen Urlaubswochen. Ich werde noch lange davon zehren.«⁷⁶ Die Vorstellung, man könne vom kurzen Wiedersehen für die erneute Zeit der langen Trennung zehren, vertraten auffällig viele Schreiber sinngemäß oder wortwörtlich. Sowohl der Urlaub als auch die zahlreichen Appelle erfüllten offenbar in vielen Fällen ihren funktionalen Zweck. Die Adressaten gaben sich mit kleinen Dosen an privaten Zugeständnissen zufrieden und arrangierten sich mit kriegsbedingten Entbehrungen und erneuter familiärer Trennung.

3.2 Erosion familiärer Fundamente und staatliche Interventionen

Aufgrund immer längerer kriegsbedingter Trennungen und wachsender Erosion familiärer Bindungen sorgte sich das Regime in zunehmendem Maße um die Stabilität privater Beziehungen. Überhaupt zeigte es überraschend großes Interesse an Fällen drohender Zerrüttung, die unterhalb der Schwelle des Ehebruchs lagen. Bereits im Mai 1940 lieferte der SD einen alarmierenden Bericht, der Paarbeziehungen durch die hohe personelle Fluktuation im Krieg bedroht sah.⁷⁷ Im November 1943 berichtete der SD, viele Frauen sähen mit Sorge, »daß der Zusammenhalt und das gegenseitige Verständnis in ihrer Ehe unter der

74 Vgl. BAArch, RH 26/526 G 2411, Vernehmungsprotokoll vom 19.6.1944.

75 IfZ-Archiv, ED 930, Brief von Centa an Franz B. vom 16.12.1943.

76 Deutsches Tagebucharchiv Emmendingen (DTA), Brief von Herrmann G. vom 3.3.1941.

77 Vgl. BAArch, R 58/151, Reichssicherheitshauptamt, Überwachung der öffentlichen Meinung und Volksstimmung, SD-Bericht vom 27.5.1940.

langen Kriegsdauer zu leiden beginne«.78 Der Rapport betonte weiter, die in zwischen Jahre andauernden Trennungen mit lediglich kurzen Unterbrechungen forme die Menschen um. Folglich brächten die Soldaten im Urlaub häufig kein Verständnis für die »kriegsbedingten häuslichen Dinge« ihrer Frauen auf. Das Regime reagierte mit der Überwachung der Ehefrauen abwesender Männer durch Betreuerinnen der NSV, aber mehr noch mit Angeboten und medialen Appellen. Zu den positiven Anreizen zählte unter anderem die Einführung »Nationalsozialistischer Familienabende«.79 Um den geistigen wie seelischen »Gleichklang« zu sichern, erachtete es die Partei als eine ihrer dringlichsten Aufgaben, ein gemeinsames Erlebnis zu vermitteln, um »Haltung und Stimmung aller Familienangehörigen« zu synchronisieren. Den Kern der Agitation bildete abermals die symbolische Einheit zwischen Front und Heimat, weswegen in erster Linie Fronturlauber und verwundete Soldaten den Veranstaltungen den »Charakter einer grossen Familienfeier« verleihen sollten. Die Abende wurden musikalisch umrahmt und möglichst »lebendig«, »farbenfroh« und »zeitnah« gestaltet.

Auch in den Zeitungen der Heimat und in den Tornisterschriften für Soldaten spiegelten sich familiäre Entfremdungsprozesse infolge langer Trennungen wider. Durchhalteparolen wurden auf zwischenmenschliche Beziehungen übertragen und an private Bedürfnisse angepasst. Appelle, die sich zuvor mit dem Wiedereinleben zuhause oder der Kluft zwischen Front und Heimat auseinandergesetzt hatten, lieferten Anknüpfungspunkte. Im Laufe des Krieges fand darüber hinaus ein Perspektivwechsel statt. Frontzeitungen beschrieben das Wiedersehen immer häufiger aus der Perspektive der Ehefrau oder der Freundin.80 Verständnis für gewandelte private Verhältnisse oder die Aufforderung, die Soldaten müssten selbst aktiv der trennungsbedingten Entfremdung innerhalb ihrer Ehen und gegenüber ihren Kindern entgegenwirken, waren ebenfalls keine Tabuthemen mehr.81 Die »Mitteilungen für die Truppe« drückten im April 1943 offen aus, dass Harmonie im Fronturlaub eine beidseitige Angelegenheit sei. Es sei »Aufgabe der Männer und Frauen im Kriege, bei monatelanger beziehungsweise jahrelanger Trennung sich nicht auseinanderzuleben.«82

78 Vgl. Heinz Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945*, 17 Bde., Herrsching 1984, hier: Bd. 15, S. 6025, SD-Bericht vom 18.11.1943.

79 BArch, NS 6/346, Leiter der Partei-Kanzlei, Führerhauptquartier, 3.4.1944, Anordnung 74/44 über »Nationalsozialistische Familienabende«. Ebd. auch die folgenden Zitate.

80 Vgl. Kundrus, *Kriegerfrauen* (Anm. 7), S. 359, 370.

81 Vgl. ebd.; SuStB, Gs 2958-61/79, »Front und Heimat«, Artikel »In Erwartung eines Fronturlaubers«, 26.1.1943.

82 Vgl. BArch, RW 4/v-357, »Mitteilungen für die Truppe«, Artikel »Krieg und Ehe«, April 1943.

Diese Pflicht sei zugegebenermaßen »oft recht schwierig«, denn das, was dem Mann in 1.000 Kilometer Entfernung an der Front widerfahre, liege auf einer gänzlich anderen Ebene als der Gedankenkreis der Frau, und die Verzögerung der brieflichen Kommunikation erschwere den Austausch darüber zusätzlich. Beide Ehepartner waren aufgefordert, »Brücken zueinander zu schlagen« und das Entstehen einer Kluft zu verhindern. Die pflegliche Behandlung der Ehe galt nun auch als wichtige Aufgabe des Kriegers.⁸³

Ähnlich äußerte sich die »Berliner Morgenpost« im September 1943. Die Geschichte »Urlaubsmorgen« forderte die Soldaten auf, die inzwischen veränderten Rollen im Haushalt nicht als Konkurrenzkampf der Geschlechter zu interpretieren.⁸⁴ Infolge der langen Trennung hatte die Protagonistin dieses Berichts sukzessive familiäre Aufgaben übernommen, die klassischerweise Männersache waren, was den Fronturlauber zutiefst irritierte und dadurch die Beziehung bedrohte. Doch sollten betroffene Paare solche Rollenverschiebungen, etwa wenn die Frau plötzlich souverän die Haushaltskasse verwaltete, durch ihre Arbeit zur Hauptverdienerin wurde oder wichtige Entscheidungen im Rahmen der Kindererziehung allein traf, generell als vorübergehende Notwendigkeit der Kriegstrennung akzeptieren. Sie sollten verstehen, dass beide von der Funktion der Frau als Platzhalter profitierten. Gleichzeitig wurde den Frauen nahegelegt, die Soldaten wüssten ihre Leistungen zu schätzen, selbst wenn sie dies nicht aussprachen. So erkannte Unteroffizier Erich Thormann in der Geschichte »Urlaubsmorgen« letztendlich: Seine Frau war Bewahrerin seines zivilen Lebenskreises. In der Zeitspanne der Trennung hielt sie ihn im Gedächtnis der kleinen Tochter Erika präsent. Nur deswegen bedurfte es lediglich eines »kurzen Kampfes, um sich ihm nach 16 Monaten Abwesenheit wieder zu öffnen«.

Überhaupt gab es eine Vielzahl an Artikeln, die sich primär mit dem Verhältnis der Soldaten zu ihren Kindern auseinandersetzten. Beispielsweise brachten die »Soldatenblätter für Feier und Freizeit« im Juli 1943 eine Erzählung, in der ein Soldat nach dem Urlaub seinen Kameraden von Zuhause berichtete.⁸⁵ Die schlimmste Erfahrung sei die erste Begegnung mit seinem Sohn gewesen. Er hatte ihn niemals zuvor gesehen und wusste nur aus Briefen, »daß er schon laufe und die ersten Sätze spreche«. So habe er sich während der langen Bahnfahrt ausgemalt, wie sich das Kind bei seiner Ankunft freuen werde. Jedoch war die Enttäuschung groß, als es ganz anders kam und der Kleine heulte und »vor dem fremden Mann« davonrannte. Dies gab auch den Kameraden zu

83 Vgl. ebd.

84 Vgl. BSB, 2 Eph.pol. 82 s-1943,7/12, »Berliner Morgenpost«, Artikel »Urlaubsmorgen«, 11.9.1943.

85 Vgl. IfZ-Archiv, Da 033.015, »Soldatenblätter für Feier und Freizeit« 4 (1943), 7, Artikel »Der Soldat und seine Kinderschar«, S. 321 f.

denken, die ähnliche Trennungserfahrungen und Ängste genau kannten und somit wussten, »daß es so um jeden von uns steht, und wenn Väter achtzehn, zwanzig oder mehr Monate nicht mehr bei ihrer Familie waren, dann kommt es schon vor, daß einer mal ein paar Minuten, wie wir es sagen, ›den Rüssel hängen lässt.« Um zu vermeiden, dass sich die Sprösslinge während der meist viele Monate andauernden Abwesenheitsphasen der Soldaten von ihnen entfremdeten, folgte ein Plädoyer für rege briefliche Aussprachen zwischen dem Vater und den Kindern, selbst wenn sie noch nicht lesen oder schreiben konnten. Erneut übernahmen die Mütter die entscheidende Vermittlerrolle, während die Männer an der Front ihre Pflicht erfüllten: Genau wie sie das Aufwachsen der Kinder, ihre Malereien und ersten Worte den Vätern schilderten, sollte sie deren Briefe den Kindern vorlesen: »Die Freude der Kinder ist dann grenzenlos, sie tragen den Brief überall herum, und es gibt Streit, weil ihn jedes selbst haben will.« Deshalb sollten Väter im Feld auch jedem Kind einen eigenen Brief schreiben, der ihm dann allein gehöre: »Wer als Vater versäumt, auch während seiner Soldatenzeit ein inniges Verhältnis zu seinen Kindern zu pflegen, der darf sich im Urlaub nicht wundern, wenn sie ihm fremd wurden.« Mütter sollten gegenüber kleineren Kindern mit ihren Fragen stets auf den Vater verweisen und ihn im Gedächtnis halten. Auch im Hinblick auf ältere Kinder betonten dieser und ähnliche Artikel, wie wichtig es sei, ihnen Interesse entgegenzubringen, etwa an ihrem Schulalltag, ihnen unermüdlich Fragen zu stellen und Ratschläge zu geben: »Solche Briefe helfen uns, die lange Zeit des Getrenntseins zu überbrücken; wenn wir die Kinder dann wiedersehen, sind sie wohl viel größer, uns aber nicht fremd geworden, und darum ist im Urlaub das Erleben mit den Kindern viel reicher und schöner.«⁸⁶

3.3 Familientrennungen und Biopolitik im Krieg

Zur Bevölkerungspolitik angesichts immer längerer Familientrennungen bemerkte der Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, im Januar 1944: »Wieviele Kinder wären in diesem Kriege mehr geboren worden, wenn es möglich gewesen wäre, unseren Frontsoldaten überhaupt oder häufiger Urlaub zu geben.«⁸⁷ Dieses Zitat veranschaulicht den auch biopolitischen Stellenwert des Fronturlaubs für das Regime. Entsprechend wurde eine Reihe von Maßnahmen initiiert, mit denen das Regime dem Geburtenrückgang infolge der immer

86 Vgl. ebd.; vgl. auch IfZ-Archiv, Da 033.015, »Soldatenblätter für Feier und Freizeit« 5 (1944), 11/12, Artikel »Erster Brief an meinen Sohn«, S. 537f.

87 BArch, NS 19/3289, Persönlicher Bestand Reichsführer SS, Abschrift für das Führerhauptquartier vom 29.1.1944.

längeren Trennungsphasen entgegenwirken wollte und die sich innerhalb des administrativen Rahmens der NS-Familienpolitik bewegten.

Ein Beispiel war die neu geschaffene Institution der sogenannten Ferntrauung: Aus Sicht der Soldaten und ihrer zukünftigen Ehefrauen lag der bedeutendste Aspekt darin, dass die Hochzeit auf dem Standesamt in Abwesenheit des Mannes vollzogen wurde – ein Stahlhelm symbolisierte dessen Präsenz. In der Regel führte der Kompanieführer zeitgleich eine Zeremonie im Feld durch. Dadurch war die räumliche Trennung zwischen Mann und Frau zwar nicht aufgehoben, jedoch sollte das Zusammengehörigkeitsgefühl auf symbolischer Ebene gestärkt und die Bereitschaft erhöht werden, mehr Kinder während der kurzen Heimaturlaube zu zeugen. Von Bedeutung für Kriegsbeziehungen war zudem die Reform des Scheidungsrechts von 1938, weil sie nach dem »Zerrüttungsprinzip« die Auflösung von Ehen zugunsten von Wiederverheiratungen erleichterte.⁸⁸ Andererseits hob der 1942 eingeführte Straftatbestand der Beleidigung von Frontsoldaten durch Ehebruch die Unteilbarkeit der Klage gegen Ehefrau und Liebhaber auf. Dadurch konnten Soldaten ihre Nebenbuhler belangen, ohne die Ehe zu beenden, sofern Aussicht auf Aussöhnung bestand.⁸⁹ Jene Reformen räumten Staatsinteressen den Vorrang vor privaten Belangen ein und bevorzugten Soldaten gegenüber ihren Ehefrauen. Einen immer höheren Anteil von Scheidungen initiierten folglich Männer, die mit Entfremdung oder dem Vorwurf des Ehebruchs argumentierten.⁹⁰

Um dem Geburtenrückgang entgegenzuwirken, befahl das Amt für Volksgesundheit im November 1942 außerdem »für jeden Gau die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft ›Hilfe bei Kinderlosigkeit in der Ehe‹.«⁹¹ Der Zeitpunkt ist aufschlussreich, denn bis zum Überfall auf die Sowjetunion blieb die Geburtenquote aufgrund von kürzeren Trennungsphasen und häufigeren Fronturlauben einigermaßen konstant. Naturgemäß machten sich die anschließend längeren Einsatzzeiten bevölkerungspolitisch erst mit Verzögerung bemerkbar. Nun aber erhöhte sich der soziale Druck auf kinderlose Paare oftmals schon vor dem Wiedersehen. Die Armeeoberkommandos gaben mitunter entsprechende Anweisungen an einzelne Kompanien und Truppenärzte weiter, so zum Beispiel ein Schreiben des Reichsgesundheitsministers Leonardo Conti vom September 1943, das folgende Anweisung an die Armeearzte enthielt:

88 Vgl. Michelle Mouton, *From Nurturing the Nation to Purifying the Volk. Weimar and Nazi Family Policy, 1918-1945*, New York 2007, S. 89-92.

89 Vgl. Kundrus, *Kriegerfrauen* (Anm. 7), S. 384-388.

90 Vgl. BAArch, R 58/151, Reichssicherheitshauptamt, Bericht über die Überwachung der Öffentlichen Meinung und der Volksstimmung vom 27.5.1940.

91 Vgl. SuStB, 4 A 64-10, »Der Politische Soldat«, 2 I, S. 21, Der Gauamtsleiter für Rassenpolitik am 1.11.1942.

»Der Reichsgesundheitsminister teilt mit, dass nach verschiedenen Beobachtungen in jungen, aber teilweise doch schon zwei Jahre bestehenden Ehen trotz mehrfachen Urlaubs des Ehemannes erwünschte Konzeptionen nicht zustande gekommen sind, weil nicht bekannt war, dass es für das Zustandekommen der Schwangerschaft ein Konzeptionsoptimum gibt. Dieses liegt, von seltenen Ausnahmefällen abgesehen, bei 28-tägigem Zyklus in der Zeit vom 11. bis 15. Tage, vom Beginn der Regelblutung an gerechnet. Aus bevölkerungspolitischen Überlegungen ist zu wünschen, dass, soweit möglich, bei Beurlaubungen durch alle in Frage kommenden Organisationen hierauf Rücksicht genommen wird. Dabei ist wichtig, dass die ersten Tage des Urlaubs in die Zeit des Konzeptions-Optimum fallen. Der Truppenarzt hat die verheirateten Soldaten, insbesondere die kinderlos verheirateten hinsichtlich des Urlaubstermins zu beraten. Eine weitgehende Bekanntgabe des Konzeptions-Optimum [!] in der Öffentlichkeit erscheint nicht ratsam, da unter Umständen die Kenntnis dieser Tatsache zu gegenteiligen Überlegungen und gegenteiligem Verhalten führt. Dagegen wird es stets allgemein verstanden werden, dass Beurlaubungen Verheirateter nach Möglichkeit in die Mitte des Intervalls verlegt werden sollen. Um längere Zeit kinderlos verheirateten Soldaten zu helfen, wird es notwendig sein, dass der Truppenarzt sich hier in taktvoller Weise einschaltet, dadurch, dass er in seiner Einheit solche kinderlosen Ehen feststellt und die Männer dann seinem Kommandeur vorschlägt, nachdem er die Männer einzeln beraten hat. Diese sehr persönlichen und doch bevölkerungspolitisch wichtigen Dinge sind unter allen Umständen mit dem nötigen ärztlichen Ernst und Takt zu behandeln und den Kommandeuren in entsprechender Weise vorzutragen.«⁹²

Wie gewissenhaft die Truppenärzte und andere Offiziere solche Anweisungen umsetzten und entsprechend ihre Soldaten »aufklärten«, lässt sich nur vermuten. Zeitzuginnen berichteten jedoch immer wieder von Vorgesetzten, die ihre Männer nach der Rückkehr befragten, ob ihre Frauen nun ein Kind bekämen.⁹³

92 Russisch-deutsches Projekt zur Digitalisierung deutscher Dokumente in den Archiven der Russischen Föderation, Bestand 500, Findbuch 12480, Beutedokumente der sowjetischen Militäraufklärung, Akte 290, Übersetzte Dokumente zu Fragen des Sanitäts- und Hygienesdienstes, zur Fleckfieberbekämpfung, zur Beurlaubung von Ehemännern usw., hier: Abschrift von Abschrift beim Artillerieregiment 161, Armeearzt beim AOK 18, Geheime Anweisung zu »Beurlaubung von Ehemännern – Konzeptions-Optimum« vom 19.9.1943, <https://wwii.germandocsinrussia.org/de/nodes/2087-akte-290-ubersetzte-dokumente-zu-fragen-des-sanitats-und-hygienesdienstes-zur-fleckfieberbekampfung-zur-beurlaubung-von-ehemannern-usw#page/5/mode/inspect/zoom/4> [4.1.2022].

93 Margarete Dörr, »Wer die Zeit nicht miterlebt hat ...«. Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach, Bd. 1, Frankfurt a. M. 2007, S. 195 f.

Flankierend führte die NSDAP Veranstaltungen ein, die auf die »Förderung von Eheschließungen« lediger Soldaten zielten.⁹⁴ Anlass gaben wiederholte Hinweise verschiedener Stellen, Frontsoldaten hätten wegen der langen Abwesenheiten kaum Gelegenheit zur Pflege guter Geselligkeit und zum Kennenlernen junger Mädchen. Unter anderem sollte eine Briefzentrale Abhilfe schaffen und es den Männern erleichtern, in Kontakt mit jungen Frauen zu treten. Bormann erarbeitete ein Konzept, das neben kurzweiligen Treffen wie Tee- und Tanznachmittagen Ausflüge mit anschließendem Beisammensein, den Besuch von historischen Stätten oder die Besichtigung von Betrieben beinhaltete. Örtliche Parteivertreter wählten die Männer aus. Es sollte Rücksicht auf Familienverhältnisse sowie kurz zurückliegende »Todesfälle oder ähnliches« genommen werden und eine »genaue Überwachung« erfolgen. Während Frauenschaft und Bund Deutscher Mädel (BDM) die Auswahl der jungen Frauen steuerten, stellten die Betreuungsoffiziere der Wehrmachtkommandanturen zusammen mit den Hoheitsträgern der NSDAP sicher, dass in erster Linie Frontsoldaten zum Zuge kamen. Die Frauen hatten Anweisung, nicht in den Blusen des BDM, sondern in »netten Nachmittagskleidern« oder in Trachten zu erscheinen, um den Veranstaltungen »heimatgebundenen Charakter« und eine »persönliche Note« zu verleihen. Über den Erfolg der Veranstaltungsreihen erstatteten die Gauleiter der Parteikanzlei laufend Bericht.⁹⁵

Gewiss stellte es eine Herausforderung dar, Familiengründungen zu Kriegzeiten anzupreisen, war doch allen Beteiligten klar, dass diese von Anfang an durch die belastende Situation der Trennung überschattet sein würden, die zudem jederzeit endgültig werden konnte. Doch selbst hierauf versuchte die Propaganda eine Antwort zu geben. Sie legte den Paaren, vor allem aber den Soldaten, Eheschließung und die Zeugung von Nachkommen als nationale Pflicht für den Fall ihres Todes nahe. Der Gedanke, dass der Mann in der Erinnerung seiner Frau und im Wesen seiner Kinder weiterlebe, resultierte aus der nationalsozialistischen Ideologie, die Begriffe wie »Rasse« und »Sippe« miteinander verband.⁹⁶ Die Botschaft war zynisch und zielte auf den funktionalen Zweck der Geburtenpolitik: Die Soldaten sollten nicht trotz, sondern wegen der Todesgefahr eine Familie gründen. So würden sie zum Fortbestand ihres »Blutes« beitragen und im übertragenen Sinn »Unsterblichkeit« erlangen. Der Artikel »Gerade Deshalb«, der in mehreren Zeitungen erschien, nannte die Zeugung von Nachkommen »die größte Bewährung der Frau« und das Kind

94 Vgl. BArch, NS 6/346, Leiter der Partei-Kanzlei, Führerhauptquartier, Rundschreiben 83/44 vom 16.4.1944, Betreff: »Veranstaltungen für Urlauber: Förderung von Eheschließungen«.

95 Vgl. ebd.

96 Vgl. Walter Gross, Sippe und Volk, München 1943, S. 15.

das »Vermächtnis« des Soldaten im Krieg: »Gerade deshalb wollte sie ein Kind von ihm, dem geliebten Manne, weil sie nicht wusste, ob er je wiederkommen werde.«⁹⁷ Noch deutlicher werden die pragmatischen biopolitischen Interessen des Regimes in einem Text zur weltanschaulichen Schulung, der den Wert der »Familie als Kraftquell und Lebensgrund des Volkes« betonte. Zugleich illustriert er zusammenfassend eine Vielzahl von Themen, die hier im Kontext von kriegsbedingten Trennungen vorgestellt wurden:

»[...] eine Familie, in der der Vater eine außenstehende oder gar beiläufige Erscheinung ist, ist keine Familie. Sie ist ein Torso. Eine Familie kann Schicksalsschläge treffen. Der Krieg z. B. kann ihr den Vater nehmen. Leben aber im Erinnern der Frau und der Kinder sein Vorbild, seine männliche Haltung, seine Treue und seine Güte, so wird eine solche verwaiste Familie noch immer eine geschlosseneren Einheit und ein gesünderer Raum für die Aufzucht des Nachwuchses sein, als eine Familie, in der der Vater nicht mehr ist als der Ernährer. [...] Die Lebensweise, die Vater, Mutter und Kinder auseinanderreißt, können wir im Augenblick nicht ändern. [...] Nichts sollte Vater, Mutter und Kinder enger aneinanderschmieden als die Not, die sie auseinanderreißt oder ihr Zusammensein doch zu einem zeitlich sehr begrenzten macht.«⁹⁸

4. Fazit

Familientrennungen im Krieg und die kurzen Wiedersehen im Rahmen von Fronturlauben spielten nicht nur für die Soldaten und ihre Angehörigen, sondern auch für die staatliche und militärische Führung eine außerordentlich wichtige Rolle. Die breite und vielfältige Inszenierung des Themas in NS-Medien, mit zahlreichen Appellen, Ratschlägen, Reaktionen auf unerwünschte Entwicklungen und mehr oder weniger subtil ausgesprochenen Verhaltensanforderungen, erweist sich als sehr guter Indikator, um reale wie antizipierte Trennungsfolgen quantitativ und qualitativ zu identifizieren. Dazu zählen Entfremdungen zwischen Ehepartnern oder der Soldaten von der Heimat, brutalisierende Einsatzerlebnisse, die Belastungen der Heimatfront, Sprachbarrieren, die Umwälzung tradierter Familienkonzepte und kognitive Dissonanzen infolge zusehends divergierender Wahrnehmungswelten und Sinngebungsmus-

97 Vgl. BArch, RHD 69/77, Soldatenzeitung »Von der Maas bis an die Memel«, Artikel »Gerade deshalb«, 1.1.1942.

98 IfZ-Archiv, Db 04.16, Schriftenreihe zur weltanschaulichen Schulungsarbeit der NSDAP, »Die Familie als Kraftquell und Lebensgrund des Volkes«, Jahrgang 1942.

ter. Die medialen Eindämmungsversuche solcher Tendenzen folgten gewiss keinen fürsorgestaatlichen Motiven, sondern offenbaren in erster Linie die pragmatischen und instrumentellen Absichten, die der NS-Staat mit »Familie« im Krieg verband. So erschienen lange Familientrennungen und kurze Wiedersehen in der Propaganda stets als zwei Seiten einer Medaille. Aus diesem Wechselverhältnis wird klar, zu welcher wichtiger Ressource die Familie als kleinste soziale Einheit wurde, um die gesamte Gesellschaft zu mobilisieren.

Der monatelange, teils jahrelange Einsatz der Männer an der Front, die wachsenden Belastungen der Frauen im Haushalt oder in der Rüstungsindustrie und alle damit einhergehenden Gefahren für das Familienleben standen symbolisch für zahlreiche weitere kriegsbedingte Formen von Trennung: dem Auseinanderleben von Heimat und Front wie auch von Individuum und Kollektiv. Mit Blick auf die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges bekämpfte das Regime mit seinen propagandistischen Inszenierungen alles, was Zusammenhalt und Durchhaltebereitschaft der Gemeinschaft zu bedrohen schien. Die Familie war zwar der erste Adressat, doch war letztlich immer die Gesamtgesellschaft angesprochen. Dabei schwankten die Agitatoren je nach Sujet zwischen Verharmlosung, Anteilnahme, Mahnung und Ratschlag, wobei sich insgesamt ein Wandel zu mehr Offenheit gegenüber realen Problemlagen zeigte. Die Anpassungen der Botschaften verliefen erstaunlich synchron, sowohl zwischen Front- und Heimatzeitungen als auch bei parteiinternen Anweisungen und Schulungsblättern. Das deutet darauf hin, dass einerseits die jeweilige Kriegslage den ausschlaggebenden Faktor hierfür lieferte und dass es das Regime andererseits verstand, einen einheitlichen Willen im Kontext seiner Verhaltensanforderungen zu formulieren.

Mit Blick auf die Erwartungen des Regimes als auch auf die Neujustierungen konkreter Maßnahmen eröffnen sich weitere Zugänge, anhand derer sich – zumindest indirekt – Erfahrungen, Deutungsmuster, Handlungsspielräume oder soziale Praktiken getrennter Familien untersuchen lassen. Sie erlauben zugleich Aussagen über normative Familienkonzepte und Funktionen privater Rückzugsräume im Krieg. Dies belegte bereits die Analyse der normativen Richtlinien und der Vergabepraxis von Fronturlaub, die sich nicht nur in Relation zur militärischen Lage, sondern auch in Abhängigkeit zu den Verhältnissen in der Heimat änderten. Letztlich reagierte die Führung damit auf die Bedrohung persönlicher Beziehungsstrukturen infolge der immer längeren Kriegstrennungen. Beispielsweise durften Soldaten dann kurzfristig heimkehren, um schwierige häusliche Verhältnisse zu klären. Allerdings sanken die Transportkapazitäten, und die Front konnte immer seltener Kämpfer entbehren. Dennoch gewährte die Führung noch in den letzten Monaten des Krieges erstaunlich viele Freistellungen. Auch dies spricht für die anhaltend hohe funktionale Bedeutung des Fronturlaubs.

Ähnliche Tendenzen zeigten sich bei der Inszenierung von Soldaten als Bindeglied zwischen Front und Heimat, der Reise als Zeitspanne der inneren Transformation oder der Kommunikation über Entfremdungserfahrungen innerhalb von Familien. Verhaltenssteuernde Maßnahmen, etwa im Rahmen von Fronturlauben, setzten vor dem Aufbruch des Mannes in die Heimat ein, flankiert von medialen Manipulationsversuchen und materiellen Vergünstigungen während des Aufenthalts bei den Angehörigen. Die Eingriffe des Regimes in das private Gefüge zielten auch darauf ab, Missverständnisse und kognitive Dissonanzen infolge der langen Trennungen abzumildern.

Das »Verständnis« für die Lage der Soldaten und ihrer Angehörigen spiegelte zumindest in den ersten Kriegsjahren kaum echte Anteilnahme wider. Vor den militärischen Rückschlägen an der Ostfront ab Winter 1941/42 hatte die Propaganda die Herausforderungen durch Familientrennungen meist verharmlost und Eheleuten wie Paaren nahegelegt, es handle sich um unvermeidbare, jedoch zumutbare Begleiterscheinungen des Krieges. Zudem standen in der Anfangsphase Inhalte im Vordergrund, die viele Veteranen kannten: etwa die Schwierigkeit, im Urlaub die Gedanken von den an der Front zurückgebliebenen Kameraden zu lösen,⁹⁹ oder das schwierige Reden über Kriegserlebnisse. Erst infolge der erbitterten Kämpfe gegen die Rote Armee und der intensiveren Bombardierung des Reichsgebiets spiegelte sich in vielen Reportagen und Artikeln mehr »Empathie« wider: Sie thematisierten seelische Kriegsfolgen durch Einsatzerfahrungen und auch allgemeine familiäre Schwierigkeiten, die aus den langen Trennungen resultierten und während des Fronturlaubs hervorbrachen, mit deutlich mehr Feingefühl. Fraglich bleibt, ob dieses Verständnis ernst gemeint war oder ganz überwiegend nur funktionale Propaganda, die staatliche Anteilnahme suggerieren sollte. Für Letzteres spricht, dass sich parallel auch sture Appelle zum heroischen Durchhalten mehrten.

Hinsichtlich der Biopolitik des Regimes standen die Aspekte Kriegssehen und Kinder innerhalb der medialen Inszenierung in Relation zueinander: Die NS-Führung ging vehement gegen die vorherrschende Tendenz an, die Arbeit am »privaten Glück« angesichts kriegsbedingter Unwägbarkeiten aufzuschieben. So argumentierten etwa die »Mitteilungen für die Truppe« im März 1944, die Frau sei mit Kindern wenigstens nicht ganz einsam.¹⁰⁰ Um die Heirats- und damit die Zeugungsbereitschaft zu erhöhen, priesen die Agitatoren Paarbeziehungen als ein begehrenswertes Stück Heimat an, das jeder »Landser« im Herzen mit an die Front trage. Dies kam häufig in der Metapher des »Heimathafens« zum

99 Zum Kameradenkreis als Ersatzfamilie und zur Geborgenheit in der Kameradschaft vgl. Kühne, Kameradschaft (Anm. 27), S. 153-165.

100 Vgl. BAArch, RW 4/v-357, »Mitteilungen für die Truppe«, Artikel »Kriegskinder und Kriegssehen«, März 1944.

Ausdruck.¹⁰¹ Gleichzeitig warnten die Artikel vor falsch verstandener Moral, »zerüttete« Ehen unter allen Umständen zu erhalten, wenn keine Kinder mehr zu erwarten waren.¹⁰²

Die NS-Propaganda adaptierte normative Konzepte und tradierte Funktionen von Partnerschaft und Familie nicht stur, sondern passte sie flexibel an jeweils bestehende Kriegsnotwendigkeiten an. Das Werben um Verständnis für – wenigstens vorübergehende – Rollenverschiebungen zeigt dies ebenso wie der propagierte Wandel des Fronturlaubs vom Ort männlicher Regeneration zum »Kraftquell« für die gesamte Familie. Darin kommt die wechselseitige Abhängigkeit von Front und Heimat zum Ausdruck, wobei Kriegsgeschehen, Stimmungen und Informationsfluss darüber entschieden, welche Seite gerade mehr Fürsprache durch die andere bedurfte. Soldaten wie Angehörige spürten während des Wiedersehens durchaus, wie sehr die lange Trennung inzwischen Neujustierungen häuslicher Routinen, familiärer Strukturen oder von Verhaltens- und Sichtweisen vorangetrieben hatte. Solange dies ein gewisses Maß nicht überschritt, auftretende Schwierigkeiten als korrigierbar und ungewollte Rollenverschiebungen als reversibel empfunden wurden, konnten auch Fronturlaube, in denen Probleme auftraten, die Moral beider Seiten stärken.

Viele der bisher geschilderten Propagandafloskeln – etwa der Fronturlaub als »Kraftquell« oder die wiederkehrende Betonung lediglich »vorübergehender« familiärer Rollenverschiebungen – fanden ebenso affirmativ wie flächendeckend Eingang in Feldpostbriefe.¹⁰³ Dies lässt den Schluss zu, dass es das Regime durch Zugeständnisse in der privaten Sphäre durchaus verstand, einen Großteil unerwünschter familiärer Begleiterscheinungen im Krieg erfolgreich zu kanalisieren. Eheleute und Paare wurden demnach in ihrer sozialen Praxis oftmals unbeabsichtigt zu Werkzeugen der NS-Machthaber, zumal sich individuelle Sehnsüchte nach familiären Rückzugsorten oftmals mit den entsprechenden Angeboten und Verheißungen des Regimes deckten. So gelang es, die Familie als zentrale Ressource für den Zusammenhalt der »Volksgemeinschaft« als Kampfgemeinschaft zu instrumentalisieren. Eine Schlüsselfunktion spielte dabei die mediale Inszenierung von Familientrennungen und Wiedersehen durch die NS-Propaganda.

101 Vgl. IfZ-Archiv, Z 2068, »Mein Blatt – Illustrierte Familienzeitschrift«, 1941, 17, Artikel »Ein Seemann steuert den Hafen an«.

102 Vgl. IfZ-Archiv, Z 1012, »Das Schwarze Korps«, Artikel »Die Geschichte einer Entlobung«, 3.12.1942; IfZ-Archiv, Z 1312, Zeitschrift »Koralle. Wochenschrift für Unterhaltung, Wissen, Lebensfreude«, Artikel »Die Geschiedenen. Ein Beitrag zum neuen Ehegesetz«, 22.9.1940.

103 Vgl. Packheiser, Heimaturlaub (Anm. 5), S. 423-429.

Katerina Piro

PROJEKT »MONIKA«

Kriegstrennung und Familienplanung –
das Beispiel eines deutschen Ehepaares 1939–1941

Krieg bedeutete Trennung: Durch den Kriegseinsatz der Männer wurden Trennungen von jungen Paaren und Familien im Zweiten Weltkrieg zu einem Massenphänomen.¹ Ernst und Irene Guicking waren eines von Millionen junger deutscher Ehepaare, die dies betraf. Sie heirateten im Herbst 1939, kurz nach Beginn des Krieges, und verbrachten ihre ersten Ehejahre getrennt, unterbrochen nur durch Ernsts Fronturlaube. Sie wünschten sich Kinder. Die ständige Trennung stellte dabei eine denkbar ungünstige Bedingung für die Zeugung dar und zwang die Guickings zu einer dezidierten Familienplanung, die gleichsam zu einem Alltagsproblem ihrer Ehe im Krieg, aber auch zu einem gemeinsamen »Projekt« wurde, das über die Trennung hinweg eine Zukunftsperspektive eröffnete und Zusammenhalt stiftete.²

Eine steigende oder zumindest konstante Geburtenrate war ein wichtiges Ziel der NS-Bevölkerungspolitik. Die nationalsozialistischen Akteure dieser extrem rassistischen Politik machten sich früh Gedanken darüber, wie sie die pronatalistischen Teile dieser Politik auch unter den Bedingungen des Krieges fortsetzen konnten, um ein Absinken der Geburtenrate der Deutschen wie im Ersten Weltkrieg zu verhindern.³ So erleichterte das NS-Regime im September

1 Die bei der Wehrmacht eingesetzten Frauen schieden üblicherweise aus dem militärischen Dienst aus, wenn sie heirateten. Vgl. Franka Maubach, *Die Stellung halten. Kriegserfahrungen und Lebensgeschichten von Wehrmachtshelferinnen*, Göttingen 2009, S. 27.

2 Die biographischen Informationen zu Ernst Guicking und Irene Reitz, später verheiratete Guicking, sind der Korrespondenz und weiteren Ego-Dokumenten aus dem Nachlass entnommen, vgl. Ernst und Irene Guicking, Museumsstiftung Post und Telekommunikation Berlin (MSPT), Bestand 3.2002.0349; Jürgen Kleindienst (Hrsg.), *Sei tausendmal begrüßt. Briefwechsel von Irene und Ernst Guicking 1937-1945*, Berlin 2001; Janet Heidschmid, *Das Zeitzeugeninterview als Erweiterung der Quelle Feldpost am Beispiel des Briefwechsels zwischen Ernst und Irene Guicking 1937-1945*, unveröffentlichte Diplomarbeit, Fachhochschule Potsdam 2003.

3 Zum Geburteneinbruch im Ersten Weltkrieg, der jedoch wesentlich vom allgemeinen demographischen Wandel beeinflusst war, vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, *Lebendgeborene und rohe Geburtenziffer (1841-2019)*, <https://www.bib.bund.de/Permalink.html?id=10241086> [12.1.2022].

1939 Eheschließungen für Soldaten.⁴ Ebenso wurde den Soldaten in größerem Umfang als im Ersten Weltkrieg Heimaturlaub gewährt. Der Zusammenhalt zwischen »Front« und »Heimat« sollte so gestärkt werden.⁵ Kinder bekommen sollten allerdings nur diejenigen, die als »wertvoller« Teil der »Volksgemeinschaft« verstanden wurden, während alle als »rassisch« oder »erbbiologisch« »minderwertig« Klassifizierten auch im Krieg von der Fortpflanzung ausgeschlossen blieben.⁶ Ernst und Irene Guicking gehörten zu den Inkludierten: Sie durften und sollten Kinder bekommen. Die kriegsbedingte Trennung erschwerte es jungen Paaren allerdings trotz der staatlichen pronatalistischen Propaganda, ihr Leben – und auch die Familiengründung – selbstständig zu planen und zu gestalten.

In diesem Aufsatz geht es um die Frage, wie junge Paare, wie Ernst und Irene Guicking, Familienplanung und -gründung über die kriegsbedingte Trennung hinweg gestalteten.⁷ Inwiefern wirkten sich Trennungssituation, NS-Bevölkerungspolitik und gesellschaftliche Normvorstellungen auf die Einstellungen und Entscheidungen von Paaren aus?

- 4 Genehmigungsverfahren wurden beschleunigt, »eidesstattliche Versicherungen« bei der Ermittlung von Informationen akzeptiert sowie »Ferntrauungen« ermöglicht, vgl. den Artikel (ohne Autorenangabe) »Befreiung von Ehehindernissen bei Angehörigen der Wehrmacht«, in: Zeitschrift für Standesamtswesen 19 (1939), S. 346; Birthe Kundrus, Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1995, S. 231 f.
- 5 Vgl. Christian Packheiser, Heimaturlaub. Soldaten zwischen Front, Familie und NS-Regime, Göttingen 2020, S. 460.
- 6 Vgl. Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Geschlechterpolitik, Opladen 1986; Winfried Süß, Der »Volkkörper« im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939-1945, München 2003.
- 7 Familienplanung meint häufig insbesondere die Verhütung, hier allerdings die planvolle Gestaltung der Fortpflanzung, die Zeugung von Kindern ebenso wie die Entscheidung, diese zunächst aufzuschieben, vgl. Margrit Kaufmann, KulturPolitik – KörperPolitik – Gebären, Opladen 2002, S. 242. Familiengründung hingegen bezieht sich hier auf die Lebensphase zwischen Freundschaft/Heirat und der Geburt des ersten Kindes. Insbesondere die soziologische Forschung verwendet neben diesem Begriff noch weitere Begriffe wie Generativität, Reproduktion und spricht von Lebensphasen, Übergängen oder Passagen, vgl. Walter Bien/Jan Marbach (Hrsg.), Partnerschaft und Familiengründung, Opladen 2003. Kinderwunsch bezieht sich auf den allgemeinen Wunsch oder die Sehnsucht, ein Kind bzw. Kinder zu bekommen. Den Lebensabschnitt »Familiengründung« untersucht die Forschung meist nicht, so folgt zum Beispiel bei Kaspar von Greyerz auf die »Verlobung und Heirat« sogleich der lange Lebensabschnitt »Ehe, Haushalt und Familie«, ähnlich verhält es sich bei Heidi Rosenbaum oder Monika Wienfort, vgl. die entsprechenden Kapitel in: Kaspar von Greyerz, Passagen und Stationen. Lebensstufen zwischen Mittelalter und Moderne, Göttingen 2010; Heidi Rosenbaum, Formen der Familie, Frankfurt a.M. 1982; Monika Wienfort, Verliebt, verlobt, verheiratet. Eine Geschichte der Ehe seit der Romantik, München 2014.

Im Fokus der folgenden erfahrungsgeschichtlichen Untersuchung steht die Feldpostkorrespondenz des Ehepaars Guicking. Sie ist exemplarisch für mögliche Deutungen und Handlungen von nichtverfolgten deutschen Männern und Frauen im Zweiten Weltkrieg.⁸ Ernst Guicking und Irene Reitz, später verheiratete Guicking, lernten einander in den späten 1930er Jahren in Gießen kennen, heirateten im Jahr 1939 und bekamen während des Krieges zwei Kinder. Während Ernst den gesamten Krieg als Unteroffizier der Wehrmacht erlebte, war Irene zunächst berufstätig und zog vor der Geburt ihrer Kinder zurück in ihr Elternhaus.⁹

Eine Auswahl aus den Briefen der Guickings wurde 2001 in einer Teiledition publiziert.¹⁰ Im Folgenden wird darüber hinaus auf den umfangreichen Gesamtbestand in der Museumsstiftung Post und Telekommunikation Berlin zurückgegriffen. Diese Briefserie ist vor allem wegen der beidseitigen Überlieferung wertvoll. Deswegen sind die Briefe der Guickings für eine exemplarische Untersuchung der Familienplanung junger Paare im Krieg in besonderer Weise geeignet. Die Auswertung dieser Paarkorrespondenz erlaubt es, Wahrnehmun-

8 Vgl. Johannes Süßmann/Susanne Scholz/Gisela Engel (Hrsg.), Fallstudien: Theorie – Geschichte – Methode, Berlin 2007, insb. die Einleitung von Johannes Süßmann, S. 7-27; Beispiel einer Fallstudie aus der Forschung zum Zweiten Weltkrieg, vgl. Astrid Irrgang, Leutnant der Wehrmacht Peter Stölten in seinen Feldpostbriefen. Vom richtigen Leben im falschen, Freiburg i. Br. 2007. Einzelfallstudien unter besonderen Bedingungen: Klaus Latzel/Franka Maubach, Hochzeit in Uniform. Eheversprechen und »Volksgemeinschaft«, in: Klaus Latzel/Elissa Mailänder/Franka Maubach (Hrsg.), Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«, Göttingen 2018, S. 213-228; zu einem Pfarrerehepaar: Katerina Piro, Familie als Krisenbewältigung. Eine Mikrogeschichte aus den 1930er und 1940er Jahren, in: Claudia Dreke/Beatrice Hungerland (Hrsg.), Kindheit in gesellschaftlichen Umbrüchen, Weinheim 2022, S. 121-136. Vergleichende Studien: Katerina Piro, Kinderwunsch im Krieg. Kriegserfahrung und Fertilität in Deutschland im Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (2018), S. 471-506; Packheiser, Heimaturlaub (Anm. 5), S. 378-390; Katerina Piro, Familiengründung und Zeitlichkeit im Zweiten Weltkrieg, in: Isabel Heinemann/Verena Limper (Hrsg.), Reproduktion Körper Zeit, Themenheft der Zeitschrift Body Politics 2022 (im Erscheinen).

9 Die Kinder wurden 1941 und 1943 geboren.

10 Vgl. Kleindienst (Hrsg.), Sei tausendmal begrüßt (Anm. 2). Einige Forschungsarbeiten, die die Feldpost der Guickings ausgewertet haben: Nicholas Stargardt, The German War. A Nation under Arms 1939-1945, London 2015; Hannah Ahlheim, Der Traum vom Schlaf im 20. Jahrhundert. Wissen, Optimierungsphantasien und Widerständigkeiten, Göttingen 2017; Kerstin Wölki, »Und ab ging die Reise!« Kriegserfahrungen deutscher Soldaten in Frankreich, in: Veit Didczuneit/Jens Ebert/Thomas Jander (Hrsg.), Schreiben im Krieg – Schreiben vom Krieg. Feldpost im Zeitalter der Weltkriege, Essen 2011, S. 511-524; Michaela Kipp, »Großbreinemachen im Osten«. Feindbilder in deutschen Feldpostbriefen im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 2014; Packheiser, Heimaturlaub (Anm. 5). Bislang hat keine Untersuchung auf die Familiengründung des Paares fokussiert.

gen und Deutungen aus beiden Geschlechterperspektiven zueinander in Beziehung zu setzen sowie die »Dynamiken der Geschlechterbeziehungen« zu analysieren.¹¹ Während der Familiengründungsphase tauschten sich Ernst und Irene Guicking intensiv über ihre Wünsche, Hoffnungen und Erfahrungen aus. Ihre Familienplanung, die zwischen 1939 – dem Zeitpunkt ihrer Hochzeit – und 1941 – der Geburt ihres ersten Kindes – erfolgte, spiegelt individuelle sowie gesellschaftlich geprägte Wünsche und Widersprüche, relationale Differenzen, die Einmischung durch ihr nahes Umfeld und den Einfluss der NS-Bevölkerungspolitik wider. Am stärksten jedoch wurde die Familienplanung durch die nur selten unterbrochene Kriegstrennung beeinflusst. Die Dauer der Trennung war für sie nicht absehbar, ebenso wenig die Konsequenzen für ihre Beziehung. Unwägbare waren für Soldaten und ihre Familien auch die Gefahren während der Kampfhandlungen, der Zeitpunkt des Wiedersehens und die genauen Urlaubsregelungen. Wohl nur wenige Menschen konnten sich vorstellen, dass der Krieg, der im September 1939 begann, ähnlich lange oder gar länger dauern würde als der Weltkrieg von 1914-1918. Das traf auch auf die Guicks zu. Irene Reitz schrieb im Herbst 1939: »[...] der Krieg darf ein Jahr oder noch länger dauern, ich würde bestimmt tapfer bleiben.«¹²

Obwohl im NS-Staat die Geburtenentwicklung der Bevölkerung ein zentrales Politikfeld war, haben historische Studien zu Kriegserfahrungen von Frauen oder Männern bislang selten nach ihren Erfahrungen, Deutungen und Handlungsoptionen hinsichtlich der Familienplanung gefragt.¹³ Untersuchungen über Familien im Krieg fokussierten bislang insbesondere auf Familienpolitik oder »Rassenhygiene«, institutionelle Rahmenbedingungen, Entwicklungen in der Reproduktionsmedizin sowie auf extreme Erfahrungen wie Vergewal-

11 Ingrid Bauer/Christa Hämmerle, *Liebe und Paarbeziehungen im »Zeitalter der Briefe« – ein Forschungsprojekt im Kontext*, in: dies. (Hrsg.), *Liebe schreiben. Paarkorrespondenzen im Kontext des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2017, S. 9-56, hier S. 32; zu Arbeiten mit Paarkorrespondenzen aus dem Zweiten Weltkrieg vgl. Ulrike Jureit, *Zwischen Ehe und Männerbund. Emotionale und sexuelle Beziehungsmuster im Zweiten Weltkrieg*, in: *WerkstattGeschichte* 22 (1999), S. 61-73; Klaus Latzel/Franka Maubach, »Kriegsbrautleute«. Zukunftssehnsüchte und Beziehungsrealitäten eines nationalsozialistischen Paares im Zweiten Weltkrieg, in: *Geschichte und Wissenschaft im Unterricht* 69 (2018), S. 294-322.

12 Irene Reitz, Brief vom 15.10.1939, in: MSPT, Bestand 3.2002.0349.

13 Z. B. in den umfassenden Studien von Klaus Latzel oder Martin Humburg spielt das Thema keine Rolle, vgl. Klaus Latzel, *Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939-1945*, Paderborn 1998; Martin Humburg, *Das Gesicht des Krieges. Feldpostbriefe von Wehrmachtssoldaten aus der Sowjetunion 1941-1944*, Opladen 1998. Auch bei Margarethe Dörr gibt es kein eigenständiges Kapitel zu diesem Thema. Vgl. Margarethe Dörr, »Wer die Zeit nicht miterlebt hat ...« *Frauenenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach*, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1998.

tigung, illegitime Kinder oder die Mutterschaft von Zwangsarbeiterinnen.¹⁴ Häufiger wurden langfristige Trends im Nationalsozialismus beleuchtet, seltener Kriegserfahrung und Kriegstrennung als prägendes Element von Partnerschaften und Familien erkannt.¹⁵ Dabei war die Kriegseinwirkung auf die Familienplanung vielfältig und geriet teilweise in Widerspruch zu gesellschaftlichen Wert- und Normvorstellungen: Heiraten und Kinderwünsche wurden vorgezogen, verschoben oder aufgrund der Umstände völlig verhindert, Familienangehörige wurden verletzt, verstarben oder blieben vermisst, Lebensumstände veränderten sich teils radikal.

Die historische Forschung zur Fertilität verwendet insbesondere empirische Methoden und Massendaten; erst seit wenigen Jahren orientiert sie sich stärker an der Diskurs- und Wissensgeschichte.¹⁶ Ego-Dokumente als Quellen wurden bei der Erforschung von Familienplanung und -gründung bisher vernachlässigt.¹⁷ Doch Briefe können, wenn sie mithilfe eines hermeneutischen Zugangs quellenkritisch untersucht werden, nach Gunilla Budde »Einblicke in private, vor der Außenwelt abgeschirmte Sphären bieten, das anderen Quellen nur ansatzweise oder auch gar nicht gelingt.«¹⁸ In einer solchen privaten Sphäre zwischen zwei Menschen vollzieht sich die Familienplanung. Für die Zeit des Zweiten Weltkriegs stellen Feldpostbriefe, wie die der Guickings, eine

- 14 Exemplarisch: Bock, Zwangssterilisation (Anm. 6); Kundrus, Kriegerfrauen (Anm. 4); Wiebke Lisner, Geburtshilfe im Kontext von Gemeinschafts- und Rassenpolitik. Hebammen als weibliche Expertinnen im »Reichsgau Wartheland« 1939-1945, in: Detlef Schmichen-Ackermann/Marlis Buchholz/Bianca Roitsch/Christiane Schröder (Hrsg.), Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018, S. 311-326; Amy Carney, Marriage and Fatherhood in the Nazi SS, Toronto 2018; Marcel Brüntrup, Verbrechen und Erinnerung. Das »Ausländerkinderpflegeheim« des Volkswagenwerks, Göttingen 2019.
- 15 Zu Familien während des Krieges exemplarisch: Hester Vaizey, Surviving Hitler's War. Family Life in Germany 1939-48, Basingstoke 2010; Nicholas Stargardt, »Maikäfer flieg!« Hitlers Krieg und die Kinder, München 2006; Lu Seegers, »Vati blieb im Krieg«. Vaterlosigkeit als generationelle Erfahrung des 20. Jahrhunderts – Deutschland und Polen, Göttingen 2013.
- 16 Beispiele für die drei Methoden: John Knodel, Demographic Behaviour in the Past, Cambridge 1988; Christiane Diemel, Kinderzahl und Staatsräson. Empfängnisverhütung und Bevölkerungspolitik in Deutschland und Frankreich bis 1918, Münster 1995; Wolfgang König, Das Kondom. Zur Geschichte der Sexualität vom Kaiserreich bis in die Gegenwart, Stuttgart 2016.
- 17 Mit Ausnahme von Studien zur Frühen Neuzeit, vgl. Maren Lorenz, »... als ob ihr ein Stein aus dem Leib kollerte...«. Schwangerschaftswahrnehmungen und Geburtserfahrungen von Frauen im 18. Jahrhundert, in: Richard van Dülmen (Hrsg.), Körper-Geschichten, Frankfurt a. M. 1996, S. 99-121.
- 18 Gunilla Budde, Geschichtswissenschaft, in: Marie-Isabel Matthews-Schlinzig/Jörg Schuster/Gesa Steinbrink/Jochen Strobel (Hrsg.), Handbuch Brief. Von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, Berlin 2020, S. 61-80, hier S. 68.

wichtige Quelle zur Erforschung von Paarbeziehungen dar. Wie Jens Ebert ausführt, waren Feldpostbriefe »Informationsquelle«, »Mitteilungsmedium« und »der Versuch der Fortsetzung des Lebens im Frieden mit anderen Mitteln«. ¹⁹ Während militärische oder andere als brisant erachtete Themen auch aufgrund der Zensur eher nur angedeutet oder verschwiegen wurden, ist in den Briefen zwischen »Heimat« und »Front« kaum ein alltagsrelevantes Thema ausgespart geblieben. ²⁰ Ein Großteil der im Verlauf des Zweiten Weltkriegs eingesetzten Soldaten war im »besten« heiratsfähigen Alter. ²¹ Dieses variierte zwar nach Schichtzugehörigkeit, Bildungsgrad, Herkunftsort oder Beruf, lag im Jahr 1939 bei 24 bzw. 25 Jahren für Frauen und Männer. ²² So erstaunt es nicht, dass auch Heirat und Nachwuchs Themen waren, die junge Paare in der Feldpost beschäftigten. Quellenkritisch anzumerken ist, dass Briefe – so auch die der Guickings – nicht die Realität selbst abbilden, sondern ihre individuelle Aneignung sowie subjektive Deutungen und Selbstinszenierungen. ²³ Häufig erschließen sich zudem Andeutungen und Kontexte nur dem Schreibenden oder intendierten Adressaten, während sie sich allen anderen mit Lücken, Widersprüchen und Zweideutigkeiten präsentieren.

Die Feldpostkorrespondenz des Ehepaars Guicking zeigt, welche starken Auswirkungen die Kriegstrennungen auf Paar- bzw. Familienbeziehungen sowie Familienplanung hatten. Die Einzelfallstudie gewährt mikrogeschichtliche Einblicke in Normvorstellungen und soziale Praktiken der Familienplanung als

- 19 Jens Ebert, *Erzwungene Distanz, ungewohnte Kommunikation, öffentliches Interesse. Deutsche Feldpostbriefe im 20. Jahrhundert*, in: Norman Kasper/Jana Kittelmann/Jochen Strobel/Robert Vellusig (Hrsg.), *Die Geschichtlichkeit des Briefs. Kontinuität und Wandel einer Kommunikationsform*, Berlin 2021, S. 283–294, hier S. 284.
- 20 Vgl. Clemens Schwender, *Formale und inhaltliche Erschließung von Ego-Dokumenten aus dem Zweiten Weltkrieg – Erfahrungen aus der Feldpostsammlung Berlin*, in: Manfred Seifert/Sönke Friedreich (Hrsg.), *Alltagsleben biografisch erfassen. Zur Konzeption lebensgeschichtlich orientierter Forschung*, Dresden 2009, S. 79–92, hier S. 90, zit. nach Ebert, *Erzwungene Distanz* (Anm. 19), S. 284.
- 21 Insgesamt waren im Zweiten Weltkrieg mehr als 18 Millionen überwiegend männliche Deutsche in der Wehrmacht (oder Waffen-SS) eingesetzt. Rund 17 % der Soldaten waren Jahrgang 1905 und älter; 25 % waren Jahrgang 1921 und jünger. Vgl. Rüdiger Overmans, *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, München 1999, S. 226. Zu den rund eine halbe Million zählenden Wehrmachtshelferinnen, vgl. ebd., S. 215; Franz Seidler, *Frauen zu den Waffen? Marketenderinnen, Helferinnen, Soldatinnen*, Koblenz 1978.
- 22 Vgl. Statistisches Reichsamt (Hrsg.), *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42*, Berlin 1942, S. 72.
- 23 Elke Scherstjanoi, *Als Quelle nicht überfordern! Zu Besonderheiten und Grenzen der wissenschaftlichen Nutzung von Feldpostbriefen in der (Zeit-)Geschichte*, in: Didczuneit/Ebert/Jander (Hrsg.), *Schreiben im Krieg* (Anm. 10), S. 117–126.

ein sowohl NS-bevölkerungspolitisch als auch individuell zentrales, den Alltag prägendes Problem- und Handlungsfeld.

1. Schreiben über den Kinderwunsch: Von Andeutungen, Aushandlungen und Einmischungen

Für Ernst und Irene Guicking begann die Lebensphase der Familiengründung im Herbst 1939, als sie sich über den gemeinsamen Kinderwunsch verständigten, heirateten und über die Familienplanung zu verhandeln begannen. Eigentlich erlebten sie eine zeittypisch erscheinende Beziehungsabfolge. Dabei war die Kriegstrennung nicht nur der Grund für ihre schriftliche Kommunikation, sondern auch ein relevanter Streitpunkt.

Trennung an sich war für das Paar nichts Außergewöhnliches. Man hatte sich im Frühjahr 1937 in Gießen kennengelernt, wo Ernst in der örtlichen Kaserne untergebracht war und Irene als ausgebildete Gärtnerin in einem Betrieb arbeitete. Seitdem war der junge Berufssoldat bereits vielerorts eingesetzt gewesen: Im Sommer 1937 schrieb er aus Ohrdruf in Thüringen; im Frühjahr 1938 aus Siegen, sowie aus Wildflecken bei Fulda; im Sommer 1938 aus Wiltingen bei Trier. Wenn er sich zwischen den Lehrgängen und Übungen nicht in Gießen aufhielt, reiste er nach Nordhessen auf den elterlichen Bauernhof, während Irene an den Wochenenden häufig ihre Familie in einer Kleinstadt bei Fulda besuchte. Sie erlebten zunächst ähnliches wie andere getrennte Paare, so zum Beispiel Wander- oder Saisonarbeiterpaare oder Geschäftsreisende. Markierte der Kriegsbeginn für viele Paare den Zeitpunkt, ab dem eine Briefkorrespondenz begann, sind von den Guickings bereits mehr als 130 Briefe und Postkarten aus der Vorkriegszeit erhalten.²⁴ Eine Kriegstrennung, die Ernst aus einem zivilen Berufsleben herausgerissen und für Irene eine erste größere Trennung von einem normalerweise meist anwesenden Partner bedeutet hätte, gab es also für das Paar nicht. Auch der Kriegsbeginn bedeutete zunächst keine Zäsur: Während Ernst Guicking bereits im Herbst 1938 bei der Besetzung des »Sudetenlandes« beteiligt war, nahm er am Überfall auf Polen nicht teil. Seit August 1939 befand er sich mit seiner Einheit im deutsch-französischen Grenzgebiet. Hier wurde in den folgenden Wochen auf beiden Seiten die Zivilbevölkerung

24 Weder Ernst Guicking noch Irene Reitz haben in ihren Berufen als Soldat bzw. Gärtnerin häufiger geschrieben. Vgl. Ebert, *Erzwungene Distanz* (Anm. 19), S. 287; Katerina Piro, »Buchstaben malen« mit »schreibungewohnten Händen«. Vom Viellesen und Vielschreiben im Zweiten Weltkrieg, in: Matthias Aumüller/Carolin Reimann/Johanna Wildenauer (Hrsg.), *Zwischen Dokument und Fiktion – Kriegserfahrungen und literarische Formen im 20. Jahrhundert*, Berlin 2021, S. 226-244.

evakuiert, bevor der sogenannte »Sitzkrieg« oder »drôle de guerre« begann.²⁵ Ernst Guicking war also in diesem Zeitraum nur wenig in Kampfhandlungen einbezogen.

Bei einem seiner Einsätze Mitte September fand Ernst Guicking eine Gummimatte, nahm sie mit und schickte sie seiner Freundin mit nicht leicht zu entschlüsselnden Hinweisen:

»Ich habe da roten Gummistoff. Weißt Du, für was der zu gebrauchen ist? Lach jetzt nicht, aber der Gedanke ist doch ganz groß. Ich habe ihn hier bei einer Räumungsarbeit gefunden. Er war mir zu schade, um ihn auf dem großen Trümmerhaufen liegen zu lassen. Wozu kannst Du ihn brauchen? Würdest Du mir mal das in Deinem nächsten Brief mitteilen?«²⁶

Nachdem sich das Paket verzögert und Irene auch drei Wochen später noch nicht auf dieses Thema reagiert hatte, schrieb er: »Ja, der rote Stoff. Paßt der nicht wunderbar in unser Kinderbett?«²⁷ Die Erwähnung des als Nässeschutz gedachten Utensils ist die erste überlieferte Thematisierung des Kinderwunsches.

Einerseits erscheint es kaum erwähnenswert, dass ein junges Paar nach zweieinhalb Jahren Freundschaft über eine Eheschließung und Kinder nachdachte. Beide Partner waren zu dieser Zeit 23 Jahre alt, also durchaus im heiratsüblichen Alter.²⁸ Das Thema Heirat war 1939 für beide nicht ganz neu. Allerdings wollten sie bis nach dem Krieg mit einer Eheschließung warten. Ernst schrieb noch im September: »[...] Eins kann ich Dir sagen, wenn er [der Krieg] vorüber ist, ist auch das Warten für uns beide vorbei.«²⁹ Tatsächlich gab es viele Gründe, um auf eine Heirat zu »warten«: Ein Ehehindernis konnte beispielsweise die finanzielle Situation des Paares sein.³⁰ Die Forschung betont zwar, dass im 20. Jahrhundert nicht mehr ökonomische Kriterien, sondern Neigung und Liebe als

25 Zu der Zeit der weitgehenden militärischen Inaktivität im Westen zwischen der Kriegserklärung und dem 10. Mai 1940, dem Beginn des deutschen »Westfeldzugs«, vgl. Hans-Jürgen Heimsoeth, *Der Zusammenbruch der Dritten Französischen Republik. Frankreich während der »Drôle de Guerre« 1939/1940*, Bonn 1990; Hans-Christian Herrmann, *Die Freimachung der Roten Zone 1939/40*, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend* 32 (1984), S. 64-89.

26 Ernst Guicking, Brief vom 23.9.1939, in: MSP, Bestand 3.2002.0349. Dort auch alle übrigen Briefe aus der Korrespondenz des Ehepaars Guicking, die im Folgenden zitiert oder erwähnt werden.

27 Ernst Guicking, Brief vom 12.10.1939.

28 Vgl. Statistisches Reichsamt (Hrsg.), *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42*, Berlin 1942, S. 72.

29 Ernst Guicking, Brief vom 20.9.1939.

30 Vgl. Christophe Duhamelle/Jürgen Schlumbohm (Hrsg.), *Eheschließungen im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts. Muster und Strategien*, Göttingen 2003.

ausschlaggebend für eine Eheschließung galten.³¹ Allerdings blieben Fragen der Lebensfinanzierung, des Wohnens und der Einrichtung relevant. Wer auf ein Gehalt angewiesen war, wie Ernst Guicking, konnte sein Einkommen durch Beförderung verbessern – was Ernst tatsächlich als Voraussetzung für eine Heirat sah. Er ging davon aus, befördert zu werden, wenn der Krieg zumindest einige Monate dauerte und er sich dabei beweisen könnte.³² Ernst Guicking projizierte auf das Ende des Krieges die Erwartung einer gesicherten finanziellen Situation, die er als Voraussetzung für eine Heirat betrachtete und verschob zunächst konkretere Hochzeitsplanungen in diese Zukunft.

Wenige Wochen nach Kriegsbeginn schrieb Ernst Guicking allerdings der Familiengründung eine neue Aktualität zu, als er Irene die Gummimatte schickte. Als Irene diese in Händen hielt, erwiderte sie zunächst:

»Ich mußte ja so lachen, wie ich las, was aus dem roten Stoff werden soll. Ich glaube beinahe, ich habe einen roten Kopf bekommen. Unsere ganze Zukunft liegt jetzt so nahe, daß ich es wirklich nicht mehr fertig bringe, darüber zu lächeln. Wie ich es früher immer so gerne tat.«³³

Während »Mutterschaft« in der Gesellschaft offen besprochen und propagiert wurde, zeigt Irenes Andeutung ihrer Verlegenheit, dass es – jedenfalls für Unverheiratete – auch in einer bereits zwei Jahre währenden Beziehung schambehaftet schien, über den Kinderwunsch zu kommunizieren.³⁴ Zu eng verschränkt war das Thema mit der tabubelasteten Sexualität.³⁵ Um dieses Tabu in der Kommunikation zu umgehen, setzen Menschen auf Andeutungen und Umschreibungen.³⁶ Der Gummistoff fürs Kinderbettchen erlaubte es Ernst

31 Vgl. Wienfort, *Verliebt, Verlobt, Verheiratet* (Anm. 7), S. 50; Annette Remberg, *Wandel des Hochzeitsbrauchtums im 20. Jahrhundert*, Münster 1995, S. 3-5.

32 Ernst Guicking, Brief vom 21.10.1939.

33 Irene Reitz, Brief vom 17.10.1939.

34 Vgl. Irmgard Weyrather, *Muttertag und Mutterkreuz. Der Kult um die »deutsche Mutter« im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1993. Überlegungen oder Gespräche über die Familiengründung finden in einer Partnerschaft zumeist mündlich statt, seltener werden sie zu Papier gebracht, einem Tagebuch oder einer Briefkorrespondenz anvertraut. Erhaltene Aufzeichnungen hierzu sind bislang kaum untersucht worden. Vgl. Josef Ehmer, *Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie 1800-2010*, München 2013, S. 108.

35 Irene Reitz' angebliche Verlegenheit bedeutet nicht zwingend, dass sie wenig Erfahrung oder Wissen über Sexualität gehabt hätte, vgl. Dagmar Herzog, *Hubris and Hypocrisy, Incitement and Disavowal: Sexuality and German Fascism*, in: dies. (Hrsg.), *Sexuality and German Fascism*, New York 2002, S. 1-21, hier S. 7.

36 Vgl. Brigitte Semanek, *Von »schönen Stunden«*. Die Sprache des Sexuellen in Briefen von den 1870er zu den 1970er Jahren, in: Bauer/Hämmerle (Hrsg.), *Liebe schreiben* (Anm. 11), S. 291-324.

und Irene, das schwierige Thema zu besprechen. Die Materialität des Stoffes machte andernfalls nicht Sagbares sagbar und überbrückte die Trennung.

Ernst Guicking hatte mit der Anspielung auf ein gemeinsames Kind seine Ernsthaftigkeit im Prozess der Eheanbahnung gezeigt. Außerdem hatte er mit diesem Vorstoß dem männlichen Rollenmuster entsprochen, nach dem die Initiative zur Heirat vom Mann ausgehen sollte.³⁷ Nach wenigen ausgetauschten Briefen war sich das Paar einig: Sie konnten sich eine gemeinsame Zukunft und Kinder vorstellen.³⁸ Was beide nicht artikulierte, war die Herkunft der Gummimatte. »Räumungsarbeit« war eine Verharmlosung der Plünderungen durch deutsche Soldaten an der französischen Grenze. Soldaten bereicherten sich im Grenzgebiet an privatem Eigentum, da sie davon ausgingen, dass das Gebiet in Kürze Kriegsgebiet sein würde.³⁹ Von wem die Gummimatte stammte, hinterfragten weder Ernst Guicking noch Irene Reitz, sondern sie fokussierten auf den eigenen Nutzen und die Bedeutung des Gegenstandes für ihr eigenes Leben.⁴⁰ Irene sorgte sich immerhin über das Gerede der Leute, während Ernst ihr versicherte:

»[...] ein Räubern gibt es hier nicht. Das versuche allen klar zu machen. Du darfst nicht glauben, daß wir in den Dörfern herumgefallen sind, wie die Unersättlichen, nein, alles ist vorschriftsmäßig gelaufen.«⁴¹

Während Ernst Guicking bei seiner Tätigkeit moralische Grenzen überschritt, dachte er an seine private Zukunft.⁴² Einerseits zählt solch ein Nebeneinander von Themen zu den typischen Merkmalen von Feldpostbriefen.⁴³ Andererseits entsteht hier die Vermutung, dass gerade die Erfahrung erster Kriegshandlungen bei Ernst das emotionale Bedürfnis einer Festigung seiner Beziehung zu Irene weckte und die Zusendung der Matte als Beziehungsarbeit verstanden werden kann.⁴⁴

37 Vgl. Wienfort, *Verliebt, Verlobt, Verheiratet* (Anm. 7), S. 43-45.

38 Irene Reitz, Brief vom 18.10.1939.

39 Vgl. Maude Williams, »Ihre Häuser sind gut bewacht«. Kriegskommunikation und Evakuierung in Deutschland und Frankreich 1939/40, Berlin 2019, S. 320f.; Williams erwähnt, dass französische Soldaten ähnlich handelten, vgl. ebd.

40 Vgl. Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt a. M. 2005.

41 Vgl. Irene Reitz, Brief vom 4.11.1939; Ernst Guicking, Brief vom 11.11.1939.

42 Vgl. Irmtraut Eder-Stein, *Plünderungen im Freimachungsgebiet 1939/1940. Ein Straftatbestand in Strafrecht und Rechtsprechung des NS-Staates*, in: Wolfgang Haubrichs/Wolfgang Laufer/Reinhard Schneider (Hrsg.), *Zwischen Saar und Mosel, Saarbrücken 1995*, S. 419-436.

43 Vgl. Budde, *Geschichtswissenschaft* (Anm. 18), S. 74f.

44 Vgl. Andrew Bergerson/Laura Fahnenbruck/Christine Hartig, *Working on the Relationship. Exchanging Letters, Goods and Photographs in Wartime*, in: Elizabeth Harvey/

Da beide von einem kurzen Krieg ausgingen, schrieb Ernst Guicking noch im November 1939, als er bereits die Ringe gekauft hatte, von einer Heirat »nach dem Krieg«.45 Beide nahmen an, dass mit dem Kriegsende auch die Trennung aufgehoben würde und Ernst in Gießen in der Garnison arbeiten könnte.46 Doch im Herbst 1939 kamen mehrere Umstände zusammen, die eine Heirat, trotz unklarer Kriegsverhältnisse, aus Ernsts Sicht begünstigten: Er erwartete eine Beförderung zum Unteroffizier, mit der auch eine Gehaltserhöhung zusammenhing, wodurch eine Finanzierung der künftigen Familie gesichert war.47 Zudem war die Eheschließungsverordnung für Mitglieder der Wehrmacht gelockert, ein Mindestheiratsalter von 24 Jahren aufgehoben und die Besoldung für verheiratete Soldaten erhöht worden.48 Als der Kriegszustand andauerte und Ernst Guicking länger auf Heimaturlaub warten musste als erwartet, reichte ihm Irenes Einwilligung zur Heirat nicht mehr aus, er wollte diese nun sobald wie möglich realisieren. Irene musste mehrfach nachhaken, um seine Gründe für die Beschleunigung der Heiratspläne zu verstehen.49 Ernst befürchtete, nicht mehr von der Kriegsbesoldung der Wehrmacht für »Verheiratete« profitieren zu können, sobald der Krieg beendet war.50 Die Korrespondenz dieser Monate zeigt, wie schnell es über die Distanz aufgrund verzögerter Postzustellungen, unklarer Formulierungen, aber auch unterschiedlicher Erfahrungen und sich verändernder Rahmenbedingungen zu Missverständnissen kommen konnte. Tatsächlich heiratete das Paar an Weihnachten 1939, als weder der Krieg beendet war noch ein Ende der Trennung in Aussicht stand.

Während Ernst und Irene das Thema Kinder nach der klärenden Korrespondenz rund um die Gummimatte vorerst nicht wieder aufgriffen, tat dies Irenes Mutter. Eltern waren insbesondere dann bei der Partnerwahl involviert, wenn wirtschaftliche Interessen im Vordergrund standen.51 So waren Irenes Eltern,

Johannes Hürter/Maiken Umbach/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Private Life and Privacy in Nazi Germany*, Cambridge 2019, S. 256-279.

45 Ernst Guicking, Brief vom 18.11.1939.

46 Vgl. Ernst Guicking, Brief vom 18.11.1939; Irene Reitz, Brief vom 4.11.1939. Eine weitere Möglichkeit, die das Paar diskutierte, war, dass Ernst – mit Irene zusammen – nach einem gewonnenen Krieg nach Afrika gehen könnte, vgl. Irene Reitz, Brief vom 19.10.1939.

47 Vgl. Ernst Guicking, Brief vom 14.10.1939. Ernst wurde zum Feldwebel befördert, vgl. Irene Reitz, Brief vom 8.12.1939. Zum Familienunterhalt der Wehrmacht, vgl. Kundrus, *Kriegerfrauen* (Anm. 4), S. 245-254.

48 Vgl. ebd., S. 231 f.

49 Vgl. Irene Reitz, Briefe vom 15.10.1939 und 4.11.1939.

50 Vgl. Ernst Guicking, Briefe vom 21.10.1939 und 11.11.1939.

51 Vgl. Wienfort, *Verliebt, Verlobt, Verheiratet* (Anm. 7), S. 50f. Studien über Eheanbahnungen bestätigen, dass Mütter bzw. Schwiegermütter eine wichtige Rolle sowohl bei den Vorbereitungen der Heirat als auch bei den Aushandlungen spielten. Vgl. ebd.,

Paula und Hermann Reitz, einer Heirat gegenüber zunächst eher skeptisch eingestellt und änderten ihre Meinung erst, als Ernst bei der Wehrmacht befördert werden sollte.⁵² Dann sagten sie dem Paar ihre Unterstützung zu, doch Paula Reitz mahnte:

»Zur Zeit ist es unmöglich einen eigenen Hausstand zu gründen. Die Möbel sind sehr schwer zu beschaffen, alle Geschäfte sind ausverkauft. Man bekommt keinen Stuhl ohne Bezugsscheine. Die Zuteilung zur Wäsche ist so knapp, daß man nicht einmal wechseln kann. Also Du siehst, auf dem ganzen Gebiet nur Schwierigkeiten. Vor allen Dingen rate ich Euch, als Mutter, nicht gleich mit Kindern anzufangen, denn das würde Euch wieder manches zu nichte machen. Ich hoffe doch, daß ihr so vernünftig seid. Auch wir haben im Krieg geheiratet und so manches Unangenehme mußten wir auf uns nehmen. Ich meine es nur gut mit Euch und spreche aus Erfahrung.«⁵³

Spätere Äußerungen Irenes deuten darauf hin, dass sie diese Meinung teilte. Von Ernsts Vater sind ebenfalls Briefe aus dieser Zeit erhalten. Zwar äußerte sich Bernhard Guicking nicht direkt zu Kindern, allerdings riet auch er dem Paar zu warten, »bis der Schlamassel vorüber ist«.⁵⁴ Ernst schrieb selbstbewusst und uneinsichtig an Irene: »Weshalb sind Deine Eltern nur so ängstlich? Ich kann das gar nicht verstehen.«⁵⁵

Nach der Hochzeit griff Ernst Guicking das Thema Kinder wieder auf und bat Irene, über die gemeinsame Zukunft nachzudenken und sich ihm mitzuteilen.⁵⁶ Hier ist zu hinterfragen, weshalb das Paar nicht das direkte Gespräch während des gemeinsam verlebten Urlaubs gesucht hatte. Möglicherweise war es einfacher, über manches als schwierig erachtete Thema schriftlich zu kommunizieren. So Irene: »Schließlich geht so etwas auch viel besser, wenn man es

S. 146f.; Martina Herrmann, Sophie Isler verlobt sich. Aus dem Leben der jüdisch-deutschen Minderheit im 19. Jahrhundert, Köln 2016, S. 188-198.

52 Paula und Hermann Reitz hinterfragten eine Reihe von Umständen: Irene und Ernst seien noch zu jung, sein Gehalt nicht ausreichend, die Freundschaft habe nicht lange genug bestanden, zudem sei die Kriegssituation keine gute Zeit, um eine Ehe einzugehen. Darauf Irene Reitz, Brief vom 20.11.1939: »Mein Vater meinte, wir hätten doch noch ein paar Jahre Zeit. Die Mutti sagte dann, wie er sich das vorstellen würde. Und ich erwiderte, jawohl, wir warten, so lange wie Du auch gewartet hast mit dem Heiraten. ›Du warst nämlich auch 23 Jahre alt, aber das nur so nebenbei.« Weitere Briefe: Paula Reitz an Irene Reitz, Brief vom 28.10.1939; Paula Reitz an Ernst Guicking, Brief vom 1.11.1939; Paula und Hermann Reitz an Ernst Guicking, Brief vom 23.11.1939; Ernst Guicking an Hermann Reitz, Brief vom 30.11.1939.

53 Paula Reitz an Ernst Guicking, Brief vom 5.12.1939.

54 Bernhard Guicking, Brief vom 23.10.1939.

55 Ernst Guicking, Brief vom 16.12.1940.

56 Vgl. Ernst Guicking, Brief vom 7.2.1940.

schriftlich macht.«⁵⁷ Sie argumentierte ganz im Sinne des mütterlichen Briefes und schrieb von der Wohnung, die zuerst gefunden und eingerichtet sein müsse:

»Und dann, wenn wir endlich für uns sind, dann wollen wir erst richtig anfangen zu leben. Und später möchtest Du einmal Kinder haben. Vielleicht so drei oder vier, denen Du ein guter und vorbildlicher Vater sein möchtest. Du hast ja Kinder sehr gern. Ich hab es schon so oft beobachten können.«⁵⁸

Hier brach Irene Guicking die Beschreibung ihre Projektionen über die Zukunft der Familie nach dem Krieg ab.⁵⁹

Die von Irene ihrem Mann zugeschriebene gewünschte Kinderzahl näherte sich dem NS-Familienleitbild: »Drei oder vier Kinder« entsprachen der von Hitler und anderen NS-Ideologen propagierten minimalen Kinderzahl.⁶⁰ Johanna Haarer, die bekannteste Elternratgeber-Autorin des »Dritten Reichs«, schrieb: »Deutschland, heute noch vergreist und überaltert, kann nur dann wieder ein kinderreiches Land der Jugend werden, wenn aus jeder Ehe vier Kinder hervorgehen. Die Zeit der Zwei-, Ein- und Keinkindehe muß überwunden werden um jeden Preis!«⁶¹ Den NS-Bevölkerungsideologen ging es zwar um die Steigerung der Geburtenrate, allerdings nur im Sinne einer »rassereinen« Gesellschaft.⁶² Seit 1939 wurde »wertvollen« deutschen Müttern mit vier oder mehr Kindern das Mutterkreuz verliehen.⁶³ Ab vier Kindern gab es außerdem eine Reihe von staatlichen Familienbeihilfen, und auch das Ehestandsdarlehen konnte, wenn man vier Kinder bekam, komplett erlassen werden.⁶⁴ Allerdings

57 Irene Guicking, Brief vom 15.10.1939.

58 Irene Guicking, Brief vom 11.2.1940.

59 Zu einem anderen Paar und dessen idealisierter Nachkriegswelt, vgl. Klaus Latzel/Franka Maubach, »Kriegsbrautleute« (Anm. 11).

60 Vgl. Norbert F. Schneider/Sabine Diabaté/Kerstin Ruckdeschel (Hrsg.), Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben, Opladen 2015; Hitler's Table Talk 1941-1944. His Private Conversations, London 1953, S. 74, zit. nach Lisa Pine, Nazi Family Policy, 1933-1945, Oxford 1997, S. 98.

61 Johanna Haarer, Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind, München 1941 (zuerst 1934), S. 9.

62 Vgl. Bock, Zwangssterilisation (Anm. 6), S. 116-139.

63 Vgl. Weyrather, Muttertag und Mutterkreuz (Anm. 34).

64 Auch Ernst und Irene Guicking beantragten und erhielten ein Ehestandsdarlehen, vgl. Irene Guicking, Brief vom 12.7.1940. Zur Darlehenstilgung vgl. Anke Wunder, Pflichten statt Rechte? Die Mobilisierung und Demobilisierung von Frauenarbeit im Kontext des Ersten und Zweiten Weltkriegs, Wiesbaden 2004, S. 116. Mit vielen Kindern konnten Familien allerdings auch abschätzig als »asozial« eingeschätzt werden. Zu den Themenkomplexen »Kinderreichtum« und »Asoziale«, vgl. Pine, Nazi Family Policy (Anm. 60), S. 88-146; Kerstin Thiel, »Volksgemeinschaft« unter Vorbehalt. Ge-

stellte sich Irene Guicking, anders als ihr Mann, eher nur zwei Kinder vor, was an ihrem unterschiedlichen familiären und sozialen Hintergrund gelegen haben könnte.⁶⁵ Sie schrieb über die künftige gemeinsame Wohnung und erwähnte zum »Fremdenzimmer«: »Platz für ein zweites Bettchen muß noch übrigbleiben.«⁶⁶ Die von Irene angedeutete Kleinfamilie entsprach der tatsächlichen Größe der durchschnittlichen deutschen Familie. Mit dem Fertilitätswandel, der sich in Deutschland und in den westlichen Industriestaaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchgesetzt hatte, waren Familien mit zwei bis drei Kindern zur Norm geworden, die mit der von Johanna Haarer beschriebenen Großfamilie nicht kompatibel war.⁶⁷

Wenige Tage später ergänzte Irene Guicking ihre Familienvorstellungen und betonte: »Natürlich wollen wir erst eine Zeitlang allein bleiben.«⁶⁸ Denn für Irene schien es selbstverständlich, dass auch nach der Eheschließung eine Schwangerschaft aufgeschoben werden konnte. Dies zeigt, dass sie vom Mentalitätswandel, der den Rückgang der Fertilität in der deutschen Gesellschaft begleitete, geprägt war: Sie wusste, dass es mittlerweile möglich war, nur noch so viele Kinder zu bekommen, wie man wollte.⁶⁹ Tatsächlich deutete Irene in späteren Äußerungen an, über Verhütungsmöglichkeiten wie die Kalendermethode, Kondome oder Scheidenduschen Bescheid zu wissen.⁷⁰ Für Irene sollten jedoch vor Erfüllung des Kinderwunsches zunächst die Rahmenbedingungen stimmen: Der Krieg sollte beendet und die kriegsbedingte Trennung aufgehoben sein, dann erst wollte sie Kinder.

Möglicherweise hing Irenes Haltung zur Familienplanung nicht nur mit den Ratschlägen ihrer Mutter zusammen, sondern war auch dem Umstand geschuldet, dass sie einer Arbeit nachging. Sie hatte Gärtnerin gelernt, arbeitete in einer Gießener Gärtnerei und mietete bei einer Tante im Ort ein Zimmer. Zwar er-

sinnungskontrolle und politische Mobilisierung in der Herrschaftspraxis der NSDAP-Kreisleitung Göttingen, Göttingen 2014, S. 248-253.

65 Irene Guicking kam aus einem städtischen Milieu, ihr Vater war Beamter. Ernst Guicking stammte aus einer größeren Familie auf einem Bauernhof. Besonders religiös waren beide nicht, allerdings spielte die Kirche in seiner Jugend wohl eine größere Rolle als bei Irene. Die Einflussfaktoren auf das generative Verhalten sind vielfältig, Ländlichkeit/Urbanität, Religiosität sowie Familieneinflüsse gehören dazu, vgl. Ehmer, Bevölkerungsgeschichte (Anm. 34), S. 99-113.

66 Irene Guicking, Brief vom 15.2.1940.

67 Reinhard Spree, Der Geburtenrückgang in Deutschland vor 1939, in: Institut für Demographie (Hrsg.), Demographische Informationen, Wien 1984, S. 49-68, hier S. 62.

68 Irene Guicking, Brief vom 15.2.1940.

69 Vgl. Ehmer, Bevölkerungsgeschichte (Anm. 34), S. 41-45; Isabel Heinemann, Vom »Kindersegen« zur »Familienplanung«? Eine Wissensgeschichte reproduktiven Entscheidens in der Moderne 1890-1990, in: Historische Zeitschrift 310 (2020), 1, S. 23-51.

70 Vgl. Irene Guicking, Briefe vom 25.10.1940, 7.1.1941, 16.11.1943, 26.11.1943.

lebte sie manchen Konflikt am Arbeitsplatz, mochte aber grundsätzlich ihre Arbeit. Dies war keine Selbstverständlichkeit: Das Regime hatte im Kriegsverlauf Probleme damit, Ehefrauen von Soldaten in den Arbeitsmarkt zu bringen.⁷¹ Irene schien insbesondere die Trennungssituation zu motivieren, auch nach der Eheschließung weiter zu arbeiten.⁷² Im Juli 1940 schrieb sie: »Ich glaube gar nicht daran, daß Du so bald heimkommst. Teils wäre es mir sehr recht, dann könnte ich noch mehr verdienen und sparen.«⁷³ Ihre Aussage verweist auf die zentrale Bedeutung des eigenen Verdienstes als Motiv der Erwerbsarbeit.⁷⁴ Zudem deutete Irene die mit der Trennung verbundenen ambivalenten Gefühle und Bewältigungsstrategien an: Zwar sehnte sie ebenso wie ihr Mann die gemeinsamen Urlaube und ein Ende der Trennung herbei, doch profitierte sie auf der beruflichen Ebene von Ernsts Abwesenheit.

2. Trennung und Familienplanung: Vom Kinderwunsch zum Projekt »Monika«

Die schriftlichen Äußerungen der Guickings bezüglich der Familiengründung aus der ersten Zeit ihrer Ehe weisen darauf hin, dass sich das Paar im Allgemeinen über den gemeinsamen Kinderwunsch einig war, allerdings noch keinen von beiden als rechten Zeitpunkt erachteten Moment für ein Kind gefunden hatte. War ursprünglich die Kriegstrennung der Grund, weshalb zumindest Irene erst später Kinder bekommen wollte, änderte sie im Verlauf des Jahres 1940, trotz anhaltender Trennung, ihre Meinung. Im Folgenden wird untersucht, wie das getrennte Paar das gemeinschaftliche Familiengründungsprojekt »Monika« wahrnahm und vorantrieb.

Als Ernst Guicking im Juli 1940 »Monika« zum ersten Mal in einem Brief erwähnte, hatte das Paar – jeder für sich – Einschneidendes erlebt: Im Juni 1940 hatte Ernst an Kampfhandlungen in Frankreich teilgenommen und war

71 Vgl. Jill Stephenson, *Women in Nazi Germany*, Harlow 2001, S. 55; Kundrus, *Kriegerfrauen* (Anm. 4), S. 323-334.

72 Außerdem galt ihr Arbeitgeber als landwirtschaftlicher und deshalb »kriegswichtiger« Betrieb. Es hätte einer besonderen Genehmigung bedurft, um den Arbeitsplatz während des Krieges zu wechseln oder aufzugeben. Vgl. Gustavo Corni/Horst Gies, *Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers*, Berlin 1997, S. 435. Ab Kriegsbeginn wurde der Arbeitsplatzwechsel für Frauen beschränkt, vgl. Wunder, *Pflichten statt Rechte?* (Anm. 64), S. 102.

73 Irene Guicking, Brief vom 15.7.1940.

74 Vgl. Hester Vaizey, *Empowerment or Endurance? War Wives' Experience of Independence during and after the Second World War in Germany, 1939-1948*, in: *German History* 29 (2011), 1, S. 57-78.

nach der französischen Kapitulation als Besatzungssoldat an die französisch-schweizerische Grenze gekommen.⁷⁵ Währenddessen betreute Irene in ihrer Freizeit Verwundete im Lazarett und erlebte die ersten Luftangriffe auf Frankfurt a. M.⁷⁶ Zwar waren die Kriegserfahrungen des Paares sehr verschieden, doch erlebten beide nun die Gefahren des Krieges aus unmittelbarer Nähe. Möglicherweise bemühte Ernst auch deswegen gerade jetzt wieder das gemeinsame, verbindende Thema der Familiengründung. Wieder war er es, der schrieb:

»Was macht denn eigentlich unsere Monika, mein Schatz? Es ist schon so lange kein Wort mehr gesprochen worden. Ich glaube, ich muß mal wieder daran erinnern. Macht sie sich jetzt schon mehr bemerkbar? Paßt denn das karierte Kleidchen noch? Das möchte ich doch alles wissen.«⁷⁷

Ohne eine Antwort abzuwarten, schrieb Ernst am folgenden Tag von »Unser[em] liebe[n] Karlchen«.⁷⁸

Die Äußerungen lassen vermuten, dass das Paar in einem vorherigen Urlaub (zuletzt im Mai 1940) über die Familienpläne gesprochen hatte. Dennoch antwortete Irene: »Ich begreife nicht. Ich hab doch gar nichts erwähnt von einem Karlchen. Kannst Du mir das erklären.«⁷⁹ Ernst erwiderte:

»Was ist denn da schon zu erklären? Hier erzählt man sich die interessantesten Gerüchte. Paß auf: Der Befehl vom Armeekommando z. B., es müsse für die gesamte Wehrmacht eine Urlaubszeit beginnen, auf Grund der Bevölkerungspolitik. Wenn dem dann so wäre, na ja, dann brauchten wir Karlchen nicht mehr all zu lange hinausschieben.«⁸⁰

Soldaten und ihre Angehörigen tauschten sich regelmäßig per Feldpost oder im Urlaub über Gerüchte aus – zum Teil waren diese intendierte und lancierte Propaganda.⁸¹ Tatsächlich bestand nur ein Teil der NS-Bevölkerungspolitik aus konkreten Maßnahmen, ein weiterer Teil bestand aus ideologischer Erziehung und Propaganda.⁸² In gewisser Weise mobilisierte Ernst Guicking mit der Er-

75 Vgl. Ernst Guicking, Briefe vom Juni und Juli 1940.

76 Vgl. Irene Guicking, Brief vom 8.7.1940: »Heute Nacht waren wir wieder mal eine Stunde im Keller. Es sind in der Mehrzahl Kanadier, die kommen. Frankfurt suchen sie jede Nacht und die Einschläge hören wir hier [in Gießen].«

77 Ernst Guicking, Brief vom 8.7.1940.

78 Ernst Guicking, Brief vom 9.7.1940.

79 Irene Guicking, Brief vom 16.7.1940.

80 Ernst Guicking, Brief vom 22.7.1940.

81 Vgl. Horst Schuh, *Das Gerücht. Psychologie des Gerüchts im Kriege*, München 1985; Maude Williams, »Ihre Häuser sind gut bewacht« (Anm. 39), S. 316-413.

82 Vgl. Lisa Pine, *Nazi Family Policy* (Anm. 60), S. 46-87.

wählung dieses Gerüchts einen machtvollen Verbündeten gegenüber seiner zögernden Frau: Die Obrigkeit, hier benannt als »Armeeoberkommando«, wollte Paare zur Familiengründung motivieren und bei der Familienplanung unterstützen. Konkrete Anweisungen zur geburtenfördernden Urlaubsplanung gab die militärische Führung allerdings erst im Jahr 1943.⁸³

Für Ernst Guicking konnte eine rasch nach der Heirat stattfindende Kindszeugung durchaus seinem Aufgabenverständnis als junger Ehemann entsprochen haben. Doch Irene äußerte sich zunächst gar nicht weiter zu »Monika« oder »Karlchen«. Die schriftliche Kommunikation ermöglichte es ihr während der Trennung, Themen auszusetzen, was im alltäglichen Miteinander nicht so leicht möglich gewesen wäre. Ihre ablehnende Haltung führte möglicherweise zu einem Streit im folgenden Urlaub im Oktober 1940, den Ernst Guicking wie folgt rekapitulierte:

»Ich denke jetzt an den letzten Urlaub, als Vater gestorben war, und ich kann Dich ja einerseits verstehen, Du bist mir ja ausgerissen. Und es gab auch ein Wort das andere. Aber später konnte ich Dich verstehen. Ja mein Schatz, ich weiß es. Du willst immer jung bleiben, und Du kamst Dir auch viel zu jung vor, um ein Kind zu haben. Aber jetzt glaube ich, wie Du schreibst, Du bist vernünftiger geworden. Und Du freust Dich, daß wir nun an unseren Wunschtraum denken dürfen, und vielleicht wird er sich auch erfüllen.«⁸⁴

Es ist nicht einfach, solche Andeutungen zu interpretieren. Offenbar hatte Irene Guicking sich im zurückliegenden Urlaub ihres Mannes deutlich gegen eine Schwangerschaft positioniert. Zum Ende des Urlaubs war sich das Paar jedoch einig, denn auch Irene schrieb nun, dass ein Kind jetzt auch ihr »sehnlichste[r] Wunsch« sei.⁸⁵

Welche Gründe mag Irene Guicking gehabt haben, ihre abwartende Haltung aufzugeben? Ihre Briefe aus dieser Zeit geben darüber nur wenig Aufschluss.⁸⁶ Möglicherweise ging Irene davon aus, dass die Trennung nicht mehr

83 Vgl. Leonardo Conti, Geheime Anweisung zu »Beurlaubung von Ehemännern – Konzeptions Optimum« vom 19.9.1943, zit. nach Packheiser, Heimaturlaub (Anm. 5), S. 384f.

84 Ernst Guicking, Brief vom 4.12.1940.

85 Irene Guicking, Brief vom 26.10.1940.

86 Der hier beschriebene Streit wirft die Frage auf, wessen Meinung bei der Familienplanung in einer Ehe ausschlaggebend ist. Für die heutige Zeit weisen Forschende darauf hin, dass insbesondere die Frau bereit sein muss, bevor ein Kinderwunsch tatsächlich realisiert wird, vgl. Matthias Doepke/Fabian Kindermann, Bargaining over Babies: Theory, Evidence and Policy Implications, in: American Economic Review 109 (2019), 9, S. 3264-3306, hier S. 3265; Linda Beckman, Husband's and Wife's Relative Influence on Fertility Decisions and Outcomes, in: Population and Environment 7 (1984), 3,

lange dauern und sie bald Ernst als Unteroffiziersfrau nach Frankreich folgen werde.⁸⁷ Zudem hegte sie den Verdacht, dass Ernst ihr in Frankreich untreu geworden war oder – sollte die Trennung noch lange dauern – werden könnte. Sie hatte entsprechende Gerüchte über Wehrmachtssoldaten in Frankreich gehört und Ernst mit diesbezüglichen Fragen konfrontiert, die dieser jedoch mit aggressiven Worten abwiegelte.⁸⁸ Dachte sie, sie könnte ihren abwesenden Mann durch eine Schwangerschaft enger an sich binden? Belegt ist jedenfalls, dass nun eine besonders innige Phase im Briefwechsel des Paares begann, sie schrieben einander fast jeden Tag lange Briefe. Außerdem beherrschte in den folgenden Wochen »Monika« die Korrespondenz.⁸⁹ Ernst schrieb: »Ja, ja, die »Monika«, die verlangt wirklich viel Platz in unseren Briefen. Es ist ja auch zu schön davon zu träumen und auch daran zu denken.«⁹⁰ »Monika« war Chiffre für ein gemeinschaftliches Projekt, das die Ehepartner über die Distanz und Trennung hinweg verband und, noch bevor sie werdende Eltern waren, bereits eine soziale und emotionale Funktion in ihrer Beziehung einnahm.⁹¹ Die Herkunft der Chiffre »Monika«, eines Mädchennamens, den beide stets in Anführungszeichen schrieben, ist nicht zu rekonstruieren. Allerdings erwähnten beide im November 1940 dieselbe »Wunschkonzert«-Sendung, als sie sich beim Hören des Marschlieds »Lebe wohl, Du kleine Monika« einander besonders

S. 182-197, hier S. 193-195. Das Beispiel der Guickings zeigt, dass das Aushandeln einer Zeugung/Empfängnis durchaus einem »Feilschen« ähneln konnte, bei dem es ebenso um Liebe wie um Macht in der Beziehung ging. Historische Studien beschäftigen sich zumeist mit bereits bestehenden oder unfreiwillig entstandenen Schwangerschaften: Cornelia Osborne, *Cultures of Abortion in Weimar Germany*, New York 2007.

87 Vgl. Irene Guicking, Brief vom 13.7.1940: »Ich bin froh Ernst, wenn ihr zur Besatzungsarmee kommt und hoffentlich dauert das nicht ganz so lange. Denn schließlich muß ich noch einmal mit, nach »Frankreich?«

88 Vgl. Irene Guicking, Briefe vom 16.7.1940, 16.8.1940, 10.10.1940; Ernst Guicking, Brief vom 20.8.1940. Ob Ernst Guicking tatsächlich untreu war, lässt sich nicht rekonstruieren. Zu Soldatenbeziehungen in Frankreich, vgl. Insa Meinen, *Wehrmacht und Prostitution im besetzten Frankreich*, Bremen 2001; Bernd Wegner, *Das deutsche Paris. Der Blick der Besatzer 1940-1944*, Paderborn 2019, S. 153-172. Zu soldatischen Kommunikationsmustern zur Untreue vgl. Thomas Kühne, *Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, S. 174-178.

89 Vgl. Ernst Guicking und Irene Guicking, Briefe ab dem 9.10.1940. »Monika« wird von beiden Partnern in jedem zweiten Brief erwähnt.

90 Ernst Guicking, Brief vom 10.11.1940.

91 Vgl. Lois Hoffman/Martin Hoffman, *The Value of Children to Parents*, in: James Fawcett (Hrsg.), *Psychological Perspectives on Population*, New York 1973, S. 19-76; Bernhard Nauck, *Der Wert von Kindern für ihre Eltern. »Value of Children« als spezielle Handlungstheorie des generativen Verhaltens und von Generationenbeziehungen im interkulturellen Vergleich*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53 (2001), 3, S. 407-435.

verbunden fühlten.⁹² Die »Wunschkonzerte« bedienten Bedürfnisse nach emotionaler Nähe getrennter Paare und zielten damit darauf ab, einer Entfremdung der Partner sowie einem Auseinanderdriften von Front und Heimat entgegenzuwirken.⁹³

»Karlchen« tauchte in der Korrespondenz nicht wieder auf, denn das Paar wünschte sich ein Mädchen. Dabei galt noch weit über die 1940er Jahre hinaus, dass es bedeutender war, einen Sohn, den sogenannten »Stammhalter«, zu bekommen, als eine Tochter.⁹⁴ Für die Priorisierung eines Wunschgeschlechts war Ernst Guicking verantwortlich. Irene schrieb: »Früher war es mir egal, aber seitdem ich weiß, daß Du zuerst ein Mädchen haben möchtest, freu ich mich auch ganz besonders und genauso wie Du.«⁹⁵ Sie selbst war erstaunt über Ernsts Ansichten:

»Wär es für Dich wirklich eine Enttäuschung, wenn statt der »Monika« ein Junge käm? Sonst ist es doch immer umgekehrt. Die Männer wollen doch zuerst einen Buben. Und Du machst eine Extrawurst.«⁹⁶

Auch Ernst bemühte das Klischee vom »Stammhalter«, jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt – bei der Familienerweiterung. Zumindest als erstes Kind war ihm ein Junge nicht wichtig, was zeigt, dass es durchaus möglich war, mit individuellen Vorstellungen aus dem Rahmen normativer Leitbilder auszubrechen.⁹⁷

Seit den gemeinsam verbrachten Tagen im Oktober 1940 hielt das Paar eine Schwangerschaft für möglich. Ernst Guicking war, nachdem er wieder an sei-

92 Vgl. Ernst Guicking, Brief vom 10.11.1940; Irene Guicking, Brief vom 10.11.1940. Vgl. Hans Carste, *Lebe wohl, Du kleine Monika*. Marschlied. Seiferts Akkordeon-Musik, Leipzig 1795; Liedtext von Hellmut Boerner, vgl. <https://www.musicanet.org/robokopp/Lieder/kameradn.html> [12.1.2022].

93 Vgl. Inge Marßolek, *Aus dem Volk für das Volk. Die Inszenierung der »Volksgemeinschaft« um und durch das Radio*, in: Inge Marßolek/Adelheid von Saldern (Hrsg.), *Radiozeiten. Herrschaft, Alltag, Gesellschaft (1924-1960)*, Potsdam 1999, S. 121-135; *Monika Pater, Rundfunkangebote*, in: Inge Marßolek/Adelheid von Saldern (Hrsg.), *Zuhören und Gehörtwerden, Bd. 1: Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung*, Tübingen 1998, S. 129-242, bes. S. 224-238.

94 Vgl. Miriam Gebhardt, *Die Angst vor dem kindlichen Tyrannen. Eine Geschichte der Erziehung im 20. Jahrhundert*, München 2009, S. 205-214.

95 Irene Guicking, Brief vom 10.11.1940.

96 Ebd.

97 Ernsts Begründung lief auf ein Kompliment an seine Frau hinaus: »Du weißt doch, die Mädels bringen die Schönheit der Mutter mit. Deshalb ist mir das nämlich nicht so ganz egal.« Ernst Guicking, Brief vom 5.11.1940. Zum Stammhalter vgl. Ernst Guicking, Brief vom 5.11.1941; auch Irene äußerte den Wunsch nach einem Jungen als zweites Kind, vgl. Irene Guicking, Brief vom 6.5.1943.

nen Standort in Frankreich zurückgekehrt war, auf die Informationen seiner Frau angewiesen und schrieb:

»Vergiß nur nicht sofort mir zu schreiben, wenn Deine, ja bzw. die gewissen Tage, zu erwarten sind. Ich hoffe doch, daß Du mich täglich unterrichtest. Natürlich ist diesmal das Ausbleiben mein heißester Wunsch.«⁹⁸

Doch Irene schrieb bereits wenige Tage später, dass sie ihre Periode bekommen hatte. Allerdings wollte sie weiter an eine mögliche Schwangerschaft glauben:

»Ich setzte meine ganze Hoffnung auf die nächsten vier Wochen. Es kann ja möglich sein, daß sich die Organe auf die Periode eingestellt hatten und die erst noch abgehen muß. Was meinst Du? Weißt ja manchmal mehr davon, wie ich. Wäre die Empfängnis im zweiten Drittel eingetreten, hätte die Periode schon ausbleiben müssen. So ist's aber im letzten Drittel gewesen, verstehst Du mich?«⁹⁹

Genauere Details zum weiblichen Zyklus und zur Empfängnisfähigkeit kannten selbst Mediziner erst seit wenigen Jahren. Der Österreicher Hermann Knaus und der Japaner Kyusaku Ogino hatten Ende der 1920er Jahre die fruchtbaren Tage als in der Mitte des Zyklus erkannt.¹⁰⁰ Bis dahin hatte man genau diese Tage für die »sicheren« Tage gehalten.¹⁰¹ Zeitgenössische Ratgeber, wie der Johanna Haarers, der Paare zu Kinderreichtum ermunterte und durchaus auf körperliche Details der Konzeption einging, schwiegen über den optimalen Empfängniszeitpunkt.¹⁰² Denn um die neuen Erkenntnisse herrschte noch ein Wissenschafts- und Ideologiestreit: Knaus' 1934 erschienenes Buch wurde im Deutschen Reich sofort verboten.¹⁰³ Die neue Methode wurde zwar in der Ärzteschaft, nicht jedoch allgemein bekannt, was ganz im Sinne bevölkerungs-

98 Ernst Guicking, Brief vom 10.10.1940. Die Formulierung legt nahe, dass das Paar zuvor eine ungewollte Schwangerschaft befürchtet hatte. Dies geht jedoch aus dem Briefwechsel nicht genauer hervor.

99 Irene Guicking, Brief vom 12.10.1940.

100 Vgl. Robert Jütte, *Lust ohne Last. Geschichte der Empfängnisverhütung*, München 2003, S. 306; Susanne Krejsa McManus/Christian Fiala, *Der Detektiv der fruchtbaren Tage. Die Geschichte des Gynäkologen Hermann Knaus (1892-1970)*, Wien 2017, S. 32-36.

101 Vgl. Anna Fischer-Dückelmann, *Die Frau als Hausärztin*, Stuttgart 1911 (zuerst 1901), S. 255, 261.

102 Vgl. Haarer, *Die deutsche Mutter* (Anm. 61), S. 14-16.

103 Vgl. Jörg Marx, »Der Wille zum Kind« und der Streit um die physiologische Unfruchtbarkeit der Frau. Die Geburt der modernen Reproduktionsmedizin im Kriegsjahr 1942, in: Martin Stingelin (Hrsg.), *Biopolitik und Rassismus*, Frankfurt a. M. 2003, S. 112-159, hier S. 142-159; McManus/Fiala, *Der Detektiv der fruchtbaren Tage* (Anm. 100), S. 78-82.

politischer Ziele des NS-Regimes war.¹⁰⁴ 1943 verbot Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti, das entsprechende Wissen um das »Konzeptions-Optimum« in die »Öffentlichkeit« hinein zu verbreiten, damit es nicht zur Verhütung eingesetzt würde.¹⁰⁵

Ernst Guicking überließ die zeitliche Planung einer Zusammenkunft seiner Frau und schrieb, nachdem Irene bestätigt hatte, nicht schwanger zu sein: »Gibst Du mir einen Rat? Ich komme dann ganz nach Deinem Wunsch.«¹⁰⁶ Irenes oben zitierter Brief verweist auf ihr Wissen um den Zyklus mit seinen fruchtbaren und unfruchtbaren Tagen. Dass sie, als sie bereits wieder menstruierte, immer noch auf eine Schwangerschaft hoffte, zeigt, dass Wissen, Wünschen und Hoffen sich bei der Familienplanung nicht ausschlossen.¹⁰⁷ In Bezug auf die erneute Urlaubsplanung antwortete Irene:

»Ja, Ernst, ich hab natürlich gleich ausgerechnet, wann Du am Besten kommen mußt. Weißt Du vielleicht jetzt was ich meine? Also, Bib [Kosename für Ernst], wenn Du Weihnachten kommst, dann ist es am Günstigsten. Gell, willst Du es so machen?«¹⁰⁸

Über die Verbreitung der Knaus-Ogino-Methode muss noch geforscht werden, um erklären zu können, warum Irene bereits im Jahr 1940 wusste, dass eine Empfängnis im zweiten Zyklusdrittel am wahrscheinlichsten sei. Allerdings nützte es einem Paar wenig, einen genauen Zeitplan für die Zeugung/Empfängnis auszuarbeiten, wenn die Partner ihre Zusammenkünfte nicht eigenständig planen konnten: Die Urlaubsmöglichkeiten für Soldaten im Krieg blieben von Unwägbarkeiten gekennzeichnet – Reisettermine verschoben sich, die Verweildauer wurde verändert, Urlaube wurden in letzter Minute komplett

104 Vgl. die Publikationsliste von Herman Knaus zwischen 1934 und 1945 in McManus/Fiala, *Der Detektiv der fruchtbaren Tage* (Anm. 100), 259 f. Erst eine Rede des Papstes Pius XII. im Jahr 1951, in der dieser die Knaus-Ogino-Methode als akzeptabel für die katholische Kirche erklärte, soll der Methode zu breiterer Aufmerksamkeit verholfen haben, vgl. Jütte, *Lust ohne Last*, (Anm. 100), S. 306.

105 Vgl. Leonardo Conti, *Geheime Anweisung* (Anm. 83). Die Beschränkung der Verhütung war eine der bevölkerungspolitischen Maßnahmen des Regimes, vgl. »Polizeiverordnung über Verfahren, Mittel und Gegenstände zur Verhütung und Unterbrechung von Schwangerschaften« vom 21. Januar 1941; »Verordnung zum Schutz von Ehe, Familie und Mutterschaft« vom 9. März 1943, in: Österreichische Nationalbibliothek, *Deutsches Reichsgesetzblatt*, ALEX Historische Rechts- und Gesetzestexte online, <https://www.alex.onb.ac.at> [28.12.2021].

106 Ernst Guicking, Brief vom 21.10.1940.

107 Vgl. Heinemann, *Vom »Kindersegen« zur »Familienplanung«* (Anm. 69).

108 Irene Guicking, Briefe vom 25.10.1940, 7.1.1941: »[...] ich schreibe deshalb den 20. Februar, weil es dann wieder die günstigste Zeit ist.«

abgesagt.¹⁰⁹ Für die gezielte Zeugung/Empfängnis eines Kindes war die Kriegstrennung ein reales Hindernis.¹¹⁰

Nachdem die Schwangerschaft im Oktoberurlaub nicht zustande gekommen war, wurde das Thema »Monika« in den Briefen von einem anderen, auch für Irene Guicking überraschenden Thema abgelöst: der »Erbgesundheit«. Irene hatte Hautflecken am Arm, die Ernst im Urlaub aufgefallen waren. Er drängte nun seine Frau, diese während der Wartezeit auf eine erneute Empfängnis untersuchen zu lassen. Er schrieb: »Wir möchten doch Erbfehler verhüten.«¹¹¹ Eine Erbkrankheit, oder lediglich eine solche Unterstellung, war im NS-Staat keine Bagatelle.¹¹² Ernst wusste, dass Irene bereits vor der Eheschließung eingehend von einem Arzt beim Gesundheitsamt untersucht worden war.¹¹³ Ob er annahm, »Erbfehler« seien durch medikamentöse Heilung einer akuten Erkrankung zu verhindern, oder ob er sich im Klaren war, dass Irene im Falle der Diagnostizierung einer »Erbkrankheit« keinen Nachwuchs bekommen dürfte, womöglich gar sich sterilisieren lassen müsste, geht aus dem Briefwechsel nicht hervor. Irene glaubte indessen an die Harmlosigkeit der Flecken und zögerte den Arztbesuch hinaus, das Thema war ihr sichtlich unangenehm. Sie schrieb: »Ernst, woher willst Du das wissen, daß das ein Erbfehler sein kann oder werden kann? Wen hast Du denn da wieder gefragt? Im Urlaub

109 Zu den Urlaubsregelungen, vgl. Packheiser, Heimaturlaub (Anm. 5), S. 60-72.

110 Zur Kriegstrennung als Ursache des Geburtenrückgangs im Ersten Weltkrieg in Frankreich, vgl. Patrick Festy, Effets et répercussions de la première guerre mondiale sur la fécondité française, in: Population 39 (1984), 6, S. 977-1010.

111 Ernst Guicking, Brief vom 5.11.1940.

112 Vgl. Gabriele Czarnowski, Das kontrollierte Paar. Ehe- und Sexualpolitik im Nationalsozialismus, Weinheim 1991; Asmus Nitschke, Die »Erbpolizei« im Nationalsozialismus, Opladen 1999; Isabel Heinemann, »Rasse, Siedlung, deutsches Blut«. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003.

113 Vgl. Irene Guicking, Brief vom 22.11.1939: »Ich war bei der Schneiderin und anschließend zur Untersuchung auf dem Gesundheitsamt. Hat eine volle Stunde gedauert.« Hierbei muss es sich um die Untersuchung für die »Ehetauglichkeitsbescheinigung« gehandelt haben. Laut Gabriele Czarnowski brauchten »Bräute von Berufssoldaten« vom Gesundheitsamt lediglich ein Gesundheitszeugnis, ohne Untersuchung. Allerdings sollten bei Verdachtsfällen und je nach personeller Aufstellung des Gesundheitsamts mehr oder weniger Untersuchungen durchgeführt werden. Diese zielten insbesondere bei Frauen auf die »Fortpflanzungsfähigkeit«. Die Untersuchung der Soldaten erfolgte beim Sanitätsoffizier: vgl. Czarnowski, Das kontrollierte Paar (Anm. 112), S. 136, 175, 178, 211. Nach Birthe Kundrus wurde die Gesundheitskontrolle für Soldaten und ihre künftigen Frauen im späteren Kriegsverlauf gelockert, möglicherweise bereits ab Kriegsbeginn. Vgl. Kundrus, Kriegerfrauen (Anm. 4), S. 231-233, sowie Anm. 45 auf S. 491. Für den Antrag des »Ehestandsdarlehens« war Irene im Januar 1940 erneut beim Gesundheitsamt, ohne sich jedoch nochmals untersuchen lassen zu müssen. Vgl. Ernst Guicking, Brief vom 20.1.1940.

hast Du doch noch nichts davon gewußt.«¹¹⁴ Statt eines Arztes konsultierte Irene einen Homöopathen. Dieser diagnostizierte lediglich »so genannte Leberflecken« und bestätigte, dass diese »nicht vererbbar« seien.¹¹⁵

An dieser Episode wird erkennbar, wie sich eugenisches (Halb-)Wissen über die Soldaten in der Bevölkerung verbreitete und bei Ehepaaren auch für Irritationen und Konflikte sorgen konnte.¹¹⁶ Ernst reagierte auf Irenes gelassene Haltung:

»Natürlich wird meine ganze Lust versiegen, wenn ich heimkomme und Dein Arm ist noch nicht in Ordnung. [...] Ich weiß es genau. Hab es sogar hier gezeigt bekommen, daß diese Krankheit der Mutter auf die Kinder übertragen wird.«¹¹⁷

Details darüber, welche Krankheit er hier vermutete oder wer sie ihm »gezeigt« hatte, gab Ernst nicht. Da dies die einzige Erwähnung dieser Art ist, bleibt es fraglich, ob es sich um eine seriöse medizinische Information handelte. Allerdings machte Ernst deutlich, dass seine Bereitschaft, Kinder zu bekommen, vom Ausschluss eines »Erbfehlers« abhing.¹¹⁸ Da er die Aussage eines Homöopathen nicht akzeptierte, besuchte Irene zusätzlich einen Schulmediziner.¹¹⁹ Anschließend berichtete sie:

»Ich war auch vorhin beim Hautarzt. Er hat mir eine Salbe gegeben und ich soll in acht Tagen wieder kommen. Er fragte, ob ich Kinder hätte. Da meinte er, es würde dann aber Zeit werden. Daraufhin hatte ich ja ein gutes Sprungbrett. Ich sagte ihm, wir glauben, die Flecken könnten sich vererben. Siehst Du, er hat mich ausgelacht. Ich sollte doch keine Angst haben, daß wär doch nur rein äußerlich. Und wenn das vor vielen Jahren durch die Sonnenbestrahlung kam, also, es wäre absolut kein Erbfehler. Und wenn Du Dich jetzt noch weiter auf Deinen alten Standpunkt versteifst, dann kommen wir zwei noch in die Wolle.«¹²⁰

114 Irene Guicking, Brief vom 10.11.1940.

115 Irene Guicking, Brief vom 17.11.1940.

116 Vgl. Czarnowski, Das kontrollierte Paar (Anm. 112).

117 Ernst Guicking, Brief vom 15.11.1940.

118 Irene Guicking, Brief vom 17.11.1940.

119 Zum Versuch, die Homöopathie im NS-Staat aufzuwerten, vgl. Robert Jütte, Die »Neue Deutsche Heilkunde« oder: der gescheiterte Versuch einer »Synthese« (1933-1945), in: ders., Geschichte der Alternativen Medizin. Von der Volksmedizin zu den unkonventionellen Therapien von heute, München 1996, S. 42-54.

120 Irene Guicking, Brief vom 2.12.1940.

Nun nahm auch Ernst den Befund zur Kenntnis: »Habe ich Gott sei Dank verkehrt gedacht. Du hast auch arg mit meinen Nerven gespielt.«¹²¹ Er gab Irene zwar Recht, doch hatte er sie auch über die Distanz hinweg zu Arztbesuchen genötigt.¹²² Das Thema »Erbgesundheit«, das im persönlichen Umgang womöglich schnell geklärt worden wäre, beschäftigte das Paar aufgrund der Trennung in mehr als zwanzig Briefen über einen Zeitraum von fast zwei Monaten.¹²³

Die Untersuchung der Briefe vom Herbst 1940 zeigt, dass das Paar mit vielen Themen gleichzeitig beschäftigt war, die in irgendeiner Weise mit der Familienplanung zusammenhingen: Während sie mit der Terminierung für eine Empfängnis rangen und Ernst gleichzeitig den mögliche »Erbfehler« heraufbeschwor, begannen sie, aufbauend auf der roten Gummimatte, die Ausstattung für ein Kind zu organisieren. Wohl aufgrund der bereits früh rationierten und auf Kriegswirtschaft ausgerichteten Versorgungslage in Deutschland war von Einkäufen Irenes in Gießen kaum die Rede. Umso mehr thematisierten sie die Beschaffungsmöglichkeiten, die Ernst in Frankreich als Besatzungssoldat hatte.¹²⁴ Auch jetzt, wie schon 1939, interessierten sich weder Ernst noch Irene dafür, dass die Einkäufe der deutschen Soldaten zulasten der Bevölkerung der besetzten Gebiete geschahen. Schließlich waren die meisten der französischen Waren in Deutschland kaum mehr zu bekommen, bereits im April 1940 hatte der Geheime Sicherheitsdienst der SS notiert, dass es Engpässe bei der Beschaffung von Kinderbetten, Kinderwägen oder Kinderwäsche gebe.¹²⁵ Trotzdem äußerte Irene Guicking Bedenken besonderer Art, die mit dem Raubkonsum und der Familiengründung zusammenhingen:

»Ernst, Du wirst dort keinen Kinderwagen kaufen. Kinderwäsche sage ich nichts, aber ein Wagen? Weißt Du was dieses Kapitel anbetrifft bist Du schließlich zu allem fähig. Du bist so voreilig. Nimm Dir doch Zeit und

121 Ernst Guicking, Brief vom 8.12.1940.

122 Gisela Bock weist darauf hin, dass männliche Dominanz und weibliche Unterordnung im NS-Staat ebenso üblich waren wie »in der deutschen Gesellschaft vor 1933, nach 1945 und in anderen westlichen Ländern«; vgl. Gisela Bock, *Geschlechtergeschichten der Neuzeit. Ideen, Politik, Praxis*, Göttingen 2014, S. 346.

123 Vgl. Briefe von Ernst und Irene Guicking vom 5.11.-15.12.1940.

124 In dem Dreivierteljahr 1940/41, das Ernst Guicking in Frankreich verbrachte, kaufte und verschickte er: Wäsche, Parfüm, Schuhe, einen Ofen, Malerfarbe, Hygieneartikel sowie Lebens- und Genussmittel aller Art. Er kaufte nicht nur für sich und Irene, sondern auch für Familienmitglieder und andere Menschen in ihrem weiteren Umfeld. Vgl. Aly, *Hitlers Volksstaat* (Anm. 40), S. 169-176; Julia Torrie, *German Soldiers and the Occupation of France, 1940-1944*, Cambridge 2018, S. 61-92.

125 Vgl. Anlage zur bevölkerungspolitischen Lage, 17.4.1940, in: Heinz Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945*, Bd. 4, Herrsching 1984, S. 1017-1019.

warte es doch mal ab. Ich weiß nicht, es würde mich vielleicht auch etwas komisch berühren gerade für das erste Kind einen Wagen aus einem fremden Land? Man kann doch sagen, es ist doch Feindesland. Nein, ich möchte von dort keinen Wagen. Gewiß, die kleinen Käppchen, die Du voriges Jahr mir geschickt hast, sind allerliebste. Und ich bin auch froh, daß ich sie habe aber so Hemdchen und so weiter, die möchte ich nicht von dort.«¹²⁶

Möglicherweise wiederholte Irene hier nationalistische Argumente. Es schien ihr auch darum zu gehen, mit größeren Anschaffungen für ein Baby zu warten, bis eine Schwangerschaft eingetreten war. Johanna Haarer riet Frauen zwar aufgrund der Versorgungslage im Krieg frühzeitig mit der Ausstattung zu beginnen, allerdings nicht vor dem vierten Schwangerschaftsmonat.¹²⁷ Zum Kaufzeitpunkt eines Wagens empfahl Haarer: »Die Anschaffung des Kinderwagens stellen wir am besten zurück, bis das Kind da ist.«¹²⁸ Wesentlicher als der Kaufzeitpunkt eines Kinderwagens war hier jedoch die unterschiedliche Einschätzung des ausländischen Fabrikats. Ernst Guicking wollte lediglich eine Kaufmöglichkeit ergreifen, er hatte nicht realisiert, wie wichtig der Wagen für seine Frau als Statussymbol sein würde.¹²⁹ Irene hingegen sah im ausländischen Fabrikat eine politische Aufladung und fürchtete die Reaktionen ihres Umfelds.¹³⁰

Auch aufgrund der Kriegstrennung maßen Irene und Ernst ihrem Umfeld eine große Bedeutung zu. Schon Tage nach einem Heimaturlaub wurde Irene Guicking mit Gerede konfrontiert. Sie schrieb Anfang Januar 1941: »Heute sagte man mir, ich hätte dicke Backen bekommen und überhaupt sei ich viel

126 Irene Guicking, Brief vom 4.11.1940.

127 Vgl. Haarer, *Die deutsche Mutter* (Anm. 61), S. 32.

128 Johanna Haarer selbst hatte unerwartet Zwillinge bekommen und warnte insbesondere deshalb vor einem frühzeitigen Wagenkauf, siehe: ebd., S. 54. Zur Biographie Haarers, vgl. Rose Ahlheim (Hrsg.), Johanna Haarer, Gertrud Haarer. *Die deutsche Mutter und ihr letztes Kind. Die Autobiografien der erfolgreichsten NS-Erziehungsexpertin und ihrer jüngsten Tochter*, Hannover 2012, S. 194-217.

129 Johanna Haarer schrieb: »Der Kinderwagen! Das Parade- und Staatsstück eitler Mütter!«, in: Haarer, *Die deutsche Mutter* (Anm. 61), S. 181. Vgl. Ernst Guicking, Brief vom 29.10.1940. Zur Konsumgeschichte oder Dinggeschichte rund um Baby- oder Kinderartikel vgl. Verena Limper, *Die Säuglingsflasche. Dinghistorische Perspektiven auf Familienbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland und Schweden (1950-1980)*, in: *Zeithistorische Forschungen* 3 (2016), S. 442-465; Norbert Grube, *Der Markenartikel als Erziehungsobjekt. Kleidernormen und Kleiderformen bei Schüler/innen und Lehrer/innen im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Karin Priem/Gudrun König/Rita Casale (Hrsg.), *Die Materialität der Erziehung. Kulturelle und soziale Aspekte pädagogischer Objekte*, Weinheim 2012, S. 185-199.

130 Zu Feindbildern in der Bevölkerung vgl. Dörr, »Wer die Zeit nicht miterlebt hat ...« (Anm. 13), Bd. 1, S. 451 f.; zur gesellschaftlichen Anpassung, vgl. ebd., S. 307-311.

rundlicher geworden. Es blieb natürlich nicht aus, daß man sogar noch mehr vermutet hat.«¹³¹ Ähnlicher Neugier waren auch in den Einsatz zurückkehrende Soldaten ausgesetzt.¹³² Aufgrund der Kriegstrennung und der kurzen Heimaturlaube wussten Familie, Kollegen oder Nachbarn genau Bescheid, wann das jung verheiratete Paar womöglich Sexualverkehr gehabt hatte, und tratschten über die möglichen Folgen. Allerdings war eine Familiengründung noch nie eine rein private Angelegenheit gewesen: Paare, insbesondere Frauen waren diesbezüglich immer einer gewissen sozialen Kontrolle ausgesetzt.¹³³ Wohl auch deshalb nannte Ernst Guicking das Ausbleiben einer Schwangerschaft nach nur wenigen Monaten bereits eine »Hiobsbotschaft«.¹³⁴ Neben dem medizinischen Problem einer möglichen Unfruchtbarkeit stellte jede nicht geglückte Zeugung die Leistungsfähigkeit des Paares in Frage. Da die Zugehörigkeit zur »Volksgemeinschaft« ständig neu bewiesen werden musste, konnte Unfruchtbarkeit auch die Gemeinschaft mit den »starke[n], leistungsfähige[n], kraftvolle[n] deutsche[n] Mensch[en]« in Frage stellen.¹³⁵ Doch obwohl oder gerade weil sie selbst den gesellschaftlichen Druck spürten, äußerten sich Ernst und Irene Guicking abschätzig über ein Paar in ihrem Umfeld, das mit unfreiwilliger Kinderlosigkeit kämpfte.¹³⁶ Für Empathie waren sie zu sehr mit dem Vorantreiben ihres eigenen Kinderwunsches beschäftigt;¹³⁷ außerdem betrachteten sie die

131 Irene Guicking, Brief vom 7.1.1941.

132 Margarete Dörr spricht im Rahmen ihrer Arbeit über Kriegserfahrungen mit der Zeitzeugin Berte B., die erzählte: »Ich hatte kein Kind, und im Dritten Reich, wenn die Männer vom Urlaub zurückgekommen sind: ›Kriegt ihre Frau diesmal ein Kind?‹ Das war das erste.« In: Dörr, »Wer die Zeit nicht miterlebt hat« (Anm. 13), Bd. 2, S. 196. Berte B. war Jahrgang 1917, also fast gleichaltrig mit Irene und Ernst Guicking.

133 Vgl. Barbara Duden, *Der Frauenleib als öffentlicher Ort. Vom Mißbrauch des Begriffs Leben*, Hamburg 1991.

134 Ernst Guicking, Brief vom 18.1.1941.

135 Gerhard Wagner, *Nationalsozialistische Gesundheitsführung. Richtlinien des Reichsärztesführers*, in: *Der Schulungsbrief 12 (1938)*, S. 420-427, hier S. 427, zit. nach Wolfgang Bialas, *Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus*, Göttingen 2014, S. 158.

136 Vgl. Irene Guicking, Brief vom 11.3.1941; Ernst Guicking, Brief vom 2.4.1943. Infertilität galt im NS-Staat vor allem als medizinisches Problem, das bei Paaren, die als Mitglieder der »Volksgemeinschaft« angesehen wurden, therapiert werden konnte und sollte. Wo jedoch der Nachwuchs ausblieb, wurden Scheidungen propagiert und gesetzlich erleichtert. Vgl. Marx, »Der Wille zum Kind« (Anm. 103); Piro, *Kinderwunsch im Krieg* (Anm. 8), S. 491-494. Vgl. auch den Beitrag von Annemone Christians in diesem Band.

137 Vgl. Irene Guicking, Brief vom 17.3.1941: »Ich sagte doch, sie [das andere Paar] setzen alles daran, um Kinder zu bekommen, besonders auch er. Er hat auch deswegen Neid auf uns. Daß ausgerechnet so ein Kriegsgewinnler noch eher Kinder haben wird als er und daß bei uns alles so klappt.«

erfolgreiche Familiengründung in Anbetracht des Hindernisses der Kriegstrennung als einen ganz besonderen persönlichen Triumph.

3. Fazit: Familiengründung trotz Kriegstrennung

Trotz der zeitlichen Unwägbarkeiten wurde Irene Guicking im Winter 1940 schwanger. Fast zeitgleich mietete das Paar eine Wohnung in Gießen, die Irene während der folgenden Monate einrichtete. Sie durchlebte eine gute Schwangerschaft, verließ im September die Gärtnerei und bekam im Oktober 1941 ihr erstes Kind. Ernst Guicking wurde im Sommer 1941 in die Sowjetunion versetzt und kehrte im Mai 1942 zu Frau und Kind zurück, nach einer Abwesenheit von einem Jahr und vier Monaten.¹³⁸ Man könnte die Familiengeschichte der Guickings fortschreiben, allerdings war die Familiengründung mit dem ersten Kind abgeschlossen. Bei der Familienerweiterung und in den folgenden Jahren galten andere Voraussetzungen.¹³⁹

Die Familiengründung des kriegsgetrenten Paares Guicking zeigt die Relevanz individueller ebenso wie gesellschaftlich geprägter Wünsche, Widersprüche und Differenzen sowie die Einflüsse ihres Umfelds und der NS-Bevölkerungspolitik, die sich in den schriftlichen Aushandlungen der Familienplanung widerspiegeln. Denn während die Familienplanung üblicherweise, wenn überhaupt, zwischen Küchentisch und Schlafzimmer verhandelt wird, hatten der Krieg und die erzwungene Zeit der Trennung die Voraussetzung geschaffen, dass sich diese intimen Probleme schriftlich niederschlugen und daher noch heute rekonstruiert werden können.

Überraschend ist einerseits, wie wenig sich Ernst und Irene Guicking bei der Verfolgung ihrer Familienpläne von Krieg und Trennung aufhalten ließen, ja teilweise sogar die Trennung für eigene Zwecke instrumentalisierten. Manche

138 Nach dem Krieg bauten Ernst und Irene eine eigene Gärtnerei in Irenes Heimatort auf. Irene Guicking nahm die gemeinsame Feldpost erst nach Ernsts Tod im Jahr 1996 wieder zur Hand. In Kooperation mit der Technischen Universität Berlin und dem Museum für Kommunikation Berlin erschien 2001 die Edition der Briefe, die sich heute zusammen mit dem übrigen schriftlichen Nachlass des Paares in der Feldpostbriefsammlung der Museumsstiftung Post und Telekommunikation Berlin befindet. Vgl. Heidschmid, *Das Zeitzeugeninterview* (Anm. 2), S. 30-35, 47-66.

139 So war das Paar im Winter 1942/43 nicht getrennt und hoffte, dies würde so bleiben. Für diese Lebensphase, während der die zweite Zeugung stattfand, liegen entsprechend keine Briefe vor. Das zweite und letzte Kind der Guickings kam im Sommer 1943 zur Welt. Zu den unterschiedlichen Voraussetzungen einer Familiengründung gegenüber einer Familienerweiterung vgl. Angelika Tölke, Ein weiteres Kind. Wunsch und Realisierung einer Familienerweiterung, in: Sabine Walper/Walter Bien/Thomas Rauschenbach (Hrsg.), *Aufwachsen in Deutschland heute*, München 2015, S. 21-24.

Probleme wurden aufgrund der Distanz ausgesessen oder aufgebauscht, andere erst dank der schriftlichen Kommunikation sagbar. Hatte Ernst Guicking zu Beginn des Krieges aus pragmatischen und emotionalen Gründen die Heirat und Familienplanung vorangetrieben, während Irene Guicking ebenso selbstbewusst eigene Prioritäten setzte, überließ er, nachdem sich das Paar über den gemeinsamen Kinderwunsch und Zeitpunkt für die Familiengründung einig geworden war, die notwendige praktische Planung seiner Frau, die über ein für die damalige Zeit beträchtliches biologisches Wissen über ihren Zyklus verfügte. Angesichts des an der »Front« eher politischen und in der »Heimat« eher gesellschaftlichen Druckes, für Nachwuchs zu sorgen oder aber damit bis Kriegsende zu warten, mussten Ernst und Irene Guicking einen eigenen Weg als Paar finden. »Monika« wurde dabei zu einem Projekt, das während des Krieges über die Distanz hinweg Verbundenheit stiftete und zugleich für die Zeit nach dem Krieg eine Zukunft als Familie mit »Wunschkind« zu verheißen schien.

Annemone Christians

FAMILIEN VOR GERICHT

Zur nationalsozialistischen Scheidungspraxis im Krieg

Das Münchner Standesamt beteiligte sich Ende 1939 an einem Filmprojekt, mit dem sich die Verwaltung der Stadt als effiziente Dienstleisterin und konstruktive Managerin des kriegsbedingten Ausnahmezustands darzustellen suchte.¹ Die Behörde steuerte die Inszenierung einer sogenannten Ferntrauung bei – diese Form der Heirat ermöglichte der nationalsozialistische Gesetzgeber mit einer Änderung des Eherechts im November 1939. Ferntrauungen mit einem Stahlhelm als sinnbildlichem Platzhalter des abwesenden Soldaten wurden in den Standesämtern des Reichs zu einem gängigen Szenario, weshalb die so geschlossene Verbindung auch unter dem Beinamen »Stahlhelmehe« bekannt war.² Jenen Trauungen kam eine zentrale ideologische Bedeutung für die Stärkung der »Kampfkraft« zu. Im Filmbeitrag betritt eine junge Braut mit einer kleinen Hochzeitsgesellschaft das mit zahlreichen Wappen verzierte Hochzeitszimmer. Sie nimmt in der vordersten Stuhlreihe Platz, flankiert von den Trauzeugen, die einen Sitz neben ihr frei lassen. Während der Begrüßung durch den Standesbeamten zoomt die Kamera auf den Stahlhelm, der umrahmt von Lorbeer und Nelken auf dem Beamtentisch liegt. Auf die standesamtlichen Präliminarien und das Überreichen zweier Bücher (es handelte sich sehr wahrscheinlich um ein Familienstammbuch und eine Ausgabe von Adolf Hitlers »Mein Kampf«) folgen Handschlag und Unterschriften, wobei ein Fokus auf den mit Hakenkreuzen versehenen Dokumenten liegt. Die Bedeutung des Helms wird dann erneut filmisch hervorgehoben: Beim Blick auf die Hochzeitsgesellschaft ist die Kameraperspektive so gewählt, dass der Soldatenhelm den leeren Stuhl neben der Braut zu besetzen scheint. Der Kurzfilm endet mit deren Ja-Wort und dem bestätigenden Lächeln der nun frisch Vermählten in die Kamera.

1 Zu dem bemerkenswerten Filmdokument vgl. ausführlich Annemone Christians, Die Ästhetik des Notwendigen. Die »Hauptstadt der Bewegung« und ihre Dienstleistungen im Film, in: Margit Szöllösi-Janze (Hrsg.), München im Nationalsozialismus. Imagepolitik der »Hauptstadt der Bewegung«, Göttingen 2017, S. 149-168.

2 Zu Kriegs- und Ferntrauung als bevölkerungspolitische Maßnahmen des NS-Regimes vgl. Cornelia Essner/Edouard Conte, »Fernehe«, »Leichentrauung« und »Totenscheidung«. Metamorphosen des Eherechts im Dritten Reich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 44 (1996), 2, S. 201-227, bes. S. 208 f.

Der kurze Beitrag des Münchner Standesamts visualisierte die inhaltliche Spezifik der Ferntrauung als kommunale »Sondermaßnahme«: Der bürokratische Akt unterschied sich eigentlich nur in Nuancen von der gewohnten Trauungszeremonie aus Friedenszeiten, jedoch wurde er nun mit einer neuen, »kriegswichtigen« Bedeutung aufgeladen. Die junge Braut vermittelte ihrem abwesenden Bräutigam aus der Ferne die Verheißung von Stabilität, familiärer Normalität und privatem Glück, um ihm Rückhalt für seinen Einsatz an der Front zu geben.

Die Ferntrauung mit ihrer radikalsten Form als Leichentrauung war eine der familienpolitischen Kriegsmaßnahmen, die das NS-Regime zur Hebung der Kampfmoral an Front und Heimatfront implementierte. Ihr rechtliches – und ideologisches – Pendant führte das Regime erst im vierten Kriegsjahr ein: Per Durchführungsverordnung ermöglichte der Gesetzgeber ab März 1943 *post mortem*-Scheidungen, sogenannte Totenscheidungen, um »unwürdige Kriegerwitwen« von Versorgungszahlungen und Erbschaftsansprüchen auszuschließen. Hier waren es zumeist die Familienangehörigen des gefallenen Soldaten, die die Justiz auf vermeintlich deviantes Verhalten der Witwe hingewiesen hatten. Bei der Totenscheidung konnte nun die Staatsanwaltschaft ein Scheidungsverfahren anstrengen, was eine umstürzende Änderung der bisherigen Verfahrensführung darstellte. Als zivilrechtliches Verfahren folgten Scheidungen bisher dem Beibringungsgrundsatz, der den prozessierenden Parteien die Anstrengung und souveräne Gestaltung eines Verfahrens überließ. Durch die Eingriffsmöglichkeit der Staatsanwaltschaft konnte das NS-staatliche Trennungsinteresse die Federführung im Scheidungsprozess übernehmen – zumeist blieben die *post mortem* geschiedenen Frauen nicht nur »ehrlos«, sondern auch mittellos zurück, denn einen Anspruch auf Unterhalt oder eine Witwenrente konnten sie nicht geltend machen.³ Für die Ehefrauen kam die Totenscheidung beinahe einer Entmündigung gleich.

Jenseits dieser extremen Ausformung der nationalsozialistischen Scheidungspraxis lassen sich im Ehe- und Scheidungsrecht bereits in den späten 1930er Jahren deutliche Tendenzen dazu erkennen, Ehepaare in ihrer Souveränität über ihre Partnerschaft bzw. deren Lösung einzuschränken. Dies hing insbesondere mit der Einführung der sogenannten Zerrüttungsscheidung zusammen. Scheidungswillige »Volksgenossen« erhielten mit deren Einführung 1938 zwar einerseits mehr Spielraum, da sie nicht mehr zwangsläufig ein Verschulden am Scheitern der Ehe nachweisen mussten. Andererseits konnten die juristischen Beteiligten dadurch nicht nur tiefe Einblicke in den privaten Alltag und die

3 Siehe dazu weiter unten ein Fallbeispiel aus der Scheidungspraxis des Münchner Landgerichts.

Lebensräume der Scheidungsgegner nehmen. Das Zerrüttungsprinzip verhalf auch dazu, das NS-staatliche Interesse an der Auflösung einer Ehe durchzusetzen.

Mit Beginn des nationalsozialistischen Kriegs scheinen sich diese Tendenzen deutlich verstärkt zu haben, worauf auch die Neujustierung des nahehelichen Unterhalts hindeutet: Mit Kriegsbeginn schränkte der NS-Gesetzgeber den Unterhaltsanspruch von schuldig oder mitschuldig geschiedenen Frauen per Durchführungsverordnung noch weiter ein als zuvor.⁴ Staatliche Unterstützungsleistungen konnten Exfrauen von Wehrmachtssoldaten nun stark gekürzt oder ganz gestrichen werden, sobald sie selbst über ein Einkommen verfügten, das ihnen eine ganz grundsätzliche Deckung der Grundbedürfnisse ermöglichte.

Wie wurden diese spezifischen Regelungen in der Praxis umgesetzt und wie gestaltete sich der »Scheidungsalltag« unter den Ausnahmebedingungen des Kriegs? Wirkte sich die militärisch legitimierte Zumutung der Familientrennung durch den Kriegseinsatz von Millionen von Männern auf das Scheidungsverhalten der deutschen Mehrheitsgesellschaft aus – wurde die Trennung gar zum prägenden Faktor? Die Scheidung kann als ultimativer Schritt im Prozess von ehelicher Entfremdung und Zerrüttung gelten, denn sie bedeutet die endgültige Trennung einer rechtlich bestätigten Bindung. Für die Fragen des vorliegenden Sammelbands nach den Auswirkungen des nationalsozialistischen Kriegs auf Familienverbände und familiäre Beziehungen verspricht die rechtshistorische und empirische Untersuchung der Scheidungspraxis somit reichen Erkenntnisgewinn. Sie lenkt den Blick auf die Verhandlung einer Trennung vor Gericht, vor dem staatliche Regelungsansprüche auf private Bedürfnisse und Lebensvorstellungen treffen. Die Analyse der gesetzlichen Rahmenbedingungen dieser Verhandlung, die Motive der Scheidungswilligen und -unwilligen und die – befürchteten und tatsächlichen – Folgen einer Ehelösung leistet einen Beitrag sowohl zur Rechtsgeschichte des Kriegs als auch zu dessen Alltags- und Erfahrungsgeschichte. Sie erweitert diese schließlich um eine geschlechtergeschichtliche Perspektive.

Der vorliegende Beitrag gibt zunächst einen kurzen Überblick über die nationalsozialistische Reform des Ehe- und Scheidungsrechts Ende der 1930er Jahre und arbeitet deren Paradigmen heraus. Es folgen Schlaglichter auf die statistische Entwicklung der Scheidungen in Deutschland vor und im Krieg, wobei die Scheidungszahlen seit den 1910er Jahren miteinbezogen werden, um etwaige längerfristige Tendenzen im Scheidungsverhalten zu erkennen. Der

4 Michelle Mouton, *From Nurturing the Nation to Purifying the Volk. Weimar and Nazi Family Policy, 1918-1945*, Cambridge/New York 2007, S. 103.

empirische Teil des Beitrags befasst sich schließlich mit der Scheidungspraxis am Landgericht München und untersucht diese anhand von fünf exemplarischen Scheidungsverfahren.⁵ Diesen Einzelfällen wird bewusst Raum gegeben: Die Schilderung der Sachverhalte, der Vorwürfe und der Argumentationslinien der Scheidungspare sowie die Wortlaute der Scheidungsurteile oder Klageabweisungen machen Verlauf und Dynamik der Verfahren auch für juristische Laien nachvollziehbar und lassen die Handlungsräume der Ehepartner erfassbar werden.

1. Das nationalsozialistische Eherecht

Die bestehenden Familienrechtsnormen, die in Weimarer Zeit zum Teil Gegenstand intensiver parlamentarischer und gesamtöffentlicher Debatten waren, wurden in der nationalsozialistisch geprägten Rechtstheorie neu kodiert – ihr Verhältnis zur Wirklichkeit blieb dabei in veränderter Weise prekär. Der bisherigen deutschen Familienrechtsschöpfung hatte zumindest der Wille zugrunde gelegen, die Normen einer empirischen Kontrolle zu unterziehen, also die tatsächlichen familiären Lebenswirklichkeiten in ihrer Wandelbarkeit wahrzunehmen und sie in kommende Gesetzesänderungen einfließen zu lassen. Rainer Schröder hat als Spezifikum des NS-Familienrechts treffend herausgearbeitet, dass es diesem Konzept der Rückbindung an gesellschaftliche Realitäten nur noch scheinbar folgte. In den Denkfiguren von Rechtstheoretikern wie Karl Larenz oder Carl Schmitt sollte die rechtliche Normativität von einer ideologisch geprägten Normativität kontrolliert werden.⁶ Der Begriff der Person im Sinne Larenz' oder die konkrete Ordnung der Familie bei Schmitt waren nicht von der tatsächlichen empirischen Person bzw. Familie geprägt, sondern von einem normativen Konzept von Familie, das der nationalsozialistischen Ideologie entnommen war. Der konkret-allgemeine Begriff der Ehe bezog sich also nicht auf die Wirklichkeit der Ehe bzw. der nichtehelichen Lebensgemeinschaft oder anderer Familienmodelle, sondern auf die nationalsozialistische Ehe, wie sie sich nach dem ideologischen Leitbild der NSDAP darstellte.⁷

5 Die Quellenbasis dafür bildet die systematische Auswertung der 722 erhaltenen Akten der Scheidungsverfahren, die zwischen 1933 und 1945 am Landgericht München anhängig waren. Zur ausführlichen Darstellung dieser Auswertung sowie punktuellen Vergleichen mit der Scheidungspraxis an den Landgerichten Hamburg und Berlin siehe Annemone Christians, *Das Private vor Gericht. Die Verhandlung des Eigenen in der nationalsozialistischen Rechtspraxis*, Göttingen 2020, S. 103-177.

6 Rainer Schröder, *Das BGB im Dritten Reich*, in: Uwe Diederichsen/Wolfgang Sellert (Hrsg.), *Das BGB im Wandel der Epochen*, Göttingen 2002, S. 109-126, hier S. 113.

7 Ebd.

Auf diesem theoretischen Gerüst baute der nationalsozialistische Gesetzgeber sein neues Familienrecht auf. Die bevölkerungspolitische Bedeutung, die das Teilsystem »Familie« im NS-Staat hatte, lässt sich auch daran ablesen, dass er ins Familienrecht dezidiert gesetzgeberisch eingriff; hier erfolgten nach 1933 die markantesten Einschnitte ins Bürgerliche Gesetzbuch (BGB). Im Zuge der »Erbgesundheits«-Gesetzgebung wurde vor allem das Eherecht 1935 rassenhygienisch ausgerichtet, mit den Nürnberger Gesetzen erfolgte fast zeitgleich auch seine völkisch-rassistische Einhegung. 1938 wurde das Eherecht komplett novelliert und aus dem BGB ausgekoppelt. Damit ging vor allem eine Reform des Scheidungsrechts einher – die bereits seit den 1920er Jahren lautstark von Teilen des sozialdemokratischen und liberalen Lagers sowie von juristischen Interessenverbänden gefordert worden war.⁸

Das Regime befasste sich mit dem Scheidungsrecht bereits seit der Machtübernahme, novellierte es aber erst 1938. Es reagierte damit auf die seit den 1920er Jahren steigenden Scheidungsraten.⁹ Ein spezifischer Scheidungsboom war außerdem gleich nach dem Systemwechsel eingetreten, ohne dass die neue Reichsführung hier schon gesetzgeberisch tätig geworden wäre: Signifikant stieg die Trennungszahl bei Ehen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Ehepartnern.¹⁰ Der dem Bürgerlichen Gesetzbuch fremde Begriff der »Rassenmischehe« spielte in der Eherechtsprechung der Jahre 1933 bis 1935 eine unheilvolle Rolle.¹¹ Sowohl die zur Scheidung drängenden Ehepartner als auch Richter und Anwälte nahmen hier die antisemitische Rechtspraxis vorweg, die erst mit den Nürnberger Rassengesetzen von 1935 respektive im novellierten Eherecht von 1938 eine gesetzliche Grundlage für die Diskriminierung erhielt.¹²

8 Vgl. dazu grundlegend Dirk Blasius, *Ehescheidung in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1992, S. 164-187.

9 Zur Scheidungsstatistik vgl. ausführlicher weiter unten.

10 Für die gesamten ersten sechs Jahre der NS-Herrschaft geht Beate Meyer von einer reichsweiten Scheidungsquote von 20 Prozent aus, vgl. Beate Meyer, »Jüdische Mischlinge«. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945, Hamburg 1999, S. 73; dazu als jüngste Publikation auch Maximilian Strnad, *Privileg Mischehe? Handlungsräume »jüdisch versippter« Familien 1933-1949*, Göttingen 2021, S. 36-43 und S. 232-247.

11 Dirk Blasius, *Ehescheidung in Deutschland 1794-1945. Scheidung und Scheidungsrecht in historischer Perspektive*, Göttingen 1987, S. 191.

12 Vgl. dazu u. a. Hans Wrobel, *Die Anfechtung der Rassenmischehe. Diskriminierung und Entrechtung der Juden in den Jahren 1933 bis 1935*, in: *Kritische Justiz* 16 (1983), 4, S. 349-374; Marius Hetzel, *Die Anfechtung der Rassenmischehe in den Jahren 1933-1939. Die Entwicklung der Rechtsprechung im Dritten Reich: Anpassung und Selbstbehauptung der Gerichte*, Tübingen 1997; Hans-Detlef Heller, *Die Zivilrechtsgesetzgebung im Dritten Reich*, Münster 2015, S. 265-298.

Mit der Eherechtsnovelle von 1938 ermöglichte der NS-Staat eine Scheidung nun auch im Fall einer schuldlosen Zerrüttung der Partnerschaft. Er erweiterte das Scheidungsrecht also, und das vor allem, um Ehen beenden zu können, die aus »rassenhygienischen« Gründen oder wegen Kinderlosigkeit nicht mehr im »volksgemeinschaftlichen Interesse« waren. Gleichzeitig räumte die Novelle nun auch Ehepartnern, die aus anderen, eigennützigen Motiven ihre Ehe lösen wollten, grundsätzlich ein Scheidungsrecht ein. Das Zerrüttungsprinzip, entsprechend ausgelegt, half dabei, staatlich missbilligte Ehen zu scheiden. Roland Freisler, der zum Zeitpunkt des Gesetzlerlasses im Reichsjustizministerium tätig war und als einer der ersten eine umfassende Abhandlung zur Entwicklung des Scheidungsrechts im »Dritten Reich« vorlegte,¹³ begrüßte die Zerrüttungsscheidung als neue staatliche Zugriffsmöglichkeit auf die Ehe. Mit diesem Instrument könnten endlich »todkranke Ehen« aufgelöst werden, »die ihre völkische Pflicht trotz Zeugungs- und Geburtenfähigkeit nicht zu erfüllen vermögen [und] den Abschluß von Ehen fortpflanzungsfähiger und gesunder deutscher Menschen verhindern, die in diesen neuen Ehen ihren völkischen Aufgaben gerecht werden könnten.«¹⁴ Damit bezog er sich insbesondere auf eine »Zerrüttung« der Ehe aufgrund von Kinderlosigkeit – nach dem neuen Ehegesetz (EheG) war es grundsätzlich unerheblich, ob die Fortpflanzung aus medizinischen Gründen oder aus Überzeugung unterblieb. Die explizite Verweigerung der Fortpflanzung benannte es sogar neuerdings als absoluten Scheidungsgrund.¹⁵ Völlig neuartig in seiner Formulierung war der Paragraph 55 des neuen Ehegesetzes, der die »Auflösung der häuslichen Gemeinschaft« als Zerrüttungsgrund definierte. Die »Auflösung der häuslichen Gemeinschaft« war als Scheidungsgrund so bahnbrechend wie schillernd. Die Kernmotive des »Wesens der Ehe« und der »sittlichen Rechtfertigung« waren so offen gehalten wie die Generalklauseln des BGB – und dies sicherlich sehr bewusst. Sowohl für die Rechtswissenschaft als auch für die Spruchpraxis der Gerichte ergaben sich daraus natürlich zahlreiche Unsicherheiten. Mit dem Paragraphen 55 befassten sich daher zahlreiche Abhandlungen und Fachaufsätze, keine andere Regelung des neuen Gesetzes »stand [...] nur annähernd so sehr im Mittelpunkt gegensätzlicher Auffassungen.«¹⁶

13 Roland Freisler, Vom alten zum neuen Ehescheidungsrecht, Berlin 1937.

14 Ebd., S. 4f.

15 Vgl. Petra Kannappel, Die Behandlung von Frauen im nationalsozialistischen Familienrecht unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts sowie der Erbgesundheitsgerichte Kassel, Marburg und Hanau, Darmstadt/Marburg 1999, S. 104f.

16 Kathrin Nahmmacher, Die Rechtsprechung des Reichsgerichts und der Hamburger Gerichte zum Scheidungsgrund des §55 EheG 1938 in den Jahren 1938 bis 1945, Frankfurt a. M. u. a. 1999, S. 47.

Die amtliche Begründung des Gesetzes taugte dabei nur bedingt als konkrete Handlungsanleitung. Zwar nahm sie sich des »Wesens der Ehe« an und definierte Ehe und Familie als – im Kontext der NS-Ideologie wenig überraschend – »Grundlagen völkischen Zusammenlebens, von deren Kraft und Gesundheit Wert und Bestand der Volksgemeinschaft«¹⁷ abhängen. Doch neben den harten Erfolgskriterien einer gesunden Nachkommenschaft sollte durchaus auch das eheliche Glück als allgemeine Kraftquelle Beachtung finden:

»Sie [die Ehe] fordert von jedem Gatten Rücksicht und Verständnis für den anderen und die Bekämpfung eigennütziger Regungen, die das Glück der Ehe gefährden. Vor allem aber entspringt aus einer glücklich geführten Ehe für beide Ehegatten eine Stärkung und Belebung aller Kräfte, deren sie für ein rechtes Wirken innerhalb der Volksgemeinschaft bedürfen. Diese erzieherischen und belebenden Kräfte können auch die Ehe, der der Kindersegen versagt blieb, noch für die Volksgemeinschaft wertvoll erscheinen lassen.«¹⁸

Damit schlich sich das individuelle Glücksempfinden der Ehepartner gleichsam durch die Hintertür in das nationalsozialistische Scheidungsrecht ein, das programmatisch doch eigentlich dem »Wohl der Volksgemeinschaft« verschrieben war. Auch bei Heinrich Lange, Mitgründer der Akademie für Deutsches Recht, schien ein inhärentes Dilemma auf zwischen der rechtskonformen Scheidung einer unglücklichen, zehrenden Ehe und der Aufrechterhaltung einer einmal geschlossenen »sittlichen Pflichtgemeinschaft«:

»Der Gemeinschaftsgedanke tritt aber auch der Untrennbarkeit entgegen, weil die völlig zerfallene Ehe nicht mehr Quelle der Kraft ist, sondern die Kräfte im gegenseitig erbitterten Kleinkrieg bindet, verzehrt und so der Gemeinschaftspflicht entzieht. – Der Gedanke, daß die Familie der Erhaltung und Förderung des Volkstums dient, führt zu einer scharfen Trennung von ehelicher und außerehelicher Verbindung. Die sittliche Pflichtgemeinschaft steht hoch über der unsittlichen Genußgemeinschaft. [...] Die Förderung der Ehe ist das beste Mittel zur Bekämpfung der Geschlechtsgemeinschaft außerhalb der Ehe.«¹⁹

Praktisch ermöglichte das neue Recht durch den Zerrüttungstatbestand beides: Eine Ehe konnte durchaus wegen subjektiv gefühlter Entfremdung ge-

17 Zit. nach ebd.

18 Begründung zu dem Gesetz über die Vereinfachung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet vom 6.7.1938, in: Deutsche Justiz 100 (1938), 28, Ausgabe A, S. 1102-1114, hier S. 1107.

19 Heinrich Lange, Nationalsozialismus und Familienrecht, in: Deutsches Recht 5 (1935), 4, S. 82 f.

schieden werden, die zum Beispiel dazu geführt hatte, das persönliche Glück in einer neuen Partnerschaft zu suchen. Ebenso konnte sich ein Scheidungsurteil auf die Feststellung einer objektiven Zerrüttung stützen, wenn das eheliche Verhältnis vom Gericht als ineffektiv oder gar destruktiv für das »Volksgemeinschaftswohl« wahrgenommen wurde. Rechtstheoretisch tendierte das vom NS-Gesetzgeber eingeführte Zerrüttungsmotiv in Abgrenzung zu seiner Lesart in der Weimarer Diskussion eigentlich zur zweiten Auslegung, also zur objektiven Zerrüttung. Nicht der Wille des/r Ehegatten sollte entscheidend für eine Trennung sein; dem Trennungswunsch bzw. dem Einverständnis sollte nur eine indizielle Bedeutung zukommen.²⁰ Doch das neue Ehegesetz hatte scheidungsbegrenzende Kautelen eingeschrieben bekommen, die dem individuellen Interesse durchaus Raum gaben. Im Fall des Widerspruchs gegen ein Scheidungsbegehren wegen Zerrüttung musste das Scheidungsgericht nämlich zum Beispiel prüfen, ob dieser Widerspruch als beachtlich gelten konnte. Er war dann beachtlich und konnte die Scheidung verhindern, wenn das Gericht die Eheauflösung für den trennungsunwilligen Partner für unzumutbar hielt. Hier spielten die »Opfer«, die dieser in der Ehe gebracht hatte, eine große Rolle – in den überwiegenden Fällen betraf dies verlassene Ehefrauen, die in langen Ehejahren mehrere Kinder geboren oder ihre Jugendjahre mit ihrem Mann verbracht hatten und nun im fortgeschrittenen Alter waren.²¹

Es lässt sich nachweisen, dass der Zerrüttungsparagraph gerade in den Jahren 1939 und 1940 vor allem von männlichen Ehepartnern genutzt wurde, die nun offen eine neue Beziehung eingehen wollten. In den meisten dieser Verfahren widersprachen die Ehefrauen zunächst einer Scheidung, obwohl sie von der Untreue ihres Manns wussten. Eine eigene Initiative zur Scheidungsklage, die sich – vermutlich erfolgreich – auf den Ehebruch-Paragraphen 49 des Gesetzes hätte stützen können, ergriffen diese Frauen nicht, sondern nahmen die Schmach eines andauernden Betrugs in Kauf. Offenbar überwog die Furcht vor dem unsicheren und weiterhin stigmatisierten Status als geschiedene Frau die erlittene Herabwürdigung. Denn auch wenn Ehescheidungen seit den 1920er Jahren statistisch häufiger geworden und keineswegs mehr ein gesellschaftliches Randphänomen waren, stellte eine Scheidung – zumal im familienfixierten Gesellschaftsbild der NS-»Volksgemeinschaft« – ein Scheitern dar, das zu-

20 Michael Humphrey, Die Weimarer Reformdiskussion über das Ehescheidungsrecht und das Zerrüttungsprinzip. Eine Untersuchung über die Entwicklung des Ehescheidungsrechts in Deutschland von der Reformation bis zur Gegenwart unter Berücksichtigung rechtsvergleichender Aspekte, Göttingen 2006, S. 178.

21 Zum »Opfer«-Verständnis vgl. Franz Birndorfer, Der allgemeine erstinstanzliche Prozessalltag von 1938 bis 1949 anhand der Ehescheidungsakten des Landgerichts Amberg zu § 55 EheG 1938 und § 48 EheG 1946, Regenstauf 2013, S. 71.

meist den Frauen angelastet wurde: Sie hatten es nicht geschafft, eine stabile Kleinstgemeinschaft zu bilden oder zu erhalten und damit den Kernauftrag, den ihnen der NS-Staat erteilt hatte, nicht erfüllt.²² Um diesem Stigma zu entgehen, kämpften Ehefrauen scheidungswilliger Männer um den Erhalt ihrer Ehe, mochte sie noch so unglücklich sein. Häufig spielten jedoch konkrete Existenzängste und die Sorge vor einer finanziellen Schlechterstellung dabei eine Rolle. So erfuhren geschiedene Frauen mit Kindern eine Benachteiligung bei der Kinderhilfe gegenüber Ehepaaren mit den gleichen Voraussetzungen.²³ Der Widerspruch der Ehefrauen gegen eine Zerrüttungsscheidung scheiterte meistens an den Nützlichkeitsabwägungen, die die Scheidungsrichter über die bestehende Ehe im Vergleich zu einer neuen Partnerschaft anstellten.²⁴

Michelle Mouton hat herausgearbeitet, dass das Regime durchaus bewusst eine neue Scheidungsfreiheit gewährte – allerdings vor allem Männern, wenn deren individueller Scheidungswunsch sich nicht mit der staatlich vorgeschriebenen »Volksgemeinschafts«-Maxime überkreuzte. Diese faktische Modernisierung habe, so Mouton, anhaltend mit der nationalsozialistischen Staatsräson in Konflikt gestanden, ein traditionelles, im Kern bürgerliches Familien- und Rollenmodell zu wahren und wertzuschätzen.²⁵

Der nationalsozialistische Gesetzgeber wählte statt einer Novellierung des Ehrechts innerhalb des BGB dessen vollständige Neuregelung in einem Sondergesetz. Dies war eine durchaus symbolhafte Handlung, die die Lösung der Ehe aus dem Kreis der rein privatrechtlichen Verträge auch äußerlich manifestierte.²⁶ Die ideologische Überhöhung der einzelnen Ehe als eine für die Erhaltung der Lebenskräfte der Nation notwendige Institution fand damit ihren gesetzgeberischen Ausdruck und rechtfertigte gleichzeitig den in diesem Bereich immer größer werdenden staatlichen Einfluss. Das BGB, das eine starke Ausrichtung am Individualinteresse hat und hatte, wurde als nicht geeignet angesehen, weiterhin den richtigen Normenverbund für die der »Volksgemeinschaft«

22 Zur Rolle der Frau in der NS-Familienpolitik vgl. grundlegend Claudia Koonz, *Mothers in the Fatherland. Women, the Family and Nazi Politics*, London 1987, S. 175-220; Mouton, *Nurturing* (Anm. 4), S. 34-68; Gabriele Czarnowski, *Das kontrollierte Paar. Ehe- und Sexualpolitik im Nationalsozialismus*, Weinheim 1991, S. 173-229.

23 Julia Bommer, *Ein Gesetz – zwei Rechtsprechungen? Die Zerrüttungsscheidung bei Reichsgericht und Bundesgerichtshof zwischen 1938 und 1961*, Berlin u. a. 2008, S. 52. Dazu auch: Marliese Dobberthien, *Inhaltsanalytische Untersuchung weiblicher Rollenaskriptionen im Ehe- und Familienrecht, dargestellt am Beispiel von höchstrichterlichen Entscheidungen, Lehrbüchern und Kommentaren*, Hamburg 1978.

24 Dazu auch bei Dieter Niksch, *Die sittliche Rechtfertigung des Widerspruchs gegen die Scheidung der zerrütteten Ehe in den Jahren 1938-1944*, Köln 1990, S. 333-583.

25 Mouton, *Nurturing* (Anm. 4), S. 87.

26 Kannappel, *Behandlung* (Anm. 15), S. 104f.

dienende Ehe darzustellen. Petra Kannappel bewertete die Entscheidung gegen eine Neuregelung im Rahmen des BGB daher als Resultat einer Entprivatisierung des Instituts der Ehe.²⁷

2. Scheidung als Kriegsfolge – Statistische Schlaglichter

Seit 1888 erfasst die amtliche Statistik für Deutschland die Eheschließungen und -scheidungen und setzt die erhobene Zahl in Relation zu einer festen Bevölkerungsmenge, um die Werte im demografischen Wandel vergleichbar zu machen.²⁸ Anhand dieser Erhebungen lässt sich nachvollziehen, dass eine signifikante Veränderung der Scheidungsziffer erstmals im und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg eintrat. Von Beginn der Statistik an bis zum Kriegsbeginn 1914 blieb die Scheidungsrate relativ konstant bei einer bis zwei Scheidungen auf 10.000 Einwohner des Deutschen Reichs. Sie sank dann während des Kriegs leicht ab, stieg in den Nachkriegsjahren zum ersten Mal deutlich an und bewegte sich Anfang der 1920er Jahre bei sechs bis sieben Scheidungen pro 10.000 Reichsbewohner. Bei der Einführung des neuen Eherechts durch den NS-Gesetzgeber 1938 bewegte sich die Scheidungsziffer bei rund neun Scheidungen auf 10.000 Deutsche.²⁹ Sie stieg 1939 leicht an, sank aber mit Kriegsbeginn wiederum. Für die Kriegsjahre liegen keine reichsweiten Statistiken der Scheidungen vor, sie setzten erst wieder 1946 ein und verzeichneten dann einen sprunghaften Anstieg auf knapp 20 Ehescheidungen auf 10.000 Einwohner Ende der 1940er Jahre.³⁰ Bei der soziologischen Beschäftigung mit der Entwicklung der Scheidungsrate in Deutschland in der *Longue durée* wurden anhand dieser und weiterer Kennziffern einige entscheidende Einflussfaktoren ausgemacht, u. a. die räumliche Scheidungsvarianz zwischen Stadt und Land sowie zwischen Regionen mit vorwiegend katholischer oder evangelischer Prägung.³¹ Für die quantitative Gesamtentwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lässt sich aber vor allem ein entscheidender Faktor ausmachen: Die Kriegserfahrung

27 Ebd.

28 Üblicherweise wurde (und wird) die Anzahl der Ehescheidungen auf 10.000 oder 100.000 Einwohner bzw. auf 10.000 bestehende Ehen berechnet.

29 Zur quantitativen Entwicklung der Scheidungsziffer in den 1930er Jahren vgl. auch Blasius, Ehescheidung (Anm. 11), S. 190 f.

30 Vgl. Johannes Kopp, Scheidung in der Bundesrepublik. Zur Erklärung des langfristigen Anstiegs der Scheidungsraten, Wiesbaden 1994, S. 17–21.

31 Für die Entwicklung in der Bundesrepublik und in der DDR wurde zudem beispielsweise ein Zusammenhang zwischen ökonomischen Zyklen und der Scheidungsrate herausgearbeitet – bei einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung steigt die Zahl der Scheidungen. Dazu z. B. ebd.

wirkte sich signifikant auf die Scheidungsrate aus – nach Kriegsende stiegen die Ziffern jeweils deutlich an und sanken auch nicht mehr auf das vorherige Niveau ab.³²

Bis Ende Juli 1938 wurde nach altem Recht geschieden, ab 1. August 1938 fand das neue Scheidungsrecht Anwendung. Daher evaluierte das »Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich« die Scheidungen des Jahres nun auch nach unterschiedlichen Kriterien. Eine Gesamtzahl wurde natürlich dennoch erhoben: Sie lag mit 49.497 Scheidungen im gesamten (alten) Reichsgebiet zwar deutlich höher als im Vorjahr, erreichte aber nicht die Scheidungsziffer von 1936. Davon waren 34.946 Scheidungen noch nach altem Recht erfolgt, wobei das Schuldverhältnis der Geschlechter sich zum Vorjahr nicht nennenswert verändert hatte.³³ Die Statistik verzeichnete insgesamt 15.420 Scheidungen nach dem neuen Ehegesetz und berechnete hier auch die Scheidungsurteile mit ein, die in der »Ostmark«, also im mittlerweile zwangsweise angeschlossenen Österreich, gefallen waren.³⁴ Sie wies die Scheidungen nach dem neuen Zerrüttungsparagraphen, also Paragraph 55 des Ehegesetzes, in einer eigenen Tabelle aus.³⁵ In rund 2.433 der Scheidungsverfahren nach neuem Recht wurde die Klage darauf gestützt. Immerhin in knapp über der Hälfte der Verfahren (1.243) entschieden die Scheidungsrichter, dass eine Zerrüttung vorliege, für die keiner der beiden Partner verantwortlich zu machen sei, schieden die Ehen also aufgrund von »schuldloser Zerrüttung«.

Die Besonderheit des Zerrüttungsparagraphen lässt sich auch an seiner Präsenz in der Reichstatistik ablesen: Im darauffolgenden Jahr wurden Scheidungen nach Paragraph 55 gleich neben der Gesamtzahl der Ehelösungen als eigene Kategorie aufgeführt.³⁶ Von den 71.950 Scheidungen im gesamten Reichsgebiet (nach Gebietsstand am 31. August 1939) waren 17.740 wegen Zerrüttung im Sinne von Paragraph 55 geschieden worden, also rund 25 Prozent. Allein für das alte Reichsgebiet wies die Statistik 61.789 Scheidungen auf – ein gewisser Scheidungsboom in Folge der Rechtsreform war also tatsächlich eingetreten.

Hinsichtlich der Schuld an der Zerrüttung blieb das Verhältnis im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1938 beinahe gleich, in 52 Prozent der Scheidungen nach Paragraph 55 erfolgte kein Schuldausspruch. In den restlichen Verfahren, in

32 Ebd., S. 20.

33 Gründe der Ehescheidungen 1938, in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1940, Berlin 1940, S. 71.

34 Die o.g. Gesamtzahl aller Scheidungen des Jahres 1938 bezog sich nur auf das alte Reichsgebiet; so führt es auch die Reichstatistik auf, siehe ebd., S. 70.

35 Ehescheidungen auf Grund des § 55 des Ehegesetzes, ebd., S. 71.

36 Die Ehescheidungen 1939, in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42, Berlin 1943, S. 92.

denen ein Partner oder beide für schuldig befunden wurden, wurde ganz überwiegend (in 90 Prozent der Fälle von »schuldhafter Zerrüttung«) der Ehemann für die Zerrüttung verantwortlich erklärt.³⁷ In Relation zur Gesamtzahl der Ehelösungen machten Scheidungen ohne eine Schuldzuweisung jedoch nur etwa 13 Prozent aus, in den allermeisten Fällen wurde also auch weiterhin eine Schuld am Scheitern der Ehe zugewiesen.

Die hohe Zahl an Scheidungen im Jahr 1939 lässt auf eine Art »Scheidungsstau« schließen, den das neue Recht aufzulösen half. In Österreich stellte die neue Gesetzeslage außerdem einen gänzlich neuen Rechtszustand her, denn nun bedeutete eine Scheidung nicht mehr nur die »Trennung von Tisch und Bett«. Erstmalig wurde eine tatsächliche Lösung des Ehevertrags, also eine Scheidung »dem Bande nach« möglich.³⁸ Im Fachdiskurs war dieser Effekt durchaus antizipiert worden – die Auflösung »unerwünschter« Ehen, die vorher nicht möglich gewesen war, hatte ja ein Kernanliegen der Reformen dargestellt. Gleichzeitig bestätigte der Boom auch Befürchtungen von Kirchenvertretern und konservativen Juristen, die vor der Legalisierung eines Sittenverfalls gewarnt hatten.³⁹

Der Boom hielt allerdings nicht an, die Scheidungsziffer sank im Folgejahr wieder. Für das Berichtsjahr 1940 führte das Statistische Reichsamt für das Deutsche Reich (ohne die eingegliederten ehemals polnischen Gebiete und Eupen-Malmedy) an: Insgesamt wurden rund 59.100 Ehen rechtskräftig geschieden, 1.050 Ehen aufgehoben und 100 Ehen für nichtig erklärt. Damit war die Ehescheidungsanzahl gegenüber dem vorangegangenen Jahr 1939 um rund 18 Prozent zurückgegangen. Dieser beträchtliche – mehr oder weniger sämtliche Scheidungsgründe betreffende – Rückgang der Scheidungshäufigkeit sei in erster Linie auf die Kriegsverhältnisse zurückzuführen, stellte das Reichsamt fest. Denn hierdurch sei in der Erledigung der schwebenden Scheidungsprozesse eine gewisse Verzögerung eingetreten, zum einen infolge der Personalminderung in den Gerichten, zum anderen, weil die Ehemänner oder die Rechtsanwälte zur Wehrmacht einberufen worden waren.⁴⁰ Auch die Zahl der neu eingereichten Klagen war merklich gesunken, vermutlich aus denselben Gründen.

37 Auf Grund des § 55 Ehegesetz geschiedene Ehen, ebd., S. 93.

38 Vgl. dazu auch Blasius, Ehescheidung (Anm. 11), S. 210f.; Mouton, Nurturing (Anm. 4), S. 98.

39 Zur Reaktion auf die Spruchpraxis in den ersten Monaten nach Inkrafttreten des neuen Ehegesetzes vgl. auch Blasius, Ehescheidung (Anm. 11), S. 211-213.

40 Die Ehescheidungen im Deutschen Reich im Jahre 1940, in: Deutsche Justiz 104 (1942), S. 428 f.

Darüber hinaus war ein echter Rückgang der Scheidungen aufgrund des Paragraphen 55 des Ehegesetzes festzustellen, was das Fachorgan des Reichsjustizministeriums, die »Deutsche Justiz«, wie folgt einordnete:

»Die durch die neuen Bestimmungen dieses Paragraphen ermöglichten Scheidungen von solchen Ehen, die schon seit längerer Zeit zerrüttet waren und nur nach dem gesetzlichen Bande noch bestanden, sind nach den Ausführungen des Statistischen Reichsamts zum großen Teil bereits im Jahre 1939 erledigt worden. Wie sich im besonderen aus der Aufgliederung nach den Scheidungsparagraphen ergibt, hat die massenweise Anhäufung von derartigen Scheidungen daher im Jahre 1940 ihren Höhepunkt bereits überschritten.«⁴¹

Während 1939 noch etwa acht Ehen je 10.000 bestehende Ehen auf der Grundlage des Zerrüttungsparagraphen geschieden worden waren, machte dieser Scheidungsgrund 1940 nur noch rund fünf Ehelösungen je 10.000 bestehende Ehen aus. Die Gesamtzahl der Ehelösungen war 1940 unter das Durchschnittsniveau der Jahre 1920 bis 1936 gesunken, konstatierte die Fachzeitschrift beinahe triumphierend und wollte damit wohl den Reformgegnern, die einen dauerhaften Scheidungsboom menetekelt hatten, ihre Fehleinschätzung vorhalten.

Auch weiterhin stellte also die schuldhafte Scheidung den Normalfall da. In 88 Prozent aller Scheidungsurteile war ein Schuldausspruch gegen einen der beiden Ehegatten enthalten. Bei 45 Prozent dieser Fälle wurde auf Alleinschuld des Mannes erkannt, bei 18 Prozent wurde die Frau zum alleinschuldigen Teil erklärt. Bei den übrigen 37 Prozent aller Ehescheidungen mit Schuldausspruch lag dem Urteilsspruch zufolge ein beiderseitiges Verschulden vor. Hinsichtlich der genauen Scheidungsgründe beruhte der weitaus größte Teil (77 Prozent) aller Ehescheidungen auf den allgemeinen Verschuldenstatbeständen des Paragraphen 49 (allein oder in Verbindung mit anderen Paragraphen).

Die Statistik erhob auch die Zahl der in der Ehe geborenen Kinder. Danach waren von den 1940 geschiedenen Ehen 43 Prozent kinderlos, bei 29 Prozent handelte es sich um Ehen mit einem Kind, in 16 Prozent der Scheidungsverfahren wurden zwei Kinder angegeben. Eheleute, die drei bzw. vier oder mehr Kinder hatten, machten jeweils sechs Prozent der Scheidungspaare aus. Diese Verhältniszahlen waren in den zurückliegenden Jahren weitgehend gleich geblieben, in dieser Hinsicht war also wenig Varianz durch das neue Scheidungsrecht zu erkennen.

Die Auswirkungen der großen NS-Eherechtreform waren regional höchst unterschiedlich, stellte Michelle Mouton fest.⁴² Am dramatischsten sei der Ef-

⁴¹ Ebd., S. 429.

⁴² Mouton, Nurturing (Anm. 4), S. 98.

fekt in Österreich gewesen, wohingegen im »Altreich« andere Entwicklungen größere Wirkung gezeigt hätten: Die Machtübernahme selbst habe das Scheidungsverhalten hier beinahe stärker beeinflusst als die Reform und zu einem spürbaren und dauerhaften Niveauanstieg der Scheidungsziffer geführt. Der Kriegsbeginn bremste die Scheidungsmotivation dann wieder – ähnlich ließ es sich auch schon nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs beobachten. Auf die quantitative Dimension der Ehescheidungen trifft Moutons Einschätzung einer begrenzten, heterogenen Wirkung des neuen Scheidungsrechts durchaus zu, doch gilt sie auch für die qualitative Entwicklung des Scheidungsverhaltens und der Spruchpraxis?

Mouton selbst bewertete die Möglichkeit, sich wegen schuldloser Zerrüttung scheiden zu lassen, als »the new law's most popular«. ⁴³ Auch die Analyse der Scheidungspraxis einiger Beispielregionen bzw. einzelner (Groß-)Städte lässt darauf schließen, dass das neue Eherecht das Scheidungsverhalten nachhaltig veränderte. Immerhin hing die kurzfristige »Scheidungsflut«, die sich an den meisten deutschen Gerichten in der zweiten Hälfte des Jahres 1938 sowie im Jahr 1939 beobachten lässt, maßgeblich mit dem neu eingeführten Zerrüttungsparagraphen zusammen. Auch die Münchner Überlieferungsstatistik verzeichnet eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Verfahren für das Jahr 1939. Hierin spiegelt sich wider, dass die NS-Reform des Scheidungsrechts reichsweit tatsächlich einen leichten Scheidungsboom zur Folge hatte. ⁴⁴

Die oben zitierte Reichsstatistik führte an, dass der Zerrüttungsparagraph in etwa einem Viertel der reichsweit anhängigen Scheidungsverfahren zur Begründung herangezogen wurde. Die Durchschlagskraft war also umgehend spürbar – und dies in nur sehr geringen regionalen Abstufungen. Interessanterweise war es gerade die scheidungsfreudige Reichshauptstadt Berlin, in der 1939 »nur« 18 Prozent der Scheidungen aufgrund des Zerrüttungsparagraphen ausgesprochen wurden, während das Saarland mit knapp 25 Prozent im reichsweiten Durchschnitt lag. Dessen relative Höhe lag nicht zuletzt an der Mitberechnung der österreichischen Gaue, in denen das Verhältnis deutlich differierte: Im Gau Niederdonau erfolgten im Jahr 1939 knapp die Hälfte aller Scheidungen aufgrund des Paragraphen 55, in Wien wurde Zerrüttung in rund 38 Prozent der Verfahren als Scheidungsgrund genannt. ⁴⁵

43 Ebd.

44 Vgl. dazu Blasius, Ehescheidung (Anm. 11), S. 210f.; Mouton, Nurturing (Anm. 4), S. 98. Allerdings ist der hohe Wert wahrscheinlich auch darauf zurückzuführen, dass bewusst mehr Verfahren aus dem Jahr 1939 überliefert wurden, um die rechtspraktischen Auswirkungen der NS-Scheidungsreform abbilden zu können.

45 Die Ehescheidungen 1939, in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42 (Anm. 36), S. 92.

3. Die Scheidungspraxis im Krieg – Verfahrensbeispiele

Mit dem neuen Eherecht veränderten sich die Parameter, unter denen die Scheidungsgerichte die Trennungsinteressen abwägen mussten. Denn mit der Gesetzreform erhielt ein dritter Interessenvertreter deutlich mehr Handlungsmacht im Scheidungsverfahren: der Staat, respektive die »Volksgemeinschaft«. Dieses dritte Interesse stand allerdings nicht zwingend im Gegensatz zu den Motiven der Scheidungswilligen oder -unwilligen, sondern diente den Parteien nicht selten zur Untermauerung der eigenen Argumente. Unter den Bedingungen des Kriegs wurde dieses Interesse zunehmend danach ausgerichtet, wie das eheliche Verhalten an der »Heimatfront« bewertet wurde. Im Folgenden beleuchten fünf Verfahrensbeispiele aus der Verhandlungspraxis des Landgerichts (LG) München den Scheidungsalltag der Kriegsgesellschaft. Sie folgen einer chronologischen Ordnung, die die dynamischen Veränderungen familiärer Realitäten durch den immer länger währenden Ausnahmezustand widerzuspiegeln versucht. Spielten die Familientrennungen, die der vorliegende Band untersucht, zu Beginn des Kriegs noch eine untergeordnete Rolle in den Scheidungsverfahren, kamen sie in den späteren Prozessen immer deutlicher zutage: Die Abwesenheit des Ehemanns konnte die Missstände in einer Partnerschaft zusehends verschärfen – Dissens und Entfremdung kumulierten während der seltenen Wiedersehen im Fronturlaub. Hier wurde die Zerrüttung dann so deutlich, dass die Scheidung als einziger Ausweg erschien. Die – wenigen – Verfahren, die in den letzten Kriegsjahren verhandelt wurden, waren schließlich von Abwesenheit und Distanz geprägt. Ein eheliches oder familiäres Zusammenleben hatte hier lange nicht mehr oder gar nicht stattgefunden – die Bindungen, wenn sie denn überhaupt bestanden hatten, waren dadurch brüchig geworden. Dies soll anhand einer Toten- sowie einer Fernscheidung gezeigt werden.

Im ersten zu untersuchenden Verfahren, das kurz nach Kriegsbeginn eröffnet wurde, spielte der Ausnahmezustand noch eine untergeordnete Rolle. Der 33-jährige Schlosser Franz M. reichte Anfang 1940 die Scheidungsklage gegen seine Frau Maria ein, die er im Juli 1933 geheiratet hatte.⁴⁶ Bereits kurz nach der Eheschließung hatte er eine Affäre begonnen, aus der mittlerweile auch ein Kind entstanden war. Nun stützte er seine Scheidungsklage auf den Zerrüttungsparagrafen des Ehegesetzes, doch Maria M. versuchte, dagegen anzugehen. Schließlich sei erwiesen, dass Ehemann Franz die Zerrüttung verschuldet

46 Zur Wahrung des Persönlichkeitsschutzes und zur Einhaltung archivrechtlicher Bestimmungen werden sämtliche Namen von Personen, die im Zusammenhang von familienrechtlichen Verfahren recherchiert wurden, anonymisiert.

habe, und damit habe sie ein eindeutiges Widerspruchsrecht. Das Landgericht gab dem Kläger statt:

»Wie sich aus dem ganzen Sachvortrag beider Parteien ergibt, verstehen sich die Ehegatten nicht mehr. Sie sind sich innerlich fremd geworden. Die Ehegatten haben kein gemeinschaftliches Kind, das ein Bindeglied zwischen ihnen darstellen würde, sie haben auch sonst keine sie verbindenden Interessen. Ihre Ehe ist längst inhaltslos geworden. Eine Änderung dieses Zustandes ist umso weniger zu erwarten, als der Kläger sich längst einer anderen Frau zugewendet hat und seit einiger Zeit mit Fanny G. ein Liebesverhältnis unterhält, aus dem auch ein Kind hervorgegangen ist. Die Beklagte hat selbst keine triftigen Gründe für die Aufrechterhaltung der Ehe anzuführen vermocht. Die Aufrechterhaltung der Ehe liegt auch nicht im Interesse der Volksgemeinschaft. Der Kläger ist erst 33 Jahre alt, steht also in einem Alter, in dem er noch eine neue, völkisch wertvolle Ehe eingehen kann.«⁴⁷

In der Berufung bestätigte das Oberlandesgericht (OLG) die Entscheidung. Die Begründung liest sich wie ein Zirkelschluss, da sie lediglich die Zerrüttung der Ehe noch einmal bekräftigte:

»Schliesslich ist aber auch noch die Erhebung des Scheidungsbegehrens des Klägers aus § 55 EheG ein sicheres Anzeichen dafür, dass die Ehe der Streitparteien schon seit Jahren vollkommen zerrüttet und nun wegen der ablehnenden Haltung des Klägers die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft der Parteien nicht mehr zu erwarten ist.«⁴⁸

Das Verfahren ist ein typisches Beispiel dafür, wie der Zerrüttungsparagraph scheidungswilligen Ehemännern dazu verhalf, trotz eines eindeutigen Ehebruchs schuldlos aus dem ehelichen Verhältnis entlassen zu werden, um eine neue Ehe einzugehen. Hier stimmte das »volksgemeinschaftliche« Interesse mit dem Scheidungswunsch des Manns überein. Dem durchaus beachtlichen Einwand der Ehefrau maß das Gericht keine Relevanz bei – nicht zuletzt, da die Ehe kinderlos geblieben war, sie sich also nicht als Reproduktionsgemeinschaft erwiesen hatte.

Das Scheidungsverfahren der Eheleute Sch., das das Münchner Landgericht von Herbst 1940 bis Sommer 1942 beschäftigte, offenbarte, wie die Abwesenheit des Ehemanns familiäre Problematiken verschlimmern und unüberbrück-

47 Urteil des LG München vom 31.5.1940, Scheidung M. gegen M., Az. 150/40, Staatsarchiv München (StAM), Landgerichte 9714, S. 3.

48 Urteil des OLG München vom 2.10.1940, Scheidung M. gegen M., Az. 150/40, ebd., S. 2.

bare Differenzen verschärfen konnte. Arnold Sch., im Jahr 1897 im bayerischen Falkenstein geboren und als kaufmännischer Geschäftsführer in München tätig, war seit 1924 mit seiner Frau Hedwig verheiratet. Kinder hatte das Ehepaar bisher keine. Er war im August 1939 zum Kriegsdienst einbezogen worden und zunächst in Sachsen stationiert, später dann an der Westfront im Einsatz. Im September 1940 reichte er die Scheidungsklage ein. Sein Rechtsanwalt führte im juristischen Schriftsatz zur Klagebegründung aus:

»Als der Kläger das erste Mal in der Zeit vom 19.11. bis 2.12.39 in Urlaub kam, traf er in seinem Haushalt eine katastrophale Unordnung an und fand seine Frau in einem Zustand vor, der seine schlimmsten Befürchtungen nur bestätigte. Die Beklagte bestritt zwar, dass sie wiederum dem Alkoholgenuss in stärkster Weise fröhne und versicherte dem Kläger, dass sie den Haushalt ordentlich führen werde. Als der Kläger zum zweiten Mal vom 14.2. bis 28.2.40 in Urlaub kam, musste er feststellen, dass die Verhältnisse sich nur verschlimmert hatten. Der Haushalt war noch mehr heruntergekommen und verschmutzt. Es lagen Haufen ungewaschener Wäsche herum. Bei der Beklagten waren die Spuren des übermäßigen Alkoholgenusses deutlich zu erkennen. Es kam hiewegen zwischen den Streitteilen zu scharfen Auftritten, die dem Kläger die notwendige Ruhe während seines kurzen Erholungsurlaubs völlig raubten.«⁴⁹

Der Anwalt des Klägers schilderte, dass sich bei den Fronturlauben – die offenbar im Februar 1940 und dann wieder im August 1940 stattgefunden hatten – ein immer schlechterer Zustand des Haushaltes offenbart habe.⁵⁰ Ehefrau Hedwig sei ihren Pflichten in keiner Weise nachgekommen. Wenn sich Arnold Sch. »nicht im besetzten Gebiet Strümpfe gekauft hätte, hätte er hier überhaupt keine zum anziehen gehabt«.⁵¹ Seine Frau selbst sei ebenfalls gänzlich verwahrlost, so dass es ihm unmöglich gewesen sei, »sich mit seiner Frau auf der Strasse sehen zu lassen«. Das Verhalten der beklagten Ehefrau sei unter den gegebenen Umständen völlig gewissenlos:

»Trotzdem der Kläger als Soldat bei der Wehrmacht steht und durch ausreichenden Unterhaltsbetrag die Beklagte genügend zum Leben hat, macht sie Schulden und verwirtschaftet noch dazu das Vermögen des Klägers. Diese

49 Schriftsatz Rechtsanwalt Knirlberger, 16.9.1940, Scheidung Sch. gegen Sch., Az. 369/40, StAM, Landgerichte 10024.

50 Zum Heimaturlaub und den Trennungserfahrungen des Kriegseinsatzes, die auch immer wieder in Scheidungsverfahren mündeten, vgl. Christian Packheiser, Heimaturlaub. Soldaten zwischen Front, Familie und NS-Regime, Göttingen 2020, v. a. Kapitel III.

51 Dieses und das folgende Zitat: Schriftsatz Rechtsanwalt Knirlberger, 16.9.1940, Scheidung Sch. gegen Sch., Az. 369/40, StAM, Landgerichte 10024.

Handlung ist gerade dem Kläger gegenüber, der durch den Wehrmächtsdienst von seinem Haushalt fern ist, besonders verwerflich und muss von ihm in besonderem Masse als ehezerrüttend betrachtet werden.«

In dem sich anschließenden Verfahren zog das Landgericht zahlreiche Gutachter und deren Bewertungen heran und prüfte den Sachverhalt eingehend. Ehefrau Hedwig hatte eine Klageabweisung beantragt und dies damit begründet, dass der ihr vorgeworfene Alkoholismus keine »unheilbare lasterhafte Veranlagung« sei. Sie habe schon seit ihrer Kindheit mehrere Infektionskrankheiten durchgemacht und leide unter einer chronisch schlechten Konstitution, was ihre Möglichkeiten der Haushaltsführung einschränke. Über ihren Lebenswandel habe ihr Mann jedoch Bescheid gewusst, wie sie im Schriftsatz ihres Rechtsanwalts zur Kenntnis gab.⁵² In der nun 19-jährigen Partnerschaft und 17-jährigen Ehe habe ihr Ehemann bisher immer zu ihr gehalten. Im erwiderten Schriftsatz beantragte ihr juristischer Pfleger – Hedwig Sch. hatte sich zeitweilig in Behandlung in der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar bei München befunden –, die Scheidungsklage abzuweisen bzw. hilfsweise im Scheidungsfall ein Mitverschulden des Ehemanns an der Zerrüttung anzuerkennen.

Im Juni 1942 entschied das Landgericht in erster Instanz – und wies die Klage des im Fronteinsatz befindlichen Ehemanns ab. Zur Begründung hielt es die Scheidungskammer zum einen für glaubhaft, dass die Ehefrau ernsthaft an einer Besserung ihres Verhaltens arbeite. Zum anderen habe Arnold Sch. seine Pflicht versäumt, seine Ehefrau vom Alkohol abzuhalten, auch wenn er in den frühen 1930er Jahren Versuche dazu unternommen habe.

»Aber der Kläger hatte nach wie vor Verständnis für die Leidenschaft der Beklagten und hat nicht genügend gegen die Trunksucht derselben eingegriffen. Er hat ihr nicht rechtzeitig den Alkoholmissbrauch unmöglich gemacht, wie es seine Pflicht gewesen wäre. Obwohl der Kläger nach seiner Einberufung zur Wehrmacht am 28.8.1939 bei seinen späteren Urlauben sehen musste, dass die nunmehr sich allein überlassene Beklagte immer mehr dem Alkohol verfiel [...], hat er bei seinem Urlaub aus Frankreich im August 1940 sogar noch 2 Flaschen französischen Kognak mitheimgebracht.«⁵³

Die Fortsetzung der Ehe könne ihm nicht zuletzt deswegen zugemutet werden, weil eine Scheidung der Ehe bei Hedwig Sch. eine nachteilige Wirkung zeigen und ihre Besserung wieder hinfällig machen könne.

52 Stellungnahme Hedwig Sch. vom 9.2.1941, Scheidung Sch. gegen Sch., Az. 369/40, StAM, Landgerichte 10024.

53 Urteil des LG München vom 10.6.1942, Scheidung Sch. gegen Sch., Az. 369/40, StAM, Landgerichte 10024.

Arnold Sch. ging in Berufung, doch das Oberlandesgericht München bestätigte das erstinstanzliche Urteil und begründete dies vor allem mit der deutlichen Verbesserung des gesundheitlichen Zustands von Hedwig Sch. Mit einem Rückfall in alte Verhaltensmuster sei nach den ärztlichen Gutachten nicht zu rechnen.

»Dadurch, dass die Beklagte über ein Jahr lang sich in einer verantwortungsvollen Stellung befindet, hat sie Anschluss an die Gemeinschaft gefunden. Ihre Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit hat ihrem Leben wieder einen Sinn gegeben und hat sie sich selbst wiederfinden lassen.«⁵⁴

Beide Gerichtsentscheidungen votierten also zugunsten der beklagten Ehefrau und schrieben eine Art Läuterungsnarrativ fest. Darin erschien der Ehemann als inaktiver Part, der vielmehr seinerseits seine ehelichen Pflichten vernachlässigt habe. Die Rückkehr der Ehefrau in die Gemeinschaft – deren Bezeichnung als »Volksgemeinschaft« im Urteil ausblieb – wog hier mehr als der Frontdienst des Ehemanns, dessen Wert in anderen Verfahrenszusammenhängen zumeist als unantastbar galt. Diese ungewöhnliche Einschätzung zeigte sich auch an einem anderen Aspekt des Verfahrens: Arnold Sch. hatte bei Verfahrensbeginn das sogenannte Armenrecht beantragt, also um eine finanzielle Unterstützung zur Deckung der Prozesskosten ersucht. Das Armenrecht wurde ihm verwehrt, woraufhin sein Rechtsanwalt Beschwerde einlegte. Es sei »einem Frontsoldaten mit RM 54 nicht möglich, die Prozesskosten zu tragen.« Der Anwalt führte weiter aus:

»Ich bin sogar der Auffassung, dass einem Soldaten, der nun seit über 13 Monaten seiner Wehrpflicht, noch dazu als Teilnehmer des Weltkriegs, genügt, das Armenrecht für den Scheidungsprozess auch dann zuzubilligen wäre, wenn er aus der Zeit vor dem Krieg noch einiges Vermögen besäße.«⁵⁵

Auch die Beschwerde wurde abgelehnt, Arnold Sch. musste die Prozesskosten selbst tragen – dem Antrag seiner Ehefrau auf das Armenrecht wurde stattgegeben.

Im dritten Fallbeispiel, dem Scheidungsverfahren der Eheleute K. aus München, übernahm Rechtsanwalt Ferdinand Mößmer die Vertretung des klagenden Ehemanns – Mößmer galt als Experte in Fragen des Eherechts und beteiligte sich an der Fachdebatte um das nationalsozialistische Ehe- und Schei-

54 Berufungsurteil des OLG München vom 25.2.1943, Scheidung Sch. gegen Sch., Az. 369/40, StAM, Landgerichte 10024.

55 Schriftsatz Rechtsanwalt Knirlberger, 3.10.1940, Scheidung Sch. gegen Sch., Az. 369/40, StAM, Landgerichte 10024.

dungsrecht mit mehreren Beiträgen.⁵⁶ Der Oberinspektor Franz K. war seit 1928 mit seiner Frau Josefa verheiratet, die Ehe war kinderlos.

Die klagende Partei berief sich auf die Paragraphen 50 und 51 des neuen Ehegesetzes, die die Scheidung aufgrund einer diagnostizierten Geisteskrankheit eines der Ehepartner vorsahen. In seiner Klageschrift stellte Rechtsanwalt Mößmer zunächst aber ausführlich die Meriten des klagenden Ehemanns dar, die er sich bisher im Frontdienst erworben habe:

»Im Juli 1939 wurde der Kläger für dauernd zur Wehrmacht einberufen. Er hat den Polen-, Frankreich-, Serbien- und Russlandfeldzug in vorderster Linie mitgemacht, und ist dabei viermal verwundet worden. Für seine hervorragenden Leistungen ist dem Kläger das Ritterkreuz verliehen worden. Wenn der Kläger zu Hause seinen Urlaub verbrachte, – zuletzt im Winter 1940/41 – fand er seine Frau stets unverändert vor. Sie war nach wie vor von Wahnvorstellungen besessen und dem Kläger gegenüber ausserordentlich streitsüchtig.«⁵⁷

Bei seinem zuletzt gewährten Urlaub im Sommer 1942 habe Franz K. die eheliche Wohnung verschlossen vorgefunden, weshalb er zunächst zu einem befreundeten Kameraden gegangen sei. Zurück in der Wohnung habe ihn seine Frau direkt mit dem Vorwurf konfrontiert, er habe sich von der Frau des genannten Kameraden, mit der er Schnaps getrunken habe, verstecken lassen, als sie ihn dort gesucht habe. Josefa K. habe den ganzen ersten Urlaubsabend unaufhörlich weiter geschimpft, so der Klageschriftsatz weiter, so dass der Ehemann die Wohnung verlassen und seiner Frau nur noch mitgeteilt habe, dass er am nächsten Tag weiterführe.

Zur Klagebegründung gab Franz K. außerdem an, dass seine Frau schon mehrere »Tobsuchtsanfälle« gehabt habe, im Zuge derer sie ihm gegenüber auch gewalttätig geworden sei. Josefa K. beantragte, die Scheidungsklage abzuweisen. Sie widersprach dem Vorwurf der Tötlichkeit – die Gewaltanwendungen seien bei dem fraglichen Streit vielmehr von ihrem Mann ausgegangen. Die anderen Vorwürfe müssten als verziehen gelten, da danach noch ehelicher Geschlechtsverkehr vollzogen worden sei. Eine Geisteskrankheit wie sie das Ehegesetz als Scheidungsgrund vorsah, liege bei ihr nicht vor. Im Falle einer Scheidung stellte sie den Antrag, das Verschulden vielmehr beim Ehemann zu sehen, da dieser sie grob vernachlässigt habe.

56 Vgl. u. a. Ferdinand Mößmer, Neugestaltung des deutschen Ehescheidungsrechtes: Vorschlag, Berlin 1936.

57 Klageschriftsatz Rechtsanwalt Mößmer, 25.11.1942, Scheidung K. gegen K., Az. 554/42, StAM, Landgerichte 10170.

Auch in diesem Verfahren holte das Landgericht wiederum zahlreiche Gutachten ein und prüfte die jeweiligen Vorwürfe eingehend. Nach der Expertise der Münchner Universitätsnervenklinik galt Josefa K. nicht als geisteskrank im Sinne des Gesetzes. Doch hielt das Gericht die Voraussetzungen des Paragraphen 50 des Ehegesetzes für gegeben. Dieser sah die Scheidung vor, wenn ein Ehepartner durch eine unverschuldete »geistige Störung« die Ehe »tief und unheilbar zerrüttet« habe.⁵⁸ Ein solches Verhalten habe die Ehefrau an den Tag gelegt. Darüber hinaus prüfte das Gericht, ob der Scheidungswunsch des Ehemanns als »sittlich gerechtfertigt« gelten konnte, was es in seinem Urteil bejahte:

»Die Beklagte ist nicht pflegebedürftig; sie ist sogar in der Lage einer ihr im Wege der Dienstverpflichtung zugewiesenen leichten Arbeit nachzugehen. Auch ist sie im Lebensalter noch nicht so weit fortgeschritten, dass sie hilfsbedürftig wäre. Zudem ist bei der Lebensstellung des Klägers der Beklagten der ihr [...] zustehende Unterhalt aller Voraussicht nach gesichert.«⁵⁹

Den Vorwurf der Vernachlässigung durch den Ehemann wies das Gericht zurück – und damit auch den Schuldantrag Josefa K. s. Die Aussagen von Franz K. hätten dies eindeutig widerlegt, so das Gericht. Seit Kriegsbeginn stehe der Ehemann im Heeresdienst und sei zum größten Teil an vorderster Front gewesen, schließlich nach seiner Verwundung im Juli 1942 im Lazarett. Daher habe er seine Frau gar nicht öfter besuchen können. Schließlich ließ das Gericht eindeutig erkennen, dass es die Leistungen des Manns im Kriegsdienst als ausschlaggebend für die Bewertung des jeweiligen ehelichen Verhaltens ansah:

»Übrigens kann es dem Kläger nicht verargt werden, wenn er sich seinen zur Erholung von schweren Kriegsanstrengungen dienenden Urlaub durch das auf geistige Störung beruhende Verhalten der Beklagten nicht verderben lässt und deshalb seinen Urlaub nicht bei seiner Ehefrau verbringt. Der von der Beklagten beanstandete seltene Briefverkehr wurde von dem Kläger [...] damit erklärt, daß die Beklagte ihrerseits nur sehr selten Briefe belanglosen Inhalts an ihn geschickt und ihm nicht einmal zur hohen Auszeichnung mit dem Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz beglückwünscht hat.«⁶⁰

Die Ehe wurde im März 1944 geschieden, allerdings ohne ein Verschulden eines der beiden Ehepartner festzustellen. Josefa K. legte keinen Einspruch gegen die Entscheidung ein.

58 § 50 EheG, Reichsgesetzblatt (RGBl.) I (1938), S. 814f.

59 Urteil des LG München vom 30.3.1944, Scheidung K. gegen K., Az. 554/42, StAM, Landgerichte 10170.

60 Ebd.

Das vierte Verfahrensbeispiel gibt Einblick in die Praxis der sogenannten Totenscheidung. Hier trat, wie zu Beginn des Beitrags bereits erwähnt, der Staat als Verfahrensgegner in den Scheidungsprozess ein – was rechtlich bisher nicht vorgesehen war und die sogenannte Verhandlungsmaxime des zivilen Rechtsverfahrens aushebelte. Per Durchführungsverordnung setzte der nationalsozialistische Gesetzgeber das Scheidungsverfahren quasi einem Strafverfahren gleich, in dem das Gericht die Ermittlungen souverän bestimmte und den Streitparteien damit die Verhandlungshoheit abnahm. So auch im Fall des Anfang Dezember 1942 in Selo-Gora (bei Novgorod) an der Ostfront gefallenen Soldaten Friedrich R. Ende 1935 hatte der technische Zeichner die berufslose Gunda geheiratet, in den folgenden Jahren bekamen die beiden zwei Töchter. Im März 1940 war die Einberufung des damals 30-jährigen Friedrich R. zum Kriegsdienst erfolgt. In der Scheidungsklage, die der Oberstaatsanwalt im Januar 1944 zur Eröffnung eines Scheidungsverfahrens der Eheleute R. dem Landgericht München vorlegte, stellte sich der Fall wie folgt dar: Nach seiner Einberufung kam Friedrich R. – aus der Stationierung bei einer Garnison in Garmisch – im Juni 1940 für ein paar Urlaubstage nach Hause. In diesen freien Tagen bei der Familie kam es, wie der juristische Schriftsatz festhielt, zu ehelichem Geschlechtsverkehr. Einen weiteren Urlaub hatte Friedrich R. erst wieder im September 1941 und verbrachte auch diesen wieder im Kreis der Kleinfamilie. Bei diesem Urlaub kam es jedoch nicht mehr zum Verkehr zwischen den Eheleuten, und zwar, da Friedrich R. dafür ein Verhütungsmittel zur Bedingung machte, was seine Ehefrau Gunda stark irritierte. Daraufhin beichtete Friedrich ihr, dass er sich beim außerehelichen Verkehr eine Geschlechtskrankheit zugezogen habe. Um dienstliche Schwierigkeiten zu vermeiden, bat er seine Ehefrau ausdrücklich, diesen Vorfall in keinem der kommenden Feldpostbriefe zu erwähnen. Das eheliche Verhältnis war durch diese Beichte tief erschüttert – Friedrich R. kam in den kommenden Monaten nicht mehr im Urlaub zurück zu seiner Familie. Enttäuscht und verletzt von ihrem mittlerweile wieder an der Front stehenden Ehemann suchte Gunda R. im Herbst 1942 bei einem alten Freund Trost und begann mit ihm ein sexuelles Verhältnis. Die Familie des Ehemanns erfuhr von der Affäre und meldete sie kurz nach Friedrich R.s Tod der Münchner Staatsanwaltschaft. Die Eltern und die Schwester des gefallenen Friedrich hielten das Verhalten der Schwiegertochter und Schwägerin für äußerst verwerflich – aus der Affäre war ein Kind entstanden, das im Juli 1943 geboren wurde. Sie zweifelten an, dass Friedrich R. je an einer Geschlechtskrankheit erkrankt gewesen sei – ihnen gegenüber hatte er diesen Umstand nie erwähnt.

Die Münchner Staatsanwaltschaft, die das Scheidungsverfahren gut ein Jahr nach dem Tod Friedrich R.s anstrebte – und für ihre Ermittlungen in dem Fall unter anderem die Akten des Vormundschaftsgerichts eingesehen hatte – sah es

für erwiesen an, dass Friedrich R. als »ehrliebender und aufrichtiger Ehemann« selbst eine Scheidungsklage erhoben hätte, wenn ihm das »ehrlose Verhalten« seiner Ehefrau bekannt gewesen wäre.⁶¹ Dennoch stellte die Staatsanwaltschaft fest, dass der gefallene Ehemann selbst eine schwere eheliche Verfehlung begangen habe, die die beklagte Ehefrau Gunda berechtigt hätte, gegen ihn eine Ehescheidungsklage zu erheben. Eine Verzeihung sei damals ihrerseits ihrem Ehemann gegenüber nicht erfolgt, »vielmehr sind die Streitsteile unverzöhnt auseinandergeschieden.«⁶²

Gunda R. ließ die Klage über ihren Anwalt mit einem Antrag auf Abweisung beantworten. Zur Begründung gab sie an, dass sie vom Verhalten ihres Ehemanns während des Fronteinsatzes sehr enttäuscht und verletzt gewesen sei, die außereheliche Affäre als Folge dieser Verletzung gab sie offen zu. Daher plädierte ihr Anwalt auf Scheidung der Ehe aufgrund von beiderseitigem Verschulden.

Es fanden zwei Verhandlungstermine statt, an denen persönlich nur der Vater und die Schwester des gefallenen Klägers teilnahmen. Im März 1944 fällte das Landgericht München sein Urteil und folgte darin der Argumentation der Staatsanwaltschaft:

»Die Handlungsweise der Antragsgegnerin ist umso verwerflicher, als sie während des Fronteinsatzes ihres Ehemannes diesem die Treue gebrochen hat. Im Hinblick auf das besonders ehrlose, pflichtvergessene und unsittliche Verhalten [...] ist als sicher anzunehmen, dass Friedrich R. [...] sich bei Kenntnis der Eheverfehlung auch nicht durch die Rücksicht auf die ehelichen Kinder Edith und Eva von der Scheidungsklage hätte abhalten lassen.«⁶³

Die Ehe wurde wegen alleinigen Verschuldens der Ehefrau geschieden. Sie musste die Kosten des Verfahrens tragen und verlor ihre Unterhaltsansprüche. Einen Einspruch gegen das Urteil legte sie nicht ein – vermutlich, weil sie sich keinerlei Erfolg davon versprach.

Das fünfte und letzte Fallbeispiel skizziert ein Verfahren, das kurz vor Kriegsende eröffnet wurde, jedoch weder zur Verhandlung kam noch mit einem Urteil beschieden wurde. Nichtsdestotrotz erscheint der Fall in mehreren Hinsichten symptomatisch für die Erfahrungswelt jener Kriegsgeneration, die in ihrem jungen Erwachsenenleben fast nur den Kriegszustand erlebt hatte.

61 Schreiben des Oberstaatsanwalts München I an LG München I, 5.1.1944, Scheidung Oberstaatsanwalt gegen R., Az. 7/44, StAM, Landgerichte 17381.

62 Ebd.

63 Urteil des LG München vom 15.3.1944, Scheidung Oberstaatsanwalt gegen R., Az. 7/44, StAM, Landgerichte 17381.

Josef Z., 1915 in München geboren und bis zu seinem Einsatz an der Front als Polizeioberwachmeister tätig, hatte erst im April 1943 die damals 20-jährige Angela Z. geheiratet und mit dieser Heirat die vorehelich geborene Tochter Heidemarie legitimiert. Die Ehe war geschlossen worden, als Josef Z. bereits an der Front war – ob als Ferntrauung oder in einer Zeremonie während des Heimaturlaubs lässt sich anhand der überlieferten Quellen nicht rekonstruieren. Ein eheliches Zusammenleben hatte deshalb bisher nicht stattgefunden, die jungen Eheleute hatten sich zumeist bei den jeweiligen Eltern getroffen, so auch beim letzten Urlaub Josef Z.s im Mai 1944.

Im Februar 1945 reichte Rechtsanwalt Fritz Sauter im Namen seines Mandanten die Scheidungsklage ein und berief sich zur Begründung vor allem auf die Diskrepanz zwischen dem »ehrevollen« Kriegsdienst des Ehemanns einerseits und dem vermeintlich ehrlosen Verhalten seiner jungen Frau in der Heimat. Diese habe zu verantworten, dass die Ehe sich von Anfang an unglücklich gestaltet habe. Angela Z. war bis Herbst 1944 bei einer Münchner Firma als Schreibkraft tätig gewesen und hatte offenbar mit einem Arbeitskollegen eine Affäre begonnen – dies könne mit Liebesbriefen der beiden belegt werden, so der Anwalt.⁶⁴ Zudem warf Josef Z. seiner Frau vor, sie habe schlecht gewirtschaftet und das ihr monatlich zur Verfügung stehende Geld verschwendet. Auf dem gemeinschaftlichen Konto seien sowohl das Gehalt des Ehemanns in Höhe von 270 Reichsmark sowie der Nettolohn der Ehefrau von 220 Reichsmark eingegangen, die Angela Z. zur Lebensführung nicht ausgereicht hätten. Sie habe immer wieder ungedeckte Schecks ausgestellt, »während andere Frauen eingerückter Soldaten sich bemüht haben, von dem Gehalt des Mannes einen angemessenen Teil für spätere Jahre zurückzulegen.«⁶⁵ Damit habe die beklagte Ehefrau ihre ehelichen Pflichten schwer verletzt und die Ehe schuldhaft so tief zerrüttet, dass die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht mehr zu erwarten sei – so die Anklageschrift, die den Gesetzestext im Wortlaut übernahm. Zuletzt hob Anwalt Sauter noch einmal auf die besondere Schwere des Verschuldens ab, die trotz der gegebenen Bedingungen eine schnelle Prozessführung erforderlich mache:

»Nachdem der Kläger seit Jahren als Frontsoldat [sic!] im Felde steht, kann ihm auch nicht zugemutet werden, unter solchen Umständen den Scheidungsprozess bis nach Kriegsende zurückzustellen. Der Kläger als

64 Schriftsatz Anwalt Fritz Sauter, 14.2.1945, Scheidung Z. gegen Z., Az. 24/45, StAM, Landgerichte 17420.

65 Ebd.

Frontsoldat muss von der seelischen Belastung befreit werden, die für ihn das Erleben einer derart schnöden Untreue seiner Frau gebracht hat.«⁶⁶

Aus der überlieferten Verfahrensakte geht hervor, dass ein Verfahrenstermin für Mai 1945 angesetzt wurde, dieser hat offenbar aber nicht stattgefunden. Unterlagen über den weiteren Prozessverlauf liegen ebenso wenig vor wie eine Erwiderung der beklagten Angela Z.

Die geschilderten fünf Verfahren aus dem Gerichtssprengel des Landgerichts München belegen, dass die Nützlichkeitsabwägungen, die mit der Rechtsreform 1938 in die Scheidungspraxis Einzug hielten, gerade den scheidungswilligen Ehemännern in die Karten spielten. In allen untersuchten Verfahren reichte der Ehemann bzw. ein Vertreter die Scheidungsklage ein, der in der Mehrzahl der Fälle auch stattgegeben wurde – die Gesamtauswertung der überlieferten Münchner Verfahren bestätigt diesen Befund.⁶⁷ Konnten die Männer nachweisen, dass die bestehende Ehe sie von einer neuen, aussichtsreichen Partnerschaft abhielt oder sich ansonsten nachteilig auf ihre Leistungsfähigkeit auswirkte, setzten sie ihren Scheidungswunsch auch häufig gegen den Widerspruch der Ehefrau durch. Mit Kriegsbeginn wurde die genannte Leistungsfähigkeit mit der Kampfkraft gleichgesetzt – erschien diese dem Scheidungsgericht durch das Verhalten der Ehefrau gefährdet, galt die Ehe zumeist als lösbar.

4. Fazit

Die Bewertung der im Nationalsozialismus erlassenen familienrechtlichen Gesetze und der erarbeiteten Gesetzentwürfe war in der juristischen Zeitgeschichte lange umstritten.⁶⁸ Gerade das Scheidungsrecht entzog sich einer klaren rechtspolitischen und rechtshistorischen Einordnung. So fragte bereits Michael Humphrey pointiert, ob es als Ausdruck einer die politischen Umwälzungen überbrückenden Reformkontinuität anzusehen sei oder als eine spezifische Ausprägung nationalsozialistischer Ideologie.⁶⁹ Tatsächlich standen

66 Schriftsatz Anwalt Dr. Fritz Sauter (Vertreter des Klägers), 14.2.1945, Scheidung Z. gegen Z., Az. 24/45, StAM, Landgerichte 17420.

67 Vgl. Christians, *Das Private vor Gericht* (Anm. 5), S. 120-177.

68 Vgl. dazu Heinz Holzhauser, *Die Scheidungsgründe in der nationalsozialistischen Familienrechtsgesetzgebung*, in: *NS-Recht in historischer Perspektive*, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, München 1981, S. 53-70, hier S. 53-56; Thilo Ramm, *Das nationalsozialistische Familien- und Jugendrecht*, Heidelberg u. a. 1984, S. 6-10; Blasius, *Ehescheidung* (Anm. 8), S. 139-141; Joachim Stolz, *Zur Geschichte der Trennung von Ehegatten*, Kiel 1983, S. 139-144.

69 Humphrey, *Reformdiskussion* (Anm. 20), S. 290.

große Teile des Ehegesetzes mit den Reformentwürfen der Weimarer Zeit in engem Zusammenhang, wie Humphrey selbst einleuchtend herausarbeitete. Doch gab der Privatrechtsexperte Werner Schubert zu Recht zu bedenken, dass eine zu starke Gewichtung der Kontinuitäten im Ehe- und Familienrecht »die vom NS-Rechtsdenken beeinflussten Bestimmungen unberücksichtigt«⁷⁰ ließe – dabei hätten diese die nach 1933 bzw. vor allem 1938 erlassenen Gesetze entscheidend mitgeprägt.

Sowohl im nationalsozialistisch ausgestalteten Konzept der Zerrüttungsscheidung als auch in den Regelungen zur Unterhaltsfrage lassen sich Elemente nachweisen, die nicht nur völkische und »rassenhygienisch« motivierte Prämissen in die Gesetzgebung einschrieben, sondern auch frauen- und familienpolitisch als anachronistisch gelten müssen. Denn die »Belange der Volksgemeinschaft« wurden in der Praxis maßgeblich für die Bewertung einer Ehe. Bei strittigen Verfahren ging es vor allem um die Nützlichkeit der ehelichen Verbindung für die nationalsozialistische Leistungs- und Pflichtgemeinschaft. Erfüllte eine Ehe nicht mehr ihren Zweck als Reproduktions- oder Regenerationsgemeinschaft, wurde sie gerichtlich gelöst. Das novellierte Ehe- und Scheidungsrecht bedeutete eine eindeutige Verschlechterung des Rechtsstatus der (Ehe-)Frau. Und dies konnte unmittelbare Folgen auf ihre wirtschaftliche Lage haben.

Das neue nationalsozialistische Ehe- und Scheidungsrecht wurde im Juli 1938 erlassen – ein gutes Jahr später befand sich das Deutsche Reich im Krieg. Seine praktische Umsetzung erfolgte demnach hauptsächlich in einem Ausnahmezustand, der die gesellschaftliche Realität ehelicher und familiärer Beziehungen und Abhängigkeiten grundstürzend veränderte. Ehen wurden in Abwesenheit geschlossen und wieder gelöst, familiäres Zusammensein fand häufig nur noch in den wenigen Tagen des Heimaturlaubs statt, der Kriegszustand erzwang räumliche Trennungen und Entfremdungen. Die Fragilität und Fluidität des Ehe- und Familienlebens hatten jedoch nicht zur Folge, dass eheliche Verbindungen häufiger gelöst wurden als in Friedenszeiten. Es lässt sich vielmehr vermuten, dass die unsicheren und bedrohlichen Lebensumstände oft selbst dort für eheliche Kontinuität sorgten, wo im Normalzustand vielleicht ein Scheidungswunsch ausgesprochen worden wäre – darauf deutet der statistische Nachweis eines Anstiegs der Scheidungsrate nach dem Zweiten Weltkrieg (wie schon nach dem Ersten Weltkrieg) hin.

70 Vgl. Werner Schubert (Hrsg.), *Das Familien- und Erbrecht unter dem Nationalsozialismus. Ausgewählte Quellen zu den wichtigsten Gesetzen aus den Ministerialakten*, Paderborn u. a. 1993, Einleitung, S. XXII.

Doch in den Fällen, die nach 1939 vor den deutschen Scheidungsgerichten verhandelt wurden, lässt sich oftmals der Krieg als Scheidungskatalysator nachweisen – wie in vier der fünf in diesem Beitrag geschilderten Beispiele aus den Verfahren vor dem Landgericht München. Hier verstärkten die Erfahrung von Trennung und Entfremdung eheliche Dissonanzen und motivierten den – in sämtlichen Fällen männlichen – Scheidungswunsch. Zudem bot der Krieg einen neuen Bezugsrahmen für die Bewertung ehelichen Verhaltens, was sich in den Schriftsätzen der Kläger nachweisen lässt. Das Handeln der Ehefrau wurde dabei dem Kriegsdienst des Ehemanns gegenübergestellt, dessen ehrenvolle Kampfleistung für das Reich höchste Anerkennung genießen sollte. Die Scheidungsrichter entschieden zumeist im klägerischen Sinne und trugen damit den Folgen von Trennung und Entfremdung durch den Fronteinsatz Rechnung – nur selten aber den Zumutungen, die diese für die Ehefrauen an der »Heimatfront« bedeuteten.

Der Blick auf die Scheidungsverfahren zeigt, dass der Krieg für die familiären Bindungsstrukturen innerhalb der »Volksgemeinschaft« zur Zerreißprobe wurde. Und er offenbart einmal mehr die Hierarchisierung von Gemeinschaften im NS-Regime: Die eheliche – und familiäre – Gemeinschaft galt als rechtlich lösbar, wenn damit dem Ehrgefühl und der Pflicht für die »Volksgemeinschaft« Genüge getan werden konnte. Eine Ehe, aus der der kriegsdienstleistende Ehemann keine Kraft für den Kriegseinsatz schöpfen konnte, war vor dem Scheidungsgericht zumeist bestandslos. Abermals diktierte die »kämpfende Volksgemeinschaft« die Bedingungen einer »wertvollen« Ehe.

Lu Seegers

»TRENNUNG – DIE BRÜCKE ZWISCHEN LIEBENDEN«?

Walther von Hollander als Ratgeber für Ehe und Familie
im und nach dem Zweiten Weltkrieg

»Ich bin jetzt 34 Jahre alt und mein Mann ist schon über drei Jahre Soldat, lebt man sich da nicht trotz allen großen Vertrauens etwas auseinander? Sind es nicht die schönsten Jahre, die man allein und ohne Freude erleben muss? Ich lebe nur für meine Kinder und in meinem Heim, ist es nicht hart, auf vieles, was das Leben angenehm macht, verzichten zu müssen?«

Diese Zeilen einer jungen Frau aus Hannover vom 12. April 1943 richteten sich an Walther von Hollander, den bis heute wohl bekanntesten Lebensberater im deutschsprachigen Raum. Bereits in der Weimarer Republik machte sich der 1892 geborene Walther von Hollander einen Namen als Schriftsteller und Journalist. Eine entsprechende Laufbahn hatte er 1917/18 als Offizier-Berichterstatter begonnen.¹ Nach dem Ersten Weltkrieg gab er in München die Wochenzeitschrift »Süddeutsche Freiheit« heraus und arbeitete als Lektor des Georg-Müller-Verlags. 1920 kam er zur Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft des Malers Heinrich Vogeler in Worpswede und gründete 1921 mit der »Hollander-Presse« eine eigene Druckerei. 1923 ging Hollander nach Berlin, arbeitete dort als Buchhändler und veröffentlichte Erzählungen und Romane, vornehmlich im Ullstein-Verlag. 1926 beteiligte sich Walther von Hollander an der Gründung der Vereinigung »Gruppe 25«, in der sich 39 politisch links orientierte Schriftstellerinnen und Schriftsteller zusammenfanden. Für die bekannten Ullstein-Zeitschriften »Uhu« und »Koralle« sowie für die »Vossische Zeitung« verfasste Hollander zahlreiche Artikel zum Thema Ehe- und Lebensführung und damit zu der Frage, was ein gutes Ehe- und Familienleben ausmacht.² Ehe und Familie gelten prototypisch als »Hort« des Privaten, als ein Kristallisationspunkt per-

1 Hollander hatte zuvor in Berlin, München und Heidelberg Nationalökonomie, Germanistik und Philosophie bei Georg Simmel studiert. Siehe dazu und zum Folgenden Werner Kayser, Walther von Hollander, Hamburg 1971, S. 72-75.

2 Volker Bendig, Die populärwissenschaftliche Zeitschrift Koralle im Ullstein und Deutschen Verlag 1924-1944, Diss. München 2014, S. 190 f. Vgl. Eva Noack-Mosse, Uhu, in: Joachim W. Freyburg/Hans Wallenberg (Hrsg.), Hundert Jahre Ullstein 1877-1977, Bd. 2, Berlin 1977, S. 177-208, hier S. 198.

sönlicher Beziehungen. Zugleich sind Ehe und Familie aber auch gesellschaftliche Institutionen, in denen Menschen für die Gesellschaft sozialisiert werden.³

Während des »Dritten Reichs« blieb Walther von Hollander publizistisch tätig – Mitglied der NSDAP wurde er nicht. Als Autor von »unpolitisch«-unterhaltenden Stoffen gelang es ihm aber, seinen Bekanntheitsgrad zu steigern. Zwischen 1933 und 1944 schrieb er elf Unterhaltungsromane und 13 Filmdrehbücher (zum Teil als Mitautor) für die Ufa und andere Filmgesellschaften.⁴ Im Mittelpunkt standen Frauenschicksale und Liebesgeschichten. Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, so bemerkte Hollander später in einem Interview, habe ihn trotz mancher Bedenken geduldet, weil er den kultivierten Unterhaltungsroman brauchte.⁵ 1937 brachte die »Berliner Illustrierte Zeitung« sein Ratgeberbuch »Der Mensch über Vierzig. Neuer Lebensstil im neuen Lebensalter« als Vorabdruck.⁶ Ebenso erfolgreich wurde der 1939 in der »Berliner Illustrierten Zeitung« vorab veröffentlichte Ratgeber »Das Leben zu Zweien. Ein Ehebuch. Geschichten und Betrachtungen«.⁷ Es waren gerade diese beiden Bücher, die Leserinnen und Leser zum Anlass nahmen, um sich mit Briefen persönlich an Walther von Hollander zu wenden. Während das erwähnte Buch »Der Mensch über Vierzig« nach seiner Veröffentlichung in einem Gutachten der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums in politisch-weltanschaulicher Hinsicht als in Teilen nicht »zeitgemäß« angesehen wurde, druckte die SS-Zeitschrift »Das Schwarze Korps« 1941 einige Kapitel des Ehe ratgebers »Das Leben zu Zweien« ab.⁸ Darüber hinaus erhielt Walther von

3 Sandra Seubert, Warum die Familie nicht abschaffen? Zum spannungsvollen Verhältnis von Privatheit und politischem Liberalismus, in: Sandra Neubert/Peter Niesen (Hrsg.), Die Grenzen des Privaten, Baden-Baden 2010, S. 89-106, hier S. 89.

4 Siehe dazu Kayser, Hollander (Anm. 1), S. 28-30. Daneben schrieb Hollander psychologische, unterhaltend-belehrende Artikel wie etwa: Walther von Hollander, Keine Angst vor Krisen! Kleine Lebenslehre, in: Bibliothek des Wissens und der Unterhaltung 37 (1937), 61, S. 71-85; Walther von Hollander, Erkenne Dich selbst! Der Blick ins eigene Ich – eine Aufgabe und eine Gefahr, in: Koralle. Wochenschrift für Unterhaltung, Wissen, Lebensfreude 9 (1941), S. 304-307.

5 Vgl. Ben Witter, Gespräch mit Walther von Hollander: »Man beschimpft keinen alten Mann«, in: Die Zeit, 17.9.1971.

6 Walther von Hollander, Der Mensch über Vierzig. Neuer Lebensstil im neuen Lebensalter, Berlin 1938.

7 Walther von Hollander, Das Leben zu Zweien. Ein Ehebuch. Geschichten und Betrachtungen, Berlin 1940.

8 Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Archiv (FZH-Archiv), 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 67, Mappe 2, Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums, Dr. B. [ernhard] Payr, Gutachten für Verleger, Walther von Hollander, Der Mensch über Vierzig, Deutscher Verlag, Berlin 1938, 10.10.1938; FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 26, Mappe 3, Walther von Hollander, »Das Leben zu Zweien« (I), in: Das Schwarze Korps, 16.1.1941; Walther von Hollan-

Hollander u. a. von mehreren deutschen Soldatenzeitungen in den besetzten Ländern Angebote, Artikel zur Ehe- und Lebensführung zu veröffentlichen. Kennzeichnend ist, dass solche Artikel ebenso wie die Korrespondenzen zwischen Walther von Hollander und seinen Leserinnen und Lesern, die wohl fast ausschließlich der deutschen und nichtverfolgten Bevölkerung angehörten, das Thema der kriegsbedingten Trennung nur in wenigen Fällen konkret behandelten, sondern eher in Andeutungen umspielten.

Im Vordergrund dieses Beitrags steht die Frage, wie Walther von Hollander in seinen Artikeln und in Korrespondenz mit seinen Leserinnen und Lesern die kriegsbedingte Trennung vom jeweiligen Ehepartner und der Familie kommunizierte. Dabei vertrete ich die These, dass das voraussetzungsvolle und vermeintlich zeitlose Sprechen über das Problem der Entfremdung in Ehe und Familie eine Projektionsfläche darstellte, um mit den zunehmenden Zumutungen des Krieges umzugehen. Zugleich bildete der Nationalsozialismus den kaum hinterfragten Kontext für dessen Wahrnehmung und Deutung.

Im Folgenden skizziere ich zunächst die Auffassungen, die Walther von Hollander seit den 1920er Jahren in Bezug auf das eheliche Zusammenleben vertrat. In einem zweiten Schritt werden drei seiner Artikel aus den Jahren 1940 bis 1944 analysiert, in denen er die kriegsbedingte Trennung von Eheleuten thematisierte. Wie wird die Separation von Ehepartnern dort beschrieben und kontextualisiert? Vor diesem Hintergrund wird Hollanders Kommunikation mit einigen Leserinnen und Lesern vorgestellt, die sich während der Zeit des Nationalsozialismus mit persönlichen Briefen an ihn wandten und Kriegstrennungen ansprachen.⁹ Es ist zu fragen, welche Erfahrungen und Bewältigungsstrategien in der Korrespondenz verhandelt wurden. Die Anfragen und Hollan-

der, »Das Leben zu Zweien« (II), in: Das Schwarze Korps, 23.1.1941. »Das Schwarze Korps. Zeitung der Schutzstaffeln der NSDAP, Organ der Reichsführung SS« erschien von 1935 bis 1945. Es avancierte mit einer Auflagenhöhe von 500.000 bis 750.000 Exemplaren zwischen 1939 und 1944 zur zweitgrößten politischen Wochenzeitung des »Dritten Reichs«. Bildjournalistisch recht aufwendig gestaltet, basierte die von Gunter d'Alquen konzipierte Publikation vor allem auf einer Mischung aus Antisemitismus, Antiklerikalismus, Kriegstreiberei und der Darstellung der SS als vorbildlich, während z. B. »Parteischmarotzer«, Verwaltung und Bürokratie immer wieder kritisiert wurden. Mario Zeck, Das Schwarze Korps. Geschichte und Gestalt des Organs der Reichsführung SS, Tübingen 2002, bes. S. 439-443.

- 9 Diese Korrespondenz ist Teil des umfangreichen Nachlasses von Walther von Hollander, auf dessen Grundlage ich eine biografische Studie zu dem Publizisten und Lebensberater verfasste. Vgl. Lu Seegers, Walther von Hollander as an Advice Columnist on Marriage and the Family in the Third Reich, in: Elizabeth Harvey/Johannes Hürter/Maikin Umbach/Andreas Wirsching (Hrsg.), Private Life and Privacy in Nazi Germany, Cambridge 2019, S. 206-229; Lu Seegers, Walther von Hollander als Lebensberater im »Dritten Reich«, in: Stephanie Kleiner/Robert Suter (Hrsg.), Guter Rat. Glück und Erfolg in der Ratgeberliteratur 1900-1940, Berlin 2015, S. 179-207.

ders Antworten liegen an der Schnittstelle zwischen privaten, alltagsbezogenen Erfahrungen und subjektiven Wahrnehmungen von Ehe und Familie einerseits und dem Wunsch nach Orientierung und Hilfestellung andererseits. Zum einen vermitteln die Leserbriefe Einblicke in persönliche Nöte und Sorgen und deren Selbsteinschätzung durch die Betroffenen. Zum anderen verweisen die Antworten auf gesellschaftspolitische Rahmungen, mussten Hollanders Ratschläge doch im nationalsozialistischen Kontext und vor dem Hintergrund der Kriegssituation sagbar und für die Adressatinnen und Adressaten praktikabel sein. Die analytisch schwer fassbare Beziehung zwischen individuellen Kriegserfahrungen und -deutungen und dem Krieg als staatlich organisierter Gewalt kann auf diese Weise sichtbar gemacht werden.¹⁰ Wie Elizabeth Harvey in Anlehnung an Detlev Peukert betont, konnten sich nichtverfolgte Deutsche »in die kleinräumige, gemütliche Vertrautheit der Privatzeit« zurückziehen und damit die Vorstellung persönlicher Autonomie und Integrität trotz oder gerade wegen der NS-Diktatur pflegen. Gleichzeitig bedeutete dieser Rückzug allerdings auch eine »depoliticized self-adaption by the majority of Germans to the regime's barbaric ›normality‹ and an atomization of social relations that served to stabilize the regime.«¹¹ Durch die Erfahrung kriegsbedingter Trennung und Angst um Angehörige wurde dieses Arrangement allerdings stetig herausgefordert bzw. musste immer wieder konsolidiert werden. Die Bücher und Artikel von Walther von Hollander und seine Kommunikation mit den Leserinnen und Lesern changierten genau an dieser Linie.

Vielleicht auch aus diesem Grund gelang es dem politisch »unbelasteten« Publizisten, über das Kriegsende hinaus ebenso kontinuierlich wie erfolgreich im deutschsprachigen Medienensemble tätig zu bleiben. Nach 1945 galt er als Experte für »Frauenfragen«. In den 1950er Jahren avancierte er mit der Radiosendung »Was wollen Sie wissen: Fragen Sie Walther von Hollander« sowie durch die inkognito geführte Ratgeberrubrik »Fragen Sie Frau Irene« der Rundfunk- und Familienzeitschrift »Hör zu!« zum populärsten deutschen Lebens- und Eheberater.¹² Im letzten Teil dieses Beitrags soll daher am Beispiel der Ratgeberrubrik »Fragen Sie Frau Irene« ein Blick auf die mediale Behandlung von kriegsbedingten Trennungen nach 1945 geworfen werden, um Konti-

10 Hermann Göring sprach in einer Rede vom Oktober 1942 von einem »großen Rassenkrieg« als zentralem Motiv der Nationalsozialisten. Birthe Kundrus, »Dieser Krieg ist der große Rassenkrieg«. Krieg und Holocaust in Europa, München 2018, S. 10.

11 Elizabeth Harvey, Housework, Domestic Privacy and the »German Home«. Paradoxes of Private Life during the Second World War, in: Rüdiger Hachtmann/Sven Reichardt (Hrsg.), Detlev Peukert und die NS-Forschung, Göttingen 2015, S. 115-131, hier S. 118.

12 Siehe dazu Lu Seegers, Hör zu! Eduard Rhein und die Rundfunkprogrammzeitschriften (1931-1965), Potsdam 2003, bes. S. 183, 396.

nuitäten und Brüche zu verdeutlichen. Bis zu seinem Tod im Jahr 1973 veröffentlichte Hollander zahlreiche Artikel zur Lebens- und Eheführung.¹³ Walther von Hollander war somit über mehr als vier Jahrzehnte Ansprechpartner für Menschen, die Orientierungen und Hilfestellungen für persönliche Probleme suchten. Zugleich fungierte er als Multiplikator normativer Vorstellungen über das private Zusammenleben über politische Systemgrenzen hinweg.

1. Selbsterziehung der Ehepartner als Lebenstechnik

Seit den 1920er Jahren wertete Walther von Hollander Eheprobleme als Ausdruck der Selbständigkeit der Frauen. Durch den Ersten Weltkrieg seien Frauen selbstbewusster geworden, da sie ihre Familie allein versorgt und in männlichen Berufen gearbeitet hätten. Frauen sollten deshalb nicht mehr nur nach ihren Beziehungen zum anderen Geschlecht bewertet, sondern als eigenständige Persönlichkeiten gesehen werden. Wichtig dafür sei, dass sich die Frau zunächst eigenständig entwickeln, berufstätig und selbständig sein könne, bevor sie einen zu ihr passenden Mann heirate. Weder gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Ehe noch die Ablehnung der weiblichen Erwerbstätigkeit oder die Tabuisierung der Sexualität führten Walther von Hollander zufolge zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern.¹⁴ In seinem 1939 erschienen Ehebuch »Das Leben zu Zweien« entwickelte Hollander Rezepte und Anleitungen, damit die Ehe »von jedem Menschen als fruchtbar empfunden, als schöpferische Möglichkeit erlebt und in ihren Schwierigkeiten und Freuden getragen werden« könne.¹⁵ Dazu bedurfte es, wie er stets betonte, in erster Linie einer »Lebenstechnik«, um Krisen in der Ehe zu meistern und das Zusammenleben zu verbessern. Die Beachtung der »Gesetze des Lebens« helfe, »Krankheit, Müdigkeit, Erfolglosigkeit und Liebesleere« zu überwinden. Hollander glaubte an eine Erneuerungskraft, die jeder Mensch in sich trage.¹⁶ Eine »gute« Ehe, so sein

13 Walther von Hollander verstarb im Jahr 1973. Seine Popularität in Deutschland ist vergleichbar mit der der amerikanischen Ratgeberkolumnistin Ann Landers, die ab 1955 Ratschläge zu Problemen rund um Familie, Moralvorstellungen und Sexualität in der Chicago Sun Times veröffentlichte. Vgl. Alfred Messerli, Zur Geschichte der Medien des Rates, in: Peter-Paul Bänziger/Stefanie Duttweiler/Philipp Sarasin/Annika Wellmann (Hrsg.), Fragen Sie Dr. Sex! Ratgeberkommunikation und die mediale Konstruktion des Sexuellen, Berlin 2010, S. 30-57, hier S. 43.

14 Walther von Hollander, Autonomie der Frau, in: Friedrich Markus Huebner (Hrsg.), Die Frau von morgen, wie wir sie wünschen, Leipzig 1929, S. 26-37.

15 Hollander, Leben (Anm. 7), S. 12.

16 Walter von Hollander, Vorwort, in: Hans Reimann, Mit 100 Jahren noch ein Kind ..., Berlin 1940, S. 2.

Credo, sollte deshalb nicht auf moralischen Forderungen, sondern auf individueller Selbsterkenntnis und Selbstkritik der Ehepartner beruhen. Grundlage dafür war die von Hollander favorisierte »Selbsterziehung«, die auf gegenseitigem Respekt, gepflegten Umgangsformen und Selbstdisziplin basierte.¹⁷ Nur der sich selbst erziehende Mensch hatte seiner Meinung nach »so viel an sich zu arbeiten, dass er nicht viel Zeit hat, sich mit den Schwächen und Fehlern der anderen zu beschäftigen«.¹⁸ Die angestrebte Glückserfüllung bezog Hollander ganz auf den persönlichen Rahmen. Jeder Mensch müsse spüren, »dass er mit den ihm eigenen Kräften einmal zu einem Frieden mit der Welt und mit sich selbst kommen kann«.¹⁹

Bemerkenswert ist, dass Hollander die nationalsozialistische Gesellschaftsverfassung und Moral als eine nicht weiter zu spezifizierende und damit nicht hinterfragbare Umwelt eher andeutete als beschrieb. Zugleich fokussierte er ganz auf den vorgestellten Raum des Privaten, indem er sich auf das häusliche Zusammenleben von Mann und Frau bezog. Ehe und Familie wurden somit von ihm als ein Raum beschrieben, der weitgehend frei von äußeren Einflüssen und der individuellen Gestaltung überlassen blieb. Allerdings ließ Walther von Hollander auch Lesarten für die Einbeziehung gesellschaftspolitischer Aspekte offen, wenn er zum Beispiel meinte, dass junge Frauen leider noch immer zu früh heirateten, und fast beiläufig erwähnte, dass die neue »biologisch begründete Erziehung« hier Abhilfe schaffen könne.²⁰ Hier klangen eugenische Vorstellungen aus der Weimarer Republik an, die im »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« von 1934 ihren radikalisierten Ausdruck fanden.²¹ Während Hollander von dem individuellen Wunsch, den »richtigen« Partner zu finden, ausging, vermittelte er dieses Anliegen zugleich im Kontext der rassistischen Neuausrichtung der Gesellschaft im Nationalsozialismus, gewissermaßen als persönliche Variante eines amtsärztlichen Eheignungszeugnisses.²² Ähnliches galt für die geschlechtsbezogene Arbeitsteilung in der Ehe: Viele Frauen litten, wie Hollander meinte, an der Hausarbeit und waren angeblich

17 Hollander, *Leben* (Anm. 7), S. 77.

18 Ebd., S. 92.

19 Ebd., S. 21.

20 Ebd., S. 64.

21 Siehe prägnant dazu: Dietmar Süß, »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«. Die deutsche Gesellschaft im Nationalsozialismus, München 2017, S. 100-104 und Michael Wildt, *Geschichte des Nationalsozialismus*, Göttingen 2008, S. 110-112.

22 Dabei bezog sich Walther von Hollander möglicherweise auf die Debatten um die Eugenik, die in den 1920er Jahren in Europa und in den USA geführt wurden und in denen die »richtige« Wahl des Ehepartners ein zentraler Punkt war. Vgl. allgemein Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz, *Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988.

dadurch »kummervoll, dick, verhetzt und gegrämt«.²³ Frauen sollten deshalb, auch wenn sie Kinder hatten, »vierstündige Frauenberufe« ergreifen, und auf die Mithilfe des Ehemannes im Haushalt zählen können.²⁴ Dieser Punkt war ebenfalls konform mit der NS-Politik. Nachdem 1936 Vollbeschäftigung erreicht war, förderte der NS-Staat die weibliche Erwerbstätigkeit – insbesondere während des Zweiten Weltkriegs.²⁵

Die Popularität von Hollanders Ratgeberbüchern beruhte wohl auf ihrer interpretativen Vieldeutigkeit. Der Lebensberater plädierte für eine partnerschaftliche Ehe auf der Basis der Gleichwertigkeit der Geschlechter. Zugleich ordnete er seine Ratschläge aber explizit der privaten Sphäre zu. Eine gute Ehe basierte nach Meinung von Hollanders in erster Linie auf der »Selbsterziehung« des Einzelnen und erst in zweiter Linie auf Vorgaben von außen. Der Rekurs auf das Private entsprach der Funktion der Unterhaltungsliteratur, durch »Zerstreuung oder säkularisierte Erbauung« die Leserinnen und Leser vom Widerspruch zum NS-Regime »freizuhalten«.²⁶ Er konnte sich auf vermeintlich überzeitliche, faktisch bürgerliche Prinzipien des Zusammenlebens von Mann und Frau beziehen und die soziale Umwelt bzw. das politische Geschehen – ohne politisch Anstoß zu erregen – weitgehend ausblenden. Dies gilt auch und gerade für kriegsbedingte Trennungen, die Walther von Hollander thematisierte, aber in einem apolitisch und überzeitlich imaginierten Rahmen kontextualisierte.

2. Trennung in Ehe und Familie

Während des Zweiten Weltkriegs konnte Walther von Hollander das Spektrum seiner Artikel vergrößern. In seinem Nachlass befinden sich verschiedene Briefwechsel mit Redaktionen deutscher Soldaten- und Besatzungszeitungen. So schrieb etwa der Schriftleiter der »Deutschen Ukraine-Zeitung«, Dr. Bühner, im März 1943 an Walther von Hollander, dass er »ein Freund seiner geistvollen Darstellungen« sei, und verband dies mit der Anfrage nach Artikeln, denen »eine gewisse Zeitnähe zugesprochen« werden könne und die auf die

23 Hollander, *Leben* (Anm. 7), S. 174.

24 Ebd., S. 191.

25 So stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen von 5,89 Millionen 1937 auf 8,82 Millionen 1939. Günter Schulz, *Soziale Sicherung von Frauen und Familien*, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998, S. 117-149, hier S. 119, 124.

26 Vgl. Hans Dieter Schäfer, *Das gespaltene Bewusstsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945*, München/Wien 1984, S. 142.

zahlreichen »Soldatenleser anregend wirken«. ²⁷ Bereits ein Jahr zuvor hatte sich Bernard Friederich, Hauptschriftleiter der Frontzeitung »Adler von Hellas«, an Walther von Hollander mit der Bitte gewandt, einen Nachdruck des Artikels »Trennung – die Brücke zwischen Liebenden« zu genehmigen, weil dieser für die in Griechenland und Nordafrika stationierten Soldaten sehr interessant sei. ²⁸

In diesem, erstmals im Jahr 1940 veröffentlichten Artikel reflektierte Hollander zunächst allgemein über die Bedeutung von Nähe und Distanz in ehelichen Beziehungen. So gebe es Paare, die, obgleich »mit einem reizenden Häuschen am Rande der Stadt« und »vier begabten Kindern« gesegnet, in tiefem Unfrieden miteinander lebten, weil sich harmonische Phasen nach wenigen Monaten stets erneut mit heftigen Streitigkeiten oft wegen alltäglicher Dinge abwechselten. Dies führe zu kurzfristigen Trennungen, herzlichen Versöhnungen und abermaligen Streitigkeiten nach einiger Zeit. Hollander skizzierte für diese Menschen, von ihm in einem Milieu gehobener Angestellter bzw. des Bürgertums situiert, eine Beziehungsform, die man heute als »On-Off-Beziehung« bezeichnen würde:

»Sie können nicht miteinander leben, aber auch nicht ohne einander. Sie lieben einander, aber sie fallen einander auf die Nerven. Und bis sie gestorben sind, werden sie sich trennen, um sich nach kurzer Zeit wiederzufinden, um sich nach kurzer Zeit wieder zu trennen.« ²⁹

Walther von Hollander diagnostizierte die Schwierigkeit vieler Menschen, ein angemessenes Verhältnis von Nähe und Distanz in einer Partnerschaft herzustellen, als Ursache des Problems. Ein »Grundgesetz des Lebens« sei es, zu erkennen, dass sich »Nähe und Ferne miteinander ergänzen, einander abwechseln müssen«. Werde dieses »Naturgesetz« nicht beachtet, so der Lebensberater, seien ein »langsameres Dunkelwerden der Gefühle«, »Entfremdungen« bis hin zu dauerhaften »hassvollen Trennungen« die Folge. »In diesen Zeiten« jedoch, so führte Hollander weiter aus,

27 FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 28, Mappe 2, Schreiben von Dr. Bühner, Schriftleitung Deutsche Ukraine-Zeitung an Walther von Hollander, 4.3.1943. Vgl. auch ebd., Schreiben der Schriftleitung der Soldatenblätter für Feier und Freizeit an Walther von Hollander, 16.11.1942, und ebd., Schachtel 72, Mappe 3, Schreiben der Schriftleitung »Volk und Wehr«, Verlag für Volkstum, Wehr und Wirtschaft an Walther von Hollander, 13.6.1944.

28 FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 28, Mappe 2, Schreiben von Bernhard Friedrichs, Schriftleitung der Frontzeitung Adler von Hellas. Wochenblatt eines Deutschen Fliegerkorps, 22.3.1942.

29 Walther von Hollander, Trennung – die Brücke zwischen Liebenden, in: Adler von Hellas. Wochenblatt eines Deutschen Fliegerkorps (1942), 37, S. 6f., hier S. 6.

»sorgt das Schicksal, sorgen Kriege, Revolutionen und Völkerwanderungen dafür, dass viele von den geliebten Menschen getrennt werden und so lernen, wie die Entfernung die Menschen zusammenführt, die Distanz sie einander näher bringt, die Trennung zur Brücke wird. Menschen, die einander überdrüssig waren, beginnen sich nach einander zu sehnen. Sie erkennen wieder die wahre, die innere Struktur des anderen, dessen Möglichkeiten, Talente und Fähigkeiten. Sie erkennen die Fehler und Verflachungen, die sich aus dem allzu engen Zusammensein ergeben müssen, und sie haben wieder den Überblick, aus dem heraus man vom falschen auf den richtigen Weg zurückbiegen kann.«³⁰

Walther von Hollander sprach den Zweiten Weltkrieg hier zwar nicht explizit an, sondern bettete ihn ein in einen vermeintlich schicksalhaften, zumindest nicht hinterfragbaren Lauf der Geschichte. Dennoch wird deutlich, dass er die kriegsbedingte Trennung von Ehepartnern und Familien meinte, die er zugleich relativierte, weil er davon ausging, dass sie eine neue Form der Nähe und des gegenseitigen Verständnisses in Beziehungen schaffen könne. Zugleich distanzierte er sich aber auch implizit vom Kriegsgeschehen, wenn er abschließend schrieb: »Besser wäre es, man brauchte nicht den äußeren Zwang der Trennung, um einander wieder näherzukommen.«³¹ Der Artikel bot den Lesenden auf diese Weise verschiedene Interpretationsmöglichkeiten an, ausgehend von einer Problematik, die in vielen Paarbeziehungen und Familien vorkam. Dem Krieg, durch den bereits im Jahr 1940 zahlreiche deutsche Familien getrennt wurden, auch wenn die Gefallenenzahlen noch relativ begrenzt waren, schrieb Walther von Hollander auf dieser Ebene einerseits eine geradezu heilsame Funktion zu, ohne indessen den Eindruck erwecken zu wollen, dass er den Krieg deshalb rechtfertigte. Überhaupt war der Artikel in einem bürgerlichen, an traditionellen Familienvorstellungen orientierten Duktus geschrieben, der deshalb so wichtig war, wie der Historiker Moritz Föllmer betont, »weil unpolitische und sogar viele rechtsstehende Deutsche sich die nationalsozialistische Weltanschauung nur teilweise aneigneten.«³²

Die Themen Entfremdung und Untreue wiederum nahm Walther von Hollander in ähnlicher Manier in einem Artikel auf, den er im Mai 1944 in der deutschsprachigen Ausgabe der »Pariser Zeitung« veröffentlichte, die als Be-

30 Ebd., S. 7. In den Jahren 1943/44 wurde der Artikel mindestens achtmal in verschiedenen Tageszeitungen in Deutschland, dem angeschlossenen Österreich und in besetzten Gebieten abgedruckt. FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 28, Mappe 2, Schreiben vom Presse-Büro Gayda an Walther von Hollander, 6.9.1943 und 10.10.1944.

31 Hollander, *Trennung* (Anm. 29), S. 7.

32 Moritz Föllmer, »Ein Leben wie im Traum«. *Kultur im Dritten Reich*, München 2016, S. 9.

satzungszeitung in Frankreich im Europa-Verlag, einem Tochterunternehmen des nationalsozialistischen Franz-Eher-Verlags, erschien. Die »Pariser Zeitung« wurde hauptsächlich unter deutschen Wehrmachtssoldaten verteilt, die außer mit Politik auch mit Fortsetzungsromanen und besinnlichen Artikeln etwa über Naturphänomene, exotische Landschaften und jahreszeitliche Feste unterhalten werden sollten.³³ In dem Artikel »Wie steht es mit den Dritten? Eine sehr ernsthafte Betrachtung« ging der Autor auf das Auseinanderleben von Eheleuten ein – die Kriegsgegenwart blieb dabei allerdings zumindest vordergründig ausgeklammert. Häufig sei nicht die Unzufriedenheit mit dem Ehepartner die tatsächliche Ursache für eine Ehescheidung, so der Lebensberater, sondern eher die Unzufriedenheit, sei es des Mannes oder der Frau, mit der eigenen Person. Viele Ehen könnten »geheilt« werden, wenn die Menschen statt mit dem Ehepartner »mit sich selbst ins Gericht gingen«. Eine neue Ehe einzugehen entpuppe sich daher oft nur als eine scheinbare Lösung. Generell versuchten Frauen eher, Ehen aufrechtzuerhalten, weil sie selbstkritischer und bereit seien, Opfer für die Kinder zu bringen. Männer hingegen seien von Natur aus »unruhiger« und würden leichter untreu. Für eine Scheidung gebe aber häufig eine andere Frau den Anstoß, die in die Ehe »einbricht«. Viele junge Frauen hätten mittlerweile keinerlei Bedenken, sich mit verheirateten, älteren Männern einzulassen. Implizit schwang hier mit, dass Soldaten Kontakte zu jüngeren Frauen, etwa Wehrmachtshelferinnen, und damit die Gelegenheit zur Untreue hätten, zu denen es im zivilen Leben nicht gekommen wäre. Untreue, so das Fazit von Walther von Hollander, komme immer wieder vor, ihr solle von Seiten beider Ehepartner nicht mit Moral begegnet werden, empfahl er, sondern mit Verantwortungsgefühl. Allerdings blieb auch dieser Artikel im Rahmen einer gewissermaßen überzeitlichen bürgerlichen und unpolitischen »Normalität«, in die faktisch und unausgesprochen der nationalsozialistische Expansions- und Vernichtungskrieg eingebunden wurde.

Ebenfalls im Jahr 1944 verfasste Walther von Hollander den Artikel »Heimat und Ferne«, der in dem Periodikum »Das XX. Jahrhundert« veröffentlicht wurde. Unter diesem Titel wurde die konservativ-revolutionäre Zeitschrift »Die Tat« seit 1939 weitergeführt.³⁴ Als Herausgeber fungierte weiterhin Giselher

33 Andreas Laska, *Presse et propagande en France occupée: des Moniteurs officiels (1870-1871) à la Gazette des Ardennes (1914-1918) et à la Pariser Zeitung (1940-1944)*, München 2003, S. 254, 274-277. Vgl. auch Oron J. Hale, *Presse in der Zwangsjacke 1933-1945*, Düsseldorf 1965, S. 280 f.

34 Die Zeitschrift »Die Tat« war 1909 im Umfeld der Lebensreformbewegung gegründet worden. Bereits vor der Übernahme der Redaktionsgeschäfte durch den Journalisten Hans Zehrer und die Bildung eines »Tat«-Kreises war das Periodikum jungkonservativ ausgerichtet. Im Vordergrund stand die Suche nach einem »Dritten Weg« mit einer Mischung aus Antiliberalismus, Nationalismus, Autarkiebestrebungen, Planwirtschaft und

Wirsing, der auf Empfehlung Heinrich Himmlers seit Oktober 1933 Ressortleiter für Politik und seit 1934 Chefredakteur der »Münchner Neuesten Nachrichten« war. Ab 1943 wurde Giselher Wirsing, der seit 1938 Hauptsturmführer der SS war und als Spitzel für den Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (SD) arbeitete, zudem Schriftleiter der Auslandsillustrierten »Signal«, die seit 1940 im Deutschen Verlag erschien.³⁵ 1944 hatte Giselher Wirsing in einem Schreiben an Walther von Hollander um die »Bereitstellung eines Aufsatzes« für »Das XX. Jahrhundert« gebeten.³⁶

In dem Beitrag »Heimat und Ferne« räsonierte Hollander über die moderne Zivilisation, die dazu geführt habe, dass Familien seit vielen Jahrzehnten immer wieder getrennt und »woanders hingeschwemmt« würden. Heimat sei daher ohnehin schon seit längerem nur noch der Ort, an dem man die Kinderzeit erlebt habe. Nunmehr vollziehe sich eine »Völkerwanderung gigantischen Ausmaßes«:³⁷

»Der junge Mensch aus Deutschland lernt die Welt vom Nordkap bis nach Ägypten aus eigener schwer erkämpfter Anschauung kennen. Er sieht die Menschen leben und arbeiten, er sieht das Gleiche und das Fremde. Er er-

der Idee einer »Volksgemeinschaft« eines autoritären Staatswesens. Politisch unterstützte die Zeitschrift das Kabinett von Kurt von Schleicher. Die »Machtergreifung« durch die NSDAP im Januar 1933 lehnte Hans Zehrer allerdings als einem autoritären Staat nicht angemessen ab. Im September 1933 wurde er deshalb durch den NS-affineren Giselher Wirsing ersetzt. Jan Christoph Elfert, Konzeption eines »dritten Reiches«. Staat und Wirtschaft im jungkonservativen Denken 1918-1933, Berlin 2018, S. 225-231, 370. Siehe auch Daniel Morat, Von der Gelassenheit zur Tat. Konservatives Denken bei Martin Heidegger, Ernst Jünger und Friedrich Georg Jünger 1920-1960, Göttingen 2007, S. 41.

35 Maik Tändler, Giselher Wirsing, in: Norbert Frei (Hrsg.), Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?, Göttingen 2018, S. 351-368. Siehe auch das Kapitel »Ein stets williger Mitarbeiter des SD – Vom Eichmann-Kollegen zu *Christ und Welt*: Giselher Wirsing, in: Otto Köhler, Unheimliche Publizisten. Die verdrängte Vergangenheit der Medienmacher, München 1995, S. 290-327, und ein entsprechendes Kapitel bei Norbert Frei/Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich, München 1989, S. 173-180. Zur Auslandsillustrierten »Signal«, die in einer Auflage von 2,5 Millionen Exemplaren und in 20 Sprachen erschien, siehe Martin Moll, »Signal«. Die NS-Auslandsillustrierte und ihre Propaganda für Hitlers »Neues Europa«, in: Publizistik 31 (1986), 3-4, S. 357-400; Rainer Rutz, Signal. Eine deutsche Auslandsillustrierte als Propagandainstrument im Zweiten Weltkrieg, Essen 2007.

36 FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 72, Mappe 3, Dr. Giselher Wirsing, Schriftleitung Das XX. Jahrhundert an Dr. Walther von Hollander, o. D.

37 Walther von Hollander, Heimat und Ferne, in: Das XX. Jahrhundert 6 (1944), 3, S. 141-144, hier S. 143.

weitert sein Blickfeld ungeheuer, sofern es ihm vergönnt ist, die Gefahren zu bestehen.«³⁸

Auch hier thematisierte Walther von Hollander den Zweiten Weltkrieg nebulös als abstrakten, umwälzenden Vorgang, der ganz Europa, ja die Welt erfasst habe. Verursacher und Leidtragende kamen nicht zur Sprache. Nur vage wurden die tödlichen »Gefahren« angedeutet, gegen die nicht jeder gefeit schien. In diesem Sinne erging er sich auch in Andeutungen über das nationalsozialistische Zwangsarbeitssystem, das er ebenso wie die deutsche Besatzung Europas elementar verharmloste:

»Millionen von Arbeitern strömen in die fremden Länder, um dort unter ganz anderen Lebensbedingungen zu arbeiten und Millionen fremder Arbeiter strömen zu uns herein und bringen den Geruch der Ferne mit sich, ihre Laute und ihre Gesänge, ihre Kleider und ihre Sitten. Ein emsiges Hin und Her, ein ameisenhaftes Getriebe, selten vom freien Willen abhängig, sondern scharf hineingezwungen in die neuen Verhältnisse, gezwungen in ihnen zu bestehen, und aus ihnen das Lebensnotwendige zu ziehen.«³⁹

Walther von Hollander ging nicht darauf ein, dass Millionen Familien durch die nationalsozialistische Kriegs- und Besatzungspolitik getrennt und zerstört wurden.⁴⁰ Diese Form der (Nicht-)Kommunikation über Familientrennungen im Zweiten Weltkrieg kennzeichnete auch die Korrespondenzen, die er mit den Leserinnen und Lesern seiner Bücher und Artikel führte.

3. Kommunikation über kriegsbedingte Trennungen: Leserbriefe an Walther von Hollander

Für die Jahre zwischen 1937 und 1945 liegen rund 100 Leserbriefe an Walther von Hollander vor. Die meisten Menschen wandten sich an ihn aufgrund der Ratgeber »Das Leben zu Zweien« und »Der Mensch über Vierzig«. Aber auch Artikel zur Lebensführung in anderen Zeitschriften oder Zeitungen sowie Romane oder Drehbücher zu Kinofilmen konnten Anlass für ein persönliches Schreiben an den Publizisten sein. Dabei lief zumeist nur der Erstkontakt über die Verlage. Hollander kommunizierte dann mit den Schreibenden direkt.

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Gleichwohl endete der Artikel mit einem allgemein-pessimistischen Beiklang: »Man braucht das Beständige, an dem man sich bei jedem Untergang halten kann. Das Ewige in der Heimat wird so wieder fruchtbar gemacht.« Ebd., S. 144.

Zensuren und Überprüfungen sind zumindest nicht erkennbar. Zumeist waren es Frauen, in der Regel Hausfrauen mit bürgerlichem Hintergrund, aber auch Angestellte und Arbeiterinnen, die ihm für seine Texte dankten und oft etwas über seine Person erfahren wollten. Walther von Hollander beantwortete jeden dieser Briefe persönlich von seinem Wohn- und Arbeitsort in Niendorf a. d. Stecknitz (Schleswig-Holstein) aus und verschickte auf Anfrage gelegentlich auch ein Foto von sich.⁴¹ Auf Resonanz stieß er auch bei Leserinnen und Lesern aus Österreich, bereits vor, aber besonders nach dem »Anschluss«. Denn auf dem österreichischen Medienmarkt waren seine Bücher und zahlreiche Artikel in Tageszeitungen präsent. Marie-Therese Schwarz aus Graz etwa war von Hollanders Ratschlägen zur Lebensführung sehr angetan, wie sie ihm im Mai 1939 schrieb: »Sie wissen auf alle schwierigen Fragen klare, präzise Antworten, so dass man sich fragt, wieso man nicht selbst darauf kommt, man kommt aber nicht drauf.«⁴²

Zu diesen »schwierigen Fragen« gehörten seit 1940 auch die Folgen kriegsbedingter Trennungen für Ehe und Familie. Dabei waren es ausschließlich Menschen, die nicht durch das NS-Regime verfolgt wurden, die sich an Walther von Hollander wandten. Es waren nicht nur Frauen, die dieses Thema in ihren Briefen an den Publizisten benannten. Insbesondere nach seinem 1942 in der »Berliner Illustrierten Zeitung« erschienenen Fortsetzungsroman »Der Gott zwischen den Schlachten. Die Geschichte einer Liebe aus unserer Zeit« schrieben ihm dazu auch einige Wehrmachtssoldaten. In dem Roman ging es um die Liebesbeziehung zwischen der Schauspielerin Petra Petersen und dem jungen Soldaten Christian Hasselberg, der 1941 an die Ostfront versetzt wird und seine Geliebte während eines viertägigen Fronturlaubs kennenlernt.⁴³ So schrieb etwa der Gefreite Ewalt Thomas am 5. Mai 1942 aus Russland an den Autor, dass er seinen Kameraden jede neue Fortsetzung, die er bekomme, sofort vorlese, denn: »Hier ist geschrieben worden, was wir sind. Hier wurde getroffen, was nur Wenige vermögen: jener Ton, jene Haltung, die uns uns selbst wiederfinden lässt.«⁴⁴ Noch deutlicher formulierte Leutnant Klaus Nienhaber seinen Dank:

41 FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 30, Mappe 2, Schreiben von Erica Rückholdt an Walther von Hollander, 28.8.1940; ebd., Schreiben von Walther von Hollander an Fräulein Rossi, 20.8.1942.

42 Ebd., Schreiben von Marie-Therese Schwarz, Graz, an Walther von Hollander, 8.9.1942.

43 Walther von Hollander, *Der Gott zwischen den Schlachten. Die Geschichte einer Liebe aus unserer Zeit*, Berlin 1942. Siehe auch Wolfgang Wippermann, *Eule und Hakenkreuz*. Ullstein und Deutscher Verlag, in: Anne Enderlein (Hrsg.), *Ullstein-Chronik 1903-1911*, Berlin 2011, S. 198-219, hier S. 216.

44 FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 26, Mappe 1, Schreiben von Ewalt Thomas, Ostfront, an Walther von Hollander, 5.5.1942.

»Ich, ein völlig unbekannter Mensch, möchte Ihnen für dieses Geschenk danken, dass uns in diesem wahnsinnigen Land gemacht wurde. Endlich Worte, die fern patriotischen Hurrageschreis Dinge aussprechen, wie sie mancher erlebt haben wird, der längst unter seinem stillen Kreuz liegt.«⁴⁵

Walther von Hollander antwortete ihm trotz der in dem Brief anklingenden Kritik am Kriegsgeschehen umgehend, »es ist für mich eine ungeheure Genugtuung von Ihnen zu hören, dass meine jungen Offiziere so beschrieben sind, wie die jungen Offiziere sich selbst empfinden«.⁴⁶ Unmittelbar mit seiner persönlichen Situation brachte der ebenfalls an der Ostfront stationierte Oberleutnant Günter Barkow am 14. Juli 1942 den Roman »Der Gott zwischen den Schlachten« in Zusammenhang:

»Es ist ja *das Thema*, das alle, die nun schon seit 1,5 Jahren nicht mehr zuhause waren, [beschäftigt] und für die alles, was mit dem Gedanken zusammenhängt – Urlaub, Heimat – doch nur kreist um die junge Frau, Braut, Geliebte.«⁴⁷

In seinem letzten Heimaturlaub, der ihm für fünf Tage die Möglichkeit gegeben habe, seine im März 1941 eingegangene Ehe fortzuführen, habe er sich an »unzählige Situationen, Worte und Gedanken aus dem Buch« erinnert gefühlt. »Sie können sich vorstellen, wie unendlich vieles in kurzer Zeit auf mich zuströmte, gelebt, erkannt, ausgekostet und erfüllt werden wollte.«⁴⁸ Die Kommunikation der Leser mit Walther von Hollander zeigt, wie Gefühle, die mit der kriegsbedingten Trennung zusammenhingen, gegenüber einer dritten Person artikuliert wurden, die nicht zum Familien- und Bekanntenkreis gehörte, aber eben auch nicht dem militärischen Umfeld entstammte. Das verweist darauf, dass zumindest im Akt des Briefschreibens an Walther von Hollander als Romanautor Erfahrungen aus der Sphäre des Militärischen entkoppelt und ganz auf die persönliche Gefühlswelt transponiert wurden.

Für Frauen bildete der Krieg einen Katalysator, um nun auch ganz konkret persönliche Probleme in zwischenmenschlichen Beziehungen an Walther von Hollander zu schreiben. Dabei ging es hin und wieder auch um Deutungen und Wahrnehmungen kriegsbedingter Trennungen.

Am 4. Februar 1940 schrieb etwa Karla Anders aus Hamburg an den Publizisten. Sie nahm damit erneut den Kontakt zu ihm auf, den sie bereits Anfang

45 Ebd., Schreiben von Klaus Nienhaber an Walther von Hollander, o. D. [Mai 1942].

46 Ebd., Schreiben von Walther von Hollander an Klaus Nienhaber, 22.5.1942.

47 Ebd., Schreiben von Günter Barkow an Walther von Hollander, 14.7.1942.

48 Ebd. Vgl. zum Fronturlaub von Wehrmachtssoldaten auch den Beitrag von Christian Packheiser in diesem Band.

1939 hergestellt hatte. Jetzt habe sie nicht nur den Film »Fräulein« im Kino gesehen, zu dem Hollander das Drehbuch geschrieben hatte, sondern auch weitere seiner Artikel gelesen, zumal sie selbst gern Schriftstellerin werden würde. Einstweilen habe sie jedoch eine Stelle als Stenotypistin angenommen, um das karge Familieneinkommen aufzubessern. Obgleich er auf das Geld nicht verzichten wolle, hasse ihr Mann sie manchmal dafür und werde zornig. Jetzt sei er zum Militärdienst eingezogen. Seitdem lebe sie viel ruhiger mit ihren Kindern und lese abends in den alten Klassikern, »die mir in jüngeren Mädchenjahren so viele schöne Stunden gebracht haben«. ⁴⁹ Walther von Hollander äußerte in seinem Antwortschreiben Verständnis für ihre Situation und schickte Karla Anders seinen Aufsatz mit dem Titel »Trennung – die Brücke zwischen Liebenden«. ⁵⁰ In ihrem Brief vom 11. Februar 1940 schilderte Karla Anders ihm daraufhin ihre ambivalente Haltung zum Krieg:

»Die Zeiten der Kriegstrance sind endgültig vorbei und mit Recht. Alle, denen das Soldatenleben Beruf ist, sind ungerne in die graue Uniform gestiegen. Schließlich fragt sich der einfache Mann, wozu gebären lassen, wenn es doch einmal wieder mutwillig zerstört wird. Es ist ja ganz schön, Weltgeschichte machen und in solch enormer Zeit zu leben, aber letzten Endes sollte man nicht doch lieber im Hinblick auf den langen, langen Opfergang Abstand nehmen? Die Opfer sind so groß, dass zu guter Letzt ein Sieg nicht mehr dabei herauskommen kann. [...] Mir sagte einmal eine Frau, ihr wäre ein lebendiger Feigling lieber als ein toter Held.« ⁵¹

Das Leben »in solch enormer Zeit« wird in der Argumentation von Karla Anders zur Nebensache. Als elementar hingegen sieht sie die Einschnitte und Auswirkungen für die Menschen. Der mögliche Tod des Ehemannes erscheint dramatisch, der Krieg als solcher wird bezüglich seiner Sinnhaftigkeit hinterfragt. Allerdings habe der Krieg für sie persönlich auch sein Gutes, notierte Karla Anders weiter, weil ihr im Felde stehender Ehemann ihr nun während der Zwangstrennung immer liebevolle Briefe schreibe. ⁵² Damit nahm sie das Motiv von Walther von Hollanders Artikel »Trennung – die Brücke zwischen Liebenden« für sich auf, indem sie die kriegsbedingte Trennung als positiv und beziehungsfördernd für ihre Ehe betrachtete.

Die Hoffnung auf ein neues Eheglück durch räumliche Distanz zerschlug sich jedoch, wie Karla Anders im Oktober 1942 an Hollander schrieb, weil ihr

49 FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 40, Mappe 5, Schreiben von Karla Anders an Walther von Hollander, 4.2.1940.

50 Ebd., Schreiben von Walther von Hollander an Karla Anders, 6.2.1940.

51 Ebd., Schreiben von Karla Anders an Walther von Hollander, 11.2.1940.

52 Ebd.

Mann mittlerweile in einer nahe gelegenen Kaserne Dienst tue und deshalb häufig zuhause sei. Von ihm werde sie unablässig kontrolliert und beschimpft: »Koch die Suppe, erziehe die Kinder, flicke [...] ich bin schon lange nicht mehr ich [...]. Kritik begleitet mich auf allen Wegen.«⁵³ Ihre freien Stunden verbringe sie daher in Stumpfsinn und Lethargie. Sie weine viel, was an der schlechten Stimmung und den häufigen Bombenangriffen liege. Walther von Hollander hatte ihr schon kurz zuvor geschrieben, dass er ihr Bestreben nach einem eigenen Freiraum gut verstehen könne und ihr wünsche, ein vernünftiges Gespräch mit ihrem Ehemann führen zu können. Er fügte an:

»Aber leider ist es ja so, dass, eine gewisse Entwicklung vorausgesetzt, man mit allen anderen Menschen vernünftiger sprechen kann, als mit dem Partner, mit welchem man gewöhnlich nichts anderes mehr in Bewegung zu setzen vermag, als jene vermaledeite Redemühle, die stets rundum geht und immer das gleiche Korn mahlt. [...] Wenn es Ihnen mal so ums Herz ist, können Sie mich auch anrufen, ich sitze ja nahe bei Hamburg.«⁵⁴

Karla Anders wiederum bedauerte, dass sie nicht unbemerkt von ihrem Mann mit Walther von Hollander telefonieren könne. Zudem habe sich ihr Wunsch, mit ihren beiden Töchtern, die 12 und 15 Jahre alt waren, für drei Wochen allein zu verreisen, zerschlagen, da ihr Ehemann aufgrund seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg schon jetzt Urlaub erhalte.⁵⁵ Am 1. Juli 1944 meldete sich Karla Anders ein letztes Mal brieflich bei Walther von Hollander. Ihre Töchter waren mittlerweile aus Hamburg ausquartiert worden, sie selbst fürchtete stündlich, ihr Haus durch einen Bombenangriff zu verlieren. Während sie auf ihren Ehemann nicht mehr zu sprechen kam, gab sie nun ihrer Hoffnung Ausdruck: »Aus einer Niederlage ergeben sich neue Möglichkeiten, so schwer sie auch anfangs aussehen mag.«⁵⁶

Der vorgestellte Briefwechsel zeigt die große Offenheit, mit der Karla Anders über ihre persönliche Situation und auch die Kriegslage berichtete. Mehr noch: Karla Anders hatte zu Walther von Hollander so großes Vertrauen, dass sie sich sogar positiv über eine mögliche Kriegsniederlage äußerte, für die sie vor ein Sondergericht hätte gestellt werden können. Ihre ambivalente Einstellung zum Krieg und die zugleich damit verbundenen Hoffnungen, die sie mit der kriegsbedingten Trennung von ihrem Ehemann verband, entsprachen einerseits nicht den politischen und gesellschaftlichen Sagbarkeitsregeln. Andererseits bestätigt die Korrespondenz, wie der Zweite Weltkrieg von nichtverfolgten Deutschen

53 Ebd., Schreiben von Karla Anders an Walther von Hollander, 22.10.1942.

54 Ebd., Schreiben von Walther von Hollander an Karla Anders, 19.10.1942.

55 Ebd., Schreiben von Karla Anders an Walther von Hollander, 22.10.1942.

56 Ebd., Schreiben von Karla Anders an Walther von Hollander, 1.7.1944.

erfahrungsgeschichtlich in die Kontinuität eines als privat wahrgenommenen, vermeintlich »normalen« Lebens eingebunden war. Kaum eine Rolle in der Korrespondenz spielten hingegen die Wahrnehmungen der beiden Töchter, die Karla Anders, wenngleich eher indirekt, ganz auf ihrer Seite stehend charakterisierte.

Die kriegsbedingte Trennung von ihrem Ehemann war auch der Grund, warum die eingangs zitierte Magdalene Sabiel, die junge Frau aus Hannover, am 2. Juni 1942 erstmals an Walther von Hollander schrieb. Ihr Mann sei seit Anfang 1940 fast immer im Einsatz, nun habe sie ihm »sein zweites Kind« schenken können. Doch mache sie sich Sorgen, ob ihr Mann womöglich untreu sei, und bat deshalb Walther von Hollander um Rat zu der Frage: »Ist es besser, man ist passiv bei dem großen Thema der Natürlichkeit und macht beide Augen zu, weil man den Mann liebt oder wäre es Liebe zu fragen: Bist Du mir treu?«⁵⁷ Hollander antwortete ihr, dass das Kind »eine bessere Antwort [sei], als die Einflüsterungen, die uns vom Besitzwahn oder von den Besitzwähnen kommen.«⁵⁸ Am 12. April 1943 wandte sich Magdalene Sabiel erneut vertrauensvoll an Walther von Hollander, weil sie ihn als »Philosoph unserer Zeit« erachtete.⁵⁹ Nunmehr trieb sie die Befürchtung um, ihre »schönsten Jahre« kriegsbedingt ohne ihren Ehemann allein mit den Kindern verleben zu müssen, was sie wiederum mit der Frage verband: »Hat man nicht auch ein klein wenig Recht auf ein persönliches individuelles Leben, an einer Freude an sich selbst?«⁶⁰ Hollander antwortete ihr wenig später, dass viele Ehepartner bereits im Ersten Weltkrieg jahrelang getrennt waren und bestätigte, es sei ein schwerwiegendes Problem, dass »die wenigen Jahre, die man auf dieser schönen Erde hat, für Krieg und Kampf hergegeben werden müssen.«⁶¹ Obgleich es sich um ein »Zeitalter ohne Ruhe« handele, bleibe aber jedem Menschen das Recht auf sein persönliches Leben und dies gelte auch und gerade für Mütter, »denn die Frauen reiben sich im wahrsten Sinne des Wortes auf und sind nachher einfach nicht mehr da.«⁶² Zwei Monate später hatte sich die persönliche Situation von Magdalena Sabiel deutlich zugespitzt. Am 14. Juni 1943 schrieb sie:

»Nun ist ein Ereignis eingetreten, dass mir mein Leben in Scherben vor die Füße geworfen hat [...]. Mein Mann – vom Osten zurück und seit einem

57 FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 13, Mappe 6, Schreiben von Magdalene Sabiel an Walther von Hollander, 2.6.1942.

58 Ebd., Schreiben von Walther von Hollander an Magdalene Sabiel, 22.7.1942.

59 FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 39, Mappe 7, Schreiben von Magdalene Sabiel an Walther von Hollander, 12.4.1943.

60 Ebd.

61 Ebd., Schreiben von Walther von Hollander an Magdalene Sabiel, 17.4.1943.

62 Ebd.

Jahr in einer Garnison – gestand mir, dass er ein Mädchel liebt, welches Verhältnis nicht ohne Folgen blieb. Er will sich scheiden lassen. Neun Jahre sind wir verheiratet, haben zwei Kinder, einen achtjährigen Buben und ein anderthalbjähriges Mädchen.«⁶³

Alle Bemühungen, ihren Mann zurückzugewinnen, seien erfolglos gewesen. Jetzt stehe sie vor der Frage, ob sie in eine Scheidung einwilligen oder dies wegen der Kinder nicht tun sollte. Walther von Hollander antwortete, dass es sich hierbei um ein »allgemeines Kriegsschicksal« handle, das zu erkennen und anzuerkennen sei. Zugleich plädierte er dafür, die Entfremdung zwischen den Ehepartnern als etwas Schicksalhaftes anzusehen, das nicht mit der Kategorie der Schuld zu fassen sei, zumal Männer und Frauen gleichermaßen »untreu« werden könnten. Dem Schreiben legte er seinen Aufsatz »Wie steht es mit den Dritten« bei – vermutlich um Magdalene Sabiel zu entlasten und ihr die Entscheidungsfindung zu erleichtern. Vor diesem Hintergrund empfahl er der Schreiberin, »objektiv« zu prüfen, ob sie nach wie vor besser zu ihrem Ehemann passe oder ob dies nicht mehr so sei. In letzterem Fall sollte sie in die Scheidung einwilligen und ihr Leben »möglichst schnell auf eine neue Basis stellen«.

Magdalene Sabiel wiederum konnte sich – wie sie schrieb – auch nach der Lektüre von Brief und Artikel nicht von dem Begriff der Schuld freimachen, zumal ihr Mann eines der Kinder zu sich nehmen und keinen Unterhalt zahlen wollte. Für sie sei es schwer, dass ihr Ehemann, mit dem sie »in 9 langen Jahren gute und böse Stunden geteilt hat«, sich nicht einmal nach dem »Terrorangriff« auf Hannover am 26. Juli 1943 um sie und die Kinder gekümmert habe.⁶⁴ Überhaupt meine sie, dass der »Geschlechterkampf«, den sie allerdings nicht weiter spezifizierte, andauern werde, »trotz Krieg, vollkommener Erziehung und was weiß ich sonst noch alles«.⁶⁵ Walther von Hollander wiederum versuchte Mitte August, Magdalene Sabiel Mut zu machen, äußerte sich aber skeptisch, was den Sinn des Krieges betraf:

»Ich freue mich, dass Sie das Schicksal, das Sie tragen müssen, mit so viel Würde und Kraft ertragen. Das ist heutzutage nicht so ganz einfach, denn zum besonderen Schicksal des Einzelnen, und auf dieses Schicksal noch drauf getürmt, tragen wir ja alle noch an dem allgemeinen Schicksal genug. Noch ist völlig unklar, wohin wir eigentlich durch all das Unglück gebracht werden sollen, welche Erkenntnisse sich uns erschließen sollen. Es ist auch

63 FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 48, Mappe 2, Schreiben von Magdalene Sabiel an Walther von Hollander, 14.6.1943.

64 FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 39, Mappe 7, Schreiben von Magdalene Sabiel an Walther von Hollander, 8.8.1943.

65 Ebd.

zweifelhaft, ob Unglück die Menschen überhaupt in die richtige Bahn bringt, oder sie nicht vielmehr vollkommen verwirrt.«⁶⁶

Der Briefwechsel zeigt, wie mehrdeutig die Ratschläge Walther von Hollanders im Kontext von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg waren. Zum einen versuchte Hollander das individuelle Leid von Magdalene Sabiel abzumildern, indem er ihr empfahl, ihre verletzten Gefühle zu rationalisieren. In diesem Sinne riet er zu einer schnellen Scheidung.⁶⁷ 1938 war ein bevölkerungspolitisch motiviertes Gesetz zur Vereinheitlichung des Eheschließungs- und Ehescheidungsrechts erlassen worden. Demnach konnte eine Ehe ohne Angabe von Gründen beendet werden, wenn die Partner drei Jahre getrennt gelebt hatten. Die Wiedereinführung des Zerrüttungsprinzips sollte zudem Scheidungen erleichtern und neue Ehen ermöglichen, in denen mehr Kinder geboren werden könnten.⁶⁸ Da die Geliebte des Ehemannes ebenfalls Deutsche, jünger als die Briefschreiberin und bereits schwanger war, ging dieser Ratschlag von Walther von Hollander mit dem neuen Gesetz konform. Entlastend für Magdalene Sabiel sollte Hollanders Einschätzung ihrer persönlichen Situation als »allgemeines Kriegsschicksal« wirken. Zugleich stellte Walther von Hollander eine sinnstiftende Funktion des Krieges deutlich in Frage, wenn er den Zweiten Weltkrieg als »Unglück« bezeichnete. Mehr noch: In einem Schreiben an den Wehrmachtssoldaten Oberst Schmidt-Brucken prognostizierte er im August 1944:

»Es wird klar, dass nach dieser Zeit sogar vielleicht eine außerordentlich individualistische Epoche anbrechen wird, in der die Menschen selbst das nachholen wollen und werden, was sie jetzt notgedrungen versäumen mussten.«⁶⁹

Walther von Hollander konnte zu diesem Zeitpunkt noch nicht ahnen, dass er nach dem Kriegsende zu einem publizistischen Begleiter und Orientierungsgeber der westdeutschen Nachkriegszeit werden sollte, die nicht zuletzt durch

66 Ebd., Schreiben von Walther von Hollander an Magdalene Sabiel, o.D.

67 Zur nationalsozialistischen Scheidungspraxis im Krieg siehe den Beitrag von Annemone Christians in diesem Band.

68 Vgl. Ute Frevert, *Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit*, Frankfurt a. M. 3 1989, S. 229; Gabriele Czarnowski, »Der Wert der Ehe für die Volksgemeinschaft«. *Frauen und Männer in der nationalsozialistischen Ehepolitik*, in: Kirsten Heinsohn/Barbara Vogel/Ulrike Weckel (Hrsg.), *Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland*, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 78-95, bes. S. 84-86.

69 FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 30, Mappe 1, Schreiben von Walther von Hollander an Oberst Schmidt-Brucken, 28.8.1944.

»Nachholbedürfnisse hinsichtlich häuslicher Gemütlichkeit nach den Jahren der kriegsbedingten Trennung« gekennzeichnet war.⁷⁰

4. Zur medialen Kommunikation kriegsbedingter Trennungen nach 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte nahezu jede deutsche Familie Trennungen durch Tod, Kriegsgefangenschaft oder Flucht und Vertreibung erfahren. Dadurch hatte sich schon rein zahlenmäßig das Verhältnis der Geschlechter in der unmittelbaren Nachkriegszeit erheblich verschoben. 1946 standen 26 Millionen Frauen 20,8 Millionen Männern gegenüber, besonders groß war der »Frauenüberschuss« in der Generation der Zwanzig- bis Vierzigjährigen.⁷¹ Soziologen verwiesen auf Lockerungs- und Auflösungserscheinungen in den Familien und machten die gestiegene Selbständigkeit der Frauen während der kriegsbedingten Abwesenheit der Männer für die hohe Scheidungsrate und eine zunehmende Zahl unehelicher Verhältnisse verantwortlich.⁷² Vor dem Hintergrund des enormen »Männer Mangels« und einer neu erlangten Selbständigkeit von Frauen im Kriegs- und Nachkriegsalltag diskutierten vor allem Frauenzeitschriften die künftige Rolle von Frauen in Politik und Gesellschaft sowie Alternativen zur patriarchalen Familie.⁷³ Zeitgenössische Meinungsumfragen verzeichneten jedoch eine überwiegende Zustimmung zur Institution der Ehe, die offenbar angesichts der chaotischen äußeren Verhältnisse mehr denn je als

70 Axel Schildt, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90*, München 2007, S. 26.

71 Ute Frevert, *Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung – Hindernisse, Umleitungen, Einbahnstraßen*, in: Martin Broszat (Hrsg.), *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte*, München 1990, S. 113-150, hier S. 115.

72 Detailliert Frevert, *Frauen-Geschichte* (Anm. 68), S. 251 f. Vgl. auch Barbara Willenbacher, *Zerrüttung und Bewährung der Nachkriegsfamilie*, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988, S. 595-618, hier S. 599 f.

73 Angela Seeler, *Ehe, Familie und andere Lebensformen in den Nachkriegsjahren im Spiegel der Frauenzeitschriften*, in: Anna-Elisabeth Freier/Annette Kuhn (Hrsg.), *Frauen in der Geschichte*, Bd. V: »Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen«. *Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte*, Düsseldorf 1984, S. 90-119; Lissi Klaus, »Beim Aufbau standen die Frauen ganz vorn«. *Die Entwicklung der Frauenmedien nach 1945*, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 14 (1991), 30/31, S. 31-43; Maria Höhn, *Frau im Haus und Girl im Spiegel: Discourse on Women in the Interregnum Period of 1945-1949 and the Question of German Identity*, in: *Central European History* 26 (1993), 1, S. 29-59.

grundlegendes Ordnungsgefüge galt.⁷⁴ Mit der Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage und der Rückkehr der Männer an die Arbeitsplätze postulierten Politiker, Wissenschaftler und Medien wieder traditionelle Geschlechterrollen und die Harmonie von Ehe und Familie.⁷⁵

Die Rückkehr zu entsprechend tradierten Umgangsformen nach den Umbrüchen der Kriegs- und Nachkriegszeit war allerdings von vielfältigen Verhaltensunsicherheiten und Orientierungsschwierigkeiten begleitet. Nicht zufällig erfreuten sich daher in den 1950er Jahren neben Benimmbüchern sogenannte Lebenshilferubriken in Illustrierten, Familien- und Frauenzeitschriften besonderer Beliebtheit.⁷⁶ Hatten solche Ratgeber bis zum Zweiten Weltkrieg familiäre Probleme und Ehekonflikte nur am Rande behandelt, entwickelten sie sich nun geradezu zu öffentlichen Beratungsstellen für zwischenmenschliche Fragen, Ehe- und Familienprobleme.⁷⁷ Hier wurden nunmehr persönliche alltägliche Konflikte thematisiert und Anleitungen zur Problemlösung gegeben. Die populärste Kolumne dieser Art stellte, wie bereits erwähnt, die von Walther von Hollander inkognito geführte Ratgeberrubrik »Fragen Sie Frau Irene« der Rundfunk- und Familienzeitschrift »Hör zu!« dar. Die 1946 gegründete Programmzeitschrift war die erfolgreichste Zeitschrift des europäischen Kontinents und verfügte Anfang der 1960er Jahre über eine Auflage von mehr als 4,2 Millionen wöchentlich verkauften Exemplaren. Die in der Ratgeberrubrik publizierten Anfragen und Antworten verweisen darauf, wie Walther von Hollander die Auswirkungen der kriegsbedingten Trennungen beurteilte bzw. sie zu befrieden versuchte.⁷⁸

In den ersten Erscheinungsjahren ab 1949 wurden in der Ratgeberrubrik vornehmlich Konflikte geschildert, die im Zuge der oftmals langen Trennungs-

74 Siehe allgemein Robert Moeller, *Geschützte Mütter. Frauen und Familien in der westdeutschen Nachkriegspolitik*, München 1997.

75 Angela Delille/Andrea Grohn, *Blick zurück aufs Glück. Frauenleben und Familienpolitik in den 50er Jahren*, Berlin 1988, S. 8 f.; Karin Klees, *Partnerschaftliche Familien. Arbeitsteilung, Macht, Sexualität in Paarbeziehungen*, Weinheim/München 1992, S. 15.

76 Ingrid Laurien, »Wie kriege ich einen Mann?« Zum weiblichen Leitbild und zur Rolle der Frau in den Fünfziger Jahren, in: *SOWI* 15 (1986), 2, S. 36-44, hier S. 36. Vgl. Stefan Beck/Gabi Enßlin, *Sonst drückt sich alles durch. Mit Etikettevorschriften gegen Peinlichkeit*, in: Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen (Hrsg.), *Partykultur? Fragen an die Fünfziger*, Tübingen 1991, S. 53-70, hier S. 54.

77 Siehe dazu Geri, *Vom Rauhbeinstil zur Seelenmassage – Hundert Jahre Redaktionsbriefkästen (II)*, in: *Die Feder* 10 (1962), 11, S. 8 f., hier S. 8. Siehe zur pressegeschichtlichen Entwicklung von Ratgeberrubriken: Lu Seegers, »Fragen Sie Frau Irene«. Die Rundfunk- und Familienzeitschrift HÖR ZU! als Ratgeber bei Geschlechterproblemen der fünfziger Jahre, unveröff. Magisterarbeit, Hannover 1994, S. 40-43.

78 Siehe eine ausführliche Analyse der Ratgeberrubrik bei Seegers, *Hör zu! (Anm. 12)*, S. 363-410.

zeit von Verlobten oder Ehepartnern durch Krieg, Flucht und Vertreibung entstanden waren. Hinzu kamen Probleme der gesellschaftlichen und beruflichen Reintegration von Kriegsheimkehrern sowie aufgrund einer durch Nationalsozialismus und Kriegszeit gelockerten Sexualmoral.⁷⁹ Vor allem Männer verbanden eigene sexuelle Eskapaden während des Krieges retrospektiv anscheinend recht zwanglos mit ihrer Rolle als Soldat. Ein ähnliches Verhalten ihrer Ehefrau hielten sie hingegen für einen Scheidungsgrund. Beispielhaft zeigt dies der Brief eines seit 20 Jahren verheirateten Mannes aus dem Jahr 1953, dessen Frau nun das fünfte Kind erwartete. Er könne einen Fehltritt ihrerseits während seiner kriegsbedingten Abwesenheit nicht verzeihen, obgleich er selbst »kein Engel« gewesen sei.⁸⁰ »Frau Irene« alias Walther von Hollander bezeichnete seine Gefühlslage als »Seelenzustand, in dem sich Millionen von Menschen« befänden. Auch wenn die »Ratgeberin« dazu neigte, »den Männern eher zu verzeihen, als meinen Geschlechtsgenossinnen, wenigstens vom Herzen her«, konzedierte sie: »Mein Verstand sagt mir allerdings, dass Untreue Untreue bleibt, einerlei ob sie ein Mann begeht oder eine Frau.«⁸¹ Allgemeines Ziel sollte eine möglichst reibungslose Weiterführung der Ehe sein. Dazu sprach sich Walther von Hollander als »Frau Irene« 1953 für eine »Generalamnestie« der Ehepartner aus und verband mit diesem Begriff »auslöschen, vergessen, nicht mehr darüber sprechen«.⁸² In einem ähnlich gelagerten Fall hatte sie bereits 1951 resümiert: »Über die Verfehlungen, die in den verwirrten Zeiten von Krieg und Nachkrieg begangen wurden, sollten wir jetzt den Mantel des Verzeihens und Vergessens breiten.«⁸³ Zur Problemlösung empfahl »Frau Irene«, die durch Untreue infolge von Kriegstrennungen entstandenen Erfahrungen von Entfremdung und Vertrauensverlust möglichst zügig und als Relikte »wirrer Zeiten« ad acta zu legen.⁸⁴

Ehen trotz kriegsbedingter Untreue aufrechtzuerhalten, sollte allerdings in erster Linie im Verantwortungsbereich der Frauen liegen. In der Antwort auf die Anfrage einer Frau, die von einem im Jahr 1942 begangenen Fehltritt ihres Mannes erst kürzlich erfahren hatte, bezeichnete sie es als das »Vorrecht einer

79 Dazu beispielhaft die Anfragen in der Ratgeberrubrik »Fragen Sie Frau Irene«: »Ich finde keinen Anschluss mehr ...«, in: Hör zu! (1950), 31, S. 13 und »Der Stumpfsinn bringt mich noch um«, in: Hör zu! (1952), 24, S. 28. Zur Lockerung der Sexualmoral durch Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg und deren Wahrnehmung nach 1945 siehe Dagmar Herzog, *Sex after Fascism. Memory and Morality in Twentieth-Century Germany*, Princeton, NJ, 2005.

80 »Was nutzt alles Verzeihen?«, in: Hör zu! (1950), 21, S. 13.

81 Ebd.

82 »Warst Du mir immer treu?«, in: Hör zu! (1953), 19, S. 39.

83 »Ich kann ihr nicht verzeihen!«, in: Hör zu! (1951), 31, o. S.

84 Ebd.

liebenden Frau, verzeihen zu dürfen«. ⁸⁵ Noch 1958 veröffentlichte Walther von Hollander die Anfrage einer Schreiberin, die schilderte, dass ihr Mann aus der Kriegsgefangenschaft charakterlich völlig verändert zurückgekommen sei und trinke. Sie habe ihm jedoch nie Vorwürfe gemacht, sondern so lange gewartet, bis er sein Verhalten von selbst ändere. Die Anfrage beantwortete Walther von Hollander in der »Hör zu!«:

»Tausende und abertausende von Männern kamen gebrochen, in ihrem Charakter geschwächt und fast lebensuntauglich aus der Gefangenschaft. Dann war es entscheidend, wie sich die Frauen zu ihrem Mann stellten. Ob sie die Charakterstärke hatten, den Schwachen zu stützen, den Abgeglittenen zu halten. Wenn sie die Geduld, die Liebe und die Seelenkraft nicht aufbrachten, wurde aus der Ehe niemals mehr etwas. Und manchmal war auch alle Geduld, alle Liebe vergebens. Aber vielleicht gelang es eben doch, durch Ausharren und durch klagloses Ertragen schließlich die Wandlung herbeizuführen.« ⁸⁶

Die durch die Trennungserfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit thematisierten Konflikte hatten jedoch nicht nur längerfristige Auswirkungen auf die Beziehung der Ehepartner, sondern prägten auch die innerfamiliären Beziehungen. Mehrere Frauen und Männer schilderten die anhaltenden Schwierigkeiten ihrer Kinder, aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Väter, die ihnen fremd waren, als Respektspersonen anzuerkennen. Auch hier sollte es in erster Linie Aufgabe der Frauen sein, zwischen Vätern und Kindern zu vermitteln.

5. Schluss

Als Publizist, der über Lebens- und Eheführung Bücher und Artikel schrieb und zugleich unterhaltende Romane und Filmstoffe verfasste, gelang es Walther von Hollander, das Spektrum seiner Veröffentlichungen während des Zweiten Weltkriegs auszudehnen. So veröffentlichte er zahlreiche Artikel zu zwischenmenschlichen Themen in den deutschen Soldaten- und Besatzungszeitungen. Sein Erfolgskonzept bestand darin, dass die behandelten Themen als leichte Unterhaltung vermittelt und zeitbezogene zwischenmenschliche Probleme wie kriegsbedingte Trennungen zwar exemplarisch angedeutet, aber in einem scheinbar zeitlos-bürgerlichen Rahmen situiert wurden, ohne die nationalsozialistische Gegenwart in Frage zu stellen. Es war ausgerechnet »Das

85 »Warst Du mir immer treu?«, in: Hör zu! (1953), 19, S. 39.

86 »Erst nach 14 Jahren ist es eine richtige Ehe geworden«, in: Hör zu! (1958), 37, S. 32.

Schwarze Korps«, das diesen Ansatz treffend beschrieb, als die Schriftleitung Auszüge aus Hollanders Buch »Das Leben zu Zweien« Anfang 1941 veröffentlichte:

»Die Welt, die er mit seinem ›Wir‹ meint, ist denn doch nicht ganz die unsere. Denn er sieht an dem Problem der Ehe in diesem Buch oft nur die äußere Seite und vermeidet, anscheinend ganz unbewußt, jedes Eingehen auf tiefere Fragestellungen und auf Weltanschauliches.«⁸⁷

Walther von Hollander, der bis in die letzten Kriegstage hinein Uk-gestellt war, verfasste Texte, die mit der Lebenswirklichkeit im nationalsozialistischen Krieg vereinbar und zugleich ebenso affirmativ wie widersprüchlich zu NS-Überzeugungen gelesen werden konnten. Insofern entsprachen sie der »geduldeten Mehrstimmigkeit« im Nationalsozialismus, die innerhalb enger Grenzen unterschiedliche Nuancierungen zuließ.⁸⁸ Etwas konkreter wurde Hollander hingegen im persönlichen Briefaustausch mit seinen Leserinnen und Lesern.

Die Korrespondenz, die er mit Menschen führte, die sich aufgrund der Lektüre seiner Texte an ihn wandten, zeigt zum einen, dass es in den 1930er und 1940er Jahren noch keine eingeübte Praxis, Institutionalisierung und Professionalisierung der Lebensberatung gab. Die Schreibenden näherten sich Walther von Hollander zunächst über die Wertschätzung seiner Werke, bevor sie persönliche Probleme erörterten. Die Briefe verweisen dabei – auch im Hinblick auf kriegsbedingte Trennungen, die während des Krieges interessanterweise in den Zuschriften eine geringere Rolle spielten als nach 1945 – auf gesellschaftliche Sagbarkeitsregeln. Denn die Menschen schrieben über persönliche Empfindungen und Konstellationen, die im öffentlichen Raum, zumal unter den Bedingungen der Diktatur, nicht oder nur verbrämt thematisiert werden konnten. Dies betraf etwa die Wahrnehmung der kriegsbedingten Abwesenheit des Ehemanns als Chance für einen selbstbestimmten, harmonischen Familienalltag ohne Ehekonflikte. Ebenfalls angesprochen wurde das Thema ehelicher Untreue als Folge kriegsbedingter Trennung. Die Ratschläge von Walther von Hollander weisen hier auf veränderte gesellschaftliche Sagbarkeitsregeln hin, indem sich die Betroffenen nicht durch herkömmliche Moralvorstellungen belasten lassen sollten. Walther von Hollander hielt trotz mehrdeutiger Anspielungen die Sagbarkeitsregeln ein. Er positionierte sich als ein jenseits der Politik stehender, lebensnaher Mann, wobei er das NS-Regime als gegeben annahm und letztlich dazu beitrug, dass sich auch die in der Regel weder politisch noch

87 FZH-Archiv, 11/H50, Nachlass Walther von Hollander, Schachtel 26, Mappe 3, Walther von Hollander, »Das Leben zu Zweien« (I), in: Das Schwarze Korps, 16.1.1941.

88 Dazu detailliert Georg Bollenbeck, Tradition, Avantgarde, Reaktion. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880-1945, Frankfurt a. M. 1999, hier S. 324 f.

rassistisch verfolgten Schreiberinnen und Schreiber arrangieren konnten, indem sie ihr Leben ordneten. Dabei waren Hollanders Ratschläge mit nationalsozialistischen Ideologemen vereinbar, konnten aber auch unabhängig davon gedeutet werden. Walther von Hollander fungierte somit als eine Art »Blitzableiter« an der Schnittstelle von medialem und zwischenmenschlichem Raum. Wenn Hollander im Falle ehelicher Untreue etwa zu Toleranz und Verständnis riet, um Konflikte zu rationalisieren, entsprach dies sowohl seinem Anliegen, das jeweilige Problem für die Betroffenen emotional erträglicher erscheinen zu lassen, als auch einer tradierten bürgerlichen Praxis. Demnach musste Untreue kein Grund für Trennung sein, vor allem wenn Kinder oder etwa Firmenvermögen involviert waren. Zugleich standen Hollanders Ratschläge aber auch nicht einer nationalsozialistischen Moral entgegen, die eheliche Verbindungen vor allem wegen einer rassistisch konnotierten Reproduktionsfähigkeit für relevant hielt.

Nach 1945 änderten sich die Rahmenbedingungen für die Arbeit von Walther von Hollander maßgeblich. Als »Experte für Frauenfragen« wiederholte er seine seit der Weimarer Republik bestehenden Thesen zur Selbständigkeit der Frau innerhalb wie außerhalb der Ehe und beriet im Rahmen der Ratgeber rubrik »Fragen Sie Frau Irene« der Rundfunk- und Familienzeitschrift »Hör zu!« ein Millionenpublikum. Dabei wandten sich auch in den 1950er Jahren immer wieder Leserinnen und Leser mit Problemen an ihn, die aus kriegsbedingten ehelichen und familiären Trennungen resultierten. Walther von Hollander favorisierte dafür eine »Generalamnestie« zwischen den Ehepartnern. Bemerkenswert ist, dass an Hollanders Texten und Ratschlägen eine bürgerliche Sicht deutlich wird, die in gesellschaftlicher Hinsicht radikalen Entwürfen eine Absage erteilt und hinsichtlich der Geschlechterrollen offen ist für eine vorsichtige Liberalisierung. Dementsprechend hielt der Lebensberater vor wie nach 1945 eine Rezeptur, bestehend aus Selbstdisziplin und Toleranz auch und gerade für Frauen, bereit – nunmehr allerdings in einem demokratisch-westlichen Kontext und in einem politisch und gesellschaftlich facettenreicheren Medienensemble.

Kathrin Kiefer und Markus Raasch

FAMILIENLEBEN IM ZWEITEN WELTKRIEG

Sozialstrukturelle Betrachtungen zu kindlichen Perspektiven

»Mein Vater und mein Großvater haben Feindsender gehört. Und dann hieß es immer: ›Geh raus, du brauchst das nicht zu hören.‹ Und ich bin nicht raus. [...] Meine Mutter hat [nach dem Krieg] gesagt: ›Wir hatten Angst vor der [Irma], dass die uns irgendwann einmal – ohne, dass sie es will – verrät.«¹

Was machte der Zweite Weltkrieg mit den Menschen? Welche sozialen Dynamiken setzte er mit welchen Folgen frei? Inwieweit führte er Entwicklungen der Vorkriegszeit fort, inwieweit verschärfte, inwieweit konterkarierte er diese? Wie weit ging die Nazifizierung der deutschen Mehrheitsgesellschaft? Diesen Fragen möchten wir im Folgenden nachgehen und zwar auf Ebene der »Familie« – verstanden als (Lebens-)Gemeinschaft aus einem Elternpaar bzw. einem Elternteil und mindestens einem Kind.

Familie bildet die kleinste und elementarste Einheit eines Sozialsystems.² Sie umfasst den intimsten Raum menschlichen Miteinanders und vermag wesentliche Aufgaben für ihre Mitglieder zu leisten. Zugleich ist sie fundamental für das Funktionieren einer Gemeinschaft und daher von enormer politischer Bedeutung. Sie beschreibt prägenden Lebensalltag, ist eminenter Adressat obrigkeitlichen Handelns und fortwährender Gegenstand gesellschaftlicher Diskurse. Die Auswirkungen von Kriegen auf Gesellschaften lassen sich entsprechend im Spiegel der Familie, zumal kriegsbedingt getrennter Familien, in besonderer Dichte und Anschaulichkeit untersuchen. Die historische Forschung hat diesem Umstand allerdings bisher erst ansatzweise Rechnung getragen. Besonders gilt dies für eine akteurszentrierte Perspektive, die Kinder nicht »mehr als reine Objekte der Geschichte« betrachtet, sondern ihren »Eigensinn« ernst zu nehmen versucht.³

1 Zeitzeugengespräch (ZzG.) mit Irma Lindemann (Pseudonym), geb. 1928, durchgeführt (dgf.) von Kathrin Kiefer, 13.11.2018 u. 10.12.2018.

2 Vgl. z. B. Andreas Gestrich, *Geschichte der Familie im 19. und 20. Jahrhundert*, München 32013.

3 Nicholas Stargardt, »Maikäfer flieg!« *Hitlers Krieg und die Kinder*, München 2006, S. 21.

Über »Kriegskinder« ist mittlerweile viel,⁴ über Familien im Krieg deutlich weniger geschrieben worden.⁵ Eltern-Kind-Beziehungen sind stärker für den Ersten als den Zweiten Weltkrieg untersucht worden.⁶ In Bezug auf den Zweiten Weltkrieg bilden sie zumeist nur einen Randaspekt. Die Forschung dazu basierte bisher auf schmaler Quellengrundlage⁷ und war teilweise methodisch wenig reflektiert⁸ oder übertheoretisiert⁹. Geschwisterverhältnisse wurden bislang kaum in Augenschein genommen.¹⁰ Grundsätzlich stehen sich zwei Deutungsangebote gegenüber: Auf der einen Seite werden Krisenerscheinungen akzentuiert. Einschlägige Arbeiten konstatieren beispielsweise, dass »die Entfremdung

- 4 Alexander Denzler/Stefan Grüner/Markus Raasch, *Kinder und Krieg*. Ein epochenübergreifender Zugriff, in: dies. (Hrsg.), *Kinder und Krieg*. Von der Antike bis in die Gegenwart, Berlin/Boston 2016, S. 1-36; Till Kössler, *Neue Ansätze der historischen Kindheitsforschung*, in: *Neue Politische Literatur* 64 (2019), S. 537-558.
- 5 Grundlegend für den Zweiten Weltkrieg: Hester Vaizey, *Surviving Hitler's War. Family Life in Germany, 1939-48*, Basingstoke 2010.
- 6 Susanne R. Grayzel, *Women's Identities at War. Gender, Motherhood, and Politics in Britain and France during the First World War*, Chapel Hill, NC/London 1999, S. 86-120; Catherine Rollet, *The Home and Family Life*, in: Jay Winter/Jean-Louis Robert (Hrsg.), *Capital Cities at War*. Paris, London, Berlin 1914-1919, Bd. 2, Cambridge/New York 2007, S. 315-353; Manon Pignot, *Allons enfants de la patrie. Génération Grande Guerre*, Paris 2012; Rosie Kennedy, *The Children's War*. Britain 1914-1918, Basingstoke u. a. 2014, S. 21-50. Aus der Vielzahl an Arbeiten zu den psychohistorischen Erbschaften des Zweiten Weltkrieges: Cornelia Staudacher, *Vaterlose Töchter. Kriegskinder zwischen Freiheit und Anpassung*. Porträts, Zürich 2006; Lu Seegers, »Vati blieb im Krieg«. Vaterlosigkeit als generationelle Erfahrung im 20. Jahrhundert – Deutschland und Polen, Göttingen 2013; Barbara Stambolis, *Leben mit und in der Geschichte*. Deutsche Historiker Jahrgang 1943, Essen 2010; dies., *Töchter ohne Väter. Frauen der Kriegsgeneration und ihre lebenslange Sehnsucht*, Stuttgart 2012.
- 7 Bei Vaizey, *Surviving Hitler's War* (Anm. 5), ist ihnen z. B. lediglich ein Kapitel gewidmet. Vgl. auch: Klaus Latzel, *Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939-1945*, Paderborn u. a. 1998, S. 328-352; Martin Humburg, *Das Gesicht des Krieges. Feldpostbriefe von Wehrmachtssoldaten aus der Sowjetunion 1941-1944*. Opladen/Wiesbaden 1998, S. 173-193; Gerald Lamprecht, *Feldpost und Kriegserlebnis. Briefe als historisch-biographische Quelle*, Innsbruck u. a. 2001, S. 223-241.
- 8 Etwa William M. Tuttle, *Daddy's Gone to War. The Second World War in the Lives of America's Children*, New York u. a. 1995; Margarete Dörr, »Der Krieg hat uns geprägt«. *Wie Kinder den Zweiten Weltkrieg erlebten*, 2 Bde., Frankfurt a. M./New York 2007.
- 9 In besonderer Weise gilt dies für Ralf Schoffit, »Viele liebe Grüße an meine Kinderle, sollen recht brav bleiben«. *Väter und die Wahrnehmung der Vaterrolle im Spiegel von Feldpostbriefen 1939-1945*, Tübingen 2010. Die erziehungswissenschaftliche Dissertation verliert sich zwischen Theorie, vermeintlichen Rahmenbedingungen und Codierungen und kann den Anschluss an die historische Forschung nur bedingt leisten.
- 10 Kathrin Kiefer, *Geschwisterbeziehungen im Zweiten Weltkrieg. Zur Bedeutung von Familienmitgliedern in Krisenzeiten*, in: *Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft* 26 (2019), S. 253-279. Wichtig für die Ex-post-Perspektive von (Halb-)Waisen: Seegers, »Vati blieb im Krieg« (Anm. 6), S. 194-198.

zwischen den Ehegatten und den Kindern und Vätern [...] wahrscheinlich das nachhaltigste Moment [war], das der Krieg in den Beziehungen hinterließ.¹¹ Auf der anderen Seite stehen alltagshistorisch interessierte Arbeiten, die zu dem Schluss kommen, »that the experience of war and the threat of losing loved ones made people value families all the more«.¹² Eine sozialstrukturelle Ausdifferenzierung solcher Großdeutungen ist bisher allenfalls punktuell versucht worden. Inwiefern mit Blick auf die Kinder Unterschiede u. a. bezüglich Alter, Schichtzugehörigkeit oder Geschlecht für die Funktionen und Praktiken von »Familie im Krieg« eine Rolle spielten, bildet weitgehend eine *terra incognita*. Dies erscheint umso bedauerlicher, als ohne entsprechende Kenntnisse weder die Mobilisierung der Gesellschaft(en) im Weltkrieg noch die Frage, ob »die nationalsozialistische Durchdringung und Formierung der deutschen Gesellschaft die Veränderung der [Familien-]Beziehungen [...] begünstigte«,¹³ hinreichend zu bewerten sind.

Vor diesem Hintergrund möchten wir einen Aufschlag machen: Wir nehmen Lebenswelten¹⁴ deutscher »Soldatenfamilien« in Augenschein – und zwar aus Kinderperspektive. Als »Soldatenfamilien« verstehen wir dabei Familien, in denen der Vater oder mindestens ein Geschwisterteil im Militärdienst stand, während zugleich mindestens ein Kind noch im elterlichen Haushalt wohnte. Unter »Kindheit« verstehen wir grundsätzlich die Phase der Minderjährigkeit, die prinzipiell bis zu einem Alter von 21 Jahren reichte. Unser Interesse gilt 1. dem Wandel familiärer Kommunikations- und Interaktionsweisen, 2. deren politischer Aufladung, d. h. in erster Linie der Reichweite der nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsidee,¹⁵ und 3. sozialstrukturellen Differenzierungen. Dazu werden die vier Untersuchungskategorien »Alter«, »Geschlecht«, »Familienbeziehungen« und »sozialer Hintergrund« an ein umfangreiches, conse-

11 Birthe Kundrus, *Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1995, S. 207.

12 Vaizey, *Surviving Hitler's War* (Anm. 5), S. 152 f.

13 Heidi Rosenbaum, »Und trotzdem war's 'ne schöne Zeit«. Kinderalltag im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2014, S. 77.

14 Alfred Schütz/Thomas Luckmann, *Strukturen der Lebenswelt*, Konstanz 2003, S. 27-50.

15 Obwohl immer wieder Kritik an der Volksgemeinschaftsforschung geäußert wird, prägt sie heute die historiografische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Kaum eine einschlägige Publikation kommt ohne Bezug zur »Volksgemeinschaft« aus. Vgl. etwa Michael Kißener/Andreas Roth, *Notare in der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft«*. Das westfälische Anwaltsnotariat 1933-1945, Baden-Baden 2017; Anette Blaschke, *Zwischen »Dorfgemeinschaft« und »Volksgemeinschaft«*. Landbevölkerung und ländliche Lebenswelten im Nationalsozialismus, Paderborn 2018. Den Stand der Forschung spiegelt: Detlef Schmiechen-Ackermann/Marlis Buchholz/Bianca Roitsch/Christiane Schröder (Hrsg.), *Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte*, Paderborn u. a. 2018.

quenterweise vor allem aus Selbstzeugnissen zusammengesetztes Quellensample herangetragen. Dieses besteht aus einschlägigen Kindertagebüchern, weit über 1.000 Feldpostbriefen und -karten¹⁶ sowie 48 Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die unsere Mainzer Forschergruppe »Eltern und Kinder im Krieg«¹⁷ zwischen 2014 und 2019 mit »Kriegskindern« aus Soldatenfamilien vor allem in Rheinland-Pfalz durchgeführt hat. Die 26 Zeitzeuginnen und 22 Zeitzeugen aus den betreffenden Familien wurden zwischen 1924 und 1941 geboren; das Durchschnittsalter bei Kriegsbeginn lag bei rund acht Jahren. Die sozialen Hintergründe der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen divergieren, wobei quantitativ ein relativ ausgewogenes Verhältnis zwischen Kindern aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien sowie Kindern aus ländlichen und städtischen Gebieten vorliegt. Die Gespräche wurden im Rahmen eines sachthematisch angelegten Interviewverfahrens geführt, bei denen Leitfragen zu Herkunft, Erziehung, Kriegsalltag sowie beziehungsgeschichtlichen Aspekten gemeinsame und unterschiedliche Erfahrungen sichtbar machen sollten, zugleich aber auch die Möglichkeit zur »eigenen, selbst strukturierten Erzählung«¹⁸ gegeben wurde. Alle Interviews haben wir selbst oder – in wenigen Fällen – von uns angeleitete Geschichtsstudierende durchgeführt.

Die Zusammenschau von Tagebüchern, Feldpost und retrospektiven Befragungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen erscheint uns aus verschiedenen Gründen vorteilhaft. Grundsätzlich verstehen wir Selbstzeugnisse als Resonanzraum gesellschaftlicher Einflüsse auf das Wahrnehmungsspektrum des Individuums. Im Bewusstsein um die großen Hürden der *Oral History*¹⁹ möchten wir

16 Es wurde im Rahmen des Möglichen darauf geachtet, dass die Briefe möglichst mannigfaltige Kinderstimmen wiedergeben: von jüngeren und älteren Kindern, von Mädchen und Jungen, aus dem städtischen und dem ländlichen Raum, aus unterschiedlichen sozialen und konfessionellen Milieus.

17 <https://zeitgeschichte.uni-mainz.de/forschergruppe-eltern-und-kinder-im-krieg/> [14.12.2021].

18 Julia Obertreis, *Oral History. Geschichte und Konzeptionen*, in: dies. (Hrsg.), *Oral History*, Stuttgart 2013, S. 7-28, hier S. 14.

19 Diese seien hier nur kurz gerafft: Aussagen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen als Hybrid zwischen Quelle und Darstellung, d. h. einerseits als Teil der Vergangenheit und andererseits als Teil der Geschichte, die über diese Vergangenheit erzählt wird; wegen der oft großen zeitlichen Differenz zwischen Erfahrung und Erzählung bedeuten Erinnerungslücken und -verzerrungen ein Risiko und die Rekonstruktion von Ereignissen und Abläufen ist kaum möglich; als Darstellung unterliegen Aussagen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen notwendigerweise epistemologischen Prinzipien und sie sind zeit- und gesellschaftsabhängig. Zu den Möglichkeiten und Grenzen von *Oral History* z. B.: Knud Andresen/Linde Apel/Kirsten Heinsohn, *Es gilt das gesprochene Wort. Oral History und Zeitgeschichte heute*, in: dies. (Hrsg.), *Es gilt das gesprochene Wort. Oral History und Zeitgeschichte heute*, Göttingen 2015, S. 7-22; Harald Welzer, *Die Medialität des menschlichen Gedächtnisses*, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung,

etwa verhindern, dass eine Kindersicht ausschließlich durch die Erinnerung von Erwachsenen konstruiert wird.²⁰ Zugleich wollen wir dem Vorwurf entgegnetreten, dass Feldpost dazu tendiere, nur »the ›positive‹ side of family« zu zeigen: »these are model wives or parents [...] who, beyond the pain of separation, sustain the link, at all costs, despite every difficulty.«²¹ Tagebücher wiederum bieten der Erfahrungsgeschichte einen »außerordentlichen heuristischen Gewinn«,²² ihre Produktionsbedingungen in Zeiten einer totalitären Diktatur und ihr entsprechender Konstruktcharakter müssen freilich stets hinterfragt werden. Zudem sind sie historisch eng mit literaten sozialen Schichten verbunden.²³ In Anbetracht dessen versprechen wir uns von der kritischen Kombination der drei Quellenarten Tagebuch, Brief und Zeitzeugeninterview eine perspektivenreiche Annäherung an kindliche Erfahrungswelten im Zweiten Weltkrieg.

1. Die Ausgangslage: »Volksgemeinschaft«, Krieg, Familie und Kinder

»Die höchste Stelle im nationalsozialistischen Wertesystem«²⁴ – so hat es der Urvater der deutschen Politikwissenschaft Ernst Fraenkel schon in den 1940er Jahren formuliert – nahm der Gedanke der »Volksgemeinschaft« ein.²⁵ Unter ihrer Überschrift formulierte der Nationalsozialismus ein wirkmächtiges Programmangebot, das als politischer Ordnungsbegriff und Zukunftsversprechen

Oral History und Lebensverlaufsanalysen 21 (2008), 1, S. 15-27; Alexander von Plato, Oral History als Erfahrungswissenschaft. Zum Stand der »mündlichen Geschichte« in Deutschland [1991], in: Julia Obertreis (Hrsg.), Oral History (Anm. 18), S. 73-95; Dorothee Wierling, Oral History, in: Michael Maurer (Hrsg.), Aufriß der Historischen Wissenschaften, Bd. 7, Stuttgart 2003, S. 81-151.

20 Ein Beispiel bietet Rosenbaum, »Und trotzdem war's 'ne schöne Zeit« (Anm. 13).

21 Rollet, Home and Family Life (Anm. 6), S. 316.

22 Lutz Niethammer, Das kritische Potential der Alltagsgeschichte, in: Geschichtsdidaktik. Probleme, Projekte, Perspektiven 3 (1985), S. 245-247, hier S. 245 f.

23 Zu Tagebüchern im Nationalsozialismus z. B. Janosch Steuwer, »Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse«. Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933-1939, Göttingen 2017.

24 Ernst Fraenkel, zit. nach Manfred Gailus/Armin Nolzen, Einleitung. Viele konkurrierende Gläubigkeiten – aber eine »Volksgemeinschaft«?, in: dies. (Hrsg.), Zerstrittene »Volksgemeinschaft«. Glaube, Konfession und Religion im Nationalsozialismus, Göttingen 2011, S. 7-33, hier S. 18.

25 Zur Geschichte des Begriffs, der lange vor 1933 den politischen Diskurs in Deutschland prägte, z. B. Peter Schyga, Über die Volksgemeinschaft der Deutschen. Begriff und historische Wirklichkeit jenseits historiographischer Gegenwartsmoden, Baden-Baden 2015, S. 38-60.

überaus vage war, in seinen zentralen Botschaften aber sehr klar: Das persönliche Glück hänge an einer rassen- und erbbiologisch gedachten Gemeinschaft – alles, was nicht zu dieser Gemeinschaft passe, müsse gewaltsam ausgesondert werden; die Gemeinschaft profitiere von dieser Aussonderung. Diese Volksgemeinschaftsidee beschrieb nach 1933 die ideelle Grundlage der NS-Diktatur, sie ließ kein soziales Handlungsfeld unberührt, und vor allem besaß sie Appellcharakter: »Volksgemeinschaft« war nicht einfach da, sie musste im Alltag – im Berufsleben, im Verein, in der Schule und nicht zuletzt in der Familie – »gemacht«, »gestaltet«, »verteidigt« und »erkämpft« werden. So verhiess das NS-Regime »rassereinen«, »gesunden« und politisch konformen »Volksgenossen« »Familienglück« und machte zugleich deutlich, dass dieses ein Privileg darstellte und vom »Mitmachen«, vom »Dienst an der Volksgemeinschaft«, abhing. Es huldigte dem privaten Leben und entprivatisierte es zugleich im Sinne eines eliminatorischen Biologismus und zur Bekämpfung von politisch Missliebigen.²⁶ Bände sprach z. B., dass bedeutende sozialpolitische Leistungen, wie die Vergabe von Ehestandsdarlehen, Familienhilfen oder Mutterkreuzen, sowohl an eine amtsärztliche Untersuchung wie an eine politische Überprüfung gebunden waren und Negativgutachten die Einleitung eines Verfahrens zur Zwangssterilisation oder gar die Ermordung im Rahmen der »Euthanasie«-Programme nach sich ziehen konnten.²⁷ In besonderer Weise herausgefordert war der Volksgemeinschaftsgedanke und damit die Formel »Familienglück gegen Mitmachen« nach Kriegsausbruch, weil »Integrationsangebote durch die Erfahrungen von Bombenkrieg, Rüstungsmobilisierung und massenhafter Migration brüchig und fragwürdig wurden.«²⁸ Zugleich bot der Krieg, mithin die Bedrohung von außen, jedoch auch neues Inklusionspotential, weil die »Volksgemeinschaft« zur aktiven Wehrgemeinschaft avancierte und der Appell nach Zusammenhalt potentiell auf noch fruchtbareren Boden fiel. Dass die »Sehnsucht« – so eines der am häufigsten verwendeten Wörter in Feldpostbriefen – nach »normalem« Leben und »Privatheit« im Ausnahmezustand des Krieges exorbitant groß war, gab dem NS-Regime zudem diverse Möglichkeiten, diese für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Die verhältnismäßig großzügige Gewährung von Frontur-

26 Zur Definition des »Privaten« im Nationalsozialismus: Elisabeth Harvey/Johannes Hürter/Maiken Umbach/Andreas Wirsching, Introduction: Reconsidering Private Life under the Nazi Dictatorship, in: dies. (Hrsg.), *Private Life and Privacy in Nazi Germany*, Cambridge 2019, S. 3-29, hier v. a. S. 6-11.

27 Eindrucksvoll zeigt dies Irmgard Weyrather, Muttertag und Mutterkreuz. Der Kult um die »deutsche Mutter« im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1993.

28 Dietmar von Reeken/Malte Thießen, »Volksgemeinschaft« als soziale Praxis? Perspektiven und Potenziale neuer Forschungen vor Ort, in: dies. (Hrsg.), »Volksgemeinschaft« als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn 2013, S. 11-33, hier S. 18.

laub²⁹ spielte hier ebenso eine Rolle wie der Umstand, dass das Deutsche Reich für die Versorgung von Soldatenfamilien fast doppelt so viel ausgab wie Großbritannien oder die USA.³⁰

Besonders einschneidend war der Krieg damit auch für die Kinder. Kinder besaßen für das NS-Regime eine zentrale Rolle. Als »ganze Hoffnung«³¹ verkörperten sie die Zukunft der »Volksgemeinschaft« und sollten entsprechend »im fanatischen Glauben an Volk und Reich und an den Führer, dessen Erbe sie einst zu bewahren haben«,³² »erzogen« werden. Der Nationalsozialismus kannte zwar keine einheitliche, verbindliche Erziehungstheorie. Bestimmte überkommene Ideologeme, die durch Hitlers Ausführungen in »Mein Kampf« gleichsam legitimiert wurden, galten aber als handlungsleitend. Im Kern ging es darum, »die gesamte deutsche Jugend [...] körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus [...] zur Volksgemeinschaft [zu] erziehen.«³³ Aus dem Volksgemeinschaftsgedanken resultierte ein »totaler« Anspruch an die Jugend – »und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben.«³⁴ Entsprechend groß war die Bedeutung der Formationserziehung (vor allem in der Hitlerjugend, die seit 1936 offizielle Erziehungsinstanz neben Schule und Familie war, aber etwa auch im Rahmen des Reichsarbeitsdienstes), die Absage an Individualität und das Bekenntnis zur Rassensegregation, wie Hitler es schon in »Mein Kampf« dargelegt hatte: »Die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit des völkischen Staates muß ihre Krönung darin finden, daß sie den Rassesinn und das Rassegefühl instinkt- und verstandesmäßig in Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend hineinbaut.«³⁵ Die Verpflichtung galt dementsprechend der Ausbildung einer Herrenvolk-Mentalität und der dazugehörigen Beförderung von (soldatischer) Härte: Die »gesamte Erziehung und Ausbildung muß darauf angelegt werden, [dem Kind] die Überzeugung zu geben, Andern unbedingt

29 Christian Packheiser, Heimaturlaub. Soldaten zwischen Front, Familie und NS-Regime, Göttingen 2020.

30 Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a.M. 2005, S. 86-90.

31 Adolf Hitler, Rede auf dem Reichsparteitag 1933, in: ders., Rede an seine Jugend, Berlin u.a. 1937, o.S.

32 Philipp Bouhler, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, Berlin 1938, Vorwort.

33 Gesetz über die Hitlerjugend, 1.12.1936, abgedruckt in: Arno Klönne, Die Hitlerjugend und ihre Gegner, Köln 2003, S. 29.

34 Adolf Hitler, 2.12.1938, zit. nach Klaus-Peter Horn/Jörg-W. Link, Einleitung/Vorwort, in: dies. (Hrsg.), Erziehungsverhältnisse im Nationalsozialismus. Totaler Anspruch und Erziehungswirklichkeit, Bad Heilbrunn 2011, S. 7-11, hier S. 8.

35 Christian Hartmann/Thomas Vordermayer/Othmar Plöckinger/Roman Töppel (Hrsg.), Adolf Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, 2 Bde., München/Berlin 2016, hier Bd. 2, Kap. 2, S. 1087.

überlegen zu sein.«³⁶ Kinder sollten daher »nicht zu faulen Parasiten des Lebens [...] oder zu feigen Genießern dessen, was andere geschaffen haben«,³⁷ sondern zu einem »harten Geschlecht«³⁸ erzogen werden, wie Hitler auf dem Reichsparteitag 1935 forderte. Dieses Leitbild prägte nicht zuletzt populäre Erziehungsratgeber, nach denen vom Kleinkind an der Grundsatz befolgt werden müsse: »Keine Nachgiebigkeit! Nicht zu viel Beachtung! Nicht zu viel Bedauern!«³⁹ Gemäß Hitlers eschatologischem Weltbild obwaltete mithin ein skrupelloser völkischer Utilitarismus: »Die deutsche Jugend wird dereinst entweder der Bauherr eines neuen völkischen Staates sein, oder sie wird als letzter Zeuge den völligen Zusammenbruch [...] erleben.«⁴⁰

Als der Zweite Weltkrieg begann, sollte die Jugend zeigen, was sie gelernt hatte. »Haltet Euch bereit, der Führer braucht Euch alle« – so war in den Zeitungen zu lesen.⁴¹ Kinder sahen sich einer massiven, multimedialen Kriegspropaganda ausgesetzt und in Schule und Hitlerjugend (HJ) zum »Kriegseinsatz« für die »Volksgemeinschaft« aufgerufen – ob nun beim Sammeln kriegswichtiger Rohstoffe, beim »Ernteeinsatz«, bei Räumungsarbeiten nach Luftangriffen, in der Soldatenbetreuung, als Flakhelferinnen und Flakhelfer und in der letzten Kriegsphase sogar direkt an der »Front«.⁴² Noch nachdrücklicher als vor Kriegsbeginn stellte die HJ nicht nur »große Theorien über die germanische Rasse und de[ren] Herrschaftsanspruch« auf. Vehementer denn je forderte sie auch »die totale Änderung der familiären Hierarchie«. So wurde – wie sich ein Zeitzeuge erinnerte – den Kindern deutlich gemacht, dass »der Va-

36 Ebd., S. 1049 f.

37 Adolf Hitler, Rede vom 10.5.1933, in: Hitler, Rede (Anm. 31), o.S.

38 Adolf Hitler, Rede auf dem Reichsparteitag 1935, ebd., o.S.

39 Johanna Haarer, Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind, München 1938 (zuerst 1934), S. 260. Zur Tradition, zur Frage der NS-Spezifik und zum Fortwirken solcher Erziehungsratgeber nach 1945 z. B.: Miriam Gebhardt, Die Angst vor dem kindlichen Tyrannen. Eine Geschichte der Erziehung im 20. Jahrhundert, München 2009; Sigrid Chamberlain, Adolf Hitler, die deutsche Mutter und ihr erstes Kind. Über zwei NS-Erziehungsbücher, Gießen 2 1998.

40 Hartmann/Vordermayer/Plöckinger/Töppel (Hrsg.), Mein Kampf (Anm. 35), Bd. 2, Kap. 2, S. 1037.

41 Lisa Lüdke/Verena Schmehl, »Haltet Euch bereit, der Führer braucht Euch alle!« Kriegseinsatz der deutschen Jugend am Beispiel der Stadt Worms 1939-1945, in: Kathrin Kiefer/Lisa Lüdke/Markus Raasch/Verena Schmehl (Hrsg.), Kinder im Krieg. Rheinland-Pfälzische Perspektiven vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Berlin 2018, S. 161-186.

42 Grundlegend: Michael Buddrus, Totale Erziehung für den totalen Krieg. Hitlerjugend und nationalsozialistische Jugendpolitik, 2. Bde., München 2003; Karl Heinz Jahnke, Hitlers letztes Aufgebot. Deutsche Jugend im sechsten Kriegsjahre 1944/45, Essen 1993.

ter nicht mehr das Familienoberhaupt [sei], sondern allenfalls ein Freund und seine Anordnungen hätten unter denen der Partei zu stehen.«⁴³

Familienleben im Krieg muss also unter einer dreifachen Voraussetzung betrachtet werden: Die Verheißungen des NS-Regimes auf »Familienglück« für »rassisch«, »erbbiologisch« und politisch konforme Deutsche waren zwar elementar herausgefordert, aber als Mobilisierungsressource zugleich wichtiger als je zuvor und Kinder umso gezielter aufgerufen, alles am Erfolg der »kriegerischen Volksgemeinschaft«⁴⁴ – notfalls gegen die eigene Familie – auszurichten.

2. Formen und Praktiken

2.1 Die Kategorie »Alter«

Das Alter bildet eine wesentliche Differenzierungskategorie für kindliches Erleben im Krieg. Dies betraf zunächst das familiäre Alltagsleben. Je älter die Kinder waren, desto stärker wurden sie im elterlichen Haushalt oder Geschäft, bei Garten- und Feldarbeiten herangezogen (»ich hab' gearbeitet wie eine Erwachsene«⁴⁵). Dies war nicht kriegsspezifisch, sondern insbesondere in ländlichen Gebieten seit jeher »selbstverständlich«.⁴⁶ Gleichwohl erreichten die Verpflichtungen der Kinder nach 1939 auf dem Land und in der Stadt eine neue Dimension, weil einerseits immer mehr Brüder und Väter eingezogen wurden und andererseits Mütter die Versorgerrolle übernahmen, in wachsendem Maße einer Erwerbstätigkeit vor allem in der Industrie nachgehen mussten oder andere kriegsrelevante Dienste leisteten. Mehr denn je hatten also die älteren Kinder die Mutter in der Küche oder bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln zu entlasten, den Jüngeren bei Hausaufgaben zu helfen oder an der Babypflege teilzunehmen.

Alt und Jung waren dabei relationale und höchst variable Kategorien. Zwölfjährige, die ihren kleinen Geschwistern im Bombenkeller Trost spendeten, gab es beispielsweise ebenso wie Achtjährige, die Hemden bügelten,⁴⁷ und Sechsjährige, die ihrem Geschwisterchen die Flasche gaben oder es wickelten.⁴⁸ In besonderer Verantwortung standen die ältesten Schwestern und Brüder, denen

43 Erinnerungen Alfred Hirt, 29.02.2001, Stadtarchiv Neustadt an der Weinstraße (StANW), A/5620.

44 Dietmar Süß, »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«. Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich, München 2017, S. 149.

45 ZzG. mit Marion Rößler (Pseudonym), geb. 1930, dgf. v. Kathrin Kiefer, 26.10.2018.

46 ZzG. mit Ameliese T., geb. 1934, dgf. v. Luis Macioszek, 12.6.2019.

47 ZzG. mit Marianne Hübner (Pseudonym), geb. 1937, dgf. v. Kathrin Kiefer, 13.11.2018.

48 ZzG. mit Ameliese T. (Anm. 46).

in Abwesenheit des Vaters häufig das »Kommando« über die Geschwister zugesprochen wurde und die Erziehungsverantwortung übernehmen mussten. Ein 1937 geborener Zeitzeuge, dessen Vater 1940 eingezogen worden war, beschrieb etwa die »Mutterpflichten« seiner vier Jahre älteren Schwester: »Die [Schwester] hat der Mutter geholfen uns zu erziehen. [...] Die Schwester hat gewisse Hoheitsrechte gehabt auf uns aufzupassen. [...] Die hat der Mutter geholfen, auch bei der Wäsche und alles. Die Schwester hat schon zupacken müssen.«⁴⁹ Viele ältere Kinder empfanden solche Aufgaben als »eine Zumutung«⁵⁰ und kamen in der Folge während des Krieges an ihre Belastungsgrenze: »Scheiße war das«⁵¹ – so pointierte es eine stark in die Familienarbeit involvierte Zeitzeugin. Eine andere sprach von einem »Nervenzusammenbruch« und Selbstmordgedanken.⁵² Nicht wenige erfüllte die für das Überleben der Familie häufig unerlässliche Hilfe jedoch auch mit Stolz. Manches Kind glaubte sich zu einer Art Ersatzpartnerin oder Ersatzpartner der Mutter erhoben, wenn der Vater als Soldat eingezogen oder sogar umgekommen war:⁵³ »Ich bin der Älteste. War also auch der Führer und Vater, also der Unterstützer meiner Mutter immer in den Zeiten, war der Stellvertreter mehr oder minder.«⁵⁴

Das Alter der Kinder war wesentlich sowohl für die Wahrnehmung des Kriegsalltags als auch des abwesenden Vaters. Die in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre Geborenen sprachen ex post in überdurchschnittlicher Zahl von einer »glücklichen Kindheit«; der Ausnahmezustand des Krieges war für sie gleichsam Normalität. Ältere Kinder hingegen spürten die Zäsur des Krieges im Allgemeinen und der Einberufung des Vaters im Besonderen umso deutlicher. Mitunter war die Beziehung zum Vater bereits vor Kriegsbeginn gestört und infolgedessen wurde er auch nach der Einberufung nicht vermisst. Teilweise beförderte der Krieg emotionale Entfremdungstendenzen (»Ich hab' zu meinem Vater null Beziehung gehabt«;⁵⁵ »Das war ein fremder Mann für mich«⁵⁶), was sich in der Feldpost spiegelte. Manche Familie musste lange auf eine Mitteilung von der »Front« warten. Zudem pflegten nicht wenige Soldaten gegenüber ihren Kindern einen nüchternen Ton und hielten sich recht knapp. Teilweise

49 ZzG. mit Arnold M., geb. 1937, dgf. v. Kathrin Kiefer, 10.8.2016.

50 ZzG. mit Paul D., geb. 1933, dgf. v. Kathrin Kiefer, 9.8.2016; ZzG. mit Kurt R., geb. 1927, dgf. v. Julia Brandts, 8.11.2014; ZzG. mit Gert Z., geb. 1938, dgf. v. Kathrin Kiefer, 8.8.2016.

51 ZzG. mit Annemarie W., geb. 1939, dgf. v. Kathrin Kiefer, 1.4.2015.

52 ZzG. mit Erika Schorr (Pseudonym), geb. 1932, dgf. v. Kathrin Kiefer, 20.4.2018.

53 Vaizey, *Surviving Hitler's War* (Anm. 5), S. 130.

54 ZzG. mit Gert Z. (Anm. 50).

55 ZzG. mit Karl S., geb. 1939, dgf. v. Kathrin Kiefer, 27.7.2016.

56 ZzG. mit Brigitte Lauer (Pseudonym), geb. 1932, dgf. v. Kathrin Kiefer, 15.10.2018.

besaß die Feldpostkorrespondenz jedoch auch eine enorme affektive Aufladung und hatte für viele Kinder eine elementare mentale Stützfunktion. Sie diente

- a. der Akzentuierung von Gefühlen: Kinder und Väter wollten sich der gegenseitigen Relevanz versichern, indem sie immer wieder ihren Verlustschmerz herausstellten und von ihrer gegenseitigen »Sehnsucht« sprachen,
- b. der Relativierung von Gefühlen: Kinder und Väter wollten einander die kriegsbedingten Ängste nehmen und sich wechselseitig Mut zusprechen,
- c. der Suggestion von »Normalität«, z. B. wenn die väterlichen Briefe mit erzieherischen Ratschlägen durchsetzt waren,
- d. dem Ausweichen, aber auch dem offenen Umgang mit der Ausnahmesituation Krieg.⁵⁷

Verdrängungstendenzen sind unbestreitbar. Während Väter oft über den Frontalltag schwiegen, wählten gerade die jüngeren Kinder gern die positive Selbstdarstellung und berichteten über die guten, nicht die schlechten Noten. Sie erzählten vorzugsweise nicht über die Probleme im Mutter-Kind-Haushalt, sondern darüber, wie selbstständig sie geworden seien, welche Aufgaben sie der Mutter abgenommen hätten. Mit fortschreitendem Alter nahmen die kindlichen Briefe jedoch nicht nur an Volumen, sondern auch an Gehalt deutlich zu. So mancher Vater ermunterte seine älteren Kinder zur offenen Aussprache: »Ich möchte Dein bester Freund sein, dem Du alles sagen u. alles erzählen kannst.«⁵⁸ Bis zu einem gewissen Grad konnte sodann relativ ungeschminkt in Sachen Liebe und Sexualität geredet werden,⁵⁹ kriegsbezogene Alltagsorgen wurden verhältnismäßig freimütig thematisiert. Mädchen verschwiegen nicht, dass sie von ihrer Doppelrolle als Schülerin und im Kriegseinsatz stehendes Jungmädchen überfordert waren.⁶⁰ Andere Kinder gestanden, wie sehr sie unter den Luftangriffen litten: »Ich bin jetzt so fertig, wenn man's nur erst überstan-

57 Fabian Benkowitsch/Kathrin Kiefer/Markus Raasch, Die Soldatenfamilie aus Kindersicht. Ein Beitrag zur Gesellschaftsgeschichte der beiden Weltkriege in aktorszentrierter Perspektive, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 103 (2016), 3, S. 287-315, hier S. 297-305.

58 Heinrich von Lohr an seinen Sohn, 9.9.1944, in: Museumsstiftung Post und Telekommunikation Berlin (MSPT), 3.2016.1546.

59 Julia Brandts/Clara Hesse/Kathrin Kiefer/Markus Raasch/Hanna Rehm/Desiree Wolny, Von Kontinuität und Wandel. Eltern-Kind-Beziehungen in den beiden Weltkriegen, in: Denzler/Grüner/Raasch (Hrsg.), Kinder und Krieg (Anm. 4), S. 245-272, hier S. 260 f.

60 Liese an ihren Vater, 30.9.1939, in: Herta Lange/Benedikt Burkard/Friederike Valet (Hrsg.), Abends wenn wir essen fehlt uns immer einer. Kinder schreiben an die Väter 1939-1945, Heidelberg 2000, S. 24.

den hätte. Wohl dem, der tot ist.«⁶¹ Auch Väter ließen das Kriegsgeschehen nicht außen vor. Zweifellos hatten die Zensurmaßnahmen Folgen. Gemäß der Maxime »Verzagte Briefe schreibt man nicht: Die Front erwartet Zuversicht!«⁶² hüllten sich etliche Soldaten auch gegenüber älteren Kindern in Schweigen – so beispielhaft im November 1942 ein in Stalingrad stationierter Soldat: »Ich erzähle sowieso nicht gern etwas vom Kriegsgeschehen, und außerdem möchte ich Euch und auch mir eine Schilderung der vergangenen Tage ersparen.«⁶³ Dennoch berichteten Väter zumindest teilweise relativ ungeschützt von Vormärschen, dem Lebensalltag in den deutsch besetzten Ländern, und selbst das unmittelbare Frontgeschehen war Thema:

»[...] denn hier bei Moskau ist der Teufel los, hier setzen die Russen alles ein, jetzt kommen auch viel Russenflieger, [...] die schießen die Pferde vom Wagen weck [sic!], und ein Beifahrer ist auch Tod und einer verwundet; und Panzer kommen jetzt auch von den Russen und fahren alles über den Haufen, die sind so stark, das unsere Back nichts machen kann, die überfahren gleich unsere Backgeschütze, nur unsere Arie und schwere Flak schießt die Übernhaufen [sic!].«⁶⁴

Das Alter der Kinder war schließlich auch wesentlich für das Reden und Schweigen über das Handeln des NS-Regimes – dies spiegeln Tagebücher, Briefe und retrospektive Betrachtungen. Gerade weil der nationalsozialistische Volksgemeinschaftsgedanke selbst den Intimraum »Familie« politisierte, taten sich Eltern schwer, mit ihren Kindern über »Politik« zu reden. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichten immer wieder vom Flüsterton der Erwachsenen, wenn es um politische Themen ging. Die Sorge um den Nachwuchs spielte dabei augenscheinlich ebenso eine Rolle wie die Angst vor willentlichem und vor allem auch unwillentlichem Verrat. Häufig konnte die Gesinnung der Eltern allenfalls vermutet werden. Die Furcht vor dem Regime schien derart eklatant, dass gerade jüngere Kinder zum Schutz des vermeintlichen Refugiums Familie von politischen Angelegenheiten ferngehalten werden sollten (»Die [Eltern]

61 Hedwig an ihren Vater, 20.3.1945, in: Jörg Echternkamp (Hrsg.), Kriegsschauplatz Deutschland 1945. Leben in Angst – Hoffnung auf Frieden. Feldpost aus der Heimat und von der Front, Paderborn u. a. 2006, S. 164.

62 Bunter Bilderbogen, zit. nach Lange/Burkard/Valet (Hrsg.), Abends wenn wir essen (Anm. 60), S. 60.

63 Walter Kahre an seine Familie, 29.11.1942, in: Jens Ebert (Hrsg.), Feldpostbriefe aus Stalingrad. November 1942 bis Januar 1943, Göttingen 2003, S. 85.

64 Oskar an Frau und Kinder, 4.12.1941, in: Anatoly Golovchansky/Valentin Osipov/Anatoly Prokopenko/Ute Daniel/Jürgen Reulecke (Hrsg.), »Ich will raus aus diesem Wahnsinn«. Deutsche Briefe von der Ostfront 1941-1945. Aus sowjetischen Archiven, Wuppertal/Moskau 2019, S. 47.

waren der Meinung, wir sind Kinder, das braucht uns nicht zu interessieren«⁶⁵). Aber spätestens ab dem Teenageralter wurden Kinder durchaus mit Politischem konfrontiert, und Familie vermochte dann grundsätzlich beides: die (Selbst-)Mobilisierung der »kriegerischen Volksgemeinschaft« zu beschleunigen oder zu bremsen.

Kinder erlebten Mütter und Väter, die mit Blick auf die ideologische »Gleichschaltung« der Gesellschaft kritisch-aufklärerischen Geist zu vermitteln versuchten (»Mach deine Augen auf. Du kannst denken. Mach die Augen auf und die Ohren. Und entscheide dich selbst«⁶⁶). Sie erlebten Mütter und Väter, die privat Nonkonformes über die NS-Führung sagten und zugleich eindringlich mahnten, außerhalb der Familie eine politische Maske aufzusetzen und sich »in jeder Situation und gegenüber jedem als ein treuer deutscher Junge [auszugeben], der an den Führer glaubt!«⁶⁷ Sie erlebten Mütter und Väter, die ihre Kinder mit ansteckender Begeisterung zu Besuchen hochrangiger NSDAP-Funktionäre oder in großer Trauer zu deren Beerdigungen mitnahmen.⁶⁸ In entsprechender Weise ist selbst die politische Aufladung der von Zensur bedrohten Feldpostbriefe unverkennbar – sei es, dass Väter ausdrücklich zum Anhören der Führerreden aufforderten⁶⁹ oder zum Erlernen des Englischen anhielten, damit die Kinder vorbereitet seien, wenn Deutschland Kolonien zugesprochen würden.⁷⁰ Es gab Väter, die noch im März 1945 appellierten: »Bei uns gibt es doch kein Kapitulieren, lieber wollen wir krepieren.«⁷¹ Es gab Soldatenbrüder, die vor ihren Geschwistern die Shoah verteidigten (»Diesem Gesindel verdanken wir den ganzen Krieg u. es ist gut, daß sie nun zusammengesperrt u. von sich selbst aus zugrunde gehen«⁷²). Es finden sich aber auch Väter, die sich bei ihren älteren Kindern über die Kriegs- und »Untermenschen«-Propaganda echauffierten.⁷³

65 ZzG. mit Lydia M., geb. 1931, dgf. v. Kathrin Kiefer, 19.10.2014.

66 ZzG. mit Irma Lindemann (Anm. 1).

67 Heinz Aulfes, »Ihr seid die beste Jugend des tüchtigsten Volkes«. Kindheit und Jugend eines Bramscher Schülers im Dritten Reich, Berlin 2013, S. 141.

68 ZzG. mit Erwin Lambrecht (Pseudonym), geb. 1937, dgf. v. Kathrin Kiefer, 28.1.2019.

69 Der Vater an Liese, 10.9.1939, in: Lange/Burkard/Valet (Hrsg.), Abends wenn wir essen (Anm. 60), S. 20.

70 Der Vater an Rosemarie, 11.1.1940, ebd., S. 36.

71 Der Gefreite C. an seine Tochter, 16./17.3.1945, in: Echternkamp, Kriegsschauplatz (Anm. 61), S. 157.

72 Anton Böhler an seine Schwester und Eltern, 25.12.1941, in: MSPT, 3.2002.0889.

73 Vgl. etwa die Äußerungen von Egberts Vater, in: Lange/Burkard/Valet (Hrsg.), Abends wenn wir essen (Anm. 60), S. 60-93.

2.2 Die Kategorie »Geschlecht«

Die geschlechtsbezogene Kinderperspektive auf Familie im Krieg hat mindestens zwei wichtige Ebenen. Auf der einen Seite hatten die Kinder früh entsprechend den überkommenen Geschlechterrollen zu funktionieren, die das NS-Regime an vielen Stellen vermeintlich nachdrücklich beförderte – sei es durch die hauswirtschaftlichen Angebote des Bund deutscher Mädel (BDM), durch Schulfibeln, die Mädchen immer wieder als »Puppenmutter«⁷⁴ präsentierten, oder die Arbeit der NS-Frauenschaft, welche »die deutsche Frau wieder zu dem machen [wollte], was sie von Natur aus ist: Die Mutter und Erzieherin ihrer Kinder, die treu fürsorgende Gattin ihres Mannes.«⁷⁵ Die in der Familie zu übernehmenden Haushaltstätigkeiten waren nicht immer, aber oft klar verteilt. Mädchen übernahmen den Abwasch oder das Putzen, Jungen hackten Holz oder schlachteten Tiere. Gleichsam selbstverständlich waren es nicht die Söhne, sondern die Töchter, die mit ihren Müttern viele Stunden sogenannte »Liebestätigkeiten« für Frontsoldaten verrichteten, also Gebrauchsgegenstände und Haushaltswaren zusammentrugen, Hausschuhe, Socken, Pullover, Knie-, Puls- oder Ohrenwärmer nähten und entsprechende Pakete als »Liebesgaben« verschickten. In Briefen an die »Front« fungierten Mädchen – bei mütterlicher Unpässlichkeit, auf deren Aufforderung oder aus eigenem Antrieb – oft als Ersatzschreiberinnen der Mutter. Sie sprachen dann in Haushalts- und Erziehungsangelegenheiten, gaben mütterliche Sorgen weiter und zeichneten für die Verschickung von Familienpaketen an die Front verantwortlich. Sie füllten diese mit Büchern, Lebensmitteln, selbstgestrickten Handschuhen, Ohrenschützern und Pullovern und fragten regelmäßig, bei welchen Lebensmitteln und Utensilien Bedarf an Nachschub bestehe und mit welchem Geschenk sie sonst noch eine Freude machen könnten. Dabei wurde ganz pragmatisch eruiert, »ob wir Dir Lausepulver schicken sollen«,⁷⁶ oder immateriell daran gedacht, dem Vater oder Bruder in den »sicher nicht leichten Stunden«⁷⁷ eine Freude zu bereiten. Eine 20-Jährige aus Worms schickte ihrem Bruder beispielsweise ein Drama von Friedrich Schiller, das sie gemeinsam mit ihm als Aufführung gesehen hatte und erinnerte somit an gemeinsame Erlebnisse.⁷⁸

74 Gisela Miller-Kipp, Die Familie in Fibeln des »Dritten Reiches«. Idyll und politische Funktion, in: Eva Matthes/Carsten Heinze (Hrsg.), Die Familie im Schulbuch, Bad Heilbrunn 2006, S. 89-109, hier S. 97.

75 Die deutsche Frau bei Hitler, in: NSZ Rheinfront, 2.3.1933.

76 Maria an ihren Bruder Fritz, 5.6.1942, in: Golovchansky/Osipov/Prokopenko/Daniel/Reulecke (Hrsg.), Ich will raus (Anm. 64), S. 83.

77 Marie-Elisabeth von Heyl an ihren Bruder, 11.8.1942, in: Stadtarchiv Worms (StaW), 189,106.

78 Ebd.

Auf der anderen Seite nahmen die Kinder den Krieg vornehmlich als Zeit der Frauen wahr. Unbenommen des Umstandes, dass in dessen Verlauf immer mehr (Ehe-)Frauen in der Kriegswirtschaft eingesetzt und dadurch konservative Geschlechterbilder weiter denn je unterlaufen wurden, waren es an erster Stelle die Mütter, dann vermehrt auch die Großmütter und andere weibliche Verwandte, die den Alltag des Kindes entscheidend bestimmten. »Die [Mutter] war ja immer um mich herum«⁷⁹ – so brachte es eine Zeitzeugin auf den Punkt. Frauen und in erster Linie Mütter hatten die Kinder zu versorgen, sie waren es, die für gewöhnlich mit den Kindern Spaziergänge und Ausflüge unternahmen, sie ins Schwimmbad, in den Zoo oder zur »Kriegsandacht« in die Kirche begleiteten, sie gingen mit ihnen einkaufen und auf Reisen, spielten, lasen und sangen mit ihnen. Sie hatten Streitigkeiten zwischen Geschwistern zu schlichten und die Kinder bei Krankheit zu umsorgen. Bei Luftangriffen und Ausbombungen hatten sie ihren Kindern beizustehen und zu erklären, dass Leid und Tod zum (Kinder-)Alltag des Krieges gehörten, also z. B. »verletzte Menschen [...] mit blutigen Gesichtern«, »bis zur Unkenntlichkeit verbrannte Leichen«,⁸⁰ »zerstückelte« Piloten⁸¹ und Berge von Toten.⁸² Überdies spielten Mütter als zentrales Medium zwischen »Heimat« und »Front« »a pivotal role in holding families together«:⁸³ Sie erzählten vom Vater oder Bruder, lasen aus der Feldpost vor, übermittelten Küsse, Grüße und Wünsche der Soldaten, beteten mit den Kindern für ihre Heimkehr. Sie mühten sich, die Regelmäßigkeit des Feldpostverkehrs sicherzustellen, ermunterten die Kinder, fleißig an die Front zu schreiben und versuchten ihren Männern deutlich zu machen, wie sehr diese von ihren Kindern vermisst, wie dringend sie zuhause benötigt wurden.

Wie Kinder ihre Mütter in solchen Momenten erlebten, darüber schweigen die zeitgenössischen Quellen sehr häufig. Die Retrospektive kennzeichnen ambivalente Gefühle – unabhängig davon, ob der Vater aus dem Krieg zurückgekehrt war oder nicht. In der Regel war die Mutter die Bewunderte, die »eine übermäßige Belastung zu tragen« hatte,⁸⁴ eine »enorm[e] Leistung« vollbrachte,⁸⁵ und »ihren Mann stehen musste«.⁸⁶ Die Bedeutung von Müttern

79 ZzG. mit Margret D., geb. 1931, dgf. v. Kathrin Kiefer, 9.8.2016; ähnlich auch ZzG. mit Arnold M. (Anm. 49) und ZzG. mit Horst W., geb. 1931, dgf. v. Kathrin Kiefer, 17.10.2016.

80 Norbert Kästel, Bericht über einen Flugzeugabsturz in Geinsheim am 23.9.1943, aus: Privatbesitz.

81 ZzG. mit Alfred Gehring (Pseudonym), geb. 1933, dgf. v. Kathrin Kiefer, 16.11.2018.

82 ZzG. mit Erika Schorr (Anm. 52).

83 Vaizey, *Surviving Hitler's War* (Anm. 5), S. 93.

84 Brigitte R., zit. nach Dörr, *Der Krieg hat uns geprägt* (Anm. 8), Bd. 2, S. 209.

85 Mechthild V., zit. nach ebd., S. 114.

86 ZzG. mit Ameliese T. (Anm. 46).

als Resilienzfaktor, beispielsweise bei der Bewältigung des Bombenkrieges, wurde beständig hervorgehoben (»Da hab' ich mich nur neben meine Mutter gesetzt und hab den Kopf in ihren Schoß [gelegt], so in der Vorstellung, da ist es noch am sichersten«⁸⁷). Kinder dankten der »resoluten Mutter«, die ein »starkes Vorbild« war,⁸⁸ sie beeindruckte »das Nicht-Jammern«,⁸⁹ die Fähigkeit, »viele [zu] ertragen«⁹⁰ und unverdrossen weiterzumachen. Viele Kinder litten aber auch unter den Begleiterscheinungen solcher Kraftanstrengungen: Die Mutter veränderte sich, insbesondere ihre Fähigkeit zur Empathie gegenüber kindlichen Begehrlichkeiten ging vermeintlich verloren. Mitunter ist ex post die Rede von einer »verschlossenen, aber alles beherrschen wollenden Frau«,⁹¹ die nicht dazu einlud, »dass man sich bei ihr aussprach«⁹² und ihrem Kind bei Problemen immer wieder zu verstehen gab: »Mach' nicht so viel Theater!«⁹³ Kinder bekamen Schläge und vermissten Zärtlichkeiten – in vielen Gesprächen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wird dies mit der Formel überspielt: »Das war halt so (früher).«

Hier zeigt sich nicht nur, dass der Krieg elementare Gemeinschaften ebenso (nachhaltig) stärken wie schwächen oder zerstören konnte, sondern auch die Relativität der Geschlechtsspezifika. Denn das Empfinden emotionaler Härte teilten Mädchen wie Jungen, und auch sonst waren die Geschlechtergrenzen zweifelsohne durchweg evident, aber keineswegs klar gezogen. Insbesondere die Korrespondenzen machen deutlich, dass Mädchen über Sorgen, Ängste und Überforderungen grundsätzlich nicht weniger und kaum anders als Jungen sprachen. Der Krieg führte also nicht nur äußerlich zu einer Neuverhandlung der Geschlechterrollen – siehe das Einspringen von Frauen da, »wo Männer ihren Arbeitsplatz mit der Waffe vertauschen mußten«,⁹⁴ siehe die Ausbildung von Mädchen in »Wehrertüchtigungslagern«⁹⁵ oder der Einsatz im Wehrmacht-Helferinnenkorps.⁹⁶ Selbst die innerfamiliäre Kommunikation spiegelte dies.

87 ZzG. mit Wiltrud S., geb. 1933, dgf. v. Kathrin Kiefer u. Desiree Wolny, 14.10.2014.

88 Dietlind S., zit. nach Dörr, *Der Krieg hat uns geprägt* (Anm. 8), Bd. 2, S. 208.

89 Ingrid A., zit. nach ebd., S. 209.

90 Renate S., zit. nach ebd., S. 208.

91 Marianne U., zit. nach ebd., S. 214.

92 ZzG. mit Annemarie W. (Anm. 51).

93 ZzG. mit Ameliese T. (Anm. 46).

94 *Den Rücken treu geblieben*, in: NSZ Rheinfront, 17.8.1940.

95 Hier konnte seit 1942 als »Vorschule für deutsches Soldatentum« (Besuch im Wehrertüchtigungslager der HJ, in: *Wormser Tageszeitung*, 5.9.1943) grundsätzlich jedes 15-jährige Kind in dreiwöchigen Schulungskursen eine intensive Schieß- und Geländeausbildung erhalten. Zunächst waren nur Jungen angesprochen, 1944 kamen die Mädchen hinzu.

96 Franka Maubach, *Die Stellung halten. Kriegserfahrungen und Lebensgeschichten von Wehrmachthelferinnen*, Göttingen 2009.

Wenn z. B. ein Mädchen aus einem aktiven Kriegseinsatz nach Hause schrieb, sei es bei Schanzarbeiten, als Luftwaffenhelferin oder an der »Front«, dann imitierte es geflissentlich die gängige Ansprache des Soldatenvaters oder -bruders,⁹⁷ teilweise inklusive der Appelle an die Geschwister, die Mutter zu unterstützen, oder von Verhaltensratschlägen (»Als Weisheitsregel merke Dir zu allen Zeiten, / mit Deinen Vorgesetzten nie zu streiten«⁹⁸). Damit agierten freilich Jungen und Mädchen – ob nun aus Überzeugung, Opportunismus oder sozialem Druck, in jedem Fall willfährig – oft als Werkzeuge des NS-Regimes, dessen zweigesichtige Geschlechterpolitik ja sowohl konservative als auch (pseudo-)emanzipatorische Elemente bereithielt, von der (Pseudo-)Liberalisierung des Scheidungsrechtes und der Sexualpolitik bis zur Politisierung weiblicher Organisations- und Betriebsarbeit, und das beide Seiten gezielt als Inklusionsangebote und damit immer auch für seine eliminatorischen Absichten instrumentalisierte.⁹⁹

2.3 Die Kategorie »Familienbeziehungen«

Wesentlich für kindliches Erleben von Familie im Krieg waren etwaige Geschwister. Daran änderte auch der Umstand nichts, dass diese sowohl in der NS-Propaganda¹⁰⁰ als auch im kindlichen Reden über den Kriegsalltag zu meist nur eine untergeordnete Rolle spielten. Wird in Kindertagebüchern

97 Hierzu Benkowitsch/Kiefer/Raasch, Soldatenfamilie aus Kindersicht (Anm. 57), S. 297-305.

98 Margareta Schoon an ihren Bruder, 2.6.1944, in: Andreas Wojak (Hrsg.), »Wir werden auch weiterhin unsere Pflicht tun ...«. Kriegsbriefe einer Familie in Deutschland 1940-1945, Bremen 1996, S. 143. Sie schrieb diese Zeilen, als sie sich im BDM-»Osteinsatz« und später beim Reichsarbeitsdienst befand.

99 Wiebke Lisner hat dies etwa am Beispiel der Hebammen im Nationalsozialismus vorgeführt: Wiebke Lisner, »Hüterinnen der Nation«. Hebammen im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M./New York 2006. Zu Ehescheidungen im Nationalsozialismus: Annemone Christians, Das Private vor Gericht. Verhandlungen des Eigenen in der nationalsozialistischen Rechtspraxis, Göttingen 2020, S. 103-178. Allgemein zu Geschlechterbeziehungen im Nationalsozialismus: Klaus Latzel/Elissa Mailänder/Franka Maubach (Hrsg.), Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«, Göttingen 2018.

100 So viel der Nationalsozialismus über Familien redete, so wenig kamen Geschwister dabei ausdrücklich vor. Erziehungsratgeber betonten vor allem, dass Eltern »zur Besserung der rassischen Zusammensetzung des deutschen Volkes« mindestens vier Kinder haben sollten und es grundsätzlich »schlimm [sei], keine Geschwister zu haben«. Vgl. Hildegard Hetzer, Erziehungsfehler, Wien/Leipzig 1941, S. 71. Geschwister galten als wichtig für die kindliche Entwicklung, da sich Kinder mit Geschwistern »zu bescheiden, zu fügen und einzufügen« lernten (Johanna Haarer, Unsere kleinen Kinder, München 41939, S. 123). Geschwister bildeten angeblich die »erste Gemeinschaft«, in die sich Kinder einzuordnen hätten und in der sie die Tugenden lernten, die für

beispielsweise über die »Kinderlandverschickung«¹⁰¹ geschrieben, so lässt sich oft nicht feststellen, ob die Verfasserinnen und Verfasser gemeinsam mit ihren Geschwistern evakuiert wurden. Werden in Gesprächen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Luftangriffe erinnert, konzentriert sich die Darstellung auf die Mutter; ob die Geschwister beim gemeinschaftlichen Ausharren im Keller anwesend waren, bleibt häufig offen. Erst angesichts einer kriegsbedingten Trennung – ob nun im Kontext des Reichsarbeitsdienstes oder bei Einberufung des Bruders – vertieften sich oft Beziehungen, weil viele Kinder das Bedürfnis verspürten, ihre Zuneigung für die Geschwister zum Ausdruck zu bringen (»Es ist eigenartig, dass wir uns jetzt auf einmal recht gut verstehen. [...] Wie Katz und Maus verbrachten wir doch oft unsere Kinderzeit und wie oft lagen wir uns in den Haaren! [...] Ich habe Dir viel zu danken«¹⁰²). So wird insbesondere in Feldpostkorrespondenzen das Bemühen deutlich, die Bindung zu den Geschwistern zu intensivieren. In exemplarischer Weise bekundete eine Soldatenschwester: »Ich habe gerade jetzt in dieser Zeit, da wir alle voneinander getrennt sind [...], das Gefühl einer ganz besonders innigen Verbindung [...] mit Euch [...] und [...] wünsche mir so sehnlich ein Wiedersehen.«¹⁰³

Immer wieder bekräftigten Kinder ihre gegenseitige Wertschätzung und erklärten, wie froh sie über eine stabile Beziehung zu ihren Geschwistern waren, wie sehr sie einander vermissten.

Die vertiefte Emotionsgemeinschaft der Geschwister begründete sich vor allem über ihre Komplementarität zu den Eltern-Kind-Verhältnissen. In entsprechender Weise sind zwei Sachverhalte auffallend:

Geschwister bemühten sich erstens nachdrücklich um ein funktionierendes Familienleben und um die Entlastung der Eltern. Viele Soldatenbrüder wiesen die Geschwister in der Heimat an, sich nicht zu streiten, sondern die Eltern wo immer möglich »mit einer willigen Behilflichkeit« zu unterstützen.¹⁰⁴ Bestimmte Informationen sollten die Geschwister den Eltern vorenthalten, um diese nicht zu beunruhigen. Ein junger Soldat maßregelte seine Schwester etwa, als diese während ihrer Lehrjahre über Anstrengungen und Heimweh klagte: »Also bitte keine solche Briefe mehr und Vater lässt du auch in Ruhe.

die »Volksgemeinschaft« von Bedeutung seien. Vgl. Haarer, *Die deutsche Mutter* (Anm. 39), S. 273.

101 Gerhard Kock, »Der Führer sorgt für unsere Kinder ...«. *Die Kinderlandverschickung im Zweiten Weltkrieg*, Paderborn u. a. 1997.

102 Paul Wortmann an seine Schwester, 30.11.1942, in: Ebert (Hrsg.), *Feldpostbriefe* (Anm. 63), S. 91.

103 Sophie von Heyl an ihre Geschwister, 24.9.1944, in: StaW, 189,099.

104 Eberhard an seinen Bruder, 6.5.1944, in: August Schick (Hrsg.), *Karl Eberhard Zwicker. Feldpostbriefe aus dem Zweiten Weltkrieg an seine Eltern Wilhelm und Luise Zwicker und seinen Bruder Ulrich*, Oldenburg 1993, S. 99.

Bist schließlich doch kein kleines Kind mehr.«¹⁰⁵ Umgekehrt wiesen die an der »Heimatfront« befindlichen Geschwister ihre Soldatenbrüder zurecht, wenn diese sich über einen längeren Zeitraum nicht gemeldet hatten (»Du weist [sic!] ja, dann wird Mutter leicht aufgeregt und sorgt und bangt sich um Dich«¹⁰⁶). Die Unterstützung der Eltern durch die Geschwister umfasste häufig auch gegenseitige Erziehungsbemühungen. Viele Geschwister gaben einander Ratschläge, etwa in Finanz-, Geschäfts- und Beziehungsangelegenheiten oder in schulischen und lebenspraktischen Fragen (»Mache so weiter, damit Du etwas Ordentliches in der Schule lernst«;¹⁰⁷ und seine Eltern muß man in Ehren halten, und Ihnen nichts zu leide zu tun. Das ist der Grundsatz eines rechten Menschen«¹⁰⁸).

Der geschwisterliche Austausch war zweitens in Relation zur Eltern-Kind-Kommunikation sehr offen: So wie sich Geschwister nicht scheuten, über Sexualität, problematische Verwandte oder ihr Schulschwänzen zu schreiben,¹⁰⁹ so beschrieben Soldaten in Briefen, die exklusiv an die Geschwister gerichtet waren, ihre Fronterlebnisse oft deutlich offener als in Briefen an die Eltern oder die gesamte Familie.¹¹⁰ Dies begann bei der Schilderung von Alkoholeskapaden und setzte sich bei ungeschminkten Berichten über eine unzureichende Versorgungslage an der »Front« fort.¹¹¹ Sie schilderten die direkten Kriegsauswirkungen eingehend und trafen schonungslose Vorhersagen. Tod und Sterben thematisierten sie freimütiger – immer mit dem Hinweis: »Du musst natürlich gut aufpassen, damit Mama die Briefe nicht in die Hand bekommt.«¹¹² Viele Soldaten gaben ihr Inneres preis, wenn sie etwa ihre gesundheitliche Situation oder die alltäglichen Anforderungen im Dienst beschrieben. Mehrere Studien haben am Beispiel von Korrespondenzen zwischen Soldaten und ihren Eltern bzw. ihren Partnerinnen herausgestellt, dass schlechte Stimmungen

105 K. H. an seine Schwester, 20.4.1943, in: Landeshauptarchiv Koblenz, 700.153/254.

106 Ewald Giese an seinen Bruder, 4.9.1941, in: Konrad Elmshäuser/Jean Lokers (Hrsg.), »Man muß hier nur hart sein ...«. Kriegsbriefe und Bilder einer Familie (1934-1945), Bremen 1999, S. 127.

107 Geert Westphal an seinen Bruder, 24.11.1941, in: Dirck Westphal/Jürgen Westphal (Hrsg.), Feldpostbriefe im 2. Weltkrieg. Briefwechsel von Grete Westphal und ihren 5 Söhnen im Krieg, Norderstedt 2010, S. 64.

108 A. F. an seine Schwester, 5.5.1940, in: Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart (BfZ), N: Sterz, Briefe von und an A. F.

109 Margareta Schoon an ihren Bruder, 5.9.1944, in: Wojak, Wir werden auch weiterhin (Anm. 98), S. 149.

110 Ausführlicher hierzu siehe Kiefer, Geschwisterbeziehungen (Anm. 10).

111 Heinz Helmut Lamers an seine Schwester, 2.1.1944, in: MSPT, 3.2012.886.

112 Bernhard Hülsmann an seine Schwester, 3.8.1944, in: Martin Meyer (Hrsg.), Feldpost nach Damme. Die Briefe des Füsiliers Bernhard Hülsmann an seine Familie, Vechta 2007, S. 93.

und persönliche Sorgen im Zweiten Weltkrieg für gewöhnlich nicht direkt kommuniziert wurden.¹¹³ Den Geschwistern gegenüber – so zeigen unsere Untersuchungen – thematisierten Soldaten jedoch durchaus ihr Befinden, wenn sie von Ängsten, Tränenausbrüchen, Appetitstörungen und ihrer schlechten psychischen Verfassung schrieben (»Mir schmeckte kein Mittagessen mehr und ich war seelisch völlig zerknittert«;¹¹⁴ »ach man könnte weinen, zu elend ist mir zumute«¹¹⁵). Einige Soldaten verhehlten nicht, dass sie nicht mehr konnten und am Leben verzweifelten (»Ich habe es satt, wir müssen alle damit rechnen, dass unsere Stunde früher o[der] später kommt. Die Zukunft ist für uns schwarz geworden und die Hoffnung schwindet dahin. [...] Damit haben wir uns alle schon abgefunden«;¹¹⁶ »mein eigenes Leben [ist] mir soviel wert [...] wie der Dreck an meinen Klamotten«¹¹⁷).

Auch die Geschwister in der Heimat brachten in Briefen ihr Befinden oft auf ebenso emotionale wie offene Weise zum Ausdruck. Sie schrieben, »es manchmal auch sehr schwer«¹¹⁸ zu haben und wie »grenzenlos verlassen und einsam«¹¹⁹ sie sich fühlten. Auch ihre Angst um die Familienangehörigen an der Front gaben sie uneingeschränkt zu¹²⁰ und bekannten, von den Nachrichten des Bruders, die »so zu Herzen geh[en]«, »immer gerührt«¹²¹ zu sein. Sie fragten ausdrücklich nach den brüderlichen Befindlichkeiten, was einen durchaus substantiellen Austausch über die jeweiligen Gefühlswelten ermöglichte, und versicherten ihr Verständnis für die Empfindungen des kämpfenden Bruders (»Wie geht es Dir mit Deiner Angst?«;¹²² »Ich [...] kann so gut Deine Verzweiflung verstehen über die so dunkle Zukunft«¹²³). So konnte die geschwisterliche Korrespondenz für die Soldaten bisweilen zum Ventil für das werden, »was sich an Enttäuschung, Schmerzen, Sehnsüchten angesammelt [...] hatte.«¹²⁴ Wie

113 Sönke Neitzel/Harald Welzer, Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben, Frankfurt a.M. 2011, S. 209; Humburg, Gesicht des Krieges (Anm. 7), S. 241-254; Lamprecht, Feldpost und Kriegserlebnis (Anm. 7), S. 55.

114 Heinz Sartorio an seine Schwester, 11.11.1942, in: MSPT, 3.2002.0827.

115 Herbert Vogt an seine Schwester, 24.12.1943, in: MSPT, 3.2002.0300.

116 Ludwig Sauter an seine Schwester, 28.8.1942, in: MSPT, 3.2002.0877.

117 Gottfried Fabian an seine Schwester, 1.4.1945, in: MSPT, 3.2002.0299.

118 M. K. an ihren Bruder, 31.5.1942, in: BfZ, N: Schnepf N 13.3/23.

119 Sophie von Heyl an ihre Geschwister, 24.9.1944, in: StAW, 189,099.

120 R. S. an ihren Bruder, 13.4.1940, in: BfZ, N: Schnepf N 13.3/23.

121 H. S. an ihren Bruder, 14.9.1943, in: BfZ, N: Schnepf N 13.3/22.

122 Margareta Schoon an ihren Bruder, 10.8.1944, in: Wójak, Wir werden auch weiterhin (Anm. 98), S. 146.

123 Marie-Elisabeth von Heyl an ihren Bruder, 22.2.1942, in: StaW, 186,801.

124 Angela Schwarz, »... whenever I feel depressed I dash off a page or two of scribble«. Briefe in die Heimat als Überlebensstrategie britischer Soldaten im Zweiten Weltkrieg, in: Veit Didczuneit/Jens Ebert/Thomas Jander (Hrsg.), Schreiben im Krieg –

Frank Werner in seinen Studien zum soldatischen Männlichkeitsparadigma anmerkte, war bei der Demaskierung der eigenen Gefühle vor allem relevant, »wem die Soldaten was sagten – oder bewusst nicht sagten«, da dies »häufig auch ihr Selbstverständnis als Mann [berührte].«¹²⁵ Bei den Geschwistern – und insbesondere bei Schwestern – war solche emotionale Offenheit am ehesten möglich, weil sie ihnen gegenüber nicht so sehr um ihr Ansehen und die Erfüllung von Männlichkeitsidealen bedacht sein mussten wie in den Gesprächen mit Partnerinnen, Eltern oder anderen Soldaten.¹²⁶

2.4 Die Kategorie »sozialer Hintergrund«

Eine materialistische Betrachtung von Geschichte kommt nicht umhin, die unterschiedlichen Voraussetzungen kindlichen Kriegserlebens zu betonen: Versorgungsschwierigkeiten, Luftangriffe und Ausbombungen waren zum Beispiel in besonderer Weise städtische Phänomene; Vermögende konnten die Auswirkungen von Kriegsschäden besser abfedern als finanziell Minderbemittelte. In sozial privilegierten Familien konnten Kinderfrauen und andere Bedienstete wichtige Bezugspersonen für Kinder darstellen. Bauern- oder Arbeiterkinder erreichten Teile der massiven, multimedialen Kriegspropaganda, die z. B. in Kriegsspielzeug, Kriegsspielen oder Kriegsliteratur ihren Ausdruck fand, nur bedingt, weil sie sich solche Anschaffungen gar nicht leisten konnten. Der staatliche Kontrolldruck war bei sozial Schwächeren deutlich stärker, was die zahllosen Vergehen »gegen die Arbeitsdisziplin [und] gegen den Kriegseinsatz« ebenso demonstrierten wie die Einlieferungen in Jugendkonzentrationslager und die 100 Todesstrafen, die während des Krieges gegen Minderjährige verhängt wurden.¹²⁷ Obschon nationalsozialistisch kontaminiert, ist überdies das Beharrungsvermögen überkommener lebensweltlicher Zusammenhänge, etwa Arbeiter-, Bauern-, bürgerlicher oder adeliger Milieus mitsamt den ihnen je-

Schreiben vom Krieg. Feldpost im Zeitalter der Weltkriege, Essen 2011, S. 209-218, hier S. 214.

125 Frank Werner, Soldatische Männlichkeit im Vernichtungskrieg. Geschlechtsspezifische Dimensionen der Gewalt in Feldpostbriefen 1941-1944, in: Didczuneit/Ebert/Jander (Hrsg.), Schreiben im Krieg (Anm. 124), S. 283-294, hier S. 284.

126 Siehe auch Kiefer, Geschwisterbeziehungen (Anm. 10). Hier werden Geschwisterbeziehungen ausführlich geschlechtsspezifisch gedeutet.

127 Zur »Kriminalität« von Kindern im Krieg: Frank Kebedies, Außer Kontrolle. Jugendkriminalpolitik in der NS-Zeit und der frühen Nachkriegszeit, Essen 2000; Martin Guse, Die Jugendschutzlager Moringen und Uckermark, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 9: Arbeitserziehungslager, Ghettos, Jugendschutzlager, Polizeihaftlager, Sonderlager, Zigeunerlager, Zwangsarbeiterlager, München 2009, S. 100-114.

weils eigenen Alltagsmustern und Werthaltungen, in Rechnung zu stellen. Aber: Der Umgang mit Familientrennungen war – so unser vorläufiger Befund – nur bedingt vom sozialen Hintergrund abhängig. Phänomenologisch unterschieden sich Familienkommunikation und -interaktion in unterschiedlichen Sozialmilieus kaum. Auch der Grad politischer Aufladung lag quer zu den sozialen Gruppen. Auf dem Land mäanderten die Familien genauso zwischen Zerfall und Zusammenhalt wie in der Stadt. Anders als noch im Ersten Weltkrieg findet sich systemkritisches Reden nicht gehäuft in Arbeiterfamilien.¹²⁸

Insgesamt ist markant, wie durchschlagend der Volksgemeinschaftsgedanke tatsächlich war. Selbst im Ausnahmezustand des Krieges hielten die meisten Menschen dem Regime bis zuletzt, auch als »Notgemeinschaft der Erschöpften und Verzweifelten«,¹²⁹ die Treue. Die jahrelange Indoktrination verding, die (traumatisierenden) Erfahrungen des Ersten Weltkrieges wirkten nach, die zurückliegenden außenpolitischen und militärischen Erfolge des Regimes nötigten Respekt ab, das Inklusionsangebot der »Volksgemeinschaft«, das z. B. für HJ-Angehörige nicht gekannte Freiräume und Erlebnischancen, zudem diverse Macht- und Aufstiegschancen bot, besaß unverändert Attraktivität. Hinzu kam vermutlich die Angst – vor dem Verfolgungsapparat, der eigenen Courage und vielleicht auch – wie die neuere Forschung meint –, weil die Bevölkerung um die Dimension der von NS-Deutschland begangenen Verbrechen wusste und die entsprechende Rache der Alliierten fürchtete.¹³⁰ Viele Kinder sprachen in jedem Fall während des Krieges enthusiastisch über den Nationalsozialismus, schwärmten von den (Emanzipations-)Möglichkeiten des BDM oder der HJ, sammelten beflissen Autogramme von Ritterkreuzträgern.¹³¹ Selbst bürgerliche Familien als die klassische Trägergruppe des modernen, einen schützenswerten Sonderraum beschwörenden Kindheitsideals¹³² spiegelten in hohem Maße

128 Doris Kachulle (Hrsg.), *Die Pöhlands im Krieg. Briefe einer sozialdemokratischen Bremer Arbeiterfamilie aus dem ersten Weltkrieg*, Köln 2006.

129 Norbert Frei, *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, München 2005, S. 126 f.

130 Vgl. etwa die Argumentation bei Nicholas Stargardt, *Der Deutsche Krieg. Zwischen Angst, Zweifel und Durchhaltewillen – wie die Menschen den Zweiten Weltkrieg erlebten*, Frankfurt a. M. 2015.

131 Sven Keller (Hrsg.), *Kriegstagebuch einer jungen Nationalsozialistin. Die Aufzeichnungen Wolfhilde von Königs 1939-1946*, Berlin/Boston 2015, S. 92; Colin Gilmour, »Autogramm bitte!« Heldenverehrung unter deutschen Jugendlichen während des Zweiten Weltkrieges, in: Denzler/Grüner/Raasch (Hrsg.), *Kinder und Krieg* (Anm. 4), S. 131-150.

132 Prägnant nachzulesen bei Gunilla Budde, *Blütezeit des Bürgertums. Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*, Darmstadt 2009, S. 25-42. Ausführlicher: Gunilla Budde, *Auf dem Weg ins Bürgerleben. Kindheit und Erziehung in deutschen und englischen Bürgerfa-*

nationalsozialistische Normen. So deuteten viele Eltern Erziehung als Bekämpfung von Verweichlichung. Bisweilen wurde einem regelrechten Härtekult gefrönt, es reflektierten sich die einschlägigen Erziehungsmaximen, die einer Entprivatisierung von Kindererziehung das Wort redeten. So unmissverständlich die Kinderpsychologin Hildegard Hetzer eine auf Gesundheitsführung reduzierte Kinderbetreuung als »Voraussetzung für die Einsatzfähigkeit des Erwachsenen im Dienste der Volksgemeinschaft«¹³³ proklamierte und die Bestsellerautorin Johanna Haarer eine Erziehung zur »Lebensbemeisterung« einforderte,¹³⁴ so unverrückbar waren die Erwartungen vieler Eltern: »Absoluter Gehorsam, keine eigene Meinung!«¹³⁵ Entsprechend unverblümt gab sich so mancher Soldat gegenüber seinen Kindern: Die Familie sollte zu einer »Festung« werden.¹³⁶ Väter mahnten ihre Kinder, »ein ganzer Mann [zu] werden«¹³⁷ und jeden Tag Sport zu treiben: »Du mußt mit einem zähen täglichen Sporttraining erst einmal Deinen Körper nach und nach hart machen und Deinen Willen stählen.«¹³⁸ Die Frauen sollten Acht geben, ihre Kinder nicht zu verwöhnen, sondern sie »zu Kämpfernaturen erziehen, damit sie niemals durch irgend einen Schicksalsschlag weich werden, sondern sich stets im Lebenskampf behaupten.«¹³⁹

Briefe und gerade Jugendtagebücher als traditionelle Medien bürgerlicher Familienkultur offenbaren, welche große Wirkung die nationalsozialistische Volksgemeinschaftsideologie unter den Bedingungen des Krieges entfalten konnte. So verkärten Geschwister sowohl schwere Verwundungen (»Du kannst unendlich stolz darauf sein. Was Schöneres gibt es nach meiner Meinung doch nicht für einen deutschen Soldaten, als alles für Deutschland hinzugeben.«¹⁴⁰) als auch den Tod des eigenen Verwandten (»Er ist einen so schönen, edlen Tod gestorben, dass wir so unendlich stolz auf ihn sein können«¹⁴¹). Eine 15-jährige Gymnasiastin vertraute am 4. Januar 1944 ihrem Tagebuch an: »Ich muss des

milien 1840-1914, Göttingen 1994, S. 149-253. Vgl. auch Rebekka Habermas, *Frauen und Männer des Bürgertums. Eine Familiengeschichte (1750-1850)*, Göttingen 2000, S. 365-394.

133 Hetzer, *Erziehungsfehler* (Anm. 100), Vorwort.

134 Haarer, *Die deutsche Mutter* (Anm. 39), S. 260.

135 ZzG. mit Ameliese T. (Anm. 46).

136 Friedrich Spemann an seine Ehefrau, 1.9.1939, in: MSPT, 3.2002.7135.

137 Werner Bühnemann an seinen Sohn, 6.1.1943, in: Ebert (Hrsg.), *Feldpostbriefe* (Anm. 63), S. 277.

138 Der Vater an Egbert, 9.4.1944, in: Lange/Burkard/Valet (Hrsg.), *Abends wenn wir essen* (Anm. 60), S. 85.

139 Hans-Joachim S. an seine Frau, 16.10.1944, in: MSPT, 3.2002.1214.

140 Maximilian von Heyl an seinen Bruder, 20.3.1944, in: StaW, 189,100.

141 Jürgen Westphal an seinen Bruder, 12.9.1944, in: Westphal/Westphal, *Feldpostbriefe* (Anm. 107), S. 261.

deutschen Soldaten würdig sein. Der hat auch den Tod vor Augen. Eigentlich ist ja alles nicht so schlimm. [...] So will ich tapfer sein im Leben u. im Sterben, will ein preussisch deutsches Mädchen sein, will tapfer sein, wie alle Soldaten.«¹⁴² Eine 17-jährige Beamtentochter war sich im Juni 1944 sicher: »Aber wir fügen uns in die Notwendigkeit. Wir alle müssen mithelfen am Endsieg und da haben wir persönliche Opfer zu bringen.«¹⁴³ Eine knapp 15-jährige, aus bürgerlichem Hause stammende höhere Schülerin meinte am 25. April 1943 zu wissen: »Unser Leben heißt Kampf! Und ich danke Gott, dass ich in solch eine Zeit hineingeboren bin, wo die Parole Kampf heißt.«¹⁴⁴

Die weitreichende Nazifizierung¹⁴⁵ bedeutete allerdings nicht, dass Familie ihre Schutzraumfunktion gänzlich verlor. Gerade die Parteioorganisationen mussten dies immer wieder wahrnehmen. Oft fiel beispielsweise die Resonanz der Eltern auf Einladungen zu HJ-Veranstaltungen bescheiden aus und provozierte daher mahnende Worte in der NS-Presse.¹⁴⁶ In geradezu paradigmatischer Weise wurde 1942 in einem Sitzungsprotokoll der Arbeitsgemeinschaft für die Jugendbetreuung im Gau Westmark, die zur Lösung von Problemen in der Jugendziehung einberufen worden war, festgehalten, dass »die Beeinflussung durch das Elternhaus [...] ungeheuer wichtig« sei. »[...] Der Einfluss der Erwachsenen wirke sich häufig ungünstig auf die Haltung der Jugendlichen aus.«¹⁴⁷ Eltern lehnten nicht nur den Besuch im Kindergarten der National-

142 Zit. nach zur Susanne zur Nieden, *Alltag im Ausnahmezustand. Frauentagebücher im zerstörten Deutschland 1943-1945*, Berlin 1993, S. 143 f.

143 Keller (Hrsg.), *Kriegstagebuch* (Anm. 131), S. 182.

144 Tagebuch von Gertraud L., zit. nach Margarete Dörr, »Wer die Zeit nicht miterlebt hat ...«. *Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach*, 3 Bde., Frankfurt a. M. 2007, hier Bd. 1, S. 273.

145 Der Begriff erscheint uns trotz aller Traditionslinien in die vernationalsozialistische Zeit triftig. Unserer Auffassung nach nahm der Nationalsozialismus vieles auf, was ihm insbesondere der Nationalismus und der strukturelle Rassismus des Kaiserreiches überliefert hatten. Zugleich baute er etliches aus, er verschärfte, verabsolutierte und entgrenzte, sodass die Kontinuitäten ebenso zu sehen sind wie die neue Qualität. Es sei auch auf unsere Arbeiten verwiesen, welche die beiden Weltkriege einer kritischen Zusammenschau unterziehen: Brandts/Hesse/Kiefer/Raasch/Rehm/Wolny, *Kontinuität und Wandel* (Anm. 59); Benkowitsch/Kiefer/Raasch, *Soldatenfamilie aus Kindersicht* (Anm. 57); Kathrin Kiefer/Markus Raasch, *Die Familien in der Krise? Ein Beitrag zur Erfahrungsgeschichte der beiden Weltkriege*, in: Kiefer/Lüdtke/Raasch/Schmehl (Hrsg.), *Kinder im Krieg* (Anm. 41), S. 107-134; Markus Raasch, *Erziehung im Ausnahmezustand. Eine vergleichende Perspektive auf beide Weltkriege*, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 22 (2018), S. 91-142; ders., *Schule im Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive*, in: *Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft* 26 (2019), S. 223-252.

146 NSZ Rheinfront, 17.1.1937, 19.4.1937, 31.5.1937, 16.10.1937, 1.4.1938, 7.1.1943.

147 Protokoll der Gauarbeitsgemeinschaft für Jugendbetreuung, 11.8.1942, in: StANW, A/5620.

sozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) ab und erschwerten den Beitritt zur HJ (»Wenn man beim BDM war, musste man am Abend antreten. Und das durfte ich nicht. Ich durfte am Abend nicht mehr das Haus verlassen als 14-Jährige«¹⁴⁸), sondern widersetzten sich auch den Verordnungen zum »Schutz der Wehrkraft des Deutschen Volkes« und bestärkten ihre Kinder z. B. darin, Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern manchmal etwas zum Essen zu bringen – natürlich stets mit der Mahnung, Stillschweigen darüber zu wahren.¹⁴⁹

Eine besondere Bedeutung hatten in diesem Zusammenhang gläubige christliche Familien – insbesondere, aber nicht nur, katholischer Konfession. Bei ihnen besaßen religiöse Rituale zur Bewältigung der Kriegssituation im Allgemeinen und als Mittel der Kontaktpflege im Besonderen eine große Bedeutung. Gemeinsames Lesen in der Bibel wurde ebenso wichtig genommen wie der regelmäßige Gottesdienstbesuch. Häufig betete die Familie gemeinsam im Luftschutzkeller. Wenn die Messe wegen eines Luftangriffs ausfiel, schrieben dies Kinder dem Vater ebenso postwendend, wie ihm beispielsweise versichert wurde: »Jetzt gehen wir zur Rosenkranzandacht. Ich bete den Rosenkranz auch für Dich.«¹⁵⁰ Nicht wenige Väter oder Brüder baten eindringlich darum, ins Gebet eingeschlossen zu werden, während sie zugleich große Mühe auf die religiöse Erziehung ihrer Kinder und Geschwister verwendeten. Da sollten bestimmte Bibelverse gelesen bzw. bestimmte Lieder, Sprüche und Gebete auswendig gelernt werden. Solche Glaubenstreue barg manchmal politisches Resistenzpotential. Kindern wurde beigebracht, den Hitlergruß zu verweigern und keine »Führerreden« im Radio anzuhören. Manche gläubigen Eltern machten aus ihrer Haltung keinen Hehl, andere wählten mittelbare Wege. Eine in Darmstadt in einer »sehr katholischen« Familie aufgewachsene Zeitzeugin erzählte von ihrer Verwunderung, dass ihre Eltern »sehr häufig bei einem kleinen Husten oder Schnupfen« eine Entschuldigung für die Hitlerjugend schrieben: »Aber allmählich hab' ich es dann kapiert.«¹⁵¹

Die meisten solcher Verhaltensweisen sind – dies hat die Forschung gezeigt – nicht mit grundsätzlicher Illoyalität gegenüber dem NS-Regime zu verwechseln. Die Verweigerungen besaßen zumeist punktuellen Charakter und viele Menschen brachten diese mit Systemloyalität sehr gut zusammen. Man konnte gläubiger Christ und treuer Anhänger des NS-Regimes, HJ-Mitglied

148 ZzG. mit Dorothea Wittmann (Pseudonym), geb. 1925, dgf. v. Kathrin Kiefer, 22.1.2019.

149 ZzG. mit Margot Bechtel (Pseudonym), geb. 1932, dgf. v. Kathrin Kiefer, 4.5.2018.

150 Trudel an ihren Vater, 15.10.1944, in: Lange/Burkard/Valet (Hrsg.), Abends wenn wir essen (Anm. 60), S. 15.

151 ZzG. mit Wiltrud S. (Anm. 87).

und Ministrant sein.¹⁵² Wer ausländische Radiosender hörte, konnte zugleich Aktionen gegen »Asoziale« gutheißen, wer sein Kind nicht in die Obhut der NS-Organisationen geben wollte, nahm unter Umständen selbst an deren rasenpolitischen Schulungen teil. Wer in der Fastnacht über NS-Führer oder ihre Politik spottete, konnte zugleich Antisemit sein.¹⁵³ Das NS-Regime sanktionierte Fehlverhalten zwar im Krieg noch einmal deutlicher schärfer, wollte solche Widersprüche aber weiterhin nur bedingt auflösen, weil es aus machstrategischen Gründen sehr flexibel sein konnte, prinzipiell um die Ventilfunktion von »Schimpffreiheit«¹⁵⁴ wusste und die Gewährung von Doppel- und Mehrfachidentitäten bis zu einem gewissen Grad zu seinem Inklusionsangebot an die »Volksgemeinschaft« gehörte. Deren Grenzen scheinen jedoch an anderer Stelle auf. Wichtig für die Bedeutung von Familie im Krieg ist vor allem, dass nonkonformes Verhalten der Eltern selten zu einem bewussten Gewissenskonflikt bei den Kindern führte – entgegen einer in der Forschung bisweilen vorgebrachten Annahme, dass durch die komplexe Sozialkontrolle des Regimes Denunziationen innerhalb der eigenen Familie befördert wurden.¹⁵⁵ Vielmehr scheint sich die These zu erhärten, dass die Bindung an das Elternhaus bis zuletzt ein zentraler Faktor für die (fehlende) Identifikation von Kindern und Jugendlichen mit der nationalsozialistischen Ideologie war.¹⁵⁶ So hielten selbst überzeugte BDM-Führerinnen ihren Eltern die Treue, obwohl diese immer wieder politisch Missliebiges äußerten und »Feindsender« gehört hatten:

»Da war so diese Zwiespältigkeit in mir. Ich wusste, ich darf da nichts sagen. Aber auf der anderen Seite hab' ich das Gefühl gehabt, ach Gott, der Hitler

152 Ein markantes Fallbeispiel liefern Christiane Hoth/Markus Raasch (Hrsg.), *Eichstätt im Nationalsozialismus. Katholisches Milieu und Volksgemeinschaft*, Münster 2017. Für eine größere Perspektive: Olaf Blaschke/Thomas Großbölting (Hrsg.), *Was glaubten die Deutschen zwischen 1933 und 1945? Religion und Politik im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M./New York 2020.

153 Michael Kißener/Felicitas Janson (Hrsg.), *Die Fastnacht der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft«*. Studien zu Mainz und anderen Regionen, Berlin u. a. 2020.

154 *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade)* 4 (1937), S. 143.

155 Wolfgang Keim, *Erziehung unter der NS-Diktatur*, Bd. 2: Kriegsvorbereitung, Krieg und Holocaust, Darmstadt 1977, S. 33; Ilka Quindeau/Katrin Einert/Nadine Teuber, *Kindheit im Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg. Das Zusammenwirken von NS-Erziehung und Bombenangriffen*, in: *BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen* 25 (2012), 1, S. 87–117, hier S. 96.

156 Klaus Latzel, *Kriegsgespräche. Feldpostbriefe zwischen Kindern und Vätern im Zweiten Weltkriege*, in: Lange/Burkard/Valet (Hrsg.), *Abends wenn wir essen (Anm. 60)*, S. 119–127, hier S. 126; Gudrun Brockhaus, »Lieber Papi! In Rußland ist es sicher nicht schön?« *Kinderbriefe im Zweiten Weltkrieg aus der Sicht von heute*, in: Lange/Burkard/Valet (Hrsg.), *Abends wenn wir essen (Anm. 60)*, S. 129–143, hier S. 134 f.

ist so ein edler Mensch und der tut alles für Deutschland. So wie man halt in dem Alter begeistert ist und ich war auch begeistert von dem. [...] Mein Vater und mein Großvater haben Feindsender gehört. Und dann hieß es immer: ›Geh raus, du brauchst das nicht zu hören.‹ Und ich bin nicht raus. Und ich hab mir innerlich gedacht: ›Was die alles zusammenlügen.‹ [...] Obwohl ich sie nicht verstanden hab', ich hätte meine Eltern nie in Schwierigkeiten gebracht.«¹⁵⁷

3. Fazit

Kindliche Kriegserfahrungen sind – wie Klaus Latzel allgemein für das Erleben des Weltkrieges festgestellt hat – »in ihrer Vielfalt potentiell unbegrenzt.«¹⁵⁸ Umso drängender ist es freilich, nach Mustern zu suchen und Schneisen durch das Quellendickicht zu schlagen. Dies haben wir mit diesem Aufsatz in explorativer Weise versucht. Eine Untersuchung kindlicher Perspektiven auf getrennte deutsche Familien im Zweiten Weltkrieg sensibilisiert dafür, wie schwierig einfache Zuschreibungen sind, ob nun von der Familie in der Krise oder vice versa ihrer angeblich zentralen Bedeutung als »support unit.«¹⁵⁹ Differenzierungen erscheinen unumgänglich. »Alter«, »Geschlecht« und »Familienbeziehungen« erweisen sich dabei als tragfähige Kategorien, »soziale Hintergründe« eher weniger. »(Getrennte) Familie im Krieg« bedeutete, dass ältere Kinder stärker in die Verantwortung genommen wurden, was sie ebenso als Privileg wie als Last empfinden konnten. Sie spürten und lebten Entfremdungstendenzen deutlicher, konnten aber auch durchaus offen mit dem abwesenden Vater oder Bruder kommunizieren. Mindestens genauso relevant für das »emotional survival«¹⁶⁰ getrennter Familien waren die von der Forschung bisher so stiefmütterlich behandelten Geschwisterbeziehungen. Markant erscheint, wie viele Geschwister sich immer wieder um ein funktionierendes Familienleben im Allgemeinen und um die Entlastung der Eltern im Besonderen bemühten. Deutlich ist zu erkennen, wie ungeschminkt sich die geschwisterliche gegenüber der Eltern-Kind-Kommunikation gab. Die Betonung geschlechtsbezogener Unterschiede ist ebenso wichtig wie ihre Relativierung. Mädchen und Jun-

157 ZzG. mit Irma Lindemann (Anm. 1).

158 Klaus Latzel, Vom Kriegserlebnis zur Kriegserfahrung. Theoretische und methodische Überlegungen zur erfahrungsgeschichtlichen Untersuchung von Feldpostbriefen, in: Militärgeschichtliche Untersuchungen 56 (1997), S. 1-30, hier S. 18.

159 Vaizey, *Surviving Hitler's War* (Anm. 5), S. 151.

160 Michael Roper, *The Secret Battle. Emotional Survival in the Great War*, Manchester 2010.

gen hatten sich früh in gängige Geschlechterrollen zu fügen, wobei beide den Krieg in hohem Maße als Frauen- und insbesondere als Mütterzeit erlebten. Sie bewunderten ihre Mütter, litten aber auch geschlechtsunabhängig – so zumindest die Ex-Post-Perspektive – unter deren emotionalen Verhärtungen. Dass Geschlechtergrenzen zusehends verschwammen, nahm das NS-Regime im Interesse der Kriegsführung bewusst in Kauf. Überhaupt hatten die Volksgemeinschaftsideologie und damit das verlockende Angebot, als Teil der »kriegerischen Volksgemeinschaft« »Privatheit« und »Familienglück« zu erhalten, eine beachtliche Durchschlagskraft – die Mannigfaltigkeit nonkonformen Verhaltens, z. B. befördert durch eine besondere Christlichkeit, stand dem prinzipiell nicht entgegen. Allerdings stieß der Nationalsozialismus auch im Ausnahmezustand des Krieges offenbar an Grenzen und konnte den so stark bedrängten Intimraum Familie wohl keineswegs völlig für sich vereinnahmen.

Wiebke Lisner

SCHWANGERSCHAFT UND GEBURT WÄHREND DER »UMSIEDLUNGSAKTIONEN«

Familientrennungen zum Schutz von Mutter und Kind?¹

»Die letzten Wochen haben so einschneidend in unser persönliches Schicksal gegriffen, dass man oft gar nicht weiss, ist's Wahrheit, ist's Traum. [...] Die Befehle überstürzten sich, man konnte fast überschnappen [...] die Kinder sollten binnen 3 Tagen in Riga sein. [...] Wenn ich nur wieder alle beisammen hätte. Wie das überhaupt werden soll, der Atem stockt einem immer dabei.«²

Am 3. November 1939 beschrieb Frau A. in einem Brief an »mein liebes Gr.« ihre letzten Tage und Wochen in Lettland. Wenig später siedelte Frau A., organisiert von deutschen und deutschbaltischen Behörden bzw. Vereinen, ins Deutsche Reich um, ebenso wie insgesamt bis Kriegsende rund eine Million Angehörige deutscher Minderheiten aus Osteuropa.³

Frau A. beschrieb in ihrem Brief das emotionale und logistische Chaos der überstürzten Abreisevorbereitungen. Die Anordnung des deutschbaltischen Umsiedlungsarbeitsstabes, die Kinder bereits mehrere Wochen vor Abreise nach Riga zu bringen, und die damit verbundene Trennung bereiteten Frau A. Sorgen und lösten Zukunftsängste aus. Frau A. organisierte die Abreise ihrer Kinder selbst, brachte sie privat in Riga unter und vertraute sie der Aufsicht ihrer 18-jährigen Nichte an.⁴ Zeitweise Trennungen von den eigenen Kindern, wie bei Frau A., aber auch dauerhafter Verlust von Familienangehörigen während des Umsiedlungsprozesses werden in einer Vielzahl von Quellen thematisiert.⁵

1 Der Aufsatz entstand im Rahmen des von der DFG geförderten Projekts »Hebammen im ›biopolitischen Laborraum‹ des ›Reichsgaus Wartheland‹ – Geburtshilfe zwischen Privatheit und staatlichem Zugriff« (Laufzeit bis 2019) an der Leibniz Universität Hannover, Historisches Seminar, unter Leitung von Cornelia Rauh.

2 Brief von A. an Gr., 3.11.1939, »Aufbruch«, in: Archiwum Państwowe w Poznaniu (APP), 800/146, Bl. 127-130.

3 Vgl. Maria Fiebrandt, Auslese für die Siedlergesellschaft. Die Einbeziehung Volksdeutscher in die NS-Erbgesundheitspolitik im Kontext der Umsiedlungen 1939-1945, Göttingen 2014, S. 629 f.

4 Ebd.

5 Vgl. verschiedene Briefe und Berichte, in: APP, 800/146.

Der vorliegende Aufsatz analysiert, in welchen Situationen während des Umsiedlungsprozesses Trennungen insbesondere von Mutter und Kind erfolgten. Über welche Möglichkeiten verfügten »volksdeutsche« Umsiedler, Trennungen zu verhindern oder diese zumindest, wie Frau A., persönlich zu organisieren und somit eine gewisse Kontrolle zu behalten?

Der vorliegende Beitrag geht Trennungs- und Wiedervereinigungserfahrungen von Familien im Kontext der 1939/40 erfolgten Massentransfers sogenannter Volksdeutscher in das Reichsgebiet und in die eingegliederten westpolnischen Gebiete nach, vor allem in den Warthegau. Im Mittelpunkt des Interesses stehen – als kleinste familiäre Einheit – Schwangere und Mütter mit ihren Kindern. Als Fallbeispiel dienen die ersten Umsiedlungsmaßnahmen von Deutschbalten und Wolhyniendeutschen im Herbst und Winter 1939/40.⁶ Grundlage sind von Umsiedlern und NS-Behörden angefertigte Umsiedlungsberichte, aufbewahrt in deutschen und polnischen staatlichen Archiven, die für eine Veröffentlichung in den Medien sowie für die innerbehördliche Kommunikation gesammelt wurden.

Der Beitrag fragt nach Strategien von Müttern und Familien, mit (drohenden) Trennungen umzugehen, sowie nach ihren jeweiligen Bedingungen und Wahrnehmungen. Dabei gilt es, »volksdeutsche« Mütter und Familien in ihrer ambivalenten Position sichtbar zu machen. Sie waren einerseits dem NS-Umsiedlungsapparat ausgeliefert und wurden andererseits selbst zu Akteuren der »Germanisierung« und des »Aufbaus« der »eingegliederten Gebiete«. »Germanisierung« und »Aufbau« ließen sich hierbei kaum trennen von Deportation, Ausgrenzung und Ermordung der als »rassisch« und »volkstumpolitisch« »unerwünscht« klassifizierten Menschen.⁷

Ende September 1939 hatten sich Hitler und Stalin in Folge ihres berüchtigten »Pakts« auf den Transfer deutscher Minderheiten aus den »sowjetischen Interessensgebieten« geeinigt.⁸ Wenige Tage später, am 6. Oktober 1939, nach der Kapitulation Polens, erläuterte Hitler in einer Reichstagsrede seine Vorstellungen von einer »neue[n] Ordnung der ethnographischen Verhältnisse« in

6 Bis 1944 folgten weitere Umsiedlungen aus Südost- und Osteuropa. Vgl. z. B. Fiebrandt, *Auslese für die Siedlergesellschaft* (Anm. 3), S. 629 f.

7 Vgl. Elizabeth Harvey, *Homelands on the Move. Gender, Space and Dislocation in the Nazi Resettlement of German Minorities from Eastern and Southeastern Europe*, in: Maren Röger/Ruth Leiserowitz (Hrsg.), *Women and Men at War. A Gender Perspective on World War II and its Aftermath in Central and Eastern Europe*, Osnabrück 2012, S. 35–58.

8 Vgl. *Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag, 28.9.1939*, in: Claudia Weber, *Der Pakt. Stalin, Hitler und die Geschichte einer mörderischen Allianz 1939–1941*, München 2019, S. 225–227; David Ceserani, »Endlösung«. *Das Schicksal der Juden 1933 bis 1948*, Berlin 2016, S. 317.

Europa, steckte die Prämissen der NS-Siedlungspolitik ab und konkretisierte das Ziel des nationalsozialistischen Kriegs, »neuen Lebensraum im Osten« für Deutsche zu gewinnen.⁹ Die »Splitter deutschen Volkstums« sollten »rückgesiedelt« und Siedlungsgebiete für Deutsche geschaffen werden.¹⁰ Einen Tag nach seiner Reichstagsrede übertrug Hitler am 7. Oktober 1939 Heinrich Himmler als »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« (RKF) die praktische und organisatorische Durchführung der »Neuordnung« Europas. Himmlers Aufgaben erstreckten sich hierbei sowohl auf die Um- und Ansiedlung deutscher Minderheiten als auch auf die »Aussiedlung« und »Ausschaltung« von – in »völkischer«, »rassischer« und politischer Hinsicht – »Unerwünschten« im gesamten deutschen Machtbereich.¹¹ In diesem Kontext wurde die Umsiedlungspolitik zu einem neuen politischen Instrument von Inklusion und Exklusion.¹²

Die Inklusion der deutschen Minderheiten in eine angestrebte »großdeutsche Volksgemeinschaft« sowie die Exklusion aller als ihr nicht zugehörig Erachteten und »Unerwünschten« bildeten – wie in der neueren Forschung vielfach gezeigt – zwei untrennbare Seiten einer Medaille, der sich dynamisch – bis zum Völkermord – radikalisierenden NS-Gewaltspolitik.¹³ Isabel Heinemann beschreibt Familien hierbei als »zentrale Schaltstelle der Umsiedlungspolitik« und gleichzeitig von Inklusion und Exklusion, da es jeweils Familien waren, auf deren Förderung oder Ausschluss das NS-Regime (bio-)politische Maßnahmen ausrichtete. Nur Familien, die als »rassisch wertvoll«, »gesund« und leistungsstark galten, wurden als Siedler zur »Germanisierung« der annektierten Gebiete eingesetzt. »Rassisch«, »volkstumpolitisch« und erbgesundheitlich »unerwünschte« Familien hingegen wurden »ausgesiedelt«, ausgeschlossen und zerstört.¹⁴

9 Michael Wildt, »Eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse«. Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 3 (2006), 1, S. 129-137.

10 Vgl. Michael Wildt, *Völkische Neuordnung Europas*, <https://www.europa.clio-online.de/essay/id/fdae-1402> [14.12.2021].

11 Vgl. Alexa Stiller, *Germanisierung und Gewalt. Nationalsozialistische Volkstumspolitik in den polnischen, französischen und slowenischen Annexionsgebieten 1939-1945*, Diss. Bern 2015, S. 115, 124.

12 Vgl. Fiebrandt, *Auslese für die Siedlergesellschaft* (Anm. 3), S. 134.

13 Vgl. z. B. Götz Aly, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 2005; Elizabeth Harvey, Die Inszenierung der expandierenden »Volksgemeinschaft«. Offizielle Fotos der »Heimkehr« deutscher Minderheiten ins Reich 1939-1941, in: Detlef Schmiechen-Ackermann/Marlis Buchholz/Bianca Roitsch/Christiane Schröder (Hrsg.), *Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte*, Paderborn 2018, S. 353-374.

14 Isabel Heinemann, »Keimzelle des Rassenstaates«. Die Familie als Relais der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik in Osteuropa, in: Klaus Latzel/Elissa Mailänder/

Frau A.s Zukunftshoffnung richtete sich darauf, eine »etwas ordentliche Bleibe« »dort« vorzufinden, »um Ernst und besonders der Kinder willen, damit sie wieder in ihre alte Ordnung zurückkommen und um des Kleinen willen, das Ende Januar, wills Gott, sich gesund einstellen wird.«¹⁵ Eine konkrete Vorstellung, was sie »dort« an ihrem Ankunftsort erwarten würde, hatte Frau A. nicht. Sie hoffte jedoch darauf, die Ordnung ihres Familienlebens, wie es sich in Lettland etabliert hatte, mitnehmen und »dort« in ihre »alte Ordnung« zurückkehren zu können.

Der von Frau A. vage als »dort« bezeichnete Ankunfts- und Ansiedlungs-ort konkretisierte sich für den Großteil der Umsiedler aus dem Baltikum und Ostpolen in Form der in das Deutsche Reich eingegliederten westpolnischen Gebiete.¹⁶ Hier sollten die Umsiedler zusammen mit der einheimischen deutschen Minderheit und neu zuziehenden Reichsdeutschen zu einer »erweiterten Volksgemeinschaft« verschmelzen.¹⁷ Den NS-Planern galten die »Volksdeutschen« als »Speerspitze der Germanisierungspolitik« in den okkupierten westpolnischen Gebieten. Sie sollten das völkerrechtswidrig annektierte Territorium besiedeln, einen »Schutzwall« nach Osten bilden und die polnische Bevölkerung »biologisch verdrängen«.¹⁸ Deutsche Umsiedlerfamilien, vor allem aber Mütter und Kinder, verkörperten die »neue Bevölkerung« in den eingegliederten Gebieten. Die NS-Propaganda stilisierte Mutter und Kind, wie Elizabeth Harvey zeigt, zu Trägern von Neuanfang und Zukunft. Als vulnerable, Mitgefühl und zugleich Zukunftshoffnung weckende Gruppe standen sie im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung zu den Umsiedlungen.¹⁹ Welches normative Verständnis von Familie bzw. familiärer Einheit sowie von Geschlechterrollen transportierten Medien und NS-Propaganda mit ihrem Fokus auf Mutter und Kind?

Franka Maubach (Hrsg.), *Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«*, Göttingen 2018, S. 133-154.

15 Brief von A. an Gr., 3.11.39, »Aufbruch«, in: APP, 800/146, Bl. 127-130.

16 Ca. 68 % der Umsiedler wurden im Warthegau neu angesiedelt. Das Deutsche Reich verpflichtete sich, alle Umsiedler aufzunehmen, behielt sich jedoch die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft und die Festlegung des Wohnortes vor. Vgl. Lars Bosse, *Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland*, in: Michael Garleff (Hrsg.), *Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich*, Köln u. a. 2001, S. 297-388.

17 Vgl. Birthe Kundrus, *Regime der Differenz. Volkstumspolitische Inklusionen und Exklusionen im Warthegau und Generalgouvernement 1939-1944*, in: Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), *»Volksgemeinschaft«*. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2009, S. 105-123.

18 Vgl. Isabel Heinemann, *»Rasse, Siedlung, deutsches Blut«*. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 188.

19 Vgl. Harvey, *Homelands on the Move* (Anm. 7).

Der Transport sowie das Leben in den Lagern und in den Ansiedlungsgebieten waren für die »volksdeutschen« Umsiedler begleitet von physischen und psychischen Herausforderungen. Das Zusammenleben der Kernfamilien stand jederzeit zur Disposition. Es konnte funktionalen Zwängen und Abläufen, etwa einem getrennten Transfer der Familienmitglieder oder ihrer Unterbringung in unterschiedlichen Lagern, ebenso wie einer Trennung aus Seuchenschutzgründen untergeordnet werden.²⁰ Eine zeitweise, zum Teil auch dauerhafte Trennung von Familien nahmen die nationalsozialistischen Umsiedlungsakteure somit in Kauf, ganz im Einklang mit dem Anspruch des Regimes, sich den Zugriff auf »das Private« und damit auch auf Familien und ihre Mitglieder zu sichern.²¹ In der Ausnahmesituation der Umsiedlung erwartete das Regime die Zurückstellung individueller Bedürfnisse hinter das übergeordnete Ziel der »ethnischen Homogenisierung« und des Umsiedlungsprozesses. Die in der Forschung beschriebene Funktion von Familie als Schutzraum der Mitglieder vor staatlicher Einmischung und als Ort von Intimität und emotionaler Bindung wurde während des Nationalsozialismus nicht vollständig zerstört.²² Vielmehr erkannte der NS-Staat diese Funktionen und »Privatheit« als Privileg und Ressource der als »rassisch wertvoll«, politisch konform und leistungsfähig erachteten Familien an.²³ Doch gestanden die mit der Umsiedlung befassten Behörden auch »volksdeutschen« Umsiedlern situativ »Privatheit« im Sinne eines familiären Schutzraums zu? Weiter ist zu fragen, in welchen Situationen Umsiedler eine Trennung von Familienmitgliedern als Zumutung, Zwang oder Tragödie wahrnahmen und in welchen Situationen sie diese möglicherweise sogar selbst forcierten.

20 Susanne Schlechter, *Verschwundene Umsiedler. Spurensuche-Projekt zum Schicksal sogenannten »lebensunwerten Lebens« bei der Umsiedlung der Bessarabiendeutschen im Herbst 1940*, in: Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen »Euthanasie« und Zwangssterilisation (Hrsg.), *NS-Euthanasie in der »Ostmark«*. Berichte des Arbeitskreises, Berlin 2012, S. 193-218; Fiebrandt, *Auslese für die Siedlergesellschaft* (Anm. 3).

21 Andreas Wirsching, *Privatheit*, in: Winfried Nerdinger (Hrsg.), *München und der Nationalsozialismus*. Katalog des NS-Dokumentationszentrums München, München 2015, S. 443-449.

22 Vgl. Gunilla Budde, *Das Öffentliche des Privaten. Die Familie als zivilgesellschaftliche Kerninstitution*, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 57-76.

23 Wirsching, *Privatheit* (Anm. 21); Elizabeth Harvey/Johannes Hürter/Maiken Umbach/Andreas Wirsching, *Introduction: Reconsidering Private Life under the Nazi Dictatorship*, in: dies. (Hrsg.), *Private Life and Privacy in Nazi Germany*, Cambridge 2019, S. 3-29.

1. Deutschbalten, Wohlhyniendeutsche, Reichsdeutsche – Schattierungen des Deutsch-Seins

Wohlhyniendeutsche beschrieb die NS-Propaganda, anknüpfend an bereits in der Zwischenkriegszeit kolportierte Stereotype, als Angehörige einer verarmten, ungebildeten und kinderreichen, ländlich geprägten Unterschicht.²⁴ Westwolhynien, gelegen im polnisch-ukrainisch-weißrussischen Grenzgebiet, gehörte als Woiwodschaft Wołyń/Wolhynien seit 1921 zum Staatsgebiet der Zweiten Polnischen Republik, Ostwolhynien zur Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik. 1939 umgesiedelt wurde lediglich die deutschstämmige Bevölkerung Westwolhyniens. Ihr Bevölkerungsanteil in Westwolhynien betrug 1931 etwa zwei Prozent, die Mehrheit der Einwohner (68%) war ukrainisch, 17% polnisch und 10% jüdisch. Der überwiegende Teil der Deutschen lebte in ländlichen Gebieten, meist nicht in national homogenen Ortschaften. In der Zweiten Polnischen Republik galt der Osten des Landes – so auch Westwolhynien – im Vergleich zu Zentral- und Westpolen als »rückständig«, die deutsche Bevölkerung als »national« unzuverlässig.²⁵

Deutschbalten stellten hingegen bis zur Unabhängigkeit Lettlands und Estlands nach dem Ersten Weltkrieg die bestimmende politische, wirtschaftliche und soziale Schicht und bis 1939 eine wichtige Verbindung zu Westeuropa dar. Als überwiegend städtisch und (bildungs-)bürgerlich oder adlig geprägte Bevölkerung hoben sie sich – von der NS-Propaganda in Szene gesetzt – von Wohlhyniendeutschen ab.²⁶ So verschieden die historische Entwicklung der beiden Bevölkerungsgruppen und die auf soziale Unterschiede rekurrierenden Etikettierungen, Stigmatisierungen sowie Wahrnehmungen und medialen Inszenierungen waren, so unterschiedlich gestaltete sich ihr Transfer in die eingegliederten westpolnischen Gebiete. Diese Unterschiede betrafen die Organisation, die Selbstbeteiligung der »Volksguppe« und auch die Überlieferung der Quellen.

Der Transfer der rund 64.000 Deutschbalten aus Lettland und Estland erfolgte weitgehend auf Urlaubsschiffen der NS-Gemeinschaft »Kraft durch

24 Vgl. Wilhelm Fielitz, *Das Stereotyp des wolhyniendeutschen Umsiedlers. Popularisierungen zwischen Sprachinselforschung und nationalsozialistischer Propaganda*, Marburg 2000.

25 Vgl. Winson Chu, *The German Minority in Interwar Poland*, Cambridge 2012, S. 270; Wolfgang Kessler, *Die Deutschen im polnischen Westwolhynien (1921-1939/40) in der historischen Forschung*, in: *Nord-Ost Archiv* 9 (2000), 2, S. 449-457.

26 Vgl. Inesis Feldmanis, *Die Ausreise der Deutschbalten aus Lettland (1939-1941)*, in: *Nordost-Institut (Hrsg.), Übersetzte Geschichte, Lüneburg 2016*, <https://www.ikgn.de/ubersetzte-geschichte/uebersetzte-geschichte-artikel/umsiedlung-der-deutschbalten.html> [20.12.2021].

Freude« (KdF), den sogenannten KdF-Dampfern.²⁷ Registrierung und Transport sowie die Betreuung und gesundheitliche Versorgung organisierte die »Volksgruppe« durch die Bildung von Arbeitsstäben und einer übergeordneten Organisationsstruktur in Abstimmung und Zusammenarbeit mit reichsdeutschen Stellen selbst.²⁸ Erst in den Zielhäfen, beispielsweise in Gotenhafen (wie Gdynia während der deutschen Besatzung hieß), Swinemünde oder Danzig, übernahmen reichsdeutsche Stellen, wie die Volksdeutsche Mittelstelle (VoMi), die dem Reichssicherheitshauptamt angegliederte Einwandererzentralstelle (EWZ), die Dienststelle des RKF sowie die NS-Volkswohlfahrt (NSV) die weitere Betreuung.²⁹ Ansiedlung und »Berufseinsatz« der Deutschbalten geschahen dabei in Abstimmung mit den in Posen und Danzig eingerichteten, der VoMi unterstehenden Dienststellen der Baltendeutschen Beratungsstelle. Die dort tätigen Deutschbalten vertraten die Interessen ihrer Landsleute bei der Wohnort-, Wohnungs- und Stellensuche. Sie übernahmen hierbei eine Art Pufferfunktion zwischen Deutschbalten und Reichsstellen.³⁰

Die gesamte Organisation und Durchführung der Umsiedlung der rund 66.000 Wolhyniendeutschen von der Erfassung über den Transport bis hin zur Ansiedlung lag demgegenüber in den Händen reichsdeutscher Stellen.³¹ Die Koordination der Umsiedlungen übernahm die VoMi. »Volksgruppenvertreter« wurden lediglich zur Unterstützung beispielsweise bei der Erfassung und Registrierung der Umsiedlungswilligen herangezogen.³² Per Bahn und Pferdetrack reisten die Umsiedler aus dem sowjetisch besetzten Ostpolen zunächst nach Łódź/Lodz/Lodsch (ab April 1940: Litzmannstadt)³³ im Warthegau, wo sie auf

27 Vgl. Bosse, Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland (Anm. 16).

28 Die Deutschbalten verfügten über einen hohen Organisationsgrad und verschiedene Institutionen, die diese Selbstorganisation ermöglichten. Auch war der reichsdeutsche Umsiedlungsapparat zu dem Zeitpunkt noch im Aufbau. Vgl. Fiebrandt, Auslese für die Siedlergesellschaft (Anm. 3), S. 223-225.

29 Zunehmend wurden auch Umsiedler, vor allem Deutschbalten, in den Umsiedlungsapparat einbezogen. Zur VoMi, die 1936/37 unter Leitung von Werner Lorenz gebildet wurde, vgl. Valdis O. Lumans, *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe, 1933-1945*, Chapel Hill, NC/London 1993; zur EWZ vgl. Andreas Strippel, *NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (1939-1945)*, Paderborn 2011; zum RKF vgl. Stiller, *Germanisierung und Gewalt* (Anm. 11).

30 Vgl. ebd., S. 874 f.; Fiebrandt, *Auslese für die Siedlergesellschaft* (Anm. 3), S. 279.

31 Zusammen mit Wolhyniendeutschen wurden rund 57.000 Galiziendeutsche und 11.000 Narewdeutsche aus dem sowjetisch besetzten Ostpolen umgesiedelt. Vgl. ebd., Anhang.

32 Vgl. Lumans, *Himmler's Auxiliaries* (Anm. 29), S. 186 f.

33 Mit Beginn der Besatzung wurde die Stadt Łódź umbenannt in »Lodsch«. Parallel findet sich in den Quellen die bereits vor dem Krieg innerhalb der deutschen Bevölkerung ge-

verschiedene Durchgangslager verteilt, von der EWZ erfasst und von dort bis zu ihrer Ansiedlung vor allem im Warthegau auf verschiedene Lager u. a. im »Altreich« verteilt wurden.³⁴ Mit der Organisation der gesundheitlichen Versorgung der Umsiedler sowie der Betreuung von Schwangeren, Gebärenden und Säuglingen beauftragte Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti den in der Auslandsabteilung der Reichsärztekammer tätigen Arzt Hellmut Haubold. Dieser richtete für die Umsiedlung der »Volksdeutschen« aus dem sowjetisch besetzten Ostpolen einen eigenen Gesundheitsdienst mit Ärzten, Hebammen und Schwestern ein.³⁵

Während umfangreiche Selbstzeugnisse der Deutschbalten, z. B. in Form von Briefen und Berichten, gesammelt von der Baltendeutschen Einwandererberatungsstelle, überliefert sind, enthalten die ausgewerteten Archivalien deutscher und polnischer Archive kaum Selbstzeugnisse von Umsiedlern aus Ostpolen. Vielmehr berichteten Mitarbeiter der mit der Umsiedlung befassten Stellen über sie.³⁶ Entsprechend reflektieren die Quellen die Sichtweisen dieser Umsiedlungsakteure, die die Berichte u. a. mit dem Ziel anfertigten, die Effektivität und Erfolge ihrer Arbeit sowohl in internen Berichten als auch gegenüber der Presse darzustellen. In ihren Berichten konstruierten sie sich – wie Elizabeth Harvey herausarbeitet – gegenüber den Umsiedlern als »väterliche« und »mütterliche« »Role Models«, als in allen Situationen zurechtkommende und sich immer zu helfen wissende »Alleskönner«.³⁷

Wolhyniendeutsche selbst sammelten und veröffentlichten »Ego-Dokumente« zur Umsiedlung vermehrt erst seit den 1970er Jahren, u. a. um ihre Identität als eigene Bevölkerungsgruppe Westdeutschlands und ihre Geschichte zu dokumentieren.³⁸ Die Berichte wurden also mit jahrzehntelangem Abstand

bräuchliche Bezeichnung »Lodz«. Am 11.4.1940 erfolgte schließlich die Umbenennung in Litzmannstadt. In diesem Aufsatz verwende ich, wie in der Forschung der letzten Jahre verbreitet, die Bezeichnung »Lodz«. Vgl. z. B. Hans-Jürgen Bömelburg/Marlene Klatt (Hrsg.), *Lodz im Zweiten Weltkrieg. Deutsche Selbstzeugnisse über Alltag, Lebenswelten und NS-Germanisierungspolitik in einer multiethnischen Stadt*, Osnabrück 2015, S. 45.

34 Vgl. Markus Leniger, *Nationalsozialistische Volkstumsarbeit und Umsiedlungspolitik 1933-1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese*, Berlin 2006, S. 80.

35 Zum Beauftragten des Gesundheitsführers für die Umsiedlungsaktion vgl. Fiebrandt, *Auslese für die Siedlergesellschaft* (Anm. 3), S. 150-178.

36 Vgl. Leniger, *Nationalsozialistische Volkstumsarbeit* (Anm. 34), S. 95; Strippel, *NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas* (Anm. 29).

37 Vgl. Harvey, *Homelands on the Move* (Anm. 7).

38 Vgl. z. B. Hugo Karl Schmidt, *Historische Quellen und die Auswertung von Berichten der Erlebnisgeneration Wolhyniens*, in: *Wolhynische Hefte*, 2. Folge (1982), S. 10-14. Auch in Ostdeutschland lebten nach 1945 Wolhyniendeutsche. Sie organisierten sich hier jedoch erst Anfang der 1990er Jahre nach der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik Deutschland als Bevölkerungsgruppe und gründeten z. B. das Wolhynier

zum Geschehen sowie unter dem Eindruck der jeweiligen bundesdeutschen Debatten, u. a. zu Vertriebenen, verfasst und z. T. publiziert.³⁹

Deutschbalten folgten, wie sie in ihren Berichten betonten, meist dem »Ruf des Führers«, wohingegen Wolhyniendeutsche umgesiedelt wurden. Allerdings befürworteten viele Wolhyniendeutsche ebenso wie die Deutschbalten die Umsiedlung, wenn auch individuell aus unterschiedlichen Gründen: Begeisterung für den Nationalsozialismus, Ängste vor einer sowjetischen Besetzung bzw. vor den sowjetischen Besatzern aufgrund von negativen Erfahrungen während des Ersten Weltkriegs, Gemeinschaftsgefühl und sozialer Druck.⁴⁰ Laut Weisung des Reichspropagandaministeriums an den Rundfunk vom Januar 1940 waren Wolhyniendeutsche als »Rückgeführte« zu bezeichnen.⁴¹ Sie reisten also nicht wie Deutschbalten eigenständig ins Deutsche Reich, sondern wurden »zurückgeführt«, womit ihre Passivität im Umsiedlungsprozess sprachlich zementiert und die Notwendigkeit einer Betreuung durch (reichsdeutsche) Umsiedlungsakteure unterstrichen wurde. Die verantwortlichen Stellen wiesen allerdings ihre Mitarbeiter darauf hin, Wolhyniendeutsche ungeachtet ihrer »Rückständigkeit« als »Volksgenossen« zu betrachten und zu behandeln.⁴² Die Umsiedlung sollte schließlich eine deutsche Gemeinschaft, unabhängig von der geographischen Herkunft, konstruieren und präsentieren.⁴³ Die diametral unterschiedliche Inszenierung der baltischen und wolhynischen »Volksgenossen« verdeutlichte jedoch das sozialhierarchische Gefälle innerhalb einer auf Gleichheit und Vergemeinschaftung zielenden Volksgemeinschafts-Utopie.⁴⁴ Der Begriff »Rückgeführte«, ebenso wie die in den Quellen häufig verwendeten Bezeichnungen »Rückkehrer« oder »Rückwanderer« suggerierten, die Umsiedler würden nach einiger Zeit der Abwesenheit »nach Hause«, an einen vermeintlich vertrauten Ausgangsort, kommen und nicht aus entlegenen Gebieten

Umsiedlermuseum in Linstow (Mecklenburg-Vorpommern). Vgl. <https://umsiedlermuseum-wolhynien.de> [2.3.2022].

39 Vgl. hierzu Harvey, *Inszenierung* (Anm. 13); Bömelburg/Klatt (Hrsg.), *Lodz im Zweiten Weltkrieg* (Anm. 33).

40 Vgl. Markus Roth, *Nationalsozialistische Umsiedlungspolitik im besetzten Polen – Ziele, beteiligte Institutionen, Methoden und Ergebnisse*, in: Eckhart Neander/Andrzej Sakson (Hrsg.), *Umgesiedelt – Vertrieben. Deutschbalten und Polen 1939-1945 im Warthegau*, Marburg 2010, S. 9-20. Zu Erfahrungen während des Ersten Weltkriegs vgl. Michail Kostjuk, *Die Deportation von Wolhyniendeutschen im Winter 1915/16*, in: Alfred Eisfeld (Hrsg.), *Deutsche im Schwarzmeergebiet, auf der Krim und im Kaukasus vom 19. Jahrhundert bis 1941*, Hamburg 2016, S. 385-406.

41 Vgl. Fielitz, *Stereotyp des wolhyniendeutschen Umsiedlers* (Anm. 24), S. 119.

42 Vgl. Stiller, *Germanisierung und Gewalt* (Anm. 11), S. 932.

43 Vgl. Harvey, *Homelands on the Move* (Anm. 7).

44 Zur Volksgemeinschafts-Utopie, vgl. Martina Steber/Bernhard Gotto (Hrsg.), *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives*, Oxford 2014.

des Ostens einwandern, wo ihre Vorfahren bereits gelebt hatten. Die von Hitler proklamierte »ethnographische Neuordnung Europas« wurde damit sprachlich greifbar und zu einer historisch legitimierten Ordnung stilisiert.⁴⁵ Die Berichte der nationalsozialistischen Umsiedlungsakteure prangerten allerdings auch Organisationsmängel auf deutscher Seite an und ließen Bestürzung insbesondere über die den Umsiedlern aus Ostpolen zugemuteten Bedingungen erkennen, wie ihren Transport in ungeheizten Zügen bei Temperaturen von bis zu minus 40 Grad Celsius oder ihre Unterbringung in provisorisch eingerichteten, überfüllten Lagern.⁴⁶

2. Mit dem »Mütterschiff« ins Deutsche Reich

Das erste Umsiedlerschiff mit Deutschbalten an Bord verließ Reval/Tallinn am 18. Oktober, das letzte am 16. Dezember 1939 den Hafen von Riga.⁴⁷ Hochschwängere Frauen und »kinderreiche« Familien wurden in Sondertransporten, mit sogenannten Mütterschiffen, zum Teil getrennt von den Ehemännern, die anderen Transporten zugeteilt waren, ins Deutsche Reich gebracht. Vielfach wurden Schwangere aber auch in die übrigen Transporte per Schiff integriert.⁴⁸ Das »Mütterschiff« aus Lettland, die »Potsdam«, verließ am 20. November 1939 den Hafen von Riga. Der baltendeutsche Gynäkologe Heino von Knorre, der gemeinsam mit seiner Frau Reval verließ, erhielt die Verantwortung für die Versorgung der Schwangeren an Bord. »Ich war gut für Geburten und Wochenpflege vorbereitet, da mir das Instrumentar und Inventar und fast das gesamte gut eingearbeitete Personal meiner Privatklinik zur Verfügung stand«, schrieb Heino von Knorre in seinem Bericht vom 24. November 1939 über die Betreuungssituation der Schwangeren an Bord.⁴⁹

45 Vgl. Fielitz, Stereotyp des wolhyniendeutschen Umsiedlers (Anm. 24).

46 Laut Stiller dienten die den Umsiedlern zugemuteten Bedingungen als Legitimation für Gewalt und Unrecht gegenüber Polen und Juden, was zu einer Radikalisierung und Verschärfung von Gewalt führte. Vgl. Stiller, Germanisierung und Gewalt (Anm. 11), S. 1365 f.

47 Ca. 12.000 Deutschbalten blieben im Baltikum. Vgl. Bosse, Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland (Anm. 16).

48 Auf den Schiffen wurden z.T. mehrere unterschiedliche Gruppen und Transporte zusammengefasst. Vgl. Heino von Knorre, »Bericht über den Abtransport und die Unterbringung einer Gruppe von Baltendeutschen aus Riga (sog. Mütterschiff)«, in: APP, 800/123, Bl. 85-87; »Bericht zur Umsiedlung der Baltendeutschen«, o.D., in: APP, 800/146, Bl. 88-96.

49 Ebd.

Zu dem »Personal« von Knorres gehörten drei Krankenschwestern, drei Hebammen, drei Pflegerinnen, zwei »Aufwartfrauen« (Haushaltshilfen) und drei Wäscherinnen, die sich um 172 Erwachsene kümmerten. Es handelte sich um Schwangere in den letzten beiden Schwangerschaftsmonaten und ihre Familienangehörigen sowie 93 Kleinkinder. Während der Schiffsreise entbanden drei Frauen.⁵⁰ Die Versorgung der Schwangeren und Wöchnerinnen sowie die Geburten an Bord scheinen ohne Komplikationen verlaufen zu sein. Heino von Knorre machte hierzu in seinem Bericht keine weiteren Ausführungen. Möglicherweise erlebten die Schwangeren des »Mütterschiffs« die Überfahrt nach den Strapazen des Packens und des emotional aufreibenden Abschieds als luxuriöse Erholungsreise, ähnlich wie Frau D., die zusammen mit ihrer kleinen Tochter einen Monat zuvor aus Estland ins Deutsche Reich gereist war und an Bord notierte: »Wir gondeln immer noch. [...] Die Fahrt ist wundervoll. Der erste Tag war sehr ausruhend – ich lag viel und kam zu vorzueglichen Kraeften. [...] Die Fahrt dauert laenger und es hat auch keine Eile, weil es Genuss ist.«⁵¹

Das »Mütterschiff« legte in Gotenhafen an. Von der Stadt sahen die Ankommenen vielfach wenig mehr als den Hafen, den Bahnhof und eine Warterhalle. Von den Vertreibungen der polnischen und jüdischen Bevölkerung aus Gotenhafen in den Tagen zuvor war in den Berichten der Deutschbalten nichts zu lesen.⁵² Vielmehr warteten auf die Umsiedler am Hafen und Bahnhof eine Kapelle, die »Märsche und aufmunternde Weisen« erklingen ließ, sowie NSV-Frauen und Vertreter von Partei, Wehrmacht und Staat.⁵³ Sie demonstrierten den Zusammenhalt der »erweiterten Volksgemeinschaft« mit Hakenkreuzfahnen, belegten Broten, Suppe und Kaffee.

Für Heino von Knorre war die Ankunft in Gotenhafen eine Ernüchterung. Kaum angekommen, gab es Kompetenzstreitigkeiten mit dem zuständigen reichsdeutschen Arzt, den er nur mit Mühe davon abbringen konnte, Hochschwangere, frisch Entbundene und Erkrankte von ihren Familien, so auch

50 Ebd.

51 Brief von Frau D. an Frau M., 21.10.1939, in: APP, 800/146, Abteilung Presse, Baltendeutsche Berichte, 1939-1940, Bl. 327f.

52 In der Zeit vom 18. bis 26.10.1939 waren etwa 45.000 Bewohnerinnen und Bewohner Gotenhafens vertrieben worden, um vorübergehende Unterkünfte für die ankommenden Deutschbalten zu schaffen. Vgl. z. B. Stiller, Germanisierung und Gewalt (Anm. 11), S. 872 f.

53 Vgl. Tornau, Baltendeutsche kommen ins Reich. Ärztliche Betreuung der Kranken, Gebrechlichen und Alten, in: Deutsches Ärzteblatt 69 (1939), 53/53, S. 729-731. Vgl. auch: Reiner Schulze, »Der Führer ruft!«. Zur Rückholung der Volksdeutschen aus dem Osten, in: Jerzy Kochanowski/Maike Sach (Hrsg.), Die »Volksdeutschen« in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität, Osnabrück 2006, S. 183-204.

minderjährigen Kindern, zu separieren und in einem Krankenhaus in Danzig unterzubringen.⁵⁴ Von Knorre konnte sich gegenüber dem reichsdeutschen Kollegen durchsetzen. Das Vorgehen des Arztes entsprach jedoch dem sonst üblichen Prozedere.⁵⁵ So ordnete Erich Großmann, Gaugesundheitsführer in Danzig-Westpreußen, im Oktober 1939 an, Kranke noch an Bord zu registrieren und in »Krankenhausbedürftige« und »Sieche« einzuteilen.⁵⁶ Entschieden wurde hierbei über die Unterbringung entweder in Übergangsquartieren oder aber in Krankeneinrichtungen.⁵⁷ Die Vorgehensweise konnte zur Folge haben, dass Familien für eine unbestimmte Dauer auseinandergerissen wurden. Heino von Knorre bemühte sich erfolgreich, den Frauen seines »Mütterschiffs« dies zu ersparen. Er argumentierte:

»Die vorübergehenden Unbequemlichkeiten des Bahntransportes werden von den Aufregungen und zahllosen Schwierigkeiten, die beim Zerreißen der Wohngemeinschaften entstehen, bei weitem aufgewogen.«⁵⁸

Von Knorre verstand die von den reichsdeutschen Stellen verlangte Unterbringung von Gebärenden und Wöchnerinnen in Krankeneinrichtungen als Maßnahme zur Schonung der Gesundheit der Frauen und wog diese gegenüber psychischen Aspekten der Trennung ab. Er sprach hierbei nicht von »Familien«, sondern von »Wohngemeinschaften« und reflektierte damit, dass etliche der Frauen ohne ihre Ehemänner, aber in Begleitung ihrer minderjährigen Kinder und häufig einer nicht zur Kernfamilie gehörenden Frau, einer Angestellten, Freundin oder Verwandten, reisten.⁵⁹ Ein Auseinanderreißen dieser Fürsorgemeinschaften wollte von Knorre unbedingt vermeiden. Die mit dem »Mütterschiff« transportierten Schwangeren gehörten zur »höheren Gesellschaftsschicht«, wie sich der Mediziner ausdrückte. Für sie setzte er Ausnahmen durch. Nicht verhindern konnte er allerdings den Weitertransport der Schwangeren in einem schlecht ausgestatteten, überfüllten Zug. Besonders bemängelte er hierbei fehlende Möglichkeiten einer Trennung der Mitreisenden nach sozialen Gesichtspunkten. Die von ihm betreuten Schwangeren grenzte er klar gegen-

54 Bericht »Die Umsiedlung« von Benita H., Posen, in: APP, 800/146, Abteilung Presse, Baltendeutsche Berichte, 1939-1940, Bl. 375-385.

55 Vgl. Schreiben der EWZ Nord-Ost an die Kreisleitung der NSDAP, 10.12.1939, in: Bundesarchiv (BArch), R 69/645, Bl. 48.

56 Für den Abtransport der Kranken war zunächst die Gesundheitsstelle der EWZ verantwortlich, die diese Aufgabe u. a. an das Deutsche Rote Kreuz (DRK) delegierte. Vgl. Schreiben des Medizinalrates Möllins an Dr. Meixner, EWZ Gotenhafen, 27.10.1939, in: BArch, R 69/426, Bl. 43.

57 Vgl. Fiebrandt, Auslese für die Siedlergesellschaft (Anm. 3), S. 285.

58 Dr. Heino von Knorre, Bericht vom 24.11.1939, in: APP, 800/123, Bl. 85-87.

59 Vgl. Berichte von Deutschbalten, 1939-1940, in: APP, 800/146, Abteilung Presse.

über den mitreisenden, ebenfalls aus dem Baltikum stammenden und mit dem gleichen Schiff nach Gotenhafen gekommenen »Hirschenhofer Bauern« ab.⁶⁰ Das enge Zusammensitzen beider sozialer Gruppen in nur einem Zugabteil wertete er als »Zumutung« für die Schwangeren:

»Die Abteile waren nicht nur überfüllt, sondern noch von sehr heterogenen Insassen besetzt. Hochschwängere Frauen der höheren Gesellschaftsschicht sassen enggedrängt zwischen vielköpfigen Bauernfamilien, deren Transtiefel, Schafspelze und anderes die Luft in den Abteilen so schnell verbrauchten, dass ab Stolp Schwächezustände und Übelkeiten bei den Schwangeren einsetzten.«⁶¹

Ob unter den Hirschenhofern ebenfalls Schwangere oder junge Mütter zu finden waren, ist dem Bericht von Heino von Knorre nicht zu entnehmen. Für die »Bauernfamilien« fühlte er sich nicht zuständig. Von Knorres Ehefrau unterstützte die Sicht ihres Mannes und beschwerte sich in einem Brief über die Umstände ihres Weitertransportes ab Gotenhafen:

»Nachdem wir die von uns allen schon heiss geliebte ›Potsdam‹ in Gotenhafen um Mittagszeit verlassen hatten, wurden wir [...] dann in drei Eisenbahnzügen weiter expediert. Für uns hörte damit die gute Organisation auf. Dass ein Mütterschiff [...] einer gewissen Rücksicht bedarf und Aufmerksamkeit, schien keiner Organisation hier aufgegangen zu sein. [...] Wir hatten weder Wasser noch Licht. Es musste alles erst geschafft werden. Dabei passierte unter diesen unglücklichen Umständen natürlich eine Geburt. Wie das alles war, lässt sich nur mündlich erzählen.«⁶²

Frau von Knorre war empört über Organisationsmängel und Gedankenlosigkeit der reichsdeutschen Stellen, in deren Abhängigkeit sie sich zusammen mit dem »Müttertransport« nach Ankunft in Gotenhafen begab. Ihr Hinweis auf

60 Katharina die Große hatte im 18. Jahrhundert Menschen aus der Pfalz im Krongut »Hirschenhof« im damaligen Livland ansiedeln lassen. 1914 lebten noch rund 1.500 Nachfahren der deutschen Siedler in Hirschenhof (Irši). Viele von ihnen waren Handwerker und in der Landwirtschaft tätig. Einige der Deutschstämmigen aus Hirschenhof wurden 1939 zusammen mit dem »Müttertransport« umgesiedelt. Heino von Knorre bezeichnete sie als »Hirschenhofer Bauern« und verdeutlichte damit die sozialen Unterschiede zu den Frauen des »Müttertransportes«. Vgl. Wilfried Schlau, Zur Wanderung und Sozialgeschichte der baltischen Deutschen, in: ders. (Hrsg.), Die Deutsch-Balten, München 1995, S. 32-50.

61 Dr. Heino von Knorre, Bericht vom 24.11.1939, in: APP, 800/123, Bl. 85-87.

62 E. von Knorre an Werner von Knorre, 24.11.1939, in: APP, 800/123, Bl. 91. Der Adressat war Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros in Berlin und leitete den Brief »zur vertraulichen Kenntnisnahme« an die Einwandererberatung der Volksdeutschen Mittelstelle in Posen weiter.

die vulnerable Gruppe der Schwangeren und Frauen mit kleinen Kindern ließ die Organisationsmängel besonders deutlich hervortreten. Im überfüllten Zug improvisierte Heino von Knorre einen Kreißsaal für die Gebärende und gewann damit wieder die Kontrolle über die Situation:

»Als Gebärraum wählte ich den Vorraum eines Wagens 3. Klasse, der sauber und genügend breit war, um die Kreissende bequem hinein- und heraustransportieren zu können und sie ordnungsgemäss auf 2 Strohsäcken zu lagern. Der Raum war auch genügend geheizt und durfte trotz des Verdunkelungsbefehls dank dem Entgegenkommen des Zugpersonals erleuchtet werden. Die Wasserbehälter des Wagens waren leer. Von der NSV Gotenhafen wurde bereitwilligst ein Eimer mit heissem Wasser zur Verfügung gestellt, da Wasser auf dem Bahnhof nicht vorhanden war. [...] Der Gebärenden zur Hilfe zugeteilt war[en] eine Hebamme [...] und eine Pflegerin.«⁶³

Heino von Knorre entband die Gebärende während der Zugfahrt. Das Kind starb jedoch bereits fünf Minuten nach der Entbindung, da es nach Angaben des Arztes »nicht lebensfähig« war. Eines weiteren Kommentars bedurfte der Tod des Neugeborenen aus von Knorres Sicht nicht. Ob die Bedingungen der Geburt den Tod des Kindes mitverursachten oder wie die Mutter den Tod ihres Kindes emotional verarbeitete, bleibt so offen.

Vorläufiger Zielort des »Müttertransportes« war Gollnow (Goleniów) in Westpommern, etwa 20 km von Stettin/Szczecin entfernt. Wenige Tage nach der Ankunft berichtete Heino von Knorre am 29. November, die Unterbringung in Gollnow würde stetig besser und sei »bereits zum Teil eine sehr gute«. »Die geburtshilfliche Versorgung im Kreiskrankenhaus lässt ebenfalls nichts zu wünschen übrig. Wir können daher mit der Unterbringung unseres Müttertransportes sehr zufrieden sein.«⁶⁴ Das pommersche Gollnow stellte eine Zwischenstation bis zur Ansiedlung dar.⁶⁵ Posen, gelegen im Warthegau, bildete das Ansiedlungszentrum und die »Hoffnungsstadt« für Deutschbalten. Bis Weihnachten 1939 waren bereits 8.500 Personen angesiedelt; insgesamt zogen rund 29.000 Menschen aus Estland und Lettland, also knapp die Hälfte der umgesiedelten Deutschbalten, in die Stadt.⁶⁶ Nach ihrer Ankunft in Posen

63 Dr. Heino von Knorre, Bericht vom 24.11.1939, in: APP, 800/123, Bl. 85-87.

64 Schreiben von Heino von Knorre an Lankenfeld, 29.11.1939, in: APP, 800/125, Bl. 268.

65 Schreiben der Baltendeutschen Dienststelle in Gollnow, 27.12.1939, in: APP, 800/123, Bl. 121-123.

66 Die meisten Deutschbalten wurden im städtischen Raum angesiedelt und verteilten sich u. a. auf die Städte Lodz und Leslau (Włocławek). Vgl. Verteilung der baltendeut-

mussten die Umsiedler in Sammellagern leben, bis sie von der EWZ »durchgeschleust« wurden und eine Wohnung bekamen. Im besten Fall erhielten sie während dieses Prozesses die deutsche Staatsbürgerschaft.⁶⁷ Die Baltendeutsche Dienststelle in Gollnow setzte sich dafür ein, den im Ort untergebrachten Müttern und Kindern u. a. des »Müttertransportes« einen Aufenthalt in den Posener Sammellagern zu ersparen. Sie forderte, den Männern sofort Arbeitsplätze im Warthegau zu vermitteln, die Frauen und Kinder jedoch erst im Frühjahr nachzuholen, wenn es wärmer sei und eine Wohnung für sie zur Verfügung stehe.⁶⁸ Zur Schonung von Frauen und Kindern schlug die Dienststelle in Gollnow insofern eine temporäre Trennung der Familien vor. Eine Trennung der Familie im Ansiedlungsprozess betrachtete auch der in der Baltendeutschen Beratungsstelle tätige deutschbaltische Arzt Friedrich Lankenfeld als notwendig. Ende November 1939 schrieb er an seinen Kollegen, »Kamerad Knorre«, dieser solle von Gollnow nach Posen kommen, um dort eine Stelle als Gynäkologe anzutreten. »Lass bitte die Familie zunächst da« riet er. »Die holt man am besten viel später ab.«⁶⁹ Lankenfeld forderte von Knorre auf, sich – um des beruflichen Neuanfangs willen – vorübergehend von seiner Familie zu trennen, was auch das Ankommen der Familie im Warthegau erleichtern werde. Er erklärte die selbst organisierte Trennung der Familie gewissermaßen zu einer Strategie der Ansiedlung und transportierte zugleich traditionelle Geschlechtszuschreibungen, wie die des Mannes als Ernährer.

Benita H., die zusammen mit »Wewi« und deren fünf Kindern aus Riga umgesiedelt war, konnte sich der Einquartierung im Posener Sammellager nicht entziehen.⁷⁰ Alle sieben Personen kamen in das eigens für Mütter mit kleinen Kindern eingerichtete Lager in der Raczinskystrasse.⁷¹ Über ihre Ankunft

schen Umsiedler auf Kreise und Städte im Warthegau, o. D., in: BArch, R 69/233, Bl. 43.

67 Die »Durchschleusung« durch die EWZ fand nicht nur in Posen, sondern dezentral an verschiedenen Orten und häufig bereits vor dem Eintreffen in den Posener Sammellagern statt. Während der »Durchschleusung« wurden die Umsiedler gesundheitlich, erbbiologisch und »rassisch« gemustert. Vgl. Fiebrandt, Auslese für die Siedlergesellschaft (Anm. 3), S. 438; Strippel, NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas (Anm. 29).

68 Vgl. Schreiben der Baltendeutschen Dienststelle in Gollnow, 27.12.1939, in: APP, 800/123, Bl. 121-123.

69 Schreiben von Friedrich Lankenfeld an Heino von Knorre, 27.11.1939, in: APP, 800/123, Bl. 269.

70 In Riga hatte Benita H. zusammen mit Wewi, Wewis Mann und den Kindern in einer Wohnung gelebt. Benita H., Wewi und die Kinder gehörten insofern bereits längere Zeit vor der Abreise aus Riga zu einem Haushalt. Ob Benita H. eine Freundin oder alleinstehende Verwandte von Wewi oder deren Mann war, geht aus dem Bericht nicht hervor. Bericht »Die Umsiedlung« von Benita H., Posen, in: APP, 800/146, Bl. 375-385.

71 Vgl. Schreiben an Dr. Schmidt, 11.12.1939, in: APP, 800/123, Bl. 99.

schrieb Benita H. in ihrem Bericht an die Baltendeutsche Beratungsstelle: »Wir bekommen 4 von 20 Betten im Saal angewiesen für 6 Personen, unser Säugling kommt hinauf ins Babyzimmer.« Benita H. und Wewi mussten im Lager den Verlust ihrer Privatsphäre ebenso wie die zumindest zeitweilige Trennung von den Kindern in Kauf nehmen. Dies erwähnte Benita H. jedoch eher beiläufig. Für erwähnenswerter hielt sie die mangelnde Hygiene im Lager. Eventuell hoffte sie, mit diesem Argument und durch ihren Bericht an die Baltendeutsche Beratungsstelle Verbesserungen zu erreichen. Über das Leben im Lager schrieb sie:

»Die Schwestern sind sehr freundlich, die Kindergärtnerinnen sammeln das kleine Volk um sich. Es ist für alles gesorgt – und doch, wenn man genauer hinschaut, stehen einem die Haare zu Berge, weil in vielen Dingen nicht die nötige Sorgfalt beobachtet wird. In der Babyküche laufen unzählige Schaben herum, die schmutzigen Windeln der kranken und gesunden Säuglinge werden durcheinandergeworfen, und es besteht keine Möglichkeit, sie zu kochen. Ansteckende Krankheiten verbreiten sich in unheimlicher Schnelligkeit. Der Lagerarzt hat viel zu tun. [...] Wie lange wird man im Lager bleiben?«⁷²

Benita H., Wewi und die Kinder blieben acht Tage im Lager, bevor sie in eine Wohnung in Posen einziehen konnten. Diese Tage gestalteten sich für sie zunehmend schwierig, weil ihre Kinder erkrankten. Krankheiten, insbesondere Infektionskrankheiten, stellten aus Sicht der verantwortlichen Stellen eine Gefahr für Mütter und Kinder in den Lagern dar und gefährdeten den Umsiedlungsprozess.⁷³ Nach einem Aktenvermerk erkrankten im November 1939 allein im Mutter-und-Kind-Lager in Posen 50 bis 70% der Kinder.⁷⁴ Als Hauptursache dafür machten die verantwortlichen Mediziner während einer Besprechung neben den von Benita H. angeprangerten mangelhaften Voraussetzungen für eine ausreichende Hygiene die fehlenden Möglichkeiten einer räumlichen Trennung von Mutter und Kind aus. Die Ärzte schoben damit einen Teil der Verantwortung für die Erkrankungen der Kinder den Müttern zu, denen sie eine »unsachgemäße« Pflege der Kinder unterstellten. »Einmischungen« der Mütter stellten sie darüber hinaus als eine »Belastung« für Ärzte und Schwestern dar.⁷⁵ Die verantwortlichen Mediziner erklärten in diesem Fall eine als temporär angelegte Trennung von Müttern und Kindern als gesundheitsfördernde Maßnahme und wiesen mit dem Argument der gesundheitlichen Fürsorge

72 Bericht »Die Umsiedlung« von Benita H., Posen, in: APP, 800/146, Bl. 375-385.

73 Vgl. Schreiben von Erich Breckhoff an Hermann Schlau, 31.3.1940, in: APP, 800/129.

74 Vgl. Aktenvermerk, betr. »Ärztliche Überwachung und Betreuung der Baltendeutschen«, 21.11.1939, in: BArch, R 69/648, Bl. 14-17.

75 Ebd.

individuelle Vorstellungen und Bedürfnisse der Mütter ab, mit ihren Kindern zusammen zu sein.

Für Benita H. gab die Drohung, die beiden erkrankten Kinder müssten in der »Scharlachbaracke« isoliert werden, den Anstoß, sich gemeinsam mit Wewi für eine andere Unterbringung einzusetzen.

»Da bäumt sich alles in uns auf. Bis hierher haben wir die Kleinen noch durchgebracht, wir geben sie nicht in die Ansteckung hinein, das tun wir ganz bestimmt nicht. Wewis Mann kommt zum Glück ins Lager. Wir empfangen ihn mit der bösen Nachricht. [...] Er wird sofort für eine Wohnung sorgen. Aber es dauert doch noch bis zum nächsten Tage. Wir sind inzwischen im Isolierzimmer untergebracht. Die Nacht ist kalt. Ich reise mir das letzte weg, um die Kinder zu bedecken. [...] Dann fahren wir durch den frühen Abend [...] zu unsrer neuen Wohnung, [...] Wir ziehen mit unsren kranken Kindern in einen Eispalast, Parkett, Klubsessel, Kronleuchter und Kälte empfangen uns.«⁷⁶

Benita H. und Wewi wehrten sich gegen die Trennung von den beiden erkrankten Kindern. Mit Hilfe von Wewis Mann, der in Benita H.'s Bericht an dieser Stelle zum ersten Mal auftaucht und eine patriarchal geprägte Funktion des »Beschützers« der Familie zugewiesen bekam, gelang es den Frauen, sich gegenüber der Lagerleitung und dem Lagerarzt durchzusetzen und eine Trennung von den Kindern zu verhindern. Hinsichtlich der Ausstattung der neuen Unterbringung schwang in Benita H.'s Bericht Kritik mit. Sie kontrastierte die luxuriöse, aber für sie im Moment des Einzugs wertlose Ausstattung der Wohnung mit der für die kranken Kinder dringend benötigten, aber fehlenden Wärme. Woher Wewis Mann plötzlich die Wohnung bekommen hatte, wer den »Eispalast« vor ihr bewohnt hatte, wem Kronleuchter und Klubsessel gehörten, fragte sich Benita H. an dieser Stelle nicht. Ihre eigene Not und die Erleichterung, das Lager verlassen zu können, standen für sie im Vordergrund.⁷⁷

Bis zum 17. Dezember wurden rund 88.000 polnische Posener Bürger, unter ihnen die jüdische Bevölkerung, vertrieben und ins Generalgouvernement »ausgesiedelt«, um die Ansiedlung der Deutschbalten zu ermöglichen.⁷⁸

76 Bericht »Die Umsiedlung« von Benita H., Posen, in: APP, 800/146, Bl. 375-385.

77 Dies war unter den Deutschbalten eine verbreitete Haltung. Vgl. Bosse, Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland (Anm. 16), S. 33.

78 »Ausgesiedelt« wurden alle Juden des Warthegaus, die in den ehemals preußischen Gebieten lebten. Vgl. Aly, »Endlösung« (Anm. 13). Sie wurden jedoch nicht alle sofort deportiert, sondern teilweise zunächst in Lager gesperrt. 2.663 Posener Juden wurden beispielsweise erst im April 1940 aus dem Internierungslager Głowno bei Posen ins Generalgouvernement deportiert. Vgl. Christopher Browning, Die Entfesselung der »Endlösung«. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942, München 2003, S. 109.

Vertreter der deutschbaltischen »Volksgruppe« standen mit den für die Umsiedlungen zuständigen Stellen in Verbindung. Sie erhoben, bestrebt für ihre »Volksgruppe« bestmögliche Bedingungen zu schaffen, Anspruch auf die »frei gewordenen« Wohnungen und das Mobiliar.⁷⁹ Deutschbaltische Umsiedler legten hierbei selbst Hand an und nahmen aktiv an Vertreibungen teil.⁸⁰ Möglicherweise hatte auch Wewis Mann so Zugriff auf den »Eispalast« bekommen.

Heino von Knorre, Benita H. und Wewi gelang es, durch die Nutzung von Kontakten, familiären Netzwerken, professioneller Autorität und von Handlungsspielräumen ihre Interessen durchzusetzen und drohende, als psychische Zumutung wahrgenommene Familientrennungen zu verhindern. Ihnen ging es hierbei allerdings weniger um das Zusammenbleiben der bürgerlichen Kernfamilie als vielmehr darum, die von NS-Behörden angeordnete Trennungen von Mutter und Kind abzuwenden.

3. Familientrennungen während der Umsiedlungen aus Ostpolen

Am 8. Dezember 1939 traf das deutsche Umsiedlungskommando im sowjetisch besetzten Ostpolen ein, d. h. in Wolhynien, Ostgalizien und im Narewgebiet.⁸¹ Deutsch-sowjetisch besetzte Umsiedlungskommissionen reisten von Ort zu Ort und erfassten die umsiedlungswillige Bevölkerung sowie deren Besitz.⁸² Eigens dafür eingesetzte Gebietsärzte durchkämmten die Krankenhäuser nach Umsiedlungswilligen und sonderten Hochschwängere von den übrigen Umsiedlern ab.⁸³ Sie wurden in Krankensammelstellen zusammengefasst und von dort per

79 Vgl. z. B. »Protokoll über die Besprechung der Abteilungsleiter der Volksdeutschen Einwandererberatungsstelle«, 17.2.1940, in: APP, 800/23, Bl. 97; »Protokoll über die Besprechung der Abteilungsleiter der Volksdeutschen Einwandererberatungsstelle«, 23.2.1940, in: APP, 800/23, Bl. 105.

80 Der in der Einwandererberatung der VoMi in Litzmannstadt tätige Baron Cecil von Hahn forderte im März 1940, Polen und Juden sollten sich selbst »evakuieren«, da Deutschbalten und Deutsche »Schaden« hierdurch nähmen. Schreiben von Dr. Baron Cecil von Hahn, 7.3.1940, in: APP, 800/61, Bl. 7.

81 »Bericht über den Aufbau des Gesundheitswesens für die Rückführung der Deutschen Volksgruppen aus Wolhynien und Galizien«, Stand 21.11.1939, in: BArch, R 69/149, Bl. 17-20.

82 Zur Erfassung der Umsiedler vgl. z. B. Stiller, Germanisierung und Gewalt (Anm. 11), S. 931-937. Zur Mitwirkung von Wolhyniendeutschen bei der Erfassung und Umsiedlung vgl. Ludwig Brenner, Kriegsbeginn 1939, die Arbeit der Umsiedlungskommission, die Umsiedlung mit der Bahn und unliebsame Erfahrungen aus Umsiedlerlagern, in: Wolhynische Hefte, 9. Folge (1995), S. 57-69.

83 Vgl. Auszug aus dem Bericht Nr. 9 des Deutschen Hauptbevollmächtigten für Aussiedlung, Wolhynien – Galizien vom 22.1.1940, in: BArch, R 69/149, Bl. 34-45.

Lastwagen und Bahn weitertransportiert, um Niederkünfte während der »Normaltransporte« zu vermeiden. Nach Angaben des Umsiedlungshauptbevollmächtigten spielte die »Versorgung hochschwangerer Frauen, die kurz vor der Entbindung standen, eine zahlenmässig erhebliche Rolle unter den ärztlichen Transporten«. ⁸⁴ Etliche Schwangere versuchten jedoch, sich durch »Geheimhalten« der Schwangerschaft der Aussonderung zu entziehen, um eine Trennung von älteren Kindern und von ihren Familien zu vermeiden. ⁸⁵

Die Ängste vor einer Trennung waren nicht unbegründet, war es doch auch den Verantwortlichen bewusst, dass ein späteres Wiederfinden der Angehörigen schwierig werden würde. ⁸⁶ So vermerkte Gerhard Rose als leitender Hygieniker der Umsiedlung und Vizepräsident des Robert-Koch-Instituts in einem Bericht vom November 1939: ⁸⁷ »Die praktische Erfahrung bei früheren Bevölkerungsbewegungen lehrt, dass solche Trennung oft eine Trennung fürs Leben ist.« ⁸⁸ Ihm war die Gefahr einer dauerhaften Trennung von Familien bei Isolation Erkrankter und Schwangerer bewusst. Letztlich ordnete er jedoch das Zusammenbleiben der Familie der Seuchenprävention ebenso unter wie funktionalen Überlegungen. ⁸⁹

Sowjetische Züge transportierten ältere Menschen, Schwangere, Kranke, die städtische Bevölkerung sowie die meisten Frauen und Kinder – insgesamt 60 bis 70 % der Umsiedler – zur deutsch-sowjetischen Grenze. Von dort ging es weiter mit deutschen, respektive beschlagnahmten polnischen Zügen und polnischem Zugpersonal in die mittlerweile in Lodz errichteten Durchgangslager. ⁹⁰ Problematisch beim Transport per Bahn waren die mangelhafte Ausstattung der Züge, die Kälte und die »unwahrscheinlich grossen Zugverspätungen«. ⁹¹ Die Züge benötigten von einer Versorgungsstation zur nächsten zum Teil 18 bis 24 Stunden. An den Versorgungsstationen erhielten die Umsiedler warme Suppe

84 Ebd., Bl. 38 f.

85 Der Deutsche Hauptbevollmächtigte, leitender Arzt, »Erfahrungsbericht der Abteilung Gesundheitswesen über den Abschnitt Bessarabien-Buchenland der Umsiedlungs-Aktion«, 7.12.1940, in: BArch, R 59/376, Bl. 17-38.

86 Vgl. hierzu: Stiller, Germanisierung und Gewalt (Anm. 11), S. 939 f.

87 Zu Gerhard Rose vgl. Christine Wolters, Humanexperimente und Hohlglasbehälter aus Überzeugung. Gerhard Rose – Vizepräsident des Robert-Koch-Instituts, in: Frank Werner (Hrsg.), Schaumburger Nationalsozialisten. Täter, Komplizen, Profiteure, Bielefeld 2010, S. 407-444.

88 Gerhard Rose, »Bericht über die Dienstreise nach Lodz, 8.-10.11.1939«, 10.11.1939, in: BArch, R 69/149, Bl. 1-13, hier Bl. 12 f.

89 Vgl. ebd.

90 Vgl. Stephan Döring, Die Umsiedlung der Wolhyniendeutschen in den Jahren 1939 bis 1940, Frankfurt a. M. u. a. 2001, S. 94, 120.

91 Karl Honisch, »Großeinsatz Osten. Generalbericht der Sonderbereitschaft Honisch«, 15.3.1940, in: BArch, R 49/1/3055, Bl. 1-21, hier Bl. 12.

und medizinische Betreuung.⁹² Über die »Normaltransporte« per Bahn notierte Karl Honisch, Leiter der DRK-Sonderbereitschaft, die für die Bereitstellung der Zugbegleitung durch DRK-Helferinnen und -Helfer bis nach Lodz verantwortlich war:⁹³

»Dass die Kälte in den Zügen auch den abgehärteten Rückwanderern tüchtig zusetzte, ist begreiflich. Kleine Kinder froren mit den Kleidern an den Holzbänken an und mussten vorsichtig losgemacht werden, junge Mütter trockneten die nassen Windeln ihrer Säuglinge notdürftig an der blossen Brust. Ganz schlimm war es, wenn sich während der Fahrt eine Geburt ereignete, ein Fall, der nach den Meldungen unserer Transportbegleiter verhältnismässig oft vorkam [...]. Diesem Vorgang stand eine grosse Zahl von Helfern und Helferinnen vollkommen unvorbereitet gegenüber. [...] unsere Helferinnen [meisterter] auch diese kritische Situation und leisteten die erste Hilfe in so vorzüglicher Art, dass in allen Fällen Mutter und Kind wohlbehalten dem diensthabenden Arzte des nächsten Bahnhofes zur weiteren Behandlung übergeben werden konnten.«⁹⁴

Etliche Hochschwängere entzogen sich offenbar erfolgreich der Absonderung und dem Transfer in Krankentransporten. Aufregungen und das Rütteln des Zuges lösten zudem vielfach vorzeitige Wehen aus, wie Honisch berichtete.⁹⁵ Ärzte und Hebammen waren als Begleiter in den Zügen der »Normaltransporte« nicht vorgesehen. DRK-Helferinnen und -Helfer sahen sich damit konfrontiert, eigenständig – oftmals ohne entsprechende Qualifikation – medizinische Hilfe bis hin zur Geburtshilfe leisten zu müssen.⁹⁶ Ein Transport umfasste 800 bis 1.000 Personen und wurde lediglich von vier DRK-Helferinnen und -Helfer begleitet, die teilweise aufgrund zugefrorener Türen nicht die

92 Ebd.; vgl. auch: Auszug aus dem Bericht Nr. 9 des Deutschen Hauptbevollmächtigten für Aussiedlung, Wolhynien – Galizien vom 22.1.1940, in: BArch, R 69/149, Bl. 35-45, hier Bl. 39f.; Gerhard Rose, »Bericht über die Dienstreise vom 8.-10.11.1939«, 10.11.1939, in: BArch, 69/149, Bl. 1-13, hier Bl. 8.

93 Karl Honisch (1894-1964) trat 1931 in die SS und in die NSDAP ein. Seit 1939 war er in Lodz als Leiter des DRK-Sondereinsatzes Osten tätig. Vgl. SS-Akte, Lebenslauf sowie verschiedene Schreiben des DRK, in: BArch, R 9361-III/532192. Ich danke Maximilian Jacob für die Recherchen.

94 Karl Honisch, »Großeinsatz Osten. Generalbericht der Sonderbereitschaft Honisch, 15.3.1940«, in: BArch, R 49/1/3055, Bl. 1-21, hier Bl. 11.

95 Ebd.

96 Nur ein Teil der DRK-Helferinnen und -Helfer verfügte über eine medizinische Ausbildung. Viele hatten lediglich einen Kurs mit 20 bis 30 Doppelstunden im Krankenpflegebereich besucht. Vgl. Julia Paulus/Marion Röwekamp (Hrsg.), Eine Soldatenheimschwester an der Ostfront. Briefwechsel von Annette Schücking mit ihrer Familie (1941-1943), Paderborn u. a. 2015, S. 37.

Waggons wechseln konnten. Es ist davon auszugehen, dass sich die Umsiedler daher untereinander halfen.⁹⁷ In den überfüllten Zügen gab es oft kein Wasser, geschweige denn warmes. Innenbeleuchtung und Heizung waren nicht vorhanden, und es fehlte an ausreichender Nahrung. Die Angaben von Honisch, es sei trotz dieser Bedingungen nicht zu Todesfällen von frisch entbundenen Müttern und deren Neugeborenen gekommen, erscheint fragwürdig, besonders vor dem Hintergrund, dass in anderen Berichten insbesondere Todesfälle von kleinen Kindern während der Transporte beklagt wurden.⁹⁸ Honisch unterstrich in seinem Bericht dagegen vor allem »Tatkraft« und Erfolge der DRK-Bereitschaft, die anhand geburtshilflicher Leistungen ohne Vorbildung unter widrigen Bedingungen besonders hervortraten. Offen bleibt, ob die »Übergabe« von Mutter und Kind an einen Arzt im Versorgungs- und Ankunftsbahnhof zugleich die Trennung von eventuell vorhandenen älteren Kindern bedeutete.

Alle, die nicht per Bahn ins Deutsche Reich gelangten – dies betraf in erster Linie die männliche ländliche Bevölkerung Wolhyniens, aber auch (schwängere) Frauen und kleine Kinder –, reisten, propagandistisch begleitet, per Pferdetrack ins Deutsche Reich. Diese Trecks boten neben romantisch-archaischen Bildern zur Illustration der »größten Völkerwanderung aller Zeiten«, die den »Aufbruch« zu neuem Land und in eine moderne Welt symbolisieren sollten,⁹⁹ die Möglichkeit, Besitz und Vieh über die Grenze zu bringen und als Familie zusammen zu bleiben.¹⁰⁰ Die Fahrt zur sowjetisch-deutschen Demarkationslinie dauerte etwa fünf Tage. Bei Frost und Schnee war die Fahrt für Mensch und Tier anstrengend und gefährlich: Wagen kippten im Schnee um, kamen vom Weg ab, Wasser froh ein und es mangelte an Trinkwasser.¹⁰¹ Eine Hebamme, zuständig für die Betreuung von Entbindungstuben in den Umsiedlerlagern in der Nähe von Lodz, berichtete von zwei Frauen, die sie dort entband: »Diese beiden Mütter waren im hochschwangeren Zustand zwei und drei Wochen mit dem Fuhrwerk unterwegs.«¹⁰² Anerkennend hob sie hervor,

97 Karl Honisch, »Großeinsatz Osten. Generalbericht der Sonderbereitschaft Honisch«, 15.3.1940, in: BArch, R 49/1/3055, Bl. 1-21.

98 Vgl. Auszug aus dem Bericht Nr. 9 des Deutschen Hauptbevollmächtigten für Ausiedlung, Wolhynien – Galizien vom 22.1.1940, in: BArch, R 69/149, Bl. 35-45, hier Bl. 39 f.

99 Vgl. Harvey, Inszenierung (Anm. 13).

100 Im Zug durften 50 kg Gepäck pro Familienvorstand und 25 kg für jedes weitere Familienmitglied mitgeführt werden. Vgl. Leniger, Nationalsozialistische Volkstumsarbeit (Anm. 34), S. 79.

101 Vgl. Döring, Die Umsiedlung der Wolhyniendeutschen in den Jahren 1939 bis 1940 (Anm. 90), S. 128-133.

102 Nanna Conti, Der Einsatz der Hebamme bei der großen Heimkehr im Osten, in: Die Deutsche Hebamme 55 (1940), S. 65-67.

beide Frauen hätten selbst ein Fuhrwerk gelenkt. Mit ihrem Bericht betonte die Hebamme die Leistungen der beiden Frauen, die nicht nur Schwangerschaft und Geburt unter widrigen Bedingungen meisterten, sondern zudem durch die Übernahme der in der NS-Propaganda als männlich konnotierten Tätigkeit des Wagenlenkens im Umsiedlertreck in der Ausnahmesituation geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen übertraten. Eine der Frauen steuerte zusammen mit ihrem Mann die beiden Fuhrwerke der Familie. Mit der Fahrt per Pferdewagen verhinderte sie die Trennung von Familie und Besitz. Die zweite Frau war auf sich selbst gestellt. Ihr Mann war zu Beginn des Kriegs verhaftet und die Familie insofern bereits vor der Umsiedlung durch die Folgen des Kriegs getrennt worden.¹⁰³ Erzählungen, wie sie die Hebamme über den von »Polen« verhafteten Mann und seine allein die Strapazen des Trecks meisternde hochschwängere Frau kolportierte, dienten in der NS-Propaganda vielfach als Legitimation und gleichsam Evidenz für die Notwendigkeit der Umsiedlung zur »Rettung« der »Volksdeutschen«.¹⁰⁴

Mitte Dezember 1939 fuhr die aus Ostpreußen stammende Hebamme Marie Bigott voller Enthusiasmus nach Lodz, um beim »Umsiedlungswerk« zu helfen.¹⁰⁵ Sie wurde im Krankenhaus Nord tätig, das die VoMi zuvor beschlagnahmt, vollständig geräumt und für die gesundheitliche Versorgung der Umsiedler bestimmt hatte.¹⁰⁶ Am 23. Dezember 1939 erreichte der erste Zug mit Wolhyniendeutschen die Stadt.¹⁰⁷ Viele Umsiedler waren durch die Strapazen des Transports erkrankt, die Krankenhäuser in Lodz innerhalb weniger Tage überfüllt.¹⁰⁸ Marie Bigott berichtete über das Krankenhaus Nord:

»Im 3. Stock füllten sich die Säle mit jungen Müttern. Als erste hatten wir Wolhyniendeutsche. [...] Nachdem die große Säuberung der Frauen vor sich gegangen war, erschien es uns oft, als wenn wir ganz andere Gesichter

103 Vgl. ebd.

104 Bereits beim Überfall auf Polen nutzte die NS-Propaganda die Situation der »Volksdeutschen«, um eine Erzählung deutschen Leidens zu etablieren. Vor diesem Hintergrund wurde die Gewalt der deutschen Besatzer gegen Polen und Juden zur »Notwehr« umgedeutet und legitimiert. Vgl. Doris L. Bergen, *Instrumentalization of »Volksdeutschen« in German Propaganda in 1939. Replacing/Erasing Poles, Jews, and Other Victims*, in: *German Studies Review* 31 (2008), S. 447-470.

105 Vgl. Marie Bigott, »Aufbau im Osten«, in: *Die Deutsche Hebamme* 55 (1940), S. 254-256.

106 Vgl. Wiebke Lisner, *Midwifery under German Occupation in the Litzmannstadt Ghetto and in Western Poland*, in: Miriam Offer (Hrsg.), *Jewish Women Medical Practitioners in Europe before, during and after the Holocaust*, *Nashim* 36 (2020), S. 86-116.

107 Vgl. Leniger, *Nationalsozialistische Volkstumsarbeit* (Anm. 34), S. 80.

108 Vgl. Karl Honisch, »Großeinsatz Osten. Generalbericht der Sonderbereitschaft Honisch«, 15.3.1940, in: *BArch*, R 49/1/3055, Bl. 1-21, hier Bl. 5.

vor uns hatten. Glücklich und zufrieden schauten sie drein. Selbstverständlich kamen auch wieder trübe Augenblicke; denn Mann und Söhne waren ja noch nicht auf deutschem Boden geborgen, sondern noch mit der Fuhre unterwegs. Dennoch wurde die schwere Stunde, die nun einmal durchzustehen ist, mutig durchkämpft; brachte doch das Neugeborene neue Pflichten und Aufgaben mit sich.«¹⁰⁹

Marie Bigott unterstrich die Zufriedenheit der Frauen, nach dem sie gewaschen und in Betten untergebracht waren. Im Vergleich zum Transport im Zug empfanden sie den Klinikaufenthalt möglicherweise als eine Erleichterung und Erholungspause. Marie Bigott betonte zudem Hoffnung, Neuanfang, Neugründung oder Erweiterung der Familie, symbolisiert durch die Geburt eines Kindes. Sie thematisierte jedoch auch die psychische Belastung der Frauen, die, von ihren Familien getrennt, allein in fremder Umgebung ihr Kind zur Welt bringen mussten. Allerdings waren die Frauen nicht nur von ihren Ehemännern und älteren Söhnen getrennt, die – wie Marie Bigott schrieb – noch mit dem »Treck« unterwegs waren, sondern sie konnten auch eventuell vorhandene minderjährige Kinder, mit denen sie zusammen im Zug gekommen waren, nicht in die Klinik mitnehmen. Sie waren gezwungen, diese im Lager zurückzulassen. Die NSV, die u. a. für Verpflegung, Betreuung, Wohlfahrts- und Jugendpflege in den Lagern zuständig war, richtete ein Kinderheim für verwaiste und »alleinstehende Rückwandererkinder« in Lodz ein, in dem sie 1940 rund 50 Kinder betreute.¹¹⁰

»Nicht selten kam es vor«, schrieb Marie Bigott, »daß die Mutter mit dem Säugling im Arme das Krankenhaus verließ, meistens mittels Sanitätszug nach irgendeinem Lager ins Altreich transportiert wurde, ohne vom Manne überhaupt ein Lebenszeichen erhalten zu haben. Stolz und mutig, wie eben nur eine deutsche Frau sein kann, ertrugen sie auch dieses.«¹¹¹

Offen bleibt, ob ältere Geschwisterkinder zusammen mit Mutter und Baby im Sanitätszug weitertransportiert wurden oder ob der Aufenthalt in der Klinik eine längerfristige oder gar dauerhafte Trennung von den älteren Kindern bedeuten konnte. Den »Stolz« und »Mut« der deutschen Umsiedlerfrauen angesichts der Trennung von ihren Familien kontrastierte Marie Bigott mit dem

109 Bigott, Aufbau im Osten (Anm. 105), S. 255.

110 Vgl. »Leistungsbericht« vom 1.12.1939 bis zum 31.10.1940 der NSDAP Reichsleitung, Hauptamt für Volkswohlfahrt, der Sonderbeauftragte für die Umsiedlung, gez. Schraml, in: BAArch, R 57 neu/9.

111 Bigott, Aufbau im Osten (Anm. 105), S. 255.

Verhalten von Polinnen, deren angeblich arbeitslose männliche Verwandte zur Zwangsarbeit ins »Altreich« deportiert wurden:

»Da hatte ich einmal die Gelegenheit, am Bahnhofe in Litzmannstadt einen Transport arbeitsloser Polen, Männer, die nach dem Altreich verfrachtet wurden, zu beobachten. Unbeschreiblich das zügellose Geheule der Polenweiber, ja laut gebrüllt haben die! Machen Sie sich ein Bild, etwa 200 Tonarten! Dies, obgleich die Männer zu bezahlter Arbeit ins Reich kamen!«¹¹²

Gefühlsäußerungen der polnischen Frauen beim erzwungenen Abschied von ihren männlichen Verwandten wertete Marie Bigott als unpassend und übertrieben ab.¹¹³ Demgegenüber suggerierte sie, die Umsiedlerinnen, die das Krankenhaus ohne Nachricht von ihren Verwandten verließen, hätten Grund zur Klage gehabt, jedoch ihre Gefühle mit »Stolz« und »Mut« kontrolliert und ihre Bedürfnisse hinter der größeren Idee des »Umsiedlungswerkes« zurückgestellt und damit ihr Deutsch-Sein bewiesen. Nach dem von Marie Bigott gezeichneten Bild waren die Umsiedlerinnen, wenn auch »einfach«, so doch in keiner Weise mit den »zügellos« emotionalen »Polenweibern« gleichzusetzen, für deren Situation einer erzwungenen Trennung der Familie mit ungewisser Aussicht auf ein Wiederzusammenkommen sie kein Verständnis aufbrachte. In Abgrenzung gegenüber den Polinnen konstruierte Marie Bigott eine deutsche Gemeinschaft über geografische Grenzen hinweg, bestehend aus Menschen mit »deutschem« Charakter, denen sie Eigenschaften zuschrieb, zu denen für sie auch das klaglose Hinnehmen von Familientrennungen zählte.¹¹⁴ Ob die betroffenen Wolhyniendeutschen die schwierigen Bedingungen der Umsiedlung ähnlich wahrnahmen wie die oft stark ideologisierten »reichsdeutschen« Akteure, muss wegen des Mangels an zeitgenössischen Egodokumenten dieser Gruppe offenbleiben.

In den Lagern in und um Lodz lebten die Umsiedler aus Ostpolen in einer abgegrenzten Zwangsgemeinschaft. Dort waren sie fast uneingeschränkt dem Zugriff der NS-Umsiedlungsakteure ausgesetzt.¹¹⁵ Aufgrund von mangelnder Hygiene und Überbelegung – vielfach gab es noch nicht einmal Betten, son-

112 Ebd., S. 255.

113 Zu Zwangsarbeit vgl. Marc Buggeln, Unfreie Arbeit im Nationalsozialismus. Begrifflichkeiten und Vergleichsaspekte zu den Arbeitsbedingungen im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten, in: Marc Buggeln/Michael Wildt (Hrsg.), Arbeit im Nationalsozialismus, München 2014, S. 231-252.

114 Zu Konzepten wie der »Rassenseele« vgl. z. B. Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz, Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 496.

115 Vgl. Markus Leniger, »Heim im Reich?«. Das Amt XI und die Umsiedlerlager der Volksdeutschen Mittelstelle, in: Wolf Gruner/Armin Nolzen (Hrsg.), »Bürokratien«. Initiative und Effizienz, Berlin 2001, S. 81-110.

dern lediglich Strohaufschüttungen – kam es vermehrt zu Ausbrüchen von Infektionskrankheiten. Betroffen waren insbesondere Säuglinge und Kleinkinder, etliche starben. Das Leben im Lager konnte damit zu einer existentiellen Bedrohung werden, gerade für Familien mit Kindern.¹¹⁶ So starben z. B. im Winter 1939/40 nach einem Bericht der EWZ allein im Lager »Kloster« im Kreis Lentschütz 30 Kinder an Masern. Eine Familie habe – so hieß es weiter in dem Bericht – drei Kinder verloren.¹¹⁷

Erkrankungen und Tod der Kinder, die Zerstörung von sozialen Gemeinschaften und Familien durch Krieg und Umsiedlung waren für die »volksdeutschen« Umsiedler eine emotionale Belastung. Die von Marie Bigott gelobten Eigenschaften »Stolz« und »emotionale Kontrolle« konnten unter diesen Bedingungen in psychische Erkrankungen umschlagen. Ein leitender Arzt der VoMi berichtete beispielsweise über eine »Rückwanderin«, deren beide Kinder im Lager bei Lodz gestorben waren. Ihr Mann war Pole und befand sich im Winter 1939/40 in deutscher Kriegsgefangenschaft. In Folge des Todes ihrer Kinder wurde die Mutter mit depressiven Zuständen in die psychiatrische Anstalt Kochanowka eingewiesen. Im Februar 1940 teilte die Anstaltsleitung mit, die Frau könne als geheilt entlassen werden. Die Eltern der Frau, die als »Volksdeutsche« im Kreis Sieradz in der Nähe von Lodz wohnten, bemühten sich um die Erlaubnis, ihre Tochter bei sich aufnehmen zu dürfen.¹¹⁸ Ob die junge Frau tatsächlich zu ihren Eltern ziehen konnte, geht aus den Akten nicht hervor. Wie Maria Fiebrandt zeigt, konnten jedoch psychische Erkrankungen aufgrund emotionaler Belastungen während und in Folge der Umsiedlungen zu dauerhaften Einweisungen in Psychiatrien führen und sogar die Einbeziehung in die Krankenmorde bedeuten.¹¹⁹ Psychische Erkrankungen in Folge von Familientrennungen stellten gewissermaßen die Kehrseite der von Marie Bigott hervorgehobenen emotionalen Kontrolle dar. Diejenigen, denen es nicht gelang, Trennungen von Familienmitgliedern klaglos mit »Mut« und »Stolz« hinzunehmen, verwirkten ihre Option auf Zugehörigkeit zur »Volksgemeinschaft«. Als »krank« kategorisiert, konnte ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft

116 Vgl. Karl Gustav Hugo Tschierschky, Sicherheitspolizei und SD, stellvertretender Leiter der Einwandererzentrale Nordost, »Erfahrungsberichte der Fliegenden Kommission II Kalisch aus der Durchschleusung vom 7.2. bis 22.2.40«, 28.2.1940, in: BArch, R 69/58, Bl. 15-21.

117 Aktenvermerk Dr. Rö/Cr., Mitarbeiter beim Chef der Sicherheitspolizei und der SD Einwandererzentralstelle Nordost, Lodsch, den 13.2.1940, in: BArch, R 69/71, Bl. 12.

118 Schreiben von Prof. Dr. Bernauer, VoMi, an die Einwandererzentralstelle Lodsch, 28.2.1940, in: BArch, R 69/787, Bl. 36.

119 Vgl. Fiebrandt, Auslese für die Siedlergesellschaft (Anm. 3), S. 615-628.

verweigert werden.¹²⁰ Für sie gab es kaum mehr Hoffnungen auf eine Familienzusammenführung.

4. Schluss

Ein gemeinsamer Transfer der bürgerlichen Kernfamilie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, wurde bei der Umsiedlung sowohl der Deutschbalten als auch der Wolhyniendeutschen vielfach weder von den Umsiedlungsakteuren geplant noch von den Umsiedlern selbst eingefordert. Temporäre Trennungen von Vätern waren offenbar aufgrund früherer Erfahrungen, aber auch aufgrund geschlechtsspezifischer Stereotype, nach denen Frauen und Kinder eines besonderen Schutzes und schonender Behandlung bedürfen, erwartbar und akzeptabel. Mutter und Kind galten als Einheit, die medial in Szene gesetzt wurde. Etliche deutschbaltische Mütter reisten, wie Wewi mit ihren fünf Kindern, gemeinsam mit einer weiblichen Verwandten oder Freundin. Benita H., Wewi und die Kinder stellten während der gesamten Umsiedlung eine enge Fürsorge- und Versorgungsgemeinschaft dar, deren innerer Zusammenhalt die Sorge um die Kinder bildete. Benita H. beschrieb sich hierbei Wewi gegenüber als gleichberechtigt. Erst als es um die Beschaffung einer Wohnung und die Entlassung aus dem Lager ging, fand Wewis Mann als »Retter« Erwähnung und erhielt damit eine klassische Position als »Oberhaupt« innerhalb der Familie (wieder) zugeschrieben. Eine Trennung von Müttern und Kindern während des Transfers ins Deutsche Reich war von den Umsiedlungsakteuren nicht intendiert, wurde jedoch vielfach angeordnet und ohne zu zögern in Kauf genommen, um beispielsweise geordnete Abläufe oder zum Schutz der Gesundheit als notwendig erachtete Maßnahmen durchzusetzen.

Die Bedingungen des Transfers der Wolhyniendeutschen ins Deutsche Reich bzw. in die besetzten polnischen Gebiete sowie die Unterbringung in Lagern waren vielfach von organisatorischen Mängeln, Übergriffen der Umsiedlungsakteure und – im Gegensatz zur Umsiedlung der Deutschbalten – von existentiellen Entbehrungen gekennzeichnet. Insbesondere für Schwangere, Säuglinge und Kleinkinder konnte die Umsiedlung zu einer gesundheitlichen oder gar tödlichen Bedrohung werden und Familien dadurch auseinanderreißen oder gar zerstören. Im Vergleich zu Deutschbalten verfügten Wolhyniendeutsche über wenig Möglichkeiten, ihren Transfer ins Deutsche Reich selbstbestimmt zu gestalten, oder eine Trennung der Familie zu verhindern. Dies ist nicht

120 Vgl. Schreiben Zietz (Auslandsabteilung Reichsärztekammer), 27.2.1940, in: APP, 800/123, Bl. 75.

überraschend, wurden doch soziale Unterschiede und die völlig verschiedenen Bedingungen insbesondere dieser beiden Umsiedlergruppen in der Forschung vielfach herausgearbeitet.

Markus Roth schreibt, ein Teil der »volksdeutschen« Umsiedler sei »zu bloßen Objekten der Macht- und Germanisierungspolitik degradiert« worden.¹²¹ Die Berichte, in denen insbesondere wolhyniendeutsche Mütter und Kinder als Objekte der Fürsorge der sich in Szene setzenden nationalsozialistischen Umsiedlungsakteure dargestellt wurden, unterstreichen diese These. Dennoch nutzten Schwangere und Mütter Handlungsspielräume. So konnten sie sich beispielsweise bewusst den Sonder- bzw. Krankentransporten entziehen und eine Trennung der Familie verhindern. Oder sie entschieden sich für eine Umsiedlung per Pferdetreck – was allerdings lediglich für die wohlhabendere bäuerliche Bevölkerung in Frage kam –, um ein gewisses Maß an Selbstbestimmung zu behaupten und um gemeinsam mit ihren Männern zu reisen.

Deutschbalten, wie Heino von Knorre und Benita H., betonten in ihren Berichten und Briefen ihre Selbstwirksamkeit sowie ihren Anspruch, auf Augenhöhe mit den (reichsdeutschen) Umsiedlungsakteuren zu agieren. Sie nutzten erfolgreich soziale und familiäre Netzwerke und setzten das ihnen aufgrund ihrer sozialen Position zur Verfügung stehende soziale und kulturelle Kapital ein, um ihre Interessen durchzusetzen und Trennungen von Mutter und Kind zu verhindern.

In den Lagern mussten sich, wie Benita H. dies für Posen schilderte, Mütter und Kinder den dort herrschenden Routinen und Funktionslogiken unterwerfen. Dies beinhaltete u. a. eine zeitweise getrennte Unterbringung von Mutter und Kind sowie Absonderungen aus Seuchenschutzgründen. Nationalsozialistische Umsiedlungsakteure, Ärzte, Schwestern und Hebammen gingen von reichsdeutschen Standards im Umgang mit Säuglingen und Kleinkindern aus, die sie als einzig richtig werteten. Individuelle Vorstellungen der Umsiedler brandmarkten sie hingegen als gesundheitsgefährdend oder »störend«. Die Vorstellung, die Umsiedlerinnen seien insbesondere bezüglich Schwangerschaft, Geburt und der Pflege von Säuglingen zu »erziehen« und durch ein »cultural engineering« in die »Volksgemeinschaft« zu integrieren, schuf für Umsiedlungsakteure die Legitimation zu Disziplinierung und »fürsorglicher Belagerung« bis hin zur Durchsetzung (temporärer) Trennungen von Mutter und Kind.¹²²

121 Roth, Nationalsozialistische Umsiedlungspolitik (Anm. 40), S. 11.

122 Vgl. Wiebke Lisner, »A Birth is Nothing out of the Ordinary Here ...«, Mothers, Midwives and the Private Sphere in the »Reichsgau Wartheland« 1939-1945, in: Harvey/Hürter/Umbach/Wirsching (Hrsg.), Private Life and Privacy in Nazi Germany (Anm. 23), S. 304-330. Zum »cultural engineering« der Umsiedler vgl. Fielitz, Das Stereotyp des wolhyniendeutschen Umsiedlers (Anm. 24). Zum Begriff der »fürsorgli-

Etliche Umsiedler forcierten Ausgrenzung, Vertreibung und Beraubung polnischer und jüdischer Familien. So forderte der »Müttertransport« Wohnraum. Dies taten auch Benita H. und Wewi. Ihre Not und der Wunsch, dem »Lagerleben« zu entkommen, waren für sie Legitimation genug, Ressourcen zu beanspruchen, die Vertreibung polnischer und jüdischer Familien mit voranzutreiben und sich deren Eigentum, wie den »Eispalast« und sein Mobiliar, anzueignen. Von den Umsiedlungsakteuren wurde insbesondere die »potentiell unbegrenzte Bedürftigkeit« von »volksdeutschen« Frauen und Kindern als eine besonders schutzbedürftige Gruppe genutzt, um – wie Elizabeth Harvey herausarbeitet – »unbegrenzte Gewalt gegen Nicht-Deutsche« zu legitimieren.¹²³ Mit großer Selbstverständlichkeit wurde z. B. in Lodz die polnische Klinik, das spätere Krankenhaus Nord, zur gesundheitlichen Versorgung der Umsiedler »beschlagmht«; polnische und jüdische Patientinnen und Patienten ebenso wie das Personal hatten das Gebäude zu verlassen.

Trennungen »volksdeutscher« Familien während des Umsiedlungsprozesses waren indes nicht auf Dauer angelegt. Die Vereinigung von Mutter, Kind und Vater war vielmehr Ziel der NS-Umsiedlungsakteure. »Volksdeutsche« Familien standen schließlich im Zentrum der NS-Siedlungspolitik und sollten »vollständig« als Haus- oder Herdgemeinschaften die »neue Bevölkerung« in den angegliederten polnischen Gebieten bilden. Die Trennungen, insbesondere von Mutter und Kind, wurden individuell zwar als dramatisch wahrgenommen, waren jedoch in ihrer Intention etwas völlig anderes als Trennungen polnischer Familien. In einem Bericht aus dem Gesundheitsamt Litzmannstadt hieß es beispielsweise 1941, die »biologische Kraft« der polnischen Bevölkerung sei – u. a. durch »Abschiebung« verheirateter Polen zum »Arbeitseinsatz« ins »Altreich« – »zu brechen«, um das Ziel der »Germanisierung« und der »zahlenmässigen Stärkung« der deutschen Bevölkerung in den eingegliederten polnischen Gebieten zu erreichen.¹²⁴ Im Hinblick auf polnische – und erst recht jüdische – Familien zielte die Besatzungsverwaltung aus rassistischen, »volkstumpolitischen« und biopolitischen Überlegungen auf eine dauerhafte Trennung ab, bis hin zur Zerstörung von Familien.

chen Belagerung« vgl. Ute Frevert, »Fürsorgliche Belagerung«. Hygienebewegung und Arbeiterfrauen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), 4, S. 420-446.

123 Vgl. Harvey, *Homelands on the Move* (Anm. 7).

124 Herbert Grohmann (Arzt in Litzmannstadt), »Erb- und Rassenpflege als Grundlagen Biologischer Volkstumspolitik«, 7.10.1941, in: APP, 299 RSH/1137, Bl. 24-36, hier Bl. 33.

3. FAMILIEN DER BESATZUNGSGESELLSCHAFTEN

Marcel Brüntrup

OSTEUROPÄISCHE ZWANGSARBEITERINNEN UND IHRE KINDER ZWISCHEN ZWANGSTRENNUNG UND FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNG, 1940–1945¹

»Der angeworbene fremdvölkische Arbeiter darf im Reich nicht sesshaft und heimatberechtigt werden, da sonst der Gefahr der Unterwanderung nicht zu begegnen ist. Der Einsatz der ausl. Arbeiterfamilien verdient daher besondere Beachtung, zumal häufig über die Familienmitglieder die aufgezeigten unerwünschten Beziehungen zu Deutschen gepflogen werden.«²

Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte im nationalsozialistischen Deutschland ging von Anfang an mit der Furcht führender NS-Rassenideologen vor einer angeblich drohenden »Unterwanderung« des deutschen Volkes einher. Als besondere Gefahr nahmen sie ausländische Familien wahr, die zum Arbeitseinsatz ins sogenannte »Altreich« gebracht worden waren oder sich dort neu gründeten. Während die »gutrassige«, »erbgesunde« und bestenfalls kinderreiche deutsche Familie als »Keimzelle des Rassenstaates«,³ als zentrale Einheit und Fundament der herbeigesehnten »Volksgemeinschaft« gefördert wurde, waren Familien nichtdeutscher Arbeitskräfte volkstums- und rassenpolitisch unerwünscht. Vor allem das Leben der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den besetzten polnischen und sowjetischen Gebieten, die in der NS-Rassenhierarchie deutlich unter den anderen ausländischen Arbeitskräften rangierten, wurde

- 1 Der vorliegende Beitrag basiert auf Ergebnissen eines laufenden, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekts an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster unter dem Titel »Zwischen Arbeitseinsatz und Rassenpolitik: Kinder osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen und die Politik von Zwangsabtreibungen im Nationalsozialismus«, betreut durch Prof. Dr. Isabel Heinemann. Siehe auch Marcel Brüntrup, Verbrechen und Erinnerung. Das »Ausländerkinderpflegeheim« des Volkswagenwerks, Göttingen 2019.
- 2 Merkblatt der Gestapo, Staatspolizeileitstelle Frankfurt a. M. betr. »Behandlung der im Reich eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen«, 15.2.1943, ITS Digital Archive, Bad Arolsen, 1.1.0.6/82335754-82335781.
- 3 Isabel Heinemann, »Keimzelle des Rassenstaates«. Die Familie als Relais der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik im Osten, in: Klaus Latzel/Elissa Mailänder/Franka Maubach (Hrsg.), Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«, Göttingen 2018, S. 133–153.

daher durch die sogenannten »Polenerlasse« und »Ostarbeitererlasse« streng reglementiert.⁴ Heiratsbeschränkungen, getrennte Unterbringung von Männern und Frauen sowie die Ausgabe von Verhütungsmitteln in den Zwangsarbeiterlagern waren einige der Maßnahmen, mittels derer Familiengründungen⁵ verhindert werden sollten. In einem stetigen Aushandlungsprozess zwischen Rassenideologie und Kriegswirtschaft, zwischen nationalsozialistischem Sicherheitsapparat und der Arbeitseinsatzverwaltung, wurde die Behandlung schwangerer Ausländerinnen, ausländischer Kinder sowie im Reich eingesetzter Arbeiterfamilien zunehmend arbeitseinsatzpolitischen Erfordernissen angepasst, ohne dass man jedoch die vermeintlichen »Unterwanderungsgefahren« aus den Augen verlor.

Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Rassenideologie, Bevölkerungspolitik und Kriegsökonomie soll in diesem Beitrag die Bedeutung von »Familie« im »Ausländereinsatz« herausarbeitet werden. Als Grundlage hierzu dienen zum einen die von den entscheidenden Behörden auf Reichsebene zu diesem Themenkomplex herausgegebenen Erlasse und Anordnungen. Zum anderen wird das Schriftgut regionaler Behörden und Betriebe in den Blick genommen, die sich vor Ort mit der Umsetzung der Vorgaben befassten, gleichzeitig aber auch durch eigene Initiativen die Entscheidungsfindung vorgesetzter Stellen mit beeinflussten. Zunächst wird die Behandlung schwangerer Zwangsarbeiterinnen und ihrer im Reich geborenen Kinder dargestellt, die im Verlauf des Krieges zwar wirtschaftlichen Bedürfnissen angepasst wurde, sich jedoch grundsätzlich weiterhin an rassenpolitischen Maximen orientierte. Bis Ende des Jahres 1942 wurden polnische, russische und ukrainische Arbeiterinnen im Falle einer Schwangerschaft in ihre Heimat abgeschoben, mit dem erklärten Ziel, unerwünschte Familiengründungen im Reichsgebiet zu verhindern. Später mussten diese Frauen in Deutschland entbinden, um möglichst frühzeitig wieder für den »Arbeitseinsatz« verfügbar zu sein, während ihnen ihre Säuglinge abgenommen und in improvisierten Einrichtungen für ausländische Kinder abgesondert wurden. Als »guttrassig« geltende Kinder sollten indes »eingedeutscht« und zu diesem Zweck meist ebenfalls von ihren Eltern getrennt werden. Zugleich wur-

4 Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945*, Stuttgart 2001, S. 93-95; Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999, S. 85-94, 178-181.

5 Wenn im Folgenden von »Familiengründungen« die Rede ist, soll nicht impliziert werden, dass eine solche von den Beteiligten in jedem Fall angestrebt wurde. Vor dem Hintergrund der propagandistisch befeuerten Furcht vor einer vermeintlichen »Unterwanderung« schrieben die NS-Behörden den »fremdvölkischen« Arbeiterinnen und Arbeitern allerdings eben jene Absicht zu und richteten ihr Handeln dementsprechend aus.

den Schwangerschaftsabbrüche, die bei deutschen Frauen unter strenger Strafe standen, bei Polinnen und »Ostarbeiterinnen« gezielt gefördert. Im zweiten Abschnitt wird dargelegt, wie die Maßnahmen gegen die Gründung unerwünschter Familien durch die zunehmende Hereinnahme polnischer Familien und sogenannter »Ostarbeiterfamilien« zum Einsatz im »Altreich« konterkariert wurden. Diese Familien sollten grundsätzlich nicht getrennt, sondern es sollten im Gegenteil sogar nachträgliche Zusammenführungen durch die Arbeitsämter arrangiert werden, um die Leistungsbereitschaft der Familienangehörigen nicht zu beeinträchtigen. Diese Regelung betraf insbesondere in der Kriegsendphase immer mehr arbeitsunfähige Angehörige, die so bei ihren Familien bleiben und durch diese versorgt werden konnten. Aufgrund kriegswirtschaftlicher Erwägungen blieben auf diese Weise familiäre Hilfsstrukturen bestehen, die Schutz vor den Auswirkungen des Krieges und den Zwangsmaßnahmen des Regimes bieten konnten.

1. Zwangsarbeiterinnen und ihre Kinder

Da der Aufenthalt schwangerer ausländischer Arbeiterinnen im Reich grundsätzlich nicht erwünscht war, sortierten sie die Arbeitseinsatzbehörden im Zuge ärztlicher Voruntersuchungen in ihren Heimatländern als »nicht einsatzfähig« aus.⁶ Arbeiterinnen, die sich bereits im Reichsgebiet befanden, sollten unverzüglich nach Bekanntwerden einer Schwangerschaft, ebenso wie längerfristig erkrankte Arbeitskräfte, auf Kosten des »Reichsstocks für den Arbeitseinsatz« in ihre Heimat zurückgeschickt werden.⁷ Die Arbeitsämter verfügten dabei zunächst allerdings über einen vergleichsweise großen Ermessensspielraum. Im Frühjahr 1941 informierte der Reichsarbeitsminister die Landesarbeitsämter, verheiratete Polinnen, die zusammen mit ihrem Ehemann eingesetzt seien, könnten im Falle einer Schwangerschaft im Reich belassen werden. Gleichfalls konnte von der Rücksendung abgesehen werden, sofern »die Betriebsführer auf die Erhaltung der Arbeitskraft besonderen Wert legen und gegen das Verbleiben der Polin mit Kind nichts einzuwenden haben.«⁸

6 Erlass des Reichsarbeitsministers betr. »Kosten der Rückbeförderung bei Erkrankung usw., Krankenhauskosten und Überführungskosten bei Todesfällen«, 22.10.1940, Reichsarbeitsblatt I (1940), S. 528.

7 Rundschreiben des Reichsarbeitsministers betr. »Ärztliche Untersuchung der für das Reichsgebiet angeworbenen polnischen Arbeitskräfte«, 15.3.1941, Niedersächsisches Landesarchiv – Standort Hannover (NLA HA), Hann. 180 Lüneburg Acc. 3/005 Nr. 120 I, mit Hinweis auf Runderlass 834/40 des Reichsarbeitsministers vom 18.10.1940.

8 Ebd.

Im Sommer 1941 stellte man im Reichsarbeitsministerium jedoch fest, dass viele schwangere ausländische Arbeitskräfte, insbesondere Polinnen, nicht mehr rechtzeitig vor der Entbindung in ihre Heimat zurückgebracht werden konnten, da die Arbeitsämter zu spät über bestehende Schwangerschaften informiert wurden. Die Betriebe wurden daher verpflichtet, »das Arbeitsamt unverzüglich zu unterrichten, sobald sie von der Schwangerschaft eines ihrer weiblichen ausländischen Gefolgschaftsmitglieder Kenntnis erhalten.«⁹ Wollten sie ihre Arbeitskräfte behalten, mussten die »Betriebsführer« von nun an schriftlich versichern, für die Unterbringung der Schwangeren und ihrer Kinder zu sorgen und die entstehenden Kosten zu tragen. Eine Ausnahmeregelung für verheiratete Polinnen gab es nicht mehr, auch sie wurden in ihre Heimatorte zurückgeschickt. Eine Schwangerschaft zog damit in vielen Fällen die Trennung der Ehepartner nach sich. Nach der Entbindung ließ man die Mütter nur ohne Kind an ihren Einsatzort zurückkehren, eine Zusammenführung aller Familienmitglieder wurde verhindert.

Mit dieser verschärften Rückführungspraxis versuchte das Reichsarbeitsministerium die durch Entbindungen ausländischer Arbeiterinnen im Reichsgebiet entstehenden Krankenhaus- und Pflegekosten zu begrenzen, die in den meisten Fällen aus Mitteln des »Reichsstocks für den Arbeitseinsatz« bezahlt werden mussten. Zudem sollte das deutsche Fürsorgewesen nicht durch die »fremdvölkischen« Kinder der zumeist unverheirateten Arbeiterinnen belastet werden.¹⁰ Vor allem aber richtete sich dieses Vorgehen aus rassenpolitischer Perspektive gezielt gegen unerwünschte Familiengründungen, wie Reichsführer-SS (RFSS) Heinrich Himmler Anfang des Jahres 1943 in einem Schreiben an Martin Bormann, den Leiter der Partei-Kanzlei, rückblickend erläuterte:

- 9 Erlass des Reichsarbeitsministers betr. »Übernahme von Entbindungs-, Krankenhaus- und Pflegekosten bei Entbindungen ausländischer Arbeiterinnen im Reichsgebiet«, 13.8.1941, Reichsarbeitsblatt I (1941), S. 364 f.
- 10 Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz schrieb bei der Geburt eines unehelichen Kindes von Amts wegen die Übernahme der Vormundschaft durch einen Amtsvormund, in der Regel das Jugendamt, vor. Da für im Reichsgebiet geborene Kinder unehelicher ausländischer Arbeiterinnen keine eigene fürsorgerechtliche Regelung existierte, wurden sie ebenso wie deutsche Kinder in Pflegestellen vermittelt. Dagegen regte sich zunehmend Widerstand, da die »fremdvölkischen« Kinder auf diese Weise den deutschen Kindern die ohnehin knappen Pflegestellen wegnehmen würden. Im Sommer 1941 forderte der Deutsche Gemeindetag (DGT) daher, die Unterbringung ausländischer Kinder in deutschen Pflegestellen zu verbieten und für eine konsequentere Rückführung schwangerer Ausländerinnen durch die Arbeitsämter zu sorgen; Schreiben des DGT an das Reichsministerium des Innern (RMI) betr. »Fremdvölkische Pflegekinder«, 19.8.1941, Bundesarchiv (BArch), R 36/1444.

»Solange wir nur polnische Arbeitskräfte hatten, waren wir alle uns darüber klar, daß wir keine polnische Unterwanderung – wie wir sie ja schon früher in Deutschland hatten – dulden wollten. Dazu war die Voraussetzung, daß sich hier keine Familien mit Kindern gründeten. Deswegen in der damaligen Zeit die sehr wohl überlegte Anordnung.«¹¹

Im Laufe des Jahres 1942 mehrte sich jedoch Kritik an diesem Vorgehen. Die Behörden im Warthegau vertraten die Ansicht, die Rückführung sei ungeeignet für die sogenannten »Schutzangehörigen« aus denjenigen Gebieten Polens, die ins Deutsche Reich eingegliedert worden waren.¹² Denn sollten diese Menschen im Zuge der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik eigentlich aus dem Warthegau vertrieben werden, fielen sie nun den dortigen Fürsorgeverbänden zur Last. So meldete das Landesarbeitsamt Posen im Februar 1942, viele der schwangeren Polinnen müssten nach ihrer Rückkehr von der öffentlichen Fürsorge betreut werden, da sie vollkommen mittellos seien und »hier durch die fortlaufende Aussiedlung keine Angehörigen mehr [haben], sodass die Möglichkeit der Entbindung bei Verwandten nicht besteht. Sie sind regelrecht obdachlos.«¹³ Wie Regierungsvertreter aus dem Warthegau wiederholt in Berlin beklagten, würden durch die bisherige Praxis »volkstumpolitisch, arbeitseinsatzmäßig und fürsorgerechtlich völlig untragbare Verhältnisse geschaffen.«¹⁴ Im Hinblick auf die angestrebte Eindeutschung der eingegliederten Ostgebiete sowie die Überlastung der dortigen Arbeitsämter, Krankenhäuser und Fürsorgeträger forderten sie daher ein Ende der Rückführung polnischer »Schutzangehöriger« oder zumindest verheirateter Polinnen in diese Gebiete.

Zudem befürchteten sowohl die Arbeitseinsatz- als auch die Sicherheitsbehörden im »Altreich«, viele der Frauen würden absichtlich schwanger, um sich dem »Arbeitseinsatz« zu entziehen. Anhand abgefangener Briefe sei in Erfahrung gebracht worden, so ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums auf einer Besprechung im Juli 1942, die Rückführung fördere den »Willen zur Schwangerschaft [...] insofern als durch die Tatsache der Schwangerschaft die Frauen und Mädchen die teilweise erwünschte Rückkehr in die frühere Heimat

11 Schreiben des RFSS an Reichsleiter Martin Bormann, 14.1.1943, zit. nach Helmut Heiber, Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil 1, Regesten. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, Berlin/Boston 1983, S. 781, Regestnummer 16475.

12 »Dienstreisebericht über die Besprechungen in Litzmannstadt am 8. und 9.7.1942«, Archiwum Państwowe w Poznaniu (APP), 53/299/0/2.5/2198, Bl. 31-35.

13 Schreiben des Landesarbeitsamts Posen an die Abteilung II D betr. »Übernahme von Entbindungskosten für aus dem Altreich zurückgeführte schwangere Polinnen«, 15.2.1942, APP, 53/299/0/2.5/2198, Bl. 3 f.

14 »Dienstreisebericht über die Besprechungen im Reichsarbeits- und Reichsinnenministerium«, 17.9.1942, APP, 53/299/0/2.5/2198, Bl. 51-59.

erreichen.«¹⁵ In einem Bericht über sogenannte »ArbeitsSabotage« schilderte der Sicherheitsdienst (SD) Ende Oktober 1942 das Beispiel eines polnischen Zwangsarbeiterinnenlagers in Kiel, aus dem innerhalb von zwei Monaten 120 – mehr als zehn Prozent – der dort untergebrachten Frauen aufgrund einer Schwangerschaft zurück ins Generalgouvernement gebracht worden seien. Bei Nachuntersuchungen sei festgestellt worden, die meisten hätten ihre Schwangerschaft lediglich vorgetäuscht.¹⁶

Diese Kritikpunkte fanden in Berlin zwar Gehör, reichten für einen Kurswechsel jedoch nicht aus. Entscheidender war der im Jahr 1942 beginnende massenhafte Einsatz von Arbeitskräften aus den besetzten sowjetischen Gebieten in der deutschen Rüstungsindustrie. Für »Ostarbeiterinnen« war im Falle der Schwangerschaft ebenfalls die Rückführung in die Heimat vorgesehen, aus Sicht der kriegswichtigen Betriebe gingen auf diese Weise jedoch wertvolle, kaum ersetzbare Arbeitskräfte verloren. Stellvertretend für sämtliche am »Ausländereinsatz« in Karlsruhe beteiligten Behörden und Unternehmen beklagte das dortige Arbeitsamt Ende des Jahres 1942:

»In der Rüstungsindustrie mussten die Kräfte aber zunächst unter Aufwendung nicht unerheblicher Kosten angelernt werden. Sie haben nun Fertigkeiten erworben, die einen aus der heutigen Rüstungswirtschaft nicht mehr wegzudenkenden Faktor darstellen. Der Betriebsführer, der Ausländerinnen beschäftigt, kann diese nicht kurzerhand nach der Heimat zurückschicken, weil seine Fertigung auf diese Kräfte eingestellt ist und er Ersatz vom Arbeitsamt überhaupt nicht bekommt [...].«¹⁷

Mit Blick auf den sich verschlechternden Kriegsverlauf, schwierige Transportverhältnisse und zunehmende Arbeitskräfteengpässe setzten sich arbeitseinsatzpolitische Interessen gegen Ende des Jahres 1942 in zunehmendem Maße gegen rassenpolitische Bedenken durch. Im September sprachen sich auch Vertreter des Reichsarbeits- sowie des Reichsinnenministeriums gegenüber Vertretern des

15 »Dienstreisebericht über die Besprechungen im Reichsarbeitsministerium und Reichsministerium des Innern«, 31.7.1942, APP, 53/299/0/2.5/2198, Bl. 42-47.

16 Von 26 nachträglich untersuchten Frauen war nur eine tatsächlich schwanger. Die anderen Arbeiterinnen hätten »durch Einnehmen von Schwarzbrot mit Kohlensäurepräparaten Aufblähungen des Körpers« hervorgerufen und damit die Betriebsärzte getäuscht; »Meldungen aus dem Reich« Nr. 330, 29.10.1942, BArch, R 58/176.

17 Exposé des Arbeitsamts Karlsruhe betr. »Betreuung des Nachwuchses ausländischer Arbeitskräfte«, 30.12.1942, BArch, R 36/1444. Die Ausarbeitung beruht auf einer Sitzung vom 18.12.1942, in der die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), die Stadtverwaltung, Polizei, Gestapo, Gewerbeaufsichts-, Gesundheits-, Jugend- und Ernährungsämter sowie eine Arbeitsgemeinschaft derjenigen Betriebe in Karlsruhe, die Ausländer beschäftigten, vertreten waren.

Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, der Partei-Kanzlei und des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP für eine Lockerung der Rückführungspraxis aus.¹⁸ Sie befürworteten eine Ausnahmeregelung, laut der zumindest verheiratete schwangere Ausländerinnen bis Kriegsende im »Altreich« verbleiben dürften. Denn während uneheliche ausländische Kinder in der Regel der deutschen Fürsorge zur Last fielen, oblag die Versorgung und Unterbringung ehelicher Kinder grundsätzlich dem Elternpaar.¹⁹ Allerdings müsse auch bei verheirateten Paaren vermieden werden, so ein Vertreter des Reichsinnenministeriums, »dass sich diese im Reich einnisten.«²⁰ Wie aus einem späteren Schreiben des Leiters der Gestapo, SS-Gruppenführer Heinrich Müller, hervorgeht, ließ Himmler sich trotz anfänglicher Bedenken Ende September auf diesen Kompromiss ein.²¹ Dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA), Fritz Sauckel, genügte dies jedoch nicht. Er sprach sich, wie Müller dem Reichsführer-SS berichtete, »entgegen seiner bisherigen Stellungnahme [...] für eine ausnahmslose Belassung der ausländischen Arbeiterinnen im Falle der Schwangerschaft im Reich« aus und begründete dies mit »längeren Ausführungen über die Arbeitseinsatzlage.«²² Die ökonomischen Argumente Sauckels setzten sich schließlich durch: Mitte Dezember 1942 wurden die Rückführungen zunächst für mehrere Monate ausgesetzt, im März 1943 dann bis zum Kriegsende gestoppt.²³

Die Neuregelung des Generalbevollmächtigten sah vor, dass Polinnen und »Ostarbeiterinnen« von nun an, gleichgültig, ob verheiratet oder nicht, bis kurz vor dem erwarteten Geburtstermin weiterarbeiten und ihre Kinder dann in gesonderten Entbindungsstationen für Ausländerinnen zur Welt bringen sollten. Während die Mütter nach kurzer Zeit an ihre Arbeitsstellen zurückkehren mussten, war für ihre neugeborenen Kinder die Isolation in primiti-

18 »Dienstreisebericht über die Besprechungen im Reichsarbeits- und Reichsinnenministerium am 17. und 18.9.1942«, 23.9.1942, APP, 53/299/0/2.5/2198, Bl. 51-62.

19 Zum Zusammenhang zwischen Unehelichkeit im NS-Familienrecht und der nationalsozialistischen Rassenpolitik siehe Sybille Buske, *Fräulein Mutter und ihr Bastard. Eine Geschichte der Unehelichkeit in Deutschland 1900 bis 1970*, Göttingen 2004, S. 147-194.

20 »Dienstreisebericht über die Besprechungen im Reichsarbeits- und Reichsinnenministerium am 17. und 18.9.1942«, 23.9.1942, APP, 53/299/0/2.5/2198, Bl. 58.

21 Schreiben des SS-Gruppenführers Heinrich Müller an den RFSS betr. »Behandlung schwangerer Ausländerinnen«, 23.12.1942, BArch, NS 19/940.

22 Ebd.

23 Weiterleitung des GBA-Erlasses vom 15.12.1942 durch die DAF, Amt für Arbeitseinsatz, 12.1.1943, BArch, NS 5-I/264; Runderlass des GBA an die Präsidenten der Landesarbeitsämter betr. »Behandlung schwangerer ausländischer Arbeitskräfte«, 20.3.1943, BArch, NS 5-I/271.

ven Betreuungseinrichtungen, sogenannten »Ausländerkinder-Pflegestätten«,²⁴ vorgesehen. Die dafür erforderlichen Einrichtungen schufen größere Firmen in ihren Zwangsarbeiterinnenlagern selbst, kleinere Betriebe, insbesondere in der Landwirtschaft, kooperierten untereinander sowie mit verschiedenen Behörden auf kommunaler Ebene. Auf diese Weise sollte nicht nur den Betrieben die Arbeitskraft der Mütter erhalten bleiben, sondern auch die Betreuung ausländischer Kinder durch die öffentliche Fürsorge sowie jedweder Kontakt mit deutschen Kindern vermieden werden. Ergänzt wurden die Regelungen der Arbeitseinsatzbehörden durch einen Erlass des Reichsführers-SS vom 27. Juli 1943, der sich an die Höheren SS- und Polizeiführer, die Sicherheitspolizei und den SD richtete.²⁵ Hatte Himmler zunächst Geburten »fremdvölkischer« Kinder im Reich grundsätzlich verhindern wollen, versuchte er sich nun Zugriff auf diejenigen Kinder zu verschaffen, die seinen rassistischen Maßstäben zufolge als »wertvoll« galten. Nach einer »rassischen Überprüfung« der Eltern durch einen Rasseexperten aus dem Rasse- und Siedlungshauptamt der SS sollten als »gut-rassig« eingestufte Kinder demnach nicht in »Ausländerkinder-Pflegestätten« eingewiesen, sondern in speziellen Heimen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) oder des Lebensborn e. V. als deutsche Kinder erzogen werden. Falls die Eltern sich nicht mit der »Eindeutschung« einverstanden erklärten, konnten die Kinder ihnen nötigenfalls zwangsweise abgenommen werden. In jedem Fall wurde den Eltern das Recht genommen, über Aufenthaltsort, Erziehung und Versorgung ihrer Kinder selbst zu entscheiden.

Während die ersten Entbindungsheime und »Pflegestätten« für ausländische Kinder eingerichtet wurden, ergriff Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti im Einvernehmen mit Himmler im Frühjahr 1943 weitere Maßnahmen, um Geburten »rassisch unerwünschter« Kinder von vornherein zu unterbinden. Nur wenige Tage nachdem die im §218 festgelegten Strafen für Abtreibung bei deutschen Frauen mit der »Verordnung über Schutz von Ehe, Familie und Mutterschaft« vom 9. März 1943 drastisch verschärft worden waren,²⁶ genehmigte er

24 Himmler hatte sich dafür ausgesprochen, eine »hochtrabende Bezeichnung« für die geplanten »Sammelstätten der fremdvölkischen Kinder« zu finden; Schreiben des SS-Obersturmführers Meine (persönlicher Stab des RFSS) an SS-Gruppenführer Müller betr. »Behandlung schwangerer Ausländerinnen«, 31.12.1942, BAArch, NS 19/940.

25 Erlass des RFSS an die HSSPF, die Sicherheitspolizei und den SD betr. »Behandlung schwangerer ausländischer Arbeiterinnen und der im Reich von ausländischen Arbeiterinnen geborenen Kinder«, i. V. Kaltenbrunner, 27.7.1943, BAArch, NS 47/61. Das Reichsinnenministerium gab erst Mitte des Jahres 1944 einen entsprechenden Erlass für die Innere Verwaltung aus, der sich im Wesentlichen auf den Erlass des RFSS stützte; Erlass des RMdI betr. »Uneheliche Kinder ausländischer Arbeiterinnen«, 5.6.1944, BAArch, R 1501/3382.

26 Vgl. Dirk von Behren, Die Geschichte des §218 StGB, Gießen 2020, S. 354-357.

Schwangerschaftsabbrüche zunächst bei »Ostarbeiterinnen«, im Juni dann auch bei Polinnen.²⁷ Formal war dazu zwar die schriftliche Zustimmung der Frauen notwendig, von Freiwilligkeit jedoch kann angesichts der widrigen Lebensumstände der Zwangsarbeiterinnen und des erheblichen Drucks, der mitunter von Ärztinnen und Ärzten, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, dem Arbeitsamt und der Gestapo ausgeübt wurde, kaum gesprochen werden. Maßgebend für die Behandlung der Frauen und ihrer ungeborenen Kinder war auch in diesem Fall ihr vermeintlicher »rassischer Wert«. Die formalen Anträge auf Schwangerschaftsabbruch wurden zunächst bei den zuständigen Gutachterstellen der Ärztekammern eingereicht. Wurde vermutet, der Vater des Kindes könne ein Deutscher oder Angehöriger »stammesgleichen Volkstums« sein oder machte die Schwangere, sofern es sich um eine Polin handelte, einen »rassisch guten Eindruck«, wurde die Genehmigung zusätzlich von einer Rassenuntersuchung abhängig gemacht. Der Antrag wurde dazu mitsamt Personalien der Eltern an die Dienststelle des jeweiligen Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) übermittelt, wo ein SS-Rasseprüfer mit der Untersuchung beauftragt wurde.²⁸ Rechnete dieser mit »gut Rassigem« Nachwuchs, verweigerte der HSSPF seine Zustimmung und der Antrag wurde abgewiesen, in allen anderen Fällen durfte abgetrieben werden.

Mit diesen Maßnahmen wurde zum einen das arbeitseinsatzpolitische Ziel verfolgt, die fortgesetzte ökonomische Ausbeutung der ausländischen Frauen trotz einer Schwangerschaft zu ermöglichen, zum anderen handelte es sich um rassen- und bevölkerungspolitische Instrumente. Durch Schwangerschaftsabbrüche bei Polinnen und »Ostarbeiterinnen« und die Absonderung ihrer Kinder in »Ausländerkinder-Pflegestätten« sollte erreicht werden, was zunächst mit der Rückführung der schwangeren Arbeiterinnen angestrebt worden war: Die Gründung nichtdeutscher Familien im Reich zu verhindern. In exemplarischer Weise legte Professor Karl Schöpke von der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi) im Frühjahr 1944 die Ziele dieser Politik dar, mit der das »Einnisten

27 Anordnung Nr. 4/43 des Reichsgesundheitsführers betr. »Schwangerschaftsunterbrechung bei Ostarbeiterinnen«, 11.3.1943, BAArch, R 187/216; Durchführungsanweisungen des Reichsgesundheitsführers zur Anordnung Nr. 4/43 betr. »Schwangerschaftsunterbrechung bei Ostarbeiterinnen (hier: Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums)«, 22.6.1943, BAArch, R 187/216.

28 Schnellbrief des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) an die Höheren SS- und Polizeiführer betr. »Schwangerschaftsunterbrechung bei Ostarbeiterinnen«, gez. Kaltenbrunner, 9.6.1943, BAArch, R 187/216; Schreiben des Reichssicherheitshauptamts an die Höheren SS- und Polizeiführer betr. »Schwangerschaftsunterbrechung bei Ostarbeiterinnen und Polinnen«, gez. Kaltenbrunner, 1.8.1943, BAArch, R 187/216.

fremdvölkischer Menschen auf dem Lande« abzuwenden sei.²⁹ Besonders hob er dabei die abschreckende Wirkung der erzwungenen Familientrennungen hervor:

»Eine rücksichtslose, aber sehr geschickte *Propaganda unter den fremdvölkischen Landarbeitern*, dahin aufklärend, daß sie und ihre auf deutschem Volksboden in die Welt gesetzten Kinder nicht viel Gutes zu erwarten hätten, nämlich sofortige Trennung von Eltern und Kindern, später völlige Entfremdung [...]. *Allgemeine und eiserne Durchführung* des Grundsatzes, daß *sämtliche* neugeborenen Kinder fremdvölkischer Landarbeiterinnen [...] *den Müttern, spätestens 4 Wochen nach der Geburt, für immer genommen* und in örtlich entfernten Heimen untergebracht werden.«³⁰

Den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern sollte auf diese Weise deutlich gemacht werden, dass sie keinerlei Recht auf die Gründung einer eigenen Familie hätten: »Wie ein schweres Schicksal muß es über jeder fremdvölkischen Landarbeiterin liegen: Ein in Deutschland geborenes Kind bedeutet gleichzeitig dessen Verlust!«³¹ Schöpfkes Forderungen waren zu dieser Zeit in großen Teilen bereits Realität. An abertausenden Polinnen und »Ostarbeiterinnen« wurden (Zwangs-)Abtreibungen vorgenommen oder man entriß ihnen die Kinder nach der Geburt und brachte sie in primitiven Einrichtungen unter, in denen sie infolge mangelhafter Ernährung, unhygienischer Lebensbedingungen und fehlender medizinischer Betreuung oftmals hungerten, erkrankten und starben.³² Bei den Kindern und ihren oft unverheirateten Eltern – die Eheschließung wurde ihnen in Deutschland meist verwehrt – handelte es sich

29 Memorandum von Prof. Dr. Karl Schöpke, VoMi Amt IV, über »Sofortige Reichsmaßnahmen zur Verminderung der Unterwanderungsgefahren infolge der zahlreichen fremdvölkischen Geburten auf dem Lande«, 18.5.1944, BAArch, R 59/48. Als Mitarbeiter der VoMi hatte Schöpke zwar keinen unmittelbaren Einfluss auf die Planung des Arbeitseinsatzes, doch fasst er in seinem Memorandum eindrücklich die Argumente zusammen, mit denen die verstärkte Einrichtung von »Ausländerkinder-Pflegestätten« in der Landwirtschaft betrieben wurde.

30 Ebd., Hervorhebungen im Original.

31 Ebd.

32 Gabriella Hauch, Ostarbeiterinnen. Vergessene Frauen und ihre Kinder, in: Fritz Mayrhofer/Walter Schuster (Hrsg.), Nationalsozialismus in Linz, Linz 2001, S. 1271–1310; Raimond Reiter, Tötungsstätten für ausländische Kinder im Zweiten Weltkrieg. Zum Spannungsverhältnis von kriegswirtschaftlichem Arbeitseinsatz und nationalsozialistischer Rassenpolitik in Niedersachsen, Hannover 1993; Gisela Schwarze, Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997; Bernhild Vögel, »Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen«. Braunschweig, Broitzemer Straße 200, Hamburg 1989.

in den Augen der NS-Rassenideologen nicht um Familien, sondern um »unerwünschten Bevölkerungszuwachs«, der möglichst zu verhindern sei.³³

Den ausländischen Arbeitskräften sollte dies vonseiten der Behörden unmissverständlich deutlich gemacht werden, wie auch der Landesbauernführer in Sachsen-Anhalt, Otto Lehmann, forderte. Im März 1944 beschwerte er sich bei der Gestapo über das Vorgehen des Arbeitsamts Stendal, das nach der Geburt eines ausländischen Kindes in der Regel versuche, den Vater ausfindig zu machen, um diesen möglichst zusammen mit dem Kind und der Mutter auf einem Hof unterzubringen:

»Die Zusammenbringung der jungen Polen zu einer illegalen Ehe fördert die Geburt weiterer Kinder im höchsten Maße. [...] Das Arbeitsamt [...] darf die Pärchen nicht zusammenbringen, sondern muß versuchen, eine räumliche Trennung möglichst weit vorzunehmen. Dadurch reißt die Verbindung zunächst ab und ist vorübergehend gestört. Die bisherige Maßnahme ist eine indirekte Förderung der Geburtenfreudigkeit bei Polen und Ostarbeitern und kann staatspolitisch niemals Billigung finden.«³⁴

Zwar sah man auch bei der Staatspolizeileitstelle Magdeburg die »Unterwanderungsgefahren sowie andere volkspolitische Nachteile bei gemeinsamem Arbeitseinsatz polnischer Väter und Mütter nebst Kindern«, glaubte aber, die »Geburtenfreudigkeit« durch eine räumliche Trennung langfristig nicht mindern zu können.³⁵ Stattdessen, so die Antwort an Lehmann, verursache diese Maßnahme einen Leistungsabfall durch verringerte »Arbeitsfreude« und provoziere eine Zunahme der »Arbeitsfluchtfälle«, da die Betroffenen üblicherweise eine Wiedervereinigung anstreben würden.

Überraschenderweise schien man ausgerechnet bei der Gestapo in Magdeburg erkannt zu haben, was manch ein Ideologe nicht wahrhaben wollte: Die Erfordernisse der Kriegswirtschaft markierten in der Kriegsendphase zunehmend die Grenzen bevölkerungspolitischer Maßnahmen. Die Zusammenführung der jungen Familien stellte für die Arbeitseinsatzbehörden in vielen Fällen schlicht die bequemste und sinnvollste Lösung dar. Die Meinung der Gestapo Magdeburg wurde allerdings nicht von allen Dienststellen geteilt, so wie nicht alle Arbeitsämter auf Familienzusammenführung bauten. Ob eine Familie

33 Vgl. Heinemann, »Keimzelle des Rassenstaates« (Anm. 3), S. 151.

34 Schreiben des Landesbauernführers Sachsen-Anhalt an die Staatspolizeileitstelle Magdeburg betr. »Unterbringung der im Reich von ausl. Arbeiterinnen geborenen Kinder«, 22.3.1944, BAArch, R 16/174.

35 Schreiben der Staatspolizeileitstelle Magdeburg an den Landesbauernführer Sachsen-Anhalt betr. »Unterbringung der im Reich von ausl. Arbeiterinnen geborenen Kinder«, 29.4.1944, BAArch, R 16/174.

tatsächlich zusammenleben durfte oder nicht, war immer abhängig von den Behörden und Akteurinnen und Akteuren vor Ort. Dauerhafte Sicherheit vor den Zwangsmaßnahmen des Regimes gab es daher nicht, wie der Fall von Feliks und Stanisława C. verdeutlicht.³⁶ Die beiden hatten sich während ihres landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes in Radenbeck in Niedersachsen kennengelernt und bekamen im Mai 1944 eine gemeinsame Tochter. Nach der Entbindung weigerte sich die Mutter, ihren Säugling in eine »Ausländerkinder-Pflegestätte« zu geben. Nachdem sie dafür von ihrem Arbeitgeber verprügelt worden war, beantragte der Vater des Kindes beim Arbeitsamt die gemeinsame Unterbringung mit seiner Familie an einem neuen Arbeitsplatz. Vermutlich mit dem Ziel, weitere Konflikte zu vermeiden, entsprach das Arbeitsamt dem Wunsch des Paares und versetzte die junge Familie in eine andere Gemeinde. Doch die Zusammenführung sollte nicht lange währen:

»Nach zwei Monaten trafen Beauftragte der SS ein, wahrscheinlich infolge einer Denunziation durch [den Arbeitgeber der Mutter], und verlangten die Abgabe des Kindes in das Heim. Der Vater nahm das Kind in den Arm und widersetzte sich der Aufforderung, woraufhin er von den SS-Angehörigen geschlagen wurde. Unter Zwang brachte die Mutter das Kind in das Heim in Rühren, wo sie zwei Wochen lang bei ihm blieb. [...] Nach zwei Wochen musste sie das Heim verlassen, eine Woche später starb das Kind.«³⁷

2. Zwangsarbeiterfamilien

Während die oben dargelegten Maßnahmen des Regimes darauf ausgerichtet waren, in Anbetracht des millionenfachen Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte im Reichsgebiet die Gründung »fremdvölkischer« Familien möglichst zu vermeiden, wurde dies durch die Hereinnahme zahlreicher nichtdeutscher Familien aus Osteuropa konterkariert. Ulrich Herbert formulierte treffend, wenn

36 Aussagen von Anatol F., Zofia F., Mieczysław Ł., Tatiana Ł. und Maria W. vor dem Kaplan Tadeusz Etter von der römisch-katholischen Seelsorge für Polen in Ehra-Lessien [aus dem Polnischen übersetzt], 16.1.1946, Instytut Zachodni, Dok. III/78.

37 Ebd. Der nach dem Krieg in einem polnischen Repatriierungslager beschäftigte Kaplan Tadeusz Etter sammelte im Januar 1946 sieben Aussagen vormaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die den Tod von insgesamt 14 polnischen Kindern im »Ausländerkinderpflegeheim« des Volkswagenwerks in Rühren bezeugten. Wenige Monate später wurde der Tod von über 300 Kindern in dieser Einrichtung vor einem britischen Militärtribunal in Helmstedt behandelt, auf die von Etter gesammelten Aussagen dabei jedoch nicht zurückgegriffen. Siehe Marcel Brüntrup, Rühren Baby Case. Der Prozess um das »Ausländerkinderpflegeheim« des Volkswagenwerks, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), Alliierte Prozesse und NS-Verbrechen, Bremen 2020, S. 131-141.

auch zugespitzt, der durchschnittliche Zwangsarbeiter in Deutschland im Jahr 1943 sei eine 18-jährige Schülerin aus Kiew gewesen.³⁸ Doch neben der großen Zahl der ledigen ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter wurden schon seit Beginn des »Ausländereinsatzes« polnische »Landarbeiterfamilien« und später zudem Familien aus den besetzten sowjetischen Gebieten nach Deutschland gebracht. Die ersten polnischen Familien, zunächst sollten es etwa 4.000 sein, wurden im Jahr 1941 aus dem besetzten Polen ins »Altreich« transportiert, nachdem ideologische Vorbehalte Anfang des Jahres zurückgestellt worden waren.³⁹ Hierbei handelte es sich meist um polnische Kleinbauernfamilien, die zuvor ihres gesamten Besitzes beraubt und von ihrem Land vertrieben worden waren. Nach Ende ihres Arbeitseinsatzes sollten sie endgültig ins Generalgouvernement abgeschoben und damit der Armut und Obdachlosigkeit preisgegeben werden. Mit Beginn des »Ostarbeitereinsatzes« genehmigte Himmler im April 1942 zudem die Deportation sogenannter »Ostarbeiterfamilien«, sofern die Kinder arbeitsfähig und über 15 Jahre alt waren.⁴⁰

Zudem bestimmte er, dass die zu einer Familiengemeinschaft gehörigen Arbeitskräfte nicht getrennt untergebracht werden müssten. In geschlossenen Wohnlagern wurden für ihre Unterbringung daher oftmals eigens Familienbaracken bereitgestellt, in der Landwirtschaft wies man Familien gemeinsam einem Betrieb zu. Da die Arbeitsämter dennoch in vielen Fällen Familien und Ehepaare getrennt vermittelten, befürchtete Sauckel eine Beeinträchtigung ihrer Leistungsbereitschaft. In einem Erlass an die Landesarbeitsämter vom 21. November 1942 betonte er daher:

»Soweit es die arbeitseinsatzmäßigen Belange und Unterbringungsmöglichkeiten zulassen, hat die Vermittlung der Ostarbeiterfamilien daher möglichst an die gleiche Arbeitsstelle oder wenigstens in benachbarten Arbeitsstellen zu erfolgen. Anträgen von Familienangehörigen, insbesondere von Ehepaaren und Verwandten auf- und absteigender Linie, um nachträgliche gemeinsame Unterbringung ist ebenfalls zu entsprechen, soweit die arbeitseinsatzmäßigen und räumlichen Verhältnisse es irgend zulassen.«⁴¹

38 Ulrich Herbert, *Der »Ausländer-Einsatz« in der deutschen Kriegswirtschaft, 1939-1945*, in: ders. (Hrsg.), *Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1995, S. 121-135, hier S. 130.

39 Schreiben des Leiters des SD-Leitabschnitts Posen, SS-Sturmbannführer Höppner, an das RSHA, Amt III B, betr. »Bereitstellung von Arbeitskräften aus den eingegliederten Ostgebieten zur Deckung des Kräftebedarfs der Kriegswirtschaft«, 13.3.1941, BArch, R 75/20.

40 Erlass des RFSS betr. »Behandlung der Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet«, 9.4.1942, BArch, R 91/Riga-Stadt/167.

41 Erlass des GBA an die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter betr. »Ostarbeiter; hier: Trennung von Familienangehörigen«, i. A. Dr. Timm, 21.11.1942, Reichsarbeitsblatt I

Wurde auf der einen Seite darauf geachtet, bereits bestehende Familien möglichst geschlossen einzusetzen, führte auf der anderen Seite die bis zum Jahreswechsel 1942/43 streng durchgeführte Rückführung schwangerer Polinnen und »Ostarbeiterinnen« dazu, dass diese Frauen und ihre Kinder oftmals aus dem Familienverband herausgerissen wurden. Ein Vertreter des Reichsstatthalters im Warthegau berichtete im September 1942, allein in den Monaten Juli und August 1942 seien über 500 schwangere polnische Frauen aus dem »Altreich« in den Warthegau zurückbefördert worden.⁴² Darunter befänden sich sowohl Ehefrauen als auch unverheiratete Mädchen und Frauen, die gemeinsam mit ihren Eltern und Geschwistern in Deutschland eingesetzt gewesen seien. Nach der Entbindung im Warthegau müssten die Frauen oftmals an ihren Einsatzort zurückkehren, ihre Kinder dabei jedoch im Warthegau zurücklassen. Die Neugeborenen stellten sowohl aus rassen- als auch aus arbeitseinsatzpolitischer Sicht eine Belastung dar, waren im Reich nicht erwünscht und wurden daher auf unabsehbare Zeit von ihren Familien getrennt.

Nachdem Sauckel Ende des Jahres 1942 bestimmt hatte, den Rücktransport schwangerer Ausländerinnen zu beenden, sollten die im Reich geborenen ausländischen Kinder stattdessen, wie oben erläutert, in speziellen »Kleinkinderbetreuungseinrichtungen« untergebracht werden. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) wies im Januar 1943 darauf hin, Familienangehörige seien im Zuge dieser Regelung nicht zu trennen, sondern gegebenenfalls in einen anderen Betrieb oder ein anderes Lager umzusetzen, in dem entsprechende Einrichtungen vorhanden seien.⁴³ In einer Ausarbeitung vom 8. April 1943 führte die DAF den Einsatz von »Ostarbeiterfamilien« rückblickend sogar als einen Hauptgrund dafür an, dass die Rückführung schwangerer ausländischer Arbeiterinnen eingestellt worden war:

»Mit dem Beginn des Ostarbeiterinneneinsatzes mehrte sich die Zahl der im Reich abgewickelten Entbindungsfälle für Ausländerinnen, weil die Rücksendung nicht möglich war. Hinzu kam, daß bei den Ostarbeitern der Einsatz ganzer Familien eine erhebliche Rolle spielte. Hätte man in solchen

1942, S. 550. Von Mai 1943 an konnten die Kosten einer Familienzusammenführung, sofern dafür ein Arbeitskräfteaustausch durchgeführt werden musste, vom »Reichsstock« übernommen werden, siehe Erlass des GBA betr. »Zusammenführung von Familienangehörigen von Ostarbeitern«, 12.5.1943, i. A. Dr. Letsch, Reichsarbeitsblatt I 1943, S. 301.

42 »Dienstreisebericht über die Besprechungen im Reichsarbeits- und Reichsinnenministerium am 17. und 18.9.1942«, 23.9.1942, APP, 53/299/0/2.5/2198, Bl. 57-62.

43 Rundschreiben der DAF, Amt für Arbeitseinsatz, betr. »Ostarbeiter-Einsatz; hier: schwangere Ostarbeiterinnen und deren Kinder«, 22.1.1943, BArch, NS 5-I/264.

Fällen die Schwangeren zurückgeschickt, so würde man die Familien auseinandergerissen haben.«⁴⁴

Doch der Unversehrtheit des Familienverbandes wurde von arbeitseinsatzpolitischer Seite nur solange Bedeutung beigemessen, wie es der Arbeitsleistung zuträglich erschien. So wies der GBA im September 1944 zwar erneut darauf hin, die Zusammenführung ausländischer Arbeitskräfte sei »aus Gründen der Leistungssteigerung [...] nach wie vor erwünscht«.⁴⁵ Unter dem Hinweis, auch viele Deutsche müssten während des Krieges getrennt von ihren Angehörigen leben, machte er jedoch sogleich deutliche Einschränkungen. Durch die Versetzung von Arbeitskräften dürfe es unter keinen Umständen zu Störungen in der gewerblichen Kriegswirtschaft oder zu einer verringerten Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte kommen; auch mit Rücksicht auf die schwierige Verkehrslage könne sich die Zusammenführung Familienangehöriger daher »nur auf einen engen Personenkreis erstrecken.«

Von rassen- und volkstumpolitischer Seite wurde der Einsatz ausländischer Familien in Deutschland von vornherein äußerst kritisch betrachtet. Laut einem im November 1942 verfassten SD-Bericht über »[v]olkstumsmässige Gefahren des Fremdvolkeinsatzes auf dem Lande« müsse gerade bei »fremdvölkischen« Familien befürchtet werden, dass sie im Reich »bodenständig und kinderreich« werden und damit maßgeblich zur »Unterwanderung des Landvolkes« beitragen.⁴⁶ Die ausländischen Kinder würden »den ganzen Tag auf den Höfen oder Strassen herumlungern« und entgegen allen Verboten mit deutschen Kindern gemeinsam spielen. Zudem würden sie »meist mit besonderer Geschicklichkeit die deutsche Sprache erlernen, mit ›Heil Hitler‹ grüssen und seien von deutschen Kindern kaum zu unterscheiden.« Gerade dieses Nicht-Erkennen-Können stellte aus Sicht des SD eine enorme Gefahr dar, seien die deutschen Kinder somit doch schutzlos »dem schlechten Beispiel und dem Einfluss des fremdvölkischen Elementes preisgegeben.«

In den Betrieben kümmerte man sich indes weniger um derartige Befürchtungen als vielmehr um wirtschaftliche Überlegungen, wie der SD nicht müde wurde zu kritisieren. Manche der einzeln eingesetzten polnischen Arbeitskräfte ließen ihre Familienangehörigen nach Deutschland nachkommen, was nicht

44 Mitteilung der DAF, Amt für Arbeitseinsatz, betr. »Die Behandlung schwangerer ausländischer Arbeitskräfte«, 8.4.1943, BAArch, R 89/10888, S. 2.

45 Runderlass des GBA an die Arbeitsämter, Reichstreuhänder- und Gewerbeaufsichtsverwaltung betr. »Gemeinsamer Einsatz und Zusammenführung von Familienangehörigen unter den ausländischen Arbeitskräften«, 28.9.1944, abgedruckt in den Mitteilungen des Hauptamtes für Volkstumsfragen, 2. Jahr, Folge 11, November 1944, BAArch, R 187/216.

46 »Meldungen aus dem Reich« Nr. 339, 30.11.1942, BAArch, R 58/177, Bl. 220-223.

nur aus rassenpolitischen, sondern auch aus sicherheitspolizeilichen Gründen streng verboten war. Offenbar duldeten viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Landwirtschaft diesen illegalen Familiennachzug jedoch, um zusätzliche Arbeitskräfte zu erhalten.⁴⁷ Angesichts der zunehmenden militärischen Rückschläge an der Ostfront gewannen kriegswirtschaftliche Erfordernisse weiter an Bedeutung. Durften bislang nur Familien mit arbeitsfähigen Kindern über 15 Jahren nach Deutschland gebracht werden, machte die »Arbeitseinsatzlage« im Sommer 1943 eine Lockerung dieser Vorschriften notwendig. Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz verfügte daher am 15. Juli:

»Von der Hereinnahme von Ehefrauen und von nichteinsatzfähigen Kindern ausl. Arbeitskräfte war bisher aus politischen, insbesondere volkstums- und bevölkerungspolitischen Gründen abzusehen. [...] Zur Zeit muß den Notwendigkeiten des Arbeitseinsatzes wegen seiner kriegsentscheidenden Bedeutung jedoch unter gewissen Voraussetzungen der Vorrang vor Erwägungen volks- und bevölkerungspolitischer Art eingeräumt werden.«⁴⁸

Zudem betonte Sauckel erneut die Wichtigkeit des geschlossenen Einsatzes der »Ostarbeiterfamilien« sowie der nachträglichen Familienzusammenführung:

»Da die Trennung von Familienangehörigen sich in der Regel nachteilig auf die Stimmung und damit auch auf die Leistung der Ostarbeiter auswirkt, kommt allein schon aus Gründen der Leistungssteigerung der Zusammenführung von Familienangehörigen erhebliche Bedeutung zu.«⁴⁹

Diese Anweisungen fielen zeitlich zusammen mit den ersten Deportationen von Familien aus den von der Wehrmacht aufgegebenen Gebieten der Sowjetunion. Im Falle eines Rückzugs sollten dem Gegner möglichst wenig Ressourcen im Räumungsgebiet überlassen werden. Dazu zählte auch das sogenannte »Menschenmaterial«, aus dem die Deutschen potenzielle Arbeitskräfte »auskämten«, während sie »nutzlose Esser« ihrem Schicksal überließen oder ermordeten.⁵⁰ Die Vorschriften, welche Familien als »arbeitsfähig« galten und ins Reich gebracht werden durften, wurden infolge der Rückzüge in der Ukraine

47 Ebd.

48 Erlass des GBA betr. »Einsatz ausländischer Arbeitskräfte im Reich; hier: Mitnahme und Nachholung von Ehefrauen und nichtarbeitseinsatzfähigen Kindern«, 15.7.1943, BAArch, R 3901/20469.

49 Ebd. Diese Regelung bezog sich allerdings nicht auf alleinstehende Mütter mit ihren im Reich geborenen Kindern, die nach wie vor in den »Ausländerkinder-Pflegestätten« abgegeben werden mussten.

50 Zu Zwangsevakuierungen und den Rückzugsverbrechen der Wehrmacht siehe Dieter Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941-1944*, München 2008, S. 315-330.

1943/44 sukzessive gelockert. Im April 1944 legte Sauckel fest, eine Familie sei bereits als für den Arbeitseinsatz geeignet anzusehen, sofern mindestens die Hälfte der Kinder älter als zehn Jahre sei. Ansonsten seien die Väter gemeinsam mit den arbeitsfähigen Kindern zu deportieren, die Mütter mit den jüngeren zurückzulassen.⁵¹ Unzählige Frauen mit jungen Kindern, aber auch alte, kranke und invalide Menschen wurden von ihren Familien getrennt und in Frontnähe zurückgelassen, zehntausende Zivilisten verhungerten oder wurden von den Deutschen gezielt ermordet.⁵²

Die offiziellen Richtlinien zur Selektion wurden infolge überstürzter Rückzugsbewegungen der Wehrmacht und zu erfüllender Kontingente meist nur oberflächlich umgesetzt oder vollkommen ignoriert. Unzählige Menschen wurden auf diese Weise ins Reich gebracht, die unter anderen Umständen als »nicht einsatzfähig« eingestuft worden wären.⁵³ Auch wenn sie meist unfreiwillig deportiert wurden, so konnte der Einsatz in Deutschland zumindest mit der Hoffnung verbunden sein, als Arbeitskraft gebraucht und ernährt zu werden, möglicherweise sogar die eigenen Angehörigen mitversorgen zu können. Die Frage, ob ein arbeitsunfähiger Mensch Familienangehörige hatte, die für den Arbeitseinsatz in Betracht kamen, konnte somit zur Frage von Leben und Tod werden. Unter den verschleppten Familien befanden sich nicht nur eine große Zahl von Kindern jeden Alters, sondern oftmals auch Familienmitglieder, »die infolge ihres hohen Lebensalters (76 und noch mehr Jahre) nicht in der Lage sind, arbeitsmäßig eingesetzt zu werden«, wie es in einem Schreiben der DAF vom 19. Oktober 1943 hieß.⁵⁴ Teilweise handele »es sich dabei gar nicht einmal um Familienangehörige im geraden Verwandtschaftsverhältnis, sondern diese alten Leute werden seitens der Familienmitglieder als Verwandte bezeichnet.«⁵⁵ Offenbar versuchten einige Familien auf diese Weise hilfsbedürftigen Menschen, womöglich Nachbarinnen, Freunden oder Bekannten, die ansonsten

51 Johannes-Dieter Steinert, *Deportation und Zwangsarbeit. Polnische und sowjetische Kinder im nationalsozialistischen Deutschland und im besetzten Osteuropa 1939-1945*, Essen 2013, S. 128.

52 Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 1092-1104. Ein besonders bedrückendes Beispiel für die Verbrechen der Wehrmacht in dieser Kriegsphase bietet das weißrussische Dorf Ozarichi, wo die Wehrmacht im März 1944 zehntausende arbeitsunfähige Zivilisten in einem Lager zusammentrieb, in dem binnen einer einzigen Woche etwa 9.000 Menschen starben; Christoph Rass, *Ozarichi 1944. Entscheidungs- und Handlungsebenen eines Kriegsverbrechens*, in: Timm C. Richter (Hrsg.), *Krieg und Verbrechen. Situation und Intention: Fallbeispiele*, München 2006, S. 197-206.

53 Steinert, *Deportation und Zwangsarbeit* (Anm. 51), S. 127-129.

54 Schreiben der DAF, Amt für Arbeitseinsatz, i. V. Dr. Funke, an den Reichsarbeitsminister betr. »Krankengeld für Ostarbeiter«, 19.10.1943, BAArch, R 42-I/23.

55 Ebd.

schutzlos im Räumungsgebiet zurückgelassen worden wären, einen Anschluss an ihren Familienverband zu ermöglichen. Der begrenzte Schutz, den die Zugehörigkeit zu einer Familie vor den Willkürmaßnahmen der Deutschen bieten konnte, wurde somit bewusst genutzt und auf andere ausgeweitet.

Auf der anderen Seite ging die sogenannte »Evakuierung« aus den Räumungsgebieten für die Betroffenen mit kräftezehrenden Fußmärschen und langen Reisen in überfüllten Güterwagen einher, die viele von ihnen aufgrund von Hunger, Erschöpfung und Krankheit nicht überstanden. Den miserablen Gesundheitszustand der Überlebenden lässt der Bericht eines Betriebsarztes der Gustloff-Werke Suhl erahnen:

»In unserem Lager Dietzhausen sind z.Zt. u. a. 55 Ostfamilien mit ihren 124 Kindern aller Lebensalter untergebracht. Diese Familien, die im Rahmen der Räumung aufgegebenen Gebiete mit zurückgenommen wurden, kamen nach dreimonatiger Marsch- und Reisezeit in das genannte Lager. Der Gesundheits- und Kräftezustand dieser Menschen, insbesondere der Kinder ist geradezu erbärmlich. So erlagen in knapp vier Wochen sieben Kinder im Alter von 2-3 Jahren kleinen akuten Infekten. Als mittelbare Todesursache muss jedoch die hochgradige Widerstandslosigkeit und Anfälligkeit infolge des miserablen Ernährungs- und Kräftezustandes angesprochen werden. [...] Bei Fortbestehen des momentanen Zustandes muss mit dem Ableben weiterer Kinder aber auch mit einer Beunruhigung der besorgten Eltern und übrigen Lagerbewohner gerechnet werden. Im Interesse der Erhaltung des Lebens der Kinder aber auch des Arbeitswillens der Eltern derselben müssen wir um Gewährung einer Sonderzuteilung an Milch und Nahrungsmitteln für die 124 Kinder bitten.«⁵⁶

Im Laufe des Jahres 1944 gelangten auf diese Weise immer mehr Geflüchtete und Deportierte mit ihren Angehörigen und Kindern ins Reich, während die zur Verfügung stehenden Unterbringungsmöglichkeiten durch Luftangriffe immer knapper wurden. In den überfüllten Lagern breiteten sich durch mangelnde Ernährung, schlechte hygienische Bedingungen, unzureichende Unterbringung und rudimentäre medizinische Versorgung zunehmend Krankheiten wie Fleckfieber und Tuberkulose aus. Eine große Zahl der dort lebenden Menschen kam für den Arbeitseinsatz nicht mehr in Betracht. Im Juni 1944 befanden sich nach Auskunft der Arbeitsämter mindestens 15.000 dauerhaft arbeitsunfähige »Ostarbeiterinnen« und »Ostarbeiter« sowie »Al-

⁵⁶ Bericht eines Betriebsarztes der Gustloff-Werke Suhl an das Landesernährungsamt, 22.11.1943, abgedruckt in: Norbert Moczarski/Bernhard Post/Katrin Weiß (Hrsg.), Zwangsarbeit in Thüringen 1940-1945. Quellen aus den Staatsarchiven des Freistaates Thüringen, Erfurt 2002, S. 132 f.

tersinvalide« in Deutschland, 8.500 davon waren pflegebedürftig und 6.500 »ansteckungskrank«. ⁵⁷ Etwa 4.000 von ihnen lebten zu diesem Zeitpunkt mit ihren Familienangehörigen zusammen. Dazu kamen die in Deutschland geborenen Säuglinge und Kleinkinder sowie Kinder unter zehn Jahren: »75.000 Ostarbeiterkinder, 58.000 Polenkinder und um 8.300 sonstige Kinder.«

Am 7. Juli 1944 fanden sich im Sitzungssaal der Partei-Kanzlei in München Vertreter von rund 25 Ressorts zusammen, um über die immer dringlichere Frage nach der »Versorgung und Betreuung der nichteinsatzfähigen Ausländer und der Ausländerkinder« zu beraten. ⁵⁸ Als Ergebnis wurde eine Reihe von Grundsätzen festgehalten: Demnach habe die Rückführung nicht arbeitsfähiger Ausländerinnen und Ausländer weiterhin Priorität; sei dies nicht möglich, müssten die Betriebe die Angehörigen einer Familiengemeinschaft vorerst gemeinsam unterbringen und verpflegen. ⁵⁹ Während langfristig die Absonderung der nicht »einsatzfähigen« Arbeitskräfte und der »Ausländerkinder« in »Sonderlagern« geplant wurde, sollten zunächst den bestehenden Lagern, sofern noch nicht geschehen, Entbindungsmöglichkeiten sowie »Pflegestätten« für Kinder und Arbeitsunfähige angegliedert werden. Zusätzlich wurde die Einrichtung sogenannter »Sonderpflegestätten« unter Obhut der DAF beziehungsweise des Reichsnährstands geplant:

»Da damit gerechnet werden muss, dass eine gemeinsame Unterbringung schon jetzt nicht in allen Fällen möglich oder z. B. wegen ansteckungsfähiger Erkrankung nicht zulässig ist, muss sofort für die Schaffung von Sonderpflegestätten gesorgt werden.« ⁶⁰

Damit zeichnete sich in der Kriegsendphase eine weitere Radikalisierung im Umgang mit allen für die deutsche Kriegswirtschaft nicht mehr »verwertbaren« Ausländerinnen und Ausländern ab. Vor dem Hintergrund der »Krankensammellager«, die sich infolge katastrophaler Lebensbedingungen und fehlender medizinischer Versorgung zu Sterbelagern entwickelt hatten, ⁶¹ der »Auslän-

57 Besprechungsvermerk von Ministerialdirigent Dr. Loschelder (RMdI), 20.6.1944, BAArch, NS 1501/1479.

58 Besprechungsvermerk von Ministerialdirigent Dr. Loschelder (RMdI), 10.7.1944, BAArch, NS 1501/1479, Bl. 23 f.; Schreiben des GBA an den Reichsminister des Innern betr. »Versorgung und Betreuung der nichteinsatzfähigen Ausländer und der Ausländerkinder«, i. A. Dr. Letsch, 13.7.1944, BAArch, R 2/60765.

59 Schreiben des GBA an den Reichsminister des Innern betr. »Versorgung und Betreuung der nichteinsatzfähigen Ausländer und der Ausländerkinder«, i. A. Dr. Letsch, 13.7.1944, BAArch, R 2/60765.

60 Ebd.

61 Annette Schäfer, Durchgangs- und Krankensammellager im Zweiten Weltkrieg. Schnittstellen zwischen »Arbeit« und »Vernichtung« beim Zwangsarbeitereinsatz, in:

derkinder-Pflegestätten«, in denen eine Vielzahl der Kinder an Hunger und Krankheiten starben, sowie der Ermordung erkrankter Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Tötungsanstalten wie Hadamar⁶² lässt sich die geplante Errichtung von »Sonderlagern« und »Sonderpflegestätten« als Plan zur Ermordung der ausländischen Arbeitsunfähigen und »Ausländerkinder« deuten, auch wenn es so nicht explizit formuliert wurde.⁶³

Bei der Besprechung in der Partei-Kanzlei war allerdings darauf hingewiesen worden, dass »offensichtlich zwischen den arbeitsfähigen und den einsatzunfähigen Ausländern enge Beziehungen« bestünden.⁶⁴ Dem wurde im vorläufigen Runderlass, mit dem das Reichsinnenministerium im Oktober 1944 die nachgeordneten Behörden, Gemeinden und Gemeindeverbände über die anvisierten Maßnahmen in Kenntnis setzte, Rechnung getragen.⁶⁵ Demzufolge waren die erwähnten »Sonderpflegestätten« nur für diejenigen vorgesehen, »die nicht bei ihren einsatzfähigen Angehörigen verbleiben können oder solche Angehörige nicht haben.« Auch die ausländischen Kinder sollten nur dann in derartige Sondereinrichtungen eingewiesen werden, wenn sie nicht zusammen mit ihren Eltern oder einem Elternteil untergebracht werden konnten. Erneut bot die Zugehörigkeit zu einem Familienverband einen gewissen Schutz vor den geplanten Maßnahmen des Regimes, sofern »einsatzfähige« Angehörige den Aufenthalt im Reich aus Behördensicht rechtfertigten. Inwieweit diese Anordnungen noch umgesetzt wurden, ist bislang kaum erforscht.⁶⁶ Der im Oktober angekündigte Erlass mitsamt Durchführungsbestimmungen zur »Be-

Andreas Frewer/Günther Siedbürger (Hrsg.), *Medizin und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Einsatz und Behandlung von »Ausländern« im Gesundheitswesen*, Frankfurt a. M. 2004, S. 203-230, hier S. 214-216.

62 Uta George, *Polnische und sowjetische Zwangsarbeitende als Opfer der NS-»Euthanasie«-Verbrechen. Das Beispiel Hadamar*, in: Frewer/Siedbürger (Hrsg.), *Medizin und Zwangsarbeit* (Anm. 61), S. 389-406.

63 Vgl. Vögel, »Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen« (Anm. 32), S. 113-119.

64 Besprechungsvermerk von Ministerialdirigent Dr. Loschelder, 10.7.1944, BAArch, NS 1501/1479, Bl. 23 f.

65 Runderlass des RMDI an die nachgeordneten Behörden, die Gemeinden und Gemeindeverbände betr. »Betreuung nichteinsatzfähiger ausländischer Arbeitskräfte«, i. A. Dr. Kauffmann, 16.10.1944, BAArch, R 1501/1479, Bl. 28.

66 Für das Durchgangslager Bietigheim und das Krankensammellager Großsachsenheim ist bekannt, dass beide in Reaktion auf den Erlass vom 16.10.1944 vom Württembergischen Landesfürsorgeverband übernommen werden sollten, was allerdings aufgrund der Kriegslage nicht mehr umgesetzt wurde; Christine Sämann, *Das Durchgangslager in Bietigheim. Zwangsarbeit im Nationalsozialismus – Bedeutung und Funktionen des Durchgangslagers für »ausländische Arbeitskräfte« in Bietigheim mit seinen Krankensammellagern in Pleidelsheim und Großsachsenheim, Bietigheim-Bissingen 2018*, S. 221-223.

treuung nichteinsatzfähiger Ausländer« erschien erst am 21. Februar 1945 und fand vermutlich keine Anwendung mehr.⁶⁷

3. Fazit

Die Behandlung schwangerer Polinnen und »Ostarbeiterinnen«, der von diesen Frauen im Reich geborenen Kinder sowie osteuropäischer Zwangsarbeiterfamilien wurde vor dem Hintergrund der NS-Rassen-, Bevölkerungs- und Arbeitseinsatzpolitik konstant neu verhandelt und bildete einen integralen Bestandteil der Maßnahmen des Regimes gegen unerwünschte Familien und Familiengründungen im nationalsozialistischen Deutschland. Bei diesen Maßnahmen spielte die Ehe, als deren Zweck in der NS-Ideologie vorrangig die Reproduktion und damit die Konstituierung einer Familie galt,⁶⁸ eine wichtige Rolle. Während auf der einen Seite durch Heiratsbeschränkungen für Polinnen und »Ostarbeiterinnen« unerwünschte Verbindungen verhindert werden sollten, wurden bestehende Ehen in gewissem Maße anerkannt, wie die bis Ende 1942 geführten Verhandlungen über die Behandlung schwangerer ausländischer Arbeiterinnen zeigen. So konnte bei verheirateten Paaren aufgrund vormundschafts- und fürsorgerechtlicher Erwägungen zeitweise von einer Rückführung abgesehen werden. Die meisten Schwangeren wurden jedoch zur Entbindung in ihre Heimat zurückgeschickt, was zur zeitlich begrenzten oder dauerhaften Trennung der Familienmitglieder führte.

Nachdem die »Arbeitseinsatzlage« einen Stopp der Rückführungen erfordert hatte, sollte die fortgesetzte ökonomische Ausbeutung der schwangeren Arbeiterinnen durch die Schaffung gesonderter Entbindungs- sowie Betreuungseinrichtungen für ausländische Kinder ermöglicht werden. Während die Geburt »fremdvölkischer« Kinder im Reichsgebiet aus rassen- und volkstumpolitischer Sicht grundsätzlich unerwünscht war, nutzte Himmler den durch kriegswirtschaftliche Erfordernisse notwendig gewordenen Kurswechsel, um sich Zugriff auf vermeintlich »guttrassige« Kinder zu verschaffen. Diejenigen Kinder indes,

67 Gemeinsamer Runderlass des RMdI, des GBA und des Reichsfinanzministeriums betr. »Betreuung nichteinsatzfähiger Ausländer einschließlich Staatenloser«, i. A. Dr. Kauffmann, 21.2.1945, BArch, R 2/60765.

68 Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Ehe, Reproduktion und dem nationalsozialistischen Rassebegriff setzt Gabriele Czarnowski die NS-Ehe- und Sexualpolitik gar mit der Rassenpolitik gleich; Gabriele Czarnowski, »Der Wert der Ehe für die Volksgemeinschaft«. Frauen und Männer in der nationalsozialistischen Ehepolitik, in: Kirsten Heinsohn/Barbara Vogel/Ulrike Weckel (Hrsg.), Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt a. M. 1997, S. 78-95.

die laut Urteil der SS-Rasseexperten einen »unerwünschten Bevölkerungszuwachs« darstellten, sollten abgetrieben oder andernfalls in den sogenannten »Ausländerkinder-Pflegestätten« abgesondert werden, in denen viele von ihnen das Leben verloren. Auf diese Weise griffen arbeitseinsatz- und rassenpolitische Zielsetzungen ineinander und führten zur systematischen Trennung und Zerstörung unzähliger Familien.

Neben zahlreichen jungen, ledigen Männern und Frauen deportierten die deutschen Arbeitseinsatzbehörden, ideologischen Vorbehalten zum Trotz, immer mehr polnische Familien und »Ostarbeiterfamilien« nach Deutschland. Ihr Anteil an den im Reich befindlichen Arbeitskräften stieg insbesondere im Zuge der Deportationen aus den Gebieten, die von der Wehrmacht bei ihren Rückzügen seit 1943 geräumt wurden, deutlich an. Aus Rücksicht auf den Arbeitswillen der Angehörigen sollte der Familienverband, der sich anfangs aus Eltern und arbeitsfähigen Kindern ab 15 Jahren zusammensetzte, möglichst intakt gelassen werden. Mit zunehmender Kriegsdauer wurde allerdings der Einsatz immer jüngerer Kinder genehmigt, infolge überstürzter Rückzüge der Wehrmacht zudem zahlreiche arbeitsunfähige Angehörige sowie Kleinkinder und Säuglinge mit ins Reich verschleppt. Rassen- und volkstumpolitische Einwände gegen den Einsatz dieser Familien, wie etwa die befürchteten »Unterwanderungsgefahren«, rückten aufgrund der Kriegsentwicklungen in den Hintergrund. Da die Trennung der Familie, die schlechte Behandlung eines Angehörigen oder gar dessen Ermordung die Leistungsbereitschaft ansonsten »einsatzfähiger« Arbeitskräfte bedrohte, sollte auch in diesen Fällen die gemeinsame Unterbringung ermöglicht werden, sofern die kriegswirtschaftliche Produktion davon nicht beeinträchtigt wurde. Auf diese Weise konnten familiäre Hilfsstrukturen bestehen bleiben und Alten, Kranken, Kindern und aus sonstigen Gründen nicht arbeitsfähigen Menschen einen gewissen Schutz vor den immer radikaleren Zwangsmaßnahmen des Regimes bieten. Deutlich wird dies in den Plänen der NS-Behörden, ausländische Arbeitsunfähige und Kinder, die keine Angehörigen hatten, in sogenannten »Sonderpflegestätten« abzusondern. Gleichzeitig blieb aber die Anweisung, im Reich geborene Kinder ausländischer Arbeiterinnen in »Ausländerkinder-Pflegestätten« einzuweisen, bestehen.

Osteuropäische Zwangsarbeiterinnen und ihre Kinder waren ebenso wie osteuropäische Zwangsarbeiterfamilien Gegenstand von Aushandlungsprozessen an der Schnittstelle zwischen bevölkerungs- und rassenpolitischen Zielen sowie kriegswirtschaftlichen Anforderungen, in denen über Zusammenführung oder Trennung der Angehörigen, über Duldung oder Zerstörung des Familienverbandes entschieden wurde. Ehe und Familie stellten für die von diesen Maßnahmen Betroffenen bedeutende Schutzräume dar, die von den NS-Behörden trotz aller Radikalität stets einkalkuliert werden mussten. Entscheidend für

die Behandlung dieser Menschen waren ihr vermeintlicher »rassischer Wert« ebenso wie ihre Arbeitsleistung, wobei letztere im Verlauf des Krieges zunehmend an Bedeutung gewann. Insbesondere in der letzten Kriegsphase konnten mit dem Ziel der Leistungssteigerung daher zwar arbeitsunfähige Angehörige bei ihren Familien belassen werden. Erschien es jedoch sowohl aus ökonomischer als auch aus rassenpolitischer Sicht sinnvoll, wurden an Frauen ungewollte Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen, Kleinkinder zwangsweise »eingedeutscht«, Säuglinge ihren Eltern abgenommen und ermordet, Familien auseinandergerissen und zerstört.

Olga Radchenko

GETRENNTE JÜDISCHE FAMILIEN DIESSEITS UND JENSEITS DER DEUTSCH-SOWJETISCHEN DEMARKATIONSLINIE 1939–1941¹

Familientrennungen sind eine unmittelbare Folge von Kriegen und stellen eine kollektive Erfahrung dar. Als Konsequenz der rassistisch und politisch motivierten Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen nahmen sie insbesondere während des Zweiten Weltkriegs ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß an. Mit dem Überfall NS-Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 strömten hunderttausende Flüchtlinge – in der Mehrzahl jüdische Männer – aus den von der Wehrmacht besetzten westlichen und zentralen Gebieten des Landes nach Ostpolen. Seit dem 17. September 1939 nahm die Sowjetunion den östlichen Teil Polens ein und rückte bis zu der im August im geheimen Zusatzprotokoll des »Hitler-Stalin-Pakts« vereinbarten Demarkationslinie vor.² Viele jüdische Flüchtlinge blieben im nun sowjetisch besetzten Territorium.

Bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn, im Oktober 1939, fand die sogenannte Nisko-Aktion statt, die von der Geschichtswissenschaft als ein Phänomen des Übergangs von der Vertreibung zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung interpretiert wird.³ Auf Veranlassung des Reichssicherheitshauptamts der SS wurden zu dieser Zeit zwischen 4.757 und 4.911 österreichische, polnische und tschechische Juden aus Wien, Kattowitz und Mährisch-

1 Der Beitrag stellt Ergebnisse eines 2018 von der Gerda-Henkel-Stiftung finanzierten Projekts zur Tätigkeit der deutsch-sowjetischen Flüchtlingskommission 1940 vor.

2 Gemäß dem deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 wurde die Demarkationslinie verändert. Vgl. Claudia Weber, *Der Pakt. Stalin, Hitler und die Geschichte einer mörderischen Allianz*, München 2019; Mikhail I. Mel'tyukhov, *Upushchennyi shans Stalina: Sovetskii Soiuz i bor'ba za Evropu, 1939-1941. Dokumenty, fakty, suzhdeniia* [Stalin's Lost Chance. The Soviet Union and the Struggle for Europe 1939-1941], Moskau 2000.

3 Seev Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939. Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Etappe vor der »Endlösung«, in: *Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte* 29 (1981), 1, S. 74-96; Winfried R. Garscha, *Deportation als Vertreibung. Eichmanns Nisko-Experiment 1939 im Kontext der nationalsozialistischen »völkischen Flurbereinigung«*, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hrsg.), *Forschungen zu Vertreibung und Holocaust*, Jahrbuch 2018, Wien 2018, S. 117-142.

Ostrau⁴ ins deutsch besetzte Ostpolen, in die Stadt Nisko am San, umgesiedelt. In Nisko sollten sie ein »Judenreservat« bilden, in das das Reichssicherheitshauptamt plante, die jüdische Bevölkerung aus dem »Altreich«, aus Österreich und anderen besetzten Gebieten abzuschieben. Zur Errichtung des Barackenlagers verblieben etwa 700 Mann der im Oktober 1939 Deportierten in Nisko, während die anderen kurz nach der Ankunft mit Gewalt über die etwa 60 km entfernte deutsch-sowjetische Demarkationslinie getrieben wurden.⁵ Bis Frühling 1940 passierten darüber hinaus tausende jüdische Flüchtlinge die neue Grenze illegal über den Fluss Bug oder den San. Für viele bedeutete die Flucht die Trennung von ihrer Familie. Ihre Erfahrungen sind Gegenstand dieses Aufsatzes.

Zur Geschichte jüdischer Flüchtlinge in der Sowjetunion liegt eine Vielzahl von Forschungsarbeiten vor,⁶ die nach den Auswirkungen der nationalsozialistischen Gewaltpolitik wie auch der sowjetischen Besatzungspolitik auf die Flüchtlinge fragen. Der Aspekt der Familientrennungen fand bislang jedoch keine Beachtung.

Der Fokus des vorliegenden Aufsatzes richtet sich auf die Frage, wie jüdische Familien, die durch die Demarkationslinie getrennt worden waren, mit der kriegs- und migrationsbedingten Ausnahmesituation umgingen. Den zeitlichen Rahmen bilden dabei der 1. September 1939 und der 22. Juni 1941, d. h. die Daten des Überfalls von NS-Deutschland auf Polen und zwei Jahre später auf die

4 Wien war seit dem 15.10.1938 Teil des Reichsgaus Wien in der Ostmark; Kattowitz war seit dem 8.10.1939 Sitz des Regierungsbezirks Kattowitz im Reichsgau Schlesien (seit April 1941 Oberschlesien). Mährisch-Ostrau gehörte seit dem 16.3.1939 zum Reichsprotectorat Böhmen und Mähren.

5 Mečislav Borák, *The First Deportation of the European Jews. The Transports to Nisko nad Sanem (1939-1940)*, Opava 2010, S. 111; Goshen, Eichmann (Anm. 3), S. 89; Jonny Moser, *Nisko: Die ersten Judendeportationen*, Wien 2012.

6 Yosef Litvak, *Jewish Refugees from Poland in the USSR 1939-1941*, in: *Jewish Social Studies* 40 (1978), 2, S. 141-158; Julian Siedlecki, *Losy Polaków w ZSSR w latach 1939-1986*, London 1986; Grazyna Doktor, *Deportacje i przemieszczenia ludności polskiej w głąb ZSSR. 1939-1945. Przeglądy piśmiennictwa*, Warschau 1989; Irena Grudzińska-Gross/Jan Tomasz Gross, *W czterdziestym nas Matko na Sibir zesłali ...*, Warschau 1990; Stanisław Ciesielski/Grzegorz Hryciuk/Aleksander Srebrakowski, *Masowe deportacje radzieckie w okresie II wojny światowej*, Wrocław 1993; Dov Levin, *The Lesser of Two Evils. Eastern European Jewry under Soviet Rule, 1939-1941*, Philadelphia, PA/Jerusalem 1995; Archiwum Ringelbluma. Konspiracyjne Archiwum Getta Warszawy. Tom 3. *Relacje z Kresów*, bearbeitet von Andrzej Żbikowski, hrsg. v. Żydowski Instytut Historyczny, Warschau 2000; Ben-Cion Pinchuk, *Jewish Refugees in Soviet Poland 1939-1941*, in: *Jewish Social Studies* 40 (1978), 2, S. 141-158; Mark Edele/Sheila Fitzpatrick/Atina Grossmann (Hrsg.), *Shelter from the Holocaust. Rethinking Jewish Survival in the Soviet Union*, Detroit, MI, 2017; Victor Bilous/Olga Radchenko, *Polski gromad'any-biżenzi v URSS (1939-1941 rr.) [Polnische Bürger als Flüchtlinge in der Sowjetukraine (1939-1941). Historische Skizzen]*, Čerkassy 2018.

Sowjetunion. Geographisch richtet sich der Blick auf Polen, die Ukraine und Weißrussland sowie – mit der »Nisko-Aktion« – auf Österreich und die besetzten tschechischen Gebiete.

Der Beitrag fragt nach den Dynamiken und der Chronologie der Trennungen jüdischer Familien, wobei sowohl Fluchten als auch Deportationen und Vertreibungen als deren Ausgangspunkte definiert werden. Inwiefern deuteten Familienangehörige in der Ausnahmesituation von Krieg und Flucht Funktionen innerhalb der Familie neu und inwiefern ging dies mit Veränderungen vor allem von wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekten des Familienlebens einher? Hervorzuheben ist die außergewöhnliche Bedeutung des grenzüberschreitenden Post- und Paketverkehrs, der es Familien ermöglichte, über militärische Demarkationslinien hinweg den Kontakt aufrecht zu erhalten.

Viele Familien versuchten auf legalen und illegalen Wegen, eine Familienzusammenführung zu erreichen, vor allem indem sie im Frühling 1940 Gesuche an die deutsch-sowjetische Flüchtlings- und Kontrollkommission richteten oder durch selbst organisierte Übertritte die sogenannte »grüne Grenze« passierten.⁷ Mit Hilfe eines mikrogeschichtlichen Ansatzes ist nach geschlechts- und generationsbezogenen Ordnungsmustern in der Trennungssituation zu fragen sowie nach Strategien, Leben und Überleben zu organisieren, beispielsweise durch Gründungen von neuen Familien als Überlebenspraktiken.

Unter »Familie« wird in diesem Text jenseits der klassischen Kernfamilie – bestehend aus Eltern und Kindern – ein breiterer Kreis von Verwandten verstanden, der Großeltern, Tanten, Onkel, Cousins, Cousins usw. einbezieht. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den jeweiligen geographischen, kulturellen, religiösen und schichtspezifischen Prägungen einer Familie zu, da sie die Überlebenspraktiken der geteilten Familien wesentlich beeinflussten.⁸

Mit Flucht, Deportation und Familientrennung verbundene emotionale Belastungen und Verarbeitungen sowie individuelle Deutungen und Interpretationsmuster lassen sich anhand von Egodokumenten jüdischer Familien wie Briefen und Tagebüchern sowie Eingaben an Behörden nachzeichnen. Hierfür wurden Bestände des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten der So-

7 Zahlreiche Fallbeispiele liefern Interviews in den Visual History Archives of the USC Shoah Foundation Institute for Visual History and Education; weitere Zeugnisse im: Archiwum Ringelbluma (Anm. 6), S. 4-8, 69, 225; Кныш Зіновій, *Pered pohodom na Shid: Spominy ta materialy do dijannja Organizacii Ukraïnsk'kykh Nacionalistov u 1939-1941 rokakh* [Before the March to the East: Memoirs and Materials about Activities of Organization of Ukrainian Nationalists in 1939-1941], Vol. 2, Toronto 1959.

8 Gunilla Budde, *Das Öffentliche des Privaten. Die Familie als zivilgesellschaftliche Kerninstitution*, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 57-76.

wjetunion (NKWD) im Staatsarchiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine (GDA SBU) ausgewertet und Dokumente in regionalen staatlichen Archiven der Ukraine sowie in österreichischen und polnischen Archiven eingesehen. Weitere wichtige Quellen bilden die Privatarchive von Paulette Jellinek (USA) und Oskar Grünwald (Österreich), die freundlicherweise zustimmten, Briefe ihrer Familienangehörigen, die im Rahmen der »Nisko-Aktion« im Oktober 1939 ins besetzte Ostpolen deportiert wurden, zu verwenden.

1. Polen und die »Nisko-Aktion« vom Herbst 1939

Zu Beginn der Besetzung Polens waren es vor allem Familien, die sich in größeren Kolonnen aus den westpolnischen, von der Wehrmacht besetzten Gebieten auf den Weg in Richtung Ostpolen machten, das ab dem 17. September sowjetisch besetzt sein sollte. Während die deutsche Luftwaffe die Flüchtlingskolonnen immer wieder bombardierte, forderte die Führung der Roten Armee einen schonenden Umgang mit den Flüchtlingen. Gemäß dem Befehl des stellvertretenden Volkskommissars für die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion, Ivan Maslennikov, vom 28. Oktober 1939 »sollte man in Anbetracht der großen Flüchtlingsmengen an der Grenze zu Deutschland von Waffen nur sehr vorsichtig Gebrauch machen.«⁹

Seit der Errichtung und Befestigung der im deutsch-sowjetischen Grenzvertrag vorgesehenen Grenze am 28. September 1939 wurde der Übertritt für Flüchtlinge immer schwieriger. Trotzdem entschieden sich unter dem Eindruck des NS-Besatzungsregimes hunderttausende polnischer Juden für die lebensgefährliche Flucht in das von der Sowjetunion annektierte Territorium. Vor allem jüngere Menschen machten sich auf den Weg und wagten die Flucht. Sie bildeten kleine, aus Verwandten und Freunden bzw. Bekannten bestehende Gruppen, sammelten Informationen über mögliche Wege, reisten mit wenig Gepäck und nahmen Abschied von ihren Liebsten: von Großeltern, Eltern und Geschwistern. Wie Sally Perel in seiner berühmten autobiographischen Erzählung schilderte, wurde die Entscheidung der Familie, was zu tun sei, zumeist »nach dramatischen Diskussionen« gefasst. Die Eltern von Sally waren unter jenen polnischen Juden, die schon im Oktober 1938 aus Deutschland ausgewie-

9 Vasył Danylenko/Serhiy Kokin, *Radians'ki organy deržavnoi bezpeki u 1939 červni 1941 roku. Dokumenty GDA SB Ukrainy* [Sowjetische Organe des staatlichen Sicherheitsdienstes in den Jahren 1939-Juni 1941. Dokumente des Sicherheitsdienstes der Ukraine], Kyiw 2009, S. 68 f.

sen worden waren. Ihre Motivation, die Kinder in die Sowjetunion zu schicken, bestand darin, wenigstens sie zu retten.¹⁰

Besonders dramatisch war die Entscheidung für Eltern mit kleinen Kindern, wie zum Beispiel für Simon Igielnik, geb. 1910, der zu Kriegsbeginn in Łódź lebte. Er verließ seine Frau Estera und die vierjährige Tochter Marylia (Szyfra-Mirjam). Estera entschied sich wegen der kleinen Tochter gegen die Flucht ins Unbekannte. Estera und Simon Igielnik hofften jedoch, später in der Sowjetunion wieder zueinander zu finden. So überschritt Simon zusammen mit seinem Bruder Moshel (Arko), geb. 1912, Ende Oktober 1939 die deutsch-sowjetische Demarkationslinie.¹¹ Aus dem Briefwechsel der Ehepartner geht hervor, wie sehr Estera ihre Entscheidung zu bleiben bereute: »Täglich weine ich, da mein größter Fehler darin bestand, dass ich nicht zusammen mit Dir abreiste. Viele Frauen folgten ihren Gatten.«¹²

Politisch motiviert war die Flucht von Naum Chaba (Nuchim Wolf Chaba), geb. 1914, dessen Frau Estera im September 1939 in Sosnowitz die Zwillinge Gedalia und Rosa auf die Welt gebracht hatte. Gleich nach dem Einmarsch der Wehrmacht in die Stadt wurde Chaba in die Liste der gesuchten Kommunisten eingetragen, weswegen er Richtung Osten fliehen musste. Gemeinsam mit ihm überschritten sein Bruder David, geb. 1919, und sieben Freunde die neue Grenze am 2. November 1939.¹³ Naum Chaba und David ließen nicht nur Estera und die Zwillinge, sondern auch ihre Eltern, vier ältere Brüder und zwei Schwestern zurück. Niemand von ihnen sollte die deutsche Besatzung überleben.

Parallel zu den selbstorganisierten Fluchten schob die SS in antisemitischen Gewaltexzessen polnische Juden in sowjetisches Gebiet ab. Bis November 1939 war die Situation im Raum der sowjetisch-deutschen Demarkationslinie instabil, was freiwillige und erzwungene Übertritte ermöglichte.¹⁴ In den folgenden Monaten verstärkte die Sowjetunion die Grenzkontrollen. Schließlich protes-

10 Sally Perel, *Ich war Hitlerjunge Salomon*, Berlin 1992, S. 11; vgl. auch: Edele/Fitzpatrick/Grossmann (Hrsg.), *Shelter from the Holocaust* (Anm. 6), S. 3. Das Deutsche Reich wies zu dem Zeitpunkt alle im Reichsgebiet lebenden polnischen Juden aus. Vgl. Jerzy Tomaszewski, *Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung der polnischen Juden aus Deutschland 1938*, Osnabrück 2002.

11 Deržavnyi arkhiv Kirovograds'koi oblasti (Staatsarchiv der Kirovograder Region – DAKO), Bestand (B.) P-5907, Unterbestand (U.) 2-p, Akte (A.) 8074, Bl. 18, 31.

12 Ebd., Bl. 165 (im Original auf Polnisch; alle Übersetzungen durch die Verfasserin).

13 Arkhiv Khersons'koi oblasti Upravlinnia služby bezpeki Ukrainy (Archiv der Abteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine in der Chersoner Region – AKHOUSBU), A. 1923-fs, Bl. 2, 3, 9.

14 Moser, Nisko (Anm. 5), S. 109; *Encyclopedia of Camps and Ghettos, 1933-1945*, ed. by The United States Holocaust Memorial Museum, Vol. 2, Part A: Martin Dean (Hrsg.), *Ghettos in German-Occupied Eastern Europe*, Bloomington, IN, 2012, S. 623.

tierte Moskau gegen die Abschiebungen von Juden in das Territorium östlich der Demarkationslinie.¹⁵

Unter den jüdischen Flüchtlingen und Vertriebenen gelangten rund 1.350 im Rahmen der »Nisko-Aktion« deportierte österreichische, polnische und tschechische Juden im Herbst 1939 auf das durch die Rote Armee besetzte polnische Gebiet.¹⁶ Zuvor nahm ihnen die SS ihre Personaldokumente ab, damit die Deportierten nicht nach Hause zurückkehren konnten.¹⁷ Die Mehrzahl der Nisko-Deportierten waren »arbeitsfähige« Männer, sowohl Unverheiratete als auch Familienväter, die zahlreiche Verwandte zurückließen.¹⁸ Als die SS die nach Nisko Deportierten über die deutsch-sowjetische Grenze trieb, widersetzten sich viele, da ein Grenzübertritt ins sowjetisch besetzte Ostpolen sie immer weiter von ihren in der Ostmark, im Protektorat Böhmen und Mähren und im Gau Oberschlesien zurückgebliebenen Familienangehörigen zu entfernen drohte. Sie hofften auf eine Möglichkeit, zu ihren Familien zurückkehren zu können und versteckten sich in der Umgebung von Nisko.¹⁹

Einige Betroffene sahen in der Abschiebung ins sowjetisch besetzte Ostpolen allerdings auch eine Überlebenschance. Insbesondere für Wiener Juden, die mit Auswanderungsfristen im Zuge des Novemberpogroms 1938 verhaftet und in die KZs Buchenwald und Dachau verschleppt, dann aber ohne Perspektive einer Emigration entlassen worden waren, versprach die »Polen-Aktion« eine Überlebenschance.²⁰

Adolf Eichmann, der am 21. September 1939 offiziell zum Leiter der Wiener und Prager Zentralstelle für jüdische Auswanderung und ihrer Nebenstelle in Mährisch-Ostrau berufen wurde,²¹ hatte zu Beginn der »Nisko-Aktion« angekündigt, Frauen und Kinder der Deportierten mit späteren Transporten ebenfalls ins Lager Nisko nach Polen zu bringen.²² Diese Ankündigung sollte die Betroffenen beruhigen und ihnen Hoffnung auf eine baldige Familienzusammenführung machen. In Mährisch-Ostrau gerieten die zur Deportation Ausgewählten und ihre Angehörigen dennoch in Panik. Von den für den ersten

15 Kurt Pätzgold/Günter Rosenfeld (Hrsg.), *Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen*, Berlin (Ost) 1990, S. 279.

16 Moser, Nisko (Anm. 5), S. 165.

17 Im Frühjahr 1940 erhielt ein Teil der Wiener von den sowjetischen Behörden neue Papiere. Vgl. ebd., S. 164.

18 Zu den Nisko-Deportierten vgl. Goshen, Eichman (Anm. 3), S. 87; Borák, *The First Deportation* (Anm. 5), S. 74; Moser, Nisko (Anm. 5), S. 146f.

19 Ebd., S. 109.

20 Ebd., S. 40; Goshen, Eichmann (Anm. 3), S. 87; Borák, *The First Deportation* (Anm. 5), S. 84.

21 Goshen, Eichmann (Anm. 3), S. 82.

22 Moser, Nisko (Anm. 5), S. 35.

Transport Ausgesuchten nahmen Ehefrauen, Verwandte und Freunde weinend Abschied. Dies brachte die Verantwortlichen auf den Gedanken, die weiteren Transporte »in aller Stille«, das heißt ohne Abschied von Familienangehörigen auf dem Bahnsteig, durchzuführen.²³ Ende Oktober 1939 zeichnete sich ab, dass die für den nächsten Transport aus dem Protektorat und Wien erfassten Frauen nicht mehr nach Nisko deportiert werden konnten. Die »Aktion« wurde von Berlin aus wegen der Aussiedlungspläne im Warthegau, der Vorbereitung des Krieges gegen Frankreich und des Widerstands des Generalgouverneurs Hans Frank abgebrochen.²⁴ Davon unbeirrt, erfassten die Behörden vor Ort die Frauen weiter und zwangen sie, in Sammelunterkünften zu leben. Sie gingen von einer baldigen Wiederaufnahme der Deportationen aus. Gisela Rosenberger berichtete am 3. Januar 1940 aus Wien in die südukrainische Stadt Cherson an ihren Mann Alois, der mit dem ersten Wiener Transport nach Nisko und von dort in die Sowjetunion gekommen war:

»Zuerst bekam ich denselben Befehl wie Du, zum Polentransport zu gehen. Habe mir vom Amtsarzt ein Zeugnis beschafft, dass ich nicht transportfähig bin. Und in der KG [Israelitische Kultusgemeinde] hat mir der Arzt und ein Direktor Wein gesagt, ich kann zu Hause bleiben. Zwei Tage später bekam ich wieder den Befehl, mich am 3.11. in der Gänsbachergasse 3 im 10. Bezirk einzufinden, am 4. geht der Transport. Auf meine Vorsprache in der KG ist mir gesagt worden, ich muss gehen, da die Gestapo das Zeugnis nicht anerkannt hat. Dann habe ich schnell gepackt und dem Oskar die Wohnungsschlüssel gegeben. Und in der Gänsbacherstrasse [Obdachlosenasy] bin ich noch immer.«²⁵

Der Termin für den Wiener Transport mit Frauen und Kindern wurde insgesamt viermal verschoben und schließlich abgesagt. Es fanden keine weiteren Transporte nach Nisko statt.²⁶

Unter den im Rahmen der »Nisko-Aktion« Deportierten befanden sich Moisej Ginsberg, geb. 1911, und seine zwei Brüder aus Bielitz (Reichsgau Schlesien). Sie hatten beim Wiederaufbau ihrer durch Kriegshandlungen zerstörten Stadt in der Nähe von Kattowitz geholfen. Sie wurden direkt von der Arbeit

23 Ebd., S. 52f.

24 Ebd., S. 68, 75; Borák, *The First Deportation* (Anm. 5), S. 99f.; Goshen, Eichmann (Anm. 3), S. 89.

25 Olga Radchenko, *Jüdische Nisko-Deportierte in der Sowjetunion*, in: Christine Schindler (Hrsg.), *Nisko 1939. Die Schicksale der Juden aus Wien*, hrsg. im Auftrag des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Wien 2020, S. 229-249, hier S. 243. Am 17.1.1940 wurden im Sammellager Gänsbachergasse 679 Personen untergebracht, davon 316 Frauen und 363 Männer, vgl. Moser, *Nisko* (Anm. 5), S. 75.

26 Ebd., S. 76.

weg verhaftet, zusammen mit 875 weiteren Personen in Kattowitz in einen Zug gesperrt und am 19. Oktober dem ersten Transport aus Mährisch-Ostrau nach Nisko angeschlossen.²⁷ Die Brüder flüchteten von dort in die »sowjetischen Interessengebiete« und landeten schließlich in der Stadt Mykulyzny in der Region Ternopil.²⁸ Welche Sorgen sich aber die in den NKWD-Verhörprotokollen erwähnten Eltern und drei Schwestern der beiden machten, als die Jungen plötzlich ohne eine Nachricht verschwunden waren, lässt sich nur erahnen.

Manchmal lösten Deportationen nach Nisko die Flucht von weiteren Familienangehörigen aus. So berichtete Bernard Gaisherik, geb. 1920 in Wien, in seinem Ersuchen an das Ministerium der inneren Angelegenheiten der Sowjetunion 1972:²⁹

»Am 27. Oktober 1939 wurden mein Vater und der ältere Bruder Abram mit vielen anderen Juden von Sosnowitz irgendwohin abtransportiert.³⁰ Da ich vor den NS-Verfolgungen Angst hatte, fasste ich den Beschluss zu fliehen. Am 29. Oktober machte ich mich auf den Weg Richtung der deutsch-sowjetischen Grenze. Am 6. November erreichte ich die 26 km von Chelm entfernte Stadt Dorohusk. Die Grenze lief damals am Fluss Bug [...]. Am 6. November fand an der Brücke der Austausch von Kriegsgefangenen und zivilen Personen statt [...]. Ich nahm mir bei einem der Stadtbewohner einen Soldatenmantel und schloss mich der Gruppe von Kriegsgefangenen an. Zwei sowjetische Offiziere nahmen uns in Empfang und wir durften weiterfahren [...]. So fuhr ich nach Lvov [Lemberg], wo ich meinen Bruder traf.«³¹

Einigen Juden aus Mährisch-Ostrau gelang es, die deutsch-sowjetische Grenze in beide Richtungen illegal zu überschreiten, um ihre Verwandten zu besuchen und Informationen zur politischen und wirtschaftlichen Lage im nahegelegenen Reichsprotektorat Böhmen und Mähren zu sammeln.³² Es gab auch Flüchtlinge, die als illegale Grenzgänger Briefe und Waren transportierten. Als

27 Ebd., S. 57.

28 Derżawnyi arkhiv Ternopil'skoi oblasti [Staatsarchiv der Ternopiler Region – DATO], B. R-3423, U. 3, A. 1493.

29 Gaisherik bat 1972 um seine Rehabilitierung, da er vier Jahre und 6 Monate lang im Gulag verbracht hatte.

30 Vgl. *Encyclopedia of Camps and Ghettos* (Anm. 14), S. 163.

31 Staatsarchiv der Chersoner Region (DAKHO), B. R-4033, U. 5, A. 159, Bl. 32 (im Original auf Russisch).

32 Vgl. Erich Kulka, *The Plight of Jewish Refugees from Czechoslovakia in the U.S.S.R.* in: *Yad Vashem Studies* 11 (1976), S. 298-328, hier S. 326; Moser, *Nisko* (Anm. 5), S. 113; Borák, *The First Deportation* (Anm. 5), S. 110.

Boten zwischen den getrennten Familienangehörigen übten sie eine wichtige Funktion aus.

2. Wirtschaftliche und rechtliche Lage getrenntlebender Familienangehöriger

Infolge der Flüchtlingsströme nahmen Arbeitslosigkeit, Armut und der Mangel an Unterkünften im Herbst und Winter 1939/40 in der Westukraine und in Westweißrussland sprunghaft zu. Das galt insbesondere für das Gebiet um Lemberg (Lviv) und Brest-Litovsk.³³ Den Angaben des NKWD zufolge gab es am 23. November 1939 allein in Lemberg 65.174 amtlich registrierte Flüchtlinge.³⁴ Wenn man diese Zahl ins Verhältnis zu den 312.000 Einwohnern der Stadt setzt,³⁵ so entfielen auf 100 Einwohner mindestens 20 Flüchtlinge. Polnische Juden bezeugten demgegenüber, es habe in der Stadt etwa 400.000 Flüchtlinge gegeben. Demnach hätten mehr Flüchtlinge als Einwohner in der Stadt gelebt, von denen die Mehrheit sich nicht hatte registrieren lassen.³⁶

Eine Vielzahl von Flüchtlingen erreichte auch andere Städte in der Westukraine, darunter Luzk und Rivne/Rovno, wo viele von ihnen Verwandte hatten, von denen sie unterstützt wurden.³⁷ Eine Gruppe Wiener Juden ließ sich in der kleinen Stadt Zdolbunov bei Rovno nieder, wo sie in einer Zementfabrik eingesetzt wurden. In Briefen an seine Frau Liesl stellte Wilhelm Grünwald, geb. 1898, der mit dem ersten Transport aus Wien nach Nisko gekommen war, das harte Leben der Wiener in Zdolbunov knapp dar. Es lag ihm daran, seine Frau zu beruhigen und seine tiefe Liebe zu ihr, zum Kind und insgesamt die Erinnerung an die glückliche Zeit vor dem Kriege hervorzuheben:

»Wir haben zwar eine schwere Arbeit, aber wir gewöhnen uns daran, wir können vom Verdienst leben. [...] wir wollen doch mit unseren Lieben wieder zusammenkommen, was hätte sonst unser derzeitiges freudloses Dasein für einen Zweck. [...] Es ist nun mehr als ein halbes Jahr, seit ich Euch verlassen musste [...] es ist Pessach und die Erinnerung an vergangene schöne

33 Archiwum Ringelbluma (Anm. 6), S. 234.

34 GDA SBU, B. 16, U. 1, A. 395, Bl. 93.

35 Gemäß den Angaben der Volkszählung im Jahre 1939: Drugi powszechny spis ludności z dnia 9. XII. 1931 r. Mieszkania i gospodarstwa domowe. Ludność. Stosunki zawodowe. Zeszyt Miasto, Lwów/Warschau 1938.

36 Archiwum Ringelbluma (Anm. 6), S. 501, 773.

37 Borák, The First Deportation (Anm. 5), S. 121.

Zeiten beeinflusst auch die Stimmung. Was machen Deine und meine Verwandten? [...] Bitte gehe oft zu meiner Mutter, damit sie auch Freude hat.«³⁸

Im Frühling 1940 war ihm klar, dass es nicht möglich sein würde, seine Frau zu sich zu holen: »Du fragst wegen Nachkommen Deinerseits? Nicht daran zu denken.«³⁹ Im Herbst griff er diese Frage wieder auf und wies vorsichtig auf die schwere soziale und wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion hin:

»Angeblich soll man in Wien den Frauen gesagt haben, sie können zu den Männern hierher, bitte das überhaupt nicht in Erwägung zu ziehen, kommt nicht in Frage. Frage Irene was ich meine: Wessely in Kobersdorf war gegen uns ein reicher Mann.«⁴⁰

Ein Teil der Flüchtlinge wurde zur Arbeit im Inneren der Sowjetunion rekrutiert.⁴¹ Insgesamt wurden in die zentrale und südliche Ukraine, d. h. in die Regionen Cherson, Donbass, Kirovograd, Poltava, Černigov, Vinnica und Žitomir, bis zum 1. Februar 1940 fast 33.000 Flüchtlinge abtransportiert.⁴² Unter ihnen befanden sich die bereits erwähnten Brüder Igielnik, die nach Kirovograd gelangten, wo Moshel in einer Fabrik und Simon in einem Friseursalon arbeitete. Die Enttäuschung der Brüder über die Lebensverhältnisse in der Sowjetukraine kam in Gesprächen mit neuen Bekannten und Kollegen öfter zum Ausdruck. Denunzianten trugen die Äußerungen anschließend dem NKWD zu.⁴³

Klagen über die harte Arbeit und mangelnde Versorgung in der Sowjetunion findet man in vielen Zeugnissen von Flüchtlingen und in den NKWD-Dokumenten.⁴⁴ Die widrigen Lebensumstände stärkten den Wunsch der Flüchtlinge,

38 Privataarchiv von Oskar Grünwald, Brief seines Vaters an seine Mutter vom 22.4.1940.

39 Ebd., Brief vom 3.3.1940.

40 Ebd., Brief vom 29.11.1940.

41 Vgl. Archiwum Ringelbluma (Anm. 6), S. 76, 332, 688.

42 GDA SBU, B. 16, U. 1, A. 395, Bl. 90.

43 Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kam der russische Historiker Vladimir Žaravin anhand von Ermittlungsakten gegen 43 polnische Juden, die sich während des Krieges in NKWD-Lagern im Kirover Gebiet befanden: Vladimir Žaravin, Tragedia polskich evreev [Die Tragödie der polnischen Juden], http://gaspiko.ru/html/tragedy_polskyevrey [14.12.2021].

44 Danylenko/Kokin, Sowjetische Organe (Anm. 9), S. 813-815; vgl. auch: Borák, The First Deportation (Anm. 5), S. 168. Trotz der Vielzahl solch negativer Äußerungen gab es auch positive; so schrieb Schor Z. aus einem Teesowchos (landwirtschaftlicher Betrieb, in dem man Tee züchtete) in Georgien an die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) Wien im Mai 1940: »Mir geht [es] hier sehr gut, es ist hier sehr schön, warmes Klima und liegt am Schwarzen Meer nahe der Türkei. Es wächst hier Tee, Zitronen, Mandarinen und Wein. Es wäre für mich noch schöner, wenn ich von meiner geliebten Frau

nach Hause zurückzukehren.⁴⁵ Zugleich gab es auf der anderen Seite der Grenze viele Flüchtlinge, die glaubten, dass es ihnen in der Sowjetunion besser gehen würde als im deutsch besetzten Teil Polens. Ein Schreiben der jüdischen Gemeinde in der Grenzstadt Ulanów an das Joint Distribution Committee (JDC) in Krakau vom 10. März 1940 schilderte die traurige Lage der Menschen in der Stadt.⁴⁶ Da von Frauen mit Kindern sowie alten und kranken Menschen die Rede war, bleibt zu vermuten, dass zuvor vor allem junge Männer die Stadt verlassen und die Grenze zur Sowjetunion illegal überschritten hatten:

»Hier in Ulanow befinden sich Flüchtlinge, welche von jenseits des San nach hier gekommen sind. Ein großer Teil der Flüchtlinge ist von hier nach Lemberg usw. weitergegangen. Bei den hier Zurückgebliebenen handelt es sich meist um Frauen mit Kindern, alte und kranke Leute, welche leider ihre Heimat verlassen und Hab und Gut verloren haben [...]. Diese Flüchtlinge befinden sich in einer jüdischen Gemeinde, die kein Mitgefühl für die notleidenden Glaubensgenossen an den Tag legt. Hierbei handelt es sich vor allem darum, dass zwar Wohnungen vorhanden sind, aber nicht für Flüchtlinge. Es schlafen ältere, gebrechliche Leute, welche in ihrer Heimat bis ins hohe Alter bestimmt nichts Schlechtes gewohnt waren, bei dieser grimmigen Kälte in kalten Räumen, zum Teil auf dem Fußboden. Außerdem stehen die Flüchtlinge der heimischen, christlichen Bevölkerung fremd gegenüber, der Kontakt mit derselben ist nicht vorhanden, wird sogar zum großen Teil von der hiesigen jüdischen Bevölkerung noch mehr erschwert, was doch die Not der Flüchtlinge nicht erleichtert.«⁴⁷

Nachdem Flüchtlinge ihr Zuhause und ihre Familienangehörigen verlassen hatten, war der Briefverkehr mit der Heimat für sie äußerst wichtig. Briefe waren eine der wenigen Möglichkeiten, über die Trennung hinweg Kontakt zu Familienmitgliedern zu halten und stellten eine Strategie dar, mit der Trennung umzugehen. Es gab zwei Möglichkeiten, den Briefverkehr zu gewährleisten: entweder legal mit der deutschen und sowjetischen Post oder illegal mit Hilfe sogenannter professioneller Grenzgänger. In diesem Aufsatz werden Briefe zitiert, die beiderseits der Grenze verfasst wurden und ihre Adressaten auf legalem Wege erreichten, wovon Briefumschläge mit entsprechenden Briefmarken und Stempeln zeugen.

Näheres wüsste«, zit. nach: Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego (AŻIH), Sign. 203/23, nicht paginiert.

45 Danylenko/Kokin, *Sowjetische Organe* (Anm. 9), S. 274-278.

46 JDC ist eine führende jüdische Wohlfahrtsorganisation, die 1914 gegründet wurde.

47 AŻIH, Sign. 210/699, S. 8. Der Weg durch das Dorf Pysznicza und Ulanów war der kürzeste zur Grenze, vgl. Moser, *Nisko* (Anm. 5), S. 108.

Gesendet wurden nicht nur Briefe und Lebensmittel, sondern auch Fotos, um den emotional-psychologischen Kontakt aufrechtzuerhalten. In einzelnen NKWD-Akten finden sich solche Fotos, die teilweise Überbleibsel der Friedenszeit waren, aber auch aktuelle Aufnahmen, insbesondere von Kindern. Die Väter sollten wissen, wie sich ihre Kinder entwickelten und groß wurden.

Eine wichtige historische Quelle bilden zudem jene Briefe, die illegal transportiert wurden und die von ihren Adressaten nie gelesen werden konnten, da ihre Übermittler an der Grenze in Haft gerieten. Solch ein Konvolut liegt in einer NKWD-Ermittlungsakte im Staatlichen Archiv der Region Ternopil.

Die meisten darin enthaltenen Briefe wurden an Verwandte und Familienangehörige geschickt. Sie weisen vielfach eine ähnliche Textstruktur auf. Zu Beginn wurde meist eine große Besorgnis um das Schicksal der adressierten Person zum Ausdruck gebracht, im Anschluss das eigene Leben in Kürze dargestellt. Des Weiteren wurde über antijüdische Maßnahmen in den NS-besetzten Territorien berichtet, über jüdische Migration und Emigration. Wurde der Brief mit einem Boten geschickt, scheinen die Verfasser weniger auf eine eventuelle Zensur geachtet zu haben. Hier als Beispiel der Brief an Markus Wulkan (in der Familie wurde er Motek genannt), geb. 1900 in Rajcza an der Grenze zur Slowakei, verfasst von seinem Bruder oder seinem Schwager Heinz:

»Lieber Motek! Eben erhielt ich von zu Hause eine Karte, worin man mir mitteilt, dass Du in Lemberg bist. Zu Hause ist alles in Ordnung. Steffi⁴⁸ ist brav, schreibt oft nach Hause. Kannst Du Dir vorstellen, was wir erlebt haben, als uns Steffi mitteilte, dass Du mit dem Transport abgingst⁴⁹ und uns dann erleichtert fühlten, als wir erfuhren, dass Du in Lemberg bist. Es hat doch keinen Sinn, dort zu sitzen, da Leute massenhaft von dort zurückkehren. Viele Leute dagegen ziehen in die Slowakei, wo es ein Komitee gibt, welches sich mit Flüchtlingen befasst, von dort geht man nach Ungarn, Palästina und Amerika.⁵⁰ Ich bin in Krakau, arbeite, [...] was doch jetzt viel bedeutet, wenn man verdient. Hedwig, Walter und das Kind⁵¹ sind in Rajcza

48 Stefania war die Gattin von Motek (Markus), sie kam 1943 in Auschwitz ums Leben, vgl. <https://yvng.yadvashem.org/nameDetails.html?language=de&itemId=1228308&ind=1> [14.12.2021].

49 Es handelte sich um einen der Transporte nach Nisko, der im Oktober 1939 von Kattowitz und Mährisch-Ostrau abging.

50 Es handelte sich hier um den Czechoslovak Refugee Trust Fund, vgl. Borák, *The First Deportation* (Anm. 5), S. 50.

51 Walter war einer der Brüder von Motek, verheiratet mit Hedwig. Die beiden und das Kind kamen in Auschwitz ums Leben, vgl. https://yvng.yadvashem.org/index.html?language=de&advancedSearch=true&sln_value=%D0%92%D1%83%D0%BB%D0%BA%D0%B0%D0%BD&sln_type=synonyms&sfm_value=%D0%97%D0%B8%D0%B3

[...], von dort werden viele Juden ausgewiesen,⁵² doch unsere Lieben und die Alteingesessenen sind davon verschont. Motek, von hier aus hat man immer Gelegenheit einen Brief oder was zu schicken. Dieser Herr, der den Brief abgeben wird, kommt zurück, schreibe mir bitte ausführlich, was Du zu machen gedenkst, oder ob Du was brauchst. Ich schreibe in Eile, da der Herr auf den Brief wartet. Herzlichst küsst Dich Dein Heinz und Lizzi.«⁵³

Der Verfasser des oben angeführten Briefes teilte Motek jedoch nicht die volle Wahrheit mit, um ihn zu schonen. Dies geht aus einem anderen Brief hervor, welchen Lizzi, die Schwester Moteks, an eine befreundete Familie, schrieb:

»Liebe Familie Schlesier! Bei uns in der Familie passierte eine schreckliche Tragödie, am 23. Oktober ist unerwartet mein Vater verstorben. Mein Bruder Motek weiß davon nicht Bescheid, da er am gleichen Tag mit anderen Juden irgendwohin nach Lublin verbracht wurde. Nur jetzt erfuhren wir, dass er in Lemberg ist. Falls jemand von Ihnen ihm zufällig begegnet, würde ich Sie bitten, ihm das nicht zu verraten.«⁵⁴

Aus diesen Briefen ist zu ersehen, welch einen enormen emotionalen Stress Familien von Deportierten erlebten. Für betagte Eltern konnte solch eine Trennung tatsächlich den Tod bedeuten. Im Fall von Moteks Vater, der am Tag der Deportation seines Sohnes starb, ist zumindest ein Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen zu vermuten.

Aus dem Brief an Markus Wulkan wie auch aus den Briefen von Wilhelm Grünwald geht hervor, dass verheiratete Flüchtlinge vor allem Nachrichten an ihre Frauen sendeten. Die Frauen dienten in diesen Fällen als Multiplikatoren und reichten Informationen und Grüße an Verwandte weiter. Nicht selten finden sich in den Briefen von anderen Personen verfasste Abschnitte, die mit dem Briefschreiber befreundet oder verwandt waren.

Die Briefe enthielten häufig Bitten, Personaldokumente zu senden, die dringend für eine Bewerbung für einen Arbeitsplatz oder für die Emigration benötigt wurden.⁵⁵ Starb ein Familienangehöriger aus Wien auf sowjetischem

%D1%84%D1%80%Do%B8%Do%B4%20%Do%9D%Do%Bo%D1%82%Do%Bo%Do%BD&sfn_type=synonyms [14.12.2021].

52 Vgl. Shmuel Spector/Geoffrey Wigoder (Hrsg.), *The Encyclopedia of Jewish Life before and during the Holocaust*, Bd. 2, Jerusalem/New York 2001, S. 1054.

53 DATO, B. R-3429, U. 3, A. 1508, Bl. 19. Der Brief ist ohne Datum, vermutlich wurde er, wie auch andere in diesem Konvolut, Mitte Januar 1940 verfasst.

54 Ebd., Bl. 48.

55 AŽIH, Sign. 203/15, Bl. 132.

Territorium, bat seine Frau um eine Bescheinigung.⁵⁶ Einige Nisko-Deportierte wandten sich an die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) Wien mit dem Ersuchen, ihren Frauen bei der Ausreise behilflich zu sein, so wie Emil H.:

»Als unglücklicher Teilnehmer des zweiten Transports, der nichts mehr besitzt, als das, was er am Leibe trägt, nachdem seine beiden Koffer mit all seinen Habseligkeiten im Lager bei Nisko verbleiben mussten, stelle ich an den Vorstand das Ersuchen [...] wenigstens für das Fortkommen meiner Gattin [...] sowohl in Wien als auch in der Angelegenheit ihrer eventuellen Ausreise nach Amerika [...] Sorge tragen zu wollen.«⁵⁷

Auf diese Weise spielte der Briefverkehr auch für die Erledigung der familiären Angelegenheiten eine wichtige Rolle. Die Briefe wurden entweder auf Deutsch oder Polnisch verfasst, polnische Juden beherrschten meistens beide Sprachen. Viele Juden sowohl in Polen als auch in der Ukraine und anderen Gebieten der Sowjetunion sprachen zudem jiddisch. Dieser Umstand konnte ihnen im Unterschied zu den österreichischen bzw. tschechischen Juden die Kommunikation in Ostpolen erleichtern. Allerdings war auch Deutsch als Sprache in Galizien weit verbreitet. Kommunikative Schwierigkeiten offenbarten sich insofern weniger in Ostpolen als in der Ukraine und im Inneren der Sowjetunion, wo nur ukrainisch und russisch gesprochen wurden. Wie Grünwald seiner Frau Liesl im Frühjahr 1940 aus Lemberg schrieb:

»Mit dem Sprechen geht es noch schlecht, aber verstehen tun wir schon vieles; auch sprechen wir schon einige Brocken, wir sind hier in einer rein ukrainischen Gegend, dasselbe wie russisch.«⁵⁸

3. Das Ringen um Familienzusammenführung

Für Familien, die infolge der Flucht getrennt worden waren, gab es nur wenige Optionen, wieder zusammenzukommen. Sie konnten illegal die deutsch-sowjetische Grenze in beide Richtungen überqueren. Während der ersten Besatzungsmonate war dies an vielen Punkten der Demarkationslinie möglich. Der Menschenschmuggel hatte zu dieser Zeit Hochkonjunktur.⁵⁹ Im Winter 1940/41 intensivierte die Sowjetunion ihre Grenzkontrollen. Illegale Übertritte wurden damit schwieriger und gefährlicher. Grenzgängern drohten schwere

⁵⁶ Ebd., Bl. 105.

⁵⁷ Ebd., Sign. 203/33, nicht paginiert.

⁵⁸ Privatarchiv von Oskar Grünwald, Brief seines Vaters an seine Mutter vom 18.3.1940.

⁵⁹ Moser, Nisko (Anm. 5), S. 110.

Strafen, im schlimmsten Fall wurden sie von den Grenzwachern erschossen. Anfang März 1940 zählte man in den neuen sowjetischen Gebieten etwa 6.000 illegale Grenzgänger in NKWD-Gefängnissen,⁶⁰ darunter die Kinder von Mariam-Necha D. aus Międzyrzec Podlaski/Meseritz, Wolf und Perla. Sie waren verhaftet worden, als sie illegal die Grenze westwärts passierten, um heim nach Międzyrzec zu kommen. Nach ihrer Verhaftung befanden sie sich im Arrest in der Festung in Brest-Litovsk.⁶¹ Dasselbe passierte Lejb S., geb. 1908, auch er wurde nach unerlaubtem Übertreten der Grenze in Brest-Litovsk inhaftiert.⁶² Ein Teil der Grenzgänger wurde in andere NKWD-Gefängnisse in der Sowjetunion verbracht. Eine Chance auf Freilassung hatten meist diejenigen Personen, die vor dem Krieg Pächter einer Landwirtschaft bzw. ungebildete Hausfrauen oder Jugendliche gewesen waren.

Eine weitere Option für eine Familienzusammenführung bestand im Bevölkerungsaustausch, auf den sich das Deutsche Reich und die Sowjetunion im Zuge der Grenzverhandlungen zum deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag Ende September 1939 geeinigt hatten. Dieser sah für den bevorstehenden Winter den Transfer der deutschen Bevölkerung aus Galizien, Wolhynien und dem Narewgebiet in deutsche »Interessengebiete« vor, während ukrainische und weißrussische Bewohner des Generalgouvernements in »sowjetisches« Gebiet umgesiedelt werden sollten. Durch das Abkommen zum Bevölkerungsaustausch erhielten Flüchtlinge beiderseits der Grenze im Frühjahr 1940 eine Chance, legal zu ihren Familien zu gelangen. Aufgrund der rassistischen NS-Politik durften Juden jedoch nicht in die deutsch besetzten Gebiete einreisen. Dennoch meldeten sich mehrere Tausend Juden bei der zuständigen deutsch-sowjetischen Flüchtlingskommission für die Ausreise aus der Sowjetunion an.⁶³ Allein in Lemberg beantragten 19.749 jüdische Flüchtlinge die Einreise in die deutschen Besatzungsgebiete und in das Deutsche Reich.⁶⁴ Die meisten Ausreisewilligen waren polnische Juden, aber auch Juden aus Österreich und der Tschechoslowakei stellten einen Ausreiseantrag.

Im Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau (AŻIH) befinden sich 39 Anträge von polnischen Juden aus Lublin, Łuków und Międzyrzec Podlaski auf Rückführung von Familienangehörigen, die zuvor in den sowje-

60 Sergej Stepaschin (Hrsg.), *Organy gosudarstvennoi bezopasnosti SSSR v Velikoi Otečestvennoi voine* [Der staatliche Sicherheitsdienst im Großen Vaterländischen Krieg], Bd. 1, Moskau 1995, S. 154, Dok. 72.

61 AŻIH, Sign. 233/57, nicht paginiert.

62 Ebd., nicht paginiert.

63 Vgl. Weber, *Der Pakt* (Anm. 2), S. 151-162.

64 Lediglich weitere 97 Personen wollten nach Palästina, 73 nach Amerika, 33 nach Rumänien und 25 nach Litauen ausreisen. 6.072 von insgesamt 26.068 Juden wollten in der Sowjetunion bleiben. Vgl. GDA SBU, B. 16, A. 475, Bl. 7-9.

tisch besetzten Teil Polens geflohen waren. Sie wandten sich an die deutsch-sowjetische Flüchtlingskommission und baten in der Mehrzahl (21 Fälle) darum, ihre Kinder wiedersehen zu dürfen. Als Begründung gaben sie beispielsweise an:

»Wegen meines fortgeschrittenen Alters ist mir die Anwesenheit meiner Kinder hier unentbehrlich, um meine Geschäftsunternehmung aufrechtzuerhalten.«⁶⁵

»Ich bin eine Witwe und durch die Abwesenheit meines einzigen Sohnes fühle ich mich sehr einsam.«⁶⁶

»Meine Tochter war immer mit der ganzen Familie zusammen [...]. Ich bitte sehr, meiner Tochter die Heimkehr zu ermöglichen, denn sie ist noch ein junges Fräulein, im Leben nicht erfahren.«⁶⁷

Mit diesen sehr ehrlichen Aussagen hofften die Betroffenen auf Empathie bei der Flüchtlingskommission sowie auf ihre Bereitschaft, die Familienzusammenführungen zu erlauben.

Die zweitgrößte Gruppe der Antragsteller (13) stellten Frauen dar, die ihre Männer zurück nach Hause holen wollten. Als Gründe gaben sie pragmatische Überlegungen an:

»Ich bin eine Frau mit drei Kindern, ich habe nicht die mindeste Aussicht für mich und meine Kinder ein Auskommen zu schaffen, während mein Mann die Möglichkeit hat, hier zu arbeiten und für die ganze Familie zu verdienen.«⁶⁸

»Ich bemerke hierzu, dass mein Mann mit seiner zufälligen Ausreise eine für sich und für mich mit meinem Kind sehr traurige Lage geschaffen hat. Die Familie ist zerrissen worden, und ich mit meinem Kind bleibe ohne Existenzmöglichkeit. Ich bitte ergebenst, meinem Mann die Heimkehr nach Miedzyrzec zu gestatten, um die Familie wieder zu vereinigen.«⁶⁹

»Ich befinde mich mit zwei kleinen Kindern in großer Not und auf Unterhalt meines alten Vaters, welcher auch arm ist.«⁷⁰

Die meisten Flüchtlinge befanden sich entweder in weißrussischen Städten (27), vor allem in Brest-Litovsk, oder in der Ukraine (25), vor allem in Kowel

65 AŽIH, Sign. 233/57, Bl. 25.

66 Ebd., Gesuch von Maria B., Bl. 9.

67 Ebd., Gesuch von Abram F.

68 Ebd., Gesuch von Fajnberg R.

69 Ebd., Gesuch von Hudes G.

70 Ebd., Gesuch von Cyrła G., Bl. 85.

(8) und in Luzk (6). Nur zwei von ihnen arbeiteten in den Kohlegruben im Donbass. Drei Personen übersiedelten nach Russland, in die Vologda- und in die Rostov-Region. Die meisten Flüchtlinge strebten offenbar danach, in der Nähe der neu geschaffenen Grenze zu bleiben, da sie hofften, auf diese Weise schneller heimkehren zu können. Nur relativ wenige ließen sich für eine Arbeit im Inneren der Sowjetunion rekrutieren.

Alle eingesehenen Anträge an die deutschen Vertreter der deutsch-sowjetischen Flüchtlingskommission wurden entweder mit dem Wort »Jude« oder mit dem Judenstern markiert. Auf einigen Formularen ist die Notiz »Ablegen!« zu sehen; die deutschen Behörden lehnten damit die Einwanderung ab. Ende Juni 1940 wurden alle Flüchtlinge auf der sowjetischen Seite, die auf sowjetische Personalausweise verzichteten und ihren Wunsch zur Ausreise aus der Sowjetunion bekundeten, durch das NKWD verhaftet, des illegalen Grenzübergangs beschuldigt und in verschiedene NKWD-Lager im Inneren der Sowjetunion abtransportiert.⁷¹

Die Wiener Juden, die zu ihren Familien nach Österreich zurückkehren wollten, schrieben an die IKG in Wien und stellten Anträge an die deutsche Botschaft in Moskau. Die Mitarbeiter der Botschaft wussten zunächst nicht, wie sie mit den Anträgen umgehen sollten, da es sich um Bürger des Großdeutschen Reiches bzw. um Bürger des ans Deutsche Reich angegliederten Österreich, aber zugleich um unerwünschte, zuvor ausgewiesene Juden handelte. In einem Schreiben der deutschen Botschaft in Moskau an das Reichssicherheitshauptamt in Berlin vom 21. Februar 1940 hieß es: »Die Botschaft beehrt sich, das Reichssicherheitshauptamt um eine Mitteilung zu bitten, ob und inwieweit den Anträgen nachgekommen werden kann.«⁷² Da nach dem »Anschluss« für die österreichischen Juden die Nürnberger Gesetze galten, waren sie Staatsangehörige ohne Reichsbürgerrechte und durften nicht nach Österreich zurückkehren. Schließlich erhielt die deutsche Botschaft in Moskau folgende Stellungnahme des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) vom 5. Mai 1940:

»Grundsätzlich habe ich an der Auswanderung von Juden, die nach Polen umgesiedelt wurden und sich anschließend in das sowjetrussische Interessengebiet begeben haben, kein Interesse, da deren Weiterwanderung lediglich

71 Vgl. Archiwum Ringelbluma (Anm. 6), S. 525-527, 620-628, 691 f.; Weber, *Der Pakt* (Anm. 2), S. 132 f.; Moser, *Nisko* (Anm. 5), S. 165; Borák, *The First Deportation* (Anm. 5), S. 122 f.

72 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA-AA), Botschaft Moskau, nicht paginiert.

die ohnedies sehr geringen Auswanderungsmöglichkeiten von Juden aus dem Reichsgebiet schmälern wird.«⁷³

Da die SS den nach Nisko Ausgewiesenen ihre Papiere abgenommen hatte, wandten sich viele Deportierte an die IKG in Wien mit dem Ersuchen, ihnen die Dokumente in die Sowjetunion zu senden.⁷⁴ Diejenigen, die den sowjetischen Personalausweis abgelehnt bzw. sich für die Ausreise aus der Sowjetunion gemeldet hatten, galten als unzuverlässig und wurden infolgedessen durch das NKWD in Straflager deportiert. Die wenigen Wiener Juden, die in der Westukraine blieben, kamen nach dem Überfall des Dritten Reiches auf die UdSSR ums Leben.⁷⁵

Der oben erwähnte Alois Rosenberger wollte seine Ehefrau Gisela aus Wien zu sich in die Sowjetunion holen. Anfang Januar 1940 fragte sie ihn:

»Kannst Du Dich dauernd aufhalten in Cherson oder nur vorübergehend? Wenn Du bleiben kannst, wirst Du mich hoffentlich rascher kommen lassen.«⁷⁶

Am 7. März 1940 wandte sich Frau Rosenberger an die russische Botschaft in Berlin, um die Reisegenehmigung in die Sowjetunion zu erlangen. Das bürokratische Verfahren schien in Gang gebracht zu werden. Zumindest sollte sie eine Einladung und weitere Dokumente aus Cherson beibringen:

»Bitte mir eine Einladung so rasch wie möglich zu senden, die Unterschrift muss vom Notar beglaubigt sein. Und schick mir eine Bestätigung, dass Du in Arbeit bist. Geh heraus aus Deinem Phlegma, und es eilt sehr, sehr. Jeder Tag ist mir eine Qual, lebe nur in der Hoffnung, doch zu Dir zu kommen und dort für alles entschädigt zu werden. Schick eventuell die Einladung [...] an das Konsulat in Berlin. Küsse Dich, Gisela.«⁷⁷

Alois Rosenberger wurde Ende Juni 1940 in Cherson verhaftet und wegen »illegalen Grenzübertritts« zu fünf Jahren Gulag verurteilt. Rechtlich gesehen stellte das Ersuchen von Rosenberger, sich mit seiner Frau in der Sowjetunion niederlassen zu dürfen, keinen Grund für eine Verhaftung und weitere Repressalien dar. In seinem Fall kann man vermuten, dass es sich um Eifer und Inkompetenz der örtlichen NKWD-Mitarbeiter handelte, die jeden Ausländer, der sich mit Anträgen an deutsche oder sowjetische Behörden wandte, als einen

73 Ebd.

74 Vgl. Moser, Nisko (Anm. 5), S. 90; AZIH, Sign. 203/23, nicht paginiert.

75 Borák, The First Deportation (Anm. 5), S. 125.

76 DAKHO, B. 4033, Op. 7, Akte 679, nicht paginiert.

77 Ebd.

potenziellen Feind betrachteten. Im Unterschied zu Rosenberger machten sich jedoch diejenigen Flüchtlinge strafbar, die sich – von den Sowjets als unerwünschte »Elemente« betrachtet – weiterhin in den sowjetisch besetzten polnischen Territorien aufhielten und eine Ausreise beantragten, jedoch als Juden durch die deutsche Seite abgelehnt wurden. Im April 1940 erließ der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion eine Anordnung, wonach alle Flüchtlinge, deren Anträge NS-Deutschland abgelehnt hatte, aus den besetzten ostpolnischen Territorien auszusiedeln waren. Dies geschah im außergerichtlichen Schnellverfahren aufgrund der Urteile des sogenannten Sonderrates beim NKWD.⁷⁸

Eine ähnlich dramatische Geschichte wie Alois Rosenberger erlebte der im ersten Abschnitt erwähnte Naum Chaba, der sich zur Arbeit in einer Glasfabrik in Cherson gemeldet und der einen sowjetischen Personalausweis erhalten hatte. Er setzte sich aktiv für eine Zusammenführung seiner Familie ein und versuchte, Frau und Kinder nach Cherson zu holen. Chaba stellte Anträge beim Außenministerium der Sowjetunion sowie bei der deutsch-sowjetischen Flüchtlingskommission. Aufgrund seiner Versuche, eine Einreisegenehmigung für seine Angehörigen zu erwirken, wurde er im April 1940 verhaftet und im Juni desselben Jahres zu drei Jahren GULag in Sibirien verurteilt.⁷⁹ Dieses Urteil entsprach der weit verbreiteten Praxis des NKWD, Flüchtlinge des sogenannten »illegalen Grenzübertritts« gemäß Artikel 80 des Strafgesetzbuchs der Sowjetukraine bzw. Artikel 84 des Strafgesetzbuchs der Russischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik anzuklagen.⁸⁰ Als Chaba 1943 frei kam, kämpfte er in der polnischen Division von Tadeusz Kościuszki und half bei der Befreiung Polens. Die Familie seiner Eltern sowie seine Frau mit den gemeinsamen Kindern waren bereits im Frühling 1942 in Belzec oder in Auschwitz ermordet worden (wo sie starben, ist unbekannt). Nach dem Krieg gründete er eine neue Familie.⁸¹

Die Hoffnung jüdischer Familien, nach Flucht, Vertreibung und Deportation wieder zusammenzukommen, erwies sich in den meisten Fällen als Illusion. Akteure des NS-Regimes ebenso wie sowjetische Behörden lehnten ihre Anträge ab. Das deutsch-sowjetische Abkommen zum Bevölkerungsaustausch

78 Der Sonderrat war eine durch das NKWD bevollmächtigte Institution, die in den Jahren von 1934 bis 1953 bestand und das Recht hatte, »sozial gefährliche Personen« zu verbannen oder zu erschießen. Zur Flüchtlingspolitik der Sowjetunion in den annektierten Gebieten vgl. die Literaturangaben in Anm. 5.

79 AKHOUSBÜ, A. 1923-fs, Bl. 8.

80 In vielen Fällen wurden die Verbannungen willkürlich verlängert. Diese Praxis betraf insbesondere Wiener Juden.

81 Interview mit der Tochter von Naum Chaba, Dr. Danuta Celinska-Cedro, 2.12.2018, in: Privatarchiv der Verfasserin.

schien zunächst einen Ausweg zu eröffnen, legal in die vom Deutschen Reich besetzten polnischen Gebiete respektive in die sowjetischen Gebiete zu gelangen. Aufgrund des Antisemitismus des Dritten Reiches sowie der geopolitischen Interessen und repressiven Praktiken der sowjetischen Machthaber erwies sich dieser Weg für die jüdische Bevölkerung jedoch als nicht gangbar.⁸²

In Briefen an Familienangehörige bemühten sich die Schreibenden vielfach darum, einander zu beruhigen. Gegenüber guten Bekannten brachten sie hingegen ihren tiefen Pessimismus zum Ausdruck. So schrieb die oben erwähnte Lizzi Wulkan am 16. Januar 1940 aus Krakau an Regina Adlershaim⁸³ in Stryj (Westukraine):

»Liebe Frau Regina! [...] den Abschied habe ich wirklich nicht so ernst genommen, und erst jetzt kommt es mir klar zu Bewusstsein, dass unsere Trennung keine vorübergehende ist, so wie ich es mir vorgestellt habe, sie kann noch lange, lange dauern. Wir sind am Samstag in der Nacht aus G. [?] mit dem letzten Zug fortgefahren und mit ziemlich unangenehmen Hindernissen in Krakau gelandet, wo wir auch die ganze Zeit geblieben sind. In der Zwischenzeit waren wir jedoch in G., um unsere Möbel zu verkaufen, da man sie sonst requiriert hätte. Beters Haus hat man beschlagnahmt, dort wohnt jetzt in unserer schönen Wohnung die deutsche Grenzwache [...]. Aber das ist ja alles nebensächlich. Hauptsache ist, man ist gesund und kann arbeiten, so wie wir beide es vorläufig tun. Wie lange noch – das liegt nicht in unserer Macht. Hoffen wir, dass wir alle diesen Krieg gut überstehen.«⁸⁴

Das Narrativ »Hauptsache ist, man ist gesund und kann arbeiten« war in den Briefen der jüdischen Familien allgegenwärtig. Es relativierte Sorgen um abwesende Familienangehörige, den Verlust von Vermögensgegenständen und insgesamt die Angst vor einer düsteren Zukunft in Europa. Ausschlaggebend für dieses Narrativ war auch das Motto »Die Hoffnung stirbt zuletzt«.

82 Vgl. Doktor, *Deportacje* (Anm. 6), S. 198; Pavel Poljan, *Ne posvoei vole. Istoriia i geografia prinuditelnykh migracii v SSSR* [Nicht freiwillig. Geschichte und Geographie der Zwangsmigrationen in der Sowjetunion], Moskau 2001; Borák, *The First Deportation* (Anm. 5), S. 170.

83 Regina Adlershaim wurde 1942 in der Shoa ermordet, vgl. <https://yvng.yadvashem.org/nameDetails.html?language=de&itemId=1860196&ind=1> [14.12.2021].

84 DATO, B. R-3429, U. 3, A. 1508, Bl. 48 f.

4. Trennungserfahrungen nach den Deportationen ins Innere der Sowjetunion

Einige Flüchtlinge versuchten, im Winter 1940/41, also kurz vor dem Überfall NS-Deutschlands auf die Sowjetunion, nachdem sie einen sowjetischen Personalausweis erhalten hatten, ihre Familien zu sich zu holen. So beispielsweise Simon Igielnik, dessen Angehörige sich in Tomaszów Mazowiecki (Distrikt Radom im Generalgouvernement) befanden. Er wandte sich mit einem Ersuchen um ein Einreisevisum für seine Frau Estera und das gemeinsame Kind an das sowjetische Außenministerium. Gemäß den Erläuterungen des Ministeriums stellte Estera den Antrag an das sowjetische Konsulat in Warschau. Sechs Wochen erhielt sie keine Antwort und rechnete nicht mehr mit einem Erfolg. Sie kannte keine einzige Frau, die zu ihrem Mann in die Sowjetunion ausreisen durfte. Simon bat sie, weitere Dokumente beim sowjetischen Konsulat einzureichen. Er verbot ihr, die Grenze ohne offizielle Genehmigung zu überschreiten, da er wusste, dass dies lebensgefährlich war.⁸⁵ In einem Brief vom 4. März 1941 schrieb Estera aus Tomaszów Mazowiecki an ihren Mann Simon in Kirovograd:

»Du hast mir geschrieben, dass ich zu Dir nicht kommen darf, Du verbietest mir das. Es fällt mir schwer, sowas zu hören, noch schwieriger ist es, innerhalb dieser langen Zeit so weit weg von Dir zu leben. Schimko, Du kennst nicht mein Weh und meine Sehnsucht nach Dir. [...] Viele Frauen folgten [illegal] ihren Gatten.«⁸⁶

Um seine Familie zu unterstützen, sandte Simon ihr Lebensmittelpakete, wie dies auch andere Flüchtlinge taten, die zurückgebliebene Familienangehörige im Generalgouvernement hatten. Dies war umso wichtiger, als die Angehörigen, so auch Estera, zu dieser Zeit bereits vielfach in Ghettos eingesperrt waren. Estera schrieb an Simon:

»Meine Lage ist sehr schwer. Kannst Du uns bitte ein Paket senden? Ich habe nichts mehr zu verkaufen, weil es nichts mehr zu verkaufen gibt. Schimko, Du kannst Dir meine Lage gar nicht vorstellen.«⁸⁷

85 DAKO, B. P-5907, U. 2-p, A. 8074, Bl. 165.

86 Ebd., Bl. 166 f. (im Original auf Polnisch).

87 Ebd., Brief vom 20.2.1941, Bl. 157 f. (im Original auf Polnisch).

»Lieber Schimko, Du fragst danach, was Du uns noch senden kannst. Außer Salz kannst Du alle Nahrungsmittel senden. Ich bitte Dich auch, Kaffee und Tee zu schicken, da ich krank bin. Ich hoffe, dass Du mich verstehst.«⁸⁸

Ende April 1941 wurden die Brüder Igielnik wegen sogenannter »antisowjetischer Propaganda« zu zehn Jahren Haft verurteilt. Unter »antisowjetischer« bzw. »konterrevolutionärer Propaganda« verstand man meistens jegliche kritische Äußerung über die Sowjetunion.⁸⁹ Da Ausländer allzu oft in ihrer alltäglichen Kommunikation mit Sowjetbürgern, unter denen es Denunzianten gab, ihre negativen Eindrücke vom niedrigen Lebensstandard oder zu politischen und sozialen Tatsachen zum Ausdruck brachten, stellten sie für Verfolgungen durch das NKWD eine leicht zu treffende Zielscheibe dar. Die Brüder Igielnik verbüßten ihre Strafe in den NKWD-Lagern in der Tatarischen Autonomen Sowjetischen Sozialistischen Republik. Der jüngere Bruder Moshel starb 1942, Simon wurde 1944 freigelassen.⁹⁰ In der NKWD-Ermittlungsakte befindet sich Esteras Brief vom 31. Mai 1941, der ihren Mann nicht erreicht hatte. Die junge Frau schilderte darin ihre hoffnungslose Lage und ihre Sorge um das gemeinsame Kind.

»Schimko, Du kennst unsere Lage und die Bedingungen, unter welchen wir jetzt leben, nicht. Früher hast Du uns alle drei bis vier Wochen ein Paket gesendet. Jetzt ist jedoch so viel Zeit vergangen, aber wir haben keinen einzigen Brief erhalten. Wie konntest Du aber Deine Frau und Dein Töchterchen vergessen? Ich weiß nicht, ob wir uns noch einmal treffen werden, da uns Tausende von Kilometern trennen. Ich bin so traurig, da die legale Ausreise nicht zu erhoffen ist. Was die Unterlagen angeht, die Du mir geschickt hast, so sind sie absolut nutzlos. Schimko! Es geht nicht um mich, sondern um das Kind. Es wird erwachsen, es braucht gute Lebensbedingungen, die ich ihm nicht geben kann. Du würdest es jetzt gar nicht erkennen können, so hat es sich im Laufe Deiner Abwesenheit verändert. Wir haben ein sehr schönes Töchterchen. Wenn Marylia den Briefträger trifft, so fragt sie jedesmal, ob es einen Brief für die Igielnik gäbe. Marylia wartet täglich auf ihres

88 Ebd., Brief vom 4.3.1941, Bl. 168 (im Original auf Polnisch).

89 Von 1923 bis 1953 wurden in der Sowjetunion 3.777.380 Personen aufgrund »antisowjetischer Propaganda« verurteilt, davon 642.980 hingerichtet: Bericht des Generalstaatsanwalts der Sowjetunion R. A. Rudenko, des Ministers für die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion S. N. Kruglow und des Ministers für Justiz der Sowjetunion K. P. Gorschenin an den ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion N. S. Chruschtschow über die Nachprüfung der Ermittlungsverfahren gegen Verurteilte wegen der konterrevolutionären Verbrechen, 1.2.1954, <https://www.alexanderyakovlev.org/fond/issues-doc/1009140> [14.12.2021].

90 DAKO, B. P-5907, U. 2-p, A. 8074, Bl. 118.

lieben Vaters Brief [...]. Was mich angeht, so kann ich nur das sagen, dass ich nicht mehr ausharre. Ich bin so schwach, dass ich ganz schlecht auf den Beinen bin. Keiner von den Verwandten kann mir helfen.«⁹¹

Estera Igielnik und ihre Tochter Marylja wurden vermutlich im Rahmen der »Aktion Reinhardt« ermordet. Auf der hinteren Seite der Meldekartei von Simon Igielnik in Tomaszów Mazowiecki wurde mit einem Bleistift rechts unten eingetragen, dass »der Mann vor dem 8. März 1940 in eine unbekannte Richtung abgereist war. Die Frau war im Oktober 1942 in eine unbekannte Richtung abgereist.«⁹² Dieser Eintrag findet sich auf Karteikarten derjenigen jüdischen Einwohner von Tomaszów Mazowiecki, die während des Krieges flohen oder deportiert wurden. Wie die Überlebenden des Ghettos in Tomaszów Mazowiecki⁹³ nach dem Krieg bezeugten, kam es im Ghetto zu Massenerschießungen. Danach seien im Oktober 1942 die restlichen Juden in das Vernichtungslager Treblinka abtransportiert worden.⁹⁴

Ein Jahr nach der »Nisko-Aktion«, im Juni 1940, wurde die Wiener IKG mit zahlreichen Anfragen der Familienangehörigen jener Deportierten überschüttet, die in den russischen Norden verschleppt worden waren. Die IKG bereitete Fragebögen vor, um zweckdienliche Angaben zu erheben.⁹⁵ Die Angehörigen waren besorgt, da sie von den Wienern in der Sowjetunion seit Monaten keine Post mehr erhielten. Die Flüchtlinge, denen es gelungen war, den sowjetischen Deportationen zu entgehen, wussten, was mit ihren »Kameraden im Unglück« geschehen war. Ebenso waren sie sich der sowjetischen Zensur der Post bewusst. Sie versuchten, die Verwandten der Deportierten über das Schicksal der in den GULag Verschleppten zu informieren. So schrieb Wilhelm Grünwald seiner Frau Liesl am 17. September 1940 folgende Trostworte:

»Dass Liesl [Meth]⁹⁶ kein Schreiben bekommt, verstehe ich, glaube auch, dass keine Frau, deren Mann in Lwow war, vorläufig Schreiben bekommen wird, aber sie soll unbesorgt sein, sie wird schon Post bekommen, es dauert nur lange bis von dort, wo er ist, Post kommt. Ihr dürft überhaupt nicht so

91 Ebd., Brief vom 31.5.1941, Bl. 169 (im Original auf Polnisch).

92 Archiwum Państwowym w Piotrkowie Trybunalskim Oddział w Tomaszowie Mazowieckim, w zespole nr. 7 – Akta miasta Tomaszowa Mazowieckiego, seria III, sygnatura archiwalna 3072 – kartoteka do rejestru mieszkańców miasta Tomaszowa (im Original auf Polnisch).

93 Vgl. zu den Lebensbedingungen im Ghetto Tomaszów Mazowiecki: Carlos Alberto Haas, *Das Private im Ghetto. Jüdisches Leben im deutsch besetzten Polen 1939 bis 1944*, Göttingen 2020.

94 AŽIH, *Erinnerungen von Zylber F.*, Sign. 301/6144.

95 Garscha, *Deportation* (Anm. 3), S. 140.

96 Es handelt sich um Mundi Meth, geb. 1902, aus dem ersten Wiener Transport.

besorgt sein, wenn längere Zeit keine Post kommt, denn wir wissen nie, wie lange wir an einem Ort bleiben.«⁹⁷

In einem Brief zwei Monate später nahm Grünwald erneut Bezug auf das Schicksal von Meth, der offensichtlich in den russischen Norden deportiert worden war: »Hört Liesl was von Meth? Ich weiß ungefähr, wo er ist, kann aber darüber nichts schreiben.«⁹⁸

Als Frau Meth ein halbes Jahr lang keine Nachrichten von ihrem Mann erhalten hatte, nahm sie Kontakt zu Liesl Grünwald auf, um durch ihren Mann eventuell Informationen zu bekommen. In seinem Brief vom 24. November 1940 zeigte Grünwald tiefe Empathie für Frau Meths Besorgnis:

»Dass Liesl nichts von Mundi [Meth] hört, sie soll nicht verzweifelt sein, ich weiß, wo er ist, das ist vielleicht hunderte km von einer Post entfernt, wo alle halbes Jahr einmal Post kommt oder abgeht, sie wird schon einmal Nachricht haben. Wir haben alle oft gewarnt, sie mögen nicht in Lemberg bleiben, das kann gefährlich sein, sie lachten uns aus.«⁹⁹

Später schrieben auch andere Frauen aus Wien an Grünwald, wenn sie von ihren in die Sowjetunion deportierten Männern keine Nachrichten mehr erhielten. Seine Antwort wiederholte die vorherigen Aussagen zum Verbleib der Männer:

»Falls Du Emma oder Fany siehst, ich danke für das Schreiben und werde demnächst antworten. [Du] [k]annst Ihnen sagen, ich weiß wo Meier Hacker, Max Holzer, Willi Hacker auch Mundi Meth sind. Sie sollen nicht verzagt sein, es wird schon einmal Post von ihnen kommen, ich kann darüber nicht näher schreiben.«¹⁰⁰

In den Briefen an seine Frau transportierte Grünwald umgekehrt auch Bitten seiner Kameraden, die mit ihm zusammen in Zdolbunov lebten. Ihr gemeinsames schweres Leben in einer fremden Welt zwang sie, solidarisch zu handeln. Der Brief von Grünwald vom 7. Februar 1941 enthielt in Bezug auf seine Freunde zwei Bitten an seine Frau. Hier stand die Sorge um die Frauen im Vordergrund:

97 Privatarchiv von Oskar Grünwald. Es ist interessant, dass es tatsächlich einigen Gulag-Häftlingen möglich war, Briefe nach Hause zu senden (bis Februar 1941). Noch erstaunlicher ist, dass die Adressaten diese Briefe erhielten; vgl. Borák, *The First Deportation* (Anm. 5), S. 167.

98 Privatarchiv von Oskar Grünwald.

99 Ebd.

100 Ebd., Brief vom 8.12.1940.

»Die Frau meines guten Freundes und Kameraden Karl Hirsch, der auch hier ist, wohnt derzeit XV. Schwendergasse 15 bei Fam. Kurzweil. Wenn es Dir möglich ist, setze Dich mit ihr in Verbindung. Karl möchte gerne haben, dass seine Frau bei Dir wohnt [...]. Bitte noch was. Noch ein Kamerad, Paul Adler, seine Frau wohnt II. Schmelzgasse 10/13. Er hat seit vier Monaten keine Nachricht. Bitte gehe hin und erkundige, was los ist. Er ist gesund und wohlauf.«¹⁰¹

Wilhelm Grünwald schilderte seiner Frau auch seine Reflexionen über den Krieg:

»[Wir] haben nur den einen Wunsch, dass dieser zwecklose Krieg schon einmal zu Ende wäre.«¹⁰²

»Meine Sehnsucht ist oft so groß, dass ich meine, es geht nicht mehr, ich kann nicht mehr, es muss aber gehen. Es ist mir halt eine Zeit der Trennung bestimmt, im Weltkrieg waren Männer vier Jahre von Frau und Kind weg und sind wieder heil und gesund nach Hause gekommen.«¹⁰³

Doch konnten weder Optimismus noch Vernunft ihn und seine Wiener Freunde in Zdolbunov retten: Sie wurden während der NS-Besatzung zusammen mit ortsansässigen Juden im Oktober 1942 ermordet.

Im Unterschied zu Grünwald hatte der Wiener Siegfried Jellinek, geboren 1891, der mit dem ersten Transport von Wien nach Nisko deportiert worden war, im Herbst 1940 keine Hoffnung, seine Familienangehörigen wiederzusehen. Er gründete in Lemberg eine neue Familie, was bei den Deportierten und Flüchtlingen selten der Fall war. Jellinek beschrieb seine neue Frau und sein neues Leben folgendermaßen:

»Ich selbst habe schon resigniert und gebe schon langsam die Hoffnung auf meine Teuersten je wiederzusehen. Arbeit habe ich leider auch keine und bin auf die Unterstützung meiner hiesigen Familie, die mich auf Händen trägt, angewiesen. Angenehm ist dieser Zustand nicht, aber ich muss doch leben.«¹⁰⁴

»Hätte ich hier nicht meine liebe, brave Frau, die mich immer tröstet und der ich überhaupt sehr viel zu verdanken habe, ich weiß nicht was mit mir geworden wäre. Ich danke Gott, dass er mich sie finden ließ und fühle ich

101 Ebd.

102 Ebd., Brief vom 17.9.1940.

103 Ebd., Brief vom 18.11.1940.

104 Brief an den Bruder Karl vom 30.11.1940, in: Letters, Documents and Images of the Jellinek Family Confronting the Holocaust, <http://www.shoahletters.org/letters/11-30-40.html> [14.12.2021].

mich bei ihr und ihrer Familie, die mir jeden Wunsch von den Augen ablesen, sehr geborgen. [...] nur dass ich keine Existenz habe und überhaupt keine Arbeit habe, drückt mich nieder.«¹⁰⁵

Jellinek, der sich im Frühling 1940 entweder nicht für die Ausreise bei der Flüchtlingskommission meldete oder bei der Anmeldung eine falsche Adresse angab, geriet nicht in den GULag. Höchstwahrscheinlich wurde er jedoch 1941/42 von den Nationalsozialisten in Lemberg bzw. Belzec umgebracht.

Wenn man das Schicksal von Siegfried Jellinek im Kontext seiner großen Familie betrachtet, also inklusive seiner Eltern, Geschwister und Neffen, so zeigt sich, dass die Familie bereits seit dem Jahr 1938 aufgrund der antisemitischen NS-Politik zwangsweise in Trennung leben musste. Von sechs Brüdern wurden drei mit ihren Ehepartnerinnen sowie der Familienvater Siegmund Jellinek (geb. 1857) im Zeitraum zwischen 1942 und 1943 in verschiedenen Vernichtungslagern ermordet. Die Mutter, Berta Jellinek, Jahrgang 1859, war 1941 verstorben. Zu vermuten ist, dass die Zumutungen des Krieges, der Besatzung und der Verfolgung ihren Tod verursacht hatten. Den anderen drei Kindern von Siegfried und Berta gelang es, gleich nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich in die USA bzw. nach Shanghai oder Palästina zu emigrieren. Schließlich waren sie auf mindestens elf Städte auf vier Kontinenten verteilt.

Die Briefe aus der Sammlung von Paulette Jellinek zeugen von einem herzlichen Verhältnis zwischen allen Familienangehörigen. Arbeitslos und ohne jegliche Existenzgrundlage versuchte der älteste Bruder, der wie sein Vater Siegfried hieß, seine Geschwister zu beruhigen und verwies auf die Eltern als Vorbild. So schrieb er in seinem letzten Brief am 18. Januar 1941 aus Lemberg an seinen Bruder Karl in den USA, dessen kleiner Sohn vor kurzem verstorben war, tröstende Worte:

»Ich habe auch einen Sohn, den ich abgöttisch liebe und weiß nicht, ob ich ihn je noch wiedersehen werde. Unsere teuren geliebten Eltern haben in der Zeit, wo sie sich am Glücke ihrer Kinder erfreuen wollten, im Bewusstsein dessen, dass sie dieselben nie mehr sehen werden, fünfmal den schweren Schmerz des Abschieds mitgemacht und sind stark geblieben. Und so musst auch Du, mein teurer Karl, auch so stark bleiben und das Gottes Werk als Fügung hinnehmen. [...] ich habe nur einen Wunsch meine alten Eltern und all meine Lieben noch ein Mal umarmen zu können.«¹⁰⁶

Der Verweis auf die von den Eltern gezeigte seelische Stärke beim Abschied von ihren fünf Kindern bezeugt, welche enorme Bedeutung Siegfried den durch

105 Ebd., Brief an den Bruder Karl vom 18.1.1941.

106 Ebd.

die Eltern vermittelten Werten über die Trennung hinweg beimaß. In der Tat dienten Erinnerungen an Familienwerte in extrem schwierigen Zeiten dem Familienzusammenhalt und waren Quellen der Kraft.¹⁰⁷

Die überlieferten Briefe der jüdischen Flüchtlinge und Deportierten im sowjetisch besetzten Ostpolen sowie die ihrer in den deutsch besetzten Gebieten verbliebenen oder ins Ausland emigrierten Familienangehörigen zeigen, dass ihre Hoffnungen auf eine Familienzusammenführung mit zunehmender Dauer der Trennung und des Krieges schwanden. Vor dem Hintergrund der sowjetischen Deportationen jüdischer Flüchtlinge in Straflager, der Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung im deutsch besetzten Polen sowie der stetig schwindenden Optionen einer Emigration ins Ausland bestanden immer weniger Hoffnungen wie auch reale Chancen auf eine Familienzusammenführung. Die jüdische Bevölkerung im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich fiel fast vollständig dem Holocaust zum Opfer. Demgegenüber überlebte ein Teil der Juden in der Sowjetunion, die vom NKWD ins Innere des Landes deportiert worden waren.¹⁰⁸ Ihre Chancen, Familienangehörige wiederzufinden, selbst wenn diese den Krieg überlebt hatten, waren jedoch aufgrund der chaotischen Nachkriegsverhältnisse gering.

5. Fazit

Trennungen jüdischer Familien infolge von Flucht, Vertreibung und Deportation während des Zweiten Weltkriegs waren allgegenwärtig und Konsequenz, ja Intention der mörderischen nationalsozialistischen Rassenpolitik. Die dargestellten Familiengeschichten spiegeln den dramatischen Charakter der ersten Phase des Krieges wider: Verwirrung und panische Flucht von hunderttausenden Menschen, Trennung von Familien und ihre verzweifelten Versuche, eine Zusammenführung mit ihren Angehörigen zu erreichen, Adaption an neue Lebensbedingungen und Überlebenskampf um knappe Ressourcen in den durch

107 Dalia Ofer, *Family during the Holocaust*, in: *Jewish Women, A Comprehensive Historical Encyclopedia*, Jewish Women's Archive, <https://jwa.org/encyclopedia/article/family-during-holocaust> [14.12.2021].

108 Die Mehrheit der polnischen Juden, die in den russischen Norden deportiert wurden, überlebte den Krieg, da sie schon nach einem Jahr bzw. nach anderthalb Jahren gemäß dem Vertrag von Sikorski-Majski aus den Zwangsarbeitslagern befreit wurden, vgl. Levin, *The Lesser of Two Evils* (Anm. 6), S. 207 f.; Edele/Fitzpatrick/Grossmann (Hrsg.), *Shelter from the Holocaust* (Anm. 6), S. 9-15. Die meisten österreichischen Juden, die zunächst von Eichmann nach Nisko und dann durch Sowjets ins Innere der Sowjetunion deportiert wurden, wo sie mindestens fünf bis sechs Jahre verbrachten, kamen jedoch ums Leben; vgl. Radchenko, *Jüdische Nisko-Deportierte* (Anm. 25), S. 248 f.

das Deutsche Reich besetzten Ostgebieten ebenso wie in jenen der Sowjetunion. Im Generalgouvernement sowie in allen von NS-Deutschland besetzten Gebieten, so auch in der Ostmark und im Protektorat, wurden zurückgebliebene Familienangehörige, meist Frauen mit Kindern und ältere Menschen, ihrer Wohnungen beraubt, vertrieben und in Ghettos zusammengepfert. Ab Herbst 1941 begann in den deutsch besetzten polnischen Gebieten der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung, dem die meisten der zurückgebliebenen Familienangehörigen zum Opfer fielen. In der Sowjetunion wurden jüdische Flüchtlinge, die versuchten, in ihre Heimat zurückzugelangen oder ihre Familien zu sich zu holen, durch das NKWD verhaftet und in Straflager deportiert. Auf beiden Seiten der Demarkationslinie zwischen Deutschem Reich und Sowjetunion wurden der jüdischen Bevölkerung keine Empathie und kein Verständnis für ihren Wunsch nach Familienzusammenführung entgegengebracht. Während in der Sowjetunion den Bemühungen um eine Familienzusammenführung ab 1940 mit neuen Deportationen in Straflager begegnet wurde, zielten die Nationalsozialisten auf die physische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Die Radikalisierungen der NS-Rassenpolitik und der sowjetischen Machtpolitik in Bezug auf die jüdische Bevölkerung hatten, wenn sie auch unterschiedlich motiviert und die Überlebenschancen für den Einzelnen in der Sowjetunion höher waren, letztendlich ähnliche Konsequenzen. Sie betrafen nicht nur die Zerstörung der jüdischen Familien, sondern führten – bei jenen, die dennoch überlebten – in der Nachkriegszeit zu tiefgreifenden psychologischen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Carlos Alberto Haas

VERGANGENHEIT ERINNERN, ZUKUNFT ERHOFFEN

Zeitbezug und Trennungserfahrungen
jüdischer Familien in Krieg und Ghetto

1946 nahm der Dichter, Kulturschaffende und Holocaust-Überlebende Shmerke Kaczerginski (1908-1954) für die Jüdische Historische Kommission in München sein Lied »Dos elnte kind/Das einsame Kind« auf.¹ Das Lied thematisiert die Trennung eines Mädchens von seinen Eltern. Kaczerginski hatte den Liedtext bereits 1943 im Ghetto von Wilna verfasst, die Melodie stammt von Jankl Krimski.² Im Wilnaer Ghetto war Kaczerginski Mitglied der sogenannten »Papierbrigade«. Dieser Zusammenschluss von jüdischen Intellektuellen hatte es sich zur Aufgabe gemacht, jüdisches Kulturgut, insbesondere die Bestände des YIVO Institute for Jewish Research, vor dem Zugriff und der Vernichtung durch die deutschen Besatzer zu retten.³ Auch die Erzieherin Rachel Pupko-Krinski gehörte der Organisation an. Sie hatte ihre kleine Tochter Sorele/Sara außerhalb des Ghettos bei der nichtjüdischen Polin Wiktorina Rodziewicz versteckt. Als Shmerke Kaczerginski hiervon erfuhr, schrieb er den Liedtext, wohl wissend, dass dies kein Einzelfall war.

Wovon genau handelt das Lied? Der Text nimmt die Perspektive der Tochter Sara ein. Die ersten beiden Strophen schildern die Sehnsucht des Mädchens, das nach seiner Mutter ruft und sich daran erinnert, wie die Deutschen den Vater gefangen nahmen. In der dritten Strophe träumt das Kind, die Eltern seien zurückgekehrt und die Mutter singe ihr ein Wiegenlied. Die vierte und letzte Strophe gibt dieses Lied im Lied wieder, das einen Blick in die Zukunft wirft: »Wenn du einmal eine Mutter sein wirst, / sollst du deinen Kindern von dem Leid erzählen, / das der Feind deiner Mutter und deinem Vater angetan hat. / Vergiss nicht einen einzigen Tag lang die Vergangenheit.«⁴

Rachel Pupko-Krinski hatte sich von der eigenen Tochter getrennt, um deren Überlebenschancen zu erhöhen. In diesem Fall ging die Strategie auf. Sowohl

1 <https://www.yadvashem.org/yv/de/exhibitions/music/lonely-child.asp> [4.1.2022].

2 Nach dem Krieg wurde das Lied mehrfach veröffentlicht, zuerst in: Shmerke Kaczerginski/Michl Gelbart (Hrsg.), *Lider fun di getos und lagern*, New York 1948, Text S. 90, Noten S. 386.

3 David E. Fishman, *The Book Smugglers. Partisans, Poets, and the Race to Save Jewish Treasures from the Nazis*, Lebanon, NH, 2017, S. 75-81.

4 Im Original Jiddisch, Übertragung durch den Autor.

Sara als auch die Mutter überlebten Krieg und Holocaust und wanderten im Herbst 1945 in die USA aus. Shmerke Kaczerginski konnte der Tonaufnahme seines Liedes einen kurzen gesprochenen Gruß an die beiden voranstellen. Das Überleben hatte allerdings einen gewissen Preis. So konnte sich die Tochter, die zum Zeitpunkt der Trennung im Kleinkindalter gewesen sein muss, nach dem Krieg bereits nicht mehr an ihre Mutter erinnern und hatte vergessen, dass sie einer jüdischen Familie entstammte – wesentliche Faktoren, die dazu beigetragen hatten, im Versteck unbemerkt und somit geschützt zu bleiben.

Das Lied behandelt mit der Trennung von Kind und Eltern eine zentrale Erfahrung der jüdischen Bevölkerung in den Gebieten, die während des Zweiten Weltkriegs von den Deutschen besetzt waren. Es geht vor allem um die psychologischen Folgen der Trennung, um Einsamkeit, Trauer und Verzweiflung. Textdichter Kaczerginski lenkt die Aufmerksamkeit des Hörers jedoch noch auf einen weiteren Punkt. Der Auftrag der Mutter an ihre Tochter, sich in Zukunft immer wieder an das Geschehene zu erinnern und es an die Nachkommen zu vermitteln, verweist auf die Zeitbezüge, in denen sich jüdische Familien während des Krieges bzw. im Ghetto bewegten.

Diese Zeitbezüge sind der Familie stets immanent, auch wenn häufig andere Merkmale im Zentrum der Betrachtung stehen, etwa die Funktion als wirtschaftliche Versorgungseinheit und Solidargemeinschaft oder als Sozialinstitution, die die Reproduktion normiert, als emotionaler Resonanzraum dient oder Bezugspunkt kultureller und mentaler Prägungen ist. Darüber hinaus ist die Familie ein Verbund, der mehrere Generationen umfasst und sich somit auf allgemeine Zeitstrukturen, auf das Zusammenspiel von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bezieht. Unter den prekären Bedingungen von Krieg, Besatzung und Ghetto hoben Familientrennungen diese Bezüge ins Bewusstsein der beteiligten Akteure. Der Moment der Trennung evozierte eine neue Sicht auf eine bessere Vergangenheit, in der die Familie noch intakt gewesen war. Er veränderte auch den Blick auf die Zukunft, der nunmehr von der Hoffnung auf Überleben und Wiedervereinigung der Familienmitglieder bzw. von der Angst vor deren endgültigem Verlust bestimmt war. Insofern war die Trennungserfahrung der Dreh- und Angelpunkt, von dem aus sich die Betroffenen neu in der Gegenwart positionieren mussten.

Der vorliegende Beitrag fragt, inwiefern Familientrennungen Teil eines weiter gefassten Verständnisprozesses waren, den die als »jüdisch« verfolgte Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung durchlief.⁵ Inwiefern

5 Vgl. Jacek Leociak, *Text und Holocaust. Die Erfahrung des Ghettos in Zeugnissen und literarischen Entwürfen*, Berlin 2018; Carlos Alberto Haas, *Das Private im Ghetto. Jüdisches Leben im deutsch besetzten Polen 1939 bis 1944*, Göttingen 2020.

bildeten sich unter dem Eindruck der Trennungserfahrung bei den Betroffenen neue Deutungsmuster aus? Inwiefern trug die neue Qualität der Erinnerung an die Vergangenheit und der Hoffnung auf die Zukunft dazu bei, die Gegenwart besser einordnen und verstehen zu können?

Entsprechend geben die Zeitbezüge zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft die Gestalt dieses Beitrags vor. Zunächst untersucht er, auf welche Vorstellungen sich die Menschen, die von Familientrennungen betroffen waren, überhaupt bezogen. Welche Ideen von Familie, von Rollenbildern hinsichtlich des Alters und des Geschlechts, welche normativen Konzepte, sozialen Prägungen und Erwartungshaltungen gab es vor 1939? Diesen Fragen nähert sich der Beitrag an, indem er einen Blick auf die sozioökonomische und kulturelle Bandbreite der jüdischen Bevölkerung Ostmittel- und Osteuropas wirft. Ein zweiter Abschnitt befasst sich genauer mit den Umständen der Familientrennungen. Oft waren die Trennungen Folge direkter Gewalt. In manchen Fällen hatten die Betroffenen jedoch begrenzte Handlungsspielräume und konnten sich zumindest bis zu einem gewissen Grad bewusst entscheiden, die Familie zu verlassen – wenngleich auch nur als Reaktion auf die fremdbestimmten Rahmenbedingungen. Welche Motive lagen diesen Entscheidungen zu Grunde? Neben den genauen Umständen der Trennung selbst und der Frage, inwiefern sich allgemeine Muster aufzeigen lassen, geht es auch um die unterschiedliche Dauer von Trennungen, die von wenigen Tagen bis zu mehreren Jahren variieren konnte bzw. in vielen Fällen endgültig war.

Der Beitrag richtet das Augenmerk darauf, wie die Betroffenen den Moment der Trennung wahrnahmen und deuteten. Diese individuelle Erfahrungsebene erschließt sich vor allem mit Hilfe zeitgenössischer Ego-Dokumente wie Tagebücher und Briefe,⁶ die daher die zentrale Quellengattung des Beitrags sind. Der Aufsatz konzentriert sich auf die Bewohner der Ghettos, die die deutschen Besatzer während des Krieges in Ostmittel- und Osteuropa errichteten. Den prekären Bedingungen eines Ghettos ausgesetzt zu sein, war für einen Großteil der dortigen jüdischen Bevölkerung eine zentrale Erfahrung. Allein im Generalgouvernement mussten 1,9 Millionen Menschen zumindest zeitweise in einem Ghetto leben, im Reichsgau Wartheland, wo es deutlich weniger Ghettos

6 Vgl. Alexandra Garbarini, *Numbered Days. Diaries and the Holocaust*, New Haven, CT/London 2006; Frank Bajohr/Sibylle Steinbacher (Hrsg.), »... Zeugnis ablegen bis zum letzten«. Tagebücher und persönliche Zeugnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus und des Holocaust, Göttingen 2015; Janosch Steuwer, »Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse«. Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933-1939, Göttingen 2017.

gab, waren es immerhin 330.000.⁷ Die etwa 1.200 Ghettos unterschieden sich teilweise stark, was es schwierig macht, allgemeine Aussagen zu treffen.⁸ Die unterschiedliche Struktur der einzelnen Ghettos ist wichtig für die Frage nach den Deutungsmustern ihrer Bewohner. Denn wie diese die Trennungsmomente wahrnahmen und deuteten, korrelierte mit den räumlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen vor Ort.

Ghettos entstanden unter deutscher Besatzung zu unterschiedlichen Zeitpunkten. In der Westhälfte der vormaligen Zweiten Polnischen Republik, von den Deutschen im Herbst 1939 sehr schnell erobert, gab es bereits im Oktober 1939 erste »Jüdische Wohnbezirke«, so etwa in Piotrków Trybunalski/Petrikau.⁹ In anderen Städten wie etwa in Warschau oder Łódź/Litzmannstadt riegelten die Deutschen erst im Laufe des Jahres 1940 die Ghettos ab. Doch bereits in der Zeit davor sah sich die jüdische Bevölkerung mit massiven Restriktionen konfrontiert. In diesem Zusammenhang kam es immer wieder zu Familientrennungen. Aus diesem Grund beschränkt sich der vorliegende Beitrag zeitlich nicht auf die exakte Bestandsdauer der Ghettos (die sich keineswegs stets so klar wie im Falle Warschaus oder Litzmannstadts bestimmen lässt), sondern bezieht die Zeit seit Beginn des Krieges mit ein. Innerhalb dieser Vorphase ab September 1939 gab es neuralgische Punkte, an denen sich die permanente Krisenerfahrung existentiell bedrohlich verdichtete, etwa als die deutschen Besatzer Juden innerhalb der Städte in definierten Gebieten zusammenzogen.

1. Die bessere Vergangenheit

Um zu verstehen, was Familientrennung im Ghetto bedeutete, ist zunächst zu klären, was Familie vor 1939 hieß. Gerade mit Blick auf die jüdische Familie besteht die Gefahr, vorschnell Stereotype zu reproduzieren, gleich welcher Schattierung. Vor allem Erinnerungsliteratur weist mitunter die Tendenz auf, entweder den Zusammenhalt innerhalb der Familie zu überhöhen und die großen Gegensätze zu verharmlosen oder aber Idealtypen zu überzeichnen und

7 Stephan Lehnstaedt, Kleine Ghettos. Plädoyer für eine Perspektiverweiterung, in: Zeitschrift für Genozidforschung 13 (2012), 1-2, S. 12-29, hier S. 22; Haas, Das Private (Anm. 5), S. 17f.

8 Vgl. Geoffrey P. Megargee (Hrsg.), Encyclopedia of Camps and Ghettos, 1933-1945, Vol. 2: Ghettos in German-Occupied Eastern Europe, ed. by The United States Holocaust Memorial Museum, Bloomington, IN, 2012; Guy Miron/Shlomit Shulhani (Hrsg.), The Yad Vashem Encyclopedia of the Ghettos during the Holocaust, 2 Bde., Jerusalem/Yad Vashem 2009.

9 Dina Feldman/Anna Rzędowska, Getto żydowskie w okupowanym Piotrkowie, Piotrków Trybunalski 2014, S. 7.

Konfliktschärfe zu sehr zu betonen. Dass die Familie insbesondere in Krieg und Holocaust zur Projektionsfläche wurde, ist angesichts der übergroßen Zahl der jüdischen Opfer wenig verwunderlich. Gerade deshalb aber ist es wichtig, lebensweltliche Praktiken im sozialen Nahbereich sowie deren normative Rahmung kritisch zu beleuchten. Daher soll im Folgenden die Erfahrung von Familie vor 1939 mit der sozioökonomischen Lage und dem jeweiligen kulturellen Hintergrund in Beziehung gesetzt und in den weiteren Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen eingeordnet werden.¹⁰ Ein besonderes Augenmerk gilt hierbei temporären und dauerhaften Trennungen in jüdischen Familien vor 1939.

Bereits seit dem 19. Jahrhundert kam es innerhalb der jüdischen Bevölkerung Ostmittel- und Osteuropas zu komplexen Prozessen der sozialen Differenzierung, die der Erste Weltkrieg noch beschleunigte und intensivierte.¹¹ Nach 1918, in der neuen Realität der Zweiten Polnischen Republik, aber auch in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie, im Baltikum, in der Ukraine, in Weißrussland sowie in Sowjetrussland, waren Jüdinnen und Juden mit einem tiefsitzenden individuellen und strukturellen Antisemitismus, mit Diskriminierung und Ausgrenzung konfrontiert.¹² Verschränkt hiermit waren zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten, insbesondere seit Beginn der Weltwirtschaftskrise.

Diversität und Heterogenität, die das osteuropäische Judentum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts charakterisierten, lassen sich als unterschiedliche Antworten auf diese Probleme deuten. Verschiedene religiöse, politische oder allgemein kulturelle Strömungen und Anschauungen wie Chassidismus, Sozialismus, Zionismus oder Assimilierung wirkten sich auf individuelle Lebensentwürfe und Familienkonzepte aus bzw. maßen der Familie einen jeweils unterschiedlichen Stellenwert bei. Sie gingen jedoch über diese Ebene hinaus, indem sie in der ihnen jeweils eigenen Weise Antworten auf die existentiellen

10 Vgl. Dalia Ofer/Lenore J. Weitzman (Hrsg.), *Women in the Holocaust*, New Haven, CT, 1998; jüngst Dalia Ofer, *Narrating Daily Family Life in Ghettos under Nazi Occupation. Concepts and Dilemmas*, in: Eliyana. R. Adler/Kateřina Čapková (Hrsg.), *Jewish and Romani Families in the Holocaust and its Aftermath*, New Brunswick 2021, S. 62-84.

11 Monica Rütters, *Tewjes Töchter. Lebensentwürfe ostjüdischer Frauen im 19. Jahrhundert*, Köln 1996; Heiko Haumann (Hrsg.), *Luftmenschen und rebellische Töchter. Zum Wandel ostjüdischer Lebenswelten im 19. Jahrhundert*, Köln 2003; Frank M. Schuster, *Zwischen allen Fronten. Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914-1919)*, Köln 2004.

12 Joseph Marcus, *Social and Political History of the Jews in Poland 1919-1939*, Berlin u. a. 1983; Jerzy Tomaszewski, *Zarys dziejów Żydów w Polsce w latach 1918-1939*, Warschau 1990; Antony Polonsky/Ezra Mendelsohn/Jerzy Tomaszewski (Hrsg.), *Jews in Independent Poland, 1918-1939*, London/Washington D. C. 1994; Celia S. Heller, *On the Edge of Destruction. Jews of Poland between the two World Wars*, Detroit, MI, 1994.

Fragen nach jüdischem Selbstverständnis und jüdischer Identität bereitstellten. Die Mehrzahl der osteuropäischen Juden war vor 1939 mehr oder weniger direkt mit diesen Fragen konfrontiert und musste sich in irgendeiner Weise zu ihnen verhalten. Die Antwort auf die Frage »Wer bin ich?« war oft deckungsgleich mit der Antwort auf die Frage »Wie will ich jetzt und in Zukunft leben?«

Es ist an dieser Stelle sinnvoll, die komplexe Vielgestaltigkeit von Familienleben und Familienkonzepten in Abhängigkeit von weiter gefassten Faktoren idealtypisch darzustellen und Haupttendenzen zu benennen.¹³ Die tiefen Brüche, welche die Zeit vor 1939 prägten, verliefen oftmals mitten durch ein und dieselbe Familie oder traten gar in ein und derselben Biografie auf. Mannigfaltige Schattierungen waren das Kennzeichen der Vorkriegsjahrzehnte, an die sich die Menschen im Krieg und in den Ghettos oft als »bessere« Vergangenheit erinnerten. Hierin manifestierte sich der hochdynamische Transformationsprozess, den die ostmittel- und osteuropäischen Gesellschaften durchliefen (und der keineswegs auf die jüdische Bevölkerung beschränkt war).

In den 1920er und 1930er Jahren richtete ein immer noch großer Teil der jüdischen Bevölkerung das Leben nach wie vor an Religion und Glauben aus.¹⁴ Unter den armen Bevölkerungsschichten war vor allem der Chassidismus populär, eine Ausformung des Judentums, die im Ostmitteleuropa des 18. Jahrhunderts als emanzipatorische, spirituelle Bewegung entstanden war.¹⁵ Ursprünglich gegen die als zu intellektuell empfundenen rabbinischen Autoritäten gerichtet, entwickelte sich der Chassidismus im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einer sehr konservativen Strömung. Er propagierte das Ideal des jüdischen Lebens als Gottesdienst, das durch die strikte Einhaltung aller religiösen Gebote und das fortwährende Studium von Tora und Talmud erreicht werden sollte.

Im engeren Sinne konstituierte sich die chassidische Familie in der sozialen Interaktion zwischen den Eltern und ihrer oftmals (sehr) zahlreichen Kinder­schar (sechs bis acht Kinder waren eher die Regel als die Ausnahme), die in kleinen und engen, oftmals ärmlichen Wohnungen lebten.¹⁶ Die Erfahrung von Enge und Platzmangel wirkte sich auf das Verständnis und die Praktiken von

13 Ruta Sakowska, *Menschen im Ghetto. Die jüdische Bevölkerung im besetzten Warschau 1939-1943*, Osnabrück 1999, S. 19.

14 Gershon C. Bacon, *The Politics of Tradition: Agudat Israel in Polish Politics, 1916-1939*, in: *Studies in Contemporary Jewry* 2 (1986), S. 144-163; Benzion Dinur, *The Origins of Hasidism and its Social and Messianic Foundations*, in: Gershon D. Hundert (Hrsg.), *Essential Papers on Hasidism. Origins to Present*, New York 1991, S. 86-207; Susanne Talabardon, *Chassidismus*, Tübingen 2016.

15 David Biale/David Assaf/Benjamin Brown/Uriel Gellman/Samuel Heilman/Moshe Rosman/Gadi Sagiv/Marcin Wodziński, *Hasidism. A New History*, Princeton, NJ, 2017.

16 Shaul Stampfer, *Families, Rabbis and Education. Essays on Traditional Jewish Society in Eastern Europe*, Liverpool 2010, S. 26-55.

Intimität, Nähe und Distanz aus. Nach 1939, während des Krieges und unter den prekären räumlichen Bedingungen der Ghettos, führte dies zu Wahrnehmungsmustern, die sich von denen anderer Teile der jüdischen Bevölkerung unterschieden. Religion und Glaube boten in konkreter Weise Orientierung und Anleitung für die Lebensführung der Familie, auch wenn die entsprechenden Vorstellungen spätestens seit dem Ende des Ersten Weltkrieges einem starken Veränderungsdruck unterlagen.

Ein Heraustreten aus den familiären Bezügen war in der chassidischen Lebenswelt grundsätzlich nicht vorgesehen, zumindest nicht für längere Zeit. Mitunter jedoch kam es vor, etwa im Bereich der religiösen Bildung, dass junge Männer den Ort, an dem sie aufgewachsen waren, verließen. Am generellen sozialen und räumlichen Koordinatensystem änderte sich hierbei nur wenig. Bezugspunkt war weiterhin die jeweilige chassidische Gemeinschaft, die auf den jeweiligen Zaddik und seinen »Hof« ausgerichtet war. Zaddikim, wörtlich »Gelehrte«, waren spirituelle Führer, deren herausgehobene Position sich aus ihrer besonderen Beziehung zu Gott herleitete. Im Laufe des 19. Jahrhunderts waren regelrechte Zaddikim-Dynastien entstanden, innerhalb derer die Würde des Rebbe (so der jiddische Begriff) weitervererbt wurde. Die größten Zaddikim-Höfe, wie etwa die der Rebben von Ger, Lublin und Aleksander in Polen oder von Belz und Chernobil in der Ukraine, um nur einige wenige zu nennen, zählten jeweils mehrere zehntausend Anhänger.

Diese Gemeinschaften bildeten bis in die 1930er Jahre hinein relativ geschlossene soziale Gruppierungen und lieferten den normativen Rahmen für das Familienleben. Allerdings mag vor allem in den großen Städten wie Warschau, Łódź oder Wilna die Kluft zwischen dem angestrebten chassidischen Ideal und der Lebenswirklichkeit recht groß gewesen sein. Es war sicher nicht immer einfach, die zahlreichen Gebote des jüdischen Glaubens einzuhalten, machten sich dort die Einflüsse der modernen, säkularen Welt doch stärker bemerkbar als in kleinen Shtetl. Umso erstaunlicher ist es, wie beharrlich sich insbesondere das strenge Zeitregime, das die Religion vorgab, halten konnte. Religiöse Praktiken wie Gebete zu bestimmten Tageszeiten oder der Sabbat am siebten Tag der Woche gaben dem Alltagsleben der chassidischen Juden zeitliche Struktur. In diesem Zusammenhang kam innerhalb der Familie einzelnen Mitgliedern, insbesondere dem Vater, eine bestimmte quasi-liturgische Funktion zu, etwa während der drei Sabbatmahle am Freitagabend, am Samstagmittag und am Samstagabend. Die religiösen Feste strukturierten das Jahr, wiesen gleichzeitig aber tiefgehende Zeitbezüge auf, indem sie die Gegenwart in die Jahrtausende umfassende Geschichte des auserwählten jüdischen Volkes einordneten. Auf diese Weise erhielten die Chassidim klare Antworten auf die Frage nach jüdischem Selbstverständnis und gewannen gleichzeitig antijüdi-

schen Restriktionen und Übergriffen sogar einen gewissen Sinn ab. Religion und Glaube boten somit in mehrfacher Hinsicht Halt und führten Alltags- mit Identitäts- und Sinnfragen zusammen. Sie lieferten einen Vorrat an Deutungsmustern, auf die der oder die Einzelne ebenso wie das Kollektiv zurückgreifen konnten, um die eigene Gegenwart zu begreifen. Hinzu kamen ein ausgeprägter Gemeinsinn sowie das Bewusstsein, einen Weg gefunden zu haben, das biblische Erbe angemessen zu bewahren.

Eine zweite Art von (freilich nicht transzendenter) Sinnstiftung, die innerhalb des Judentums in Ostmittel- und Osteuropa ihre Wirkung entfaltete, waren politische Ideologien, wobei sich die Bandbreite von reaktionären Vereinigungen über konservative und liberale Parteien bis hin zu sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen erstreckte. In Polen beispielsweise wuchs die Anhängerschaft der linken Parteien, insbesondere des sozialistischen »Algemeynen Yidishen Arbeiter Bundes«, kurz »Bund«, während der 1920er und 1930er Jahre besonders stark, wie sich eindrücklich an den Ergebnissen der Wahlen zu den jüdischen Gemeinden, den Kehillot, zeigte.¹⁷ Der Bund, aber auch andere linke Parteien wie die »Poale Zion«, strebten eine Änderung der Lebensumstände ihrer Klientel, der Arbeiterinnen und Arbeiter, an und zielten gleichzeitig ganz konkret auf einen Wandel sozialer Praktiken ab. In diesem Zusammenhang richteten sie sich insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene. Angesichts der Herausforderungen einer sich modernisierenden Umwelt fühlten diese sich zumindest in Teilen immer weniger traditionellen jüdischen Lebensformen verbunden bzw. sahen in diesen keine zeitgemäße Antwort mehr auf wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Probleme.¹⁸ Der idealtypische Bundist in Polen sah sich zuerst und vor allem als Angehöriger der Arbeiterklasse. Erst in zweiter Linie war er Teil der jüdischen Minderheit, die sich durch bestimmte kulturelle Eigenheiten wie etwa die jiddische Sprache von anderen Gruppierungen unterschied.

Die prekäre wirtschaftliche Lage, in der sich ein Großteil der jüdischen Bevölkerung befand, limitierte die Möglichkeiten, aus Familienbezügen auszubrechen. Berufsbedingt gab es eine gewisse Mobilität, die in der Regel jedoch zeitlich und räumlich beschränkt war. Umso attraktiver waren Angebote politischer Gruppierungen, die es Jugendlichen ermöglichten, in den Schulferien einige Wochen mit Gleichaltrigen in Ferienlagern zu verbringen. Außerhalb der engen städtischen Wohnquartiere konnten die Teilnehmer sich nicht nur in der Natur erholen, sondern auch erste Schritte in Richtung Unabhängigkeit vom Eltern-

17 Sakowska, *Menschen* (Anm. 13), S. 24 f.

18 Alina Cała, *The Social Consciousness of Young Jews in Interwar Poland*, in: Polonsky/Mendelsohn/Tomaszewski (Hrsg.), *Jews in Independent Poland* (Anm. 12), S. 42-65.

haus gehen. Die politischen Organisationen, die derlei Aktivitäten durchführten, nutzten geschickt das Emanzipationspotenzial der jüngeren Generationen, um sich langfristig eine Anhängerschaft heranzuziehen. Ein eindringliches Beispiel für diese Art von freiwilliger und temporär begrenzter Familientrennung und den jeweiligen Implikationen bieten Tagebucheinträge, die der junge Dawid Sierakowiak aus Łódź im Sommer 1939 verfasste. Sierakowiaks in fünf Notizbüchern überlieferte Tagebuchaufzeichnungen sind seit einiger Zeit zentrale Quelle für die Erforschung des Holocaust aus einer sozial- und alltagsgeschichtlichen Perspektive. Geboren am 25. Juli 1924 und somit zu Beginn des Krieges 15 Jahre alt, bietet Sierakowiak bedrückende Einblicke in die Erfahrung von Krieg, Ghetto und Holocaust aus dem Blickwinkel eines Jugendlichen an der Schwelle zum Erwachsenenalter. Mit erstaunlicher Beobachtungsgabe und großer Sprachgewandtheit schildert er die Beziehung zu seinem Vater Majlech, zu seiner Mutter Sura und zu seiner jüngeren Schwester Nadzia. Aus gutem Grund fehlt diese Quelle in kaum einer Arbeit, die sich mit Aspekten des Familienlebens im Ghetto befasst, laufen in ihr doch zentrale Elemente der Entwicklungen zusammen, die sich im sozialen Nahbereich der jüdischen Bevölkerung in der Zeit nach September 1939 feststellen lassen.

Sierakowiak schrieb jedoch bereits vor Kriegsbeginn Tagebuch. Im Juli 1939 hielt er sich vier Wochen lang in einem Sommerlager für jüdische Jugendliche im polnischen Teil des Karpaten-Gebirges auf. Es ist nicht geklärt, ob Sierakowiak bereits zuvor ein Tagebuch führte oder ob ihn der Ferienaufenthalt, weit entfernt von Heimatstadt und Familie, dazu veranlasst hatte. Jedenfalls war die lange Abwesenheit von zuhause etwas Besonderes, womöglich war Sierakowiak gar zum ersten Mal so lange von Eltern und Schwester getrennt. Einen Tag nach der Ankunft im Ferienlager hielt Sierakowiak seine Gefühle im Tagebuch fest:

»Ich kann schwimmen und wandern. Meine liebe Mama wird froh sein. Wir sind zum ersten Mal im Dunajec geschwommen. Sie machen sich zuhause solche Sorgen wegen des Schwimmens. Ich habe ihnen gleich nach meiner Ankunft eine Karte geschickt. Hätte ich doch schon eine Antwort. Ich glaube, ich fange an, sie zu vermissen.«¹⁹

Seine Erlebnisse bezog Sierakowiak sofort auf die Mutter und stellte sich deren mögliche Reaktion vor. Er ging davon aus, dass seine Familie an ihn dachte und sich wahrscheinlich um ihn sorgte, umgekehrt hatte auch er ein großes Bedürfnis, sich mitzuteilen. Das Verhältnis zu seiner Familie, insbesondere zu seiner Mutter, war offensichtlich sehr gut. Nach einigen Tagen erwähnte Sierakowiak

19 Dawid Sierakowiak, *The Diary of Dawid Sierakowiak. Five Notebooks from the Lodz Ghetto*, hrsg. von Alan Adelson, Oxford 1996, Eintrag vom 30.6.1939, S. 21.

nicht mehr sein Heimweh, sondern konzentrierte sich auf die Aktivitäten vor Ort. Angesichts des abwechslungsreichen (und mitunter körperlich anstrengenden) Ferienprogramms ist diese thematische Verengung sicherlich nicht allzu überraschend. Gleichwohl zeigt sich hier eine wichtige Funktion der temporären Familientrennung: Die Jugendlichen konnten Autonomie einüben, hatten jedoch stets die Gewissheit, am Ende wieder in den vertrauten Schoß der Familie zurückkehren zu können. Entsprechend erfreulich verlief das Wiedersehen Sierakowiaks mit Eltern und Schwester am Ende der Ferien. Zuerst traf Sierakowiak seine Mutter, die ihn abholen kam: »Ich gehe zu einer Straßenbahn mit meiner schweren Tasche. Auf dem Weg dorthin treffe ich Mama. Gott, was für eine Freude! Zuhause dasselbe mit Vater und Schwester.«²⁰ In diesem kurzen Eintrag kommt ein weiteres Mal die liebevolle Beziehung zwischen Eltern und Geschwistern zum Ausdruck, die vor dem Krieg das Leben in der Familie Sierakowiak prägte.

Diese Beziehung überbrückte die generationelle Kluft, die sicherlich bereits vor dem Krieg bestand, vor allem aber im Ghetto voll zum Tragen kam. Vater und Mutter Sierakowiak waren chassidische, in einem traditionellen Sinne fromme Juden, wie sich unter anderem aus der Bekleidung des Vaters bzw. einzelnen religiösen Praktiken ableiten lässt, die der Sohn später beiläufig beschrieb. Dawid Sierakowiak hingegen neigte dem Sozialismus zu, eine Tendenz, die sich im Ghetto verstärken sollte. Ohne die hochprekären Rahmenbedingungen von Krieg und Ghetto hätte diese Konstellation wahrscheinlich zu einem Generationenkonflikt entlang der üblichen Konfliktlinien von Tradition und Fortschritt geführt, ein Konflikt, der auf die ein oder andere Weise wohl hätte gelöst werden können. Allerdings traten später, im von Krankheit und Hunger, Misstrauen und Angst geprägten Ghettoalltag, weltanschauliche Auseinandersetzungen in den Hintergrund. Der Dauerkonflikt zwischen Vater und Sohn, der Sierakowiaks Tagebucheinträge während der Ghettozeit prägte, spitzte sich zu auf Themen wie die Lebensmittelverteilung oder die Verantwortung für die Familienmitglieder. Nur an einigen Stellen des Tagebuchs scheint die grundsätzlichere Dimension des Konflikts mittelbar auf. So versuchte Dawid Sierakowiak nicht mehr, sich das Hier und Jetzt zu erschließen, indem er auf die jüdische Heils- und Katastrophengeschichte zurückgriff (auch wenn er diese zweifelsohne nach wie vor gut kannte). Statt der Überlieferung von Tora und Talmud war Sierakowiaks vorrangige Deutungsressource die Sozialgeschichte der jüdischen Bevölkerung in Polen, die Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung in marxistischer Lesart als Ausdruck von Klassengegensätzen interpretierte. Die unterschiedlichen individuellen Fähigkeiten,

20 Ebd., Eintrag vom 26.7.1939, S. 25.

mit der Ghettoalität umzugehen, die sich im Zusammenleben von Majlech und Dawid Sierakowiak überdeutlich zeigten, verbanden sich mit unterschiedlichen allgemeinen Strategien, die existentiell bedrohliche Gegenwart zu verstehen. Dieser Gegensatz zeichnete sich bereits vor September 1939 ab und war Ausdruck des Transformationsprozesses, dem die jüdische Bevölkerung unterlag.²¹ Er führte innerhalb der Familien zu tiefgreifenden Auseinandersetzungen, die sich mit anderen Konfliktlogiken verknüpften, die nicht im selben Maße von der historischen Konstellation geprägt waren. Im Ghetto potenzierte sich der Gegensatz und nahm existentielle Dimensionen an.

Eine kleinere Gruppe innerhalb der jüdischen Bevölkerung Ostmittel- und Osteuropas gab mit der bewussten Assimilation an die nichtjüdische Mehrheitskultur eine andere Antwort auf die Frage nach jüdischem Selbstverständnis. Anders als mit Religion oder politischer Ideologie verband sich damit jedoch kein universaler Deutungsanspruch, auch wenn es mit der jüdischen Aufklärung, der Haskala, seit dem 18. Jahrhundert eine philosophische Fundierung der Assimilationsbestrebungen gab. Die Angehörigen des seit dem 19. Jahrhundert wachsenden gehobenen jüdischen Mittelstands waren häufig assimilierte Juden, das heißt, es gab einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg und der Bereitschaft zur Anpassung. Assimilation manifestierte sich in vielen Fällen im Wegzug aus den traditionellen jüdischen Vierteln in bürgerliche, mehrheitlich von Nicht-Juden bewohnte Stadtteile. Die Separierung ging einher mit der Übernahme bürgerlicher Vorstellungen und Praktiken, etwa in den Bereichen Wohnen und Arbeiten oder Erziehung und Bildung. Insbesondere im Kontext von Studium und Beruf kam es häufig zu längeren Aufenthalten im Ausland. Gute Beispiele hierfür sind der später international bekannte Warschauer Arzt und Pädagoge Janusz Korczak oder der spätere Judenratsvorsitzende des Warschauer Ghettos, Adam Czerniaków, beide Ende der 1870er Jahre geboren und somit im russisch beherrschten Kongresspolen aufgewachsen und sozialisiert. Czerniaków, von Beruf Ingenieur, studierte mehrere Jahre in Dresden, wo er nicht nur fließend Deutsch lernte, sondern auch eine tiefe Bewunderung für deutsche Kultur und Technik entwickelte. Korczak hielt sich während seiner ersten Jahre im Arztberuf längere Zeit in den europäischen Hauptstädten Berlin, Paris und London auf, um sich dort fortzubilden. Diese bewusste Trennung von Elternhaus und Familie, die auf berufliches Weiterkommen durch Zusatzqualifikation zielte, lässt nicht nur auf die guten wirtschaftlichen Voraussetzungen schließen, über die assimilierte Juden

21 Zum generationellen Aspekt dieses Transformationsprozesses vgl. Desanka Schwara, »Ojfn weg schtejt a bojm«. Jüdische Kindheit und Jugend in Galizien, Kongresspolen, Litauen und Russland 1881-1939, Köln 1999.

oft verfügten. Es zeigt sich hierin auch der Stellenwert, der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zugesprochen wurde.

Mit Bezug auf die gesamte jüdische Bevölkerung Ostmittel- und Osteuropas waren die Vorkriegsbiographien Korczaks oder Czerniakóws sicherlich eher die Ausnahme. Das Leben der jüdischen Massen war bestimmt von Armut und Exklusion, zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg waren die Zukunftsperspektiven für die meisten eher düster. So ist es wenig verwunderlich, dass mit dem Zionismus eine radikale Antwort auf fortwährende Diskriminierungserfahrungen immer attraktiver wurde.²² Bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts übte die Idee, Juden aus der weltweiten Diaspora wieder in Palästina anzusiedeln, erhebliche Faszination auf einen großen Teil der jüdischen Bevölkerung Europas aus. Bald begannen Zionisten sich politisch zu organisieren, wobei sich unterschiedliche politische Richtungen den Zionismus zu eigen machten und mit ihrer jeweiligen Ideologie verbanden. Aus diesem Grund gab es sowohl sozialistische als auch nationalistische Zionisten, die zwar das gleiche Ziel anstrebten, ihre sonstigen politischen Differenzen aber nicht zu überwinden vermochten.²³

Viele Zionisten schafften es selbst nicht, nach Palästina zu emigrieren, richteten aber dennoch ihr Leben an dieser Idee aus. Ein Beispiel hierfür war der Hebraist und Pädagoge Chaim Aron Kaplan, der 1880 im russischen Horodyszcze geboren wurde und als junger Mann nach Warschau kam, wo er 1905 eine hebräische Schule eröffnete. Kaplan sah für die Juden langfristig keine Zukunft in Polen und befürwortete deshalb die Alija, die »Rückwanderung« nach Palästina. Mit dem Hebräischunterricht wollte er zu ihrer Vorbereitung beitragen, wobei die hebräische Sprache, die außerhalb der Synagoge nicht gesprochen wurde, für ihn ein alternativer Identitätsträger war. Kaplan war Vater zweier Kinder, die schließlich den Schritt vollzogen, der den Eltern nicht gelungen war. In den 1930er Jahren wanderten sie nach Palästina aus, und die Vermutung liegt nahe, dass der Vater sie mit der zionistischen Idee vertraut gemacht und später in ihren Plänen bestärkt hatte. Die Trennung von Eltern und Kindern war somit grundsätzlich positiv konnotiert und gewollt. In der Rückschau hatte sie tiefgreifende Konsequenzen: Im Unterschied zu Chaim Aron Kaplan und seiner Frau wurden die Kinder nicht zu Opfern des Holocaust, auch wenn diese Folge der Rückwanderung freilich zunächst nicht absehbar war. Erst während der Zeit der deutschen Besatzung Polens und der Vernichtung der Juden entfaltete sich die Tragweite der Entscheidung. Nach 1945 wurde dieser Zusammenhang zwischen aktivem Zionismus und dem Überleben des Holocaust

22 Jacek Surzyn, *Return to the Promised Land. The Birth and Philosophical Foundations of Zionism*, Berlin u. a. 2020.

23 Daniel Mahla, *Orthodox Judaism and the Politics of Religion. From Pre-War Europe to the State of Israel*, New York 2020.

zum Gegenstand erbitterter politischer Debatten, für welche Schicksale wie das Chaim Aron Kaplans und seiner Frau bzw. der beiden Kinder einen plastischen Hintergrund lieferten.

In der Strategie grundsätzlich ähnlich handelten diejenigen Juden, die bereits seit dem 19. Jahrhundert nach Westen in die deutschen Länder, vor allem aber in die Vereinigten Staaten von Amerika ausgewandert waren, wenngleich es hier zu keiner vergleichbaren ideellen Überhöhung kam. Gleich, ob die Trennung von der Familie zionistisch motiviert war oder aus der Not heraus erfolgte: Die Erfahrung, Familienmitglieder dauerhaft in weiter Ferne zu wissen, war bereits vor 1939 Teil des kollektiven jüdischen Bewusstseins. Die Entscheidung, auszuwandern und Herkunftsort und Familie hinter sich zu lassen, war in vielen Fällen strukturell bedingt. Hinzu kam phasenweise die Erfahrung direkter Gewalt, etwa in den antijüdischen Pogromen in den Gebieten der heutigen Ukraine, Weißrusslands und Polens in den Jahren 1918 bis 1921.²⁴ Gleichzeitig haben einige Beispiele in diesem Abschnitt gezeigt, dass die temporäre Trennung von der Familie sehr wohl mit Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu tun haben konnte. Letztlich entschied der sozioökonomische Status darüber, ob es zu Familientrennungen kam, ob sie eher selbstbestimmt oder als Reaktion auf äußeren Druck erfolgten und ob sie temporär oder auf Dauer angelegt waren.

Jüdinnen und Juden gestalteten vor 1939 ihre Lebenswelten in Korrelation mit ihrer jeweiligen Herkunft oder ihrer mehr oder weniger bewusst getroffenen Wahl eines Identitätsangebots ganz unterschiedlich. Sie hatten sehr verschiedene Vorstellungen von Familie, von Geschlechterrollen oder von der Ausgestaltung der Lebensalter sowie unterschiedliche Ideen, was Bildung, Beruf und Arbeit anging – wobei diese Vorstellungen und Ideen wiederum mit der wirtschaftlichen Situation zusammenhingen. Außerdem wählten sie verschiedene Parteien und räumten der Religion einen unterschiedlich hohen Stellenwert ein. Darüber hinaus waren diese Konzepte verknüpft mit unterschiedlichen Antworten auf fundamentale Fragen nach jüdischem Selbstverständnis bzw. nach dem Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zur Gesamtgesellschaft. Die grundlegende soziale und kulturelle Transformation, der die jüdische Bevölkerung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unterlag, führte nicht selten zu Konflikten entlang generationeller und geschlechterbezogener Linien innerhalb ein und derselben Familie. In diesem allgemeinen Kontext der Hetero-

24 Alina Cała, *Żyd – wróg odwieczny? Antysemityzm w Polsce i jego źródła*, Warschau 2012; Eva Reder, *Antijüdische Pogrome in Polen im 20. Jahrhundert. Gewaltausbrüche im Schatten der Staatsbildung 1918-1920 und 1945-1946*, Marburg 2019; Irina Astashkevich, *Gendered Violence. Jewish Women in the Pogroms of 1917 to 1921*, Boston, MA, 2018; Jeffrey Kopstein/Jason Wittenberg, *Intimate Violence. Anti-Jewish Pogroms on the Eve of the Holocaust*, Ithaca, NY, 2018.

genität und Diversität und bei aller gebotener Vorsicht vor implizit affirmativen Deutungsmustern ist festzuhalten, dass sich jüdische Identitätskonstruktionen in ihren vielfältigen Ausformungen stark auf »Familie« als Topos bezogen. Im Wechselspiel personeller und sozialer Einflüsse bildeten sich kollektive und individuelle jüdische Identitäten heraus, die im jeweiligen familiären Kontext einen Resonanzraum fanden. Die Zeitgenossen stellten den Zusammenhang zwischen einer sich stetig ausdifferenzierenden Sozialstruktur und der Entscheidung, diesen Resonanzraum zu verlassen, in vielen Fällen nicht explizit her. Sehr wohl reflektiert wurde jedoch die negative Einschätzung der eigenen Gegenwart. Im Verlauf der 1930er Jahre etwa übte der Zionismus auch auf assimilierte Jüdinnen und Juden eine immer größere Faszination aus. Prominentes Beispiel ist der Pädagoge Janusz Korczak, der vor dem Krieg zwei ausgedehnte Reisen nach Palästina unternahm. Grund hierfür war die Annahme, auch eine noch so große Anpassung an die nichtjüdische Mehrheitskultur könne wohl kein Garant für eine bessere Zukunft der jüdischen Bevölkerung sein. Ebenjene bessere Zukunft ließe sich, so die resignative Schlussfolgerung, nur an einem anderen Ort realisieren.

2. Familientrennungen in Krieg und Ghetto

Die Forschung zu den Ghettos wendet sich seit einiger Zeit alltags- und wahrnehmungsgeschichtlichen bzw. kulturwissenschaftlich inspirierten Fragen zu.²⁵ Praktiken des Familienlebens zählen ebenso dazu wie die Transformation von Rollenbildern im sozialen Nahbereich, die sich auf Geschlecht oder Alter beziehen.²⁶ Sie untersucht intakt gebliebene oder neu zusammengesetzte Familien bzw. familienähnliche Verbände und fragt, inwiefern diese als handfeste Vorteile bei der Versorgung mit Lebensmitteln oder angesichts drohender Deportationen zu deuten seien bzw. ob familiäre Bindungen sich nicht eher als hinderlich erwiesen. Ebenso geht es um Zerrüttungserscheinungen in den Familien und deren mentale Folgen. Diese Perspektiven werden mittlerweile miteinander verschränkt und als Ausdruck der in hohem Maße fremdbestimmten Lebenswelt in den Ghettos verstanden. Ghettobewohner und ihre Familien verfügten

25 Andrea Löw, *Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten*, Göttingen 2010; Imke Hansen/Katrin Steffen/Jochen Tauber (Hrsg.), *Lebenswelt Ghetto. Alltag und soziales Umfeld während der nationalsozialistischen Verfolgung*, Wiesbaden 2013; Andrea Löw/Doris L. Bergen/Anna Hájková (Hrsg.), *Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941-1945*, München 2013.

26 Judith Tydor Baumel-Schwartz, *Double Jeopardy. Gender and the Holocaust*, London/Portland, OR, 1998.

über gewisse Handlungsspielräume, konnten aber letzten Endes an den existentiell bedrohlichen Rahmenbedingungen nichts ändern, wie die Untersuchung von Wahrnehmung und Deutung der räumlichen, zeitlichen und materiellen Rahmenbedingungen aus der Perspektive der Opfer gezeigt hat.

Familientrennungen waren vom ersten Tag des Krieges an und während der gesamten Dauer der deutschen Besatzungsherrschaft weit verbreitet. Trotzdem scheinen sie in der Forschung oft nur als Teil der allgemeinen prekären Lebensbedingungen auf. Eher selten richtet sich der Blick explizit auf den Moment der Trennung und auf die Motivlagen der beteiligten Akteure. An dieser Stelle folgen zunächst einige grundsätzliche Beobachtungen, die sich auf den Grad an Autonomie beziehen, der bei Trennungen zum Tragen kam. Sodann geht es um den Unterschied von angenommener und tatsächlicher Dauer der Trennungen.

Bereits Isaiah Trunk ging in seiner 1962 erschienenen quellengesättigten und grundlegenden Studie über das Ghetto in Litzmannstadt auf das quantitativ sehr ungleiche Verhältnis von Männern und Frauen im Ghetto ein. Dass in den ersten Kriegsmonaten die Zwangsrekrutierung der polnischen Armee bzw. die Flucht vieler Männer nach Osten oft die Ursachen für dieses Ungleichgewicht waren, war Trunk allerdings nur einen kurzen Satz wert.²⁷ Auch wenn die Konstellationen, in denen es zu Trennungen kam, vielgestaltig und die Ursachen keineswegs allein auf Militärdienst oder Flucht beschränkt waren, zeichnen sich in dieser kurzen Bemerkung bereits unterschiedliche Grade von Autonomie ab. So kamen Familientrennungen zum einen als unmittelbare Folge äußeren Drucks zustande, in Trunks Diktion durch die Einziehung zum Militärdienst, einem Faktor, der freilich nur am Anfang des Krieges relevant war. Zum anderen waren sie das Ergebnis mehr oder weniger freiwilliger Entscheidungen, etwa aufgrund der Annahme, dass sich durch die Flucht in die (noch) nicht von den Deutschen besetzten östlichen Gebiete die individuellen Überlebenschancen erhöhen würden. Allerdings war eine solche Entscheidung ebenfalls eine Reaktion auf die strukturellen Umstände von Krieg und Besatzung und somit nur sehr bedingt autonom. Dass sich beide Aspekte nicht immer trennscharf voneinander abgrenzen lassen, zeigt die hohe Zahl derjenigen Männer, die im Herbst 1939 aus patriotischen Gründen bereitwillig dem Ruf folgten, eine zweite polnische Front zu bilden. Mit der Art und Weise, in der es zu Familientrennungen kam und in der sie abliefen, ist somit die Frage verbunden, welche Handlungsspielräume den Betroffenen offenstanden, wie sie die aktuelle Situation unter dem Brennglas des Trennungsmomentes wahrnahmen und

27 Isaiah Trunk/Robert Moses Shapiro, *Łódź Ghetto. A History*, Bloomington, IN, 2006, S. 289.

bewerteten und wie sie auf dieser Grundlage die weitere mittel- oder langfristige Entwicklung einschätzten.

Ein weiterer Aspekt, mit dessen Hilfe sich die so verschiedenen Szenarien weiter bündeln lassen, ist die zeitliche Dauer der Trennungen. Vor allem während der Kampfhandlungen im September 1939, die an den meisten Orten nur wenige Tage andauerten, führten die unübersichtlichen Verhältnisse oft dazu, dass fliehende Männer bereits nach kurzer Zeit wieder zu ihren Familien zurückkehrten. Auch nach deutschen Bombenangriffen kam es in einigen Fällen zu eher kurzen Trennungen. Zwar flohen Familienmitglieder oftmals in unterschiedliche Richtungen, wenn ihr Haus oder die Ortschaft, in der sie lebten, unter Beschuss standen. Doch mitunter vereinigten sich die Familien bereits nach wenigen Stunden wieder. Ebenso häufig allerdings starben Familienmitglieder bei den Bombardements. Der unumkehrbare und dauerhafte Verlust stellt in gewisser Weise die zeitliche Extremform von Trennung dar. Relativ kurze Trennungen und endgültiger Verlust markieren die Spanne, innerhalb derer sich die Trennungserfahrungen bewegten. Innerhalb dieses Zeitraums ist es kaum möglich, eindeutige Kategorisierungen vorzunehmen. So ergaben sich beispielsweise mittel- bis langfristige Trennungen, wenn die Flucht in den Osten gelungen war. Häufig jedoch weitete sich deren Dauer abhängig vom Kriegsverlauf, in vielen Fällen kam es nicht mehr zu einer Vereinigung. Eine Trennung, die auf ein Wiedersehen baute und somit als zeitlich begrenzt angelegt war, konnte in eine Verlusterfahrung übergehen. Eine klare Unterscheidung beider Phänomene ist oft nur *ex post* möglich, aber nicht, wenn es um die Wahrnehmungsebene der Zeitgenossen geht. Für diese war die Ungewissheit über das Schicksal des jeweils anderen das bestimmende Merkmal von Familientrennungen, verursacht durch die oftmals sehr schwierige Kommunikation bzw. die schlechte Informationslage. Freilich lässt sich dies auch anders deuten: Sofern der nötige minimale Handlungsspielraum gegeben war, wohnte einer Flucht oder dem Verstecken stets ein gewisses Maß an Hoffnung und Überlebenswillen inne.

Die Beteiligten schrieben in ihren Ego-Dokumenten über den Trennungsmoment selbst, über den Grad der Autonomie und über die angenommene oder tatsächliche Dauer einer Trennung. Hierbei zeigt sich, welche Funktion die Trennungen in einem weiter gefassten Verständnisprozess einnehmen konnten. Während der direkten Kampfhandlungen zu Beginn des Krieges hob oftmals die Kürze der Zeit, in der es zu Trennungen kam, die existentiellen Dimensionen des Geschehens in das Bewusstsein der Betroffenen. Ähnliches geschah in weiteren neuralgischen Momenten, etwa während der Abriegelung eines Ghettos oder wenn Familien bei Massendeportationen auseinandergerissen wurden.

Der junge chassidische Rabbiner Szymon Huberband aus Piotrków Trybunalski/Petrikau deutete den Bombenangriff auf seine Heimatstadt, durch den er innerhalb weniger Minuten seine Frau, seinen Sohn und seinen Schwiegervater verlor, nicht nur als persönliche Tragödie, sondern als Angriff auf den einen Gott und sein auserwähltes Volk.²⁸ Den Bericht über die Ereignisse in Piotrków, den er einige Monate später als Mitarbeiter in Emanuel Ringelblums Geheimarchiv Oyneg Shabes in Warschau schrieb, verfasste er entsprechend als Martyrologium.²⁹ Auf diese Weise nahm er zu einem sehr frühen Zeitpunkt einen wichtigen Deutungsstrang von Krieg und Holocaust vorweg. Die Religion lieferte Huberband eine Formvorlage für seinen Text und stellte ihm sprachliche Bilder zur Verfügung, die ihn in die Lage versetzten, das Erlebte überhaupt darzustellen. Sie war für ihn Deutungsressource und Sinnstiftungssystem zugleich. Die Analogien zu Hiobsbotschaft, Himmelsstrafe oder Höllenszenarien, derer sich Huberband in seinem Text bediente, waren, so schrecklich sie in der Gegenwart auch ausfielen, doch vertraute Kategorien aus einer Jahrtausende umfassenden Geschichte, in der immer wieder neue Katastrophen über das jüdische Volk hereingebrochen waren. Zumindest implizit schrieb Huberband die Ereignisse in diesen Kontext ein und verlieh ihnen dadurch einen gewissen Sinn. Indem er seinen persönlichen Verlust transzendierte, fand Huberband einen Weg, in Zukunft mit dieser traumatischen Erfahrung leben zu können. Gleichzeitig ging er über die persönliche Ebene hinaus und bot auch den potentiellen Lesern seines Berichtes eine Interpretation an, abgesehen von der dokumentarischen Funktion, die sein Text erfüllte. So betonte er die Reihe der jüdischen Feiertage, die mit dem Neujahrsfest am 14. September einsetzte und – ungeachtet der umwälzenden Ereignisse in Polen – auch im Jahr 1939 gefeiert wurde. Die Feiertage repräsentieren den Gang des auserwählten Gottesvolkes durch die Zeit, der sich in ihnen Jahr für Jahr immer wieder abbildet – selbst im Jahr des Kriegsbeginns. Der gelernte Journalist Huberband vermittelte dieses ganz der religiösen Perspektive entwachsene Verständnis der Ereignisse den Lesern seines Textes wortgewaltig und mit großer Überzeugungskraft.

Generell war der Tod von Angehörigen während der ersten Kriegstage eine zentrale Erfahrung, die jüdische und nichtjüdische Polen miteinander teilten. Ebenso kannte fast jede Familie jemanden, der sich in dieser Zeit zur

28 Szymon Huberband, *Die Kriegszeit-Erlebnisse eines jüdischen Zivilisten (März bis September 1939)*, Ring I./451 [Original jiddisch]; Shimon Huberband, *Kiddush Hashem. Jewish Religious and Cultural Life in Poland during the Holocaust*, Hoboken, NJ, 1987, S. 3-38.

29 Samuel D. Kassow, *Who Will Write Our History? Rediscovering a Hidden Archive from the Warsaw Ghetto*, London 2009, S. 165-169, 228 f.

Flucht entschieden hatte. Diese Entscheidung lässt darauf schließen, wie die Beteiligten die momentane Lage einschätzten. Sie glaubten, eine temporäre Trennung würde ausreichen, um das Überleben zu sichern. Kaum einer rechnete mit dem Ausmaß der Vernichtung durch die deutschen Besatzer. Auch wenn sich die Hoffnung auf ein Wiedersehen letztlich als trügerisch und die Trennungsoption als unzureichend erwiesen, zeichnet sich hier dennoch die Wahrnehmungs- und Deutungsebene vieler Jüdinnen und Juden ab. Etliche Autoren von Ego-Dokumenten machten Trennung durch Flucht zum Thema, so auch der spätere Warschauer Judenratsvorsitzende Adam Czerniaków, der am 14. September 1939 in sein Tagebuch schrieb: »Den Rucksack geschultert, machten sich verschiedene ins Ungewisse auf.«³⁰ Czerniaków hielt allerdings nicht fest, dass seine Familie unmittelbar betroffen war. Sein Sohn Jaś war Richtung Osten aufgebrochen und gelangte ins ukrainische Lemberg, wo er sich die nächsten Monate über aufhielt. Jaś Czerniaków hinterließ bei seinen Eltern eine emotionale Leerstelle, Adam Czerniaków und seine Frau Felicja (genannt Niunia) vermissten ihren Sohn und machten sich immer wieder große Sorgen um ihn. Die entsprechenden Einträge des Vaters fallen innerhalb des Tagebuchs, das über weite Strecken in einem knappen und schlichten Stil gehalten ist, als vergleichsweise gefühlsbetont und herzlich auf. Wenn ein Brief des Sohnes eintraf, vermerkte Czerniaków dies stets als positives Ereignis, das einem Tag besondere Bedeutung verlieh. So war etwa am 24. Dezember 1939 »einziger Lichtblick ein Brief von Jaś.«³¹

Adam Czerniaków war ein eifriger Leser, der sich trotz permanent großen Zeitdrucks regelmäßig einige Stunden für die Lektüre von Büchern nahm. Immer wieder verband er sowohl die allgemeine als auch seine individuelle Situation mit einzelnen Werken, die ihn besonders intensiv beschäftigten. So las er im Mai und Juni 1940 über mehrere Nächte hinweg Marcel Prousts Roman »Im Schatten der jungen Mädchen«. Bald brachte Czerniaków einen Aspekt des Buches in Verbindung mit seinem eigenen Leben, indem er notierte: »Ich denke an J[as]. Proust erzählt im »Schatten der jungen Mädchen« von der Liebe einer Tochter zu ihrem Vater, die ihn »seit immer« liebt.«³²

Wenige Tage bevor Adam Czerniaków mit der Lektüre des Proust-Romans begonnen hatte, mussten die Eltern den Geburtstag ihres Sohnes zum ersten Mal in dessen Abwesenheit begehen. Czerniaków notierte am 26. Mai 1940 lapidar: »J[as]’s Geburtstag ohne J[as].«³³ Am 1. Juni feierte seine Ehefrau

30 Adam Czerniaków, *Im Warschauer Getto 1939-1942*, München 1982, Eintrag vom 14.9.1939, S. 1.

31 Ebd., Eintrag vom 24.12.1939, S. 28.

32 Ebd., Eintrag vom 2.6.1940, S. 77.

33 Ebd., Eintrag vom 26.5.1940, S. 74.

ebenfalls Geburtstag, ein Ereignis, das Czerniaków wieder mit dem geflohenen Sohn in Verbindung brachte, wiederum ohne näher auf seine eigene emotionale Verfassung einzugehen: »Niunias Geburtstag. [...] Was denkt J[as] heute über uns?«³⁴ Ausgelöst durch die beiden Geburtstage waren Czerniakóws Gedanken an seinen Sohn in diesen Tagen wohl besonders intensiv. Allerdings bedurfte es eines literarischen Anstoßes, damit Czerniaków in seinem Tagebuch auch seinen Gefühlen Ausdruck verleihen konnte. Er bediente sich schließlich eines direkten Zitats, in dem er wahrscheinlich seine eigene Gefühlslage gespiegelt sah. Nur in den Worten Prousts erlaubte er sich, von der Liebe zwischen Vater und Kind zu sprechen. Die Praxis des stillen Lesens befähigte Czerniaków letztlich, Emotionen schriftlich in Worte zu fassen und sich auf diese Weise ihrer bewusst zu werden.

Jaś Czerniaków kehrte nicht mehr nach Warschau zurück, die Trennung war endgültig.³⁵ Wie nahe beieinander kürzere und langfristige, ja endgültige Trennungen liegen konnten, zeigt das Beispiel Rudolf Goldbarths und Heinrich Blaus. Deren Töchter Ruth Goldbarth und Edith Blau hatten sich im Sommer 1939 in Bydgoszcz/Bromberg kennengelernt. Für die Zeit von September bis Mitte Dezember 1939 berichtet das nur in Teilen erhaltene Tagebuch Edith Blaus über beide Familien und das Schicksal der Väter. Zunächst war die Abwesenheit Rudolf Goldbarths Dauerthema.³⁶ Goldbarth, ein gut situierter, kulturell deutsch sozialisierter Jude, von Beruf Zahnarzt, wurde in den Anfangstagen des Krieges von den deutschen Besatzern ohne genaue Angaben von Gründen verhaftet. Wie lange die Deutschen ihn festhalten würden, war nicht in Erfahrung zu bringen, auch die Kontaktaufnahme gestaltete sich schwierig. Am 27. September notierte Edith Blau jedoch, dass es Ruth gelungen war, dem Vater warme Kleidung zu senden, bis dahin der einzige Hoffnungsschimmer. Mitte Oktober, wahrscheinlich am 14., wurde schließlich auch Edith Blaus Vater Heinrich verhaftet, so dass sich die beiden Familien in einer ähnlichen Lage befanden, was die Bande zwischen den beiden Freundinnen weiter stärkte. Der Tagebucheintrag, in dem die Verhaftung geschildert wird, ist leider nicht erhalten. In der Folge zeigt sich jedoch, wie der Moment der Trennung für Edith Blau zum neuen zeitlichen Bezugspunkt wurde. Zunächst zählte sie die Tage, bald die Wochen, die seither vergangen waren:

34 Ebd., Eintrag vom 1.6.1940, S. 77.

35 Adam Czerniaków beging am 23.7.1942 in Warschau Selbstmord. Sein Sohn überlebte Krieg und Holocaust nicht.

36 Edith Brandon, *The Bydgoszcz Diary*, Eintrag vom 23.9. und 25.9.1939, ohne Ortsangabe, 1994 [erschienen im Selbstverlag], S. 69-72.

»Keine Neuigkeiten von Vater – morgen sind es vier Wochen – ich darf nicht daran denken. [...] Ich arbeite und beschäftige mich einige Stunden am Tag, während ich die Nacht fürchte, die lange unerträgliche Nacht voll furchtbarer Gedanken, die mich wachhalten. Ich habe oft solche Angst, mit Mama allein zurückzubleiben – Vati, wo bist du? Ich schreie schweigend unter meiner Decke – VATI, VATI – komm zurück – kannst du mich hören!??«³⁷

Schuldgefühle quälten Edith Blau, als sie sich entschied, Polen zu verlassen und ins Deutsche Reich nach Minden, zur Familie ihrer Mutter zu ziehen – ohne den Vater.³⁸ Am 5. November weitete sie die zeitliche Perspektive, als sie über einen Besuch Ruths schrieb, mit der sie über die Zukunft sprach, nur um resigniert zu schließen: »und wer weiß ob jemand von uns überhaupt eine hat?«³⁹ Die Verzweiflung über die Trennung von ihrem Vater verband sich mit einer Einschätzung der Lage, in der sie und ihre Freundin sich befanden. Auch wenn sicherlich keine umfassende Zeitdiagnose intendiert war, tritt hier ein weiteres Mal die Funktion zu Tage, die der Trennungserfahrung in Ego-Dokumenten oft zufiel: Sie zwang die Betroffenen, nach den Gründen für die eigene Situation zu fragen, und stand in den Texten häufig am Anfang von Passagen, in denen die Autoren zumindest versuchten, sich ein tieferes Verständnis der Gesamtsituation zu erschließen.

Am 12. Dezember 1939, also nach gut zwei Monaten, wurde Ruth Goldbarths Vater Rudolf aus der Haft entlassen und kam zu seiner Familie zurück,⁴⁰ Heinrich Blau hingegen blieb verschwunden; wahrscheinlich wurde er bereits zu Beginn seiner Haft von den Deutschen ermordet. Seine Frau und seine Tochter gingen tatsächlich nach Minden, von wo aus sie 1942 in das Ghetto von Riga deportiert wurden. Sie überlebten Krieg und Holocaust und wanderten nach 1945 nach Großbritannien aus.

Ruth Goldbarth und ihre Familie hingegen überlebten den Krieg nicht, sehr wahrscheinlich ermordeten die Besatzer sie 1942 in Treblinka. Für die Zeit von Dezember 1939 bis April 1942 sind es die über 100 Briefe Ruth Goldbarths, die Aufschluss über den weiteren Gang der Ereignisse liefern. Heinrich Blau wurde immer seltener in der Korrespondenz erwähnt, es scheint fast, als wollte die empathische Briefeschreiberin Ruth Goldbarth ihrer Freundin die schmerzhafteste Erinnerung an ihren Verlust ersparen. Sehr wohl jedoch schilderte sie die Lang-

37 Ebd., Eintrag vom 2.11.1939, S. 82.

38 Edith Blaus Mutter stammte ursprünglich aus Minden und war deutsche Staatsbürgerin. Dies ist eine mögliche Erklärung dafür, dass es Mutter und Tochter 1939 noch möglich war, nach Westfalen zu ziehen, eine Option, die den jüdischen Bewohnern der eroberten polnischen Gebiete ansonsten nicht offenstand.

39 Brandon, *The Bydgoszcz Diary* (Anm. 36), Eintrag vom 5.11.1939, S. 84f.

40 Ebd., Eintrag vom 12.12.1939, S. 89.

zeitfolgen der Haft, unter denen Rudolf Goldbarth offensichtlich litt, und die zu schwerwiegenden Zerrüttungserscheinungen in der Familie führten:

»Die Praxis geht ganz gut, aber es ist alles furchtbar unbequem und Vati bekommt mindestens drei Tobsuchtsanfälle täglich. Ich mache mir ernstliche Sorgen um ihn. Er ist furchtbar runter und sieht entsetzlich aus. Natürlich tyrannisiert er die ganze Familie, mit dem Erfolg, dass Mutti Herzanfälle bekommt, Dorli heult und ich die Nerven verliere. Ein himmlischer Zustand.«⁴¹

Selbstverständlich lassen sich diese Probleme nicht allein mit der Hafterfahrung des Vaters erklären. Im November 1941 hatten zwei Jahre Krieg, eines davon innerhalb des geschlossenen Warschauer Ghettos, ihr Übriges getan, um die familiäre Eintracht nachhaltig zu gefährden. Durchaus auffällig ist aber, dass sich vor allem der Charakter des Vaters grundlegend geändert hatte, wie Ruth Goldbarth immer wieder festhielt. Die traumatischen Monate zu Beginn des Krieges wurden wohl kaum in der Familie thematisiert, zumindest berichtete Goldbarth nicht davon, obwohl sie ansonsten in ihren Briefen sehr persönliche Details des Familienlebens mitteilte.

Die Trennungen der beiden Familien von den Vätern gingen auf den unmittelbaren äußeren Druck durch die deutschen Besatzer zurück und unterschieden sich somit von der bewusst getroffenen Entscheidung Jaś Czerniakóws, seine Eltern zu verlassen, um in die Ukraine zu fliehen. Was die Ungewissheit über Verlauf und Dauer der Trennung bzw. das letztendliche Ausbleiben eines Wiedersehens angeht, ähnelten sich die Fälle jedoch. Der Trennungsmoment diente als Bezugspunkt, der das Leben in eine Zeit mit und eine Zeit ohne den jeweils anderen unterteilte. Diese Erfahrung galt es mental und emotional zu bewältigen. Das Schreiben über die Trennung war Teil eines Reflexionsprozesses, mit dessen Hilfe die Beteiligten die Situation generell einschätzten.

In den bisher aufgeführten Beispielen ging es vor allem um die zeitnahe Erinnerung an die Trennung und die Verarbeitung des Getrennt-Seins durch diejenigen, die zurückgeblieben waren. Doch wie lief der Moment der Trennung selbst ab? Dawid Sierakowiak gibt in seinem Tagebucheintrag vom 5. September 1942 einen bedrückenden Einblick in die Trennung von seiner Mutter Sura. Vom 5. bis 12. September 1942 deportierten die deutschen Besatzer Tausende Bewohner des Ghettos in Litzmannstadt in das Vernichtungslager Kulmhof (Chełmno) und brachten sie dort um. Da die jüdische Selbstverwaltung auf deutschen Befehl während dieser Tage im ganzen Ghetto eine Ausgangssperre

41 United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), Edith Brandon Collection, RG-10.250*04, Doc. 100, Postkarte Ruth Goldbarths an Edith Blau vom 23.11.1941.

verhängte, wurde diese Vernichtungsaktion bereits von den Zeitgenossen als »Gehsperre« oder »Sperre« bezeichnet. Sura Sierakowiak, kaum in der Lage, sich auf den Beinen zu halten, geschweige denn, harte körperliche Arbeit zu verrichten, bestand nicht die medizinische Examinierung durch zwei Ärzte, die den deutschen Vorgaben entsprechend »arbeitsunfähige« Menschen für die Deportationen auswählten.⁴² Bereits am 3. September verbreiteten sich Gerüchte über die bevorstehende Aktion, die sich am Folgetag bestätigten. Doch fast scheint es, als habe Dawid Sierakowiak nicht damit gerechnet, dass seine Mutter deportiert werden könnte, obwohl er sich über ihren Zustand sicherlich im Klaren war. Sein Schreck war jedenfalls ebenso groß wie seine Trauer über den Verlust: »Meine allerheiligste, geliebte, gequälte, gesegnete MUTTER ist der blutrünstigen Bestie des germanischen Hitlerismus zum Opfer gefallen!!!«, leitete er seine Niederschrift vom 5. September 1942 ein.⁴³ Für Sura Sierakowiak hatte es keinerlei Möglichkeit gegeben, im letzten Moment doch noch zu entkommen. In einer dramatischen Aufwallung der Gefühle warf Dawid Sierakowiak seinem Vater und seiner Schwester vor, der Mutter Essen gestohlen und so ihre physische Schwäche mit verursacht zu haben. Wahrscheinlich bezog er sich auf die vielen Male, die seine Mutter ihre Lebensmittelrationen mit der Tochter geteilt hatte, und deutete diesen Vorgang zuungunsten der Schwester um. Die Mutter gab ihrem Sohn in der Sache recht und widersprach nicht, als er zu ihr sagte, sie habe »ihr Leben hingegeben, indem sie Lebensmittel borgte und abgab.«⁴⁴ Allerdings machte sie deutlich, dass sie ihr Verhalten nicht bereue, sondern ihre Handlungen im Einklang mit höheren Werten wie Gott und Familie gestanden hätten. Sehr ausführlich beschrieb Dawid Sierakowiak die Minuten, in der sich seine Mutter von ihrer Familie verabschiedete:

»Sie küsste jeden von uns zum Abschied, griff nach der Tasche mit ihrem Brot und den paar Kartoffeln, die ich sie mitzunehmen zwang, und ging rasch ihrem so schrecklichen Schicksal entgegen. Ich brachte nicht die Willenskraft auf, ihr aus dem Fenster nachzusehen oder in Tränen auszubrechen. Wie versteinert saß ich da, ging und sprach ich. Wieder und wieder packten mich nervöse Krämpfe an Herz, Hand, Mund und Kehle, so dass ich glaubte, mir zerspringe das Herz. Doch es zersprang nicht, nein, es gestatte mir zu essen, zu denken, zu reden und mich schlafen zu legen.«⁴⁵

42 Sierakowiak, Diary (Anm. 19), Eintrag vom 5.9.1942, S. 221-226.

43 Dawid Sierakowiak, Das Ghettotagebuch des Dawid Sierakowiak. Aufzeichnungen eines Siebzehnjährigen 1941/1942, Leipzig 1993, S. 172.

44 Ebd. S. 175.

45 Sierakowiak, Diary (Anm. 19), S. 220.

Der Eintrag, dessen emotionaler Gehalt sich dem Leser unmittelbar mitteilt, zählt zu den umfangreichsten in den fünf erhaltenen Heften Dawid Sierakowiaks. Er war bereits ein erster Schritt, den Verlust zu verarbeiten. Mit der ausführlichen Schilderung legte Sierakowiak den Grundstein für eine intensive Erinnerung. Noch in der Schilderung der Abschiedsszene kamen Praktiken des familiären Zusammenhalts zum Ausdruck. Die Küsse der Mutter für die übrigen Familienmitglieder symbolisierten ebenso Zuneigung wie die wenigen Lebensmittel, die sie von ihrem Sohn Dawid erhielt. Beides, Küsse und Verpflegung, waren typische Abschiedsgesten, die der endgültige Charakter der Deportationen emotional um ein Vielfaches verstärkte. Gleichzeitig dienten sie innerhalb des Eintrags dazu, den Kontrast zu verdeutlichen, in dem diese Praktiken aus Dawid Sierakowiaks Sicht zum Verhalten des Vaters standen. Es verstörte den Sohn, dass der Vater vermeintlich ruhig die Suppe auslöffelte, die noch auf dem Tisch stand, und sich den Zucker aus der Tasche der Mutter holte. Er schloss aus diesen äußeren Handlungen auf die inneren Empfindungen des Vaters, der, so die Unterstellung, sogar froh darüber war, nicht mehr mit seiner Frau zusammenleben zu müssen. Dawid Sierakowiak war angesichts des Verlusts der Mutter nicht mehr in der Lage, rational zu denken. Seine Wahrnehmung folgte nur noch emotionalen Mustern, innerhalb derer der Vater eine Chiffre für den Zerfall der Familie war. Ein Stück weit war die Wut auf den Vater eine Möglichkeit, die eigene Verzweiflung zu kanalisieren. Der eigentlichen Ursache der Ereignisse ließ sich auf diese Weise freilich nicht beikommen. Trotz all der existentiellen Probleme und Belastungen war Dawid Sierakowiaks Familie bislang zusammengeblieben. Auch wenn die Zerrüttung innerhalb der Familie zweifelsohne stark zugenommen hatte, zeigte sich bis kurz vor der Deportation der Mutter zumindest punktuell die Bereitschaft zu innerfamiliärer Solidarität. Den äußeren Zerfall der Familie hatten nicht die Lebensbedingungen im Ghetto, sondern die Vernichtungsaktionen der Deutschen verursacht.

Nach drei Jahren des Krieges und antijüdischer Vernichtungspolitik der Deutschen war wohl allen Beteiligten klar, dass die Deportation der Mutter einem endgültigen Abschied ohne Hoffnung auf ein Wiedersehen gleichkam – anders als noch zu Beginn des Krieges, als sich die Menschen an ebenjene Hoffnung klammerten. In anderen Trennungskonstellationen führte die zunehmende Dauer des Krieges ebenfalls zur wachsenden Erkenntnis, dass die Aussicht auf eine Vereinigung mit den restlichen Familienmitgliedern schwand. Auch wenn gesicherte Informationen über deren Verbleib fehlten, war es zunehmend unwahrscheinlich geworden, Krankheit und Hunger, Verfolgung und Ermordung zu überleben.

Wie sich diese Einsicht schließlich entfaltete, lässt sich anhand des ausführlichen Tagebucheintrags eines Mädchens aus dem Ghetto in Litzmannstadt

nachvollziehen. Die 15-jährige Rywka Lipszyc, die aus angesehenem chassidischem Hause stammte, reflektierte am 28. Februar 1944 über ihre Alltagserfahrungen.⁴⁶ Sie verband dies mit der Erinnerung an ihre Eltern, insbesondere an ihre Mutter, die vor 1942 unter den Bedingungen des Ghettos gestorben waren. Ebenso dachte sie an Abramek und Tamara, zwei ihrer insgesamt drei Geschwister, die 1942 mit unbekanntem Ziel deportiert worden waren. Bislang hatte sich Lipszyc jedoch nicht eingestanden, dass sie wohl auch ihre beiden Geschwister nicht mehr wiedersehen würde, in den vorherigen Tagebucheinträgen rechnete sie durchaus noch mit einer Vereinigung nach dem Krieg. In besagter Notiz bezog sich das Mädchen auf diese Zukunft und vermutete, durch ihre Arbeit im Kleider- und Wäscheressort des Ghettos erschließe sich ihr eine Zukunftsperspektive. Sie erinnerte sich an Zukunftsvorstellungen vergangener Tage, in denen sie sich im Kreis ihrer Familie, später in einer Wohngemeinschaft mit ihrer Schwester Cipka gesehen hatte, die mit ihr bei zwei älteren Cousinen lebte. Sie schrieb, sie trage in diesen »Träumen« mit ihren Näharbeiten wesentlich zum Unterhalt bei. Es wird deutlich, wie sehr sich Rywka Lipszyc wünschte, gebraucht und anerkannt zu werden, und wie wichtig es ihr war, sich stark und unabhängig fühlen zu können. Es gelang ihr, eine kraftvolle Zukunftsvision zu entwerfen, was angesichts der katastrophalen Gesamtsituation im Ghetto eine bemerkenswerte mentale Leistung war. Darüber hinaus war Lipszyc in der Lage, bestimmte Elemente ihrer Gegenwart auf diese Zukunftsvision zu beziehen. So trug sie dem realen Verlust des Großteils ihrer Familie in der imaginierten Zukunft schließlich Rechnung, indem sie erstaunlich nüchtern feststellte, es sei »heute viel wahrscheinlicher, dass ich mit Cipka zusammenwohne«, neben ihr selbst die einzige Familienangehörige, von der sie mit Sicherheit wusste, dass sie noch am Leben war.⁴⁷ Lipszyc passte also ihre Zukunftsvorstellungen an die Realität der Gegenwart an.

Im zweiten Teil des Eintrags verweilte sie bei der Erinnerung an ihre Mutter, und wie schon etliche Male zuvor plagte sie ein schlechtes Gewissen wegen vermeintlichen Fehlverhaltens in der Kindheit. Abschließend wagte sie einen weiteren Blick in die Zukunft, wenngleich nur in Form einer Frage: »Ach, werde auch ich einmal Mutter sein?«⁴⁸ Sie folgte der Logik des ersten Abschnittes, indem sie eine Verbindung zwischen diesem Ausblick und ihrer Gegenwart herstellte und bemerkte, sie fühle sich wie eine Mutter für ihre Geschwister. In diesem Tagebucheintrag manifestieren sich die Zeitbezüge zu Vergangenheit und Zukunft in der Erinnerung an die Mutter bzw. in der Vorstellung vom Zu-

46 Rywka Lipszyc, *Das Tagebuch der Rywka Lipszyc*, Berlin 2015, Eintrag vom 28.2.1944, S. 150.

47 Ebd., S. 151.

48 Ebd.

sammenleben mit der Schwester. Die Momente der Trennung von Eltern und Geschwistern, wenngleich nicht explizit erwähnt, bilden auch hier die Zeitachse, auf die sich die Trauer um eine bessere Vergangenheit und die vorsichtig zuversichtliche Zukunftshoffnung beziehen. Rywka Lipszyc' Spur lässt sich nach der Befreiung des Ghettos durch die Rote Armee im Herbst 1944 noch einige Monate bis in die Nähe von Hannover verfolgen, verliert sich dann aber. Ihr Tagebuch gelangte erst Jahrzehnte später an das Licht der Öffentlichkeit und wurde in mehreren Übersetzungen ediert.

3. Schluss

Die Familie war und ist Teil eines Wertesystems, das bestimmte gesellschaftliche Funktionen erfüllt und Erwartungen impliziert, etwa was Reproduktion oder Fürsorge für Kinder, Kranke und Alte angeht. Die Erfahrung von Krieg und Ghetto transformierte viele dieser Normen. Ghettobewohner nahmen bereitwillig Kinder von Deportierten auf oder verbanden sich mit deren hinterbliebenen Partnern, so dass aus Trennungen neue Familien oder familienähnliche Verbände entstanden.⁴⁹ Nicht selten verkehrten sich Normen in ihr völliges Gegenteil. So trennten sich Familien in etlichen Fällen gerade mit der Absicht, das Überleben ihrer Kinder und somit implizit das Weiterleben der Familie zu ermöglichen bzw. die Chance auf eine Wiedervereinigung nach dem Krieg zu erhöhen.

Wie der vorliegende Beitrag zeigen konnte, thematisierten Jüdinnen und Juden in ihren Ego-Dokumenten die Handlungsspielräume derjenigen, die sich trennten oder trennen mussten, sowie die intendierte und tatsächliche Dauer von Trennungen. Der Moment der Trennung selbst, die Erinnerung an diesen Moment und das Bedürfnis, Verlusterfahrungen zu verarbeiten, führte in vielen Fällen zu tieferen Einsichten in die Ursachen von Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch die Deutschen. Der Verlust vertrauter Bezugspersonen machte es notwendig, soziale Praktiken der Nähe und der Distanz neu zu gestalten. Darüber hinaus gab das Erinnern an die bessere Vergangenheit und das Hoffen auf eine bessere Zukunft den Menschen ein Mittel an die Hand, die eigene Gegenwart besser einschätzen zu können. Auf diese Weise ließ sich zeigen, dass bezogen auf die Metaebene der Texte durchaus Verallgemeinerungen möglich sind.⁵⁰

49 Natalia Aleksiu, *Uneasy Bonds. On Jews in Hiding and the Making of Surrogate Families*, in: Adler/Čapková (Hrsg.), *Jewish and Romani Families* (Anm. 10), S. 85-99.

50 Vgl. Ofer, *Family Life* (Anm. 10), S. 83 f.

Vor dem Krieg waren die Lebenswelten der heterogenen jüdischen Bevölkerung von der jeweiligen sozio-ökonomischen Position, von Alter oder Geschlecht geprägt. Verknüpft waren diese Faktoren mit den sehr grundlegenden Fragen nach jüdischem Selbstverständnis und jüdischer Identität. Auch unter den Bedingungen von Krieg, Besatzung und Ghetto verloren diese Aspekte nichts an Dringlichkeit, sondern spitzten sich im Gegenteil existentiell zu. Insbesondere das Verstecken jüdischer Kinder bei nichtjüdischen Familien geschah oftmals um den Preis der (Selbst-)Aufgabe des Jüdisch-Seins. Dieses Grunddilemma thematisierten während und nach dem Krieg viele literarische Texte, auch im eingangs zitierten Lied »Dos elnte Kind« klingt es an. Chana Kheytn-Vinsteyns Lied »A Yidish Kind«, das während des Krieges im Ghetto des litauischen Šiauliai entstand und 1946 auf Veranlassung der Jüdischen Historischen Kommission in München aufgenommen wurde, handelt explizit davon.⁵¹ Der Text beginnt mit einer an und für sich alltäglichen Szene. Aus dem Fenster eines Zimmers schauen Kinder heraus, die meisten von ihnen sind blond. Eines der Kinder jedoch hat schwarzes Lockenhaar und andersartig wirkende Gesichtszüge, unterscheidet sich äußerlich also vom Rest der Kinderschar. Diese Unterschiede erklären sich folgendermaßen: Die leibliche Mutter dieses Kindes, eine Jüdin, hatte ihren Sohn eines Nachts bei einer christlichen Familie versteckt. Eindringlich erklärt sie die Situation:

»Von heute an gehörst du hierher, / Denke an das letzte Wort deiner Mutter. / Ich lasse dich hier, / Weil deinem Leben Gefahr droht, / Spiel schön mit den Kindern. / Still und gehorsam sollst du sein, / Kein Wort, kein Lied auf Jiddisch, / Du bist jetzt kein Jude mehr.«

Der Sohn versteht, was geschieht, und wehrt sich: »Das Kind schreit nur: Nein, nein, nein, / Ich will nicht bleiben dort allein.«⁵² Trotz allem lässt die Mutter ihren Sohn zurück, entschuldigt sich bei ihm (»ich konnte nicht anders«) und empfiehlt ihn der Obhut Gottes an. In den letzten zwei Strophen beschreibt Kheytn-Vinsteyn die Gefühlswelt der beiden, die nun dauerhaft voneinander getrennt sind. Der Junge scheint in der neuen Umgebung apathisch, er redet wenig und lacht kaum. Seinen neuen nichtjüdischen Namen Vasilko empfindet er als emotionale Belastung. Die Mutter wiederum spricht ebenfalls wenig und behält für sich, was mit ihrem Sohn geschehen ist. »Elend und einsam« fühlt sie sich, weil sie ihr einziges Kind verloren hat.

51 Chana Kheytn-Vinsteyn, A Yidish Kind, in: Kaczerginski/Gelbart (Hrsg.), Lider fun die getos und lagern (Anm. 2), Text S. 95, Noten S. 386.

52 <https://www.yadvashem.org/yv/de/exhibitions/music/jewish-child.asp> [4.1.2022].

Das Lied verweist auf die tiefgreifenden emotionalen und mentalen Folgen einer Trennung. Über die individuelle Ebene hinaus berührt es die Frage nach jüdischer Herkunft und Identität, die das Kind nach der Trennung verleugnen muss, um zu überleben. Auf diese Weise rückt die Dichterin Kheytn-Vinsteyn eine Grundsatzfrage ins Zentrum der Betrachtung, mit der Jüdinnen und Juden während des Zweiten Weltkrieges konfrontiert waren: Wann waren sie verpflichtet, ihre jüdische Identität unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen, und wann durften, ja mussten sie diese Identität um des nackten Überlebens willen aufgeben? Die Antwort der religiösen Gebote war eindeutig: Wenn erkennbar war, dass feindliche Angriffe darauf zielten, das jüdische Volk als Ganzes zu vernichten, durften Grundelemente der Religion preisgegeben werden. Das Leben eines Juden oder einer Jüdin zählte in dieser Extremsituation mehr als Religion und kollektive Identität. Eine biblische Analogie in der letzten Strophe des Liedes von Kheytn-Vinsteyn verdeutlicht, dass die Zeitgenossen das Ausmaß des Geschehens, das eine solche Aufgabe des Jüdisch-Seins erlaubte, erkannten. Die Autorin vergleicht die Mutter mit der Mutter Mose, die ihren Sohn vor Verfolgung rettete, indem sie ihn in einem Binsenkörbchen auf dem Nil aussetzte. So schreibt Kheytn-Vinsteyn die Erfahrung von Verfolgung und Vernichtung unter deutscher Besatzungsherrschaft einmal mehr in die Heils- und Katastrophengeschichte des jüdischen Volkes ein und weist ihr gleichzeitig biblische Dimensionen zu. Der Liedtext macht nachvollziehbar, wie die Trennungserfahrung ein solches Verständnis der Gegenwart evozierte.

Schließlich impliziert die Analogie auch eine Zukunftsperspektive. So wie die Rettung Mose die Befreiung des jüdischen Volkes aus ägyptischer Sklaverei ermöglichte, trennten sich Mutter und Kind aus dem litauischen Šiauliai in der Hoffnung, Krieg, Ghetto und Vernichtung zu überleben. Der großen Mehrzahl der Jüdinnen und Juden gelang dies bekanntlich nicht, der Holocaust bedeutete das Ende jüdischer Kultur und jüdischen Lebens in Ostmittel- und Osteuropa. Doch die Überlebenden sprachen nach 1945 den Familien, die sie neu gründeten, eine besondere Bedeutung zu. So schrieb Esther Burstein in ihrem Kommentar zur Edition des Tagebuchs ihrer Cousine Rywka Lipszyc im Jahr 2014: »Unsere große Rache besteht darin, dass wir überlebt haben – denen, die uns vernichten wollten, zum Trotz. Wir haben eine große Familie, einen Stamm in der Herrlichkeit Israels.«⁵³

53 Esther Burstein, *Eine Begegnung mit der Vergangenheit*, in: Lipszyc, *Tagebuch* (Anm. 46), S. 202-206, hier S. 206.

Yuliya von Saal

FAMILIÄRE GEMEINSCHAFTEN

Kriegsbedingte Familientrennungen und Neukonfigurationen
in der UdSSR

Der deutsche Angriff am 22. Juni 1942 auf die Sowjetunion und der damit entfachte Vernichtungskrieg, dem insgesamt 26 Millionen Sowjetbürger, davon 15 Millionen Zivilisten, zum Opfer fielen, ragt in seiner zerstörerischen Dimension in der modernen Menschheitsgeschichte besonders hervor. Der Krieg brachte nicht nur ungeheure Verluste an Menschenleben, sondern er führte auch zu dramatischen Veränderungen in der Gesellschaft. Dabei waren es vor allem Familien, durch Kriegshandlungen getrennt und zerrüttet, die einem tiefen Wandel unterlagen. Allein wegen der unionsweiten millionenfachen Mobilisierung von Männern als Angehörige der Roten Armee gab es gleich nach dem Angriff NS-Deutschlands auf die Sowjetunion kaum noch vollständige Familien.¹ Besonders evident und ubiquitär war das Phänomen der temporären oder sogar endgültigen Vaterlosigkeit. »Krieg, das ist, wenn Papa fort ist«, fasste Ženja Belkewič aus der Belarussischen SSR ihre Erinnerung an diese Zeit zusammen.² Auch Frauen wurden unmittelbar ins Kriegsgeschehen einbezogen: im Sanitätswesen, im rückwärtigen Dienst oder als Kombattantinnen.³ Zu Familientrennungen kam es in der gesamten Sowjetunion. Besonders dramatisch waren sie aber auf dem Kriegsschauplatz. Familien wurden dort durch Evakuierung, Flucht, Deportation, bewusste Trennung oder Kampfhandlungen brutal auseinandergerissen oder gar aufgelöst. Damit unterlag Familie als Wirtschafts-

1 Zwischen 1939 und 1945 waren insgesamt mehr als 30 Millionen Menschen für die Rote Armee mobilisiert. Catherine Merridale, *Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939-1945*, Frankfurt a. M. 2006.

2 Swetlana Alexijewitsch, *Die letzten Zeugen. Kinder im Zweiten Weltkrieg*, Bonn 2015, S. 12.

3 Roger D. Markwick, »The Motherland Calls«: Soviet Women in the Great Patriotic War, 1941-1945, in: Melanie Ilić (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Women and Gender in Twentieth Century Russia and the Soviet Union*, London 2018, S. 217-232; Peter Jahn (Hrsg.), *Mascha + Nina + Katjuscha. Frauen in der Roten Armee 1941-1945*, Berlin-Karlshorst 2002, hier v. a. Beate Fieseler, *Der Krieg der Frauen. Die ungeschriebene Geschichte*, S. 11-20. Die neuere Forschung geht von ca. einer Million Frauen aus, die in Uniform am Krieg teilnahmen.

Rechts- und Emotionsgemeinschaft sowie als soziale gesellschaftliche Einheit einer enormen und langanhaltenden Deformation.

In der Sowjetunion hatte allerdings nicht erst der Überfall der Wehrmacht die Zerrüttung vieler Familien zur Folge. Vielmehr hatten frührevolutionäre Liberalisierungsexperimente, die darauf zielten, Familie und »bürgerliche Ehe« abzuschaffen,⁴ der Bürgerkrieg, Hunger, Zwangskollektivierung und Repressalien bereits viel früher dazu geführt, in der stalinistischen sowjetischen Gesellschaft die Institution der Familie zu unterminieren.⁵ Die Liberalisierung der Eheverhältnisse hatte z. B. zur Folge, dass zahlreiche Männer ihre Frauen und Kinder verließen. Die Scheidungsrate gehörte in den 1930er Jahren zu den höchsten der Welt. Fitzpatrick spricht in ihrer Studie von einer »Scheidungsepidemie« und von »davon laufenden Ehemännern«.⁶ Das stalinistische Gesellschaftsmodell, in dem die Sowjetunion als eine große kollektive Familie konstruiert und die Emanzipation der weiblichen Bevölkerung für gegeben erklärt wurde,⁷ stand im Kontrast zur gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der Ehen spontan geschlossen und wieder geschieden wurden, Frauen die Hauptlast der Hausarbeit und Betreuung von Kindern übernahmen und Millionen von aufsichtslosen Kindern verwaahlerten (*besprizornye* bzw. *beznadzornye deti*). Hinzu kamen »die Waisen des Jahres 1937«.⁸

- 4 Gemeint ist das Dekret vom Dezember 1917, das die Zivilehe als einzig gültige Ehe definierte, nichteheliche Gemeinschaften legalisierte und außereheliche Kinder und Partner den ehelichen gleichstellte. Hinzu kamen die Erleichterung von Scheidungen und die Legalisierung der Abtreibung. Eine federführende Visionärin und Fürsprecherin einer solchen gesellschaftlichen Umgestaltung in den ersten Jahren nach der Revolution war Alexandra Kollontaj (1872-1952). Vgl. Wendy Z. Goldman, *Women, the State and Revolution: Soviet Family Policy and Social Life, 1917-1936*, Cambridge 1993, Kap. 1.
- 5 Orlando Figes, *Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland*, Berlin 2008; Sheila Fitzpatrick, *Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s*, Oxford 1999, Kap. 6.
- 6 Zahlreiche Frauen wandten sich sogar mit der Bitte an die Partei, ihre Ehegatten zurückzuholen bzw. sie zur Zahlung der Alimente für die Kinder zu bewegen. Von den Männern wurde spiegelbildlich die weibliche Promiskuität angeprangert. Dazu: Fitzpatrick, *Everyday Stalinism* (Anm. 5); dies., *Signals from Below: Soviet Letters of Denunciation of the 1930s*, in: *The Journal of Modern History* 68 (1996), 4, S. 831-866; A. von Bunge, *Die Ehe und die Lage der Frau*, in: Ivan Il'in (Hrsg.), *Welt vor dem Abgrund. Politik, Wirtschaft und Kultur im kommunistischen Staate nach authentischen Quellen*, Berlin 1931, S. 459-471.
- 7 Klaus Gestwa, *Social und Soul Engineering unter Stalin und Chruschtschow, 1928-1964*, in: Thomas Etzemüller (Hrsg.), *Die Ordnung der Moderne*, Bielefeld 2009, S. 241-277; Katerina Klark, *Stalinskij mif o »velikoj semje«*, in: Hans Günter/Evgenij Dobrenko (Hrsg.), *Socrealističeskij kanon*, St. Petersburg 2000, S. 785-796.
- 8 Ein Ausdruck für Kinder, deren Eltern Opfer der stalinistischen Säuberungen von 1937 wurden. Autobiografisch: Elena Bonner, *Mütter und Töchter. Erinnerungen an meine Jugend in Moskau 1921-1945*, München 1992. Zum Phänomen der verwaahlerten

Ungeachtet dieser sozialen Auflösungserscheinungen fiel die Familie als gesellschaftliche Kerneinheit jedoch nicht auseinander. Sheila Fitzpatrick zufolge erfüllte die Familie trotz fortbestehender sozialer Verwerfungen die Funktion eines Stabilitätsfaktors im stalinistischen System.⁹ Vor allem auf dem Land blieb die Großfamilie als traditionelle Lebensform normativer Bezugspunkt. Auch wenn die Bolschewiki den Stellenwert der Familie in einem idealtypischen sozialistischen System schwinden sahen und die kollektive institutionelle Erziehung der privaten vorzogen, behielt die Familie ihre gesellschaftliche Kernfunktion als Sozialisations- und Fürsorgeeinheit bei.¹⁰ Mit der neuen sowjetischen Verfassung von 1936 und einer Reihe von Erlassen, welche die Institution Familie wieder zweckmäßig stärken sollten, kehrte auch der stalinistische Staat zu traditionellen Werten zurück.¹¹ Im Mittelpunkt der neuen Bestimmungen standen nun das Erschweren der Scheidung und die Aufhebung der »faktischen« Ehe, die Betonung der erzieherischen Aufgaben der Eltern, ein Abtreibungsverbot und die Einführung von Staatshilfen, Maßnahmen zur Förderung der Mutterschaft sowie Strafen gegen Väter, die Alimente nicht bezahlten. Die »freie Liebe« wurde von der Zeitung »Pravda« für »durch und durch bürgerlich« und eine Frau ohne Kinder als bemitleidenswert erklärt. Die noch in den 1920er

Kinder, deren Zahl allein in Russland in der ersten Hälfte der 1920er Jahre auf fünf bis sieben Millionen anstieg, siehe: Hildegard Kochanek, Russlands verwahrloste Kinder in den 1920er Jahren, in: Dittmar Dahlmann (Hrsg.), *Kinder und Jugendliche in Krieg und Revolution. Vom Dreißigjährigen Krieg bis zu den Kindersoldaten Afrikas*, Paderborn u. a. 2000, S. 93-121; Alan M. Ball, *And Now My Soul Is Hardened: Abandoned Children in Soviet Russia, 1918-1930*, Berkeley, CA, 1994.

- 9 Fitzpatrick kommt auf der Grundlage der Anfang der 1950er Jahre mit sowjetischen Flüchtlingen durchgeführten Interviews des Harvard-Projekts zu dieser Schlussfolgerung. Robert M. Thurston, *The Soviet Family during the Great Terror, 1935-1941*, in: *Soviet Studies* 43 (1991), 3, S. 553-574. Klaus Gestwa widerspricht in seinem Aufsatz indirekt Fitzpatricks Befund, indem er die atomisierte Gesellschaft und die Zerstörungen des sozialen und familiären Zusammenhalts in der Sowjetunion der Stalinzeit bilanziert. Gestwa, *Social and Soul Engineering* (Anm. 7).
- 10 Dass die Familie keineswegs an Bedeutung verlor, wird von mehreren Studien bestätigt. Wie Elizabeth White zu Recht bemerkt, ergibt sich der Fehlschluss über die marginale Stellung der Familie und die Dominanz der kollektiven Erziehung auch aus dem Ungleichgewicht der Quellen. Das Gegenteil sei der Fall: Die meisten Kinder seien in einer familiären, wenn auch weiblich dominierten Gemeinschaft aufgewachsen. Auch wenn das Verhältnis zwischen Staat und Familie auf lange Sicht ambivalent geblieben sei, so habe doch keine Vergesellschaftung der Familie oder gar deren Auflösung stattgefunden. In der späteren Sowjetunion sei die Familie sogar zum Rückzugsraum ins Private geworden. Elizabeth White, *A Modern History of Russian Childhood. From the Late Imperial Period to the Collapse of the Soviet Union*, London 2020, S. 78; Paul Ginsborg, *Geführte Familie. Das Private in Revolution und Diktatur 1900-1950*, Hamburg 2014; Ludwig Liegle, *Familienerziehung und sozialer Wandel in der Sowjetunion*, Berlin 1990.
- 11 Ausführlich bei Goldman, *Women* (Anm. 4), S. 331-336.

Jahren propagierten Thesen vom Aussterben der Familie im Kommunismus wurden nun offiziell widerrufen und Frauen hauptberuflich zu Müttern und Hausfrauen erklärt. Die ideologische Wiederbelebung der Familie und die, in Anbetracht des Elends gerade von Kindern, zynische Lancierung des Mythos von der »glücklichen sowjetischen Kindheit« trugen jedoch viele Widersprüche in sich. Die Familie blieb weiterhin dem Primat des Kollektivs untergeordnet, die Erwerbstätigkeit und damit die Belastung von Frauen stieg in den 1930er Jahren sogar an, während eine neue stalinistische Terrorwelle erneut eine Vielzahl von Familien auseinanderriss.

Der Krieg, mit dem NS-Deutschland die Sowjetunion ab 1941 überzog, wurde somit in eine Gesellschaft hineingetragen, in der sich Familien als kleinste soziale Einheit hinsichtlich ihrer sozialpolitischen Funktionen und inneren Strukturen in einem Umbruchprozess befanden. Die Kriegshandlungen und die deutsche Besatzung der westlichen Gebiete führten darüber hinaus zu einer extrem gewaltsamen, abrupten und oft totalen Auflösung familiärer Strukturen, deren »Kollateralschäden« noch Jahre später zu spüren waren. Zu Letzteren zählten u. a. Millionen alleinerziehende Mütter, viele uneheliche Gemeinschaften sowie verwaiste und verwahrloste Kinder. Mit dem Familiengesetz vom Juni 1944 suchte Stalin die »Mutterschaft« und die Familie als Keimzelle der Gesellschaft erneut aufzuwerten bzw. rechtlich zu stärken. Zu den Neuerungen gehörte, dass Scheidungen erschwert, Abtreibungen noch schärfer unter Strafe gestellt, Mutterschaft mit materiellen Anreizen gefördert und Kinderlose durch eine Art »Kinderlosensteuer« benachteiligt wurden. Neu war die Förderung von unehelichen Geburten durch die Entlassung der Väter aus ihrer Pflicht zur Zahlung von Alimenten (bis 1968 in Kraft) sowie die Einführung einer neuen Kategorie von außerehelich geborenen Kindern (*nezakonnoŝennyje*).¹² Dahinter standen verschiedene Motive: Die atomi-

12 Ausführlich siehe: Beate Fieseler, Von der Waffe an die Wiege: Sowjetische Familien- und Geschlechterpolitik im Kontext des »Großen Vaterländischen Krieges«, in: Andreas Wirsching/Aleksandr Čubar'jan (Hrsg.), Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen: Deutsche und sowjetische Gesellschaften im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Traumata und Hoffnungen, Berlin 2020, S. 76-90; Mie Nakachi, N. S. Khrushchev and the 1944 Soviet Family Law: Politics, Reproduction, and Language, in: East European Politics and Societies 20 (2006), 1, S. 40-68; Greta Bucher, Struggling to Survive: Soviet Women in the Postwar Years, in: Journal of Women's History 12 (2000), 1, S. 137-159. Mit der sowjetischen Familienpolitik und dem Wandel der offiziellen Narrative hat sich die Forschung vielfach und aus verschiedenen Perspektiven befasst. Aus Platzgründen sei hier lediglich auf folgende Arbeiten verwiesen: Lisa F. Kirschenbaum, »Our City, Our Hearths, Our Families«: Local Loyalties and Private Life in Soviet World War II Propaganda, in: Slavic Reviews 59 (2000), 4, S. 826-847; Jeffrey Brooks, Thank You, Comrade Stalin! Soviet Public Culture from Revolution to Cold War, Princeton, NJ, 2001.

sierte Gesellschaft sollte konsolidiert und lenkbar gemacht werden; vor allem aber sollten die Menschenverluste und demografischen Missverhältnisse durch Förderung von Geburten, inklusive der außerehelichen, ausgeglichen werden.¹³ Die Maßnahmen überführten außereheliche Beziehungen und das Lebensmodell alleinerziehender Mütter von einer *De-facto*-Kategorie in eine *De-jure*-Kategorie. Das Familiengesetz von 1944 spiegelte insofern die gesellschaftlichen Verhältnisse, die im Krieg zwar vielfältiger und offener geworden waren, die Familie als Institution aber nicht verdrängten, sondern (höchstens) neu konfigurierten. Das Resultat waren familiäre Gemeinschaften: um neue Mitglieder erweiterte »Familien auf Zeit«.

Im Folgenden untersuche ich diesen für die Sowjetunion spezifischen Wandel der Familie als Gemeinschaftsform und frage nach Funktionen von Familien im Krieg. Wie veränderten sich sowjetische Familienformen und -funktionen durch die millionenfachen Familientrennungen infolge des Krieges? Wie erlebten Kinder, für deren psychische wie physische Entwicklung der familiäre Schutzraum existenziell ist, die kriegsbedingten Familientrennungen? Geht man von drei Kernelementen einer Familie aus – der biologisch-sozialen Doppelfunktion (Reproduktion und Sozialisation), der Generationendifferenzierung (mindestens zwei Generationen, in der Regel Eltern und Kinder) und der spezifischen Rollenstruktur (z. B. Vater, Tochter, Großeltern)¹⁴ – so lässt sich außerdem die Frage stellen, inwiefern diese Elemente durch die Kriegstrennungen beschädigt oder gar aufgehoben wurden.

13 Die sowjetische Nachkriegsgesellschaft war weiblich und krank. Im Jahr 1946 entfielen auf 96,2 Mio. Frauen 74,4 Mio. Männer; auf dem Land, wo auf 100 Frauen im Alter zwischen 18 und 49 Jahren 28 Männer kamen, war das Ungleichgewicht noch stärker. Hinzu kam die hohe Sterberate der Bevölkerung nach dem Krieg infolge der Hungerjahre 1946/47. Es wird angenommen, dass allein zwischen 1946 und 1948 mindestens zwei Millionen Menschen an Unterernährung und Krankheiten starben, davon ein hoher Anteil an Kindern. Vgl. Venjamin Zima, Golod v SSSR 1946-1947 godov: proischozdenie i posledstvija, Moskau 1996; Nikolaj Ganson, Detskaja smertnost' i gosudarstvennaja politika v SSSR v gody poslevoennogo goloda, in: Dialog so vremenem. Al'manach intellektual'noj istorii 17 (2006), S. 377-396; grundsätzlich: Elena Zubkova, Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), 3, S. 363-383; Nakachi, Khrushchev (Anm. 12).

14 Auch wenn es keine einheitliche Definition von Familie gibt, lehne ich mich an die gängige soziologische Deutung an, nach der »Familie« als ein verheiratetes oder nicht verheiratetes heterosexuelles Ehepaar definiert wird, das mit gemeinsam gezeugten Kindern in einer Haushaltsgemeinschaft lebt. Im Umkehrschluss zählen Alleinstehende und Paare ohne Kinder nicht dazu. Die Problematik einer solchen definitorischen Engführung der »Familie« ist mir bewusst, ist aber funktional notwendig. Vgl. Rosemarie Nave-Herz, Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in die Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, Weinheim/Basel 2013, S. 36.

Geografisch werden hier insbesondere der altsowjetische belarussische Raum (folgend: BSSR)¹⁵ und die (lebensgeschichtlichen) Erfahrungen und Deutungen der Familien vor allem aus der Perspektive der Minderjährigen¹⁶ im Fokus stehen. Jüdische Familien, die der brutalsten Form der Auflösung und Auslöschung unterlagen, stehen im Folgenden im Mittelpunkt. Die Ausgangslage war jedoch für jüdische und nichtjüdische Familien vergleichbar. Im Zuge der Industrialisierung waren Familien in den städtischen Gebieten der BSSR (in den Grenzen bis 1939) mit einem ähnlichen Wandel wie in der russischen Sowjetrepublik konfrontiert: Sie wurden in erster Linie immer kleiner und kinderärmer, wobei es kaum Unterschiede zwischen den stark assimilierten jüdischen und nichtjüdischen Familien gab.¹⁷ Die jüdischen Familien waren Teil der »großen sowjetischen Familie«. Gemischte Ehen und hohe Scheidungsraten waren ebenso weit verbreitet. Allerdings machte die Stadtbevölkerung lediglich 22,3% der Gesamtbevölkerung der BSSR (ca. 10 Mio.) am Vorabend des Krieges aus.¹⁸ Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Mehrheit der Belarussen von der kulturellen Revolution nach bolschewistischer Art kaum erfasst wurde und zu Beginn des Krieges immer noch auf dem Land und somit in traditionellen Verhältnissen lebte. Dort war das Familienleben weiterhin von einer

- 15 Sämtliche Ortsbezeichnungen, soweit die Orte auf dem Territorium der BSSR bzw. von Belarus lagen, und Eigennamen werden in ihrer belarussischen Schreibweise wiedergegeben. Eine Ausnahme stellen russische Ortsbezeichnungen, die Quellen- und Literaturangaben sowie die amerikanische Transkription der Namen der Interviewten aus den genannten Projekten dar.
- 16 Unter Kindern werden Personen verstanden, die zur Zeit des Krieges jünger als 16 Jahre alt waren. Zur Historisierung der »Kindheit« und der generationellen Ordnung in der Sowjetunion siehe White, *A Modern History* (Anm. 10).
- 17 Explizite vergleichende Studien zu jüdischen und nichtjüdischen Familien liegen nicht vor. Dass Jüdinnen und Juden im Zuge der Sowjetisierung in den 1920er und 1930er Jahren weitgehend assimiliert wurden, belegen sowohl die Forschung als auch die Zeitzeugen. Die revolutionären Umwälzungen sowie die Urbanisierung und Säkularisierung der sowjetischen Gesellschaft hatten zur Folge, dass Juden als eigenständige, national und religiös definierte Gruppe zusehends verschwanden, ebenso das traditionelle Shtetl. Die Säuberungen von 1937 und 1938 beseitigten vielerorts die letzten Rudimente des jüdischen Lebens. Lediglich im polnischen Kresy konnte das traditionelle Judentum mit Jiddisch und Shtetl erhalten bleiben. Mordechai Altshuler, *Soviet Jewry on the Eve of the Holocaust. A Social and Demographic Profile*, Jerusalem 1998, Kap. 4; Zvi Gitelman, *A Century of Ambivalence. The Jews of Russia and the Soviet Union, 1881 to the Present*, Bloomington, IN, u. a. 2001, S. 108-114; Arkadij Zel'cer, *Evrei sovetskoj provincii: Vitebsk i mestečki 1917-1941*, Moskau 2006; Jeffrey Koerber, *Borderland Generation. Soviet and Polish Jews under Hitler*, New York 2020; Leonid Smilovickij, *Evrei Belorussii: do i posle Cholokosta: Sbornik izbrannykh statej*, Jerusalem 2020; Leonid Smilovickij, *Katastrofa evreev v Belorussii 1941-1944*, Tel Aviv 2000.
- 18 Andrej Rakov, *Naselenie BSSR, Minsk 1969*, S. 8; Jurij Poljakov/Valentina Žiromskaja (Hrsg.), *Naselenie Rossii v XX veke: Istoričeskie očerki v 3-ch tomach. Tom 2: 1940-1959*, Moskau 2001, S. 16.

hierarchisch organisierten Lebensweise in einem Haushalt mit mehreren Generationen und einer Vielzahl von Kindern bestimmt.¹⁹

Als Quellen dienen staatliche Akten, Egodokumente und Interviews mit Zeitzeugen, wobei die meisten Überlieferungen von jüdischen Überlebenden stammen.²⁰ In Hinsicht auf die persönlichen Quellen ist anzumerken, dass sich in ihnen vor allem eine rekonstruierte Wirklichkeit und somit nicht die Geschichte des unmittelbar Erlebten, sondern dessen Verarbeitung aus der subjektiven Perspektive der Zeitzeugen spiegelt.²¹ Gleichwohl weiß man aus kognitions- und neurowissenschaftlichen Studien, dass gerade traumatische Erfahrungen weniger einer Transformation unterliegen.²² Auch wenn bei der

- 19 Als Beleg für traditionelle Lebensformen kann die langsame Durchsetzung staatlicher Kinderbetreuung mit Kindergärten und Krippen genannt werden, die in der bäuerlichen Bevölkerung zunächst auf breite Ablehnung stieß. Vgl. Diana Siebert, *Bäuerliche Alltagsstrategien in der Belarussischen SSR (1921-1941)*, Stuttgart 1998, S. 318-320. Zu Besonderheiten der belarussischen Familien siehe die ethnografische Studie von: Ljuboŭ Rakava, *Ėvaljucyja tradycyj sjaamejnaha vychavannja Belarusau u XIX-XX st*, Minsk 2009.
- 20 Die hier verwendeten Interviews gingen aus folgenden Projekten hervor: USC Shoah Foundation Visual History Archive (VHA), Gender EHU Archiv (GEHUA) aus dem Projekt »Frauen, Gedächtnis, Krieg«, <https://www.gender-ehu.org/Interviews.html> [die Seite ist mittlerweile nicht mehr abrufbar, die Transkription der Interviews liegt der Autorin dieses Beitrags in gedruckter Form vor]; Belarussisches Archiv der mündlichen Geschichte (Belaruskі Archіў vusnaj gіstoryi, nachfolgend: BAVG), <http://www.nas-hapamiac.org> [die Seite ist aus technischen Gründen vorübergehend gesperrt]. Einige Interviews wurden von der Autorin durchgeführt. Darüber hinaus liegen diesem Aufsatz zeitnahe Quellen wie Gesprächsprotokolle der »Kommission zur Geschichte des Vaterländischen Krieges« unter Federführung des Moskauer Geschichtswissenschaftlers Isak Minz, Tagebücher sowie staatliche Dokumente zu Grunde. Zur Geschichte der Minz-Kommission: Jochen Hellbeck, *Die Stalingrad Protokolle. Sowjetische Augenzeugen berichten aus der Schlacht*, Frankfurt a. M. 2012. Einige der hier verwendeten Protokolle der Kommission wurden publiziert. Die Originale werden im Wissenschaftlichen Archiv des Instituts für Russische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau aufbewahrt (folgend: NA IRI RAN).
- 21 Grundlegend dazu: Maurice Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt a. M. 1985; Ulrike Jureit, *Authentische und konstruierte Erinnerung. Methodische Überlegungen zu biographischen Sinnkonstruktionen*, in: *Werkstatt Geschichte* 6 (1997), 18, S. 91-101; Harald Welzer, *Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung*, München 2002.
- 22 Aus den kognitionswissenschaftlichen Studien geht hervor, dass bei Kindern die emotionale Wahrnehmung und das sensorische Gedächtnis über die kognitive Verarbeitung dominieren und dass Kinder nach dem dritten Lebensjahr sehr gut ihre traumatischen Erfahrungen abrufen können. Es liegen zudem Studien vor, die zeigen, dass emotionale Erinnerungen anders als neutrale mit dem Alter nicht verloren gehen. Werner Bohleber, *Zum Problem der Veridikalität von Erinnerungen*, in: *BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen* 20 (2007), Sonderheft, S. 89-96; Mara Mather, *Aging and Emotional Memory*, in: *Cynthia Estlund/Paula Hertel/Daniel Reisberg (Hrsg.), Memory and Emotion*, New York 2004, S. 272-307; Marina Potemkina, *Otraženie vojny v pamjati evakuirovannyh detej*, in: Aleksandr Ju. Rožkov

praktischen Arbeit mit Quellen die Verflechtung von »erlebter« und »erzählter« Geschichte nicht immer aufzulösen ist, so können wir auf die Egodokumente trotz all deren Problematik nicht verzichten. Ohne sie würden zu viele Aspekte zwischenmenschlicher Beziehungen, die sich in keinen Akten finden, für immer im Dunkeln bleiben.

1. Familientrennungen und Familienauflösungen

Der Überfall NS-Deutschlands auf die Sowjetunion traf Millionen Familien völlig unvorbereitet. Der Vormarsch der Wehrmacht erfolgte zunächst überaus schnell, während die vor allem in den ersten Kriegswochen schlecht organisierten sowjetischen Evakuierungen aus den westlichen Gebieten, bei denen wenig Wert auf das Zusammenbleiben von Familien gelegt wurde, vielerorts im allgemeinen Chaos stecken blieben. Ganze Familien wurden, praktisch vom ersten Tag an, auf der Flucht oder noch davor auseinandergerissen oder ausgelöscht.²³ Charakteristisch für das Auseinanderreißen der Familien war das Beispiel des bekannten russischen Schriftstellers Kornej Čukovskij, der mit seiner Frau im Oktober 1941 nach Taschkent evakuiert wurde. Seine Tochter Lidija befand sich in Čistpol', ein Sohn in der Region von Volgograd, ein anderer wurde vermisst, und die Schwiegertochter war im Ural.²⁴ Vielerorts wurden Kinder in Gruppen, getrennt von ihren Eltern und teilweise gegen ihren Willen, unter dramatischen Umständen – unter Bombenhagel, zu Fuß und ohne Versorgung – nach Russland oder in die zentralasiatischen Republiken evakuiert. Viele Kinder gingen auf der Flucht verloren, sehr viele wurden krank und starben.²⁵ Laut Dieter

(Hrsg.), *Vtoraja mirovaja vojna v detskich »ramkach pamjati«*, Krasnodar 2010, S. 229–247.

23 Zwischen dem deutschen Einmarsch im Juni 1941 und dem Herbst 1942 wurden insgesamt etwa 16,5 Millionen Sowjetbürger aus den westlichen Frontabschnitten und Großstädten in den Osten Russlands (Ural, Altaj, Sibirien) oder nach Zentralasien (Kasachstan, Usbekistan) evakuiert. Diese Erfahrung war für die sowjetische Bevölkerung nicht neu. In den letzten Kriegsjahren nach der Oktoberrevolution und während des Bürgerkrieges waren zahlreiche Familien während der Evakuierung auseinandergerissen geworden. Ähnlich wie 20 Jahre später hatten chaotische Umstände, mangelnde Koordination und fehlerhafte Registrierung der Kinder verheerende Folgen. Vgl. Rebecca Manley, *To the Tashkent Station. Evacuation and Survival in the Soviet Union at War*, Ithaca, NY/London 2009; Kochanek, *Russlands verwahrloste Kinder* (Anm. 8).

24 Manley, *To the Tashkent Station* (Anm. 23), S. 181.

25 Manche Evakuierungen erfolgten in mehreren Phasen. So wurden Kinder und Familien aus Minsk zunächst in die umliegenden Regionen und Wälder gebracht, da man von einem baldigen Ende des Krieges ausging. Aber auch die Evakuierung aus den russischen Städten, so z. B. aus Leningrad, erfolgte in mehreren Phasen. DeGraffenried schätzt, dass 85 % der Kinder dabei ohne Familien evakuiert wurden. Allein in Taschkent, der

Pohl konnten insgesamt etwa 20 % der Bevölkerung aus den bis Mitte Juli eroberten sowjetischen Gebieten organisiert oder auf eigene Faust fliehen.²⁶

Massenhafte und dramatische Trennungen von Kindern und ihren Eltern spielten sich vor allem an der westlichen Front ab, wo der Vormarsch der Wehrmacht sehr schnell erfolgte. Im Juni war Ferienzeit und die meisten Kinder befanden sich traditionell in Ferienlagern oder bei ihren Großeltern auf dem Land. Mit Beginn des Überfalls hatten Eltern in der Regel keine Möglichkeit mehr, ihre Kinder abzuholen. Die Unkenntnis der realen Lage und die Angst vor Panikmache (*panikerstwo*), die unter Strafe stand, waren so groß, dass man Eltern daran hinderte, ihre Kinder aus den Kindereinrichtungen abzuholen. Manchen wurde versichert, alle Kindereinrichtungen würden organisiert evakuiert, was allerdings nicht der Realität entsprach.²⁷ Nadežda Romanenko, die sich in einem Kindersanatorium in Odessa befand, wurde drei Tage lang nicht gesagt, dass Krieg ausgebrochen sei. Erst danach wurden die Kinder im Bombenhagel evakuiert.²⁸ Ähnlich erging es, wie er sich Jahrzehnte später erinnerte, Grigorij Ėl'per, der sich östlich von Minsk in einem Pionierlager aufhielt. Erst

Hauptstadt von Usbekistan, wohin viele evakuiert wurden, waren laut Manley mehr als die Hälfte der evakuierten Kinder ohne Eltern. White schätzt die Gesamtzahl der evakuierten Kinder auf zwischen sieben und acht Millionen. Julie K. DeGraffenried, *Sacrificing Childhood. Children and the Soviet State in the Great Patriotic War*, Lawrence, KS, 2014, S. 39; Manley, *To the Tashkent Station* (Anm. 23); White, *A Modern History* (Anm. 10), S. 108. Vgl. auch Marina Potemkina, *Otraženie vojny v pamjati evakuirovannyh detej*, in: Rožkov (Hrsg.), *Vtoraja mirovaja vojna v detskich* (Anm. 22), S. 229-247; Dmitrij Astaškin, *Evakuacija detej Leningrada v leningradskuju oblast*, in: Julia Kantor (Hrsg.), *Pobratimy. Regionam, prinjavšim žiteljei blokadnogo Leningrada, posvjaščajetsja*, Moskau 2019, S. 120-143. Über die abrupte Trennung der Kinder von den Eltern berichten viele Zeitzeugen. Angelika Westphal/Ruth Keseberg-Alt (Hrsg.), *Geraubte Kindheit. Russische Jugendliche in deutschen Arbeitslagern*, Berlin 2011. Die Trennung der Kinder von den Eltern ist in den Tagebuchnotizen von Olimpiada Poljakova, alias Lidija Osipova, festgehalten: *Dnevnik kollaborantki*, in: Oleg Budnickij (Hrsg.), *»Sveršilos. Prišli nemcy!«* Idejnyj kollaboracionizm v SSSR v period Velikoj Otečestvennoj vojny, Moskau 2002, S. 73 f.

26 Dieter Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941-1944*, München 2008, S. 122.

27 Nach offiziellen Angaben der Belarussischen SSR vom Mai 1942 wurden in den ersten Tagen des Krieges nur 14.835 Kinder, vor allem aus den größeren Städten der östlichen Gebiete (Orša, Vicebsk, Magileŭ, Polack), in das sowjetische Hinterland evakuiert. Darunter befanden sich die Schützlinge von 110 Kinderheimen, 25 Kindergärten, 23 Pionierlagern (Sommererholungslagern), drei Sonderschulen und drei Kindererholungsheimen. *Spravka narkoma prosvješčenija BSSR E. I. Uralovoj v SNK BSSR »O položenii evakuirovannyh detskich učreždenij i detej iz BSSR v tylovyje rajony strany«*, in: Nationalarchiv der Republik Belarus (*Nacyjanaŭny archiŭ Rėspubliki Belarus'*, folgend NARB), f. 7, vop. 3, spr. 7.

28 Nadežda Romanenko (Hrsg.), *My rodom iz detstva, vojnennogo detstva ... Vospominanija očevidec, Kamyšin* 2003, hier S. 5-24.

als am 24. Juni die brennende Stadt Minsk zu sehen war, erfuhren die Kinder, dass Krieg herrschte, und wurden auf einen Fußmarsch geschickt, der in einem Wald südlich der Hauptstadt im Nichts endete.²⁹ Tat'jana Vseljubskaja, die bei Kriegsbeginn im Kindergarten war, wurde sogar auf dem Weg in die Evakuierung zusammen mit anderen Kindern aus ihrer Gruppe im Wald vergessen.³⁰ Im Fall von Marat Kuznecov,³¹ der sich im Ferienlager Drazdy bei Minsk aufhielt, wurde nicht einmal der Versuch einer Evakuierung unternommen. Die Kinder blieben dort mit dem Personal auf sich allein gestellt. Unter deutscher Besatzung wurde das Ferienlager kurzerhand zum Kinderheim umfunktioniert.³²

Nadežda, Grigorij, Tat'jana und Marat konnten sich noch zu den Glücklichen zählen: Sie waren nur vorübergehend von ihren Familien getrennt und konnten alle einen oder sogar beide Elternteile wiederfinden.³³ Familientrennungen, Trennungen von Eltern und Kindern, hervorgerufen durch die Kriegswirren, waren ein Massenphänomen. Nur die wenigsten Menschen sahen ihre Eltern bzw. Kinder während der deutschen Besatzung oder nach Kriegsende wieder. Familientrennungen entzogen sich der systematischen zahlenmäßigen Erfassung und waren auf unterschiedlichste Ursachen zurückzuführen. Neben missglückten Evakuierungen zählten dazu auch Fälle, in denen Kinder in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten ihren Eltern zur Germanisierung³⁴ weggenommen und nach Deutschland verschleppt wurden. Angehörige älterer Jahrgänge schickte man zur Zwangsarbeit nach Deutschland. Die Verschleppung zur Zwangsarbeit nahm bereits ab Ende 1942 einen Massencharakter

29 Seinem Vater wurde versichert, dass die Kinder evakuiert worden seien. Niederschrift von Grigorij Ėl'per, Dezember 1993: »Tri goda detstva«, in: NARB, f. 359, vop. 1, spr. 3, S. 1-16.

30 Ol'ga Arkad'eva (Hrsg.), Na peresrestkach sudeb. Iz vospominanij byvšich uznikov getto i pravednikov narodov mira, Minsk 2001, S. 9-15.

31 Außergewöhnlich selbstreflexiv sind die Erinnerungen des Psychiaters Marat Kuznecov (geb. 1932). Die erste Hälfte des Krieges verbrachte er in den Kinderheimen Drazdy und Astraŭcki-Haradok, deren alltäglichen sozialen Mikrokosmos er ungewöhnlich differenziert beschreibt. Marat Kuznecov, Ėto tože naša istorija. Naconal-socializm glazami maloletnego uznika: ispovedj o perežitom, Mogilev 2004.

32 Zu diesem Heim und zum Kinderheimwesen unter deutscher Besatzung im Allgemeinen siehe Yuliya von Saal, Mehr als Opfer: Kriegskinder und ihr Überleben in den Kinderheimen im besetzten Belarus, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 68 (2020), 3-4, S. 403-431.

33 Nadežda wurde von ihrem Vater noch während der Evakuierung gefunden und konnte mit ihm zusammen fliehen.

34 Die Anzahl der zwangsgermanisierten sowjetischen Kinder ist weitgehend unbekannt. Isabel Heinemann schätzt die Zahl der Kinder aus der gesamten Sowjetunion auf ca. 20.000, aus Belarus und der Ukraine auf »einige Tausend«. Isabel Heinemann, »Rasse, Siedlung, deutsches Blut«. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 508.

an. Johannes-Dieter Steinert schätzt die Zahl der allein aus der UdSSR nach Deutschland deportierten Minderjährigen (unter 18 Jahren) auf eine Million, wobei bis zum März 1946 insgesamt 473.511 Kinder und Jugendliche in die UdSSR zurückkehrten.³⁵ Wie viele von diesen Rückkehrern ihre Familien wiederfanden, ist unbekannt. In der Endphase des Krieges ging die Wehrmacht dazu über, ganze »arbeitsfähige« Familien nach Deutschland zu deportieren, wobei die nicht arbeitsfähigen Kleinkinder (in der Regel im Alter unter zehn Jahren) mit den Großeltern bzw. älteren Familienangehörigen – im NS-Jargon als »Restfamilien« bezeichnet – zurückgelassen wurden.³⁶

Zu Familientrennung und Verwaisung kam es täglich und überall. Kinder blieben allein, weil ihre Eltern oder Großeltern an Hunger, Schwäche und Krankheiten gestorben waren oder abgeholt und erschossen wurden, wobei die Täter nicht nur die Besatzer, sondern auch Angehörige der eigenen Bevölkerung – Polizisten oder Partisanen – sein konnten. Gewalt und der Verlust familiärer Rückzugsräume waren in diesem Krieg allgegenwärtig.³⁷

Familientrennungen konnten jedoch auch (ganz) bewusst herbeigeführt werden. Diese Erfahrung ist nicht spezifisch für die Sowjetunion, sondern wurde europaweit vor allem von der jüdischen Bevölkerung geteilt.³⁸ In der besetzten Sowjetunion erfolgten intendierte Trennungen unmittelbar unter dem Eindruck der Massentötungen und oft angesichts eines unauflösbaren Dilemmas in einer Situation ohne Wahl. Hierzu zählten solche verzweifelten Taten wie Kindestötungen durch die Mütter. Frauen, die bei den Partisanen kämpften oder in den Ghettos eingesperrt waren, opferten in bestimmten Situationen ihre neugeborenen bzw. kleinen Kinder, um die anderen Mitglieder der Gruppe oder ältere Geschwister zu retten. Hinter solchen Taten stand das

35 Steinert schätzt die Zahl auf 600.000, die von insgesamt 5,2 Millionen Personen bis Oktober 1945 in die UdSSR zurückkehrten. Registriert wurden zurückkehrende Kinder unter 16 Jahren. Ein Teil der verschleppten Kinder, die zur Zeit der Repatriierung älter als 16 Jahre alt waren, ging somit in der Statistik unter. Verlässliche Zahlen zu während des Aufenthalts in Deutschland verstorbenen Kindern liegen nicht vor. Vgl. Ulrike Goeken-Haidl, *Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter während und nach dem Zweiten Weltkrieg*, Essen 2006, S. 524; Johannes-Dieter Steinert, *Deportation und Zwangsarbeit. Polnische und sowjetische Kinder im nationalsozialistischen Deutschland und im besetzten Osteuropa 1939-1945*, Essen 2013, S. 25-27.

36 Vgl. Generalkommando XX. A.K. Qu. Nr. 544/44: Erfassung der Bevölkerung, in: Bundesarchiv (BArch), RH 24-20/124; Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 1092-1104.

37 Vgl. ebd.; Bernhard Chiari, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrussland 1941-1944*, Düsseldorf 1998.

38 Joanna Beata Michlic (Hrsg.), *Jewish Families in Europe. 1939-Present. History, Representation, and Memory*, Waltham, MA, 2017.

Dilemma, das Lawrence L. Langer als »choiceless choices« auf dem europäischen Kriegsschauplatz beobachtet und als »crucial decisions« beschrieben hat, welche nicht die Wahl zwischen Leben und Tod, sondern zwischen erster und zweiter abnormer Reaktion reflektieren, herbeigeführt durch eine Situation, auf die Opfer – in dem Fall Mütter und andere Familienmitglieder – keinerlei Einfluss hatten.³⁹ Die von den Deutschen in den belarussischen Sumpfwäldern verfolgten Partisaninnen,⁴⁰ die Insassen eines Ghettos, die während eines Pogroms in einem Versteck ausharrten,⁴¹ nahmen den Tod der kleinen Kinder in Kauf, um die Gefahr der Entdeckung mit anschließender Tötung zu minimieren. Um in diese ausweglose Situation gar nicht zu geraten, trennten sich sehr viele Eltern von ihren Kindern bereits vorher. Frauen, die in die Wälder zu Partisanen zogen, ließen in der Regel ihre Kinder bei Verwandten und Bekannten zurück. Jüdische Familien versuchten ihre Kinder unter falscher Identität, meistens außerhalb der Juden-Ghettos, zu verstecken, auch wenn der Erfolg dieser Strategie stets ungewiss blieb. Ein solcher Handlungsspielraum war selbstredend nicht überall gegeben, allein deshalb, weil die Besetzung der Sowjetunion mancherorts mit der sofortigen Ermordung bzw. Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung einherging und die meisten Familien weder die Zeit noch die Möglichkeit hatten, eine Rettung zu organisieren.⁴² In Teilen der Sowjetunion wurden bereits im Juli 1941 Ghettos eingerichtet (so in Minsk), in denen es in

39 Lawrence L. Langer, *Versions of Survival. The Holocaust and the Human Spirit*, Albany, NY, 1982, S. 72-97.

40 Zur Tötung von neugeborenen Kindern bei Partisanen siehe: Svetlana Aleksievič, *U vojny ne ženskoe lico*, Moskau 2016, S. 28. Im belarussischen Staatsarchiv sind entsprechende Vernehmungsprotokolle von Frauen überliefert, die die Tötung von neugeborenen Kindern zugeben: NARB, f. 1405, vop. 1, spr. 443, S. 79-83. Inwiefern es sich um registrierte Einzelfälle handelte, lässt sich schwer beurteilen. Auch wenn es zum Ende des Krieges zu Geburten unter den Partisaninnen kam, gehörten diese gleichwohl nicht zur alltäglichen Realität im Wald.

41 Im Versteck (*malina* genannt) kam die kleine Schwester von Maja Krapina um. Nach ihrer Darstellung wurde das Kind während eines Pogroms von der Mutter unabsichtlich erstickt. Interview der Verfasserin mit Krapina am 30.8.2016 in Minsk. Über die Tötung von kleinen Kindern berichteten auch andere Überlebende des Minsker Ghettos, die ich interviewt habe: Vladimir Trachtenberg (Interview am 3.9.2017, Minsk) und Frieda Reizman (Interview am 31.8.2016, Minsk). Sowohl in diesem Fall als auch im Fall der Partisanen handelte es sich um ein tabuisiertes und schmerzhaftes Thema. Entsprechend wenig, und meistens erst Jahrzehnte nach dem Krieg, wurde es in den schriftlichen Zeugnissen thematisiert. Vgl. Berta Malomed, *Menja rasstreljali 2 marta 1942 goda ...*, in: Inna Gerasimova/Vjačeslav Selemenev (Hrsg.), *Vyžit' – podvig: vospominanija i dokumenty o Minskom getto*, Minsk 2008, S. 70-114, hier S. 88.

42 Die positiven Erfahrungen mit der deutschen Besetzung während des Ersten Weltkriegs und die Desinformation durch die sowjetischen Medien waren hierfür ausschlaggebend. Viele sowjetische Juden wollten den Gerüchten über ihre bevorstehende Tötung nicht glauben. Gerlach, *Kalkulierte Morde* (Anm. 36), S. 503-773.

regelmäßigen Abständen zu gezielten Tötungen von tausenden Menschen kam. Günstiger aus Sicht der Betroffenen war die Lage dort, wo das Ghetto, wie in Navagrudak oder Minsk, über längere Zeit bestand (beide bis Herbst 1943) und wo der Bedarf an Arbeitskräften die Lebensdauer der Ghettobewohner verlängerte. Obwohl die Ghettos durch permanente tödliche Übergriffe und mehrere Pogrome dezimiert wurden – allein dem ersten Pogrom in Minsk am 7. November 1941 fielen zwischen 12.000 und 18.000 Menschen zum Opfer⁴³ – wagen nur die wenigsten die Flucht.⁴⁴ Einfacher war es hingegen, kleine Kinder bei nichtjüdischen Bekannten, Bauern, in fremden Familien oder unter falscher Identität in Kinderheimen zu verstecken.⁴⁵ Neugeborene Kinder wurden vor den Türen der Kinderheime oder von Bauernhäusern abgelegt. So waren im ersten Kriegsjahr im Minsker Kinderheim Nr. 3 sieben von 16 Kleinkindern Findlinge, die vor dem Heim ausgesetzt worden waren.⁴⁶ Einer solchen Rettung ging jedoch eine radikale Trennung voraus, was viele nicht über sich brachten.

Die meisten jüdischen Kinder, die den Krieg überlebten, wurden unter falscher Identität in Kinderheimen versteckt. Viele waren wie Maria Žukova noch so klein, dass sie ihre wahre Identität erst Jahre nach dem Krieg erfuhren.⁴⁷

43 Die Einrichtung des Ghettos in Minsk wurde bereits am 19.7.1941 angeordnet. Innerhalb von fünf Tagen hatten sich ca. 50.000 Minsker Juden einzufinden. Die Gesamtzahl der Insassen des Minsker Ghettos schwankte zwischen 30.000 und 100.000. Insgesamt gab es dort mindestens fünf Massenspogrome. Willkürliche Tötungen waren jedoch an der Tagesordnung: Allein zwischen Juli und September wurden ca. 7.000 Juden im Minsker Ghetto getötet. Mehr zur Geschichte des Ghettos siehe: Barbara Epstein, *The Minsk Ghetto. Jewish Resistance and Soviet Internationalism*, Berkeley, CA, 2008.

44 Die Hintergründe des Zögerns waren sehr unterschiedlich und der Erfolg eines Ausbruchs stets unsicher. Für die Erwachsenen gab es nur die Option, in die Wälder zu den Partisanen zu fliehen. Kampffähigkeit, Waffen, Geld und Medikamente waren jedoch »Eintrittskarten«, über die die aus den Ghettos geflohenen ausgezeherten Jüdinnen und Juden in der Regel nicht verfügten. Für viele Stadtjuden kam das Leben im Wald dem Tod gleich. Darüber hinaus war Antisemitismus unter den sowjetischen Partisanen weit verbreitet; Frauen waren zudem wegen ihres Geschlechts im Nachteil und sexualisierten Belästigungen ausgesetzt. Die Hinzugekommenen wurden nicht selten der Spionage verdächtigt. Eine Ausnahme waren jüdische Familien- und Kampfeinheiten. Die bekanntesten von ihnen waren die Bel'skij-Einheit (aus dem Gebiet Navagrudak) und die Einheit von Michail Sorin (aus der Minsker Gegend). Mehr dazu: Nechama Tec, *Bewaffneter Widerstand. Jüdische Partisanen im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1996; Epstein, *The Minsk Ghetto* (Anm. 43); Anika Walke, *Pioneers and Partisans. An Oral History of Nazi Genocide in Belorussia*, Oxford 2015.

45 Anika Walke, *Jewish Youth in the Minsk Ghetto: How Age and Gender Mattered*, in: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* 15 (2014), 3, S. 1-28; Smilovickij, *Katastrofa evreev* (Anm. 17); Epstein, *The Minsk Ghetto* (Anm. 43).

46 Staatsarchiv des Minsker Gebiets (Dzjaržaŭny archiŭ minskaj voblasti; folgend: DAMV), f. 322, vop. 6, spr. 1, S. 4.

47 So auch der 1936 geborene Leamid Chimeneč, der von seiner Mutter im gleichen Minsker Kinderheim wie Maria abgegeben wurde. Erst im Erwachsenenalter habe er seine

Größere Kinder wurden von ihren Familien auf die bevorstehende Trennung vorbereitet. Ihnen wurden Adressen von Bekannten, falsche Namen und Lebensgeschichten beigebracht und das Versprechen abgenommen, tapfer zu bleiben, nicht zu weinen und ihre wahre Identität unter keinen Umständen zu verraten.⁴⁸ Für den Erfolg war außerdem die Hilfe nichtjüdischer Nachbarn notwendig, wie das Beispiel des oben erwähnten Grigorij Ėl'pers verdeutlicht. Nachdem Grigorij nach der misslungenen Evakuierung in sein Elternhaus zurückgekehrt war, fand er dort nur seine Großeltern vor, mit denen er anschließend ins Minsker Ghetto zwangsverbracht wurde. Ihre Zimmernachbarn wurden ab und zu von einer belarusischen Bekannten besucht, die ihren Sohn, der in Grigorij's Alter war, vermisste und eines Tages anbot, den Jungen bei sich aufzunehmen. Die gesamten drei Besatzungsjahre lebte er bei dieser Frau als ihr Neffe und sogar in direkter Nachbarschaft mit den Deutschen, die eine Hälfte des Hauses als Lagerraum nutzten.⁴⁹

Besonders verstörend wirken heute Zeugnisse, die von Trennungsinitiativen seitens kleiner Kinder berichten. Basja Levina, die nach dem ersten Massaker im Minsker Ghetto im Herbst 1941 den Entschluss fasste, zu den Partisanen zu fliehen und ihren fünfjährigen Sohn vorher in einem Kinderheim unterzubringen, hielt im Gesprächsprotokoll im Jahr 1944 folgende Szene mit ihrem Sohn fest: »In diesem Moment kommt mir mein kleiner Junge selbst zu Hilfe. Er fleht mich an: »Ich gehe ins russische Gebiet. Vater kommt, wenn der Krieg zu Ende ist und ihr holt mich ab.«. Der Sohn habe sich sogar selbst einen russischen Namen ausgedacht und wurde eines Abends vom 13-jährigen Bruder ins Kinderheim gebracht, ohne sich vorher von seiner Mutter zu verabschieden.⁵⁰ Eine ähnliche Szene schildert eine andere jüdische Mutter, Chasja Pruslina. Sie wurde von ihrer damals sechsjährigen ausgehungerten Tochter gebeten, sie in einem Kinderheim abzugeben. Nachdem Chasja ihr erklärt hatte, dass man

wahre Identität erfahren. Interview, BAVG, Code: 58(1) – 1214 – 5929; zu Maria siehe: Marija Žukova, *Voja pričinjaet mne bol'*, Minsk 2012.

48 Erstaunlicherweise befolgten auch die ganz Kleinen diese Anweisungen. Siehe z. B.: Alla Rakovščik, VHA, Interview Code 36510.

49 Ėl'per, »Tri goda detstva«, in: NARB, f. 359, vop. 1, spr. 3, S. 1-16.

50 Protokoll des Gesprächs von Basja Levina mit dem wissenschaftlichen Mitarbeiter der »Kommission zur Geschichte des Vaterländischen Krieges«, M. V. Misko, vom 8.12.1944, abgedruckt in: *Žurnal po izučeniju evrejskoj istorii, demografii i ekonomiki, literatury, jazyka i etnografii*. Tom 8 (3), Minsk/Vilnius 2013, S. 235-262. Ob Roman den Krieg überlebte und Basja ihn wiederfand, geht aus den Quellen nicht hervor. Ihren älteren Sohn Genja konnte sie zu den Partisanen nachholen, nachdem sie sich eine Zeitlang auch von ihm hatte trennen müssen.

dort nur verwaiste Kinder aufnehmen, erwiderte das Kind: »Ich sage ihnen, dass meine Mutter gestern von den Bomben getötet wurde.«⁵¹

Anders als Kleinkinder verließen ältere Kinder, wie der zwölfjährige Édouard Krupnik und sein Bruder Viktor, eigenständig das Ghetto, um sich bei der Kinderaufnahmestelle als elternlos zu melden und eine Einweisung in ein Kinderheim zu erwirken.⁵² Die Beziehung zu den Familienangehörigen wurde jedoch oft bis zu deren Tod aufrechterhalten. Auch Édouard kehrte immer wieder in das Ghetto zurück, ebenso seine elfjährige Cousine Kima, die seinem Beispiel folgend ebenfalls aus dem Ghetto geflohen war. Kima ging jedoch nicht gleich in das Heim, sondern vagabundierte eine Weile bettelnd durch die Dörfer. Erst im Herbst 1943 fand sie sich vollkommen entkräftet bei der Stadtverwaltung ein.⁵³ Einmal in das Kinderheim aufgenommen, mussten verwandte Kinder wie Édouard und Kima peinlichst darauf achten, nicht nur das Geheimnis ihrer Identität zu wahren, sondern auch das ihrer Verwandtschaft. Denn sollte eines der Kinder als Jude oder Jüdin erkannt werden, wie es schließlich im Fall von Kima und später auch bei Édouard geschah, brachte dies auch die anderen in höchste Lebensgefahr.

Auch wenn die betroffenen Kinder sich ihres Verwandtschaftsverhältnisses bewusst blieben und einander nach Möglichkeit Hilfe leisteten, was ihr Los im Vergleich zu völlig alleinstehenden Waisen mit Sicherheit erleichterte, lastete die totale Negation der familiären Verhältnisse dennoch psychisch schwer auf ihnen. Besonders belastend war die Verantwortung, die größere Geschwister

51 Protokoll des Gesprächs mit Chasja Pruslina vom 25.8.1944. Pruslina war im antifaschistischen Untergrund im Ghetto und seit September 1942 in der Partisaneneinheit »Suvorov« aktiv. Während dieser Zeit wählte sie ihre Tochter im Kinderheim, wusste aber nichts Genaues über ihren Aufenthalt, auch nicht, dass sie nach Deutschland deportiert worden war. Das Protokoll wurde mit einer Einführung und weiteren Dokumenten aus der Nachkriegszeit von ihrer Tochter zusammen mit dem belarussischen Historiker Kuz'ma Kozak publiziert. Archiv Chasi Pruslinoj, Minskoe getto, antifašistskoe podpol'e, repatriacija detej iz Germanii, Minsk 2014, Zitat auf S. 21.

52 Die Praxis des eigenständigen Einfindens von Kindern bei den lokalen Behörden, um in ein Heim eingewiesen zu werden, gab auch eine Mitarbeiterin der Kindererstaufnahmestelle in Minsk nach der Befreiung zu Protokoll: NA IRI RAN, f. 2, VIII, op. 2, d. 2, S. 2; Krupnik, VHA, Interview Code 26103.

53 Damit war ihr Martyrium jedoch nicht vorbei. Im Kinderheim konnte sie nur einige Monate bleiben, weil sie von den anderen Kindern als Jüdin erkannt und stets erniedrigt wurde. Kima verließ das Heim, hielt sich mit Gelegenheitsjobs und Bettelei über Wasser und konnte so die Besatzung und den Holocaust überleben. VHA, Interview Code 7272; zum Antisemitismus unter Kindern in den Kinderheimen siehe von Saal, Mehr als Opfer (Anm. 32).

gegenüber den kleineren übernahmen, da sie gezwungenermaßen in die Rolle der Fürsorgenden, der Mutter oder des Vaters, wechselten.⁵⁴

Ob sich alle Kinder der Tragweite der Familientrennung und der permanenten Lebensgefahr schon damals umfassend bewusst waren oder diese aus ihrer Erfahrung heraus zu einem späteren Zeitpunkt reflektierten, kann heute nicht mehr nachvollzogen werden. Die rückblickenden Aussagen der betroffenen jüdischen Kinder ergeben ein widersprüchliches Bild. Während Grigorij Èl'per das Erfassen der Gesamtsituation beim Verlassen der Großmutter explizit verneinte, glaubte Kima Kantor, bereits während der Trennung von der Mutter gewusst zu haben, dass sie diese nie wiedersehen würde.⁵⁵ Ältere Kinder realisierten, was um sie herum passierte, und übernahmen sogar die Rolle der Fürsorgenden gegenüber ihren Verwandten, indem sie hin und wieder mit Nahrung in das Ghetto kamen.⁵⁶ Kleinere Kinder hatten ein eher irrationales Verständnis von der gewaltsamen Realität; sie lebten in permanenter Angst und entwickelten ein reflexartiges Verhalten. Semjon Kaplan begriff zum Beispiel mit seinen damals sechs Jahren zwar nicht, warum Juden getötet wurden, war sich aber durchaus bewusst, dass er seine wahre Geschichte um jeden Preis geheim halten musste. Ähnliche Erfahrungen sind vielfach überliefert. Ol'ga Dedok, belarussische Künstlerin und Bildhauerin, die während der Besetzung in Minsk blieb und ihre jüdische Freundin als »Russin« bei sich versteckte, beschreibt eine Szene mit der fünfjährigen Tochter der Freundin, Lara. Diese wollte unter keinen Umständen ins Ghetto zurück, weil sie davon überzeugt war, dass während der Pogrome »Erwachsene getötet und Kinder lebendig in der Erde begraben« wurden. Eine alleinstehende Bekannte Ol'gas adoptierte sie als russisches Waisenkind, wobei die Bekannte nicht wusste, dass Lara die Tochter von Ol'gas »russischer« Freundin war. Lara begriff sofort die neue Rolle, die sie und ihre echte Mutter zu spielen hatten. Dedok beschreibt in ihren Erinnerungen, wie verblüffend schnell das Mädchen alles erfasste und kein einziges Mal in Anwesenheit ihrer echten Mutter diese als solche bezeichnete: »Das Kind schauspielert, aus Angst, lebendig begraben zu werden. [...] War das alles wirklich real? Kein Traum, kein Fieberwahn?«⁵⁷

54 Für manche war diese Rolle auch physisch belastend. Tamara Segal', die sich als 13-Jährige zusammen mit ihrer fünfjährigen Schwester in einem Kinderheim in Kleck befand, musste der Kleineren stets ihre eigene karge Essensration abgeben. Die unter schmerzhaftem Hunger leidende Schwester erpresste sie, indem sie allen zu erzählen drohte, dass sie Jüdinnen seien, wenn sie das Essen nicht bekäme. VHA, Interview Code 36483.

55 VHA, Interview Code 7272.

56 Zum Phänomen allgemein siehe Walke, *Jewish Youth* (Anm. 45).

57 Olga Bembel'-Dedok, *Vospominanija*, Minsk 2006, S. 172-215, Zitat S. 178.

Wie sehr die Angst, als Jude oder Jüdin erkannt zu werden, die kleinen Kinder beherrschte, illustriert auch die Begegnung des achtjährigen Boris Ozerskij mit seiner Mutter nach der Befreiung von Minsk, als sie in das Kinderheim kam, um das wiedergefundene Kind mitzunehmen. Obwohl er seine Mutter sofort erkannte, habe er reflexartig verneint, sie zu kennen. Erst als sie das Heim schon habe verlassen wollen, sei er aufgetaut.⁵⁸

Dass dem Leben unter falscher Identität eine bewusste Trennung vorausging, das Verdrängen der eigenen Lebenswelt und das Verleugnen der Familienmitglieder, was den Kindern neben dem Wissen um das Schicksal der anderen Verwandten unendlich viel Willenskraft abverlangte, die nicht alle Kinder aufbringen konnten, versteht sich von selbst. Viele Kinder vermissten ihre Eltern schmerzlich, sie litten unter schlechtem Gewissen, weil sie sie verlassen hatten. Der oben zitierte Semjon Kaplan berichtet, dass er, damals sechsjährig, nach seiner Flucht aus dem Ghetto ständig an seine Mutter habe denken müssen. Auch er kehrte regelmäßig zu ihr zurück, wobei sie ihn jedes Mal wieder fortgeschickt habe.⁵⁹ Manche Kinder hielten es in den Kinderheimen ohne Eltern nicht aus und liefen weg, um nach ihnen zu suchen.⁶⁰ Andere warteten bis ins Erwachsenenalter vergeblich auf ihre Mütter.⁶¹

Der tägliche Horror der gegen Juden entfesselten Gewalt löste offensichtlich schon bei ganz kleinen Kindern einen Selbsterhaltungsreflex aus, dem ein nicht altersgemäßes Verhalten folgte. Auf Sätze wie »Wir Kinder haben alles mitbekommen«, »wir nahmen die Tötungen bewusst wahr«⁶² stößt man bei der Arbeit mit Zeitzeugen häufig. Die kindliche Unbekümmertheit wurde ersetzt durch das existenzielle Wissen, wie man sich zu verhalten habe, was zu tun und was zu lassen sei, sowie durch die Sorge um Familienangehörige. So paradox es klingen mag, die »Agency« (Handlungsfähigkeit) der Kinder kam umso mehr zutage, je entgrenzter die Gewalträume waren. Um zu überleben, entwickelten Kinder unglaubliche Aktionskräfte und Eigenständigkeiten, wozu auch die bewussten und auf den ersten Blick emotionslosen Familientrennungen oder die Übernahme des Habitus von Erwachsenen zählten.⁶³ Letzteres kam nicht nur

58 Seine Mutter konnte aus dem Ghetto zu den Partisanen fliehen, während er selbst als »russisches Kind« im Kinderheim versteckt wurde. VHA, Interview Code 37356.

59 VHA, Interview Code 26717.

60 Protokoll vom 29.7.1944, in: NA IRI RAN, f. 2, VIII, op. 2, d. 2.

61 Alla Rakovščik fand sich erst mit 15 Jahren damit ab, ihre Mutter nie mehr wiedersehen zu können. BAVG, Code: 58(1) – 1184 – 5705.

62 So etwa Jakov Kravčinskij, der mit acht Jahren »das Abschichten ganzer Familien« im Minsker Ghetto mit ansehen musste. Seine damalige Angst habe er bis heute nicht ablegen können. Interview mit der Verfasserin am 30.8.2017 in Minsk.

63 Dass es sich bei den beschriebenen Fällen von Selbstermächtigung durchaus um bewusste (Mit-)Entscheidungen der Kinder handelte, geht aus vielen Zeitzeugenberichten

in ihrer neuen Rolle als Schützerin oder Fürsorgerin zum Ausdruck, sondern auch beim Rauchen und Tragen zu großer Kleidungsstücke, die weder ihrem Alter noch ihrer Körpergröße angemessen waren.⁶⁴ Ihr Alltag bestand schließlich oft nur noch darin, nach Nahrung oder Verstecken zu suchen.

Bezeichnend ist, dass, obwohl die Versorgung der Kinder in den Kinderheimen unter deutscher Besatzung katastrophal war,⁶⁵ diese Orte auch von der nichtjüdischen Bevölkerung als Überlebensräume wahrgenommen wurden. Aus einem Minsker Kinderheim sind zahlreiche schriftliche Bitten von Eltern und Verwandten an das Stadtkommissariat und an die Heimleitung um Aufnahme der eigenen Kinder überliefert. Offensichtlich trennten sich nicht wenige Mütter in ihrer Verzweiflung vom eigenen Nachwuchs, in der Regel, weil sie diesen nicht ernähren konnten. Manchmal gaben sie »nur« eines ihrer Kinder ab, um die anderen durchbringen zu können. Viele meldeten sich im Verlauf des Krieges bzw. danach wieder, um die abgegebenen Kinder zurückzuholen. Schreiben wie das folgende, das eine Frau im Februar 1943 an die Stadtverwaltung adressierte, sind vielfach überliefert: »Ich bitte um die Rückgabe meines Kindes, weil ich eine Arbeit gefunden habe und für den Unterhalt des Kindes sorgen kann.«⁶⁶

2. Neukonstruktion familiärer Gemeinschaften

Die Trennung von den Eltern und vor allem von der Mutter war für die meisten Kinder eine der schmerzhaftesten Erfahrungen des Krieges, die sie ein Leben lang verfolgte – in ihren Träumen oder in Form von immer wiederkehrender Trauer, Einsamkeit und Angst. Manche Kinder lebten mit dem belastenden Gedanken, von ihren Eltern allein gelassen worden zu sein.⁶⁷ Die Schilderungen der Trennung oder gar der vor ihren Augen erfolgten Tötung von Fami-

und der relativ hohen Überlebensrate von Kindern mit falscher Identität hervor. Nach Aussagen verschiedener Mitarbeiter von Minsker Kinderheimen und der Stadtverwaltung war ein Drittel oder sogar die Hälfte der ca. 2.000 Zöglinge allein in Minsker Einrichtungen jüdischer Abstammung. Angaben nach Smilovickij, *Katastrofa evreev* (Anm. 17), S. 74.

64 Zigaretten waren sehr begehrt. Die Stummel wurden von Kindern gesammelt, um sie entweder selbst zu rauchen oder zu verkaufen bzw. gegen andere Dinge zu tauschen. Jakov Kravčinskij rauchte bereits mit acht Jahren »als Abhilfe gegen den ständigen Hunger«, wie er in einem Interview mit der Verfasserin am 30.8.2017 in Minsk erzählte.

65 Von Saal, *Mehr als Opfer* (Anm. 32).

66 *Dokumenty o dviženii vospitanikov detskogo doma za 1942-1945 gg.*, in: DAMV, f. 322, vop. 6, spr. 1, hier S. 34, 216, 227, 239.

67 So glaubte Sonja Glazkova, ihre Eltern seien ohne sie aus Minsk geflohen. VHA, Interview Code 41597.

lienmitgliedern sind besonders klar und emotional; der Verlust, auch wenn er manchmal nur vorübergehend war, wird aus der kindlichen Perspektive als größtmögliche Tragödie beschrieben.⁶⁸ Marat Kuznecov, der die gesamte Besatzungszeit in Kinderheimen und anschließend als Zwangsarbeiter in Deutschland überlebte, schreibt in seinen Erinnerungen, dass kaum etwas seinen Hass auf die Besatzer mehr befeuerte als die Trennung von den Eltern.⁶⁹

Zugleich lässt sich beobachten, dass Kinder den Verlust emotional zu kompensieren suchten und sich bereitwillig auf neue Bindungen einließen. Verwaiste und verwahrloste Kinder fanden ungewöhnlich oft Zuflucht bei fremden Menschen, auch wenn sich aus solchen Konstellationen nicht zwangsläufig familiäre Beziehungen ergaben. Ältere Jungen wurden vielerorts als Tagelöhner von Bauern aufgenommen, denen sie gegen Unterkunft und Verpflegung ihre Dienste (meistens als Hirten) anboten. Mädchen kümmerten sich um den Haushalt und um kleine Kinder. Manchmal gingen solche Zweckgemeinschaften mit einer Adoption einher. Die zwölfjährige Sonja Glazkova wurde im Winter 1944 von einem jungen Paar adoptiert, das einen kleinen Sohn hatte und nach einem Mädchen suchte, das die Eltern während ihrer täglichen Abwesenheit im Haushalt und bei der Kinderbetreuung unterstützte. Obwohl Sonja hart arbeiten musste, entwickelte sie sehr schnell eine enge Beziehung zu ihren neuen Eltern, die sie Mama und Papa nannte.⁷⁰

68 Von diesen Erlebnissen in Interviews zu erzählen, fällt auch über 70 Jahre nach dem Krieg Frauen und Männern gleichermaßen schwer. Jakov Kravčinskij zum Beispiel wurde sehr emotional, als ich ihn nach den Umständen des Todes seines kleinen Bruders im Ghetto fragte, und war außerstande, darüber zu sprechen. Maja Krapina erzählte sehr eindringlich und tränenreich, wie sie ihre Mutter zum letzten Mal sah – aufgehängt auf dem großen Platz im Minsker Ghetto. Interview am 30.8.2017 bzw. 30.8.2016 jeweils in Minsk. Der Trennungsschmerz lässt sich zahlreichen gedruckten und mündlichen Zeugnissen entnehmen. Siehe z. B. die protokollierten Gespräche von Anika Walke mit jüdischen Frauen, in: Anika Walke, *Jüdische Partisaninnen*, Berlin 2007 sowie die literarisierten Interviews der belarussischen Journalistin Alexijewitsch, *Die letzten Zeugen* (Anm. 2). Johannes-Dieter Steinert, der die Erfahrungen von Kinderzwangsarbeitern auf der Grundlage von deren Selbstzeugnissen analysierte, machte die Schilderungen des anhaltenden Trennungsschmerzes, vor allem von der Mutter, sowie des Heimwehs an ihren Aussagen fest. Steinert, *Deportation und Zwangsarbeit* (Anm. 35).

69 Kuznecov, *Éto tože naša istorija* (Anm. 31), S. 80, 127.

70 Ihre Adoptiveltern wussten nicht, dass Sonja ein jüdisches Kind war. Sie wiederum war davon überzeugt, ihre richtigen Eltern für immer verloren zu haben und gewöhnte sich an ihre neue Identität. Während der Befreiung wurde sie zufällig auf der Straße von ihrem Vater entdeckt. Die spätere Trennung von der neuen Familie wird als Konfliktsituation beschrieben, da die Adoptiveltern das Mädchen nicht abgeben wollten und sie selbst eine starke Bindung zu ihnen entwickelt hatte. Sie kehrte zu ihrer leiblichen Familie zurück, pflegte aber ein enges Verhältnis zu den Adoptiveltern. Nach dem Krieg wurden diese allerdings von den Sicherheitsorganen bedrängt und der Mann wegen

Kleine Kinder sehnten sich ganz besonders nach elterlichem Ersatz, und gerade für jüdische Kinder war der Schutz von Erwachsenen von existenzieller Bedeutung. Oft entwickelten sie starke Bindungen zu den »Ersatzeltern«. Maja Krapina, die ihre Mutter im Ghetto verloren hatte, wurde nach ihrer Flucht von einer fremden Frau, Nastja Churs, aufgenommen, die sie bald und dauerhaft Mutter nannte.⁷¹ Auch Tat'jana Vseljubskaja wurde nach ihrer Flucht aus dem Minsker Ghetto von einer unbekanntenen Frau von der Straße aufgelesen. Tat'janas leibliche Mutter fand sie nach dem Krieg zwar wieder, dennoch blieb sie ihrer »zweiten Mutter Fenja«, wie sie ihre Retterin liebevoll bezeichnete, lebenslang verbunden. Ihre eigene Familie wurde auf diese Weise um ein weiteres Familienmitglied erweitert.⁷² Auch Grigorij Ėl'per entwickelte ein enges Verhältnis zu seiner Gastmutter, die er »Oma« nannte.

Wie viele solcher »Ersatzeltern« und »konstruierter Familien« es im Krieg gab, kann heute nicht mehr ermittelt werden. Mit Sicherheit handelte es sich um eine sehr häufige Form von Familienerweiterung, die nicht nur in der BSSR praktiziert wurde. Zugleich kam es vielfach zu regelten Adoptionen von Heimkindern.⁷³ Viele Zusammenschlüsse kamen aus nachvollziehbaren Gründen informell zustande. Nach außen wurden Kinder häufig als Verwandte ausgegeben. Als Grigorij's Vater ihn nach dem Krieg in Minsk suchte, hatte er seiner Auskunft nach innerhalb von nur wenigen Tagen mehr als 30 Kinder in der Gegend gefunden, die ähnlich wie Grigorij als »Verwandte« in fremden Haushalten lebten.⁷⁴ Ein Interviewter aus dem russischen Gebiet Voronež erzählte, dass in seinem Dorf mehrere Familien Minderjährige aus dem benachbarten Kriegsgefangenenlager unter dem Vorwand der Verwandtschaft aus Mitleid bei sich aufgenommen hätten.⁷⁵ Selbst in den Einheiten der Roten Armee und

»Kollaboration« mit den Deutschen verurteilt. Während eines Fluchtversuchs wurde er erschossen. VHA, Interview Code 41597.

71 Die beiden verband ein Leben lang ein sehr inniges Verhältnis. Interview der Verfasserin mit Maja Krapina am 30.8.2016 in Minsk.

72 Sowohl ihre Ersatzmutter Fenja als auch Majas Ersatzmutter wurden in den 1990er Jahren als »Gerechte unter den Völkern« ausgezeichnet. Ebd., Arkad'eva (Hrsg.), *Na peresestkach sudeb* (Anm. 30), S. 9-15.

73 Im Generalkommissariat Weißruthenien bestand die Möglichkeit einer regelten Adoption; die Aufsicht lag beim Weißruthenischen Selbsthilfewerk. Vgl. die Regelung aus dem Jahr 1943 in: NARB, f. 384, vop. 1, spr. 149, S. 4f. Dass davon auch Gebrauch gemacht wurde, lässt sich vielen Quellen entnehmen. Manchmal wurden Heimkinder ohne jegliche Formalitäten abgeholt oder wie Ėl'frida Aslezova »gekauft«. Als achtjähriges Mädchen wurde sie von einer Frau gegen zehn Eier eingetauscht. VHA, Interview Code 29364.

74 Ėl'per, »Tri goda detstva«, in: NARB, f. 359, vop. 1, spr. 3, S. 1-16, hier S. 14.

75 Es handelte sich um eines von insgesamt drei Kriegsgefangenenlagern im Dorf Semidesjatnoe, südwestlich von Voronež, in denen neben erwachsenen Männern ganze Familien und Kinder interniert wurden. Aufgrund der Vielzahl der inhaftierten Zivilisten, des

unter den Partisanen war das Phänomen verbreitet, zumeist Jungen als »Söhne« einer ganzen Einheit zu »adoptieren«.76 Auf diese Weise wurde Majas Bruder Iosif vom Befehlshaber einer Transportabteilung der Roten Armee aufgenommen.77 Es gab auch Fälle von verwaisten Kindern, die fremde Frauen und Kinder »adoptierten«. Anna Černaja aus dem Gebiet Barysaŭ im besetzten Belarus war 12 Jahre alt, als der Krieg begann und sie ihren Vater verlor (die Mutter war bereits zuvor verstorben). Sie blieb allein mit zwei kleineren Geschwistern und nahm eine jüdische Frau mit einem fünfjährigen Mädchen auf, die aus dem Ghetto geflohen waren. Die Frau wurde zur Ersatzmutter und sie alle lebten wie eine Familie auch nach dem Krieg zusammen.78

Zu Familien- und eheähnlichen Gemeinschaften kam es vielfach auch unter den Erwachsenen. Männer – oft waren es versprengte Frontsoldaten und entflozene Kriegsgefangene – suchten häusliche Wärme bei alleinlebenden Frauen. Oft handelte es sich um Zweckgemeinschaften und gegenseitige Hilfe, denn gerade auf dem Land war der Alltag einer Frau mit Kindern physisch äußerst hart. Selbst im Ghetto gingen Erwachsene eheähnliche Beziehungen ein, »um nicht allein zu sein«, wie eine Überlebende gegenüber Anika Walke in einem Interview erzählte.79 Ähnliche Phänomene wurden von Historikern viel-

Hungers und der Misshandlungen wurden diese Lager als Konzentrationslager bezeichnet. Als solche fungierten sie im Protokoll der Außerordentlichen Staatlichen Kommission (ČGK), deren Mitarbeiter unmittelbar nach der Befreiung Befragungen von Augenzeugen in den vormalig besetzten Gebieten durchführten und auf Basis dieser Zeugenaussagen Berichte verfassten. Zu Semidesjatnoe siehe Akte Nr. 20 vom 12.5.1943, in: Elena Malyšev u. a. (Hrsg.), *Bez sroka davnosti: prestuplenija nacistov i ich posobnikov protiv mirnogog naselenija na okkupirovannoj territorii RSFSR v gody Velikoj Otečestvennoj vojny. Voronežskaja oblast: Sbornik dokumentov*, Moskau 2020, S. 281; Interview mit Valentin Kukuev, in: Natal'ja Timofeeva (Hrsg.), »Žutko vspomnitj ...« *Vojna i okkupacija Voronežskoj oblasti v svjdetel'stvach očevidec*, Voronež 2013, S. 54-90, hier S. 65.

76 Schätzungsweise gab es 25.000 Minderjährige in der Armee, 5.000 bei der Marine und 30.000 bis 33.000 in den Partisaneneinheiten. Olga Kucherenko, *Little Soldiers. How Soviet Children Went to War, 1941-1945*, Oxford 2011. Ikonografisch ist die sowjetische literarische Verarbeitung von Valentin Kataev, *Syn Polka (Der Sohn des Regiments)*. Die Geschichte handelt von der Aufnahme eines verwaisten Jungen in ein Artillerieregiment.

77 Vor dieser Begegnung war Iosif nach Deutschland verschleppt worden. Er wurde dort während der Befreiung von seinem »Stiefvater« aufgenommen und nach dem Krieg nach Minsk zurückgebracht. Dann trennten sich ihre Wege. Interview mit Maja Krapina; Niederschrift von Iosif Levin, in: *Belarussisches staatliches Archiv-Museum der Literatur und Kunst (Belaruski dzjaržaŭny archiü-muzej litaratury i mastactva/BDAML.M)*, f. 490. vop. 1, spr. 194, S. 32-36.

78 Arkad'eva (Hrsg.), *Na peresrestkach sudeb (Anm. 30)*, S. 211-216.

79 Interview mit Rita Kaschdan, in: Walke, *Jüdische Partisaninnen (Anm. 68)*, S. 114f. Auch in den Ghettos wurden Kinder informell »adoptiert«. Sonja Glazkova, VHA, Interview Code 41597.

fach in Bezug auf Frauen unter den Partisanen bzw. in den kämpfenden Einheiten der Roten Armee beschrieben, wobei die Frauen solche Beziehungen nicht immer freiwillig eingingen, die sie zudem völlig abhängig von ihren Partnern machten.⁸⁰ Der in solchen Verhältnissen zum Ausdruck kommende Wandel der Sexualmoral gepaart mit wachsender Promiskuität waren nicht nur an der Front, sondern auch im Hinterland und vor allem in den größeren Städten zu beobachten. Die bereits 1942 begonnene Kampagne der sowjetischen Presse zur Verurteilung sexueller Freizügigkeit, die mit der Aufforderung an die Frauen einherging, den kämpfenden Männern treu zu bleiben und auf sie zu warten (berühmt: das Gedicht von Konstantin Simonov »Warte auf mich«), spiegelten solche Verhältnisse.⁸¹ Auch kam es öfters vor, dass sich zwei oder drei Familienmitglieder (meistens Frauen mit Kindern) zu familiären Gemeinschaften zusammenschlossen, um besser mit den Widrigkeiten des Kriegsalltags zurechtzukommen. Auf dem Land gab es solche Wohngemeinschaften häufiger. Aber auch in den Großstädten zogen Menschen aufgrund der Knappheit des Wohnraums zusammen. Nicht selten wuchsen Kinder während des Krieges und unmittelbar danach mit zwei, drei nicht mit ihnen verwandten »Müttern« auf.⁸²

- 80 Derartige ungleiche Beziehungen wurden von Nechama Tec und Annika Walke in Bezug auf die jüdischen Partisaneneinheiten beschrieben. Anders als in der jüdischen Bel'skij-Einheit, die zur Hälfte aus weiblichen Mitgliedern bestand, waren Frauen in den anderen sowjetischen Einheiten und in der Roten Armee zu Beziehungen mit einem höher gestellten Mann quasi gezwungen. Eine solche Frau wurde »Übergangsgattin« oder »Feldgefährtin« (*Pochodno-polevaja žena*) genannt. Nach dem Krieg galten diese Frauen in der Regel als »gefallen«; ihre Kriegserfahrungen bei den Partisanen behielten sie in der Regel für sich. Vgl. Tec, *Bewaffneter Widerstand* (Anm. 44); Walke, *Pioneers and Partisans* (Anm. 44); Euridice C. Cardona/Roger Markwick, »Our Brigade Will Not Be Sent to the Front«: Soviet Women under Arms in the Great Fatherland War, 1941-45, in: *The Russian Review* 68 (2009), 2, S. 240-262, hier v. a. S. 260-262; Svetlana Aleksievich, *U voiny ne ženskoe lico*, Moskau 2016; Jahn, Mascha + Nina + Katjuscha (Anm. 3), hier v. a. Fieseler, *Der Krieg der Frauen* (Anm. 3), S. 11-20; Kerstin Bischl, *Frontbeziehungen. Geschlechterverhältnisse und Gewaltdynamiken in der Roten Armee 1941-1945*, Hamburg 2019.
- 81 Zum Beispiel Moskau siehe: Gregory Malloy Smith, *The Impact of World War II on Women, Family Life, and Mores in Moscow 1941-1945*, Stanford, CA, 1990, S. 260-311; Greta Bucher, *Women, the Bureaucracy and Daily Life in Postwar Moscow, 1945-1953*, Boulder, CO, 2006, S. 180.
- 82 So z. B. im Interview von Zoja Invanovna und Lidija Labockaja im GEHUA-Projekt »Frauen, Gedächtnis, Krieg« (Anm. 20). Ähnliche Befunde im Stalingrader Gebiet: Maria Ryblova/Evgenij Krinko/Tatjana Chlynina (Hrsg.), *Detstvo i vojna: kultura posvednosty, mehanizmy adaptacii i praktiki vyživanija detej v uslovijach velikoj otečestvennoj vojna (na materialach Stalingradskoj bitvy)*, Volgograd 2015, Kap. 4; Lida Pogorschelskaja, in: Alexijewitsch, *Die letzten Zeugen* (Anm. 2), S. 46 f.

3. Formalisierungsformen: Adoptionen, Pflegschaften und Zusammenführungen nach dem Krieg

Erst während des deutsch-sowjetischen Krieges entwickelte sich die Aufnahme von Kindern als freiwilliger Akt der Hilfe aus der Gesellschaft heraus zu einem einmaligen Massenphänomen. Allein im russischen Teil der Sowjetunion wurden 1943 über 100.000 Kinder von fremden Familien aufgenommen.⁸³ Verhältnismäßig viele der aus den westlichen Gebieten evakuierten Kinder wurden von einheimischen Familien in Pflegschaft genommen oder adoptiert. Manche Familien nahmen gleich mehrere Kinder unterschiedlicher Nationalitäten zu sich. Das Ehepaar Šamachmudov in Usbekistan adoptierte 15 evakuierte Kinder.⁸⁴

Sowohl vom sowjetischen Staat als auch von den Verwaltungen der besetzten westlichen Gebiete wurde diese Praxis angesichts des explosionsartigen Anstiegs der Verwahrlosung und Kriminalität unter Minderjährigen als eine willkommene und angesichts fehlender Waisenhäuser zudem kostengünstige Lösung des Problems geschätzt. Die Aufnahme der Kinder in Pflegschaft wurde in der Sowjetunion mit zusätzlichen materiellen Anreizen gefördert, während das Instrument der Adoption in den Medien als patriotischer Akt jeder und jedes Einzelnen inszeniert wurde.⁸⁵ Propagandistisch wurde die Aufnahme fremder Kinder zu einem Anliegen der großen »sowjetischen Familie« umgedeutet, wo-

83 Zum Ende des Jahres 1941 wurden in der RSFSR 89.500 Kinder in der Pflegschaft oder Bevormundung registriert. Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI), f. 1M, op. 7, d. 26, S. 20; RGASPI, f. 1M, op. 7, d. 61, S. 4. Laut der Historikerin Marija Zezina waren im Jahr 1945 in Russland 335.800 Kinder in Pflege- oder Adoptivfamilien untergebracht, während 356.900 in Kinderheimen betreut wurden; 1953 befanden sich 287.600 Kinder in Pflegefamilien und 257.300 in Kinderheimen. Marija Zezina, *Social'naja zaščita detej-sirot v poslevoennye gody (1945-1955)*, in: *Vo prosy istorii* 1999, 1, S. 127-136.

84 Manley, *To the Tashkent Station* (Anm. 23), S. 223 f.

85 Während Adoptionen unmittelbar nach der Revolution verboten und erst 1926 wieder erlaubt worden waren, war die sogenannte Pflegschaft (*patronat*) als lockere Form der Fürsorge auf vertraglicher Basis durchgehend möglich. Sie sah nicht nur materielle Unterstützung der aufnehmenden Familie durch den Staat, sondern auch eine intensive Kontrolle der Lebensbedingungen der Zöglinge vor. Beide Anforderungen konnten jedoch angesichts der extremen sozialpolitischen Instabilität im Land nicht umgesetzt werden. Eine Neuerung laut dem Dekret des Obersten Sowjets vom September 1943 sah u. a. vor, dass adoptierte Kinder den Nachnamen und Vaternamen der Adoptiveltern tragen konnten. Kinder, die über zehn Jahre alt waren, mussten dem zustimmen. Allgemein dazu siehe: Tat'jana Smirnova, *Deti strany Sovetov. Ot gosudarstvennoj politiki k realijam povsednevoj žizni. 1917-1940 gg*, Moskau 2015; dies., *Opyt patronatnogo vospitanija detej v Sovetskoj Rossii i sovremennost'*, <http://childcult.rshu.ru/article.html?id=618906> [14.12.2021]; Rachel Faircloth Green, *Making Kin out of Strangers: Soviet Adoption during and after the Second World War*, in: Nick Baron (Hrsg.),

bei Familien mit adoptierten Kindern das Gefühl vermittelt wurde, blutsverwandten Familien gleichgestellt zu sein.⁸⁶ Im Unterschied zu den früheren Jahren erfolgte die Aufnahme der Kinder in der Kriegszeit spontan und oft ohne jegliche Formalitäten. Jüdische Kinder wie Grigorij lebten als »Verwandte« in fremden Familien, andere wurden wie Maja informell »adoptiert« oder wie Sonja Glazkova mit allen Formalitäten (und Namensänderung) aufgenommen.

Nach der Befreiung der westlichen Gebiete wurde die Formalisierung der zustande gekommenen Pflegeverhältnisse eingeleitet. Spezielle Kommissionen führten eine Bestandsaufnahme und Zählung der in Pflege genommenen Kinder durch. Allerdings ging diese Arbeit angesichts der Zerstörungen und nicht zuletzt aufgrund fehlender menschlicher und materieller Ressourcen nur schleppend voran. Dennoch wurden bereits im Februar 1944 in den befreiten belarussischen Gebieten 7.693 Kinder ohne Eltern registriert. Von diesen befanden sich 1.986 in Pflegschaft, 23 unter Vormundschaft, 829 in Kinderheimen und 66 Kinder waren adoptiert.⁸⁷ 4.789 Kinder wurden mangels einer Alternative vorübergehend auf Familien auf dem Land verteilt, was angesichts der Kriegszerstörungen, mangelnden Wohnraums und herrschenden Hungers eine enorme Belastung für die Aufnahmefamilien bedeutete.⁸⁸ Ende 1945 waren allein in Belarus 26.754 und bis zum Herbst des nächsten Jahres 53.175 Kinder bei Pflegefamilien untergebracht, während Adoption und Vormundschaft (1945 waren es jeweils 657 bzw. 2.741 Fälle) ebenso zunahmen.⁸⁹ Das Verhältnis der

Displaced Children in Russian and Eastern Europe, 1915-1953. Ideologies, Identities, Experiences, Leiden/Boston, MA, 2016, S. 155-186.

- 86 Als Initiatorinnen der Bewegung für die Aufnahme verwaister Kinder zur Pflege oder Adoption werden die Mitarbeiterinnen des Moskauer Betriebs »Roter Hüene« genannt, die ihre Kolleginnen zu ähnlichen Taten aufforderten. Im Jahr 1942 begannen die sowjetischen Zeitungen damit, Briefe enthusiastischer Adoptiveltern zu drucken und die Aufnahme mehrerer Kinder gleichzeitig als eine Heldentat zu inszenieren. Eine Frau aus dem Gebiet Stavropol nahm angeblich 25 Kinder auf und erhielt dafür 1974 posthum den Titel »Heldin der Sowjetunion«. Margarita Zinič, *Povsednevnaja žiznj naroda v gody Velikoj Otečestvennoj vojny*, Moskau/St. Petersburg 2015, S. 190; Manley, *To the Tashkent Station* (Anm. 23), S. 224. Die Rechtsprechung nach dem Krieg privilegierte jedoch trotz der Propaganda die leiblichen Eltern, wenn es zu Streitigkeiten um die adoptierten Kinder kam. Green, *Making Kin out of Strangers* (Anm. 85).
- 87 Bei der Vormundschaft (*opekunstvo*) handelte es sich um eine Form der Fürsorge, die meistens Verwandte, die keine materiellen Vorteile davon hatten, für eine/n Minderjährige/n übernahmen. *Zezina, Social'naja* (Anm. 83), S. 131.
- 88 Bericht über den Stand der Arbeiten bei der Unterbringung von Waisenkindern und Eröffnung von Kinderheimen in den befreiten Gebieten Belorusslands, in: NARB, f. 4p, vop. 17, spr. 31, S. 20f. Hier ist anzumerken, dass Kinder ab 14 Jahren als Lehrlinge auf Betriebe verteilt wurden.
- 89 Die Zahlen setzen sich aus verschiedenen Berichten zusammen: Bericht des Ministeriums für innere Angelegenheiten (*Ministerstvo vnutrennich del; MVD*) an Ponomarenko von 1947, in: NARB, f. 7, vop. 3, spr. 1536, S. 21; Bericht vom September 1945,

Anzahl der Minderjährigen in staatlicher Fürsorge (Kinderheimen) zu denen in fremden familiären Gemeinschaften war ähnlich wie im gesamten russischen Teil der UdSSR.

Zumindest auf dem Papier schien die Unterbringung der Waisen in der »großen sowjetischen Familie« geglückt. Die reale Lage der Kinder war jedoch in einer Vielzahl von Fällen prekär, wie aus zahlreichen zwischenministeriellen Berichten hervorgeht.⁹⁰ Die vorgesehene materielle Hilfe konnte monatelang ausbleiben; aufgenommene Kinder wurden oft als Arbeitskräfte im Haushalt eingesetzt, was bei manchen neben gesundheitlichen Schäden dazu führte, dass sie die Schule nicht besuchen konnten. Oft verbarg sich hinter der »Familie« eine alte Frau, nicht selten sogar die eigene Großmutter, die aus Alters- und Krankheitsgründen ihren Fürsorgepflichten nicht nachkommen konnte. In diesen Fällen übernahmen oft die Kinder die Rolle der Pflegenden. Grundsätzlich hatten die zuständigen Organe nur einen sehr begrenzten Einblick in die realen Verhältnisse in den Pflegefamilien. Noch im Jahr 1947 wurden die persönlichen Akten von amtlich registrierten Pflegekindern als »chaotisch« beschrieben, mancherorts waren Dokumentationen erst gar nicht vorhanden und die zuständigen Inspektionsorgane nicht handlungsfähig.⁹¹ Dennoch blieb die familiäre Fürsorge verwaister Kinder auch nach dem Krieg erstaunlich beliebt und wurde vom Staat weiterhin favorisiert.⁹² Damit wurde die bereits im Krieg und vor allem in den umkämpften bzw. besetzten Gebieten der UdSSR praktizierte Aufnahme von fremden, oft jüdischen Kindern, als Familienmitglied in formalisierter Form fortgesetzt.

Wie es den Kindern in den neuen Familien erging, kann man nur vermuten. Die Erfahrungen waren so vielfältig wie die Biografien. Nicht alle adoptierten Kinder akzeptierten ihre neue Familie.⁹³ Zeitzeugen geben dennoch oft zu verstehen, dass sie für jede Art der Fürsorge dankbar waren, auch wenn sie in

in: NARB, f. 4p, vop. 17, spr. 31, S. 201; Bericht über die Arbeit der Kommissionen aus dem Jahr 1946, in: NARB, f. 7, vop. 3, spr. 1516, S. 53, 105. Adoptionen nahmen auch in Russland zu. Vgl. Green, *Making Kin out of Strangers* (Anm. 85), S. 170f.

90 So im Bericht über die Arbeit der für die Unterbringung verwaister Kinder zuständigen Kommissionen vom Januar 1947, NARB, f. 7, vop. 3, spr. 1536, S. 43-48. Mehr dazu bei Yuliya von Saal, *Kriegskindheiten in der besetzten Sowjetunion. Grunderfahrungen einer heterogenen Generation*, in: Sybille Steinbacher/Jürgen Zarusky (Hrsg.), *Der deutsch-sowjetische Krieg (1941-1945). Geschichte und Erinnerung. Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte*, Bd. 18, Göttingen 2020, S. 131-159.

91 NARB, f. 7, vop. 3, spr. 1536, S. 44; NARB, f. 4p, vop. 17, spr. 52, S. 155-165; ähnlich in Russland: Green, *Making Kin out of Strangers* (Anm. 85), S. 177.

92 Von der Praxis der Pflegschaft nahm man zunehmend Abstand; 1968 wurde die Pflegschaft ganz verboten. An ihre Stelle traten weniger eigennützige Verhältnisse wie Adaption und Vormundschaft.

93 Zu Komplikationen siehe Green, *Making Kin out of Strangers* (Anm. 85).

der Familie nicht die gleiche Behandlung erfahren wie die leiblichen Kinder oder, wie etwa Sonja Glazkova, in die Rolle der Fürsorgenden für den kleinen Adoptivbruder wechselten. Besonders ausgeprägt waren die Dankbarkeit und die Akzeptanz von Ersatzeltern bei den jüdischen Überlebenden. Heimkinder wünschten sich vielfach sehnlichst eine neue Familie. Als Sonja Glazkova zur Adoption ausgesucht wurde, soll es ein lautes Geschrei unter den Kindern im Kinderheim gegeben haben. »Nehmt mich, nehmt mich« – mit dieser Aufforderung hätten alle auf sich aufmerksam machen wollen.⁹⁴ Besuche potenzieller Pflegefamilien in den Heimen waren offenbar etwas ganz Besonderes. Nach dem Krieg verband jedes Kind damit die Hoffnung, von den eigenen Eltern gefunden zu werden. Die Wiedervereinigungen waren in der Regel ein kollektives Ereignis, bei dem alle Kinder und Erzieher anwesend waren und die Emotionen der Glücklichen teilten. Die Kehrseite waren die Trennung von den Freunden und die schmerzliche Enttäuschung der übrig gebliebenen Kinder, nicht der oder die »Gefundene« zu sein. Als Chasja ihre kleine Tochter im Kinderheim des Gebiets Kujbyšev abholte, freuten sich, ihrer Erinnerung zufolge, alle Kinder mit ihr. Ihre Freude ging jedoch schnell in bitterliches Weinen über.⁹⁵

Manche Kinder mussten jahrelang auf ihre Eltern warten und nicht alle erlebten das Glück, gefunden oder von einer Familie adoptiert zu werden. Die Suche war langwierig und kompliziert, erschwert durch die chaotische Repatriierung von Minderjährigen aus dem Westen, durch die Reevakuierungen sowie durch die unionsweit weiterhin wachsenden Zahlen von verwahrlosten Kindern.⁹⁶ Chasja benötigte drei Jahre, um ihre Tochter zu finden. Eher zufällig entdeckte sie in Berlin den Namen ihrer Tochter auf einer Liste der Kinder, die aus Deutschland in das Gebiet Kujbyšev (heute Samara) im Südosten des europäischen Teils Russlands repatriert worden waren. Alle ihre vorherigen Gesuche um Aufklärung liefen ins Leere, was noch einmal verdeutlicht, wie wenig

94 VHA, Interview Code 41597. Ähnliche Szenen werden von anderen Zeitzeugen beschrieben. Als »Glückspilze« galten Kinder, die Adoptiveltern fanden. Alla Rakovščik schildert, dass sie sehr unglücklich war, als eines Tages ihre Freundin und nicht sie für die Adoption ausgesucht wurde. VHA, Interview Code 36510. Lidia Petrova erzählt, dass sie bei jeder neuen »Delegation« von Erwachsenen im Kinderheim hoffte, von einer »guten Familie« – als solche galten wohlhabende Interessenten – ausgesucht und adoptiert zu werden. Lidia Petrova, VHA, Interview Code 39545.

95 Archiv Chasi Pruslinoj, Minskoe getto (Anm. 51), S. 115.

96 Die Gründe für die anhaltende Verwahrlosung von Kindern waren vielfältig: Neben den Kollateralschäden des Krieges spielte der zeitgleich fortgesetzte Zerfall von Familien, die Hungerperiode der Jahre 1946/47 und die repressive stalinistische Politik eine Rolle. Bis in die fünfziger Jahre stieg die Zahl der registrierten Straßenkinder an, wobei der Anteil der Vollwaisen immer geringer wurde. Mehr dazu bei: Ganson, *Detskaja smertnost'* (Anm. 13); von Saal, *Kriegskindheiten* (Anm. 90).

systematisch alleinstehende Kinder erfasst wurden.⁹⁷ Das Auffinden jüdischer Kinder, die unter falschem Namen lebten, glich gewissermaßen einem Wunder.⁹⁸ Die Suche verlief zumeist über Mundpropaganda. Ähnlich wie der Vater von Grigorij Ėl'per durchkämmten die verbliebenen Verwandten Ortschaften, Bauernhöfe und Kinderheime, was mehrere Jahre in Anspruch nehmen konnte. Manche Wiederbegegnungen kamen zufällig zustande und muten heute wie ungläubwürdige Filmszenen an. Sonja Glazkova wurde von ihrem Vater aus der Marschkolonnie heraus erkannt, als sie zusammen mit ihrem Adoptivbruder für eine kurze Zeit nach den Befreiern Ausschau hielt. So fand sie zu ihrer leiblichen Familie zurück, behielt aber einen engen Kontakt zu ihren Adoptiveltern. Auch Marat Kuznecov traf seine Eltern zufällig an dem Tag (3.9.1945), an dem er aus Deutschland nach Minsk zurückkam und seinen Eltern neben dem Bahnhof begegnete. Eigentlich war er auf dem Weg in ein Kinderheim, um dort als Waise registriert zu werden.⁹⁹

In den überlieferten Unterlagen der Kinderaufnahme- und Verteilungsstelle (DPR)¹⁰⁰ der Stadt Minsk finden sich zahlreiche schriftliche Suchanträge von Eltern und teilweise auch von aktiv gewordenen Kindern.¹⁰¹ Wie viele dieser Gesuche zum Erfolg führten, lässt sich nicht rekonstruieren. Allein schon die Tatsache, dass die Behörden über keine systematische Dokumentation verfügten, lässt eine allzu große Erfolgsquote zweifelhaft erscheinen. Außer der DPR-Dokumentation, die Angaben lediglich zu einem Teil der durch die Organe des Innenministeriums der UdSSR erfassten Kinder beinhaltete, gab es keine vollständigen Namensregister.

97 Archiv Chasi Pruslinoj, Minskoe getto (Anm. 51), S. 114f.

98 Manche fanden einander erst 55 Jahre nach dem Krieg wieder. Smilovickij schildert das Schicksal einer jüdischen Familie, die ihr bereits zu Beginn des Krieges verloren gegangenes Kind nach dem Krieg in den entferntesten Teilen der Union gesucht hatte, ohne zu ahnen, dass es ganz in der Nähe, in Minsk, lebte. Der Kreis schloss sich erst in den 1990er Jahren in Israel. Smilovickij, Katastrofa evreev (Anm. 17), S. 76.

99 Kuznecov, Ėto tože naša istorija (Anm. 31), S. 359.

100 Ab 1942 war es die Aufgabe des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten der UdSSR, obdachlose Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren zu erfassen. Zunächst wurden sie in sogenannte DPRs (*Detskije priemniki raspredeliteli*/Kinderaufnahme- und Verteilungsstellen) aufgenommen, um dann auf Kinderheime, Familien, Kinderstrafkolonien oder Berufsschulen verteilt zu werden. In der gesamten UdSSR gab es im Jahr 1947 ein Netz von 336 DPRs. Zu Zuständigkeiten und Organisation siehe ausführlich: Olga Kucherenko, Soviet Street Children and the Second World War. Welfare and Social Control under Stalin, London u. a. 2016; Elena Zubkova/Tat'jana Žukova (Hrsg.), Na »kraju« sovetskogo obščestva. Social'nye marginaly kak ob'ekt gosudarstvennoj politiki 1945-1960-e gg., Moskau 2010, S. 19.

101 DAMV, f. 1678, vop. 1, spr. 6, 16, 18.

4. Schluss

Obwohl Familie als soziale Institution bereits vor dem Krieg labil und Phänomene wie Kinderverwaisung und -verwahrlosung in der Sowjetunion allgegenwärtig waren, war es der deutsch-sowjetische Krieg, der eine erneute Welle der Verwahrlosung von Kindern und der Auflösung von Familien freisetzte. Von einer Trennung war fast jede sowjetische Familie betroffen: sowohl im vom Krieg verschonten Hinterland als auch unter deutscher Besatzung und an der Front. In den umkämpften und besetzten Gebieten erfolgten Familientrennungen oft abrupt und dramatisch. Sie beschränkten sich nicht »nur« auf den Verlust eines Familienmitglieds, in der Regel eines einberufenen oder gefallenen Vaters. Sehr viele Kinder wurden von ihren beiden Eltern gleich zu Beginn des Krieges getrennt. Anders als im Hinterland war auch der Tod von Müttern eine weit verbreitete Erfahrung, wobei jüdische Kinder von diesem Verlust am meisten betroffen waren, sofern sie selbst überlebten. Die Trennung von ihrer Familie war für sie die Voraussetzung, um zu überleben.

Familientrennungen und -auflösungen waren allgegenwärtig. Allein vor diesem Hintergrund drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass das Konzept der Kernfamilie im Krieg extremen Deformationen ausgesetzt war. Schließlich lösten sich Millionen von Familien als eine biologisch verbundene Einheit auf; sie gingen kriegsbedingt auseinander und fanden oft nicht mehr zusammen. Ihre Reproduktions- und Sozialisationsfunktion wurde dabei massiv geschädigt. In der Gesellschaft wurde Familie als normative und soziale Einheit aber keineswegs in Frage gestellt. Stattdessen wurde sie umgedeutet und neu konfiguriert. Jüdische Familien lösten sich auf, um die Überlebenschancen der Mitglieder, vor allem der Kinder, zu steigern. Auf Zerfall und Trennung folgten die Neukonstruktion familiärer Gemeinschaften und die Entstehung von »Ersatzfamilien«, die oft und gerade für Kinder lebensrettend waren. Dabei nahmen die Zusammenschlüsse nicht unbedingt offizielle Formen an; es handelte sich oft um vorübergehende Zweckgemeinschaften. Die Aufnahme von fremden Kindern wurde in der gesamten Sowjetunion dennoch zu einem Massenphänomen, das sich auf Grund einer Vielzahl formloser Adoptionen einer Quantifizierung entzieht. Der stalinistische Staat förderte diese Praxis als eine Form der sozialen Fürsorge und definierte sie zum sowjetischen Mythos von der einheitlichen kollektiven Familie um.¹⁰² Der Zusammenschluss Erwachsener zu

102 Juliane Fürst, *Between Salvation and Liquidation: Homeless and Vagrant Children and the Reconstruction of Soviet Society*, in: *Slavonic and East European Review (SEER)* 86 (2008), 2, Special Issue: *The Relaunch of the Soviet Project: The USSR 1945-64*, S. 232-258.

außerehelichen »Familien auf Zeit« und die laxer Sexualmoral wurden hingegen offiziell verurteilt, wenn auch aus Gründen der Geburtenförderung geduldet.

Zu den Spezifika des Wandels gehörte auch eine massive Öffnung der Grenzen innerhalb und am Rand der Familie. Die Grenzen zwischen einzelnen Subsystemen (Eltern-, Großeltern- und Geschwistersystem) wurden verwischt, da Kinder oft die Rolle der Eltern, die größeren Söhne die der abwesenden Väter, die Mädchen die von Frauen und Müttern und die Großeltern die der Eltern übernahmen. Familien wurden ferner auf der Ebene einer Generation quasi erweitert – meistens durch die Annahme und Adoption fremder Kinder. An die Stelle der – zumindest in den Groß- und Industriestädten der Sowjetunion nach wie vor als sowjetisches Modell relevanten – biologischen Kernfamilie (Vater, Mutter, Kind) trat vielfach eine spezielle Einheit, zusammengesetzt aus mehreren und nicht zwangsläufig verwandten Personen und sogar Generationen. Es entstanden familienähnliche Gemeinschaften, die für eine Vielzahl von Menschen zum Rückzugs- und Überlebensort wurden. Dabei waren es nicht nur allein gebliebene und schutzbedürftige Kinder, sondern oft Erwachsene, die eine Art Ersatz für ihre verlorenen Familienmitglieder suchten und ein solches Substitut auch fanden. Ein belarussisches Mädchen erinnert sich an eine »Tante Morosowa«, mit der sie zusammen mit der leiblichen Mutter und dem Bruder die Evakuierung im Gebiet Stalingrad erlebte: »Sie hatte zwei Kinder verloren und lebte allein. Sie sparte sich für uns alles vom Munde ab, wie unsere Mama. Eine Fremde, die im Krieg für uns zur Verwandten wurde. Als mein Bruder größer war, sagte er, wir haben keinen Papa, aber dafür zwei Mamas: Unsere Mama und Tante Tanja. So wuchsen wir auf. Mit zwei, drei Müttern ...«¹⁰³

Diese Jahrzehnte nach dem Krieg aufgenommene Erinnerung kann zwar als verklärend interpretiert werden, sie spiegelt sich jedoch in zahlreichen familienähnlichen Konstellationen des Kriegsalltags wider. Vor allem auf dem Land scheint eine lose Form des Zusammenlebens weit verbreitet gewesen zu sein, was in gewisser Kontinuität zur traditionellen Lebensweise in einer großen Hofgemeinschaft vor dem Krieg steht. Allerdings handelte es sich dabei mitnichten um ein spezifisch belarussisches Phänomen, was sowohl Studien aus den russischen Kriegsgebieten¹⁰⁴ als auch die beschriebene und weit verbreitete Praxis

103 Lida Pogorshelskaja, in: Alexijewitsch, Die letzten Zeugen (Anm. 2), S. 46 f.

104 So die Studie zum Stalingrader Gebiet von Ryblova/Krinko/Chlylnina (Hrsg.), *Detstvo i vojna* (Anm. 82). Die Thematik fand vereinzelt Echo in der Literatur. Die wenig bekannte Erzählung von Andrej Platonov »Die Rückkehr«, die zum ersten Mal unter der Überschrift »Ivanovs Familie« 1946 in der Zeitschrift »Novyj Mir« erschien, ragt hier ganz besonders heraus. Platonov lieferte eine scharfsinnige Beobachtung des familiären Lebens in der sowjetischen Kriegs- und Nachkriegsgesellschaft, in der die von der Front zurückgekehrten Väter Schwierigkeiten hatten, wieder eine Verbindung zu ihren inzwischen entfremdeten Frauen und Kindern zu finden. Wie kein anderer

von Kinderadoption in der gesamten UdSSR bestätigen. Es ist offensichtlich, dass die Gesellschaft sich dem Kriegsgeschehen und dessen Folgen überall pragmatisch anpasste. Nur dank der Flexibilität und der Familie als kollektiver Einheit konnten viele den Krieg überhaupt überleben. Als Versorgungs- und Verantwortungsgemeinschaft, als Überlebenszelle, als emotionaler Rückzugsort gewann die Familie enorm an Bedeutung, auch wenn und gerade weil deren ursprüngliche Mitglieder getrennt wurden oder umkamen.

Die Offenheit des familiären Lebens lässt sich allerdings auch als Auflösungserscheinung der sowjetischen Familie interpretieren, was das offizielle Bild einer traditionellen, fast schon »bürgerlich« anmutenden »Normalität« nach dem Krieg konterkarierte. Denn trotz intensivierter Propagierung eines konservativen Familienbildes und der verschärften Scheidungsregelungen im Sommer 1944 stieg die Zahl der Trennungen, von denen viele ohne formale Scheidung erfolgten, kontinuierlich an. Die Männer, die aus dem Krieg zurückgekommen waren, verließen oft ihre alten Familien und gründeten eine neue; viele führten illegitime Beziehungen. Die Polygamie und die wachsende Zahl von außerehelichen Geburten – allein zwischen 1945 und 1958 waren unionsweit 10,6 Millionen vaterlose Kinder registriert – wurden durch die neuen Gesetze vom Sommer 1944 sogar stimuliert.¹⁰⁵ Das Problem der männlichen Promiskuität war indes so allgegenwärtig, dass es zunehmend zum Gegenstand parteiinterner Disziplinierungsverfahren wurde.¹⁰⁶ Kernfamilien, bei denen Mutter und Vater mit ihren leiblichen Kindern harmonisch in einem Haushalt lebten, waren nach dem Krieg eine Ausnahmeerscheinung, »mutterzentrierte«

thematisiert Platonov nicht nur die verbreitete Praxis der hier beschriebenen Familienweiterungen, sondern auch die Verschiebungen in der generationalen Ordnung und das Phänomen der Parentifizierung bei Kindern. Platonovs Realismus wurde als »schmutzig« und »verleumderisch« kritisiert; die Erzählung konnte erst 1962, elf Jahre nach Platonovs Tod, veröffentlicht werden.

105 Zur Statistik siehe Poljakov/Žiromskaja, *Naselenie Rossii v XX veke* (Anm. 18), S. 351.

106 Familieninterne Konflikte wurden zwar zunehmend öffentlich ausgetragen, doch die »Bestrafung« der angeprangerten Männer fiel relativ mild aus. Wie Edward Cohn in seiner Studie über das parteiinterne Disziplinierungssystem der KPdSU zwischen 1945 und 1964 darlegt, konnten die Männer ihre Parteizugehörigkeit behalten und bekamen eine »zweite Chance«. Die sogenannten innerfamiliären »Verfehlungen« (Polygamie und Vernachlässigung von Kindern) führten dennoch zunehmend zum Parteiausschluss und machten 9,22 % im Jahr 1951 gegenüber nur 7 % im 1949 aus. Eine der Hauptschlussfolgerungen in Cohns Studie ist, dass das Regime zwar weniger repressiv, jedoch »intrusiver« – übergriffig ins Private hinein – wurde. Das Verhalten von untreuen Eheleuten oder nachlässigen Eltern wurde zunehmend öffentlich. Edward Cohn, *The High Title of a Communist. Postwar Party Discipline and the Values of the Soviet Regime*, DeKalb, IL, 2015; ders., *Sex and the Married Communist: Family Troubles, Marital Infidelity, and Party Discipline in the Postwar USSR, 1945-64*, in: *The Russian Review* 68 (July 2009), 3, S. 429-450.

und nicht registrierte Familienhaushalte bzw. familienähnliche Gemeinschaften weiterhin die Regel.¹⁰⁷

Trotz der vielen sozialen Verwerfungen infolge des Krieges trat dennoch keine »Entfamilisierung« der Gesellschaft ein. Die permanente Refiguration von familienähnlichen Gemeinschaften lässt sich im Gegenteil als Ausdruck des Verlangens nach einem familiären, intimen Schutzraum interpretieren. Die ebenso als verklärend wirkende Behauptung einer weiteren Zeitzeugin, dass der Krieg trotz seiner Gewaltsamkeit die Menschen zusammengebracht habe,¹⁰⁸ findet am Beispiel der Familie eine plakative Bestätigung. Und indem all die losen Formen des Zusammenlebens gesellschaftlich akzeptiert und seitens des Staates geduldet wurden, entwickelte sich die sowjetische Familie sogar – so paradox es klingen mag – ein Stück weit zu einem Ort der Intimität und Privatheit.¹⁰⁹

107 Jennifer Utrata, *Women without Men. Single Mothers and Family Change in the New Russia*, New York 2015.

108 Labockaja Lidija im Interview, in: GEHUA.

109 Dass die Familie nach dem Krieg zunehmend zum Raum des Privaten wurde und an Wert gewann, bestätigen einige Studien. Vladimir Shlapentokh, *Public and Private Life of the Soviet People. Changing Values in Post-Stalin Russia*, New York/Oxford 1989; Liegle, *Familienerziehung und sozialer Wandel* (Anm. 10).

ABKÜRZUNGEN

Nicht aufgenommen sind gängige Abkürzungen.

A.	Akte
A. K.	Armeekorps
AKHOUSBU	Archiv der Abteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine in der Chersoner Region (Arkhiv Khersons'koi oblasti Upravlinnia služby bezpeki Ukrainy)
AOK	Armeeoberkommando
APŁ	Archiwum Państwowe w Łodzi
APP	Archiwum Państwowe w Poznaniu
Az.	Aktenzeichen
AŽIH	Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau (Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego)
BArch	Bundesarchiv
BAVG	Belarussisches Archiv der mündlichen Geschichte (Belaruskі Archiū vusnaj gistoryi)
BDAMLM	Belarussisches staatliches Archiv-Museum der Literatur und Kunst (Belaruskі dzjaržaū ny archiū muzej litaratury i mastactva)
BDM	Bund Deutscher Mädel
BfZ	Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BSB	Bayerische Staatsbibliothek München
BSSR	Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik
ČGK	Außerordentliche Staatliche Kommission
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAKHO	Staatsarchiv der Chersoner Region
DAKO	Staatsarchiv der Kirovograder Region
DAMV	Staatsarchiv des Minsker Gebiets (Dzjaržaū ny archiū minskaj voblasci)
DATO	Staatsarchiv der Ternopiler Region (Deržavnyi arkhiv Ternopil'skoi oblasti)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
dgf.	durchgeführt

DGT	Deutscher Gemeindetag
DP	Displaced Persons
DPR	Kinderaufnahme- und Verteilungsstellen in der Sowjetunion (Detskije priemniki raspredeliteli)
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DRZW	Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg
DTA	Deutsches Tagebucharchiv Emmendingen
DVL	Deutsche Volksliste
EheG	Ehegesetz
EHU	European Humanities University
EWZ	Einwandererzentralstelle
FZH-Archiv	Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Archiv
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
GDA SBU	Staatsarchiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine
GEHUA	Gender EHU Archiv
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GHI	German Historical Institute
GULag	Straf- und Arbeitslager in der Sowjetunion (Glawnoje uprawlenije isprawitelno-trudowych lagerej i kolonij)
HJ	Hitlerjugend
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
IfZ	Institut für Zeitgeschichte München–Berlin
IKG	Israelitische Kultusgemeinde
IMT	International Military Tribunal
IPN	Institut des Nationalen Gedenkens Warschau (Instytut Pamięci Narodowej)
IRO	International Refugee Organization
ITS	International Tracing Service
JDC	Joint Distribution Committee
KdF	Kraft durch Freude
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ	Konzentrationslager
LG	Landgericht
MSPT	Museumsstiftung Post und Telekommunikation Berlin
MVD	Ministerium für innere Angelegenheiten der Sowjetunion (Ministerstvo vnutrennich del)
NA IRI RAN	Wissenschaftliches Archiv des Instituts für Russische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau

NARA	National Archives and Records Administration Washington D. C.
NARB	Nationalarchiv der Republik Belarus (Nacyjanal'ny archiŭ Rėspubliki Belarus')
NKWD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der Sowjetunion (Narodny kommissariat wnutrennich del)
NLA HA	Niedersächsisches Landesarchiv – Standort Hannover
NS	Nationalsozialismus/nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NSZ	Nationalsozialistische Zeitung Rheinfront
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OLG	Oberlandesgericht
o. S.	ohne Seite/ohne Seitenangabe
PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Berlin
PK	Propagandakompanie
RFSS	Reichsführer-SS
RGASPI	Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte
RGBL	Reichsgesetzblatt
RKF	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RM	Reichsmark
RMdI	Reichsministerium des Inneren
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RuSHA	Rasse- und Siedlungshauptamt der SS
SD	Sicherheitsdienst
SEER	Slavonic and East European Review
Sign./Sygn.	Signatur
SoPaDe	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
SS	Schutzstaffel
SS-Gruf.	SS-Gruppenführer
SS-HStuf.	SS-Hauptsturmführer
SS-Oberf.	SS-Oberführer
SS-Ostuf.	SS-Obersturmführer
SS-Stubaf.	SS-Sturmbannführer
SSPF	SS- und Polizeiführer
StAM	Staatsarchiv München
StANW	Stadtarchiv Neustadt an der Weinstraße
Staw	Stadtarchiv Worms

StdAM	Stadtarchiv München
SuStB	Staats- und Stadtbibliothek Augsburg
TWC	Trials of War Criminals
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
USC	University of Southern California
USHMM	United States Holocaust Memorial Museum Washington
UWZ	Umwandererzentralstelle der Sicherheitspolizei und des SD
VEJ	Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945 (Edition)
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VHA	USC Shoah Foundation Visual History Archive
VoMi	Volksdeutschen Mittelstelle
ZzG.	Zeitzeugengespräch

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN DIESES BANDES

MARCEL BRÜNTRUP, M.A., Doktorand an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; veröffentlichte u. a.: *Verbrechen und Erinnerung. Das »Ausländerkinderpflegeheim« des Volkswagenwerks, Göttingen 2019; Rühren Baby Case. Der Prozess um das »Ausländerkinderpflegeheim« des Volkswagenwerks, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), Alliierte Prozesse und NS-Verbrechen, Bremen 2020, S. 131-141.*

ANNEMONE CHRISTIANS, Dr., Stellvertretende Direktorin des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln; veröffentlichte u. a.: *Amtsgewalt und Volksgesundheit. Das öffentliche Gesundheitswesen im nationalsozialistischen München, Göttingen 2013; Tinte und Blech. Eine Pilotstudie zu Fritz Beindorff (1860-1944) und den Günther Wagner Pelikan-Werken im Nationalsozialismus, Hannover 2018; Das Private vor Gericht. Verhandlungen des Eigenen in der nationalsozialistischen Rechtspraxis, Göttingen 2020.*

CARLOS ALBERTO HAAS, Dr., Akademischer Rat a. Z. am Lehrstuhl für Neueste Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München; veröffentlichte u. a.: *Transformations of the »Private«: Proximity and Distance in the Spatial Confinement of the Ghettos in Occupied Poland, 1939-1942, in: Elizabeth Harvey/Johannes Hürter/Maiken Umbach/Andreas Wirsching (Hrsg.), Private Life and Privacy in Nazi Germany, Cambridge 2019, S. 331-352; Das Private im Ghetto. Jüdisches Leben im deutsch besetzten Polen 1939 bis 1944, Göttingen 2020.*

ISABEL HEINEMANN, Dr., Professorin für Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; veröffentlichte u. a.: *Wert der Familie. Ehescheidung, Frauenarbeit und Reproduktion in den USA des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston 2018; »Keimzelle des Rassenstaates« oder »privater Rückzugsort«? Die Bedeutung der Familie in der nationalsozialistischen Germanisierungs- und Vernichtungspolitik, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 34: Klaus Latzel/Elissa Mailänder/Franka Maubach (Hrsg.), Geschlechterbeziehungen und Volksgemeinschaft, Göttingen 2018, S. 133-153; Die patriarchale Familie als »Keimzelle« der Demokratie – oder deren größte Bedrohung? Konflikte um den Wert der Familie in der Bundesrepublik, in: Diskussion: Geschlecht und Demokratie (hrsg. mit Martina Steber), Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69 (2021), S. 701-711.*

JOHANNES HÜRTER, Dr., Leiter der Forschungsabteilung München des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin und apl. Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; veröffentlichte u. a.: *Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42*, München 2006; als Hrsg. mit Elizabeth Harvey, Maiken Umbach und Andreas Wirsching, *Private Life and Privacy in Nazi Germany*, Cambridge 2019; als Hrsg. mit Thomas Raithel und Reiner Oelwein, »Im Übrigen hat die Vorsehung das letzte Wort...« *Tagebücher und Briefe von Marta und Egon Oelwein 1938-1945*, Göttingen 2021.

KATHRIN KIEFER, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Universität Koblenz-Landau und Doktorandin an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; veröffentlichte u. a.: mit Fabian Benkowsch und Markus Raasch, *Die Soldatenfamilie aus Kindersicht. Ein Beitrag zur Gesellschaftsgeschichte der beiden Weltkriege in akteurszentrierter Perspektive*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 103 (2016), Heft 3, S. 287-315; als Hrsg. mit Lisa Lüdke, Markus Raasch und Verena Schmehl, *Kinder im Krieg – Rheinland-pfälzische Perspektiven vom 16.-20. Jahrhundert*, Berlin 2018; *Geschwisterbeziehungen im Zweiten Weltkrieg. Zur Bedeutung von Familienmitgliedern in Krisenzeiten*, in: *Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft* 26 (2019), S. 253-276.

WIEBKE LISNER, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ethik, Geschichte und Philosophie der Medizin der Medizinischen Hochschule Hannover; veröffentlichte u. a.: »Hüterinnen der Nation«? Hebammen im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M./New York 2006; »A Birth is Nothing out of the Ordinary Here ...« *Mothers, Midwives and the Private Sphere in the »Reichsgau Wartheland« 1939-1945*, in: Elizabeth Harvey/Johannes Hürter/Maiken Umbach/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Private Life and Privacy in Nazi Germany*, Cambridge 2019, S. 304-330; *Midwifery under German Occupation – in the Litzmannstadt Ghetto and in Annexed Western Poland, 1939-1945*, in: Miriam Offer (Hrsg.), *Jewish Women Medical Practitioners in Europe before, during and after The Holocaust*, in: *Nashim. A Journal of Jewish Women's Studies & Gender Issues* 36 (2020/5780), S. 86-116.

CHRISTIAN PACKHEISER, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin; veröffentlichte u. a.: *Personal Relationships between Harmony and Alienation: Aspects of Home Leave during the Second World War*, in: Elizabeth Harvey/Johannes Hürter/Maiken Umbach/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Private Life and Privacy in Nazi Germany*, Cam-

bridge 2019, S. 233-255; Heimaturlaub. Soldaten zwischen Front, Familie und NS-Regime, Göttingen 2020.

KATERINA PIRO, M.A., Doktorandin der Wirtschaftsgeschichte an der Universität Mannheim; veröffentlichte u. a.: Kinderwunsch im Krieg: Kriegserfahrung und Fertilität in Deutschland im Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (2018), S. 471-506; Bewusste Familienplanung 1900: Generatives Verhalten von Pfarrehepaaren in Ego-Dokumenten, in: Anne Conrad (Hrsg.), Spannungen. Religiöse Praxis und Theologie in geschlechtergeschichtlicher Perspektive, St. Ingbert 2019, S. 235-278; Liebe macht mobil. Bürgerliche Heirat, räumliche Mobilität und Geschlecht im langen 19. Jahrhundert, in: Maren Bagge/Nicole K. Strohmann (Hrsg.), Kulturelles Handeln. Macht. Mobil. Interdisziplinäre Studien zur gender- und musikbezogenen Mobilitätsforschung, Stuttgart 2022 (im Erscheinen).

MARKUS RAASCH, PD Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Zeitgeschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; veröffentlichte u. a.: als Hrsg. mit Alexander Denzler und Stefan Grüner, Kinder und Krieg. Von der Antike bis in die Gegenwart, München 2016; als Hrsg. mit Stefan Grüner, Zucht und Ordnung. Gewalt gegen Kinder in historischer Perspektive, Berlin 2019; Militärische Jugenderziehung vor dem und im Ersten Weltkrieg. Eine erweiterte Institutionengeschichte, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 80 (2021), S. 1-35.

OLGA RADCHENKO, Dr., Associate-Professorin an der Bogdan Chmelnytski Universität Tscherkassy (Ukraine); veröffentlichte u. a.: Ukrainische Kriegskinder. Gespaltenes Gedächtnis im Spiegel der Zeit, in: Francesca Weil/André Postert/Alfons Kenkmann (Hrsg.), Kindheiten im Zweiten Weltkrieg, Halle (Saale) 2018, S. 374-393; Jüdische Nisko-Deportierte in der Sowjetunion, in: Christine Schindler (Hrsg.), Nisko 1939. Die Schicksale der Juden aus Wien, Wien 2020, S. 229-249; Nichtjüdische Frauen und der Holocaust in der Ukraine (1941-1943): Wahrnehmung und Handlungsoptionen, in: Vincent Streichhahn/Riccardo Altieri (Hrsg.), Krieg und Geschlecht im 20. Jahrhundert. Interdisziplinäre Perspektiven zu Geschlechterfragen in der Kriegsforschung, Bielefeld 2021, S. 165-186.

CORNELIA RAUH, Dr., Professorin für Deutsche und europäische Zeitgeschichte an der Leibniz Universität Hannover; veröffentlichte u. a.: Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918-1939, Sigmaringen 1991; als Hrsg. mit Mathias Beer und Dietrich Beyrau, Deutschsein als Grenzerfah-

rung. Minderheitenpolitik in Europa zwischen 1914 und 1950, Essen 2009; als Hrsg. mit Arnd Reitemeyer und Dirk Schumann, Kriegsbeginn in Norddeutschland. Zur Herausbildung einer »Kriegskultur« 1914/15 in transnationaler Perspektive, Göttingen 2015.

YULIYA VON SAAL, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin; veröffentlichte u. a.: KSZE-Prozess und Perestrojka in der Sowjetunion. Demokratisierung, Werteumbruch und Auflösung 1985-1991, München 2014; Anonyma: »Eine Frau in Berlin«. Geschichte eines Bestsellers, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 67 (2019), S. 343-376; Mehr als Opfer. Kriegskinder und ihr Überleben in den Kinderheimen im besetzten Belarus, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 68 (2020), Heft 3-4, S. 403-431.

LU SEEGER, Dr., Privatdozentin an der Universität Hamburg, assoziierte Mitarbeiterin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Geschäftsführerin der Schaumburger Landschaft; veröffentlichte u. a.: Hör zu! Eduard Rhein und die Rundfunkprogrammzeitschriften (1931-1965), Potsdam 2001; »Vati blieb im Krieg«. Vaterlosigkeit als generationelle Erfahrung im 20. Jahrhundert – Deutschland und Polen, Göttingen 2013; als Hrsg., »1968« – gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande, Göttingen 2020.

TATJANA TÖNSMEYER, Dr., Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal; veröffentlichte u. a.: Besatzung als europäische Erfahrungs- und Gesellschaftsgeschichte: Der Holocaust im Kontext des Zweiten Weltkrieges, in: Frank Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.), Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt a.M. 2015, S. 281-298; als Hrsg. mit Peter Haslinger und Agnes Laba, Coping with Hunger and Shortage under German Occupation in World War II, London 2018; als Hrsg. mit Peter Haslinger, Fighting Hunger, Dealing with Shortage. Everyday Life under German Occupation in World War II: A Source Edition, 2 Bde., Leiden/Boston 2021.

PERSONENREGISTER

Verweise auf Anmerkungen sind kursiv gesetzt. Nicht aufgenommen wurden Personen, die als »einfache« Zeitzeugen aus den Quellen sprechen.

- Adenauer, Konrad 80
- Beauvoir, Simone de 38 f.
- Belkewič, Ženja 335
- Biélinky, Jacques 44
- Blau, Edith 326 f., 328
- Böckenhoff, Ignaz 11
- Bormann, Martin 111, 114, 260, 261
- Burstein, Esther 334
- Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 301
- Conti, Leonardo 63, 112, 139, 234, 264, 265
- Čukovskij, Kornej 342
- Czerniaków, Adam 318 f., 325 f.
- Czerniaków, Felicja (genannt Niunia) 325 f.
- Czerniaków, Jaś 325 f., 328
- d'Alquen, Gunter 176
- Dedok, Ol'ga 350
- Ehlich, Hans 65
- Eichmann, Adolf 65 f., 285, 306
- Eichner, Wilhelm 99
- Etter, Tadeusz 268
- Fraenkel, Ernst 203
- Frank, Hans 286
- Freisler, Roland 152
- Friederich, Bernard 181
- Gaulle, Charles de 35
- Goebbels, Joseph 84, 87, 92, 175
- Göring, Hermann 177
- Gorschenin, Konstantin Petrowitsch 301
- Greifelt, Ulrich 73
- Greiser, Arthur 72 f.
- Grohmann, Herbert 254
- Großmann, Erich 238
- Haarer, Johanna 131 f., 138, 143, 221
- Haase, Alfred 92
- Hahn, Cecil von 244
- Haubold, Hellmut 234
- Hetzer, Hildegard 221
- Himmler, Heinrich 60, 63, 72, 73, 76, 111, 184, 229, 233, 260, 261, 263 f., 269, 277
- Hitler, Adolf 57, 62, 72, 83, 131, 147, 205 f., 211, 223 f., 228 f., 235 f., 271, 280, 329
- Hofmann, Otto 63
- Hollander, Walther von 26, 174-192, 194-198
- Honisch, Karl 245, 246 f., 248
- Höppner, Rolf-Heinz 65, 66, 269
- Huberband, Szymon 324
- Kaczerginski, Shmerke 308 f.
- Kaplan, Chaim Aron 319 f.
- Kardorff, Ursula von 103 f.
- Kataev, Valentin 355
- Katharina II. von Russland (»Katharina die Große«) 239
- Keitel, Wilhelm 89
- Kheytn-Vinsteyn, Chana 333 f.

- Knaus, Herman 138f.
 Knorre, Heino von 236-241, 244, 253
 Kollontaj, Alexandra 336
 Korczak, Janusz 318f., 321
 Kościuszki, Tadeusz 298
 Krimski, Jankl 308
 Kruglow, Sergei Nikiforowitsch 301
 Krumey, Hermann 66
- Landers, Ann (eigentlich Esther Pauline
 »Eppie« Lederer) 178
 Lange, Heinrich 153
 Lankendorf, Friedrich 240, 241
 Larenz, Karl 150
 Lehmann, Otto 267
 Lipszyc, Rywka 331f., 334
 Lorenz, Werner 233
- Mann, Erika 17
 Maslennikov, Ivan 283
 Mauss, Wilhelm 98
 Mölders, Werner 93
 Mose 334
 Mößner, Ferdinand 165f.
 Müller, Heinrich 263, 264
- Nemirowsky, Irène 46
- Ogino, Kyusaku 138f.
- Pancke, Günther 63
 Perel, Sally 283
- Pius XII., Papst 139
 Platonov, Andrej 363f.
 Proust, Marcel 325f.
- Ringelblum, Emanuel 324
 Rist, Charles 38
 Rose, Gerhard 245, 246
 Rudenko, Roman Andrejewitsch 301
- Sartre, Jean-Paul 39
 Sauckel, Fritz 263, 269f., 272f.
 Schiller, Friedrich 212
 Schleicher, Kurt von 184
 Schmitt, Carl 150
 Schöpke, Karl 265f.
 Seldte, Franz 102
 Sénot-Dzik, Esther 35
 Sierakowiak, Dawid 316-318, 328-330
 Simmel, Georg 174
 Simonov, Konstantin 356
 Sorin, Michail 347
 Stalin, Josef 228, 280, 336-338, 360,
 362
- Thormann, Erich 110
 Tschierschky, Karl Gustav Hugo 251
- Vogeler, Heinrich 174
- Wirsing, Giselher 183f.
- Zehrer, Hans 183f.

ORTSREGISTER

Die Ortsnamen werden in den Schreibweisen aufgeführt, die in den Beiträgen vorkommen. Verweise auf Anmerkungen sind kursiv gesetzt.

- Achern 76
Aleksander (Aleksandrów Łódzki) 314
Altaj 342
Astraŕycki-Haradok 344
Auschwitz 35, 291, 298
- Barysaŭ 355
Belz 314
Belzec 298, 305
Berlin 38, 92, 150, 160, 174, 261f., 286,
296f., 318, 360
Bielitz 286
Bietigheim 276
Birobidschan 35
Brest-Litovsk 288, 294f.
Bromberg (Bydgoszcz) 326
Bruczków (Bruckau) 73
Buchenwald 285
Buczacz 54
Bug 281, 287
Bydgoszcz, siehe Bromberg
- Černigov 289
Chelm 287
Chełmno, siehe Kulmhof
Chernobil (Tschernobyl) 314
Cherson 286, 289, 297f.
Čistopol' 342
- Dachau 75, 285
Danzig 73f., 233, 238
Darmstadt 223
Dietzhausen 274
Donbass 289, 296
Dorohusk 287
- Drazdy 344
Dreishöh 57f., 79
Dresden 78, 318
Dunajec 316
Durbach 68
- Eglfing-Haar 164
Ehra-Lessien 268
- Falkenstein 163
Frankfurt am Main 134
Fulda 125
Füssen 108
- Garmisch 168
Gdynia (Gotenhafen) 233, 237, 238,
239f.
Genf 38
Ger (Góra Kalwaria) 314
Gießen 121, 125, 129, 132, 142, 145
Głowno 243
Glücksburg 57
Gollnow (Goleniów) 240f.
Gostingen 73
Gotenhafen, siehe Gdynia
Graz 186
Großsachsenheim 276
- Hadamar 276
Hamburg 150, 187, 189
Hannover 14, 174, 190f., 332
Heidelberg 174
Helmstedt 268
Hirschenhof (Irši) 239
Horodyszczce 319

- Hrubieszów 53
- Irši, siehe Hirschenhof
- Kalisz (Kalisch) 73, 291
- Karlsruhe 262
- Karpaten 316
- Kassel 68
- Kattowitz (Katowice) 280, 281, 286 f.,
291
- Kaukasus 99
- Kiel 262
- Kielce 75
- Kiew (Kyiw) 52, 269
- Kirkenes 36
- Kirovograd 289, 300
- Kleck 350
- Kobersdorf 289
- Kochanowka 251
- Kopenhagen 45
- Kowel 295
- Krakau 290 f., 299
- Kresy 340
- Kujbyšev (Samara) 360
- Kulmhof (Chełmno) 328
- Lask 68
- Lemberg (Lviv, Lvov, Lwów) 287 f.,
290-294, 302-305, 325
- Leningrad 342
- Lentschütz 251
- Leslau (Włocławek) 240
- Linstwo 235
- Lippe 68, 74
- Łódź (Lodz, Lodsch, Litzmannstadt)
42, 51, 62, 63, 66, 67 f., 73-76, 233,
234, 240, 244, 245-251, 254, 261, 284,
311, 314, 316, 322, 328, 330
- London 318
- Lublin 292, 294, 314
- Łuków 294
- Luzk 288, 296
- Lviv (Lvov, Lwów), siehe: Lemberg
- Lyon 46
- Magdeburg 267
- Magilëu 343
- Mährisch-Ostrau 280 f., 285, 287, 291
- Marseille 46
- Międzyrzec Podlaski (Meseritz) 294 f.
- Minden 327
- Minsk 342, 343 f., 346-348, 349, 350-352,
353, 354, 355, 361
- Mogilev 40
- Moskau 210, 285, 296, 341, 356, 358
- München 91, 147 f., 150, 160-165, 167-
171, 173 f., 275, 308, 333
- Mykulynzy 287
- Narew 233, 244, 294
- Narvik 91, 96
- Navagrudak 347
- Niendorf an der Stecknitz 186
- Nil 334
- Nisko am San 280-283, 285-288, 291,
293, 297, 302, 304, 306
- Novgorod 49, 168
- Nürnberg 74, 151, 296
- Odessa 343
- Offenburg 68
- Ohrdruf 125
- Orša 343
- Ozarichi 273
- Paris 35, 38, 44, 96, 318
- Pau 35
- Piotrków Trybunalski (Petrikau) 311, 324
- Pirna 78
- Pogrzebień (Pogrzebin) 73
- Polack 343
- Poltava 289
- Posen 65, 66, 73, 74, 75, 233, 238 f., 240-
243, 253, 261, 269
- Potsdam 92
- Prag 285
- Pskov 42
- Puszczyków (Puschkau) 73
- Pysznica 290

- Radenbeck 268
 Radom 300
 Raesfeld 11
 Rajcza 291
 Rava-Ruska 51
 Reval (Tallinn) 236
 Riga 227, 236, 241, 327
 Rivne, siehe Rovno
 Rostov 296
 Rottweil 69
 Rovno (Rivne) 288
 Rühren 268

 Samara, siehe Kujbyšev
 San 281, 290
 Schwarzes Meer 289
 Selo-Gora 168
 Semidesjatnoe 354f.
 Shanghai 305
 Šiauliai (Schaulen) 333 f.
 Siegen 125
 Sieradz 251
 Smolensk 49
 Sosnowitz 284, 287
 Stalingrad 210, 356, 363
 Stavropol 358
 Stecknitz 186
 Stendal 267
 Stettin (Szczecin) 240
 Stolp 239
 Stryj 299
 Subačius 78
 Suhl 274
 Swinemünde 233

 Szczecin, siehe Stettin

 Tallinn, siehe Reval
 Taschkent 342
 Ternopil 287
 Tomaszów Mazowiecki 300, 302
 Treblinka 302, 327
 Trier 125
 Tschernobyl, siehe Chernobil

 Ulanów 290
 Ural 342

 Vicebsk 343
 Vilnius, siehe: Wilna
 Vinnica 89, 289
 Volgograd 342
 Vologda 296
 Voronež 354

 Warschau 78, 300, 311, 314, 318 f., 324-326, 328
 Wiembeck 68
 Wien 160, 280, 281, 285-289, 292 f., 296 f., 298, 302-304
 Wildflecken 125
 Wilna (Vilnius) 308, 314
 Wiltingen 125
 Włocławek, siehe Leslau
 Worms 212
 Worpswede 174

 Zdolbunov 288, 303 f.
 Žitomir 289